

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Ed.)

Research Report

Gleicher Rang für den Geldwert. Jahresgutachten 1972/73

Jahresgutachten, No. 1972/73

Provided in Cooperation with:

German Council of Economic Experts

Suggested Citation: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.) (1972) : Gleicher Rang für den Geldwert. Jahresgutachten 1972/73, Jahresgutachten, No. 1972/73, Kohlhammer, Stuttgart

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/75248>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

GLEICHER RANG FÜR DEN GELDWERT

Jahresgutachten 1972/73

VERLAG W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ

SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

GLEICHER RANG FÜR DEN GELDWERT

Jahresgutachten 1972/73

VERLAG W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ

Erschienen im Dezember 1972

Preis: DM 20,-

Bestellnummer: 700900/72

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967¹⁾ legt der Sachverständigenrat hiermit sein neuntes Jahresgutachten vor²⁾.

2. Die Währungskrise, die sich im Frühjahr 1972 abzuzeichnen begann und die Ende Juni mit der Freigabe des Pfundkurses und der Schwäche der Lira ihren Höhepunkt erreichte, sowie die währungspolitischen Maßnahmen, die Bundesregierung und Bundesbank ergriffen, um der Liquiditätszuflüsse von außen Herr zu werden, haben den Rat veranlaßt, am 3. Juli 1972 gemäß § 6 Abs. 2, Satz 1 des Sachverständigenratsgesetzes ein Sondergutachten „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972“ zu erstatten, das er wenige Tage später im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen veröffentlichte³⁾.

3. Das vorliegende Jahresgutachten ist in wesentlichen Teilen von dem Gedanken getragen, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik immer mehr unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften gesehen werden müssen. Ein eigenes Kapitel ist daher den Problemen gewidmet, die sich aus der wirtschaftlichen Integration für die Stabilisierungspolitik ergeben.

Diese ist angesichts der ungewöhnlich starken inflatorischen Entwicklung besonders herausgefordert. Von den vier Zielen, die dem Sachverständigenrat als Maßstab für seine Arbeit durch das Gesetz vorgegeben sind, ist das Ziel der Geldwertstabilität derzeit am stärksten verletzt. Wie ein roter Faden zieht sich durch das Gutachten die Frage, wie mehr Stabilität gewonnen werden kann. In einem besonderen Kapitel hat sich der Rat mit den stabilitätspolitischen und den verteilungspolitischen Problemen der Bildung von Einkommen und Vermögen beschäftigt.

4. Mehrfach hatte der Sachverständigenrat in den vergangenen zwölf Monaten Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen sowie mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank und deren Mitarbeitern die anstehenden konjunktur- und währungspolitischen Fragen zu erörtern. Diese

¹⁾ Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

²⁾ Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist im Anhang III abgedruckt.

³⁾ Das Sondergutachten vom 3. Juli 1972 ist im Anhang IV abgedruckt.

Fragen waren ferner Gegenstand von Gesprächen mit Vertretern der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels.

An allen Gesprächen im Rahmen der „Konzertierten Aktion“ beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen hat der Rat teilgenommen.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat dem Rat im Oktober 1972 Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch über Probleme der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gegeben.

5. Die Amtsperiode als Ratsmitglied war für Professor Dr. Norbert Klotten, den Vorsitzenden des Rates, am 1. März 1972 abgelaufen. Der Bundespräsident hat ihn auf Vorschlag der Bundesregierung für weitere fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

6. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und an Forschungsinstituten hat der Rat im Laufe des Jahres Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Erkenntnisse vermittelt haben. Allen Beteiligten hat der Rat zu danken.

7. Zu einzelnen Fragen, denen der Rat in seiner Arbeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken hatte, haben ihm die Professoren Dr. E. Buchholz, Braunschweig, Dr. W. Engels, Frankfurt, Dr. H. J. Krupp, Frankfurt, Dr. W. Zapf, Frankfurt, Dr. W. Scheper, Kiel, Dr. W. Schug, Bonn, sowie Dipl. Volkswirt W. Filc, Hannover, dankenswerterweise schriftliche Ausarbeitungen zur Verfügung gestellt und damit die Vorbereitung des Gutachtens erleichtert.

Bei den Abschlusarbeiten an dem Jahresgutachten haben uns Professor Dr. Manfred Feldsieper, Mainz, und Professor Dr. Carl Christian von Weizsäcker, Bielefeld, sowie Dr. Robert Fecht, Frankfurt, und Dipl. Volkswirt Horst Tomann, Saarbrücken, geholfen. Auch ihnen gilt der Dank des Rates.

8. Die volkswirtschaftliche und statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank hat wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung in vielen Fällen wertvolle Hilfe geleistet. Ihr dafür zu danken, ist ein besonderes Anliegen des Rates.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahre sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehörigen des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Geschäftsstelle, hat die Arbeiten des Rates sehr erleichtert.

9. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen

Vorwort

können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Dipl. Volkswirt Christian Augustin, Dipl. Volkswirt Dipl. Kaufmann Helmut Becker, Dr. Hartmut E. Fest, Dr. Hans-Hagen Härtel, Dipl. Volkswirt Hans-Hermann Jürgensmann, Dipl. Volkswirt Karl-Heinz Ketterer, Dipl. Volkswirt Rainer Vollmer sowie vorübergehend auch Dr. Rüdiger Pohl, Hannover.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 24. November 1972

W. Bauer A. Gutowski C.J. Köhler N. Kloten O. Sievert

Inhalt

	Seite
Erstes Kapitel: Auf dem Wege zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	1
I. Stabilisierungspolitik in der Gemeinschaft	1
Europäische Tatsachen	1
Der stabilisierungspolitische Spielraum der Länder — eine Restgröße oder mehr?	4
Die Lücke zwischen dem Verlust an nationaler Autonomie und gemeinschaftlichem Handeln	6
Die Konsequenzen einer währungspolitischen Vorgabe	7
II. Zyklus und Trend	8
III. Außenbeziehungen	20
Der Außenhandel mit Drittländern	20
Die Zahlungsbilanz der Gemeinschaft	22
Zweites Kapitel: Zur Konjunkturlage	25
Teil A: Der europäische Rahmen 1972	25
I. Wende zu neuem Aufschwung	25
Verstärkte Nachfrage von außen	25
Ungebrochene Verbrauchskonjunktur — schwache Investitionsbelebung	30
Geringe Unterauslastung der Produktivkräfte	32
Abschwächung der Einkommensexpansion beendet	33
Ungebrochener Preisauftrieb	34
Regionale Differenzierung	35
II. Außenwirtschaft: Neue währungspolitische Bedingungen	37
III. Geld- und Kreditpolitik im Konflikt	39
IV. Expansive öffentliche Haushalte	41
Teil B: Die Binnenkonjunktur 1972	43
I. Neuer, aber schwacher Aufschwung — anhaltender Geldwertschwund	43
Wieder verstärkte Auslandsaufträge	43
Anhaltend hohe Verbrauchsnachfrage	46
Baukonjunktur im Zeichen des Wohnungsbaus	47
Allmähliche Belebung der Investitionsneigung	47
Wieder verstärkter Lageraufbau	49
Geringe Kapazitätsreserven	49
Hoher Beschäftigungsstand	52

	Seite
Starker Anstieg der Importe	54
Vorübergehende Mäßigung in der Lohnpolitik	54
Anhaltender Preisauftrieb	63
Preisniveau und Preisstruktur im Zyklus und im Trend	68
II. Die Außenwirtschaft nach dem Realignment	69
Weiterhin Zunahme der Ausfuhr — Starke Expansion der Einfuhr ..	69
Leichtes Defizit in der Leistungsbilanz	71
Kapitalzuflüsse aus dem Ausland gebremst	72
III. Geld- und Kreditpolitik: Ab Herbst wieder restriktiv	74
Neuerliche Devisenzuflüsse	74
Zunehmende Kontrollen im Kapitalverkehr	77
Starke monetäre Expansion	78
Differenziertere Zinsstruktur	81
IV. Öffentliche Haushalte — noch stärker expansiv	83
Erneute Ausgabenexpansion	86
Konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen	89
Expansive Effekte der Finanzpolitik abermals größer	90
Finanzierungssaldo und konjunkturelle Wirkungen der öffentlichen Haushalte	93
Zur Aufteilung der Staatsquote auf Bund, Länder und Gemeinden ..	96
Regionalisierung der Fiskalpolitik?	96
V. Der Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose — Wende auf hohem Niveau	98
Drittes Kapitel: Die voraussehbare Entwicklung	99
I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1973	99
II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1973	102
III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur	104
Viertes Kapitel: Widerstand gegen die Inflation	111
I. Die Situation im Herbst 1972	111
Der Befund für die Gemeinschaft	111
Der Befund für die Bundesrepublik	111
II. Die Wirtschaftspolitik 1972 im Rückblick	112
EWG: Schwieriger Start in eine europäische Währungsunion	112
Bundesrepublik: Die Chancen des Abschwungs vergeben	113
III. Gleicher Rang für den Geldwert	116
Die Inflationsgewöhnung bannen	116
EWG: Schwache Hoffnung auf Stabilisierung	120

Inhalt

	Seite
Bundesrepublik: Eine Strategie der gedämpften Expansion	123
Zwei Alternativen	134
Minderheitsvotum: Zur Frage der Beurteilung des wirtschaftspolitischen Kurses und zur Frage des monetären Konzepts	137
Fünftes Kapitel: Grundprobleme der Einkommensverteilung	141
I. Zur mittelfristigen Entwicklung der Einkommensverteilung	141
Erfahrungen des letzten Jahrzehnts	141
Umverteilung durch den Staat	148
Verteilungswirkungen der Geldentwertung	152
II. Der stabilitätspolitische Aspekt der Einkommensverteilung	154
Marktmacht und Stabilität	154
Lehren der dirigistischen Preis- und Lohnpolitik	156
III. Der verteilungspolitische Aspekt — Chancen der Umverteilung	158
Verteilungspolitische Ziele	158
Wege zur Umverteilung	161
Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung	162
Die Brücke zur Vermögensbildung	164

A n h a n g

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutach- tung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	168
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wach- stums der Wirtschaft	170
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	171
IV. Sondergutachten vom 3. Juli 1972: Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972	172
V. Auszug aus dem Jahresgutachten 1964, Ziffer 248	179
VI. Mengenindikator, Kosten- und Preisindikator nach der konjunktu- rellen Wende	180
VII. Methodische Erläuterungen	181
VIII. Statistischer Anhang	185
Sachregister	269

Verzeichnis der Schaubilder

	Seite		Seite
1 Konjunkturzyklen in der EWG	9	22 Zur Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise im Konjunkturverlauf	64
2 Bruttosozialprodukt und Nachfragekomponenten in der EWG	11	23 Industrielle Erzeugerpreise	64
3 Außenhandel der EWG	12	24 Kosten- und Preiszyklen	65
4 Entwicklung der Verbraucherpreise in der Gemeinschaft	15	25 Zur Entwicklung der Verbraucherpreise im Konjunkturverlauf	66
5 Entwicklung des Bruttosozialprodukts der Gemeinschaft	37	26 Entwicklung der Preise im Zyklus und Trend ..	67
6 Die Schlange im Tunnel	38	27 Verteuerung der Lebenshaltung auf mittlere Sicht	68
7 Zinsentwicklung in der EWG	41	28 Außenhandelspreise und Terms of Trade	71
8 Indikatoren der Konjunktorentwicklung	44	29 Zur Wettbewerbsposition der deutschen Exportwirtschaft	72
9 Konjunkturelle Nachfrageschwankungen	45	30 Zinssätze und Kurssicherung	76
10 Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte	46	31 Rechnerisches Kreditmaximum, Kreditbestand und Rechnerischer Kreditschöpfungsspielraum	79
11 Investitionsgüternachfrage	48	32 Bruttosozialprodukt, Geldmenge, Umlaufgeschwindigkeit des Geldes	81
12 Lagerinvestitionen	49	33 Ausgewählte Zinssätze in der Bundesrepublik Deutschland	83
13 Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential ..	50	34 Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose	98
14 Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie	51	35 Entwicklung wichtiger Komponenten des Sozialprodukts	105
15 Arbeitsproduktivität	51	36 Alternative Strategien	136
16 Beschäftigung und Arbeitsmarkt	52	37 Indikatoren der Einkommens- und Vermögensverteilung in privaten Haushalten	142
17 Beitrag der Einfuhr zur inländischen Güterversorgung	54	38 Komponenten der Gesamtnachfrage und Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	147
18 Löhne und Gehälter in der Gesamtwirtschaft ..	55	39 Zur Entwicklung des Lohn-Lags	148
19 Entwicklung der Tariflöhne und -gehälter	59	40 Reagibilität des Steueraufkommens	151
20 Zur Entwicklung der Lohnkosten	61	41 Mengenindikator, Kosten- und Preisindikator ..	180
21 Zur Gewinnentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe	63		

Verzeichnis der Tabellen im Text

	Seite		Seite
1 Konjunkturzusammenhang zwischen der EWG und den Vereinigten Staaten	10	20 Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse	57
2 Konjunkturverbund zwischen EWG-Ländern ..	13	21 Zur Entwicklung der Reallohnposition	60
3 Zur Produktionsstruktur in der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten	16	22 Verteilung des Volkseinkommens	62
4 Volkseinkommen je Einwohner in der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten im Jahre 1970	17	23 Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	73
5 Bruttozialprodukt und Produktivität in der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten ..	17	24 Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	74
6 Verwendungsstruktur des Sozialprodukts und öffentlicher Sektor in der Gemeinschaft	18	25 Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse	84
7 Zur Einkommensverteilung in der Gemeinschaft	19	26 Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	87
8 Regionale Gliederung des Außenhandels der Gemeinschaft	21	27 Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern	89
9 Durchschnittliche Zollbelastung bei Meistbegünstigung	22	28 Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	91
10 -Zahlungsbilanz und Währungsreserven der EWG	23	29 Finanzierungssaldo und konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte	94
11 Übersicht wirtschaftspolitisch wichtiger Ereignisse im Ausland	26	30 Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften ..	95
12 Bruttozialprodukt und seine Verwendung in der Gemeinschaft	31	31 Zur internationalen Konjunktorentwicklung ..	100
13 Bruttoeinkommen in den EWG-Ländern	33	32 Einnahmen und Ausgaben des Staates	103
14 Lohnkosten je Produkteinheit in den EWG-Ländern	34	33 Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	106
15 Anstieg der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	35	34 Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1973	126
16 Änderung der Wechselkurse wichtiger Währungen durch das Realignment	37	35 Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1973	135
17 Einflüsse auf die Bankenliquidität in der EWG	40	36 Einkommensschichtung der privaten Haushalte	143
18 Der Staatshaushalt in ausgewählten EWG-Ländern	42	37 Zur Entwicklung der Reallohnposition	145
19 Regionale Differenzierung der Arbeitslosigkeit	53	38 Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung	146
		39 Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen	149
		40 Zur Verteilung des Volkseinkommens	150
		41 Laufende Übertragungen des Staates an private Haushalte	151
		42 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	152
		43 Realzins	153

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite		Seite
44 Bevölkerung und Erwerbstätige in der EWG und den EWG-Ländern	190	68 Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden	224
45 Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in der EWG und den EWG-Ländern	191	69 Kassenmäßige Steuereinnahmen	226
46 Bruttosozialprodukt der EWG und EWG-Länder	192	70 Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Haushalte	227
47 Bruttosozialprodukt je Einwohner der EWG und EWG-Länder	193	71 Konsolidierte Bilanz des Bankensystems (Geldvolumensrechnung)	228
48 Bruttoinlandsprodukt der EWG und EWG-Länder	194	72 Zahlungsmittelbestände und Kredite	230
49 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der EWG und EWG-Länder	195	73 Auftragsingang in der Verarbeitenden Industrie	231
50 Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit der EWG und EWG-Länder	196	74 Austragsbestand in der Verarbeitenden Industrie	234
51 Privater Verbrauch der EWG und EWG-Länder	197	75 Umsatz in der Industrie	236
52 Staatsverbrauch der EWG und EWG-Länder	198	76 Industrielle Produktion	239
53 Bruttoanlageinvestitionen der EWG und EWG-Länder	199	77 Beschäftigte in der Industrie	240
54 Außenhandel der EWG und EWG-Länder	200	78 Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie ..	242
55 Industrielle Produktion der EWG und EWG-Länder	201	79 Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie	243
56 Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	202	80 Baugenehmigungen	244
57 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	204	81 Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe	245
58 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	205	82 Großhandelsumsatz	246
59 Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt	206	83 Einzelhandelsumsatz	247
60 Sozialprodukt und Volkseinkommen	208	84 Zahlungsbilanz	248
61 Verteilung des Volkseinkommens	210	85 Kapitalverkehr mit dem Ausland	250
62 Volkseinkommen und Produktivität	211	86 Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	252
63 Verwendung des Sozialprodukts	212	87 Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	253
64 Investitionen	216	88 Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	254
65 Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	218	89 Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	255
66 Käufe der inländischen privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch nach Verwendungszwecken	220	90 Warenausfuhr nach Ländergruppen	256
67 Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	222	91 Wareneinfuhr nach Ländergruppen	257
		92 Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	258
		93 Index der Grundstoffpreise	259

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite
94 Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	260
95 Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	261
96 Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter ..	262
97 Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter ..	263
98 Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ..	264
99 Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ..	265
100 Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, alle privaten Haushalte	266
101 Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, Zusatzdarstellung	267
102 Löhne und Gehälter	268

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

Vj.	= Vierteljahr
Hj.	= Halbjahr
Mill.	= Millionen
Mrd.	= Milliarden
Eur	= Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften (= 0,888667088 Gramm Feingold)
JG	= Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	= Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
SG	= Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
DIW	= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
HWWA	= HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
Ifo	= Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	= Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IWF	= Internationaler Währungsfonds
OECD	= Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RWI	= Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
UN	= Vereinte Nationen
WWI	= Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Köln

Zeichenerklärung

—	= nichts
0	= weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	= kein Nachweis
...	= Angaben fallen später an
— oder	= Der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	= Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

ERSTES KAPITEL

Auf dem Wege zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

I. Stabilisierungspolitik in der Gemeinschaft

1. Noch im vergangenen Jahr war es zu vertreten, die Erfolge und Fehlschläge der deutschen Stabilisierungspolitik daran zu messen, wie konsequent Bundesregierung und Bundesbank das von ihnen kontrollierte Instrumentarium der Geld- und Kreditpolitik, der Finanz- und Währungspolitik im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Ziele eingesetzt hatten. Heute sind die nationalen Wirtschaftspolitiken, nach ihren Wirkungsmöglichkeiten beurteilt, nicht mehr von gleicher Qualität.

Aufgrund der starken Impulse, die von der Gipfelkonferenz in Den Haag im Dezember 1969 ausgingen, waren konkurrierende Pläne für die Bildung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt und von der Werner-Gruppe zu einem detaillierten Stufenplan verarbeitet worden; er lieferte die Grundlage für die Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft vom 22. März 1971. Gleichzeitig wurden die Entscheidungen des Rates über die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken, über die Verstärkung der Koordinierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und über die Einführung eines Mechanismus für den mittelfristigen finanziellen Beistand verabschiedet. Daß all dies nicht schon 1971 zum Tragen kam, lag an der internationalen Währungskrise des Jahres 1971, in der die Bundesrepublik und die Niederlande durch die vorläufige Freigabe ihrer Wechselkurse für eine autonome nationale Wirtschaftspolitik bis zur Überwindung der Krise votierten und damit einen Aufschub in der Verwirklichung der genannten Entscheidungen des Ministerrates veranlaßten. Aufgenommen wurde der abgerissene Faden erst wieder am 21. März 1972. In der Überzeugung, mit den Beschlüssen von Washington im Dezember 1971, insbesondere dem Realignement der Wechselkurse, sei erneuten kritischen Zuspitzungen im Bereich der Währungspolitik bis zu einer Reform des Weltwährungssystems in ausreichendem Maße vorgebeugt, verabschiedeten der Ministerrat und die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten eine Entschließung betreffend die Anwendung der Entschließung vom 22. März 1971 über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft. Alle wichtigen währungspolitischen Schritte wurden jedoch, um die Parallelität zwischen wirtschaftspolitischen und monetären Maßnahmen zu sichern, unter den Vorbe-

halt einer Verfallsklausel gestellt. Ein Land, das im monetären Bereich Vorleistungen erbracht hat, kann diese zurücknehmen, wenn über den Übergang von der ersten zur zweiten Stufe keine Einigung erzielt wird.

2. Besonders markantes Ergebnis der Entschließung vom 21. März 1972 mit konkreten Auswirkungen auf die nationalen Wirtschaftspolitiken war die rasche Verengung der Bandbreite; der maximale Abstand zwischen je zwei Gemeinschaftswährungen wurde auf 2,25 vH festgesetzt, also auf die Hälfte dessen, was nach den Washingtoner Beschlüssen zulässig ist. Im April befanden sich die Wechselkurse aller Währungen innerhalb eines Bandes, das der vorgesehenen Breite entsprach. Von da an hielt man an ihm fest. Als es Ende Juni wegen der Schwäche des britischen Pfundes und auch der italienischen Lira zu einer neuen, wenn auch weniger ausgeprägten Währungskrise kam, griff man zu Ausnahmeregelungen anderer Art (SG 72 Ziffern 8 ff.). In der Bundesrepublik wurde die Kontrolle des Kapitalverkehrs mit dem Ausland erheblich verschärft.

3. Obwohl dadurch der Autonomiespielraum für eine nationale Geld- und Kreditpolitik wieder vergrößert worden ist, meinen wir, daß sich mit den Maßnahmen aufgrund der Entschließung vom 21. März 1972 und angesichts der auf der Gipfelkonferenz in Paris im Oktober 1972 bekräftigten Absicht, auch die übrigen Beschlüsse nach und nach in die Tat umzusetzen, die Qualität der Stabilisierungspolitik wandelt. Im Sinne einer Standortbestimmung sehen wir Anlaß zu prüfen,

- welche Gegebenheiten, die aus dem Vollzug der Römischen Verträge entstanden sind, sich auf die Stabilisierungspolitik der Mitgliedstaaten auswirken,
- was die Gemeinschaft heute schon selbst stabilisierungspolitisch zu tun vermag,
- was die einzelnen Mitgliedstaaten aus faktischen Gründen oder wegen verbindlich eingegangener Verpflichtungen nicht mehr tun können und
- welchen stabilisierungspolitischen Spielraum sie trotz der bestehenden Bedingungen und Beschränkungen noch haben.

Europäische Tatsachen

4. Bedeutendster Erfolg der Bemühungen um die wirtschaftliche Integration ist die schon vor Ablauf

der Übergangszeit vollendete Zollunion. Die hohen Barrieren für den Warenverkehr zwischen den Partnerländern in Form von Zöllen und mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen sind praktisch beseitigt. Lediglich der administrative Protektionismus ist noch nicht überwunden. Der Abbau der Handelsschranken steigerte den Wettbewerb und erhöhte so die Chancen, mehrte allerdings infolge des enger gewordenen Preiszusammenhangs auch die Risiken einer Stabilisierungspolitik bei festen Währungsparitäten.

5. Der gemeinsame Agrarmarkt sollte die europäische Integration im ganzen vorantreiben. Die Agrarmarktordnungen haben jedoch eher zu den ohnehin ausgeprägten Rigiditäten im europäischen Entscheidungsprozeß — besonders im Falle währungspolitischer Maßnahmen, an denen letztlich doch kein Weg vorbeiführt — beigetragen. Mißt man indessen das Integrationsergebnis an dem vorher bestehenden Zustand, der in manchen Ländern durch extremen Protektionismus gekennzeichnet war, so sind der gemeinsamen Agrarpolitik Erfolge nicht abzuspüren. Man sollte freilich nicht übersehen, daß das schwer durchschaubare Geflecht administrativer Maßnahmen und Subventionspraktiken zur Beeinflussung der Preise, der mengenmäßigen Erzeugung, der Importe und Exporte von Agrarprodukten inzwischen hohe gesamtwirtschaftliche Kosten verursacht.

6. Verwirklicht wurde auch die im EWG-Vertrag vorgesehene Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Inländische Arbeitskräfte dürfen nicht bevorzugt, arbeitslos gewordene ausländische Arbeitskräfte — auch aus Drittstaaten — müssen genauso wie die eigenen unterstützt werden. Die materiellen, vor allem aber die psychischen und die sozialen Hindernisse, die einer stärkeren Mobilität der Arbeitskräfte über die Grenzen hinweg entgegenstehen, sind jedoch erheblich. Immerhin müssen die Mitgliedstaaten damit rechnen, daß sie als Folge stabilisierungspolitischer Maßnahmen Arbeitskräfte aus den Partnerländern an sich ziehen oder eigene Arbeitskräfte veranlassen, in Partnerländer abzuwandern.

Das Niederlassungsrecht begründet die Freizügigkeit der Selbständigen. Die Niederlassungsfreiheit, wenn auch noch auf mancherlei Weise behindert, schafft, zusammen mit den vielen Formen der Verflechtung und Kooperation von Unternehmen aller Wirtschaftsstufen, Integrationsstatbestände, die sich heute schon auf das Ergebnis nationaler Stabilisierungspolitik auswirken dürften.

7. Zur Jahreswende wird Italien als letztes der sechs Mitgliedsländer das Mehrwertsteuersystem eingeführt haben. Bis zur verabredeten Angleichung der recht unterschiedlichen Steuersätze ist es allerdings noch weit. Die Finanzpolitik ist gleichwohl schon jetzt insofern eingeeignet, als — de facto — die Länder mit überdurchschnittlichen Steuersätzen, wie Frankreich und Italien, diese nicht mehr erhöhen, die Länder mit unterdurchschnittlichen Steuersätzen, wie die Bundesrepublik, sie nicht mehr senken können. Wettbewerbsverzerrungen, die andere Umsatz-

steuersysteme wegen der Pauschalierung der Entlastungen von der Steuer bei der Ausfuhr und der Belastung bei der Einfuhr mit sich gebracht haben, werden jetzt durch einen der Steuerlast genau entsprechenden Grenzausgleich vermieden.

8. Unter stabilisierungspolitischem Aspekt kommt ein besonders hoher Rang der Bandbreitenvereinbarung zu, durch die der Abstand zwischen den Wechselkursen der Gemeinschaftswährungen auf 2,25 vH begrenzt ist. An den Bandgrenzen muß von den Zentralbanken in Gemeinschaftswährungen interveniert werden, während eine Interventionspflicht gegenüber dem Dollar erst dann besteht, wenn der Wechselkurs einer Währung an die Grenzen des in Washington vereinbarten breiten Bandes von 4,5 vH (2,25 vH oberhalb und 2,25 vH unterhalb der Parität beziehungsweise des Leitkurses dieser Währung) stößt. Die auflaufenden bilateralen Salden in Gemeinschaftswährungen sind innerhalb eines Monats durch Übertragung von Währungsreserven an das jeweilige Gläubigerland gemäß der Struktur der Reserven im Schuldnerland auszugleichen. Bei einem freizügigen Geld- und Kapitalverkehr müßten diese Regeln den Spielraum der Geld- und Kreditpolitik jedes einzelnen Landes weitgehend beseitigen (Ziffer 29).

9. Diese Tatsachen sind für das stabilisierungspolitische Handeln der sechs gegenwärtigen und der drei künftigen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften Daten. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten auch all diejenigen stabilisierungspolitisch relevanten Aktivitäten der Gemeinschaftsorgane in Rechnung zu stellen, die in deren Entscheidungskompetenz fallen oder mit denen diese nationale Entscheidungen oder Entscheidungsprozesse zu beeinflussen vermögen.

10. Vor allem auf den Gebieten der Handelspolitik, der Agrarpolitik, der Wettbewerbspolitik und der Beihilfepolitik besitzt die Gemeinschaft eindeutige Zuständigkeiten.

So obliegt die Festsetzung der Zollsätze für den Handel mit Drittländern ausschließlich der Gemeinschaft. Abschlüsse von Handelsverträgen mit westlichen Staaten sind ebenfalls ihre Sache. Vom 1. Januar 1973 an soll auch gegenüber den Staatshandelsländern eine gemeinsame Handelspolitik betrieben werden.

Die Agrarpolitik ist das bislang einzige Beispiel einer schon weitgehend ausgebildeten gemeinsamen Politik. Den Normen des EWG-Vertrages (Art. 38 ff.) entsprechend wurden

— *Marktordnungen für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse geschaffen, die gleichzeitig das Angebot an Produkten steuern und den Landwirten ein ausreichendes Einkommen sichern sollen,*

— *ein System von Eckpreisen (u. a. Richt-, Orientierungs-, Interventionspreise) und Abschöpfungssätzen mit ergänzenden Mengenregelungen und Ausgleichszahlungen entwickelt, das das Niveau der Agrarpreise bestimmt und gegenüber dem Weltmarkt abschirmt,*

— *strukturpolitische Beschlüsse gefaßt, deren Vollzug zwar den Mitgliedstaaten obliegt, deren Kosten aber teilweise von der Gemeinschaft getragen werden sollen,*

— zur Finanzierung der gemeinschaftlichen Agrarpolitik ein Ausgleichs- und Garantiefonds gebildet; er ist seit 1971 im Gemeinschaftshaushalt enthalten und stellt den ersten Ansatz eines horizontalen Finanzausgleichs innerhalb der Gemeinschaft dar.

Die Schlüsselkompetenz der gemeinschaftlichen Agrarpolitik wurde dem Ministerrat zugewiesen. Er trifft die wesentlichen ordnungspolitischen Entscheidungen, während es Sache der Kommission ist, die Ratsbeschlüsse durchzuführen.

Auf dem Gebiet der Wettbewerbspolitik hat die Kommission in den Artikeln 85 und 86 des EWG-Vertrages und den Artikeln 65 und 66 des Vertrages über die Montan-Union umfangreiche Aufgaben zugewiesen bekommen, die sie durch eigene Entscheidungen, Bekanntmachungen und Verordnungen präzisiert und ergänzt hat, welche ihrerseits zum Teil durch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes erhärtet worden sind. Insbesondere verfolgt die Kommission Marktaufteilungen nach Absatzgebieten, kollektive Ausschließlichkeitsabbindungen, bestimmte Alleinvertriebsvereinbarungen sowie die mißbräuchliche Ausnutzung beherrschender Stellungen im gemeinsamen Markt. Artikel 86 des EWG-Vertrages versucht sie so auszulegen, daß auch bestimmte Unternehmenszusammenschlüsse als Mißbrauch wirtschaftlicher Macht gelten. Auf der anderen Seite läßt sie Bagatellkartelle nach bekanntgemachten Kriterien zu und stellt bestimmte Kooperationsnormen, die sie für den Wettbewerb positiv beurteilt, von den Verboten frei. Das durch die Entscheidungen und Verordnungen erweiterte Gemeinschaftsrecht gilt unmittelbar in den Mitgliedsländern; es hat Vorrang gegenüber dem einzelstaatlichen Recht.

Auf die Strukturpolitik der Mitgliedstaaten kann die Kommission durch ihr Recht einwirken, staatlichen Beihilfen ihre Genehmigung zu versagen. Nach den von ihr aufgestellten Kriterien sind Beihilfen nur zulässig, wenn nicht der Markt von sich aus — in vertretbaren Fristen und ohne als unerträglich empfundene soziale Härten — die geforderten strukturellen Anpassungen bewirkt. Die Beihilfen dürfen dabei möglichen strukturpolitischen Gemeinschaftslösungen nicht im Wege stehen; vor allem dürfen sie nicht durch Überbietungen im Beihilfewettbewerb die Probleme nur auf andere Länder verlagern. Beihilfen sollen den Wettbewerb so wenig wie möglich verzerren und die begünstigten Unternehmen in die Lage versetzen, nach einiger Zeit auch ohne Krücken im Markt bestehen zu können. Freilich kommt es selten dazu, daß die Kommission einem Land die beantragte Genehmigung für bestimmte Beihilfen ausdrücklich versagt, da jeder Entscheidung Konsultationsverfahren vorgeschaltet sind. Die praktischen Hindernisse bei der Kontrolle von Beihilfen — schon bei der Feststellung, inwieweit die vielfältigen Maßnahmen strukturpolitischer Art Beihilfebestandteile enthalten — sind groß. Vor allem fehlt es bis jetzt an einem strukturpolitischen Konzept für die Gemeinschaft, an dem das Gemeinschaftsinteresse gemessen werden könnte, das die Kommission aufgrund ihrer Entscheidungsbefugnisse zur Geltung zu bringen hat.

11. Weit schwieriger als für die erörterten Politikbereiche ist es, die Kompetenzen und Zuständigkeiten der Gemeinschaft auf den Gebieten der Konjunkturpolitik, der mittelfristigen Wirtschaftspolitik und der Währungspolitik zu würdigen.

12. Im Artikel 103 des EWG-Vertrages wird zwar lapidar gesagt, daß die Mitgliedstaaten ihre Konjunkturpolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse betrachten und daß der Rat einstimmig über die der Lage entsprechenden Maß-

nahmen entscheiden kann, doch hat der Rat von seiner Befugnis, verbindliche Richtlinien zu beschließen, bislang keinen Gebrauch gemacht. Statt dessen begnügte er sich weitgehend mit Empfehlungen ohne jede formelle Verbindlichkeit. Im Währungsausschuß, im Ausschuß für Konjunkturpolitik, im Haushaltsausschuß und im Ausschuß der Zentralbankpräsidenten werden die von den Vertretern der Mitgliedstaaten vorgelegten Berichte erörtert und Empfehlungen ausgearbeitet, die jedoch bislang kaum über die Zusammenstellung der von den Ländern selbst eingebrachten Vorschläge hinausgehen.

Am 21. März 1972 wurde ein weiterer Ausschuß gebildet, dem je Mitgliedstaat ein besonderer Vertreter des zuständigen Ministers, außerdem ein Vertreter der Kommission angehören. Diese Gruppe hat dafür zu sorgen, daß die Mitgliedstaaten ständig gegenseitig über ihre kurzfristige Wirtschafts- und Finanzpolitik unterrichtet sind, ferner daß die Mitgliedstaaten ihre Politik im Rahmen der vom Rat festgelegten wirtschaftspolitischen Leitlinien koordinieren. Die bisherigen, im Ganzen noch wenig tragfähigen Erfahrungen scheinen immerhin die Skepsis derjenigen zu bestätigen, die die Möglichkeiten dieser Gruppe, auf die kurzfristige Wirtschaftspolitik der Partnerstaaten Einfluß zu nehmen, aus Gründen, die in der Art der europäischen Willensbildung liegen, gering eingeschätzt haben.

13. Wenig ist bisher auch auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik geschehen. Durch die Entscheidung vom 22. März 1971 über die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken ist der Ausschuß der Zentralbankpräsidenten aufgefordert, die Geld- und Kreditpolitik der Mitgliedsländer zu koordinieren. Die Zentralbanken sollen Leitlinien hinsichtlich der Entwicklung der Bankenliquidität, der Bedingungen für die Kreditversorgung und der Höhe der Zinssätze aufstellen und einhalten. Bisher sind solche Leitlinien jedoch noch nicht aufgestellt worden.

14. Besonders wirksame Impulse für die konjunkturpolitische Zusammenarbeit wurden von der Entscheidung vom 22. März 1971 über die Verstärkung der Koordinierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten erwartet. Der Ministerrat tritt danach dreimal im Jahr zusammen, um die wirtschaftliche Lage zu prüfen und Orientierungsdaten für die Haushaltsentwürfe festzusetzen, bevor diese in den Mitgliedsländern endgültig verabschiedet werden, und um einen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft vorzulegen, der auch die Leitlinien enthält, die die Mitgliedstaaten bei ihrer Wirtschaftspolitik zu beachten haben. Der Jahresbericht soll den Parlamenten rechtzeitig zugeleitet werden, damit diese ihn bei ihrer Haushaltsdebatte berücksichtigen können. Bisher liegen zwei Jahresberichte vor. Obwohl die Vorstellungen der einzelnen Regierungen die Aufstellung der Leitlinien für ihre eigenen Länder bestimmten, dürfte der Einfluß, der von den Leitlinien auf die kurzfristige Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten ausgeht, nur gering sein.

15. Was die mittelfristige Wirtschaftspolitik angeht, so werden — gestützt auf die Artikel 6, 105 und 145 des EWG-Vertrages — seit knapp einem Jahrzehnt umfassende Programme erarbeitet. Der Rat und die Regierungen der Mitgliedstaaten haben das dritte Programm dieser Art am 9. Februar 1971 angenommen. In diesem Programm wird versucht, konsistente Projektionen der Wirtschaftsentwicklung bis 1975 vorzulegen und aus ihnen quantitative Orientierungsdaten für wichtige Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie Außenbeitrag, Preise, Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts, für alle Mitgliedsländer abzuleiten. Ferner werden Leitlinien für die einzelnen Länder und die Gemeinschaft insgesamt hinsichtlich der Steuerung der Gesamtnachfrage und der Ausrichtung der Strukturpolitik vorgelegt. Die Regierungen haben ihre Absicht bekundet, gemäß diesen Leitlinien zu handeln. Es ist freilich nicht nur das Schicksal von mittelfristigen Orientierungsdaten der Gemeinschaft, daß sie schon bald nach ihrer Verkündung weitgehend überholt sind. Bei Daten der Gemeinschaft ist es jedoch vielleicht am wenigsten verwunderlich, wenn man bedenkt, wie gering der Kontakt zur Wirtschaftspolitik der Einzelstaaten ist. Sollen die Programme nicht nur zu Mahnmalen für die Versäumnisse der Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit werden, müßten sie regelmäßig korrigiert und fortgeschrieben werden. Auch dann hinge ihr Einfluß ganz und gar von dem politischen Willen in den Mitgliedsländern ab, sie in die Tat umzusetzen.

16. Die Wechselkurspolitik ist — wie die Konjunkturpolitik — nach dem Wortlaut des EWG-Vertrages eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse. Dem entspricht, daß die Länder nach einem Ratsbeschuß vom 8. Mai 1964 gehalten sind, vor wichtigen währungspolitischen Entscheidungen die Partner im Währungsausschuß zu konsultieren. Dem entspricht zudem, daß der Rat in seiner Entschliebung über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion übereingekommen ist, in den Wechselkursbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten „nicht von etwaigen Vorschriften Gebrauch zu machen, die eine Auflockerung des internationalen Wechselkurssystems ermöglichen“. Schließlich wird der Wille zu einem aufeinander abgestimmten währungspolitischen Handeln in einer Richtlinie des Rates vom Juni 1971 (in der Fassung vom 21. März 1972) bezeugt, die das Verhalten gegenüber internationalen Finanzströmen regelt. Gemeinschaftliches währungspolitisches Handeln ist demnach durchaus geplant; es steckt jedoch noch völlig in den Anfängen.

Der stabilisierungspolitische Spielraum der Länder — eine Restgröße oder mehr?

17. Die Willensäußerungen des Ministerrates zur Wirtschafts- und Währungspolitik sind in der Regel keine verbindlichen Organbeschlüsse. Sie begründen, wie etwa die Entschliebung zur Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion, keinen Handlungszwang, sondern legen den Mitgliedstaaten

mehr oder weniger starke politische Bindungen auf. Die vorwiegend angewandten Formen der Willensäußerung ermöglichen Einstimmigkeit, weil sie unverbindlich genug in den durch sie begründeten Pflichten sind und ausreichende Flexibilität in der Ausführung gewährleisten. Die Chancen, daß Willensäußerungen dieser Art zu einer gemeinschaftlichen Stabilisierungspolitik führen, sind allerdings nicht stärker und nicht schwächer als der politische Wille in den Mitgliedsländern, die eigenen Probleme den Erfordernissen der Gemeinschaft unterzuordnen.

Bis jetzt hat die Entwicklung von der Zollunion zu den Anfängen einer Wirtschafts- und Währungsunion den Organen der Gemeinschaft einen nur geringen stabilisierungspolitischen Spielraum verschafft, die Mitgliedsländer jedoch mancher Möglichkeiten beraubt, in eigener Verantwortlichkeit Stabilisierungspolitik zu betreiben.

18. So hat ein einzelnes Mitgliedsland nicht mehr die Möglichkeit, etwas für die Geldwertstabilität durch den Abbau von Einfuhrschranken zu tun. Besonders ausgeprägt ist, wie erwähnt, die Bindung an ein Gemeinschaftsrecht in der Agrarpolitik und in der Wettbewerbspolitik einschließlich der Beihilfepolitik.

Kompetenzen an die Gemeinschaft abtreten, garantiert nicht, daß die Gemeinschaft die Instrumente nun ihrerseits stabilitätspolitisch einsetzen wird. Auf der Ministerratssitzung kurz nach der Pariser Gipfelkonferenz gelang es zum Beispiel nicht, eine auch nur bescheidene lineare Außenzollsenkung durchzusetzen. Manches; was auf den genannten Gebieten geschieht, wirkt immerhin in Richtung Stabilität. Nichts ist so gravierend, daß einzelstaatliche Stabilisierungspolitik nicht darauf verzichten könnte.

19. In den Unschärfenbereich zwischen dem, was die einzelnen Länder nicht mehr tun können, und dem, was ihnen noch möglich ist, gehört die Wechselkurspolitik. Alleingänge eines Landes in der Währungspolitik würden die Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Frage stellen. Zwar sind Paritätsänderungen noch nicht ausgeschlossen; die politischen Bindungen, die sich die Mitgliedstaaten durch die gegenseitige Versicherung, man wolle so weit wie irgend möglich an den bestehenden Kursrelationen festhalten, auferlegt haben, schränken jedoch die Möglichkeiten sehr stark ein, einseitige Paritätsänderungen zu rechtfertigen. Insbesondere das Floaten einzelner EWG-Währungen ist mehr denn je in die politische Tabuzone geraten, auch wenn man Großbritannien, das erst im nächsten Jahr Mitglied sein wird, noch zugestanden hat, auf diese Weise zu der Parität zu finden, die es dann später aufrechterhalten soll. Auch prophylaktische Änderungen der Parität eines Landes werden von den anderen wohl nicht mehr hingenommen. Immerhin läßt die Formulierung in der Schlußklärung der Gipfelkonferenz von Paris, daß feste, aber anpassungsfähige Paritäten zwischen den Währungen der Mitgliedstaaten eine wesentliche Grundlage zur Verwirklichung der Union seien, dar-

auf schließen, daß man sich die Tür für Paritätsänderungen, die einem schon entstandenen Ungleichgewicht lediglich Rechnung tragen, offenhalten möchte, falls die anderen Politikbereiche nicht das leisten, was man ihnen für die Übergangsphase zur Währungsunion zumutet. Auch solche Paritätsänderungen bedürften freilich der vorherigen Konsultation.

20. Für die Geld- und Kreditpolitik der einzelnen Länder ergeben sich daraus weitreichende Konsequenzen. Zwar sind die Zentralbanken in der Anwendung ihrer Instrumentarien nicht beschränkt. Es bestehen lediglich Vereinbarungen, die Ausdehnung der Geldmenge auf ein bestimmtes Maß zu begrenzen; sie lassen jedoch von vornherein Abweichungen zu. De facto gibt es aber, selbst wenn man die bestehenden Kapitalverkehrskontrollen in Rechnung stellt, keine Möglichkeit für ein einzelnes Land, durch Einsatz der Geld- und Kreditpolitik auf längere Sicht ein größeres Maß an Stabilität zu erreichen als die Partnerländer, sofern man Wechselkursänderungen nicht in Betracht zieht. Damit ist freilich nicht ausgeschlossen, daß ein einzelnes Land seine relative Position innerhalb des knappen Rahmens, den ihm das enge Kursband setzt, mittels geld- und kreditpolitischer Maßnahmen verbessert.

21. Nur wenn die Inflationsraten in den Mitgliedsländern nicht nennenswert voneinander abweichen, also keine Trendprobleme bestehen, und wenn die Paritätsrelationen der Währungen zu einem mittelfristigen Gleichgewicht in den außenwirtschaftlichen Beziehungen passen, kann jedes einzelne Land — auch ohne Kapitalverkehrskontrollen — den Spielraum des Kursbandes für seine Geld- und Kreditpolitik konjunkturpolitisch ausschöpfen, indem es Zinsdifferenzen zuläßt oder hervorruft, die maximal der Bandbreite entsprechen. Der Bedarf an einer solchen Politik wird wesentlich von den Konjunkturverläufen im Inland und im Ausland, hier vor allem in den europäischen Partnerstaaten, bestimmt. Er ist um so größer, je ungleicher die Konjunkturzyklen sind. Diesen Ungleichheiten im Konjunkturverlauf wirken jedoch die konjunkturell bestimmten Veränderungen der Warenströme entgegen. Das Land, das sich im Aufschwung befindet, verzeichnet einen Importsog, das Abschwungsland einen Exportschub. Einiges spricht dafür, daß sich die Konjunkturbewegungen innerhalb der EWG aufgrund der zunehmenden und vielseitigen Verflechtung der Märkte allmählich angleichen. Die Anbieter jedes einzelnen Landes werden immer schneller und direkter auf Nachfrageänderungen in den Partnerländern reagieren (Ziffer 45).

Je ausgeprägter der Gleichlauf in den Konjunkturzyklen der Mitgliedsländer wird, desto kleiner wird der Bedarf an stabilisierungspolitischem Spielraum zum Zwecke der Konjunktursteuerung. Auch dann, wenn die Mitgliedstaaten ihre Konjunkturpolitik noch nicht harmonisiert haben, wird also vermutlich schon von dieser faktischen Integration ein gewisser Zwang zu gleichförmigem konjunkturpolitischem Verhalten ausgehen. Etwas überspitzt formuliert:

Eine von der Konjunkturpolitik der Partnerländer abweichende eigene Politik zu betreiben, ist zwar für ein einzelnes Land nur noch begrenzt möglich; sie wird jedoch auch immer weniger nötig, je mehr die faktische Integration auf einen Gleichlauf der Konjunkturen hinwirkt. Dies besagt jedoch nicht, daß etwa auch der Bedarf an gemeinsamer Konjunkturpolitik aus solchen Gründen geringer würde. Eher trifft das Gegenteil zu.

22. In der Finanzpolitik sind die einzelnen Mitgliedstaaten der EWG noch weitgehend frei. Die Leitlinien und Orientierungsdaten der Gemeinschaft legen den Ländern kaum nennenswerte Fesseln an.

Zwar hat die Finanzpolitik vor allem andere als stabilisierungspolitische Aufgaben, insbesondere die Versorgung der Volkswirtschaft mit öffentlichen Gütern, diese vertragen sich, zumindest was die Ausgabenseite der Staatshaushalte betrifft, nicht gut mit dem Einsatz der Finanzpolitik als Instrument der Stabilitätspolitik; immerhin bietet das Mittel der Einnahmenvariation erhebliche Möglichkeiten. Obwohl die Autonomie formal unangetastet bleibt, wird es jedoch immer schwerer, diese Autonomie auch zu nutzen. Angesichts der stärker werdenden realwirtschaftlichen Verflechtung in der Gemeinschaft sollte man deshalb nicht zu hoch darauf setzen, daß nationale Finanzpolitik leisten könnte, was der Geld- und Kreditpolitik versagt ist.

Will man etwa die Inflation oder einen Konjunkturaufschwung in der Gemeinschaft zu Hause dadurch bremsen, daß man die Ausgaben drosselt oder die Einnahmen erhöht, so muß man, je stärker die Märkte der Mitgliedsländer miteinander verflochten sind, desto mehr damit rechnen, daß der Nachfrageausfall des Staates oder der Privaten durch Nachfrage aus den Partnerländern ersetzt wird. Wiederum überspitzt formuliert: Bei vollständiger Integration müßte ein einzelnes Land gleichsam den privaten Verbrauch aller EWG-Länder zurückdrängen, um eine Dämpfung der Konjunktur oder des Preisanstiegs im eigenen Land zu erreichen. Dies kann sich auch ein großes Mitgliedsland der Gemeinschaft nicht leisten. Nur vorläufig noch hat also die Finanzpolitik der einzelnen Länder einen Spielraum, den sie nutzen kann. Solange die Märkte noch unvollkommen sind und die Konjunkturen nicht im Gleichschritt verlaufen, sollte man ihn aber auch nicht unterschätzen.

23. In der Einkommenspolitik sind die einzelnen Länder ebenfalls keinen Bindungen unterworfen. Sie haben auch schon die unterschiedlichsten Wege von der konzertierten Aktion über Indexbindungen der Löhne bis zu direkten Eingriffen in die Lohn- und Preisbildung versucht, um der Inflation oder wenigstens einer Beschleunigung der Inflation zu begegnen.

Je mehr die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung Gütermärkte und Arbeitsmärkte in der Gemeinschaft verbindet, um so weniger wird ein einzelnes Land in der Einkommenspolitik einen Alleingang durchhalten können. Erzwingt man Zurückhaltung in

der Lohnpolitik und unterbricht man nicht zugleich den Preisverbund auf den Gütermärkten, so führte dies zu Unterschieden in der Einkommensentwicklung, die nicht marktgerecht wären und daher auf Dauer nicht aufrechterhalten werden könnten. Unter den gleichen Bedingungen würden zu hohe Lohnsteigerungen Beschäftigungsrisiken heraufbeschwören. Genau so wie für die Geld- und Kreditpolitik und für die Finanzpolitik gilt also für die Einkommenspolitik, daß der nationale Spielraum de facto mehr und mehr nur noch darin besteht, sich dem Gleichschritt in der Gemeinschaft annähern zu können.

Die Lücke zwischen dem Verlust an nationaler Autonomie und gemeinschaftlichem Handeln

24. Die Organe der Gemeinschaft haben bisher nicht vermocht, ihre Kompetenz für stabilitätspolitische Richtlinien so zu nutzen und den immerhin erlassenen Richtlinien soviel Geltung zu verschaffen, daß stabilitätswidriges Verhalten der einzelnen Länder verhindert wurde. Noch weniger konnten sie die Gemeinschaft im ganzen vor den Konsequenzen einzelstaatlichen Fehlverhaltens bewahren.

Es klafft deshalb eine empfindliche Lücke zwischen dem, was die Gemeinschaft stabilitätspolitisch schon tun kann, und dem, was die einzelnen Länder nicht mehr zu tun vermögen. Diese Lücke besteht, weil die währungspolitische und die wirtschaftspolitische Komponente der Union nicht parallel entwickelt wurden; sie ist zu beklagen, weil durch ihr Vorhandensein jenen Ländern, die — wenigstens auf mittlere Sicht — noch bessere Chancen als andere hätten, den Zielen Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung gleichzeitig gerecht zu werden, der Weg dahin weitgehend verbaut ist.

25. Zu dieser Lücke zwischen den stabilitätspolitischen Handlungsspielräumen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten kam es, als weittragende Vereinbarungen auf dem Gebiet der Währungspolitik getroffen wurden, ohne daß man gleichzeitig Sorge für eine wirksame Koordinierung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik traf. Freilich kann man die Ansicht vertreten, daß diese Lücke zeitweilig in Kauf genommen werden muß, weil sie Zwänge schafft, die Koordination der Wirtschaftspolitik voranzutreiben, was sonst unterbliebe. So hat der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten zwei grundsätzlich verschiedene Wege zu einer Wirtschafts- und Währungsunion aufgezeigt, die einzuschlagen er für gleichermaßen vertretbar erachtet: der eine, auf dem sich die Währungsunion gleichsam automatisch als Ergebnis einer allmählichen Harmonisierung der Zielvorstellungen und der Angleichung aller wichtigen Bereiche der Wirtschafts- und Finanzpolitik ergibt, und der andere, an dessen Anfang währungspolitische Entscheidungen getroffen werden, die zwar den Verlust nationaler Autonomie in der Konjunktur- und Stabilitätspolitik bedeuten, aber gerade deshalb dazu zwingen, die wirtschaftspolitischen Funktionsbedingun-

gen einer Währungsunion so rasch wie möglich herzustellen; zu beiden Wegen gehört die Freiheit des innergemeinschaftlichen Kapitalverkehrs (JG 71 Ziffer 287). Mit der Verengung der Bandbreiten bei gleichzeitiger Erschwerung von Paritätsänderungen wurde der Versuch unternommen, den zweiten Weg zu beschreiten.

26. Es stellte sich sehr bald heraus, daß man sich mit der währungspolitischen Vorgabe einer nicht abgesicherten Bandbreitenverengung mehr vorgenommen hatte, als man zu verkräften bereit war. Die Vorgabe hätte einen heilsamen Druck auf die Mitgliedsländer ausüben sollen, insbesondere ihre Geld- und Kreditpolitik im Hinblick auf das gemeinsame Stabilitätsziel abzustimmen. Der weitgehende Verlust an Autonomie der Zentralbanken in der Geld- und Kreditpolitik wurde jedoch schon kurz nach der Einführung des engen Bandes als unerträglich empfunden. Man nahm die Schwäche der Lira zum Anlaß, sich diese Autonomie wenigstens vorläufig erneut zu verschaffen, wenn auch nicht dadurch, daß der enge Währungsverbund wieder aufgehoben wurde, sondern dadurch, daß man bestehende Kapitalverkehrskontrollen verschärfte und neue einführte.

Kapitalverkehrskontrollen sind jedoch ein schlechter Ersatz für ein breiteres Kursband. Abgesehen davon, daß es nicht leicht ist, Kapitalzuflüsse in ein Land, dessen Währung begehrt ist, durch Kontrollen abzuwehren, schieben wirksame Kapitalverkehrskontrollen, mit deren Hilfe eine geringere Rate der Geldentwertung als in der restlichen Gemeinschaft erreicht wird, den Zwang zur Wechselkursanpassung nur hinaus; Exportüberschüsse sowie die Auswirkungen des internationalen Preiszusammenhangs sorgen am Ende dafür, daß entweder die Preissteigerungsraten zunehmen oder die Währung aufgewertet werden muß. Die wachsende Verflechtung der Gütermärkte beschleunigt noch diesen Prozeß. Je länger der Aufschub gelingt, desto schwieriger wird es zudem, nach der Wechselkursänderung mit den Verzerrungen fertig zu werden, die durch die Anpassung der Wirtschaftsstrukturen an ein der tatsächlichen Wettbewerbsfähigkeit immer weniger entsprechendes Wechselkursgefüge hervorgerufen werden. Vor allem aber wird die mit der Verengung der Bandbreiten eingeleitete Währungsunion zur Farce, wenn der Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsländern über längere Zeiträume hinweg drastischen Beschränkungen unterliegt.

27. Als weitere währungspolitische Vorgabe könnte sich die auf der Gipfelkonferenz von Paris für den 1. April 1973 beschlossene Gründung des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit erweisen, in den später die Währungsreserven der Mitgliedstaaten eingebracht werden sollen, der aber schon bald die kurzfristige Saldenfinanzierung und den kurzfristigen Währungsbestand verwalten wird. Dieser Fonds sollte nach dem Werner-Plan erst in der zweiten Stufe gebildet werden, auf jeden Fall aber — auch nach der Entscheidung des Rates vom 22. März 1971 — erst wenn die

Erfahrungen mit der Verringerung der Bandbreiten und der zunehmenden Angleichung der Wirtschaftspolitik dies rechtfertigen. Man verspricht sich von dem Fonds eine leichtere Koordinierung der Geld-, Kredit- und Währungspolitik. Er soll zudem den Nukleus für eine europäische Zentralbank bilden.

Die Konsequenzen einer währungspolitischen Vorgabe

28. Grundbedingung einer Wirtschafts- und Währungsunion ist — ebenso wie ein fester Wechselkurs und freier Handelsverkehr — ein von allen Schranken befreiter Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten. Keine der Bedingungen für sich genommen muß voll erfüllt sein, bevor die Union vollendet ist. Wichtig ist nur, man bewegt sich auf den Endzustand konsequent zu. Die Verengung der Bandbreiten läßt sich nur begründen, wenn man das, was der Endzustand impliziert, nämlich die freie Beweglichkeit von Kapital über die Grenzen hinweg und damit den Zwang zu gemeinsamer Geld- und Kreditpolitik zur Wirkung kommen läßt. Ein solcher Schritt läßt sich allenfalls psychologisch erklären: Man baut zwar das Haus der Zukunft, stellt es als Ansporn zur Schau, zieht aber nicht ein, solange man sich noch nicht zutraut, darin harmonisch zusammenleben zu können.

Mit anderen Worten: Auch ohne Verengung der Bandbreiten hätte sich die Gemeinschaft auf das Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion zu bewegen können. Bei größerer Flexibilität hätte man die Kapitalverkehrskontrollen gar nicht erst nötig gehabt. Die Entscheidung für den anderen Weg, den der währungspolitischen Vorgabe, kann nur dann leisten, was sie verspricht, wenn auch hier die Kontrollen beseitigt und nicht gar neue eingeführt werden. Daß sich die verantwortlichen Politiker dessen hewußt sind, zeigen die oft wiederholten Bekenntnisse zum freien Kapitalverkehr innerhalb der Gemeinschaft. An konkreten Bemühungen und Initiativen, dies in die Tat umzusetzen, fehlt es bislang. Solange sich hier nichts tut, bleibt man die Probe auf die Ernsthaftigkeit des in Paris erneut gemeinsam bekundeten Willens schuldig, die zu bildende Wirtschafts- und Währungsunion solle Garant für Stabilität und Wachstum sein.

29. Enge Bandbreiten (eines Tages auch die Beseitigung jeglichen Bandes) und freier Kapitalverkehr würden das erzwingen, was mit Kapitalverkehrskontrollen nur schwer zu erreichen ist: eine gemeinsame Geld- und Kreditpolitik. Jeder Alleingang eines einzelnen Landes wäre schließlich zum Scheitern verurteilt. Ein Land, das stärkere Restriktionen versuchte als die Partner, zöge das Kapital der Gemeinschaft auf sich und müßte unter dem Druck der Liquidität seinen Kurs aufgeben. Ein Land, das eine stärkere monetäre Expansion als die anderen betreibt, verlore seine Währungsreserven und müßte ebenfalls zum generellen Kurs der Geld- und Kreditpolitik zurückkehren. Länder, die sich dem nicht fügen wollen, was der Zinsmechanis-

mus erzwingt, hätten nur den Ausweg, die Union zu verlassen, es sei denn, ihnen würde eine Änderung ihrer Parität als Ersatz für die gewünschte Abweichung vom allgemeinen Kurs der Geld- und Kreditpolitik zugestanden.

Unbestimmt wäre, welcher Kurs der Geld- und Kreditpolitik sich dabei durchsetzt, solange er nicht gemeinsam beschlossen wird. Denn der relativ expansive Kurs einiger Länder ist nichts anderes als die Kehrseite eines relativ restriktiven Kurses der übrigen Länder. Die Bestimmung, was expansiv und was restriktiv ist, bedarf deshalb eines anderen Maßstabes als desjenigen, der sich aufgrund des unterschiedlichen Durchsetzungsvermögens der einzelnen Länder ergibt. Dieser Maßstab braucht nicht gesucht zu werden: Er ist das gemeinsam angestrebte Maß an Stabilität. Um dieses zu erreichen, bedarf es mindestens der engen Kooperation der Zentralbanken im Sinne eines verabredeten gleichwirkenden Verhaltens, besser wohl eines Europäischen Federal Reserve Systems, dessen Steuerungszentrum etwa der Europäische Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit werden könnte. Hier wäre die Politik zu beschließen, die die Rate der Geldentwertung in den Mitgliedstaaten allmählich auf das Maß zurückdrängt, das von allen zumindest als erträglich empfunden wird und als Erfüllung des gemeinsamen Stabilitätsziels anerkannt werden kann. Dazu bedarf es auch einer — gewiß nicht leicht zu erzielenden — Einigung über das anzuwendende Instrumentarium.

Nur wenn das Tempo, in dem man dem Stabilitätsziel näherkommt, allen ausreichend erscheint, wäre die Probe auf die währungspolitische Vorgabe — enges Band und keine Kapitalverkehrskontrollen — bestanden.

30. Der Gemeinschaft stellt sich nicht nur das Problem eines steigenden Trends in der Entwicklung des Preisniveaus. Da zu erwarten ist, daß sich die Konjunkturen bei zunehmender Verflechtung der Güter- und Faktormärkte allmählich angleichen werden, bedarf es zunehmend auch einer gemeinsamen Konjunktursteuerung, d. h. der Bekämpfung zyklischer Probleme. Das wichtigste Mittel hierfür ist ebenfalls die Geld- und Kreditpolitik, unterstützt von der Finanzpolitik. Bei Gleichlauf der Konjunkturen wirft dies keine anderen Probleme auf als die, die für die nationale Geld- und Kreditpolitik auch bestehen.

Solange die Konjunkturen der Länder noch voneinander abweichen, kann es auch bei gemeinsamer Geld- und Kreditpolitik und ohne Kapitalverkehrskontrollen den einzelnen Zentralbanken überlassen bleiben, im Rahmen der allgemeinen Stabilitätsvereinbarungen die individuellen Spielräume, die das noch vorhandene Kursband bietet, zu nutzen.

31. Die Möglichkeiten der nationalen Finanzpolitik als Instrument der Konjunktursteuerung werden — ausgenommen im Falle einer nationalen Sonderkonjunktur — allmählich geringer werden (Ziffer 22).

32. Ob es bald dazu kommt, daß eine gemeinsame Finanzpolitik für die Steuerung der EWG-Konjunktur eingesetzt werden kann, bleibt fraglich, wenn man sich vor Augen führt, wie schwierig es selbst in einem einzelnen Mitgliedstaat wie der Bundesrepublik ist, die Haushaltspolitik von Bund, Länder und Gemeinden zu koordinieren, obwohl das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz einige Möglichkeiten dafür eröffnet. Gedrängt werden könnte immerhin auf eine gemeinsame Variation der Einnahmen bei verstetigter Ausgabenpolitik, um die gemeinsame geld- und kreditpolitische Konjunktursteuerung zu ergänzen.

33. Das alles hat die Gemeinschaft noch nicht. Statt dessen gibt es scharfe Kapitalverkehrskontrollen, die den Harmonisierungszwang der währungspolitischen Vorgabe aufheben. Worauf man sich bei den noch schwachen Kompetenzen der Gemeinschaft zu verlassen hätte, wäre, daß alle Mitgliedsländer gleichermaßen und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Stabilisierungspolitik betreiben. Darauf ist nach den bisherigen Erfahrungen jedoch kaum Verlaß. Täten es alle in gleichem Maße, brauchte man freilich auch keine Kontrollen des Kapitalverkehrs.

34. Es bleibt deshalb nur zu hoffen, daß alle Mitglieder der Gemeinschaft Stabilitätserfolge erzielen. Einzuräumen ist, daß Länder mit erheblichen Strukturproblemen es schwerer haben als andere, Stabilitätspolitik zu betreiben. Versuchen sie, die Inflationsraten ebenso schnell wie die anderen Länder herabzudrücken, gehen sie dabei größere Beschäftigungsrisiken als diese ein. Ihnen gewähren die Kapitalverkehrskontrollen also einen zeitlichen Aufschub für die Lösung ihrer Strukturprobleme. Da sich in der Zwischenzeit die Preisniveaus auseinanderentwickeln, entstehen allerdings neue Strukturprobleme für die Gemeinschaft im ganzen, die nicht übersehen werden dürfen (Ziffer 26).

Es kommt schließlich der Zeitpunkt, an dem die Salden der Leistungsbilanzen Paritätsänderungen erzwingen. Wer darauf vertraut, daß sich bis dahin die wirtschaftspolitischen Funktionsbedingungen einer Währungsunion verbessern, wird dafür plädieren, daß die Kapitalverkehrskontrollen aufrechterhalten bleiben. Nach Ablauf dieser Zeit könnten die Paritäten der Gemeinschaftswährungen in einem kleinen Realignment den neuen Verhältnissen angepaßt werden und gleichzeitig die Währungsunion mit erneut festen Wechselkursen, jetzt aber auch mit freiem Kapitalverkehr, voll in Funktion treten.

Nur wenig deutet darauf hin, daß das Vertrauen gerechtfertigt ist, ein Aufschub bei der Herstellung des freien Kapitalverkehrs innerhalb der Gemeinschaft werde die Voraussetzungen für das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion verbessern. Ist das nicht der Fall, führt der Schutz, den die Kapitalverkehrskontrollen gewähren, nur dazu, daß sich abermals größere Unterschiede in den Inflationsraten einstellen. Dann aber ist es um die Aussichten der Wirtschafts- und Währungsunion schlecht bestellt.

35. Alle auf Stabilität in der EWG gerichtete Politik bleibt erfolglos, wenn sie durch Inflationsübertragung von außen gefährdet ist. Um dieser Gefahr zu entgehen, bedarf es einer gemeinsamen außenwirtschaftlichen Absicherung. Gegenwärtig besteht diese, wenn auch unvollkommen, in Form von unterschiedlichen Kapitalverkehrskontrollen der einzelnen Länder, die nach außen ebenso wie nach innen wirken. Die Mitglieder des Sachverständigenrates haben mit einer Ausnahme in dem Sondergutachten „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972“ die Vorteile einer außenwirtschaftlichen Absicherung durch gemeinsames Floaten der miteinander verbundenen Währungen gegenüber Währungen der nicht zur EWG gehörenden Länder hervorgehoben; alle Mitglieder haben auf die Nachteile der Kapitalverkehrskontrollen hingewiesen. An den Argumenten hat sich nichts geändert. Das Sondergutachten ist im Anhang abgedruckt.

Nimmt man für gegeben, daß ein Konsensus der Mitgliedsländer für ein gemeinsames Floaten gegenwärtig nicht zu erreichen ist, so müßte angestrebt werden, das Weltwährungssystem so zu reformieren, daß es bei freiem Güter- und Kapitalverkehr die angestrebte Stabilität in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auch langfristig außenwirtschaftlich abzusichern erlaubt (JG 71 Ziffer 281).

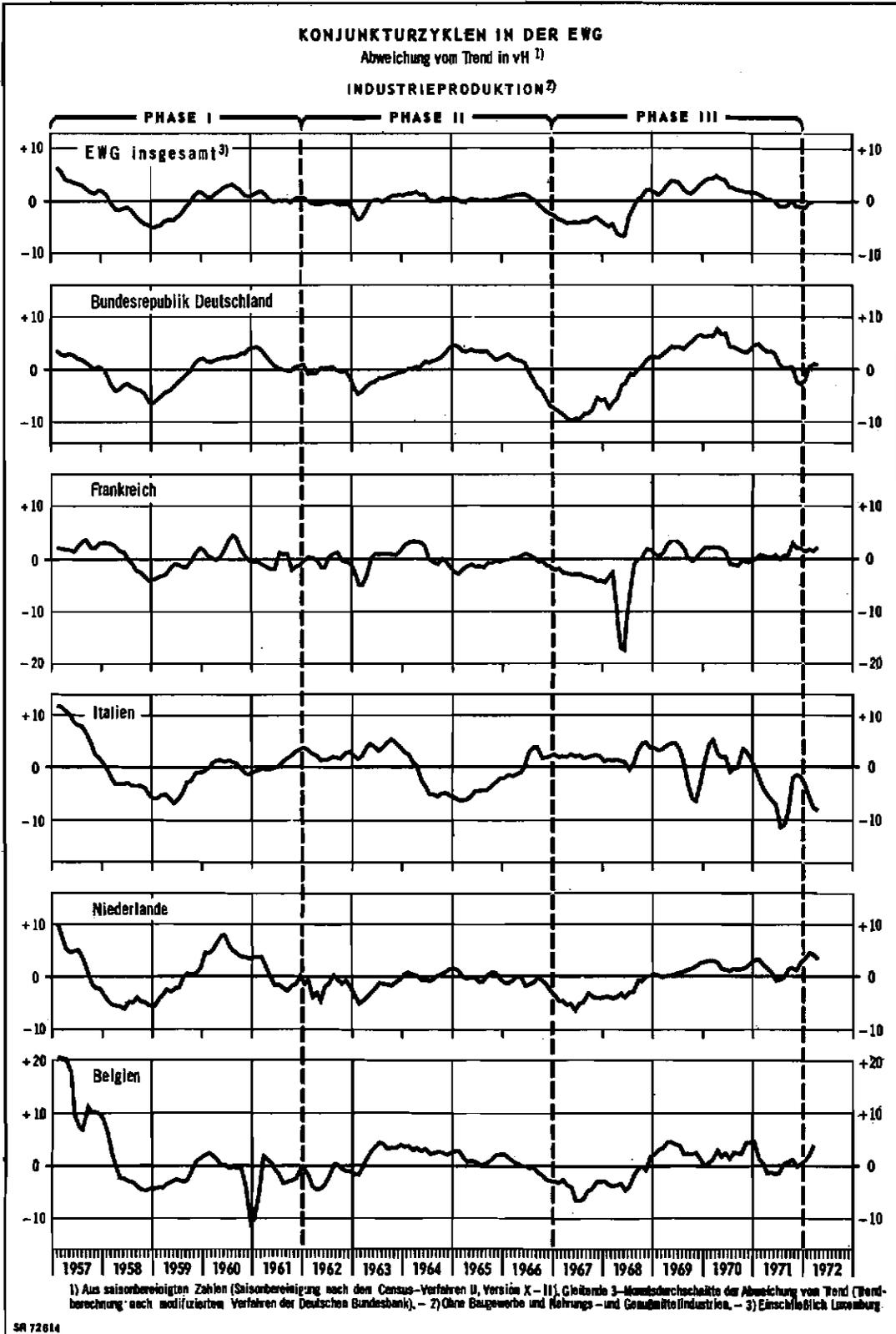
II. Zyklus und Trend

36. Die im vorangegangenen dargelegten Probleme einer gemeinsamen Stabilisierungspolitik in der EWG lassen es angebracht erscheinen, in einem Überblick die Wirtschaftsentwicklung in den Ländern, deren Volkswirtschaften seit Inkrafttreten der römischen Verträge zusammengewachsen sind, kurz nachzuzeichnen, um so die Konstitution des Integrationsraumes und deren Veränderungen sichtbar zu machen.

Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse des Konjunkturverlaufs der Gemeinschaft im ganzen und der einzelnen Länder (Ziffern 37 ff.), der Wirtschaftsstruktur sowie der Entwicklung von Wachstum, Beschäftigung und Geldwert im Trend (Ziffern 49 ff.). Von Interesse ist ferner die Entwicklung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft (Ziffern 59 ff.).

37. Faßt man, um die konjunkturellen Bewegungen in der Gemeinschaft zu erkennen, die Industrieproduktion der einzelnen EWG-Länder zusammen und ermittelt man für diese Industrieproduktion der EWG insgesamt die Abweichungen vom Trend, so lassen sich für den Zeitraum von 1957 bis 1971 drei Phasen unterscheiden (Schaubild 1):

- Phase I (1957 bis 1961) ist gekennzeichnet durch eine gleichartige konjunkturelle Bewegung in allen Mitgliedsländern, so daß das Konjunkturmodell für die EWG insgesamt das gleiche ist.
- Phase II (1962 bis 1966) läßt stark gegenläufige konjunkturelle Bewegungen in einzelnen EWG-



Ländern erkennen; für die EWG insgesamt ist keine zyklische Bewegung feststellbar.

- Phase III (1967 bis 1971) weist wieder mehr Parallelität im Konjunkturverlauf der einzelnen Länder auf, so daß sich auch ein deutlicher Konjunkturzyklus für die EWG insgesamt zeigt.

38. Bedeutsam für die Erklärung dieses empirischen Befundes ist der zunehmende Integrationsgrad im EWG-Raum. Ausgehend von einer weitreichenden konjunkturellen Autonomie der einzelnen Länder bis zum Ende der 50er Jahre hat sich durch die zunehmende Außenhandelsverflechtung zwischen den EWG-Ländern ein hochintegrierter Wirtschaftsraum gebildet, in dem sich konjunkturelle Impulse rascher als früher fortpflanzen; der Integrationsraum dürfte von den Unternehmen mehr und mehr als Binnenmarkt betrachtet werden (Ziffer 45).

Zusätzlich ist, betrachtet man den Verlauf der EWG-Konjunktur im ganzen, der Grad der möglichen konjunkturellen „Fremdbestimmung“ durch die Vereinigten Staaten in Rechnung zu stellen. Deren Einfluß scheint unterschiedlich gewesen zu sein. Dies erklärt sich aber wohl nicht aus einer im Verlaufe unterschiedlichen Außenhandelsabhängigkeit der EWG von den Vereinigten Staaten, denn der Anteil an den Gesamtausfuhren der EWG, der auf die Vereinigten Staaten entfällt, ist seit 1957 annähernd konstant geblieben. Der Einfluß ist bei der gegebenen Struktur der Außenhandelsverflechtung zwischen den beiden Wirtschaftsräumen wohl hauptsächlich von der Stärke der konjunkturellen Ausschläge in den Vereinigten Staaten abhängig (Tabelle 1).

39. In der Phase I waren es vor allem die Ausfuhren, die den konjunkturellen Aufschwung in Gang setzten und in den meisten EWG-Ländern den Investitionen voranliefen. Die kräftigen Auftriebstendenzen aus dem Außenhandel waren auf die konjunkturellen Impulse aus den Vereinigten Staaten zurückzuführen. So lagen die Ausfuhren dorthin für einzelne EWG-Länder im Jahre 1959 um mehr als 50 vH höher als ein Jahr zuvor; im Durchschnitt der EWG betrug die Zunahme 42 vH. Dieser Nachfragezog aus den Vereinigten Staaten, der vor allem deshalb so stark war, weil die amerikanischen Unternehmen ihre Läger nach der vorausgegangenen Rezession wieder kräftig aufstockten, zwang die EWG-Länder in einen Konjunkturgleichlauf. Denn ange regert durch die Ausfuhrerxpansion, die durch den innergemeinschaftlichen Handel noch verstärkt wurde, belebte sich die Investitionsnachfrage bis 1961 in den EWG-Ländern kräftig. Die realen Anlageinvestitionen, die in allen Phasen in allen Ländern der Gemeinschaft unter den Nachfragekomponenten am stärksten schwanken und die Schwankungen des Bruttosozialprodukts dominieren, so daß sie im wesentlichen Richtung und Intensität der konjunkturellen Bewegung bestimmen, erreichten ihren Höhepunkt im Jahre 1960 mit einer Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr von reichlich 12 vH (Schaubild 2).

40. Hatte sich — vor allem unter dem Einfluß des amerikanischen Nachfragesogs — der Aufschwung in allen EWG-Ländern gleichmäßig vollzogen, so kam es nach dem oberen Wendepunkt im Jahre 1960 infolge einer unterschiedlichen nationalen Konjunkturpolitik zu einem zunächst nur leicht differenzierten Konjunkturbild in den einzelnen Ländern, das von 1963 an einer zunehmend gegenläufigen konjunkturellen Bewegung wich. Es entstand eine „Konjunkturschaukel“ innerhalb der EWG.

In Deutschland und den eng mit der deutschen Wirtschaft verflochtenen Benelux-Ländern war der Abschwung nach 1960 steller und länger als in Frankreich und Italien, wo durch expansive konjunkturpolitische Maßnahmen binnen kurzem ein neuer Aufschwung in die Wege geleitet wurde. Dieser Periode erneuter rascher Expansion bei sich beschleunigendem Preisaufrtrieb wurde in Italien im Herbst 1963 mit einer Stabilisierungskrise ein Ende gesetzt, als die wirtschaftspolitischen Instanzen durch eine scharfe Restriktionspolitik versuchten, eine Abwertung der Lira zu verhindern, die wegen der akuten Zahlungsbilanzkrise unvermeidlich zu werden drohte. Auch Frankreich ging im Frühjahr 1964 zu einer Restriktionspolitik, in Verbindung mit einem

Tabelle 1

Konjunkturzusammenhang zwischen der EWG und den Vereinigten Staaten
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

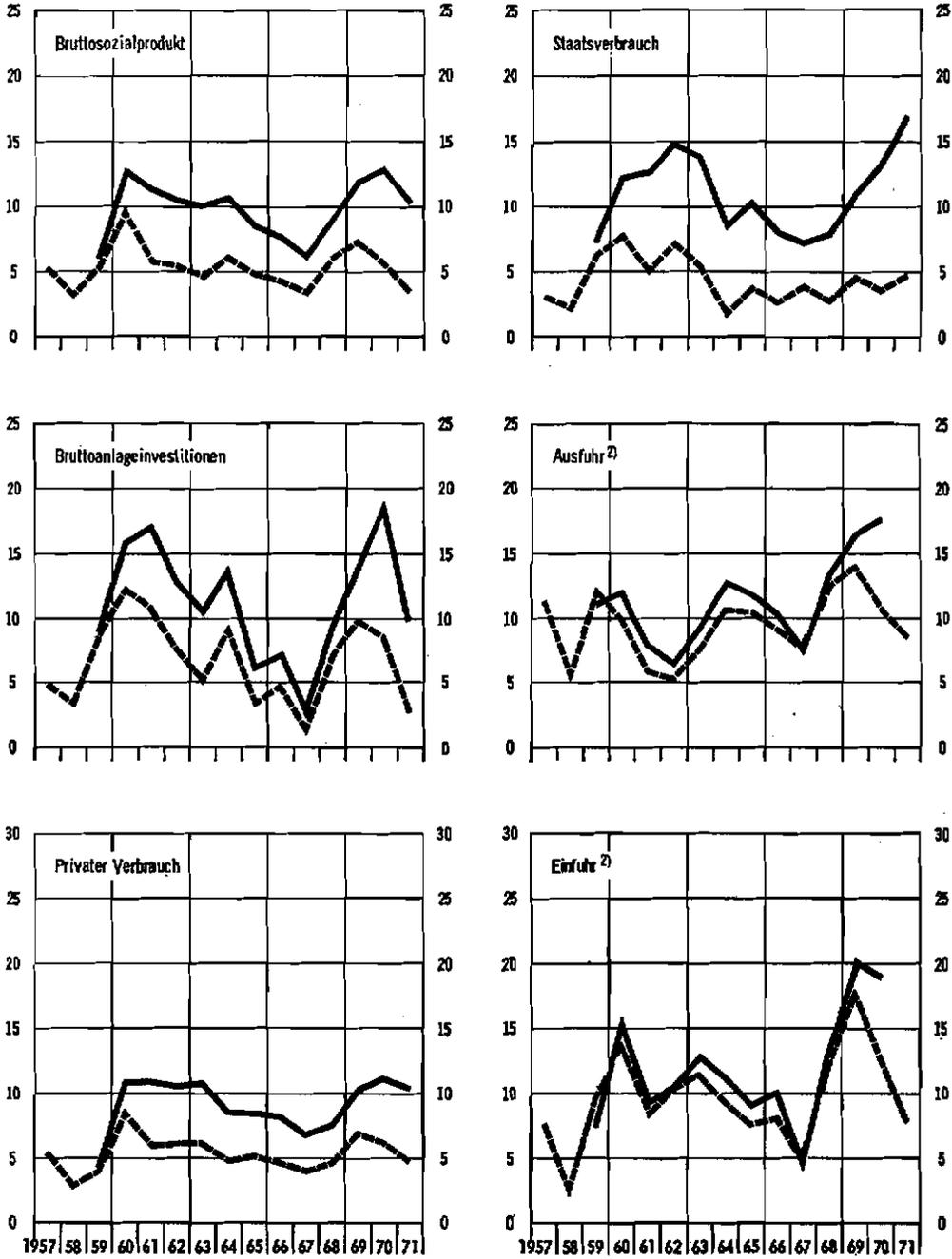
Jahr	Bruttosozialprodukt der Vereinigten Staaten	Warenausfuhr der EWG in die Vereinigten Staaten	Bruttosozialprodukt der EWG insgesamt
1957	+5,3	+ 7,2	.
1958	+1,6	+11,7	.
1959	+8,0	+42,5	+ 5,0
1960	+4,1	- 5,5	+12,9
1961	+3,4	- 0,5	+11,3
1962	+7,7	+ 9,6	+10,4
1963	+5,4	+ 4,7	+10,0
1964	+7,2	+11,2	+10,6
1965	+8,3	+20,2	+ 8,5
1966	+9,5	+19,6	+ 7,7
1967	+6,0	+ 8,0	+ 5,9
1968	+8,9	+30,4	+ 8,9
1969	+7,6	+ 3,3	+11,9
1970	+5,0	+11,3	+12,8
1971	+7,6	+16,0	+10,2

Quellen: SARG, OECD, für Vereinigte Staaten zum Teil nationale Quelle

BRUTTOSOZIALPRODUKT UND NACHFRAGEKOMponentEN IN DER EWG¹⁾

Veränderung gegen Vorjahr in vH

— in jeweiligen Preisen und Wechselkursen (US-\$)
 - - - in Preisen und Wechselkursen von 1963 (US-\$)



1) Bis 1959 ohne Schweden und Dänemark. - 2) Ausfuhr bzw. Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (ohne Erwerbs- und Vermögenserlösen aus dem Ausland bzw. an das Ausland).
 Quelle: SAEG

Preisstopp, über, um dadurch der inflationären Entwicklung und dem drohenden Zahlungsbilanzungleichgewicht zu begegnen. Der in diesen beiden Ländern daraufhin einsetzende Abschwung kam erst um die Jahreswende 1964/65 zum Stillstand.

Insgesamt gesehen führten also die konjunkturpolitischen Maßnahmen, die in Italien und Frankreich in der ersten Hälfte der 60er Jahre getroffen wurden, zu einer Verschiebung des Konjunkturzyklus gegenüber Deutschland und den Benelux-Ländern, wo sich die konjunkturelle Erholung — gefördert durch die vorausgegangene kräftige Nachfragesteigerung aus den beiden übrigen Partnerländern — erst Anfang 1964 durchsetzte.

41. Für die einzelnen EWG-Länder dürfte auch in der Phase II die Ausfuhrentwicklung maßgebend für den jeweiligen Aufschwung gewesen sein; dafür spricht jedenfalls die unverändert verzögerte Reaktion der Investitionsnachfrage. Da jedoch der Konjunkturverlauf der einzelnen EWG-Länder seit Anfang der 60er Jahre spürbar gegeneinander verschoben worden war, gingen in jedem Land — im Gegensatz zum Ende der 50er Jahre in Phase I — hohe Zuwachsraten der Ausfuhr in die EWG-Länder zumeist mit geringen Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts und der Einfuhr einher und umgekehrt (Tabelle 2).

Bei der nach der Zyklenverschiebung zu beobachtenden Konjunkturschaukel innerhalb der EWG-Länder war es nämlich — anders als während des vorausgegangenen Konjunkturgleichlaufs — für die Unternehmen möglich, den abschwungsbedingten internen Nachfrageausfall dadurch teilweise auszugleichen, daß sie sich verstärkt um Exporte in die Partnerländer mit einer vergleichsweise guten Konjunkturlage bemühten. Diese Entwicklung ist ganz deutlich daran zu erkennen, daß sich beispielsweise in den drei großen EWG-Ländern die jährlichen Zuwachsraten der Ausfuhr in die Gemeinschaftsländer und der Einfuhr aus den Gemeinschaftsländern von 1963 an zumeist gegenläufig verändern.

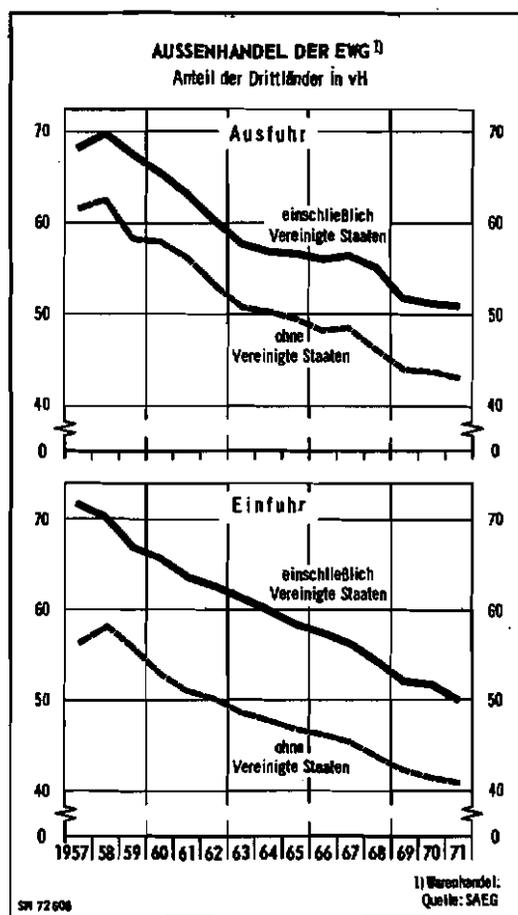
42. Konjunkturelle Impulse aus den Partnerländern wurden für die einzelnen EWG-Länder auch deshalb bedeutsamer, weil die Außenhandelsverflechtung zwischen ihnen seit Anfang der 60er Jahre infolge der Liberalisierung des Warenverkehrs — mengenmäßige Handelsbeschränkungen waren bis Ende 1961 fast vollständig beseitigt — und der schrittweisen Verwirklichung der Zollunion stark zunahm. Der innergemeinschaftliche Handel expandierte seit Gründung der Gemeinschaft wesentlich stärker als der mit der übrigen Welt, so daß sich der Anteil der Ausfuhr nach den Drittländern an den Gesamtexporten der EWG fast kontinuierlich von knapp 70 vH im Jahre 1958 auf etwa 50 vH im Jahre 1971 verringerte; im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1966 betrug der Anteil 57 vH (Ziffern 61 f.). Ähnlich stark ging auch der Anteil der Einfuhr aus den Drittländern zurück. (Schaubild 3).

43. Daß es in der ersten Hälfte der 60er Jahre trotz zunehmender Integration zu einer Konjunktur-

schaukel innerhalb der Gemeinschaft kommen konnte, ist außer auf die unterschiedliche Konjunkturpolitik, die in den einzelnen Ländern betrieben wurde, wohl auf die verminderten Anstößeffekte zurückzuführen, die von den Vereinigten Staaten auf die EWG-Konjunktur ausgingen. Waren die konjunkturellen Impulse von dort in der Phase I so stark gewesen, daß sich ein konjunktureller Gleichlauf der EWG-Länder zwangsläufig ergab, so blieb nunmehr Raum für nationale Sonderbewegungen, aber auch für eine der amerikanischen entgegengesetzten Konjunkturentwicklung der EWG insgesamt, als nämlich endogene Abschwungskräfte, die ab 1965 in den Gemeinschaftsländern an Gewicht gewannen, durch eine Belebung der amerikanischen Nachfrage nicht aufgehalten werden konnten.

Daß amerikanische Konjunkturimpulse für Europa weniger bedeutsam wurden, beruht wohl darauf, daß in den Vereinigten Staaten seit Anfang der 60er Jahre — also während der Phase II — annähernd stetiges Wachstum herrschte; die Schwankungen der einzelnen Nachfragekomponenten sowie der Importe waren wesentlich schwächer als

Schaubild 3



Konjunkturverbund zwischen EWG-Ländern ¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bundesrepublik Deutschland			Frankreich			Italien		
	Ausfuhr	Brutto-sozial-produkt	Einfuhr	Ausfuhr	Brutto-sozial-produkt	Einfuhr	Ausfuhr	Brutto-sozial-produkt	Einfuhr
	Phase I								
1957	+15,4	+5,8	+12,4	+10,3	+5,8	+11,6	+17,1	+5,5	+12,3
1958	- 4,0	+4,0	+ 5,6	-15,4 ^{c)}	+2,9	- 7,7	- 0,0	+4,9	-12,5
1959	+12,5	+7,3	+31,6	+36,4	+3,0	+16,7	+33,3	+6,6	+28,8
1960	+25,9 ^{a)}	+8,7 ^{b)}	+20,0 ^{a)}	+33,3	+7,2	+28,6	+37,5	+6,2	+44,4
1961	+17,6	+5,4	+13,3	+20,0	+5,4	+16,7	+18,2	+8,5	+15,4
	Phase II								
1962	+12,5	+4,0	+17,6	+12,5	+6,8	+19,0	+23,1	+6,3	+26,7
1963	+22,2	+3,4	+ 7,5	+14,8	+5,7	+24,0	+12,5	+5,3	+31,8
1964	+ 7,3	+6,7	+18,6	+12,9	+6,7	+22,6	+27,8	+3,0	- 4,0
1965	+ 6,8	+5,6	+31,4	+17,1	+4,6	+ 5,3	+26,1	+3,5	- 4,2
1966	+15,9	+3,0	+ 3,0	+12,2	+5,6	+22,5	+13,8	+6,0	+21,7
	Phase III								
1967	+ 8,6	-0,3	- 0,0	+ 2,2	+5,0	+10,2	+ 3,0	+8,7	+21,4
1968	+16,3	+7,3	+21,7	+17,0	+4,7	+22,2	+20,6	+6,5	+ 8,8
1969	+24,7	+8,0	+29,8	+29,1	+7,7	+31,8	+22,0	+5,9	+29,7
1970	+18,1	+5,4	+21,1	+22,5	+6,0	+ 6,9	+14,0	+5,1	+29,2
1971 ^{d)}	+13,9	+2,9	+22,0	+16,1	+5,0	+12,9	+17,5	+1,5	+ 8,1

1) Intra-EWG-Warenausfuhr bzw. -einfuhr, Bruttosozialprodukt in Preisen und Wechselkursen (US-\$) von 1963.

a) Gebietsstandsprung ist nicht berücksichtigt.

b) Gebietsstandsprung ist berücksichtigt (15,4 bei Nichtberücksichtigung des Gebietsstandsprunges).

c) Verzerrt durch die stufenweise Abwertung des französischen Franc in den Jahren 1957 und 1958 um insgesamt 28,6 vH.

d) Bruttosozialprodukt: Vorläufige Ergebnisse nach Angaben des SAEG.

niedrige Zuwachsrate.

hohe Zuwachsrate.

Quelle: SAEG

zuvor. In der Tat scheint sich das amerikanische Konjunkturmodell seit Beginn der 60er Jahre gewandelt zu haben. Jedenfalls gab es, selbst als ab 1967/68 die zyklischen Bewegungen wieder deutlicher wurden, keine so starken konjunkturellen Ausschläge mehr wie in den 50er Jahren; die Aufschwünge verlaufen gestreckter und die Intensität der Abschwünge scheint gemildert.

44. Nachdem Mitte der 60er Jahre in allen EWG-Ländern die Abschwungstendenzen die Oberhand gewonnen hatten, sahen sich die Gemeinschaftsländer etwa zur selben Zeit vor die Aufgabe gestellt, eine rezessive Konjunkturentwicklung zu bekämpfen. Der nach 1967 erneut zu beobachtende Konjunkturgleichlauf der EWG-Länder hat wohl in dieser einheitlichen Ausgangssituation, die zu gleichgerichteten konjunkturpolitischen Maßnahmen in den einzelnen Ländern führte, seinen Ursprung. Darüber hinaus dürfte die beschleunigte Nachfrageexpansion 1967/68 in den Vereinigten Staaten den EWG-Aufschwung im Jahre 1968 kräftig mitgetragen haben. Doch kommt als Erklärung auch in Betracht, daß der Konjunkturverbund zwischen den Gemeinschaftsländern infolge des höheren Integrationsgrades inzwischen enger geworden war.

45. Zwar hat sich die wirtschaftliche Integration zwischen den Ländern der EWG nicht sprunghaft, sondern kontinuierlich vollzogen. Insofern hat die von uns vorgenommene Phaseneinteilung eher pragmatischen Charakter. Doch scheint es bemerkenswert, daß ab 1967 der empirische Gesamtbefund eine Konjunkturschaukel in der Gemeinschaft nicht mehr erkennen läßt. Vielmehr zeigt sich seitdem ein ausgeprägter konjunktureller Gleichschritt. In Frankreich wie in Deutschland, den beiden Ländern also, die zusammen reichlich 70 vH der Industrieproduktion in der EWG auf sich vereinen, fallen die höchsten Zuwachsraten von Ausfuhren, Investitionen, Sozialprodukt und Einfuhren als Ergebnis des synchronen Konjunkturverlaufs alle in das Jahr 1969. Die Situation Italiens ist seit 1969 durch die anhaltenden sozialen Konflikte und Streiks verzerrt und daher unter konjunkturellen Gesichtspunkten zu vernachlässigen.

Der Vorlauf der Ausfuhren, der für die vorherigen Aufschwungsphasen charakteristisch war, ist nun nicht mehr zu beobachten. Ausfuhrsteigerungen haben sich also wohl rascher als früher in Produktions- und Investitionsentscheidungen niedergeschlagen. Dies scheint auch der — jedenfalls gegenüber der vergleichbaren Phase I — noch stärkere Gleichlauf der Export- und Importentwicklung zwischen Frankreich und Deutschland zu bestätigen.

Daraus ließe sich schließen, daß die Unternehmen in der EWG ihre Ausfuhren in die Partnerländer mehr und mehr als Teil der Binnennachfrage des Gesamttraumes ansehen und bei ihren Investitionen zunehmend auf die konjunkturelle Entwicklung und die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Partnerländer achten. Eine solche Verhaltensweise der Unternehmen dürfte außer durch den zunehmenden Grad der Außenhandelsverflechtung zwischen den

einzelnen Ländern auch dadurch gestärkt worden sein, daß die Direktinvestitionen in den Partnerländern in den letzten Jahren kräftig zugenommen haben (Ziffer 74) und daß multinationale Unternehmen, die den EWG-Raum als einheitliches Wirtschaftsgebiet auffassen, an Bedeutung gewonnen haben. Schließlich mögen die — wenn auch noch bescheidenen — Erfolge bei der Harmonisierung steuerlicher, sozial- und wettbewerbspolitischer Tatbestände die Ausrichtung der unternehmerischen Dispositionen auf den größeren gemeinsamen Wirtschaftsraum gefördert haben.

46. Dies alles deutet darauf hin, daß der Konjunkturverbund zwischen den Ländern der Gemeinschaft enger und daher der Integrationsraum insgesamt anfälliger für Konjunkturschwankungen geworden ist, als er es während der ersten beiden Phasen des Integrationsprozesses war. Das vorliegende empirische Material erlaubt allerdings noch keinen eindeutigen Schluß darüber, ob der jüngste Gleichlauf in der konjunkturellen Bewegung hauptsächlich auf den höheren Integrationsgrad innerhalb der EWG zurückzuführen ist oder ob hierfür nicht doch die wieder ausgeprägtere Konjunkturbewegung in den Vereinigten Staaten bestimmend war. Und schließlich ist nicht ausgemacht, ob der Punkt im Integrationsprozeß innerhalb der Gemeinschaft schon erreicht ist, von dem ab der Konjunkturverbund so stark ist, daß selbst ein ausgeprägter konjunkturpolitischer Alleingang ein Land nicht aus dem Konjunkturverbund lösen würde. Ist dieser Punkt erreicht, verspricht nur noch eine gemeinsame Konjunktur- und Stabilitätspolitik Erfolg.

Vom empirischen Befund der konjunkturellen Entwicklung in der EWG her, dem bereits das Datenmaterial enge Grenzen setzt, da für die großen Aggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur Jahreswerte zur Verfügung stehen, kann jedenfalls nicht ausgeschlossen werden, daß es auch in Zukunft, wie in der ersten Hälfte der 60er Jahre, wieder zu einer stark gegenläufigen konjunkturellen Entwicklung, einer Konjunkturschaukel, innerhalb der EWG kommt; allerdings haben sich die Anzeichen für einen konjunkturellen Gleichlauf in der jüngsten Vergangenheit stark vermehrt.

47. Im Gegensatz zu den zyklischen Bewegungen von Ausfuhren und Bruttoanlageinvestitionen, die für die Abgrenzung der drei Phasen sehr wichtig sind, schwanken die anderen Nachfragekomponenten in allen drei Phasen weniger ausgeprägt (Schaubild 2). Die Entwicklung der Ausgaben für den Staatsverbrauch läßt in keinem Land eine nennenswerte antizyklische Variation erkennen, wie sie bei antizyklischer Finanzpolitik zu erwarten gewesen wäre. Seit Mitte der 60er Jahre ist sogar zeitweise eine eher prozyklische Tendenz festzustellen. Am stetigsten entwickelte sich der private Verbrauch.

Die Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung zeigen in der Phase III die engste Bindung an den Verlauf der EWG-Konjunktur. Auch die Lohnquote spiegelt in dieser Phase den Konjunkturverlauf besonders deutlich wider: In den meisten EWG-Ländern — mit

Ausnahme Italiens — entstand nach dem Konjunkturreinbruch 1967 ein spürbarer Lohn-Lag, der auch die Hauptursache für das Nachziehen der Verbrauchskonjunktur in dieser Periode gewesen sein dürfte.

48. Vom Ende der 50er bis Anfang der 70er Jahre ist für die EWG insgesamt — wie auch für die meisten EWG-Länder — eine Beschleunigung des Preisanstiegs festzustellen (Schaubild 4).

Die Güter und Dienste des privaten Verbrauchs verteuerten sich im Zeitraum 1957 bis 1961 jährlich um 3,2 vH, im Zeitraum 1967 bis 1971 dagegen jährlich

um 4,1 vH. Die Unterschiede im Ausmaß der Geldentwertung zwischen den einzelnen Ländern der Gemeinschaft sind dabei nicht wesentlich geringer geworden.

49. Der Integrationsprozeß in der Europäischen Gemeinschaft, der den Gleichlauf der regionalen Konjunkturen förderte, war von einem Wandel der Wirtschaftsstruktur in den EWG-Ländern begleitet. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Raumes sind die Unterschiede in der Bedeutung der großen Wirtschaftsbereiche — Landwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsgewerbe und Staat — zwischen den einzelnen Ländern geringer geworden.

50. Als sich im Jahre 1957 die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschlossen, waren die strukturellen Eigenarten dieser Länder noch sehr ausgeprägt.

Gemessen am Beitrag zum Inlandsprodukt hatte 1960 in allen Ländern die Industrie das größte Gewicht. Der Anteil der Landwirtschaft war vor allem in Italien, aber auch in Frankreich und den Niederlanden relativ hoch. Der Dienstleistungssektor und der Staat hatten in Italien und den Niederlanden sowie in Belgien einen vergleichsweise großen Anteil am gesamten Produkt. Allein in der Bundesrepublik überwog das produzierende Gewerbe bei weitem; mehr als die Hälfte des Inlandsprodukts bestand aus seinen Leistungen (Tabelle 3).

Die strukturellen Unterschiede zwischen den EWG-Ländern treten deutlicher hervor, wenn man neben der Produktionsstruktur auch die Beschäftigtenstruktur betrachtet. Am Anteil der Erwerbstätigen wird das hohe Gewicht, das die Landwirtschaft in Italien und Frankreich hatte, noch viel stärker sichtbar als an den Produktionsanteilen. In Italien waren 1960 noch fast ein Drittel, in Frankreich ein Fünftel aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. In der Bundesrepublik lag der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen weitaus niedriger (14 vH). Verglichen mit dem Beschäftigtenanteil war der Produktionsanteil der Landwirtschaft im allgemeinen gering. Nur in den Niederlanden und in Belgien war es anders.

51. Die auffälligste Entwicklung während der 60er Jahre war in allen Ländern der anhaltende Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft. In Italien, wo dieser Rückgang besonders groß war, hat sich mit der abnehmenden Bedeutung der Landwirtschaft der Anteil des produzierenden Gewerbes nachhaltig erhöht; in den übrigen Ländern stieg vorwiegend der Anteil des Dienstleistungsbereiches und des Staates. Diese Strukturwandlungen im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums haben die Wirtschaftsstrukturen der EWG-Länder — auf der Ebene der großen Wirtschaftsbereiche — im ganzen einander angeglichen. Das schließt nicht aus, daß der Prozeß der Integration die Arbeitsteilung zwischen den EWG-Ländern gefördert hat. Der wachstumsbedingte Strukturwandel überlagerte die arbeitstei-

Schaubild 4

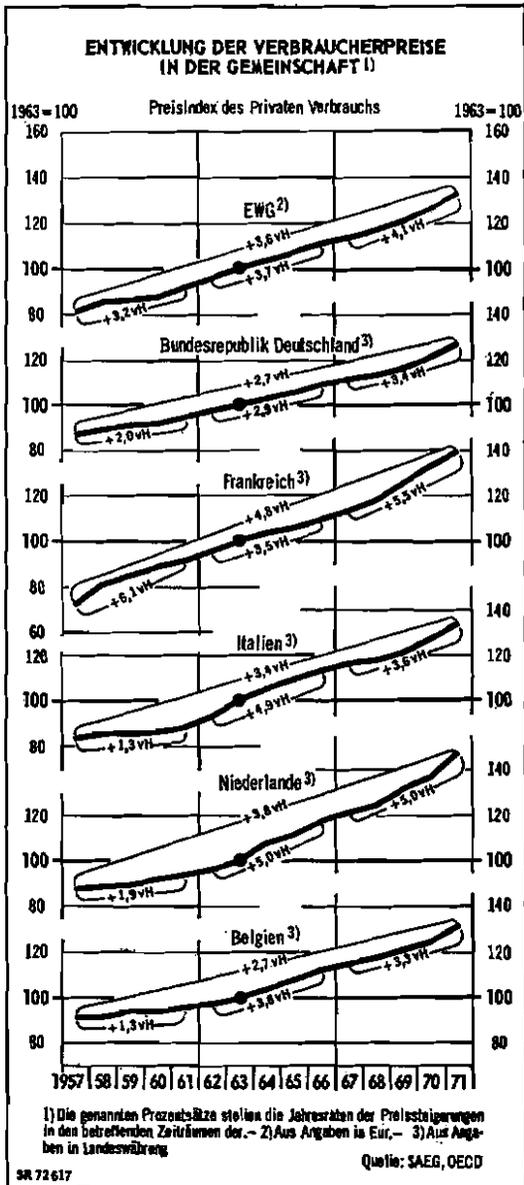


Tabelle 3

Zur Produktionsstruktur in der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten

<u>Jahr</u> Tätigkeitsbereich	Bundes- republik Deutsch- land	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	EWG	Ver- einigte Staaten
Anteil am Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ in vH							
1960							
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	5,7	9,3	13,1	8,9	6,4	8,4	4,0
Warenproduzierendes Gewerbe ..	54,4	47,1	41,0	44,3	40,5	47,8	37,8
Dienstleistungen	32,6	33,6	34,7	34,2	39,9	33,6	46,3
Staat	7,2	8,4	9,3	9,8	9,5	8,3	12,1
1970							
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	3,1	5,9	8,9	6,2 ^{a)}	3,9	5,3	2,9
Warenproduzierendes Gewerbe ..	54,1	47,2	43,0	42,0 ^{a)}	41,4	48,0	34,3
Dienstleistungen	33,7	36,2	36,4	37,9 ^{a)}	39,6	34,7	48,2
Staat	9,1	8,5	9,8	13,9 ^{a)}	10,8	9,4	14,8
Anteil an der Zahl der Erwerbstätigen ²⁾ in vH							
1960							
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	13,7	20,6	31,8	11,1	8,6	20,2	8,0
Warenproduzierendes Gewerbe ..	47,9	38,0	35,8	41,0	44,7	41,4	32,3
Dienstleistungen	30,3	29,8	24,6	36,2	35,1	29,1	43,8
Staat	8,1	11,6	7,8	11,7	11,6	9,3	15,9
1970							
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	8,9	13,1	18,7	7,1	4,8	12,3	4,2
Warenproduzierendes Gewerbe ..	48,6	39,9	41,7	40,0	43,1	43,7	31,0
Dienstleistungen	31,7	35,2	29,3	41,2	38,8	33,0	45,5
Staat	10,8	11,8	10,3	11,8	13,3	11,1	19,3

¹⁾ Länder: nationale Währung; EWG: US-\$ in jeweiligen Preisen und Wechselkursen.

²⁾ Erwerbstätige im Inland (Inlandskonzept).

^{a)} Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten.

Quelle: SAEG, OECD. Erwerbstätige der USA: nationale Quelle

ligen Wirkungen des zunehmenden wirtschaftlichen Verbundes, die erst auf der Ebene weniger aggregierter Wirtschaftsbereiche sichtbar werden.

52. Bei einem Vergleich mit den Vereinigten Staaten, einem ähnlich großen und hochentwickelten Wirtschaftsraum, zeigt sich für die Wirtschaft der EWG insgesamt ein größeres Gewicht des produzierenden Gewerbes; auch der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtprodukt ist höher. Dagegen ist die Wirtschaft der Vereinigten Staaten besonders dadurch gekennzeichnet, daß der Dienstleistungsbereich dominiert. Diese strukturellen Unterschiede zwischen den beiden Wirtschaftsräumen haben sich im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts kaum verringert.

53. Die Unterschiede im Volkseinkommen je Einwohner waren 1970 innerhalb der Gemeinschaft nicht sehr groß, wenn man von Italien absieht, das beträchtlich unter dem Durchschnitt der EWG-Länder lag. Groß war noch immer der Abstand zu den Vereinigten Staaten. Solche Vergleichsrechnungen werden allerdings durch Wechselkursänderungen erheblich beeinflusst (Tabelle 4).

54. Das wirtschaftliche Wachstum im EWG-Raum seit der Gründung der Gemeinschaft erwies sich als anhaltend stark. Von 1957 bis 1970 nahm das reale

Sozialprodukt der EWG-Länder mit einer Jahresrate von 5 1/2 vH zu. In der Phase von 1962 bis 1966 schwächte sich die Expansion geringfügig ab. In den Vereinigten Staaten waren die Veränderungen im

Tabelle 4

Volkseinkommen je Einwohner in der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten im Jahre 1970

Land	US-\$
Bundesrepublik Deutschland	2 337
Frankreich	2 237
Italien	1 385
Niederlande	1 943
Belgien	2 104
EWG	1 998
Vereinigte Staaten	3 919

Quelle: SAEG

Tabelle 5

Bruttosozialprodukt ¹⁾ und Produktivität ²⁾ in der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten durchschnittlich jährliche Veränderung in vH

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	EWG	Vereinigte Staaten
Bruttosozialprodukt							
1957 bis 1961	7,9	4,6	6,5	4,1	3,0	6,1	2,4
1962 bis 1966	4,6	5,6	4,4	5,1	4,6	5,0	5,6
1967 bis 1970	6,9	6,1	5,8	5,9	5,5	6,3	2,2
1957 bis 1970	5,7	5,5	5,7	4,9	4,3	5,5	3,7
Produktivität							
1957 bis 1961	5,3	4,9	6,5	3,0	3,3	5,2	1,8
1962 bis 1966	4,3	4,9	5,8	3,9	3,8	4,9	3,2
1967 bis 1970	5,6	5,0	5,7	5,1	4,3	5,4	0,6
1957 bis 1970	4,7	5,0	6,1	3,9	3,8	5,0	2,1

¹⁾ Bruttosozialprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1963.

²⁾ Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Preisen und Wechselkursen von 1963.

Quelle: SAEG

Tabelle 6

**Verwendungsstruktur des Sozialprodukts und öffentlicher Sektor
in der Gemeinschaft ¹⁾**

durchschnittlicher Anteil am Bruttosozialprodukt in vH

Zeitraum	EWG	Bundes- republik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien
in Preisen und Wechselkursen von 1963						
Privater Verbrauch ²⁾						
1957 bis 1961	60,0	56,2	61,5	63,2	56,7	69,3
1962 bis 1966	60,0	56,7	61,1	63,7	59,1	65,7
1967 bis 1971	60,4	58,3	60,3	65,1	59,7	62,5
1957 bis 1971	60,2	57,1	61,0	64,0	58,5	65,8
Staatsverbrauch ²⁾						
1957 bis 1961	14,0	13,8	14,4	13,9	15,4	11,8
1962 bis 1966	13,6	14,7	12,7	13,1	14,3	12,8
1967 bis 1971	12,6	13,8	11,6	12,1	12,5	13,5
1957 bis 1971	13,4	14,1	12,9	13,0	14,1	12,7
Bruttoanlageinvestitionen ²⁾						
1957 bis 1961	21,9	24,3	20,0	20,8	22,7	19,1
1962 bis 1966	24,1	26,4	23,4	21,1	24,9	21,2
1967 bis 1971	24,4	25,4	26,1	19,7	27,2	20,7
1957 bis 1971	23,5	25,4	23,2	20,5	24,9	20,3
in jeweiligen Preisen und nationaler Währung						
Staatsausgaben						
1962 bis 1966	×	36,6	37,1	32,7	37,8	31,4
1967 bis 1971	×	38,3	37,7	35,9	44,0	38,0
1960 bis 1971	×	36,8	36,9	33,6	39,8	33,1
Steuern ohne Sozialversicherungsbeiträge						
1962 bis 1966	×	24,5	22,7	18,3	22,6	20,8
1967 bis 1971	×	24,0	22,2	19,0	24,7	23,4
1960 bis 1971	×	24,2	22,4	18,5	23,3	21,5
Steuern einschließlich Sozialversicherungsbeiträge						
1962 bis 1966	×	34,4	36,0	28,3	32,8	29,3
1967 bis 1971	×	35,1	36,7	29,8	38,4	33,0
1960 bis 1971	×	34,6	35,9	28,6	34,5	30,2

¹⁾ 1971 eigene Schätzung.

²⁾ Aus Angaben in US-\$.
Quelle: SAEG

Wachstumstempo stärker ausgeprägt, auch war das Wachstum dort insgesamt weniger kräftig (Tabelle 5).

Die Wachstumsunterschiede zwischen den einzelnen EWG-Ländern haben mit fortschreitender Integration kontinuierlich abgenommen. Während im Zeitraum von 1957 bis 1961 die durchschnittlichen Wachstumsraten der Länder zwischen 3 vH und 7,9 vH streuten, war von 1967 an, in der dritten Phase also, die Spanne nur noch 5,5 vH bis 6,9 vH. Sowohl die Zuwachsraten der Produktivität — gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen — als auch die Zuwachsraten bei den Beschäftigten spiegeln diese Angleichung der Wachstumsraten wider. Dazu mag beigetragen haben, daß einige Länder ihr Arbeitskräftepotential durch einen Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte erheblich ausgedehnt haben. Der durchschnittliche Zuwachs der Arbeitsproduktivität in der Gemeinschaft hat sich seit Mitte der 60er Jahre leicht beschleunigt.

55. Das kräftige Wirtschaftswachstum im EWG-Raum seit Ende der 50er Jahre wäre ohne die rasche Ausweitung des Kapitalstocks nicht möglich gewesen. Der Anteil des Sozialprodukts, der dazu verwendet wurde, die vorhandenen Sachanlagen zu erweitern und zu verbessern, hat ständig zugenommen (Tabelle 6). Bis zur Mitte der 60er Jahre beruhte der steigende Trend der Investitionsquote vor allem darauf, daß Infrastruktur- und Wohnungsbauinvestitionen relativ stark zunahmen. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den Bruttoanlageinvestitionen ging während dieser Zeit zurück. Danach stieg der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen, deren unmittelbare Produktivitätswirkungen überdurchschnittlich hoch sind, wieder an. Seither hat sich mit der Investitionsquote auch die Wachstumsrate leicht erhöht. Dies war vor allem für Frankreich und die Niederlande kennzeichnend. In Frankreich stieg der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt — in kon-

stanten Preisen — von 19,3 vH im Jahre 1957 belnahe kontinuierlich auf 26,5 vH im Jahre 1971. In ähnlichem Ausmaß erhöhte sich die Investitionsquote in den Niederlanden.

56. Jener Teil des Sozialprodukts, der in der Form laufender Ausgaben zur Befriedigung des Bedarfs an öffentlichen Leistungen verwendet wird (Staatsverbrauch), nahm — in konstanten Preisen gerechnet — in den EWG-Ländern trendmäßig ab. Der Anteil des privaten Verbrauchs hat sich hingegen kaum verändert. In den einzelnen Ländern gab es allerdings Unterschiede: Einem abnehmenden Anteil des privaten Verbrauchs in Frankreich und Belgien stand eine zunehmende Verbrauchsquote in Deutschland und in den Niederlanden gegenüber.

57. Die Staatsausgaben insgesamt, das heißt einschließlich der Ausgaben für Investitionen und für Einkommensübertragungen, sind in den EWG-Ländern im Trend schneller als das Sozialprodukt — zu jeweiligen Preisen gerechnet — gestiegen (Tabelle 6). Dies ist vor allem die Folge der überdurchschnittlichen Verteuerung derjenigen Güter und Dienste, die der Staat bereitstellt. Zur Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben wurden verstärkt Steuermittel herangezogen, wie die Zunahme der Steuerquote in den EWG-Ländern im Verlauf der 60er Jahre zeigt.

58. Von den Komponenten des Volkseinkommens haben sich in der EWG die Lohneinkommen besonders rasch erhöht. Im Durchschnitt der EWG-Länder stieg die Lohnquote seit dem Ende der 50er Jahre von 58 vH auf 63 vH (Tabelle 7). Dies dürfte vornehmlich damit zu erklären sein, daß der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen abgenommen hat, vor allem infolge des Rückgangs der Beschäftigung in der Landwirtschaft (Ziffer 51).

Tabelle 7

Zur Einkommensverteilung in der Gemeinschaft
Lohnquote ¹⁾

Zeitraum	EWG	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien
1957 bis 1961	58,1 ^{a)}	60,9	59,0 ^{b)}	51,0	57,4	57,1
1962 bis 1966	61,7	64,6	61,6	56,3	63,0	60,2
1967 bis 1971	63,2	66,3	62,0	58,1	67,2	62,8
1957 bis 1971	61,2 ^{a)}	63,9	61,0 ^{b)}	55,1	62,5	60,1

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.

^{a)} 1957 ohne Frankreich.

^{b)} Ohne 1957.

III. Außenbeziehungen

Der Außenhandel mit Drittländern

59. Seit der Gründung der Gemeinschaft ist deren handelspolitische Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft ständig gestiegen. Von 1958 bis 1971 lag die Zunahme des EWG-Außenhandels über der Zuwachsrate des Welthandels. Inzwischen ist die Gemeinschaft zum größten Exporteur und Importeur der Welt geworden.

60. Als im Jahre 1957 die sechs Mitgliedsländer die Bildung einer Zollunion beschlossen, hatte ihr Anteil an der Weltausfuhr (ohne innergemeinschaftlichen Handel und Ausfuhr der Staatshandelsländer) erst 16 vH betragen, jener der Vereinigten Staaten 22 vH. Im Jahre 1967 übertraf der Anteil der EWG erstmals den der Vereinigten Staaten, 1970 betrug er bereits 19 vH, der der Vereinigten Staaten nur noch 18 vH.

61. Der Warenverkehr zwischen den sechs Ländern ist von 1958 bis 1970 noch rascher gestiegen als der Handel mit Drittländern. Die Außenhandelsabhängigkeit der Gemeinschaft nahm in diesem Zeitraum leicht ab. Die Relation der Ausfuhren beziehungsweise der Einfuhren von Drittländern zur Gesamtnachfrage der EWG betrug zum Zeitpunkt der Gründung noch 11,4 vH beziehungsweise 10,6 vH und ging bis 1971 auf 10,4 vH beziehungsweise 9,5 vH zurück.

62. Mit der kräftigen Expansion des Außenhandels veränderte sich die Struktur des Warenverkehrs der Gemeinschaft mit Drittländern; dies zeigt sich

- in der Zusammensetzung der Einfuhr und der Ausfuhr nach Warengruppen und
- in der Zusammensetzung des Außenhandels nach Regionen.

Der Handel mit Fertigwaren trat zunehmend in den Vordergrund. Zwar ist die Gemeinschaft immer noch der Welt größter Abnehmer von Rohstoffen; ihre Abhängigkeit vom Import dieser Produkte ist aufgrund natürlicher Gegebenheiten verhältnismäßig groß. Der Anteil der Rohstoffeinfuhr an den EWG-Einfuhren ist aber seit 1958 von 30 vH auf 20 vH zurückgegangen. Kräftig abgenommen hat auch der Anteil der Nahrungs- und Genussmittelimporte, von 25 vH im Jahre 1958 auf 16 vH im Jahre 1970. Fertigwaren machten demgegenüber 1970 schon fast die Hälfte der Gesamtimporte aus, verglichen mit 27 vH bei der Gründung der Gemeinschaft.

Auch bei der Ausfuhr hat der Anteil der Fertigwaren noch zugenommen, von 80 vH im Jahre 1958 auf reichlich 85 vH im Jahre 1970. Besonders ins Gewicht fiel die Ausfuhr von Ausrüstungsgütern.

Mit der Verschiebung in der Warenstruktur des Außenhandels veränderte sich die Bedeutung der Handelspartner für die EWG. Von 1958 bis 1970

erhöhte sich der Anteil der Industriestaaten am Außenhandel der Gemeinschaft beträchtlich (Tabelle 8). Auch der Güteraustausch mit den Staatshandelsländern gewann an Bedeutung. Am wenigsten weitete sich der Handel mit den Entwicklungsländern aus. Im Jahre 1958 bezog die Gemeinschaft noch 42 vH ihrer Einfuhren aus diesen Ländern, 1970 aber nur noch 35 vH. Dies ist wohl vor allem auf die abnehmende Bedeutung der Importe von Rohstoffen (ohne Brennstoffe) und Ernährungsgütern zurückzuführen.

63. Häufig wird der Vorwurf erhoben, die EWG-Integration vermindere die Absatzchancen anderer Wirtschaftsräume. Vor allem die Agrarpolitik der Gemeinschaft, die Präferenzpolitik gegenüber den assoziierten Ländern, aber auch die vorgesehene Bildung einer großen Freihandelszone mit den Staaten der Rest-EFTA tragen der Gemeinschaft den Tadel von Seiten Dritter ein, sie betreibe eine Politik, die vor allem der Förderung eigener Handelsinteressen diene.

64. Der Vorwurf des Protektionismus richtet sich insbesondere gegen die Agrarpolitik der Gemeinschaft. Bei Marktordnungsgütern wurde in der Tat vor allem über ein System von Zöllen, Abschöpfungen und Ausgleichsabgaben eine weitgehende Abschirmung der Landwirtschaft gegenüber Drittländern erreicht. Dies führte zu erheblichen Verschiebungen in den Handelsströmen zugunsten der Länder der Gemeinschaft. Der Anteil der Drittländer an der Versorgung mit Agrargütern sank ständig; bei wichtigen Warengruppen gingen die Einfuhmengen sogar zurück.

Vor allem die Vereinigten Staaten, der größte Exporteur von Agrarprodukten, wurden dadurch betroffen. Aber auch die Entwicklungsländer gehören zu den Benachteiligten. Beklagt wird von den Betroffenen, daß die Gemeinschaft darüber hinaus sogar Agrarüberschüsse erzeugt, und diese verbilligt auf dem Weltmarkt anbietet. Kleinere Zugeständnisse, wie zuletzt die Senkung der Zölle für Zitrusfrüchte Anfang 1972, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Interessengegensätze weiter bestehen werden. Der Vorwurf des Protektionismus ist im Bereich der Agrarpolitik der EWG kaum zu entkräften.

65. Anders ist das Bild bei den gewerblichen Importen. Mit der Bildung der Zollunion — dem Abbau der innergemeinschaftlichen Zölle und dem Aufbau des gemeinsamen Zolltarifs nach außen — erhöhten sich die Zollsätze im gewogenen Durchschnitt zunächst. Doch nach dem Abschluß der Verhandlungen zur Kennedy-Runde im Jahre 1967, bei der die Gemeinschaft erstmals als ein Verhandlungspartner auftrat und deren Liberalisierungserfolg sie wesentlich mitbestimmte, begann die Gemeinschaft, ihre Außenzölle stufenweise wieder zu senken. Gegenwärtig unterliegen Drittländerimporte einer wesentlich geringeren Zollbelastung als vor Gründung der EWG. Im Durchschnitt liegen die EWG-Zölle für Industrieprodukte nun niedriger als in anderen großen Welthandelsländern, vor allem niedriger als in den Vereinigten Staaten;

Regionale Gliederung des Außenhandels der Gemeinschaft

Wirtschaftsraum Land	Einfuhr				Ausfuhr			
	1958		1970		1958		1970	
	Mill. US- $\text{\$}$	Anteil in vH						
Extra-EWG	16 156	100	45 621	100	15 911	100	45 198	100
Industrieländer	8 526	53	26 411	58	8 638	54	29 836	66
EFTA	3 608	22	10 715	23	4 970	31	14 884	33
Großbritannien	1 192	7	4 009	9	1 330	8	3 667	8
sonstige europäische Länder	834	5	2 887	6	1 143	7	4 954	11
Nordamerika	3 238	20	10 298	23	1 901	12	7 362	16
Vereinigte Staaten	2 808	17	9 038	20	1 664	10	6 633	15
sonstige Industrieländer	845	5	2 511	6	623	4	2 636	6
Japan	117	0,7	1 232	2,7	139	1	986	2
Entwicklungsländer	6 824	42	16 105	35	6 125	39	11 546	26
AOM ¹⁾	1 546	10	3 517	8	1 860	12	3 253	7
AASM ²⁾	914	5,7	1 862	4	712	4	1 265	3
Zentralafrika	1 048	6	3 510	8	941	6	1 597	3,5
Lateinamerika	1 647	10	3 591	8	1 604	10	2 945	6,5
Westasien	1 803	11	3 899	9	693	4	1 831	4
sonstige asiatische Länder	799	5	1 588	3	1 027	6	1 921	4
Staatshandelsländer	789	5	3 050	7	980	6	3 405	8
Osteuropa	678	4	2 776	6	626	4	3 040	7
Sowjetunion	274	2	962	2	208	1	1 103	2
Volksrepublik China	107	0,7	255	0,6	304	2	350	1

¹⁾ Assoziierte afrikanische Staaten und Madagaskar, überseeische Departements der Mitgliedsstaaten der EG, Assoziierte überseeische Gebiete der EG, Algerien, Marokko und Tunesien.

²⁾ Assoziierte afrikanische Staaten und Madagaskar.

Quelle: EWG

dabei fallen unterschiedliche Berechnungsverfahren für die durchschnittliche Zollbelastung kaum ins Gewicht (Tabelle 9). Daß die Zollsätze in der EWG im gewerblichen Bereich niedriger sind als in anderen großen Welthandelsländern, ist wohl ein Indiz dafür, daß die protektionistische Neigung der Gemeinschaft weniger ausgeprägt ist. Für ein abschließendes Urteil über den tatsächlichen Protektionsgrad müßten jedoch statt der Nominalzollsätze die Effektivzölle untersucht werden¹⁾.

¹⁾ Während der Nominalzoll den Schutz angibt, den die Bruttowertschöpfung bei inländischer Produktion gegenüber importierten Konkurrenzprodukten erfährt, läßt der Effektivzoll den Grad der Protektion zugunsten der inländischen Nettowertschöpfung (Bruttowertschöpfung abzüglich importierte Vorprodukte) erkennen.

66. Je niedriger die Zollsätze sind, desto bedeutsamer werden nichttarifäre Handelshemmnisse. Kontingente spielen — außer im Warenverkehr mit Staatshandelsländern — zwar kaum noch eine Rolle. Bei einzelnen Waren, in der EWG insbesondere bei Textilien, haben jedoch andere Formen mengenmäßiger Beschränkung, etwa Selbstbeschränkungsabkommen mit sogenannten Niedrigpreisländern, wieder einige Bedeutung erlangt. Das Gewicht solcher nichttarifärer Handelshemmnisse ist insgesamt freilich nur schwer meßbar. Daß man sich aber ihrer Bedeutung zunehmend bewußt wird, zeigt sich daran, daß sie Thema der für 1973 geplanten GATT-Konferenz sein werden.

67. Sonderbeziehungen der EWG zu Entwicklungsländern bestanden schon zum Zeitpunkt der

Gründung wegen der Verflechtungen zwischen einigen Mitgliedsländern und deren ehemaligen Kolonien. Der entstehende wirtschaftliche Großraum übte jedoch eine wachsende Anziehungskraft auf immer mehr Länder aus.

Tabelle 9

Durchschnittliche Zollbelastung bei Meistbegünstigung¹⁾

	Gewichtungsverfahren ²⁾			
	A	B	C	D
	Industrieprodukte insgesamt			
EWG	6,9	6,0	3,9	6,0
Vereinigte Staaten ..	10,9	7,1	6,1	6,2
Kanada	9,2	6,4	6,4	6,9
Japan	10,1	9,7	5,7	9,6
Großbritannien	9,3	7,6	5,5	7,1
	Rohstoffe			
EWG	1,6	0,6	0,3	0,4
Vereinigte Staaten ..	4,5	3,8	2,7	3,3
Kanada	3,4	1,2	0,4	0,3
Japan	2,5	5,5	3,2	5,2
Großbritannien	3,3	1,2	0,2	0,4
	Halbwaren			
EWG	6,7	6,2	4,7	6,3
Vereinigte Staaten ..	9,5	8,3	5,1	6,9
Kanada	7,5	6,2	9,4	7,4
Japan	9,5	9,3	6,2	8,2
Großbritannien	8,1	8,3	6,6	8,0
	Fertigwaren			
EWG	7,8	8,7	8,0	6,8
Vereinigte Staaten ..	12,8	8,1	8,4	7,2
Kanada	10,6	9,2	6,6	9,9
Japan	11,4	12,0	12,0	12,5
Großbritannien	11,3	10,4	8,2	10,0

¹⁾ Zolltarifpositionen einschließlich 0-Satz, Stand 1. 1. 72 (nach Abschluß der Kennedy-Runde).

²⁾ Vom GATT werden vier verschiedene Berechnungsverfahren zur Ermittlung der durchschnittlichen Zollbelastung verwendet:

- A: Einfaches (ungewogenes) arithmetisches Mittel aus den einzelnen Zolltarifpositionen.
- B: Arithmetisches Mittel für einzelne Warengruppen, zusammengewogen mit dem Anteil am Welthandel, der auf die jeweilige Warengruppe entfällt.
- C: Zollsätze für die einzelnen Tarifpositionen, gewogen mit dem Importanteil, der im jeweiligen Land auf die Tarifposition entfällt.
- D: Für einzelne Warengruppen gewogener Durchschnitt wie unter C, jeweils zusammengewogen mit dem Anteil am Welthandel, der auf die jeweilige Warengruppe entfällt.

Quelle: GATT

Wegweisend für die Handelsbeziehungen zu den Entwicklungsländern waren die Regelungen des Assoziierungsabkommens von Jaunde im Jahre 1963¹⁾. Handelspolitisch wichtigster Punkt dieses Vertrages war die gegenseitige Freizügigkeit im Warenverkehr, allerdings mit der bedeutsamen Ausnahme sogenannter „sensibler“ Agrarprodukte. Daneben wurden diesen Ländern Finanzhilfen zugesagt. Ein weiteres Assoziierungsabkommen, das jedoch keine Finanzhilfe vorsieht, schloß die Gemeinschaft 1969 mit Kenia, Uganda und Tansania.

Mit den meisten Mittelmeerstaaten knüpfte die Gemeinschaft ebenfalls nach und nach engere Handelsbeziehungen, sei es in Form von Assoziierungen (Griechenland, Türkei, Marokko, Tunesien und Malta), sei es durch Präferenzabkommen (Spanien, Israel). Als Gegenleistung erhielten Produkte aus EWG-Ländern zu allen Märkten der assoziierten Gebiete bevorzugten Zugang.

68. Zwar ist strittig, inwieweit diese Präferenzregelungen den Intentionen der GATT-Statuten entsprechen; jedoch ist nicht von der Hand zu weisen, daß sie den assoziierten Ländern Vorteile gewähren.

Für die Diskriminierung anderer Entwicklungsländer, die dadurch entstand, dürfte ein einseitiges Zollpräferenzsystem, das die EWG, einer Empfehlung der zweiten Welthandelskonferenz folgend, Mitte 1971 einführt, einen gewissen Ausgleich geschaffen haben. Die Importe der meisten gewerblichen Halb- und Fertigwaren aus 91 (ab 1. Januar 1973 aus 102) Ländern genießen danach innerhalb bestimmter Einfuhrplafonds Zollfreiheit, wenn auch bisher nur wenige Länder davon Gebrauch machen können. Diesem wichtigen handelspolitischen Schritt haben sich außer den Vereinigten Staaten und Kanada die meisten anderen Industrieländer angeschlossen.

Die Zahlungsbilanz der Gemeinschaft

69. Die Expansion des Außenhandels der Gemeinschaft ging fast kontinuierlich mit Überschüssen in der Zahlungsbilanz gegenüber Drittländern²⁾ einher. Im einzelnen ergibt sich für die Zahlungsbilanzstruktur der Gemeinschaft von 1958 bis 1970, dem letzten Jahr, für das Angaben verfügbar sind, folgendes Bild (Tabelle 10).

70. Im Handel mit Drittländern³⁾ wies die Gemeinschaft in allen Jahren — ausgenommen 1963

¹⁾ Zu den achtzehn assoziierten Staaten gehören: Burundi, Dahomey, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Kongo-Brazzaville, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Ruanda, Senegal, Somalia, Togo, Tschad, Zaire, Zentralafrikanische Republik. Als neunzehnter Staat trat im Mai 1972 Mauritius diesem Abkommen bei.

²⁾ Die folgenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlichte Zahlungsbilanz der Gemeinschaft mit Drittländern (berichtigte Fassung).

³⁾ Ausfuhr und Einfuhr auf der Basis von fob-Werten.

Außenbeziehungen

wegen der Sonderentwicklung in Italien (Ziffer 40) — einen Überschuß auf, der sich ab Mitte der 60er Jahre kontinuierlich erhöhte und im Durchschnitt der Jahre 1967 bis 1970 weit über 5 Mrd. US-Dollar jährlich betrug. Dieser große Aktivsaldo wurde weitgehend durch die hohen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands hervorgerufen.

71. Im Dienstleistungsverkehr mit Drittländern erzielte die Gemeinschaft seit ihrer Gründung bis 1969 ebenfalls Überschüsse, die allerdings anders als im Warenhandel ständig geringer wurden. Im Jahre 1960 war die Dienstleistungsbilanz mit 1,6 Mrd. US-Dollar aktiv; 1970 wies sie zum ersten Mal ein Defizit auf. Bestimmend dafür waren die Veränderungen in der deutschen Zahlungsbilanz. Hier stiegen die Defizite in der Dienstleistungsbilanz laufend stark an, während die Überschüsse in anderen Partnerländern entweder der Tendenz nach unverändert blieben oder sich langsam erhöhten wie in Italien.

Bei den unentgeltlichen Übertragungen hingegen wies die Gemeinschaftsbilanz von Anfang an ein Defizit auf. Hatte es 1958 nur 53 Mill. US-Dollar betragen, so stieg es danach nahezu kontinuierlich an und betrug im Jahre 1970 bereits über 3 Mrd. US-Dollar. Zu dem steigenden Defizit trugen pri-

vate und öffentliche Übertragungen in gleichem Maße bei. Auch bei den Übertragungen war die Entwicklung in Deutschland — vornehmlich die Zunahme der Überweisungen der ausländischen Arbeitskräfte in Länder außerhalb der Gemeinschaft (Ziffer 215) — bestimmend für diesen kontinuierlichen Anstieg des Defizits, doch war in den anderen Ländern die gleiche Tendenz zu beobachten. Nur Italien weist noch einen Überschuß in der Übertragungsbilanz auf, der in seiner Größenordnung seit 1958 aber nahezu unverändert blieb.

72. Für die gesamte Leistungsbilanz der EWG, also Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz zusammengenommen, ergaben sich — wiederum mit Ausnahme von 1963 — in allen Jahren erhebliche Überschüsse. Die von Jahr zu Jahr auftretenden Veränderungen des Leistungsbilanzsaldos für die Gemeinschaft im ganzen waren, weil sich gegenläufige Bewegungen in einzelnen Ländern teilweise ausglich, im allgemeinen geringer, als die Schwankungen in den Leistungsbilanzsalden der einzelnen Länder gegenüber Drittländern. Den Leistungsbilanzüberschüssen der EWG standen von Ende 1960 bis 1970 ein Nettokapitalexport von über 7 Mrd. US-Dollar und eine Aufstockung der Devisenreserven der Gemeinschaftsländer um rund 11 Mrd. US-Dollar gegenüber.

Tabelle 10

Zahlungsbilanz ¹⁾ und Währungsreserven der EWG

Mill. US-\$

Jahr	Saldo der Handelsbilanz	Saldo der Dienstleistungsbilanz	Saldo der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen	Saldo der Leistungsbilanz (1) + (2) + (3)	Nettoauslandsposition der Währungsbehörden	
					Bestände ²⁾	Veränderung gegen Vorjahr
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1958	1 201	1 367	— 53	2 515	.	.
1959	2 085	1 410	— 447	3 048	.	.
1960	1 529	1 676	— 553	2 652	17 103	.
1961	2 087	1 202	— 714	2 575	19 134	2 031
1962	990	849	— 963	876	20 054	920
1963	— 33	760	— 795	— 68	21 373	1 319
1964	754	586	— 928	412	23 094	1 721
1965	2 165	672	— 1 240	1 597	24 626	1 532
1966	2 596	684	— 1 290	1 990	25 641	1 215
1967	5 123	1 082	— 1 920	4 285	27 040	1 199
1968	6 422	563	— 2 601	4 384	24 953	— 2 087
1969	4 593	595	— 2 972	2 216	19 964	— 4 969
1970	5 721	— 793	— 3 313	1 615	29 696	9 732

¹⁾ Gegenüber Drittländern (berichtigte Fassung).

²⁾ Stand am Jahresende.

Quelle: SABG

73. Den Aussagen über den Kapitalverkehr der Gemeinschaft mit Drittländern sind freilich vom statistischen Material her¹⁾ engere Grenzen gesetzt als denen über den Leistungsverkehr. Allenfalls für Teilbereiche, für die gesonderte Angaben vorliegen, scheint daher ein Rückblick sinnvoll, so für die Direktinvestitionen und die Devisenbestände.

74. In den letzten zehn Jahren haben sowohl die Direktinvestitionen der EWG-Länder in der übrigen Welt wie auch die der Drittländer in der Gemeinschaft überaus kräftig zugenommen. Per Saldo überwogen in allen Jahren die Direktinvestitionen der Drittländer, so daß die Gemeinschaft in diesem Bereich Kapitalimporteur war; im Zeitraum von 1962 bis 1970 dürften diese Kapitalimporte (netto) die Größenordnung von 4 Mrd. US-Dollar weit über-

schritten haben. Ursache dafür war ausschließlich das große, tendenziell steigende amerikanische Engagement in der EWG. Seit Mitte der 60er Jahre scheinen die Direktinvestitionen der Gemeinschaft in der übrigen Welt schneller zu steigen als die der Drittländer in der EWG; damit verringerte sich diese Komponente des Kapitalimports der Gemeinschaft leicht.

Die Länder der Gemeinschaft haben ihre Direktinvestitionen in anderen Mitgliedsländern etwas stärker erhöht als in Drittländern. Diese Verschiebung in der Struktur der Direktinvestitionen war aber bei weitem nicht so deutlich, wie die Strukturveränderung in den Handelsströmen zwischen den Gemeinschaftsländern und den Drittländern (Ziffer 42).

¹⁾ Bei einem Rückblick bis 1958 kann man auf vergleichbarer Basis für die Gemeinschaft insgesamt lediglich den (gesamten) Kapitalverkehr des Währungssektors und der Nicht-Währungssektoren getrennt verfolgen, wobei der Währungssektor alle Transaktionen der Zentralbanken und der Geschäftsbanken einschließt. Für vier Länder (Deutschland, Frankreich, Holland und Italien) gibt es — aber erst für die Jahre ab 1966 — eine detailliertere Gliederung, die es erlauben würde, die Entwicklung des Kapitalverkehrs getrennt nach Fristen jeweils für die Geschäftsbanken, den privaten und den öffentlichen Sektor (ohne Transaktionen der Währungsbehörden) in regionaler Untergliederung zu verfolgen.

75. Die Devisenbilanz der Gemeinschaft verzeichnete von 1960 bis 1970 — mit Ausnahme der Jahre 1968 und 1969, die durch Sonderfaktoren in Frankreich und Deutschland bestimmt waren — hohe Überschüsse; die gesamten Währungsreserven (netto) erhöhten sich von rund 17 Mrd. US-Dollar Ende 1960 auf knapp 30 Mrd. US-Dollar Ende 1970. Der Anteil der Gemeinschaftsländer an den gesamten Währungsreserven der Mitgliedsländer des internationalen Währungsfonds betrug damit Ende 1970 rund ein Drittel. Nicht zuletzt darin zeigt sich die große Bedeutung, die der Gemeinschaft im internationalen Währungssystem zukommt.

ZWEITES KAPITEL

Zur Konjunkturlage

TEIL A

Der europäische Rahmen 1972

I. Wende zu neuem Aufschwung

76. In der Gemeinschaft standen die Zeichen 1972 wieder auf konjunkturelle Expansion. Im Herbst 1971 hatte man noch erwartet, daß es in den westeuropäischen Industrieländern Anfang 1972 einen Konjunkturreinbruch geben würde. Dazu kam es nicht. Die private Verbrauchsnachfrage nahm weiterhin rasch zu (Ziffern 82 f.). Die Auslandsnachfrage zog in allen Gemeinschaftsländern spürbar an, und zwar einmal wegen des stärkeren Wirtschaftswachstums in den übrigen westlichen Industrieländern, zum anderen infolge der Auftriebskräfte in der Gemeinschaft selbst. Hinzu kamen Nachholwirkungen im Zusammenhang mit dem Realignment (Ziffern 77 ff.). Nach und nach belebte sich auch die Investitionsneigung wieder (Ziffer 84). Die Lagerhaltung wurde ebenfalls verstärkt.

In der Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts, die 1972 in einigen EWG-Ländern weniger zurückging, als erwartet worden war, in anderen schon wieder anstieg, kommen die Auftriebskräfte vorerst nur unvollständig zum Ausdruck. Im ganzen dürfte die Wachstumsrate in der EWG jedoch mit 4 vH schon wieder etwas höher gewesen sein als im Vorjahr (3,4 vH). Die Sachkapazitäten, vor allem in der Industrie, waren im Herbst 1972 teilweise stärker ausgelastet als vor Jahresfrist (Ziffern 87 f.). Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich allerdings noch etwas (Ziffer 90). Der ausgeprägte Lohnanstieg schwächte sich zumeist weniger ab, als es die Entspannung auf den Arbeitsmärkten erwarten ließ (Ziffern 91 ff.). Da sich die Arbeitsproduktivität fühlbar verbesserte, nahm der Kostendruck nicht mehr so stark zu wie im Vorjahr. Der Preisauftrieb, begünstigt durch die einsetzende Belebung der Nachfrage, ließ dennoch nicht nach (Ziffern 94 ff.).

Die regionalen Unterschiede im Konjunkturverlauf waren 1972 im ganzen nicht sehr ausgeprägt, wenn auch der neue Aufschwung nicht in allen Ländern gleichzeitig und mit gleicher Intensität einsetzte (Ziffern 97 ff.).

Verstärkte Nachfrage von außen

77. Die Nachfragebelebung in den EWG-Ländern wurde im Jahre 1972 durch starke Konjunktur-

impulse aus Drittländern geprägt, aber auch durch die gegenseitige konjunkturelle Beeinflussung der Mitgliedsländer fühlbar gefördert. Darauf deuten die Ergebnisse von Konjunkturumfragen sowie die Entwicklung der Warenausfuhr hin, auf die man sich bei der Beurteilung der Auslandsnachfrage stützen muß, da bislang weder die Außennachfrage noch die Binnennachfrage in der EWG statistisch erfaßt werden¹⁾. Zu Anfang des Jahres war außerdem noch der Einfluß der vorangegangenen währungspolitischen Ereignisse spürbar. Der Rückgang der ausländischen Bestellungen im Spätherbst 1971 wurde nun wettgemacht, nachdem mit dem Realignment der wichtigsten westlichen Währungen im Dezember 1971 Belastungen im internationalen Handels- und Zahlungsverkehr abgebaut worden waren (Tabelle 11).

78. Zum Teil dürfte die Zunahme der Bestellungen auch darauf beruhen, daß EWG-Unternehmen bereits 1971 angesichts der zumeist schwachen Binnenkonjunktur begonnen hatten, das Auslandsgeschäft, auch durch Preiszugeständnisse, zu fördern, um das Produktionsniveau aufrechterhalten zu können. Schon die Auslandsmärkte zu behaupten, dürfte wegen der kräftigen Aufwertung der EWG-Währungen gegenüber dem Dollar schwerer gefallen sein (Ziffer 103). Nach der Abwertung des US-Dollar wurden die Exportanstrengungen dadurch begünstigt, daß die von der amerikanischen Regierung seit August 1971 erhobene Sondersteuer auf Importe in Höhe von 10 vH weggefallen war und importierte Investitionsgüter nicht mehr von den investitionsfördernden Maßnahmen ausgenommen wurden.

Nachdem zum Frühsommer mit dem Ahebben der Nachholeffekte eine gewisse Atempause eingetreten war, scheint sich den Unternehmerurteilen zufolge die Auslandsnachfrage nachhaltig belebt zu haben.

¹⁾ Die geeignete Größe für die Beurteilung der Nachfrageentwicklung ist ein Auftragsingangindex; diesen gibt es lediglich in der Bundesrepublik Deutschland. Eine einheitliche Auftragseingangstatistik der EWG befindet sich in Vorbereitung. Um die Außennachfrage in der EWG, das heißt die Nachfrage aus Drittländern, zu erhalten, müßte der gesamte ausländische Auftragseingang für alle EWG-Länder zusammengefaßt werden, um die innergemeinschaftlichen Auftragseingänge bereinigt werden.

Tabelle 11

Übersicht wirtschaftspolitisch wichtiger Ereignisse im Ausland

Datum	
1971	
18. Dezember	Die Länder der sogenannten Zehnergruppe einigen sich in Washington auf die Festsetzung von Leitkursen zwischen ihren Währungen. Die Bandbreite für Wechselkurschwankungen wird auf $4\frac{1}{2}$ vH erweitert, der US-Dollar gegenüber dem Gold um 7,89 vH abgewertet. Die Vereinigten Staaten sagen die Aufhebung der Importsteuer und die ausländische Investitionsgüter diskriminierende Anwendung von investitionsfördernden Maßnahmen zu. Kanda hält als einziges Land weiter an einem flexiblen Wechselkurs fest.
1972	
1. Januar	Die fünfte und abschließende Zollsenkung im Rahmen der Kennedy-Runde tritt in Kraft. Europäische Gemeinschaften
22. Januar	Der Vertrag über den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Irlands und Norwegens wird unterzeichnet.
11. Februar	In einem Handelsabkommen verpflichten sich die Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten, 1973 im Rahmen des GATT multilaterale Verhandlungen aufzunehmen.
21. März	Der Ministerrat beschließt, die Bandbreite für die Wechselkurse der Gemeinschaftswährungen von 4,5 vH auf 2,25 vH zu verengen. Gleichzeitig werden Interventionsregeln vereinbart: — Zur Einhaltung des engeren Bandes ist in Gemeinschaftswährung zu intervenieren, es sei denn, eine Währung erreiche den oberen oder unteren Interventionspunkt gegenüber dem US-Dollar; — innerhalb des engeren Bandes darf nur nach Abstimmung mit den anderen Zentralbanken interveniert werden; — Salden sind in der Regel nach einem Monat auszugleichen, und zwar nach Maßgabe der Struktur der Währungsreserven des Schuldnerlandes. Darüber hinaus erläßt der Ministerrat eine „Richtlinie zur Regulierung der internationalen Finanzströme und zur Neutralisierung ihrer unerwünschten Wirkungen auf die binnenwirtschaftliche Liquidität“. Zur besseren Koordinierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitiken wird eine „Lenkungsgruppe“ gebildet.
24. März	Der Ministerrat legt die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1972/73 fest; im Durchschnitt betragen die Preiserhöhungen 6,5 vH.
24. April	Die Verengung der Bandbreite zwischen den Gemeinschaftswährungen tritt in Kraft; die vier beitragswilligen Länder schließen sich dieser Regelung an.
26. Juni	Die Wirtschafts- und Finanzminister der erweiterten Gemeinschaft beschließen in Luxemburg, an der verengten Bandbreite zwischen den Gemeinschaftswährungen festzuhalten. Der Bank von Italien wird erlaubt, zur Einhaltung des engen Bandes auch in Dollar zu intervenieren. Die Bedingungen für eine Fortsetzung der Dollar-Interventionen bis zum 30. September 1972 soll der Ausschuß der Zentralbankpräsidenten festlegen.
22. Juli	Ein Freihandelsabkommen wird zwischen der EWG und den Staaten, die in der EFTA verbleiben, abgeschlossen.
12. September	Die Wirtschafts- und Finanzminister der erweiterten Gemeinschaft kommen überein, einen europäischen Währungsfonds schon in der ersten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten. Bis Ende Oktober 1972 soll ein gemeinsames Programm zur Bekämpfung der Inflation ausgearbeitet werden.
19. und 20. Oktober	Auf der Konferenz in Paris beschließen die Staats- und Regierungschefs der erweiterten Gemeinschaft, daß spätestens am 1. April 1973 ein Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit errichtet werden soll.

Datum	
1972	
30. und 31. Oktober	Die Wirtschafts- und Finanzminister beraten in Luxemburg über Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung. Sie beschließen, die Expansion der Geldmenge bis spätestens Ende 1974 auf die Zunahme des realen Sozialprodukts zuzüglich eines „normativen“ Preisanstiegs zu begrenzen. Die Ausweitung der Staatsausgaben im Jahre 1973 soll sich im Rahmen der nominalen Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes halten. Die Landwirtschaftsminister kommen überein, die Zölle für Rindfleisch um die Hälfte zu senken.
1971	Frankreich
3. Dezember	Die Regierung beschließt, daß Devisenausländer ihre Franken-Guthaben nur noch für Zahlungen in der Franken-Zone verwenden dürfen. Damit ist die Konvertibilität des Franken für Gebietsfremde praktisch aufgehoben.
20. Dezember	Der Leitkurs des Franken wird mit 5,1157 Franken je US-Dollar festgelegt; das entspricht einer Aufwertung gegenüber dem Dollar um 8,57 vH. Der Devisenmarkt bleibt gespalten. Die Begrenzung der Nettoauslandsposition der Banken, die Konvertibilitätsbeschränkungen vom 3. Dezember und das Verzinsungsverbot für Auslandseinlagen bei französischen Banken werden aufgehoben.
21. Dezember	Die Mindestreservesätze werden für Sichteinlagen von 12,25 vH auf 10 vH, für Termineinlagen von 6,5 vH auf 4 vH und für gewährte Kredite von 3 vH auf 2 vH gesenkt. Die Sätze für Einlagen Gebietsfremder werden denen der Inländereinlagen angeglichen.
1972	
12. Januar	Die Regierung gibt ein Konjunkturstützungsprogramm bekannt, wonach die Staatsausgaben im ersten Halbjahr um 4,5 Mrd. Franken höher sein werden als geplant.
13. Januar	Der Diskontsatz wird von 6 $\frac{1}{2}$ % auf 6 %, der Lombardsatz von 8 % auf 7 $\frac{1}{2}$ % herabgesetzt.
15. Januar	Die Abschaffung der Rediskontkontingente tritt in Kraft.
15. Februar	Der Basiszins für Teilzahlungskredite wird um 1 % herabgesetzt.
14. März	Im neuen Abkommen der Regierung mit Industriegruppen wird vereinbart, die Preise für industrielle Fertigwaren in den nächsten 12 Monaten um nicht mehr als 3 vH zu erhöhen.
21. März	Die Mindestreservesätze werden weiter ermäßigt, für Sichteinlagen von 10 vH auf 8 vH und für Termineinlagen von 4 vH auf 3 vH.
1. April	Die Preiskontrollen in der Industrie werden gelockert; die Erzeugerpreise bestimmter Waren sowie alle Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten unterliegen nicht mehr der Kontrolle.
6. April	Die Bank von Frankreich senkt nochmals den Diskontsatz, von 6 % auf 5 $\frac{3}{4}$ %.
2. Juni	Aufgrund der starken Kreditexpansion wird der Mindestreservesatz für den Zuwachs an Krediten von 2 vH auf 4 vH heraufgesetzt.
21. Juli	Zur Abschöpfung der Kapitalzuflüsse werden alle Mindestreservesätze um 2 Prozentpunkte erhöht.
5. September	Gegenüber dem Kreditvolumen vom 5. April wird eine Zuwachsmindestreserve auf Kredite in Höhe von 15 vH eingeführt; am 17. November wird diese auf 33 vH erhöht.
2. November	Die Bank von Frankreich erhöht den Diskontsatz auf 6 $\frac{1}{2}$ %, den Lombardsatz auf 8 %.
1971	Italien
4. Dezember	Zur Abwehr spekulativer Kapitalzuflüsse wird die Konvertibilität der Devisenguthaben von Gebietsfremden auf Transaktionen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr beschränkt. Diese Maßnahme bleibt bis zum 20. Dezember in Kraft.
20. Dezember	Der Leitkurs der Lira wird auf 581,50 Lire je US-Dollar festgesetzt; das entspricht einer Aufwertung gegenüber dem Dollar um 7,48 vH.

n o c h Tabelle 11

Datum	
1972	
10. April	Die Bank von Italien senkt den Diskontsatz von 4 1/2 % auf 4 %.
13. April	Die Banken erneuern das Abkommen über Höchsthabenzinsen für weitere 12 Monate.
24. Mai	Die Einführung der Mehrwertsteuer wird auf den 1. Januar 1973 verschoben.
28. Juni	Der Bank von Italien wird vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft gestattet, zur Einhaltung des engeren Bandes am Devisenmarkt in Dollar zu intervenieren.
Niederlande	
1971	
21. Dezember	Der Leitkurs des Gulden wird auf 3,2447 Fl je US-Dollar festgesetzt; das entspricht einer Aufwertung gegenüber dem Dollar um 11,57 vH.
1972	
6. Januar	Die Niederländische Zentralbank setzt den Diskontsatz von 5 % auf 4 1/2 % herab.
7. Januar	In einem Regierungsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden Strukturverbesserungsmaßnahmen für die nördlichen Provinzen vorgesehen.
1. März	Die Niederländische Zentralbank senkt den Diskontsatz von 4 1/2 % auf 4 %.
7. März	Die Kreditplafonds zur Beschränkung der Kreditexpansion, die seit Januar 1969 wirksam sind, werden wegen der nachlassenden Investitionstätigkeit vorläufig ausgesetzt.
9. März -	Zur Abwehr spekulativer Devisenzuflüsse wird ein Verzinsungsverbot für Sichteinlagen Gebietsfremder verfügt; Guldeneinlagen Gebietsfremder werden nicht mehr genehmigt.
28. April	Der Zuschlagssatz (Wiebeltax) auf verschiedene Steuern, der im Januar — um die konjunkturelle Entwicklung zu dämpfen — auf 5 vH erhöht worden war, wird mit Wirkung vom 1. Juli an wieder auf 3 vH gesenkt.
17. Juli	Inländern wird untersagt, im Ausland Finanzkredite aufzunehmen. Vorauszahlungen bei Exporten und Zahlungsziele bei Importen dürfen das handelsübliche Maß nicht übersteigen.
8. September	Der Diskontsatz wird von 4 % auf 3 % gesenkt. Die Regierung hebt die „Wiebeltax“ mit Wirkung vom 1. Januar 1973 an auf.
3. November	Die Niederländische Zentralbank erhöht den Diskontsatz von 3 % auf 4 %, nachdem in Frankreich und Deutschland der Diskontsatz heraufgesetzt worden war.
19. November	Die Regierung ordnet Preiskontrollen an, um die Inflation einzudämmen; Preiserhöhungen werden nur genehmigt, wenn eine Zunahme der Produktionskosten nachgewiesen ist.
Belgien	
1971	
Dezember	Preiserhöhungen auf dem Binnenmarkt sind einem Ministerialerlaß zufolge zwei Monate vor Inkrafttreten ausführlich begründet anzumelden; der Wirtschaftsminister kann die Genehmigung von Preiserhöhungen für eine Dauer von sechs Monaten aufschieben.
20. Dezember	Der Leitkurs des Franken wird auf 44,8159 Fb für einen US-Dollar festgesetzt, das entspricht einer Aufwertung gegenüber dem Dollar um 11,57 vH. Das Benelux-Währungsabkommen, das gegenüber dem holländischen Gulden eine Schwankungsbreite von 1,5 vH vorsieht, bleibt in Kraft.
31. Dezember	Die Belgische Nationalbank erhöht die Rediakontplafonds von 37,6 Mrd. Franken auf 43,9 Mrd. Franken.

Datum	
1972	
6. Januar	Der Diskontsatz wird wegen sinkender Zinssätze im Ausland von 5,5 % auf 5 % gesenkt.
25. Januar	Die neue Regierung legt ein Programm zur Konjunkturbelebung vor: Das Haushaltsdefizit soll 6 Mrd. Franken betragen, außerdem ist ein Sonderprogramm öffentlicher Investitionen geplant; private Investitionen werden teilweise von der Mehrwertsteuer befreit.
3. Februar	Die Belgische Nationalbank senkt den Diskontsatz von 5 % auf 4 1/2 %, Anfang März weiter auf 4 %.
20. Juli	Die großen Banken erklären sich bereit, als freiwillige Mindestreserve 10 Mrd. Franken zinslos bei der Nationalbank zu halten.
Großbritannien	
1971	
20. Dezember	Der Leitkurs des Pfund Sterling wird mit 1 £ = 2,6057 US-Dollar festgelegt; das entspricht einer Aufwertung gegenüber dem Dollar um 8,57 vH. Die Devisenkontrollen vom 27. August und vom 6. Oktober werden aufgehoben.
1972	
1. Mai	Großbritannien schließt sich der Verengung der Bandbreiten für die Währungen der Gemeinschaft an.
22. Juni	Die Bank von England erhöht den Diskontsatz von 5 % auf 6 %.
23. Juni	Die Regierung gibt den Wechselkurs des Pfund Sterling frei; gleichzeitig werden die Kapitalverkehrskontrollen verschärft. Die Devisenmärkte in den meisten europäischen Ländern und in Japan bleiben daraufhin einige Tage geschlossen.
Oktober	Der Diskontsatz wird von der Bank von England nicht mehr festgesetzt, sondern wöchentlich aus dem durchschnittlichen Schatzwechselsatz zuzüglich 1/2 % errechnet; die Zentralbank behält sich vor, falls es erforderlich ist, diese Regelung auszusetzen.
7. November	Die Regierung verkündet einen 90tägigen Preis- und Lohnstopp; diese Maßnahme kann im Bedarfsfalle um 60 Tage verlängert werden.
9. November	Die Banken werden angewiesen, ein verzinsliches Sonderdepot — 1 vH ihrer Einlagen — bei der Bank von England zu halten.
Vereinigte Staaten	
1971	
10. Dezember	Der Federal Reserve Board senkt den Diskontsatz von 4 1/4 % auf 4 1/2 %.
20. Dezember	Die zehnpromtente Einfuhrsteuer und die Diskriminierung ausländischer Investitionsgüter bei der Investitionsförderung werden aufgehoben.
22. Dezember	Durch Gesetz wird die Fortführung der Lohn- und Preiskontrollen bis zum 30. April 1973 möglich.
1972	
8. Mai	Nach Konsultationen mit dem Internationalen Währungsfonds ändert die Regierung die Parität des Dollar formell von 0,888671 auf 0,818513 Gramm Feingold je Dollar.
19. Juli	Zur Stützung des Dollar kauft das Federal Reserve System eigene Währung gegen D-Mark an; damit wird erstmals seit 15. August 1971 wieder am Devisenmarkt interveniert. Der Federal Reserve Board erneuert die Swap-Abkommen mit 14 Notenbanken, die am 15. August 1971 suspendiert worden waren. Das Schatzamt erklärt, die Vereinigten Staaten werden zukünftig am Devisenmarkt intervenieren, falls spekulative Kapitalbewegungen dies erforderlich erscheinen ließen.

79. In den Vereinigten Staaten setzte sich in der ersten Jahreshälfte der Aufschwung endgültig durch, so daß die von der amerikanischen Regierung für 1972 angestrebten Ziele sowohl für das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts ($6\frac{1}{2}$ vH) als auch für die Preisentwicklung erreicht wurden; die Verbraucherpreise dürften 1972 nur um ungefähr 3 vH höher sein als ein Jahr zuvor (4,3 vH). Dazu haben wohl auch die Lohn- und Preiskontrollen beigetragen. Die Arbeitslosenquote wird für 1972 auf 5,7 vH geschätzt; sie liegt also trotz des Konjunkturaufschwungs nur wenig niedriger als 1971 (5,9 vH). Das Defizit in der Bilanz der laufenden Posten hat sich 1972 vor allem infolge einer anhaltend kräftigen Passivierungstendenz in der Handelsbilanz wohl beträchtlich erhöht. Das Importvolumen nahm aufschwungsbedingt beschleunigt zu; außerdem verteuerten sich die Einfuhrgüter, auch wegen des Realignments, nicht unbeträchtlich. Die amerikanischen Exporte dürften erst mit zunehmender Kräftigung des Aufschwungs in Westeuropa wieder stärker ansteigen. In Kanada expandierte die Nachfrage auf breiter Front, so daß sich auch dort die private Investitionsnachfrage belebte.

80. In den EFTA-Ländern, insbesondere in Großbritannien, Dänemark und Schweden, beschleunigte sich die Nachfrageausweitung im Jahre 1972 ebenfalls. Unter dem Einfluß der Ankurbelungspolitik der Regierung nahm in Großbritannien, dem wirtschaftlich bedeutendsten unter den der Gemeinschaft zum 1. Januar 1973 beitretenden Ländern, vor allem die private Verbrauchsnachfrage rasch zu. Jedoch kam es, insbesondere in der verarbeitenden Industrie noch immer nicht zu einer nennenswerten Erholung der Investitionsneigung. Trotzdem dürfte das reale Sozialprodukt mit $3\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1972 viel schneller als im Vorjahr (1,4 vH) zugenommen haben. Der kräftige Preisauftrieb schwächte sich nur wenig ab; im Oktober 1972 war die Lebenshaltung um fast 8 vH teurer als zwölf Monate zuvor. Das konjunkturelle Bild in Dänemark, einem weiteren Beitrittsland, war ähnlich: Bei noch verhaltener Investitionstätigkeit weitete sich die private Konsumnachfrage kräftig aus; dies hatte aber, anders als in Großbritannien, wegen der 1971 befristet eingeführten, inzwischen verringerten Sondersteuer auf Einfuhren keinen Importsog zur Folge. Da die Auslandsnachfrage rasch zunahm, verminderte sich das Handelsbilanzdefizit spürbar. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte 1972 in Dänemark um etwa $4\frac{1}{2}$ vH zunehmen. Für alle EFTA-Länder zusammengenommen ist die Zuwachsrate 1972 auf etwa 4 vH zu veranschlagen gegenüber 2,3 vH im Jahre 1971.

81. Auch in Japan kam 1972 der lang erwartete Konjunkturaufschwung in Gang. Die Industrieproduktion erhöhte sich im Verlauf des ersten Halbjahres 1972 (saisonbereinigt) mit einer Jahresrate von ungefähr 12 vH. Getragen wurde die konjunkturelle Belebung vor allem von den privaten Verbrauchsausgaben und von den öffentlichen Investitionen; außerdem erhöhte sich die private Wohnungsbaunachfrage rasch. Die Ausrüstungsinvestitionen in der verarbeitenden Industrie dürften da-

gegen 1972 nochmals abgenommen haben. Dies lag mit daran, daß die Unternehmen nach der starken Aufwertung des Yen hinsichtlich des Exports unsicher waren. Hatte die Ausfuhr in den vorangegangenen Jahren dem Werte nach durchschnittlich um 20 vH, dem Volumen nach um 15 vH zugenommen, so dürften sich diese Zuwachsraten 1972 ungefähr halbiert haben. Das Bruttosozialprodukt könnte 1972 real um etwa 8 vH zunehmen (1971: 6,7 vH). Anders als in den westeuropäischen Industrieländern schwächte sich der Auftrieb der Verbraucherpreise weiter ab.

Ungebrochene Verbrauchskonjunktur — schwache Investitionsbelebung

82. Die Erholung der Binnennachfrage in der EWG wurde während des ganzen Jahres 1972 vor allem durch den privaten Verbrauch gestützt. Die Einzelhandelsumsätze und auch Ergebnisse von Konjunkturumfragen deuten darauf hin, daß die Nachfrageexpansion nach der Jahresmitte zumeist stärker war als im ersten Halbjahr 1972. Außer den Dienstleistungsbetrieben wurden davon insbesondere die Produzenten von dauerhaften Konsumgütern begünstigt; die Käufe von neuen Personenkraftwagen nahmen merklich zu.

83. Daß die privaten Haushalte im ganzen ihre Ausgaben in raschem Tempo erhöhen konnten, obwohl der Anstieg der Arbeitseinkommen — sieht man von Frankreich ab — 1972 niedriger ausfiel als im Vorjahr, dürfte vor allem darauf beruhen, daß Renten und Pensionen von Beginn des Jahres an verstärkt angehoben wurden. Außerdem wurden die Konditionen für Konsumentenkredite erleichtert; in einigen Ländern dürfte sich auch die Sparneigung konjunkturell verringert haben.

Der private Verbrauch in der EWG insgesamt nahm 1972 nominal um reichlich 10 vH zu (Tabelle 12). Die Haushalte erhielten dafür aber nicht einmal halb soviel mehr an Gütern, da sich die Lebenshaltung mit fast 6 vH in den meisten Ländern noch rascher als im Vorjahr verteuerte. Der Anstieg des realen Konsums lag mit $4\frac{1}{2}$ vH unter dem langfristigen Durchschnitt: Von 1957 bis 1971 hatte die jährliche Zunahme knapp $5\frac{1}{2}$ vH betragen.

84. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen unter den Komponenten der Binnennachfrage am schwächsten. Nominal war die Zuwachsrate etwas niedriger, real geringfügig höher als 1971. Am meisten nahmen 1972, bedingt durch staatliche Konjunkturprogramme, die öffentlichen Investitionen zu. Dagegen blieb die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, Umfrageergebnissen zufolge, in den ersten sechs Monaten 1972 im allgemeinen noch sehr verhalten, obwohl vom Herbst 1971 an in fast allen EWG-Ländern wiederholt investitionsfördernde Maßnahmen ergriffen wurden und sich meist auch die Kredite im Zuge der Entspannung der monetären Märkte verbilligten. Erst als sich die Nachfragebelebung bei den Verbrauchsgüterindustrien zur Jahresmitte weiter festigte und als erkennbar

Bruttosozialprodukt und seine Verwendung in der Gemeinschaft

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Bundes- republik Deutsch- land	Frankreich	Italien	Nieder- lande	Belgien	EWG
	in jeweiligen Preisen					
	1971 ¹⁾					
Bruttosozialprodukt	+10,7	+10,2	+ 8,1	+12,4	+ 9,6	+10,1
Privater Verbrauch	+10,9	+11,5	+ 7,9	+11,2	+10,5	+10,6
Staatsverbrauch	+19,8	+10,7	+21,2	+17,7	+14,0	+16,8
Bruttoanlageinvestitionen	+12,1	+10,1	+ 1,6	+12,4	+ 6,0	+ 9,6
Ausfuhr	+ 9,1	+14,9	+12,8	+13,2	+10,1	+11,7
Einfuhr	+10,5	+13,1	+ 7,4	+11,4	+10,1	+10,7
	1972 ²⁾					
Bruttosozialprodukt	+ 9 ¹ / ₂	+11 ¹ / ₂	+ 9 ¹ / ₂	+12 ¹ / ₂	+ 9	+10 ¹ / ₂
Privater Verbrauch	+ 9 ¹ / ₂	+11	+10	+11 ¹ / ₂	+10	+10
Staatsverbrauch	+13 ¹ / ₂	+10	+ 8 ¹ / ₂	+ 9	+15	+11 ¹ / ₂
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6	+11 ¹ / ₂	+ 4	+ 2 ¹ / ₂	+ 8	+ 7 ¹ / ₂
Ausfuhr	+ 7 ¹ / ₂	+12 ¹ / ₂	+14 ¹ / ₂	+ 9 ¹ / ₂	+ 9 ¹ / ₂	+10 ¹ / ₂
Einfuhr	+ 7	+11	+11	+ 6	+11	+ 9
	in Preisen von 1963					
	1971 ¹⁾					
Bruttosozialprodukt	+ 2,8	+ 5,0	+ 1,4	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,4
Privater Verbrauch	+ 5,5	+ 6,0	+ 2,6	+ 3,1	+ 4,6	+ 4,9
Staatsverbrauch	+ 7,3	+ 3,5	+ 4,2	+ 3,5	+ 4,8	+ 5,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,5	+ 5,0	- 4,9	+ 2,0	- 2,8	+ 2,8
Ausfuhr	+ 6,4	+11,7	+ 6,5	+11,2	+ 8,1	+ 8,5
Einfuhr	+ 9,7	+11,6	+ 0,5	+ 6,7	+ 6,2	+ 7,8
	1972 ^{2) 3)}					
Bruttosozialprodukt	+ 3	+ 5 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂	+ 4	+ 4
Privater Verbrauch	+ 3 ¹ / ₂	+ 5 ¹ / ₂	+ 4	+ 4 ¹ / ₂	+ 4 ¹ / ₂	+ 4 ¹ / ₂
Staatsverbrauch	+ 4 ¹ / ₂	+ 2 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂	+ 1	+ 7 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2 ¹ / ₂	+ 7	- 2	- 4	+ 1 ¹ / ₂	+ 3
Ausfuhr	+ 5 ¹ / ₂	+ 9	+11 ¹ / ₂	+ 8 ¹ / ₂	+ 6 ¹ / ₂	+ 8
Einfuhr	+ 8 ¹ / ₂	+ 9 ¹ / ₂	+ 6 ¹ / ₂	+ 6 ¹ / ₂	+ 9 ¹ / ₂	+ 8 ¹ / ₂

¹⁾ Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften.²⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen (Veränderungsraten gerundet).³⁾ Für die Bundesrepublik Deutschland in Preisen von 1962.

wurde, daß auch die Aufwärtstendenz der Auslandsnachfrage anhielt, begann sich die Investitionsneigung zu erholen, in den Niederlanden und Italien allerdings durch Sonderfaktoren gehemmt (Ziffern 100 f.).

85. Die Wohnungsbaunachfrage, die durch staatliche Maßnahmen allenthalben gefördert wurde, war auch 1972 sehr lebhaft. In Frankreich und Belgien nahm die Anzahl der Baugenehmigungen wohl sogar noch stärker zu als im Vorjahr. Die Baunachfrage der gewerblichen Wirtschaft hingegen blieb insgesamt schwach.

86. Mit dem Wandel im Konjunkturklima ging in den EWG-Ländern eine Tendenzwende bei den Lagerinvestitionen einher: Die Vorratsbildung dürfte, begünstigt durch die geringere Kostenbelastung der Lagerhaltung infolge des ermäßigten Zinsniveaus, 1972 teils weniger stark gedrosselt, teils kräftiger erhöht worden sein als vor einem Jahr. Die Unternehmen, die etwa vom Frühjahr 1971 an wegen der fühlbaren Abschwächung der Nachfrageexpansion merklich zurückhaltender disponiert hatten, stockten ihre Lager im Verlauf des Jahres 1972 wieder zügiger auf.

Expansive Impulse gingen in der ersten Jahreshälfte 1972 von den Vorproduktlagern aus, als die Industrieproduktion in den meisten EWG-Ländern anzog. In Italien wirkte vom Sommer an außerdem anregend, daß die Vorratsbildung bis zum Übergang zur Mehrwertsteuer am 1. Januar 1973 teilweise von der Umsatzsteuer befreit ist. Lediglich in den Benelux-Ländern klagten die Unternehmen um die Jahresmitte noch über zu große Bestände an Vorprodukten.

Die Fertigwarenvorräte dürften 1972 im großen und ganzen ebenfalls etwas mehr als im Vorjahr erhöht worden sein, obgleich sich vom Sommer an ein zwiespältiges Bild bot. Handel und Konsumgüterindustrien beurteilten ihre Fertigwarenvorräte in Frankreich zunehmend als zu klein, da die Stärke der Verbrauchskonjunktur unterschätzt, in Deutschland hingegen als zu groß, da hier die Nachfragebelebung wohl überschätzt worden war. Im übrigen wurden die Fertigwarenlager mehr und mehr als befriedigend beurteilt.

Geringe Unterauslastung der Produktivkräfte

87. Das reale Bruttoinlandsprodukt der EWG war 1972 um reichlich 4 vH größer als 1971. Damit fiel die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zwar schon wieder höher aus als im Vorjahr (3,4 vH), doch blieb sie noch deutlich hinter dem Durchschnitt des letzten Jahrzehnts (reichlich 5 vH) zurück. Die Unterschiede in der Wachstumsrate zwischen den Mitgliedsländern verringerten sich im Vergleich zu 1971 spürbar (Tabelle 12).

Die volkswirtschaftlichen Ressourcen der EWG-Länder waren im Jahresdurchschnitt 1972 nicht so hoch ausgelastet wie im Vorjahr, nimmt man die über die Zyklen hinweg erreichte durchschnittliche Zunahme des realen Sozialprodukts als Anhalts-

punkt für das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials.

Die Auslastung des Produktionspotentials war in Italien und den Benelux-Ländern geringer als in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland. Kapazitätsengpässe scheint es nur in Frankreich, und auch dort nur in einigen Bereichen der Konsumgüterindustrien gegeben zu haben.

88. Mit der Beschleunigung des Produktionsanstiegs — teils um die Jahreswende 1971/72, teils im Frühjahr 1972 — dürfte sich der Auslastungsgrad der industriellen Sachanlagen in einigen Ländern stabilisiert, in anderen sogar leicht erhöht haben. Dazu hat, außer in Italien, beigetragen, daß die Baukonjunktur in den meisten EWG-Ländern auch nach dem Winterhalbjahr 1971/72, in dem sie durch die ungewöhnlich milde Witterung begünstigt worden war, lebhaft blieb. Im späteren Verlauf des Jahres dürfte die Kapazitätsauslastung in der Industrie nur noch wenig zugenommen haben. Insgesamt erhöhte sich die Auslastung der Kapazitäten in den konsumnahen Bereichen stärker als in den Investitionsgüterindustrien.

Die Produktionspläne der Unternehmen wurden, den Ergebnissen von Konjunkturumfragen zufolge, zur Jahresmitte 1972 spürbar nach oben revidiert und zwar in Deutschland und Frankreich stärker, in den übrigen Ländern schwächer. Wenn auch die Produktion das Expansionstempo, das sie bis zum Frühsommer erreicht hatte, in der zweiten Jahreshälfte vielfach nicht halten konnte, so ist doch für 1972 insgesamt mit einer Zunahme der Industrieproduktion in der EWG um reichlich 4 vH gegenüber dem Vorjahr zu rechnen; im Jahre 1971 war der Vorjahresstand nur um 2,6 vH übertroffen worden.

89. In der ersten Jahreshälfte 1972 hat sich der Rückgang der Beschäftigung in der Industrie, der 1971 — außer in Frankreich — als Folge der Produktionsdrosselung eingetreten war, nur noch verlangsamt fortgesetzt. Der rasche Anstieg der Arbeitsproduktivität, der bereits 1971 begann, weil die Unternehmen die Beschäftigung stärker einschränkten, als die Erzeugung zurückgenommen wurde, hielt weiter an. Die Unternehmen konnten 1972 die Produktion fühlbar ausdehnen, ohne daß sie im gleichen Maße mehr Arbeitskräfte einstellen mußten.

90. Die Entspannung auf den Arbeitsmärkten der EWG — 1971 waren 1,3 Millionen Erwerbspersonen arbeitslos — hielt im Jahre 1972 an. Die Anzahl der Arbeitslosen nahm bis zum Sommer weniger als saisonüblich ab. Im Juli betrug sie 1,44 Millionen, bei einer Erwerbsbevölkerung von rund 75 Millionen.

In Italien und den Benelux-Ländern nahm die Anzahl der Arbeitslosen im Verlauf des Jahres fast ununterbrochen zu; in Deutschland hingegen war sie im ersten Vierteljahr niedriger und erst danach bis zum Spätsommer höher, als es dem Saisonverlauf entsprochen hätte. Auch in Frankreich nahm die Arbeitslosigkeit vom Sommer an wieder stärker zu,

nachdem sie sich im ersten Halbjahr nur noch wenig erhöht hatte. Bei diesem regionalen Vergleich ist, abgesehen von Unterschieden in der statistischen Abgrenzung, die einen solchen Vergleich erschweren, auf einige Sonderfaktoren hinzuweisen (Ziffer 101).

Die Entwicklung der Anzahl der offenen Stellen, im allgemeinen ein Frühindikator am Arbeitsmarkt, ließ 1972 eine Tendenzwende erkennen. Mit der Nachfragebelebung im ersten Vierteljahr 1972 nahm die Anzahl der offenen Stellen (saisonbereinigt) in Frankreich und Belgien wieder zu; in den übrigen Ländern verlangsamte sich ihr Rückgang seit dem Frühjahr deutlich.

Abchwächung der Einkommensexpansion beendet

91. Die Expansion der Einkommen in der EWG, die 1970 ihren Höhepunkt überschritten hatte, flachte sich im Jahre 1972 kaum noch ab. Zwar nahmen die Bruttoeinkommen der unselbständig Beschäftigten mit schätzungsweise 10 1/2 vH nochmals weniger zu als 1971; die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hingegen erhöhten sich mit ungefähr 9 1/2 vH schon wieder kräftiger (Tabelle 13).

Die verfügbaren Einkommen sind in einigen Ländern vermutlich schneller gestiegen als die Bruttoeinkommen. Die staatlichen Einkommensübertragungen dürften um mehr erhöht worden sein, als die Steuerbelastung der privaten Haushalte zunahm. In Deutschland kam die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags hinzu; in den Niederlanden wurde der

Zuschlagsatz auf verschiedene Steuern, der Ende 1970 zur Bekämpfung der Konjunkturüberhitzung eingeführt worden war, Mitte des Jahres gesenkt.

92. Der Lohnanstieg in der EWG schwächte sich nicht so stark ab, wie es nach der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu erwarten gewesen wäre. Zwar war es unwahrscheinlich, daß die Tariflohnsteigerungen in ähnlichem Ausmaß zurückgehen würden wie während des besonders starken Konjunkturreinbruchs im Jahre 1967. Daß die tariflichen Löhne (Industrie insgesamt) am unteren Wendepunkt der EWG-Konjunktur überwiegend noch um mehr als 10 vH höher lagen als im Vorjahr, muß wohl auch im Zusammenhang damit gesehen werden, daß sich der Preisaufrtrieb in allen EWG-Ländern fortsetzte, zum Teil sogar beschleunigte. In den Ländern der Gemeinschaft (außer in der Bundesrepublik Deutschland) sind die Lohnsteigerungen mehr oder weniger eng an einen Preisindex gebunden, der die Verteuerung der Lebenshaltung widerspiegeln soll. So kam es in einigen Ländern mehrmals im Jahr zu indexbedingten Lohnerhöhungen, die wiederum Preiserhöhungen Vorschub leisteten oder ihnen als Vorwand dienten.

Im Sommer 1972 lag das Tariflohniveau auf Stundenbasis in der Industrie im Durchschnitt der EWG-Länder um etwa 11 1/2 vH höher als vor einem Jahr. Dabei hat sich das Lohnniveau mit fast 12 vH in Belgien am meisten, mit knapp 9 vH in Deutschland am wenigsten erhöht. Die Entspannung auf den Arbeitsmärkten zeigte sich stärker in den Effektivverdiensten als in den Tariflöhnen; das gilt besonders für Holland. Der Abstand zwischen dem Lohnanstieg in den Ländern mit Indexbindung der Löhne und dem

Tabelle 13

Bruttoeinkommen in den EWG-Ländern
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	Bruttoeinkommen aus					
	unselbständiger Arbeit			Unternehmertätigkeit und Vermögen ¹⁾		
	1970	1971	1972 ²⁾	1970	1971	1972 ²⁾
Bundesrepublik Deutschland	17,7	13,3	9	11,3	7,1	10 1/2
Frankreich	12,9	11,8	11 1/2	12,2	8,5	10 1/2
Italien	16,7	13,4	12	6,4	3,1	7 1/2
Niederlande	13,5	14,6	11	3,4	6,1	9
Belgien	13,4	12,8	10 1/2	9,6	7,7	6
EWG	15,6	13,0	10 1/2	10,1	6,7	9 1/2

¹⁾ Einschl. Erwerbseinkommen des Staates und Abschreibungen.
²⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.

Lohnanstieg in der Bundesrepublik läßt vermuten, daß indexgebundene Löhne auf die konjunkturelle Entwicklung schwächer reagieren als Löhne ohne Indexbindung.

93. Da sich der Lohnauftrieb in den meisten EWG-Ländern im Verlauf des Jahres 1972 zumeist allmählich verringerte, und zugleich der Produktivitätsfortschritt — dem üblichen Muster einer beginnenden konjunkturellen Erholung folgend — verstärkt zunahm, hat der Druck, der von der Lohnexplosion in den letzten Jahren auf die Preisentwicklung ausgegangen war, 1972 fühlbar nachgelassen. Hatten die Lohnkosten je Produkteinheit in der Gesamtwirtschaft 1971 in der EWG insgesamt noch um knapp 9 1/2 vH über dem Stand des Vorjahres gelegen, so waren sie 1972 um schätzungsweise 6 1/2 vH höher als ein Jahr zuvor (Tabelle 14). Dies ist noch immer viel, bedenkt man, daß sich die EWG-Konjunktur am Beginn eines neuen Aufschwungs befindet.

In der Industrie zeigten die Lohnkosten je Produkteinheit eine ähnliche Abschwächungstendenz; mit schätzungsweise 5 1/2 vH war die Zunahme 1972 merklich geringer als im Vorjahr, in dem die Steigerungsrate noch knapp 8 vH betragen hatte. Am meisten dürften die Lohnkosten in Italien zugenommen haben.

Ungebrochener Preisauftrieb

94. Die Unternehmen waren 1972 bestrebt, Kostensteigerungen mit weiteren Preiserhöhungen auszugleichen, was ihnen zuvor wegen der gedämpften Nachfrageexpansion nur teilweise gelungen war. So setzte sich der Preisauftrieb des vorangegangenen Jahres — anders als nach früheren Abschwungsphasen der EWG-Konjunktur — im Jahre 1972 verstärkt fort. Der Anstieg der Verbraucherpreise übertraf im Durchschnitt der EWG-Länder mit knapp 6 vH gegenüber 1971 sogar noch die hohe Vorjahresrate (5,4 vH). Am stärksten war der Sprung in der Verteuerung der Lebenshaltung in Italien und Belgien (Tabelle 15). Auch die Großhandelspreise für Industriegüter¹⁾ lagen 1972 erneut um fast 3 vH höher als vor einem Jahr, obgleich ihr Anstieg um die Jahresmitte vielfach nachließ.

95. In der ersten Jahreshälfte schwächte sich der Verbraucherpreisanstieg in der Gemeinschaft zunächst meistens leicht ab; bis zum Sommer verteuerte sich die Lebenshaltung mit einer Jahresrate von 5 vH. Mit der weiteren Nachfragebelebung beschleunigte sich dann der Anstieg in der zweiten Jahreshälfte wieder, zumal die öffentlichen und pri-

¹⁾ Für Deutschland: industrielle Erzeugerpreise.

Tabelle 14

Lohnkosten je Produkteinheit in den EWG-Ländern¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	EWG ²⁾
Gesamtwirtschaft ³⁾						
1970	+11,6	+6,6	+11,2	+ 7,5	+7,0	+9,4
1971	+10,2	+6,5	+11,8	+10,2	+8,3	+9,4
1972 ⁴⁾	+ 6	+6	+ 7 1/2	+ 8	+6 1/2	+6 1/2
Verarbeitende Industrie						
1970	+12,8	+4,2	+13,7	+ 5,4	+6,8	+9,8
1971	+ 7,7	+4,8	+13,3	+ 6,7	+8,5	+7,8
1972 ⁴⁾	+ 4	+4 1/2	+ 9	+ 6 1/2	+7 1/2	+5 1/2

¹⁾ In nationaler Währung.

²⁾ Gesamtwirtschaft: zusammengewogen mit den Anteilen am Bruttosozialprodukt 1970 der EWG in Preisen von 1963. Verarbeitende Industrie: zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EWG 1965.

³⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.

⁴⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen der OECD und anderer internationaler Organisationen.

Quellen: SARG, DIW, OECD, nationale Statistiken

vaten Dienstleistungstarife wiederholt erhöht wurden und in Frankreich im Frühsommer die Preiskontrollen (contrat antihausse) durch preispolitische Empfehlungen ersetzt wurden. Vereinzelt wurden auch Verbrauchsteuern heraufgesetzt. Außerdem stiegen die Nahrungsmittelpreise verstärkt an.

96. Auf der Erzeuger- beziehungsweise Großhandelsstufe verlief die Preisentwicklung in den drei großen EWG-Ländern im ersten Halbjahr 1972 zunächst ähnlich wie bei den Konsumentenpreisen; der Preisanstieg wurde geringer. Anders als auf der Verbraucherstufe dürfte es im Sommer, mit Ausnahme Italiens, noch nicht zu einer neuen Beschleunigung gekommen sein. In den Benelux-Ländern ließen die Preissteigerungen für Industrieerzeugnisse bis zur Jahresmitte sogar stark nach; in den Niederlanden stiegen diese Preise fast nicht mehr. Im Durchschnitt der EWG-Länder lagen sie im ersten Halbjahr 1972 um reichlich 2 1/2 vH über dem Vorjahresniveau.

Im Herbst 1972 allerdings scheinen die Großhandelspreise für industrielle Produkte in der Gemeinschaft wieder auf breiter Front angezogen zu haben. Hinzu kam, daß der Preisauftrieb bei Bauleistungen durch staatliche Investitionsprogramme vielfach zusätzlich

verschärft wurde. Insgesamt dürfte die Abschwächung des Preisanstiegs auf der Produktionsstufe im Jahre 1972 im ganzen zu wenig ausgeprägt und von zu kurzer Dauer gewesen sein, als daß davon ein nennenswert dämpfender Einfluß auf die Verbraucherpreise in der Gemeinschaft hätte ausgehen können.

Regionale Differenzierung

97. Die 1972 eingetretene Wende in der EWG-Konjunktur vollzog sich nicht einheitlich; vielmehr ergaben sich regionale Unterschiede sowohl in der Intensität als auch im zeitlichen Einsetzen der Auftriebskräfte.

98. In der Vergangenheit ist die EWG-Konjunktur bald von dem einen, bald von dem anderen Land stärker beeinflußt worden. Im großen und ganzen spielte die Wirtschaftsentwicklung in Frankreich und Deutschland, dem großen Gewicht beider Länder in der Gemeinschaft entsprechend, die dominierende Rolle. Allerdings haben sich die Impulse, die von Frankreich auf die EWG-Konjunktur ausgehen, seit

Tabelle 15

Anstieg der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern ¹⁾
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1967	1968	1969	1970	1971	1972 ²⁾	1971		1972	
							1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	3. Vj.
Bundesrepublik Deutschland	+1,7	+1,6	+2,7	+3,8	+5,2	+5,7	+4,5	+5,7	+5,4	+5,9
Frankreich	+2,7	+4,5	+6,4	+5,5	+5,6	+5,8	+5,1	+5,7	+5,6	+6,3
Italien	+3,2	+1,4	+2,6	+5,0	+4,9	+5,8	+4,9	+4,8	+4,8	+6,2
Niederlande	+3,5	+3,7	+7,5	+4,4	+7,6	+7,5	+7,1	+8,0	+8,1	+7,4
Belgien	+2,9	+2,7	+3,8	+3,9	+4,4	+5,3	+3,7	+5,0	+5,1	+5,6
EWG ³⁾	+2,5	+2,6	+4,1	+4,6	+5,4	+5,8	+4,9	+5,6	+5,5	+6,2
Vereinigte Staaten	+2,8	+4,2	+5,4	+5,9	+4,3	+3,2	+4,7	+3,9	+3,4	+3,0
Japan	+4,0	+5,3	+5,2	+7,8	+6,1	+4,9	+5,9	+6,2	+4,4	+5,1
Großbritannien	+2,5	+4,7	+5,4	+6,4	+9,4	+6,9	+9,2	+9,7	+7,0	+6,7
Wichtigste Industrieländer ⁴⁾	+2,9	+3,9	+5,0	+5,6	+5,2	+4,5	+5,2	+5,0	+4,5	+4,5

¹⁾ In Landeswährung.

²⁾ Einschließlich Luxemburg.

³⁾ EWG-Länder (ohne Luxemburg), Vereinigte Staaten, Großbritannien, Japan, Kanada, Dänemark, Österreich, Schweden, Schweiz.

⁴⁾ Eigene Schätzung.

Quelle für Ausland: OECD

1968 verringert, da die französische Regierung von diesem Jahre an eine Politik der stetigen Expansion verfolgt. Die französische Wirtschaft expandierte dank dieser Politik auch 1972 anhaltend kräftig. Die zyklischen Schwankungen in der privaten Investitionstätigkeit konnten indes noch nicht im angestrebten Maße geglättet werden. Immerhin scheint sich die schon im Frühjahr 1972 abzeichnende Belebung der Investitionsneigung im späteren Verlauf des Jahres durchgesetzt zu haben, zumal es in den Verbrauchsgüterindustrien zu Kapazitätsengpässen gekommen war.

99. Die regionalen Unterschiede des Verlaufs und der Intensität der Nachfragebelebung im Jahr 1972 legen den Schluß nahe, daß die größeren Volkswirtschaften, Frankreich und Deutschland, im Zyklus der EWG-Konjunktur 1972 etwas weiter voran waren als die Benelux-Länder. Italien läßt sich vorläufig weniger sicher einordnen, weil dort seit 1969 besondere politische und soziale Umstände das Konjunkturbild erheblich verzeichnen.

100. Für ein Nachlaufen der Konjunktur in den Niederlanden und in Belgien spricht, daß die Verbrauchskonjunktur dort erst im Jahre 1972 kulminierte. Sodann hielt die Abschwächung der Nachfrageexpansion in den konsumferneren Industrien der Benelux-Länder größtenteils noch an. Erst im späteren Verlauf des Jahres 1972 dürften die gewerblichen Investitionen in den Niederlanden ihren Tiefpunkt überschritten haben. Dabei spielten zumindest dort auch andere als konjunkturelle Faktoren eine Rolle. So liefen im Frühjahr 1972 mehrere industrielle Großprojekte aus. Außerdem wurden die Investitionsentscheidungen der Unternehmen durch das Vorhaben der Regierung, zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur eine Investitionsteuer einzuführen, mit zusätzlicher Unsicherheit belastet. In der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion dagegen muß die Zurückhaltung der privaten Investoren insbesondere vor dem Hintergrund der Überkapazitäten gesehen werden, die nach einem außergewöhnlich kräftigen Investitionsboom mit dem Rückgang der Nachfrage im Jahre 1971 entstanden waren.

Ob die Entwicklung der Industrieproduktion ebenfalls für einen konjunkturellen Nachlauf spricht, läßt sich gegenwärtig nicht entscheiden. Die Industrieproduktion in den Benelux-Ländern nahm auch nach der Jahreswende 1971/72, vor allem durch die Belebung der Auslandsnachfrage bedingt, deutlich zu. Das im Frühjahr erreichte Niveau konnte aber bis zum Herbst 1972 nicht ganz gehalten werden.

101. Die Position Italiens im EWG-Zyklus zu bestimmen, fällt schwer. Hier hieß die Unterauslastung der volkswirtschaftlichen Ressourcen im Jahre 1972 noch beträchtlich, obwohl sich die Nachfrageexpansion seit Herbst 1971 fühlbar beschleunigte. Die Arbeitslosigkeit, wohl auch die nicht-registrierte, die in Italien größer ist als anderswo in der EWG, hat sich weiter erhöht. Außerdem nahm die Kurzarbeit zeitweilig ein beträchtliches Ausmaß an. Im Frühjahr arbeiteten etwa 3 Millionen

Arbeitnehmer, fast 15 vH aller Beschäftigten, weniger als 30 Wochenstunden.

Die Investitionsneigung im industriellen Bereich blieb trotz der staatlichen Ankurbelungsprogramme und trotz des raschen Anstiegs der Auslandsnachfrage sowie des privaten Verbrauchs im Verlauf des Jahres gering; die Käufe von Ausrüstungen und von Bauten der Industrie nahmen 1972 nochmals um etwa 3 vH bis 4 vH ab. Daß die Bruttoanlageinvestitionen sich dennoch insgesamt erhöhten, ist ausschließlich auf Investitionen des Staates und öffentlicher Unternehmen zurückzuführen. Die Zurückhaltung der privaten Investoren ist um so bemerkenswerter, als

- der kräftige Lohnkostendruck und die tarifvertragliche Verkürzung der Arbeitszeit den Anreiz zu arbeitsparenden Investitionen verstärkten,
- Investitionskredite seit längerem billig waren, und
- Investitionen bis Ende 1972 teilweise von der Umsatzsteuer befreit wurden.

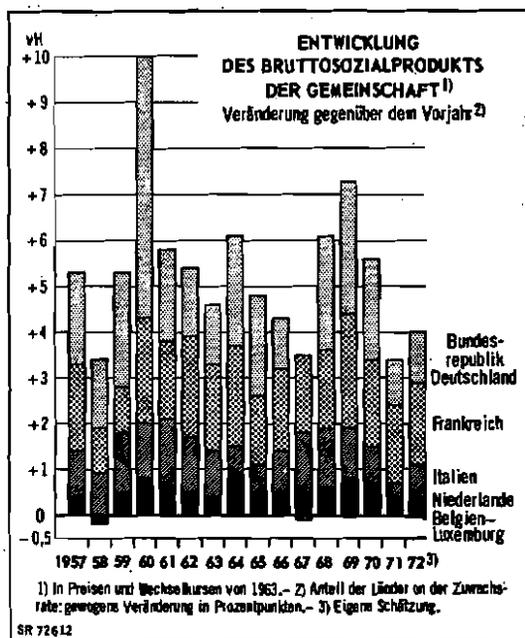
Ausschlaggebend dürfte gewesen sein, daß die Absatzserwartungen überwiegend noch vorsichtig blieben. Hinzu kam die niedrige Selbstfinanzierungsquote und, was wohl schwerer gewogen hat, die Unsicherheit hinsichtlich der langfristigen Lohnabschlüsse, die im Herbst 1972 in großen Wirtschaftsbereichen anstanden und die neue politisch-soziale Konflikte befürchten ließen.

102. Insgesamt gesehen, haben die einzelnen Mitgliedsländer 1972 zur Beschäftigung, zum Wachstum und zum Geldwertchwund in der Gemeinschaft in unterschiedlichem Maße beigetragen.

Der höchste Beschäftigungsstand wurde in Deutschland und Frankreich erreicht. In beiden Ländern dürfte die Arbeitslosenquote mit etwa 1 vH und 2 vH im Jahresdurchschnitt nur geringfügig höher gewesen sein als im Vorjahr. Hingegen führte in den Benelux-Ländern der anhaltende Beschäftigungsrückgang, vor allem in der Industrie, zu einem spürbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Mit reichlich $2\frac{1}{2}$ vH war die Arbeitslosenquote in den Niederlanden um fast einen ganzen Prozentpunkt höher als 1971. Ähnlich hoch war sie in Belgien, wenngleich sie dort weniger zunahm als in den Niederlanden. Ebenso wie 1971 war Italien 1972 am weitesten vom Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes entfernt; dort waren mehr als 3 vH aller Erwerbspersonen arbeitslos.

Ein angemessenes Wachstum wurde in der Gemeinschaft 1972 nur in Frankreich voll verwirklicht. Ausgenommen die Niederlande sind die übrigen Länder diesem Ziel aber wieder etwas näher gekommen. Während des vergangenen Konjunkturzyklus hatte das reale Bruttosozialprodukt in der Gemeinschaft im Durchschnitt um jährlich rund $5\frac{1}{2}$ vH zugenommen. Von Frankreich abgesehen, blieben 1972 alle Länder hinter dieser Marke merklich zurück. Die Zuwachsraten lagen bei ihnen zwischen 3 vH und 4 vH. Zum Gesamtwachstum in der Gemeinschaft

Schaubild 5



hat, ebenso wie im vergangenen Jahr, Frankreich am meisten beigetragen (Schaubild 5).

Die Erwartung, daß sich der Preisauftrieb in der Gemeinschaft 1972 allmählich abschwächen werde, erfüllte sich nicht. Die Teuerung, gemessen an den Verbraucherpreisen, nahm noch zu, und zwar von fast 5 1/2 vH im Jahre 1971 auf rund 6 vH 1972.

Mit Preissteigerungen von rund 7 1/2 vH blieben die Niederlande wie im Vorjahr die Spitze, während Belgien wie 1971 mit einem Geldwertschwund von nunmehr knapp 5 1/2 vH das Inflationsstempo in der EWG noch bremste.

**II. Außenwirtschaft:
Neue währungspolitische Bedingungen**

103. Unsicherheit über die Entwicklung des Welt Handels hatte 1971 die internationalen Wirtschaftsbeziehungen erheblich belastet. Das Weltwährungssystem war in eine Krise geraten (JG 71 Ziffer 2); es hatte die Gefahr bestanden, daß handelspolitische Reaktionen anderer Länder auf die amerikanischen Maßnahmen vom August 1971 zu einer Beeinträchtigung des Welthandels führen würden. Mitte Dezember einigten sich die wichtigsten westlichen Industrieländer auf die Neufestsetzung der Kursrelationen. Die Vereinten Staaten werteten den Dollar gegenüber dem Gold um 8 vH ab. Die Währungen der Gemeinschaftsländer wurden gegenüber den Währungen von Drittländern aufgewertet (Tabelle 16). Auch wurde vereinbart, die Bandbreite, innerhalb derer die Wechselkurse um die Leitkurse frei schwanken können, auf 4,5 vH zu erweitern. Gegenüber der vorher geltenden — durch das

Floaten vieler Währungen 1971 faktisch außer Kraft gesetzten — Regelung war das mehr als eine Verdoppelung.

Gleichzeitig hoben die Vereinten Staaten die zehnprozentige Importsteuer und diejenigen Vorschriften auf, welche die Einfuhr von Investitionsgütern diskriminierten. Als Ausgleich wurden Handelsgespräche der Gemeinschaft, Kanadas und Japans mit den Vereinten Staaten vorgesehen.

Das Realignment ließ die wesentlichen Fragen einer dauerhaften Reform der Weltwährungsordnung unbeantwortet; man kam nur überein, die Reform des internationalen Währungssystems so bald wie möglich voranzutreiben.

104. Hatten sich nach dem Realignment die Dollarkurse der Gemeinschaftswährungen zunächst im oberen Drittel des Kursbandes befunden, so gaben sie nach der Jahreswende kräftig nach. Dabei kam es nicht zu größeren Unterschieden in der Kursentwicklung der Währungen der EWG-Länder wie auch der der beitragswilligen Länder. Gegenüber den am höchsten bewerteten EWG-Währungen, dem belgischen Franken und dem holländischen Gulden, fiel

Tabelle 16

Änderung der Wechselkurse wichtiger Währungen durch das Realignment¹⁾

Länder	vH Änderung gegenüber		Durchschnittliche gewogene Wechselkursänderung gegenüber der Welt ²⁾
	der Goldparität	dem US-Dollar	
Bundesrepublik Deutschland	+4,61	+13,58	+ 5,7 ³⁾
Frankreich	0	+ 8,57	- 0,6
Italien	-1,00	+ 7,48	- 0,4
Niederlande	+2,76	+11,57	+ 1,8
Belgien	+2,76	+11,57	+ 2,1
Großbritannien	0	+ 8,57	+ 2,4
Japan	+7,66	+16,88	+13,6
Schweden	-1,00	+ 7,48	- 0,6
Schweiz	+4,89	+13,88	+ 4,9
Vereinigte Staaten	-7,89		- 8,5

1) Aufwertung +, Abwertung —. Gemessen an den am 1. Mai 1971 geltenden Paritäten im IWF.

2) Unter Berücksichtigung der Wechselkursänderungen einer Gruppe von 28 Ländern und bestimmter Annahmen über die durchschnittliche Wechselkursänderung der übrigen Länder, gewichtet mit den Außenhandelsanteilen 1969 und 1970.

3) Die Bundesbank, die einen durchschnittlichen Aufwertungssatz von 6,4 vH ausweist, bezieht in ihre Berechnungen mehr Handelspartner ein und gewichtet mit dem durchschnittlichen Außenhandelsanteil der Jahre 1968 bis 1970.

Quelle: IWF

der Dollar bereits Mitte Februar wieder auf den unteren Interventionspunkt. Die Terminmärkte spiegelten die ruhige Entwicklung der Kurse zwischen den Gemeinschaftswährungen untereinander, zugleich auch das Absinken des Dollarkurses wider.

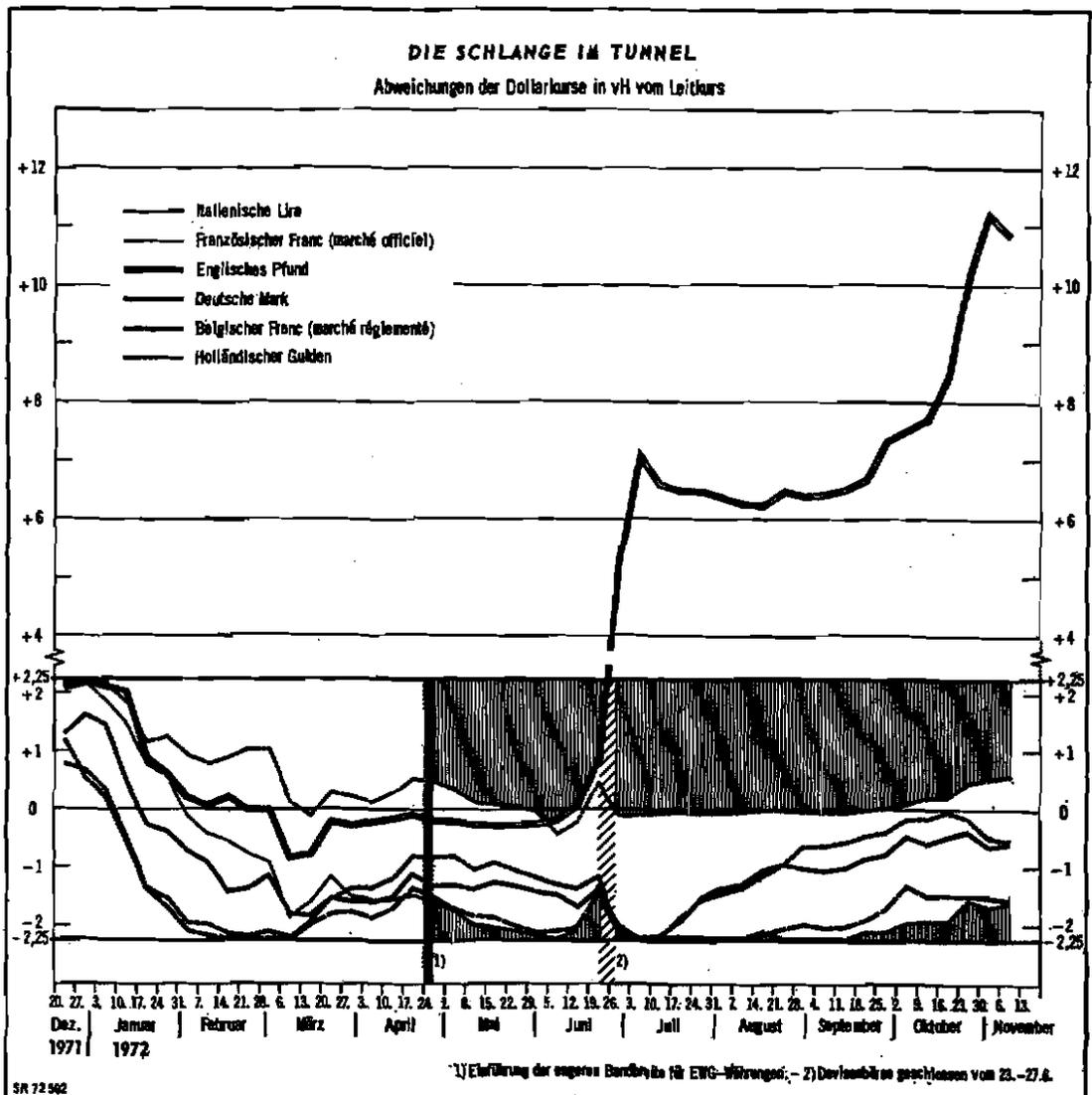
105. Die EWG-Länder sahen mit dem neuen Wechselkursgefüge eine wesentliche Voraussetzung erfüllt, ihre Bemühungen um die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wieder aufzunehmen. Der Ministerrat beschloß am 21. März 1972, die zulässigen Kursschwankungen der EWG-Währungen untereinander sollten bis spätestens 1. Juli 1972 auf 2,25 vH verringert werden.

Die Zentralbanken sollten, um die enge Bandbreite einzuhalten künftig in Gemeinschaftswährungen intervenieren, es sei denn, der Kurs einer Währung erreicht den oberen oder unteren Interventionspunkt gegenüber dem Dollar. Die Vereinbarung über das schmale Band trat schon am 24. April in Kraft.

Rasch hatte der Markt vorweggenommen, was durch die neue Regelung angestrebt war (Schaubild 6).

106. Zu einer schweren Belastung kam es bereits Mitte Juni, als die Spekulation gegen das englische Pfund einsetzte. Die Notenbanken der EWG-Länder intervenierten wie vereinbart. Die „Schlange im Tunnel“ wurde nach oben gezogen. Am 23. Juni

Schaubild 6



1972 gab die britische Regierung den Wechselkurs des Pfundes frei. Die Lira, seit Jahresbeginn die schwächste EWG-Währung, geriet unmittelbar danach in Abwertungsverdacht. Der Ministerrat der Gemeinschaft entband Italien daraufhin auf befristete Zeit von der Verpflichtung, an der Grenze des engen Bandes nur in Gemeinschaftswährungen zu intervenieren. Auch die Spekulation gegen den Dollar setzte erneut ein, die Schlange lag am unteren Rande des breiten Bandes auf.

107. Die Verschärfung der Kapitalverkehrskontrollen und der Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten führten ab Mitte Juli zu einer Befestigung des Dollar an den europäischen Devisenbörsen. Das enge Kursband löste sich vom unteren Dollarinterventionspunkt und auch die Terminkurse für Dreimonatsdollar bewegten sich wieder innerhalb des breiten Bandes.

108. Die Abwertung des Pfundes durch den Markt schien sich zunächst zwischen 6 vH und 7 vH zu stabilisieren. Nicht zuletzt die schwindende Hoffnung auf einen Erfolg der Stabilisierungsbemühungen der Regierung hat dann Ende Oktober innerhalb weniger Tage den Abwertungseffekt auf etwa 10 vH anwachsen lassen. Erst der am 9. November 1972 verfügte Preis- und Lohnstopp vermochte diese Entwicklung — wenigstens vorübergehend — zu bremsen.

109. Inwieweit sich die währungspolitischen Entscheidungen seit Ende 1971 auf den Warenhandel mit Drittländern ausgewirkt haben, läßt sich nur schwer schätzen. Sicher ist, daß sich aufgrund der Höherbewertung der EWG-Währungen gegenüber den Währungen von Nichtmitgliedsländern das Verhältnis der Ausfuhr- zu den Einfuhrpreisen (Terms of Trade) verbessert hat. Mehr als das Vorzeichen läßt sich gegenwärtig nicht bestimmen.

110. Die Handelsbilanz der Gemeinschaft hat sich deutlich verbessert. Im ersten Halbjahr 1972 wies sie einen Überschuß von 1,6 Mrd. Eur auf. Die Verbesserung der Terms of Trade hat sich darin niedergeschlagen. Noch im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte sich ein leichtes Defizit ergeben. Von größerem Gewicht dürfte aber gewesen sein, daß die konjunkturelle Expansion in der Gemeinschaft insgesamt noch verhalten war. Die Einfuhren haben zwar mit der beginnenden konjunkturellen Erholung wieder zugenommen. Von Januar bis Juni 1972 wurden dem Wert nach fast 5 vH mehr Waren importiert als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zunahme der Einfuhren blieb jedoch erheblich hinter der der Ausfuhren zurück (12 vH). In den Exporten machte sich die Ausweitung der Nachfrage in Drittländern, vor allem in Nordamerika, bemerkbar. Der überaus kräftige Anstieg der britischen Importe aus der Gemeinschaft scheint hingegen weniger von konjunkturellen Faktoren bestimmt worden sein (Ziffer 206).

111. Im ganzen Jahr 1972 dürfte die Zunahme der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen zusammen wertmäßig 5 vH bis 6 vH, dem Volumen nach 4 vH bis 5 vH betragen. Der Anteil der Einfuhren aus Drittländern an der Güterversorgung der Gemeinschaft ist zurückgegangen; er beträgt jetzt etwa 9 vH. Daß die Importe aus Drittländern langsamer zunahm als die Gesamtnachfrage in der Gemeinschaft, entsprach der vorerst noch mäßigen konjunkturellen Belebung. Selbst während des kräftigen Aufschwungs 1968/69 hatte die Außenversorgungsquote zunächst kaum zugenommen.

III. Geld- und Kreditpolitik im Konflikt

112. Die Geld- und Kreditpolitik in den EWG-Ländern schien 1972 zunächst von der Rücksichtnahme auf außenwirtschaftliche Erfordernisse entlastet zu sein: Die erweiterte Bandbreite hatte den Spielraum für nationale Stabilitätspolitik nicht wieder auf jenes Maß eingeengt, das vor Beginn des Floating bestand; die spürbare Aufwertung der Währungen ließ erwarten, daß die Dollarzuflüsse nach Europa aufhörten.

113. Der erneut einsetzende Kursverfall des Dollar gegenüber den Gemeinschaftswährungen zeigte jedoch, daß durch das Realignment das Mißtrauen in die amerikanische Währung nicht beseitigt worden war. Die Währungsbehörden der meisten EWG-Länder sahen sich schon im Laufe des Frühjahrs neuerlichen Dollarzuflüssen gegenüber, die sich allerdings auf die einzelnen Länder ungleich verteilten, wohl nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Ausgestaltung der Kapitalverkehrskontrollen. Um dem Kapitalzustrom zu begegnen, wurden die Diskontsätze herabgesetzt und zwar wohl um mehr, als es den europäischen Zentralbanken aus binnenwirtschaftlichen Gründen geraten erschien (Tabelle 11). Dies trug zusammen mit einem vorübergehenden Anstieg der Zinsen in den Vereinigten Staaten zu einer Beruhigung an den europäischen Devisenbörsen von März bis Mai bei.

114. Im Juni 1972 brach dann die latente Währungsunruhe erneut offen aus (Ziffer 106). Auch in jenen EWG-Ländern, die sich durch Kapitalverkehrskontrollen weitgehend abgeschirmt wähnten, mußten die Währungsbehörden aufgrund ihrer Interventionspflicht Dollars ankaufen und damit Zentralbankgeld schaffen. Lediglich in Italien überwogen, bedingt durch die Stützungsaktionen der Banca d'Italia für die Lira, Devisenabflüsse.

In den meisten EWG-Ländern wurde versucht, den liquidisierenden Effekt der Devisenzuflüsse mit kreditpolitischen Maßnahmen auszugleichen (Tabelle 11). Außerdem traf jedes Land Vorkehrungen gegen weitere Devisenzuflüsse, indem bereits bestehende Kapitalverkehrskontrollen verschärft oder neue eingeführt wurden.

115. Die Devisenzuflüsse waren im ersten Halbjahr 1972 wie schon im Vorjahr der wichtigste

marktmäßige Bestimmungsfaktor der Bankenliquidität in den EWG-Ländern (Tabelle 17). Durch das Auslandsgeschäft der Zentralbanken wurden in dem genannten Zeitraum im EWG-Bereich für 6,4 Mrd. Eur¹⁾ liquide Mittel geschaffen. Dabei konzentrier-

ten sich die Devisenzuflüsse auf die Deutsche Bundesbank. Andere Zentralbanken brauchten erheblich weniger Devisen anzukaufen. Hingegen kam es in Italien im Zusammenhang mit der Spekulation gegen die Lira zu Devisenabflüssen, welche die Bankenliquidität entsprechend belasteten.

²⁾ Zur Vergleichbarkeit sind in Tabelle 17 alle Positionen aus nationaler Währung in die Rechnungseinheit der EWG „Eur“ — umgerechnet. Mit der Neufestsetzung der Wechselkurse am 18. Dezember 1972 (Washingtoner Abkommen) verzichtete die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft darauf, Wertangaben für die einzelnen Länder und für die Gemeinschaft in US-Dollar auszudrücken. Seit Februar 1972 werden die Werte für die EWG in Rechnungseinheiten angegeben. Eine Rechnungseinheit ist mit einem Goldgehalt von 0,888671 g definiert. Dieser Definition entsprach bis zum Realignment auch der Wert des US-Dollar. Zur sprachlichen Vereinfachung erhielt die Rechnungseinheit der EWG die Bezeichnung „Eur“.

Die übrigen Marktfaktoren haben auf die Bankenliquidität im EWG-Bereich kontraktiv gewirkt. Allerdings waren die Liquiditätsverluste aus der Erhöhung des Bargeldumlaufs und aus Kassensüberschüssen der öffentlichen Haushalte weniger umfangreich als der expansive Effekt der Devisenkäufe der Zentralbanken.

Wenn auch eine eingehende Analyse der Geldströme nicht möglich ist — die Bankenstatistik in der EWG ist in dieser Hinsicht noch lückenhaft —, so deuten doch die Angaben über die wichtigsten

Tabelle 17

Einflüsse auf die Bankenliquidität in der EWG¹⁾
Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Mill. Eur

Zeitraum	Land	Auslandsgeschäft der Zentralbanken	Öffentliche Transaktionen mit den Zentralbanken	Zentralbank-einlagen der Wirtschaft (Nettoposition)	Bargeldumlauf	Zusammen
1971	Bundesrepublik Deutschland	+ 4 438,8	- 1 271,9	- 25,7	- 968,9	+ 2 172,3
	Frankreich	+ 2 747,4	+ 469,9	+ 14,4	- 261,1	+ 2 970,6
	Italien	+ 896,7	+ 331,0	+ 303,7	- 1 063,0	+ 468,4
	Niederlande	+ 776,7	+ 91,2	+ 0,3	- 143,4	+ 724,8
	Belgien	+ 941,3	- 105,0	- 4,1	- 273,3	+ 858,9
1972 1. Vj.	Bundesrepublik Deutschland	+ 2 235,1	- 1 943,6	- 277,2	- 37,2	- 22,9
	Frankreich	+ 86,4	+ 255,7	- 54,0	+ 284,5	+ 572,6
	Italien	- 121,3	+ 23,3	- 24,6	+ 549,2	+ 426,6
	Niederlande	+ 304,2	- 41,7	- 7,1	- 14,7	+ 238,7
	Belgien	+ 80,2	- 90,4 ^{b)}	+ 4,1	+ 34,9	+ 28,8
1972 2. Vj.	Bundesrepublik Deutschland	+ 2 312,3	+ 34,3	+ 17,1	- 657,4	+ 1 706,3
	Frankreich	+ 465,5	+ 356,5	+ 1,8	- 502,3	+ 321,5
	Italien	- 175,7 ^{b)}	+ 971,9 ^{c)}	- 41,3	- 526,6 ^{c) d)}	+ 228,3
	Niederlande	+ 352,7	- 9,7	- 26,1	- 243,0	+ 73,9
	Belgien	+ 822,1 ^{a)}	+ 363,8 ^{a) c)}	- 4,1	- 406,9	+ 774,9

¹⁾ Berechnet aus den Bilanzen der Zentralbanken der betreffenden Länder.

^{a)} Ohne Geldmarkttransaktionen über den Fonds des Renten.

^{b)} Ohne Geldexport der Banken.

^{c)} Vorläufige Ergebnisse.

^{d)} Ohne Münzumlauf.

marktmäßigen Bestimmungsgründe der Bankenliquidität darauf hin, daß im ersten Halbjahr 1972 der Umfang liquider Mittel der Banken im EWG-Bereich weiter zugenommen hat.

Nach der Jahresmitte hat sich das Bild jedoch gewandelt. Die Lage an den Devisenmärkten beruhigte

sich. Der Zufluß liquider Mittel aus dem Auslandsgeschäft der Zentralbanken verringerte sich, er wurde durch den kontraktiven Einfluß der übrigen marktmäßigen Bestimmungsfaktoren nahezu ausgeglichen.

116. Die Zunahme der Bankenliquidität im ersten Halbjahr 1972 trug vor allem an den Geldmärkten zu Zinssenkungen bei (Schaubild 7). Die nach unten gerichtete Zinstendenz wurde durch Diskontsenkungen unterstützt. In den Sommermonaten kam allerdings die Abwärtsbewegung der Zinsen an den Geldmärkten der Mitgliedsländer zum Stillstand.

Ähnlich verlief die Entwicklung der Sollzinsen. Lediglich in Italien sanken die Zinsen auch noch nach der Jahresmitte. Dies entsprach der Absicht der italienischen Zentralbank, die Belebung der Nachfrage durch monetäre Erleichterungen zu unterstützen.

An den Kapitalmärkten in der EWG blieben die Zinssätze fast unverändert. Die mäßige Abwärtsbewegung der Kapitalmarktrendite zu Anfang des Jahres wurde im zweiten Vierteljahr unterbrochen. Seit dem Sommer sinken die langfristigen Zinsen wieder leicht, vor allem in Frankreich und in Italien (Schaubild 7).

In jüngster Zeit scheinen die kurzfristigen Zinsen wieder anzuziehen. Dem kommt entgegen, daß das amerikanische Zinsniveau seit Sommer 1972 ansteigt. Aber auch die Beruhigung an den Devisenmärkten hat den europäischen Währungsbehörden von der außenwirtschaftlichen Seite mehr Handlungsspielraum verschafft, den sie zur Dämpfung des Preisauftriebs nutzen können.

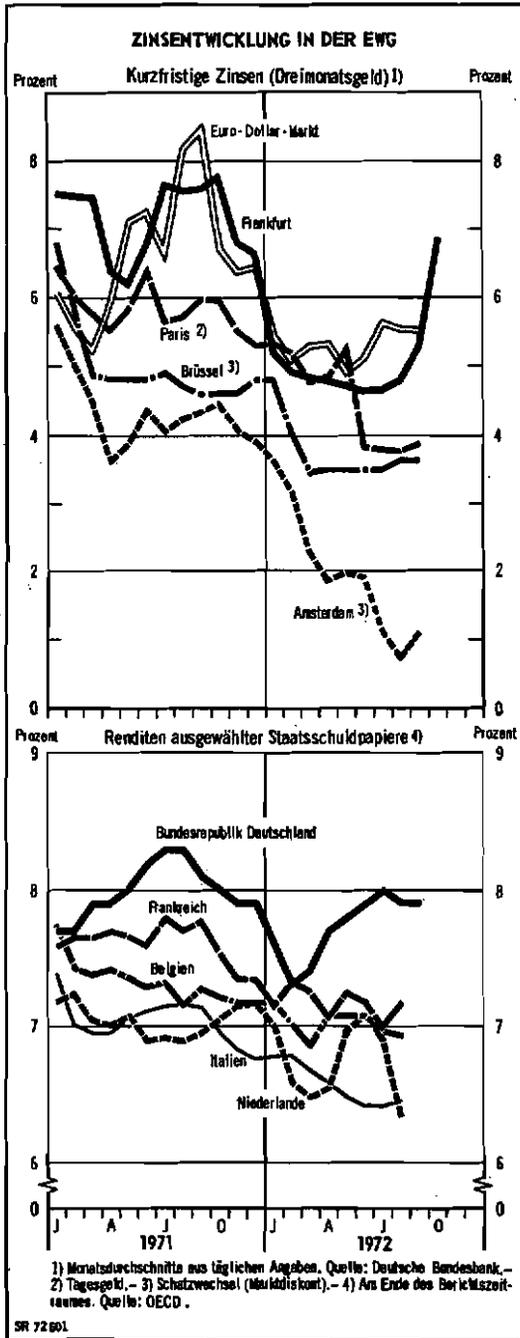
117. Die Rate der monetären Expansion in den EWG-Ländern war in diesem Jahr, wie auch schon im vergangenen, außerordentlich hoch. Die Banken gewährten im ersten Halbjahr 1972 — je nach Land — um 15 vH bis 20 vH mehr kurzfristige Kredite als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; die Zuwachsraten des Geldvolumens lagen in der gleichen Größenordnung. Eine ähnlich kräftige Ausweitung der Geld- und Kreditbestände war im vergangenen Jahrzehnt lediglich in den Jahren 1962 und 1963 zu verzeichnen gewesen.

IV. Expansive öffentliche Haushalte

118. Die öffentlichen Haushalte der Gemeinschaftsländer wirkten 1972, wie die bisher verfügbaren Daten erkennen lassen, insgesamt gesehen expansiv. Überall war im vergangenen Herbst mit einer Konjunkturabschwächung gerechnet worden. Die Finanzpolitik hatte sich bei ihren Planungen darauf eingerichtet, ausfallende private Nachfrage durch öffentliche Nachfrage zu ersetzen. Als der Konjunkturrückschlag ausblieb, wurden die Ausgabenpläne jedoch nicht entsprechend angepaßt.

119. Lediglich in den Niederlanden scheint die Finanzpolitik den konjunkturpolitischen Erfordernis-

Schaubild 7



sen des Jahres 1972 besser Rechnung getragen zu haben. Geplante Steuersenkungen wurden auf das kommende Jahr verschoben. Die Steuereinnahmen dürften deshalb wesentlich stärker als das Sozialprodukt und auch stärker als die Staatsausgaben gestiegen sein; den expansiven Effekten der Ausgabenseite standen höhere Entzugseffekte der Einnahmenseite gegenüber.

In Italien entsprach die expansive Haushaltspolitik wohl den konjunkturellen Gegebenheiten: einer beträchtlichen Unterauslastung der Sachkapazitäten und zunehmender Arbeitslosigkeit. Der beschleunigte Preisauftrieb im Laufe des Jahres 1972 mußte freilich eine Fortsetzung dieser Politik bedenklich erscheinen lassen.

120. Die expansiven Effekte der öffentlichen Haushalte beruhten vorwiegend auf der Ausgabenentwicklung. Zumeist dürften die Staatsausgaben im Jahre 1972, einem Jahr des beginnenden Aufschwungs, stärker zugenommen haben als 1971 (Tabelle 18). Insbesondere gilt dies für Belgien, wo die Ausgaben im ersten Halbjahr 1972 um über 20 vH höher waren als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch in Frankreich und Italien ergaben sich im ersten Halbjahr 1972 gegenüber dem gleichen

Vorjahreszeitraum wesentlich höhere Zuwachsraten für die öffentlichen Ausgaben.

121. Die öffentlichen Einnahmen sind im ersten Halbjahr 1972 in allen Gemeinschaftsländern (mit Ausnahme der Niederlande) weniger oder allenfalls so stark gestiegen wie die öffentlichen Ausgaben. Dies gilt wohl auch für das ganze Jahr 1972, werden die inzwischen angekündigten und verwirklichten finanzpolitischen Entscheidungen berücksichtigt. Der Finanzierungssaldo dürfte 1972 in fast allen EWG-Ländern merklich größer sein als im vergangenen Jahr.

Angesichts dieser unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten unbefriedigenden Einnahmenentwicklung muß es überraschen, daß im Laufe des Jahres 1972 in keinem EWG-Land nennenswerte Steuererhöhungen vorgenommen wurden. Im Gegenteil, 1972 kam es zu nicht unbedeutenden Steuersenkungen und Rückzahlungen: In Belgien wurde die Exportsteuer abgeschafft und die Investitionsteuer gesenkt, in Italien wurden Investitionen von der Umsatzsteuer befreit, in Deutschland wurde der Konjunkturzuschlag zurückgezahlt. Zum Teil waren diese Maßnahmen allerdings bereits früher beschlossen worden.

Tabelle 18

Der Staatshaushalt in ausgewählten EWG-Ländern ¹⁾
Mrd. ... in Landeswährung

Zeitraum	Frankreich		Italien		Niederlande		Belgien	
	Französische Franc	Veränderung in vH ²⁾	Italienische Lira	Veränderung in vH ²⁾	Holländische Gulden	Veränderung in vH ²⁾	Belgische Franc	Veränderung in vH ²⁾
Ausgaben								
1971 Jan bis Mär	40,0	.	3 494	- 3,5	7,969	+ 18,5	93,2	+ 13,4
Jan bis Jun	81,6	.	7 055	+ 10,9	17,051	+ 21,2	186,2	+ 14,2
Jan bis Sep	121,1	+ 8,8	10 611	+ 14,8	24,979	+ 17,1	272,7	+ 12,7
Jan bis Dez	164,9	+ 9,6	15 353	+ 15,3	35,326	+ 18,8	365,4	+ 10,2
1972 Jan bis Mär	43,2	+ 8,0	3 705	+ 6,0	9,334	+ 17,1	112,1	+ 20,3
Jan bis Jun	92,6	+ 13,5	6 458 ³⁾	+ 14,5	19,443	+ 14,0	223,9	+ 20,2
Einnahmen								
1971 Jan bis Mär	43,9	.	2 862	+ 2,3	6,894	+ 15,9	76,8	+ 7,9
Jan bis Jun	91,7	.	5 853	+ 6,0	13,616	+ 16,4	148,8	+ 8,0
Jan bis Sep	130,4	+ 5,1	8 715	+ 7,5	22,509	+ 15,9	240,0	+ 9,1
Jan bis Dez	174,6	+ 6,0	12 131	+ 10,2	33,661	+ 18,2	326,1	+ 8,7
1972 Jan bis Mär	50,4	+ 14,8	3 302	+ 15,4	8,533	+ 23,8	81,1	+ 5,6
Jan bis Jun	105,1	+ 14,6	5 345 ³⁾	+ 14,1	16,724	+ 22,8	159,9	+ 7,5

¹⁾ Vorläufige Ist-Ergebnisse; ohne Kredite und Vorschüsse.

²⁾ Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

³⁾ Januar bis Mai.

Quellen: IWF; Banque de France; Banque Nationale de Belgique

TEIL B

Die Binnenkonjunktur 1972

122. Wie in den anderen Ländern der europäischen Gemeinschaft haben die Expansionskräfte auch in der Bundesrepublik 1972 wieder die Oberhand gewonnen (Schaubild 8). Während noch in den Herbstmonaten 1971 ein kumulativer Abschwung nicht auszuschließen war, trat um die Jahreswende 1971/72 ein deutlicher Wandel im Konjunkturklima ein. Nachfrage und Produktion belebten sich, ohne daß ungenutzte Kapazitäten und Arbeitskraftreserven einem neuen Aufschwung auch nur annähernd soviel Spielraum boten wie im Konjunkturtief 1967.

Zu der frühen Wende wäre es kaum gekommen, wäre nicht die Finanzpolitik seit dem Herbst 1971 expansiver geworden und hätte nicht die Geld- und Kreditpolitik den Restriktionskurs zunehmend gelockert. Nicht ohne Wirkung war wohl auch die Mäßigung, die die Lohnpolitik nach den Arbeitskämpfen Ende 1971 bewies. Hinzu kam, daß mit dem Realignment währungs- und handelspolitische Hemmnisse im Auslandsgeschäft entfielen. Schließlich strahlte auch die rege Bautätigkeit, die das milde Wetter im Winter zuließ, auf Nachfrage und Produktion in anderen Bereichen der Wirtschaft aus. Als im Frühjahr die Witterungseinflüsse entfielen und Nachholeffekte im Zusammenhang mit dem Realignment und mit den Arbeitskämpfen ausklangen, zeigte sich jedoch, daß die eigentlichen konjunkturellen Impulse schwächer waren, als es zunächst den Anschein hatte.

Der Aufschwung gewann im weiteren Jahresverlauf nur zögernd an Kraft; zu neuen Engpässen kam es nicht. Immerhin reichten die Auftriebskräfte aus, um einen Abbau der hohen Preissteigerungen zu verhindern. Gegenwärtig, im Herbst 1972, ist die Konjunkturentwicklung im Inland durch eine verhaltene Expansion bei verstärktem Geldwertschwund gekennzeichnet.

I. Neuer, aber schwacher Aufschwung – anhaltender Geldwertschwund

123. Anders als sonst am Beginn von Aufschwungsphasen sind 1972 von allen Nachfragekomponenten expansive Impulse ausgegangen (Schaubild 9), die allerdings von den hohen Preissteigerungen überzeichnet wurden. Bemerkenswert war vor allem die Belebung der Auslandsnachfrage, die, gefördert durch das Anziehen der Konjunktur in den wichtigsten Partnerländern, Anfang des Jahres einsetzte (Ziffern 126 ff.). Unter den inländischen Komponenten gehörten die Nachfrage der privaten Haushalte, aber auch der Staatsverbrauch, nach wie vor zu den wichtigsten Auftriebskräften (Ziffern 130 ff.

und 258 ff.). Die Expansion der Wohnungsbaunachfrage hielt an; hinzu kamen 1972 steigende Aufträge öffentlicher Bauherren, nachdem diese ihre konjunkturpolitisch bedingte Zurückhaltung weitgehend aufgegeben hatten (Ziffern 135 ff.). Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern, die 1971 deutlich zurückgegangen war, erhöhte sich 1972 zwar ebenfalls wieder; doch blieb sie bei gedämpften Gewinnerwartungen verhaltener als in früheren Aufschwungsphasen (Ziffern 139 ff.). Nicht zuletzt deshalb blieb der Aufschwung im Ganzen noch schwach. Die Läger wurden 1972 mehr als im Vorjahr aufgestockt (Ziffern 144 ff.).

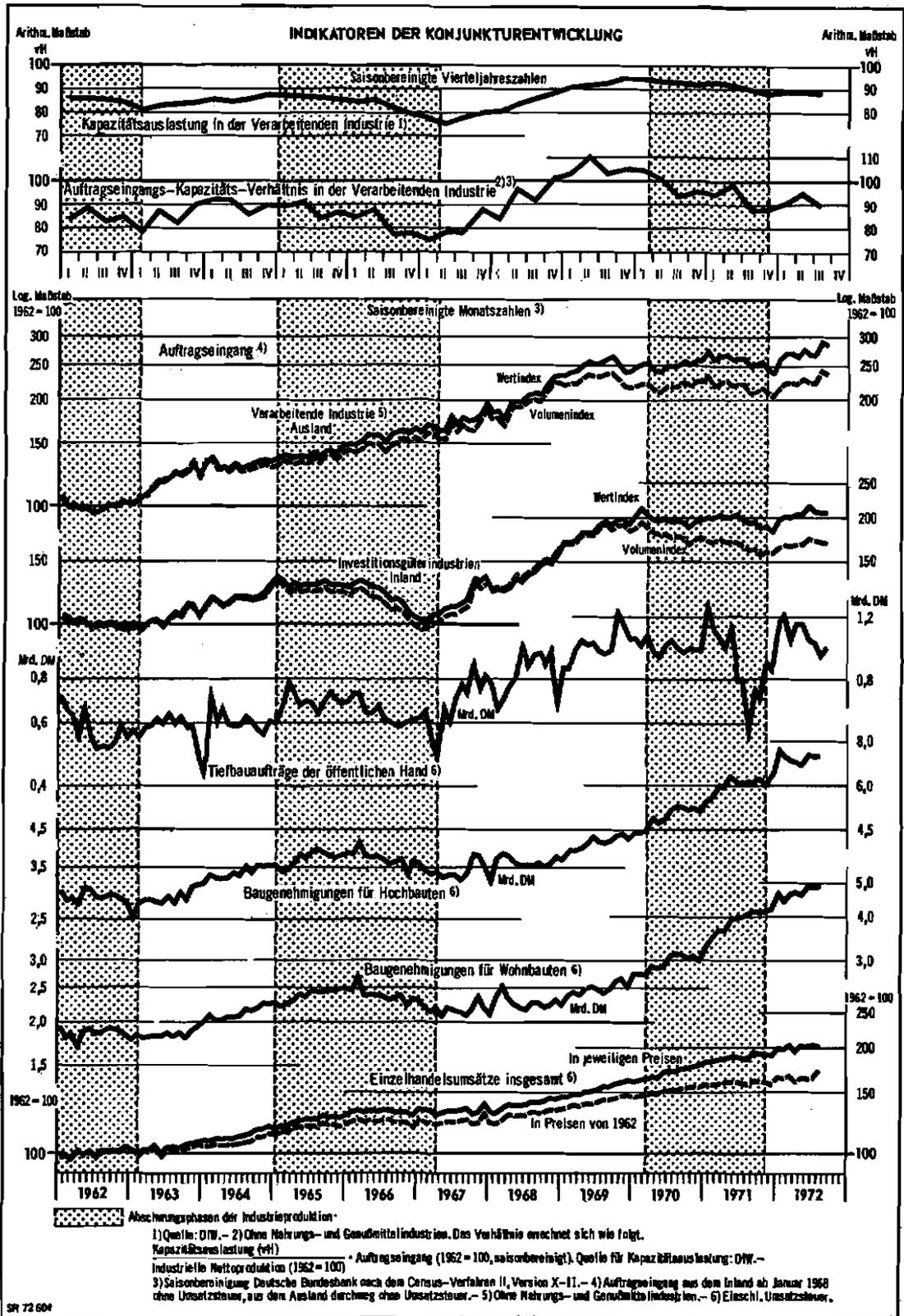
124. Vom Produktionspotential war 1972 ein wesentlich geringerer Teil unausgenutzt als zu Beginn der vorausgegangenen Zyklen (Ziffer 151). In der Industrie, in der die Konjunkturschwankungen stets am deutlichsten ausgeprägt sind, hatte der Abschwung den Auslastungsgrad der Sachanlagen nicht einmal unter den Stand des Hochkonjunkturjahres 1965 sinken lassen. Da die Produktion allenthalben jedoch nicht schneller als die Kapazitäten zunahm, traten neue Engpässe vorerst nicht auf (Ziffer 153). Auch die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften blieb bei insgesamt hohem Beschäftigungsstand 1972 noch zurückhaltend (Ziffern 155 ff.).

125. In der Lohnpolitik war 1972, verglichen mit den vorangegangenen Jahren, eine deutliche Mäßigung erkennbar, die allerdings schon im Verlauf des Jahres nachließ (Ziffern 161 ff.). Die Lohnkosten je Produkteinheit – sie waren sonst in der Anfangsphase des Aufschwungs noch gesunken – stiegen seit dem Frühjahr wieder, nachdem sie zuvor ein Dreivierteljahr lang auf hohem Niveau stagniert hatten. Die Unternehmen nutzten die Nachfragebelebung, ihre gedrückten Gewinnspannen über die Preise zu erhöhen. So setzte auf der industriellen Erzeugerstufe der Preisaufrtrieb aufs neue ein, nachdem er sich in der zweiten Jahreshälfte 1971 abgeschwächt hatte (Ziffern 184 ff.). Auf der Verbraucherstufe war der Geldwertschwund sogar noch höher als im Vorjahr (Ziffern 191 ff.).

Wieder verstärkte Auslandsaufträge

126. Die Auslandsnachfrage, auch die aus den Partnerländern in der europäischen Gemeinschaft, hat 1972 wesentlich zum Konjunkturumschwung beigetragen. Verglichen mit dem Beginn früherer Aufschwungsphasen ist dies zwar durchaus nicht ungewöhnlich; auch damals gingen jeweils wichtige Expansionseinflüsse von den Auslandsaufträgen aus.

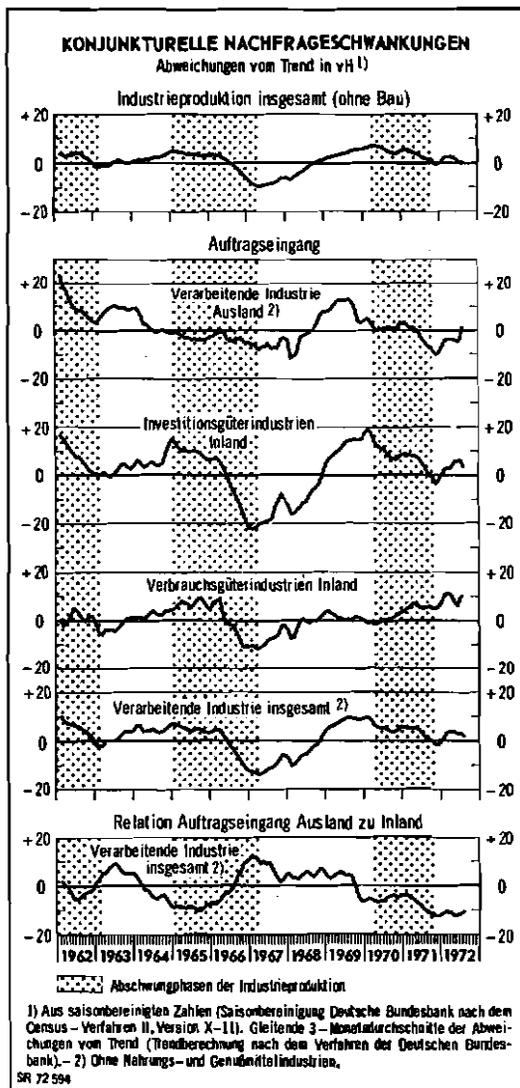
Schaubild 8



Früher waren jedoch im Abschwung erhebliche Preis- und Kostendisparitäten zum Ausland entstanden, die den deutschen Anbietern eine Ausweitung ihres Exportgeschäfts erleichtert hatten; diesmal schienen solche Wettbewerbsvorteile kaum gegeben. Die Aufwertung der D-Mark 1969, der starke Kostenanstieg während des Booms und die neuerliche Höherbewertung der D-Mark nach der Wechselkursfreigabe im Mai 1971 hatten deutsche Waren auf den Auslandsmärkten erheblich verteuert (Ziffer 203). Der Rückgang der Auslandsnachfrage im zweiten Halbjahr 1971 wurde vielfach schon als Beweis dafür angesehen, daß aus dem Vorsprung sogar ein Rückstand geworden sei. Die Zunahme der Auslandsbestellungen nach der Jahreswende 1971/72 mußte so gesehen überraschen.

127. Im ersten Vierteljahr 1972 gingen bei der verarbeitenden Industrie wieder ebenso hohe Aufträge aus dem Ausland ein wie vor der Wechselkursfreigabe im Frühjahr 1971. War die Wettbewerbsposition der Exporteure in den Herbstmonaten 1971 in zu ungünstigem Licht erschienen, stellte sie sich nun aber eher zu günstig dar. Zwar konnten die Unternehmen ihre Ausführpreise, die sie in der zweiten Jahreshälfte 1971 unter dem Druck der Höherbewertung der D-Mark überwiegend stabil gehalten hatten, seit Anfang 1972 wieder spürbar erhöhen (Ziffer 201); der Nachfrageanstieg setzte sich jedoch vom zweiten Vierteljahr an nur mit mäßigem Tempo fort. Erst zum Herbst hin zeichnete sich wieder eine stärkere Zunahme der Bestellungen ab. Insgesamt war der Auftragseingang aus dem Ausland in den ersten neun Monaten 1972 nur um knapp 4 vH höher als ein Jahr zuvor.

Schaubild 9



128. Ein gut Teil des Orderschubs zu Beginn des Jahres war sicherlich nicht durch konjunkturelle Einflüsse, sondern durch Nachholeffekte bestimmt. Die Neuordnung der Wechselkurse Ende 1971 hatte die durch handels- und devisenpolitische Interventionen vieler Länder erzeugte Unsicherheit im Außenhandel größtenteils beseitigt. Aufträge, die damals, wie sich zeigte, lediglich aufgeschoben worden waren, wurden nun trotz der Verteuerung deutscher Produkte zügig erteilt. Dabei kamen den Exporteuren die anhaltenden Preissteigerungen im Ausland entgegen. Belebend dürfte auf die Auslandsnachfrage auch gewirkt haben, daß die Vereinigten Staaten mit dem Realignment die zusätzliche Einfuhrabgabe und die steuerliche Diskriminierung ausländischer Anlagegüter aufgehoben hatten; die expansiven Impulse des amerikanischen Konjunkturaufschwungs konnten sich damit stärker als vorher durchsetzen.

Im Frühjahr, als die Nachholwirkungen abklangen, wurden die Einflüsse besser erkennbar, die von der konjunkturellen Erholung im Ausland — einschließlich unserer europäischen Partnerländer — ausgingen. Sie waren schwächer, als es zunächst den Anschein gehabt hatte, doch verstärkten sie sich im weiteren Verlauf des Jahres.

129. Besonders deutlich schlug sich das Anziehen der Auslandskonjunktur in den Bestellungen von Vorprodukten nieder, nicht zuletzt weil die ausländischen Abnehmer mit Preisanhebungen der Produzenten rechneten und deshalb ihre Läger vorsorglich erhöhten. Verhaltener war dagegen die Zunahme der Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern. Zwar konnten die Hersteller von Ausrüstungen, die von den währungspolitischen Unsicherheiten im Vorjahr wegen der langen Zahlungsziele im Anlagengeschäft am meisten betroffen worden waren, Anfang des Jahres mehr Nachholaufträge als andere Exporteure buchen; in der Folgezeit nahmen die Bestellungen aber nur zögernd zu. In den Verbrauchsgüterindustrien setzte sich 1972 der Anstieg der Auslandsaufträge, die während des Floating 1971 stagniert hatten, mit der lebhaften Verbraucherkonjunktur im Ausland fort.

Anhaltend hohe Verbrauchsnachfrage

130. Unter den inländischen Nachfragekomponenten hat der private Verbrauch, der im allgemeinen der Konjunkturentwicklung mit Verzögerung folgt, diesmal nicht nur den Abschwung gemildert; vielmehr gehörte er 1972, anders als in früheren Zyklen, zu den tragenden Kräften des Aufschwungs. Nur vorübergehend hatte im Herbst 1971 die Verlangsamung des Lohnanstiegs und wohl auch die aufkommende Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze die Ausgabenexpansion der privaten Haushalte gedämpft. Nach der Jahreswende 1971/72 beschleunigte sich diese wieder. Dabei wurden, wie es scheint, nicht nur Käufe nachgeholt, sondern auch vorgezogen. Vom Frühjahr bis in den Sommer hinein nahm die Nachfrage jedenfalls etwas langsamer zu; in der zweiten Jahreshälfte verstärkte sich ihr Anstieg jedoch erneut.

131. Ausschlaggebend für die lebhafte Verbrauchsnachfrage war die Entwicklung der Lohn- und Renteneinkommen, die zusammen etwa drei Viertel des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte ausmachen. Obwohl die Lohnsatzsteigerungen mit 6 vH bis 8 vH nicht so hoch wie im Vorjahr ausfielen und der Beschäftigungsgrad im ersten Halbjahr noch leicht sank, nahmen die verfügbaren Arbeitseinkommen wieder verstärkt zu. Dies lag zunächst vor allem daran, daß Anfang 1972 für mehr Arbeitnehmer als sonst Lohn erhöhungen wirksam wurden (Ziffer 167). Zu einem neuen Einkommenschub kam es dann, als im Sommer der Konjunkturzuschlag freigegeben wurde. Seine Rückzahlung vermehrte die verfügbaren Lohneinkommen um 3 1/2 Mrd. DM, das verfügbare Einkommen insgesamt um annähernd 5 Mrd. DM. Auch die Renteneinkommen stiegen 1972 beschleunigt, zum einen weil der Anpassungssatz höher war als im Vorjahr, zum anderen weil den Rentnern im Frühjahr Krankenkassenbeiträge erstattet wurden; im Herbst kam die vorgezogene Rentenanpassung hinzu (Ziffer 182).

132. Der Erfahrung entsprechend, daß mit steigendem Einkommen die Nachfrage nach Gütern des gehobenen Bedarfs überproportional zunimmt, haben die Haushalte auch 1972 die Käufe von langlebigen Gebrauchsgütern nochmals kräftig erhöht. Nach den Umsätzen des Einzelhandels zu urteilen, standen elektrotechnische und optische Erzeugnisse sowie Hausrat und Wohnbedarf nach wie vor besonders hoch in der Gunst der Verbraucher. Die Nachfragesteigerung bei Möbeln und sonstigen Einrichtungsgütern dürfte dabei vor allem vom ungebrochenen Boom im Wohnungsbau herrühren. Die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, die im Herbst 1971 erheblich zurückgegangen war, zog 1972 zwar ebenfalls an; doch wurden die Zulassungszahlen des entsprechenden Vorjahreszeitraumes bislang nicht ganz erreicht.

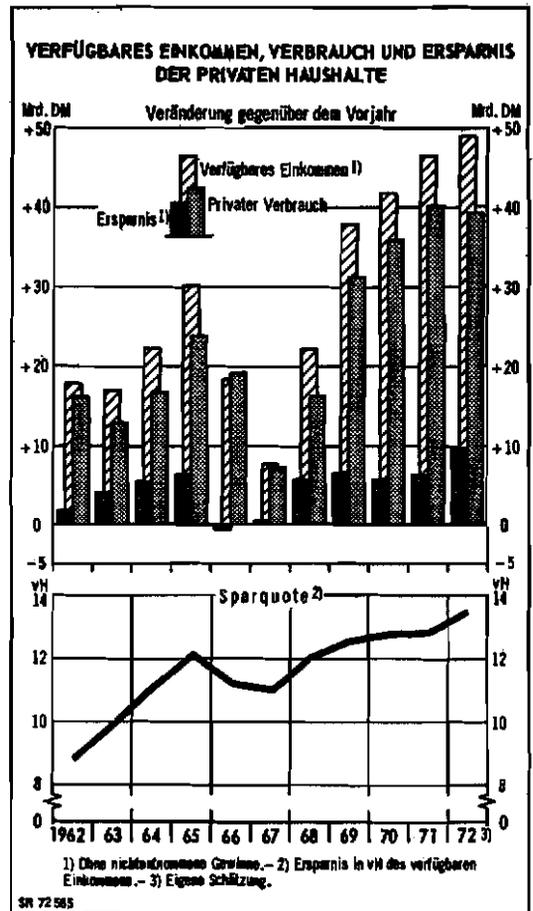
133. Die privaten Haushalte konnten auch 1972 die Verbrauchsnachfrage zügig ausdehnen, ohne das Sparen einschränken zu müssen. Im Gegenteil: im ersten Halbjahr 1972 war die Sparquote, also der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen,

mit 12,6 vH um ein Fünftel höher als ein Jahr zuvor. Auf's ganze Jahr gesehen dürfte sie schätzungsweise 13 1/2 vH betragen und damit trotz des anhaltenden Geldwertschwunds das hohe Niveau der drei vorangegangenen Jahre deutlich übertreffen (Schaubild 10).

134. Zu einer so starken Zunahme der Sparquote wäre es ohne die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags nicht gekommen. Denn erfahrungsgemäß passen die Haushalte ihre Ausgaben kurzfristigen Einkommensschwankungen nicht voll an, so daß sie von der Steuererstattung einen überdurchschnittlich hohen Teil gespart haben dürften, zumal ihnen diese jeweils in einem einzigen Betrag und nicht in Raten zufließt. Außerdem kam die Rückzahlung des Zuschlags gerade jenen Haushalten zugute, deren Sparneigung ohnehin vergleichsweise groß ist; denn die Bezieher von niedrigen Einkommen waren von seiner Erhebung ausgenommen worden. Dieser Struktureffekt trug wohl ebenfalls zum Anstieg der Sparquote bei.

Neben den kurzfristig geltenden Einflüssen ist zu beachten, daß mit anhaltender Einkommensexpan-

Schaubild 10



sion wegen der zunehmenden Sparfähigkeit der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen auch im Trend steigt. Das Vordringen der Nachfrage nach hochwertigen Gebrauchsgütern wirkt wegen des Ansparens ebenfalls auf einen Anstieg der Sparquote hin.

Baukonjunktur im Zeichen des Wohnungsbaus

135. Verstärkte expansive Impulse sind 1972, insbesondere zum Jahresbeginn, von der Baunachfrage ausgegangen. Private, vor allem aber öffentliche Bauherren weiteten ihre Nachfrage um die Jahreswende 1971/72 sprunghaft aus. Zum Teil geschah dies allerdings, wie sich in den folgenden Monaten zeigte, im Vorgriff auf Bauten, die erst für später geplant waren und die der milden Witterung wegen vorzeitig in Angriff genommen wurden. So ging die Nachfrage im weiteren Verlauf des Jahres in einigen Bereichen zeitweilig wieder etwas zurück, in anderen fiel ihr Anstieg geringer aus als im ersten Vierteljahr; insgesamt blieb sie aber lebhaft.

136. Getragen wurde die Baukonjunktur auch 1972 von der anhaltenden Expansion der Wohnungsbaufrage. Obwohl die Baugenehmigungen, an denen wir die Nachfrage messen, im Sommerhalbjahr nicht mehr so rasch wie zum Jahresbeginn zunahmen, lagen sie in den ersten neun Monaten 1972 dem umbauten Raume nach um 10 $\frac{1}{2}$ vH über dem hohen Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Da weniger Wohnbauten fertiggestellt als genehmigt wurden, ist der Bauüberhang 1972 weiter gestiegen. Im Herbst war er mit über einer Million Wohnungen — das entsprach dem Bauvolumen von mindestens 1 $\frac{1}{2}$ Jahren — höher als je zuvor.

Mit der anhaltenden Einkommensexpansion allein ist der Boom im Wohnungsbau nicht zu erklären. Vielmehr hat das Bestreben, angesichts des fortwährenden Geldwertschwunds mit Wohnungseigentum sicheres und zudem steuerbegünstigtes Sachvermögen zu erwerben, wohl eine zunehmende Rolle gespielt. Der Entschluß zu bauen mag auch dadurch gefördert worden sein, daß die von Bausparkassen zugewiesenen und zugesagten zinsgünstigen Finanzierungsmittel gegenüber dem Vorjahr nochmals kräftig zunahmen, von Januar bis September 1972 insgesamt um 36 vH.

137. Zu einem ausgeprägten Umschwung war es Ende 1971 in der Baunachfrage der öffentlichen Hand gekommen. Der bis dahin von finanzpolitischen Restriktionen erzwungene Rückgang der Auftragsvergabe wurde in den Wintermonaten 1971/72 von einem steilen Anstieg abgelöst. Danach nahm die Nachfrage zwar langsamer zu, doch immerhin so rasch, daß der Bestand an öffentlichen Aufträgen bei den Bauunternehmen, der im Vorjahr stark gesunken war, allmählich wieder stieg. Am kräftigsten erhöhte sich die Nachfrage zunächst im Tiefbau, nachdem vor allem der Bund, der sich aus konjunkturpolitischen Gründen am meisten zurückgehalten hatte, seine Auftragsvergabe wieder zügig erhöhte.

Insgesamt erteilte die öffentliche Hand dem Tiefbau im ersten Halbjahr 1972 — von der üblichen Nachfrageveränderung in dieser Jahreszeit abgesehen — rund 50 vH mehr Aufträge als im Halbjahr davor. Zu einem weiteren Anstieg kam es danach allerdings nicht mehr. Die Auftragsbestände, die von einem sehr niedrigen Niveau aus bis zur Jahresmitte rasch gestiegen waren, blieben kleiner als im langjährigen Durchschnitt. Weniger spektakulär war die Nachfragesteigerung zum Jahresbeginn im öffentlichen Hochbau, sie hielt jedoch das Jahr über an. Dies dürfte insbesondere daran gelegen haben, daß die Gemeinden, denen in diesem Bereich als Bauherren das weitaus größte Gewicht zukommt, ihre Bauvorhaben stetig ausweiten konnten, zum einen weil sie von den Vergabebeschränkungen 1971 am wenigsten betroffen waren, zum anderen weil ihre Einnahmen 1972 besonders reichlich flossen.

138. In der Nachfrage nach gewerblichen Bauten, die zuvor mehr als ein Jahr lang dem Wert nach stagniert hatte und dem Volumen nach zurückgegangen war, schien sich um die Jahreswende 1971/72 ebenfalls eine kräftige Belebung anzubahnen. Im ersten Vierteljahr 1972 waren die wertmäßigen Genehmigungen — saisonbereinigt — um mehr als ein Drittel höher als ein halbes Jahr zuvor. Dem folgte im Frühjahr jedoch ein ebenso starker Rückgang. Auch wenn sich nach der Jahresmitte allmählich wieder ein Anstieg ergab, erreichten die Genehmigungen für Wirtschaftsgebäude bis zum Herbst den Umfang vom Jahresanfang nicht mehr; das Vorjahresniveau übertrafen sie von Januar bis September 1972 dem Werte nach zwar um 16 vH, dem umbauten Raume nach unterschritten sie es jedoch um 3 vH. Dies macht deutlich, daß die Unternehmen Kapazitätserweiterungen, um die es sich bei Baumaßnahmen meist handelt, noch keineswegs für vordringlich hielten. Eine Ausnahme bildete der Einzelhandel, der — dem Ifo-Investitionstest zufolge — mit der anhaltenden Expansion der Verbrauchsnachfrage seine Bauaufträge erheblich ausdehnte.

Allmähliche Belebung der Investitionsneigung

139. Hatte in früheren Zyklen die Belebung der Investitionsneigung den Konjunkturumschwung wesentlich mitbestimmt, so war es 1972 eher der Konjunkturumschwung, der die Investitionsneigung anregte. Die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien zogen nach dem Jahreswechsel deutlich an; nur zwei Monate vorher hatten viele Unternehmen noch die Absicht bekundet, 1972 erheblich weniger als 1971 zu investieren. Daß dabei nicht nur Aufträge nachgeholt wurden, die während der Arbeitskämpfe in der Metallindustrie Ende 1971 ausgefallen waren, sondern daß sich die Investitionsneigung auch konjunkturell belebte, zeigte sich, als der Nachfrageanstieg im Frühjahr anhielt. Allerdings ging er überwiegend von Investoren in wenig konjunkturrempfindlichen oder in verbrauchsnahen Bereichen aus, während sich die Unternehmen in den sonst stärker konjunkturreagiblen Bereichen noch zurückhielten. Im Frühsommer erreichte der inlän-

dische Auftragseingang bei den Investitionsgüterindustrien dem Volumen nach erstmals wieder sein Vorjahresniveau; im Herbst 1972 übertraf er es um 1 vH, dem Werte nach um 4 vH.

140. Auch 1972 zeigte sich, daß die Bereitschaft der Unternehmen, die vorhandenen Produktionsanlagen zu erweitern und zu verbessern, vor allem von der erwarteten Auslastung der Anlagen und von der Entwicklung der Gewinne, der künftigen mehr noch als der aktuellen, bestimmt wird. Die Gewinne sind dabei insbesondere als Maßstab für die Rentabilität, aber auch — neben sonstigen Eigenmitteln und neben Krediten — als Quelle der Investitionsfinanzierung bedeutsam.

Die Bedingungen für eine Belebung der Investitionsneigung waren Anfang 1972 nicht ungünstig. Die Kapazitätsauslastung, die im Boom außerordentlich hoch gewesen war, hatte sich während des Abschwungs zwar verringert; große Kapazitätsreserven waren jedoch nicht entstanden. Um die Jahreswende 1971/72 kündigte dann der Order-Capacity-Index, der die Nachfrage an den vorhandenen Produktionsmöglichkeiten mißt, bereits wieder eine Zunahme des Auslastungsgrades an (Schaubild 8). Da außerdem der Kostendruck zunächst nicht mehr stieg und die veränderte Marktlage erneute Preissteigerungen erlaubte, begannen auch die Gewinne zuzunehmen. Allerdings blieben die Gewinnerwartungen gedämpft. Gerade dies dürfte auch erklären, warum sich die Investitionsneigung im Verlauf des Jahres weniger erhöhte als am Beginn früherer Aufschwungsphasen. Von der Fremdfinanzierung jedenfalls stand einer stärkeren Ausweitung der Investitionsgüternachfrage kaum etwas im Wege.

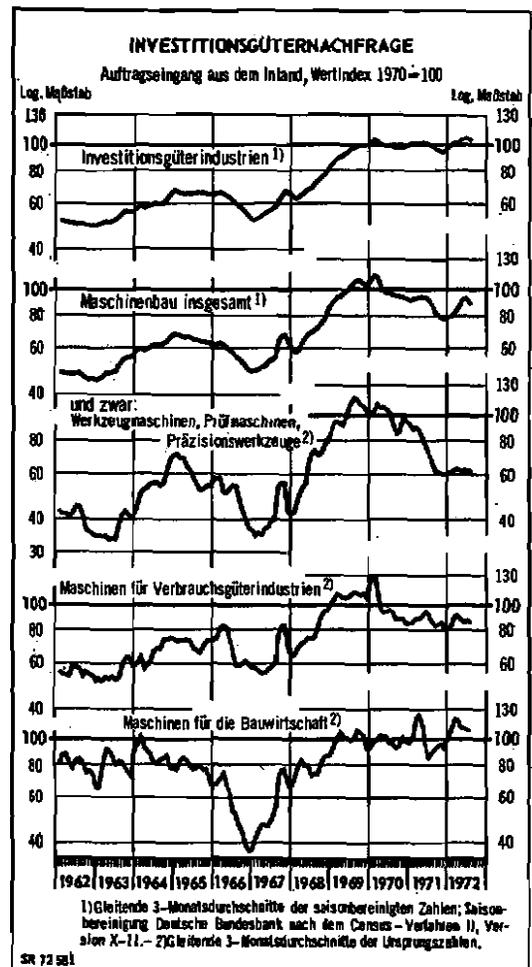
141. In der ersten Phase des Aufschwungs investieren die Unternehmen erfahrungsgemäß noch vornehmlich mit dem Ziel, ihre Produktion zu rationalisieren und damit dem noch bestehenden Kostendruck zu begegnen; Kapazitätserweiterungen gewinnen dagegen erst später an Bedeutung. So verhielt es sich — nach dem Ifo-Investitionstest zu schließen — auch 1972. Jedoch war der Anteil jener Investoren, die als Hauptziel ihrer Investitionspläne den Ausbau vorhandener Anlagen nannten, diesmal wegen der hohen Kapazitätsauslastung größer als in vergleichbaren früheren Jahren.

142. Kennzeichnend für die Zunahme der Investitionsneigung war der Anstieg der Bestellungen beim Maschinenbau, in denen sich ein Wandel der Unternehmererwartungen stets deutlicher spiegelt als in den Inlandsaufträgen bei den Investitionsgüterindustrien insgesamt. Als erste hatte die Bauwirtschaft, die sich zunächst der kräftigsten Nachfragesteigerung gegenüber sah, schon Ende 1971 begonnen, wieder mehr Maschinen zu bestellen (Schaubild 11). Nach der Jahreswende erhöhten dann die Verbrauchsgüterhersteller ihre Aufträge an den Maschinenbau. Im Frühjahr 1972 griff schließlich die Belebung der Investitionsneigung auch auf die Investitionsgüterhersteller selbst über; allerdings gaben gerade sie

— wie die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen, den für diese Produzenten typischen Ausrüstungsgütern, zeigt — ihre Zurückhaltung nur sehr zögernd auf.

143. Nicht nur die Bestellungen, sondern auch die Lieferungen von Investitionsgütern, und damit die tatsächlichen Investitionen, sind 1972 gestiegen. Bereits nach dem ersten Vierteljahr war erkennbar, daß es kaum zu den im Herbst 1971 allseits erwarteten Investitionseinschränkungen kommen würde: Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen, der im zweiten Halbjahr 1971 eingesetzt hatte, war nach der Jahreswende einem neuen Anstieg gewichen. Obwohl das Investitionsvolumen dann nicht weiter zunahm, war es in der ersten Jahreshälfte 1972 fast ebenso hoch wie ein Jahr zuvor. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen, in konstanten Preisen gerechnet, 1972 das Vorjahresniveau sogar knapp übertreffen (1 vH).

Schaubild 11



Wieder verstärkter Lageraufbau

144. Auch die Vorratsbildung bat 1972 den Konjunkturaufschwung unterstützt. Als deutlich wurde, daß die Nachfragebelebung zu Beginn des Jahres nicht nur vorübergehend war, begannen die Unternehmen, ihre Lager wieder verstärkt aufzufüllen. Insgesamt dürften die Vorratsinvestitionen 1972 um etwa ein Drittel höher als im Vorjahr sein. In den vorangegangenen Zyklen waren sie dagegen in der ersten Phase des Aufschwungs — 1963 und 1967 — noch zurückgegangen (Schaubild 12); daß es 1967 sogar zu einem absoluten Lagerabbau gekommen war, war allerdings auch durch steuerliche Maßnahmen bedingt.

145. Die Lager der Industrie an Vorprodukten, die 1971 nur noch wenig zugenommen hatten, dürften 1972 wieder deutlich aufgestockt worden sein. Dafür spricht, daß die Einfuhr von Rohstoffen, Halbwaren und Fertigwarenvorerzeugnissen seit dem zweiten Vierteljahr wesentlich rascher stieg als die Industrieproduktion. Der Lageraufbau kam aber nicht nur ausländischen Lieferanten zugute. Auch die Inlandsbestellungen bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien erhöhten sich kräftig. So gingen insbesondere bei den Stahl- und Warmwalzwerken, deren Auftragslage sich 1971 stark verschlechtert hatte, in den ersten neun Monaten 1972

dem Volumen nach 8 1/2 vH mehr Aufträge inländischer Unternehmen ein als ein Jahr zuvor.

146. Demgegenüber hat sich die Industrie mit einer Ausweitung ihrer Fertigwarenläger offenbar noch zurückgehalten. Während des Abschwungs hatten die Unternehmen zwar die Produktion frühzeitig der Nachfrageabschwächung angepaßt, so daß sie bei weitem nicht so viel Fertigwaren ungeplant auf Lager nehmen mußten, wie in der Rezession 1966/67; trotz des Nachfrageanstiegs sahen sie aber — dem Ifo-Konjunkturtest zufolge — ihre Bestände im Herbst 1972 überwiegend noch als zu hoch an.

Der Einzelhandel dagegen scheint schon zu Anfang des Jahres die Lagerhaltung verstärkt zu haben. Allerdings hat er dabei offenbar seine Umsatzexpansion überschätzt und deshalb im weiteren Verlauf des Jahres zeitweilig wieder vorsichtiger disponiert. Dafür spricht, daß bis zum Sommer 1972 eine zunehmende Anzahl von Firmen ihre Warenvorräte als überhöht bezeichnete und daß die Inlandsbestellungen bei den Verbrauchsgüterindustrien vorübergehend ins Stocken gerieten. Erst von der Jahresmitte an entsprachen die Lager wieder besser den Vorstellungen des Handels, der nun auch wieder zügiger bei den Verbrauchsgüterindustrien orderte.

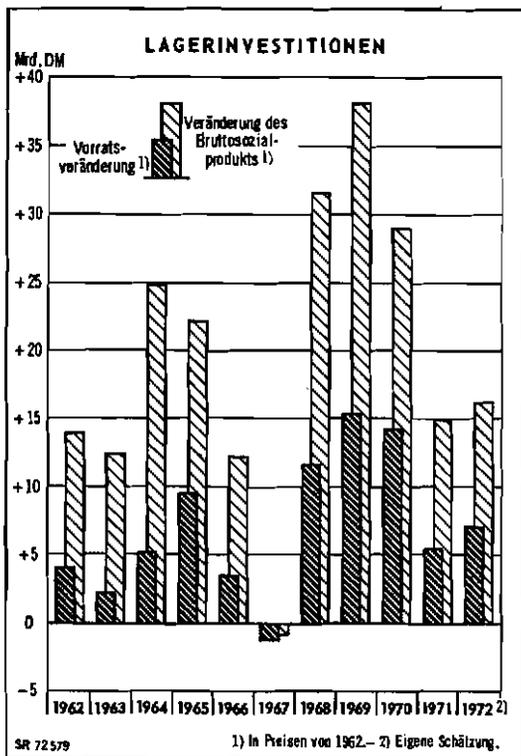
Geringe Kapazitätsreserven

147. Mit der Nachfrage hat sich auch die Produktionstätigkeit im Jahre 1972 wieder belebt. Der Abschwung, dessen Intensität eher mit der konjunkturellen Abschwächung 1962/63 als mit dem Konjunkturreinbruch 1966/67 vergleichbar war, mündete in einen neuen Aufschwung, ohne daß es, von Einzelbereichen abgesehen, zu einer nennenswerten Unterauslastung der Produktionsfaktoren gekommen war. Die Beanspruchung der Sachkapazitäten war nur wenig unter den mittelfristigen Durchschnitt gesunken; auch am Arbeitsmarkt hatte sich die Entspannung in engen Grenzen gehalten. Der neue Aufschwung vollzog sich jedoch ebenfalls in mäßigem Tempo, so daß insgesamt gesehen Angebotsengpässe vorerst ausblieben. Das reale Bruttoinlandsprodukt, das in der zweiten Hälfte 1971 nicht mehr zugenommen hatte, war 1972 um 3 vH höher als im Vorjahr.

148. Die Belebung der Produktionstätigkeit um die Jahreswende ging vom industriellen Bereich aus. Hierfür waren wohl überwiegend Sonderfaktoren maßgebend (Ziffer 122). Als diese im Verlauf des Jahres an Einfluß verloren, stieg die Industrieproduktion nur zögernd weiter. Der Zuwachs des Inlandsprodukts wurde daher mehr und mehr von den weniger konjunkturreakiblen Bereichen getragen, deren wirtschaftliche Aktivität sich vergleichsweise stetig entwickelte.

149. In der Industrie stieg im Verlauf des Jahres 1972 die Erzeugung von Grundstoffen und Produk-

Schaubild 12



tionsgütern am kräftigsten. Beigetragen hat dazu vor allem die eisenschaffende Industrie, die zuvor vom Konjunkturabschwung besonders nachhaltig betroffen war. Mit der Wiederauffüllung der Lager im Handel und bei den industriellen Abnehmern konnte sie die Produktion seit Anfang 1972 rasch ausweiten (Ziffer 145). Auch in den verbrauchs-nahen Industriebereichen wurde die Erzeugung spürbar ausgedehnt. Dagegen hat sich die Produktionstätigkeit in den Investitionsgüterindustrien anders als in den früheren Aufschwungsphasen diesmal nur zögernd belebt; der Produktionsschub nach der Jahreswende erwies sich als ein Reflex auf die streikbedingten Ausfälle in den letzten Monaten des Jahres 1971.

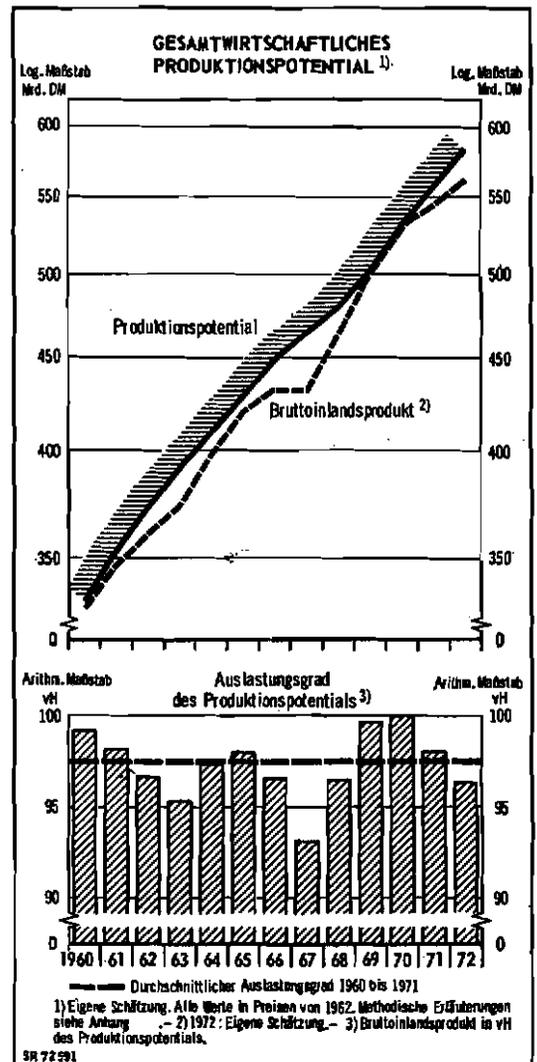
150. Die Bautätigkeit hat 1972 ebenfalls konjunkturell zugenommen. Der besonders starke Produktionsanstieg Anfang des Jahres war allerdings auf die ungewöhnlich milde Witterung zurückzuführen. Im Hochbau hielt die Produktionsausweitung das Jahr über an; im Wohnungsbau verhinderten Kapazitätsengpässe des Ausbaugewerbes sogar, daß noch mehr gebaut wurde: Die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen konnte auch nicht annähernd mit der Anzahl der Baugenehmigungen Schritt halten. Im Tiefbau, der über genügend freie Kapazitäten verfügte, wurde das Bauvolumen zu Jahresbeginn kräftig ausgeweitet, da die öffentlichen Bauherren zunächst vor allem Aufträge für den Tiefbau vergaben (Ziffer 137). Im weiteren Verlauf des Jahres nahm der Tiefbau nicht mehr zu.

151. Das Konjunkturbild wird deutlicher, wenn man der Produktionsentwicklung die Veränderung des Produktionsspielraumes gegenüberstellt. Im Jahre 1972 dürfte nach unseren Schätzungen das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential um knapp 5 vH größer sein als 1971. Wir rechnen also mit einer ebenso hohen Wachstumsrate wie im vergangenen Jahr, denn auch 1972 hat das Investitionsvolumen weiter zugenommen¹⁾. Mäßige Schwankungen in der Zunahme der Investitionen verändern das Wachstum des Produktionspotentials nur geringfügig.

Da das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 1972 um 3 vH, also weniger stark zugenommen hat, als das Produktionspotential gewachsen ist, hat sich der Auslastungsgrad der Anlagen im Jahresdurchschnitt nochmals verringert, und zwar um einhalb Prozentpunkte auf 96 1/2 vH. Gleichwohl war das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential damit immer noch weit stärker beansprucht als nach der Rezession 1967 (93 vH) und auch stärker als nach der konjunkturellen Abschwächung 1963 (95 1/2 vH). Im Durchschnitt der drei vorangegangenen Konjunkturzyklen betrug der Auslastungsgrad 97 1/2 vH (Schaubild 13).

152. Deutlicher als die Veränderungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials spiegeln die kräftigen Schwankungen im Auslastungsgrad der industriellen Sachkapazitäten die Intensität der konjunkturellen Bewegungen. Denn der zyklische Kernprozeß, wie er im Wechsel von Beschleunigung und Verlangsamung der Produktionstätigkeit zum Ausdruck kommt, vollzieht sich vor allem im Bereich der Industrie. Von der Industrie, die rund zwei Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Produktion erstellt, gehen zwar konjunkturelle Impulse auf die anderen Wirtschaftsbereiche aus; die Entwicklung verläuft dort aber weitaus stetiger. Die Schwankungen im Auslastungsgrad sind deshalb in diesen Bereichen und damit auch in der Gesamtwirtschaft gedämpft; der Auslastungsgrad ist im Durchschnitt auch höher

Schaubild 13



¹⁾ Zur Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials vgl. die methodischen Erläuterungen im Anhang VII.

als im industriellen Bereich¹⁾. Die unterschiedliche konjunkturelle Reagibilität zeigt sich bereits im Industriebereich selbst: Während die Sachanlagen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und der Investitionsgüterindustrien im Zeitablauf sehr unterschiedlich beansprucht werden, wird die Pro-

duktion in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien nahezu stetig ausgedehnt.

153. Der Auslastungsgrad der industriellen Sachanlagen blieb im bisherigen Verlauf des Jahres nahezu unverändert. Er war aber wesentlich höher als zu Beginn früherer Aufschwungsphasen, da im vorangegangenen Abschwung nur in geringem Umfang Kapazitäten nicht genutzt worden waren (Schaubild 14).

Besonders knapp sind die Kapazitätsreserven in den Verbrauchsgüterindustrien. Hier war der Ausla-

durchschnittliche Höchstauslastung bezieht, stellt die Berechnung des DIW — für die verarbeitende Industrie — auf vierteljährliche Auslastungskoeffizienten ab. Die dabei zugrunde gelegte Höchstauslastung wird außer von der konjunkturellen auch von der saisonalen Komponente bestimmt, so daß die Auslastung im Jahresdurchschnitt allein von daher schon niedriger ist (1970: 93,1 vH) als beim gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential (1970: 100 vH). Andere Abweichungen in der Berechnungsmethode kommen hinzu.

1) Für den Staatssektor und für die Wohnungswirtschaft, für die ein Produktionspotential nicht ermittelt werden kann, wird unterstellt, daß dieses mit den jeweiligen Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt identisch ist. Das ist gleichbedeutend mit der Annahme dauernder Vollausslastung der Kapazitäten. Die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ist deshalb auch rein rechnerisch stets höher als die des Unternehmensbereichs. Nur im Fall der Vollausslastung der Sachkapazitäten auch im Sektor Unternehmen wären beide Auslastungsgrade gleich hoch (vgl. die methodischen Erläuterungen im Anhang VII). Während sich der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials auf eine jahres-

Schaubild 14

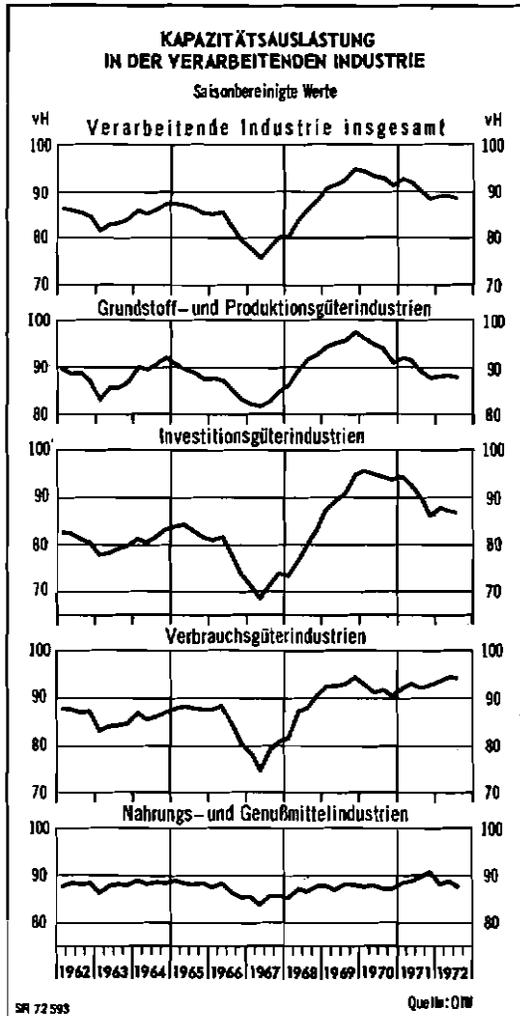
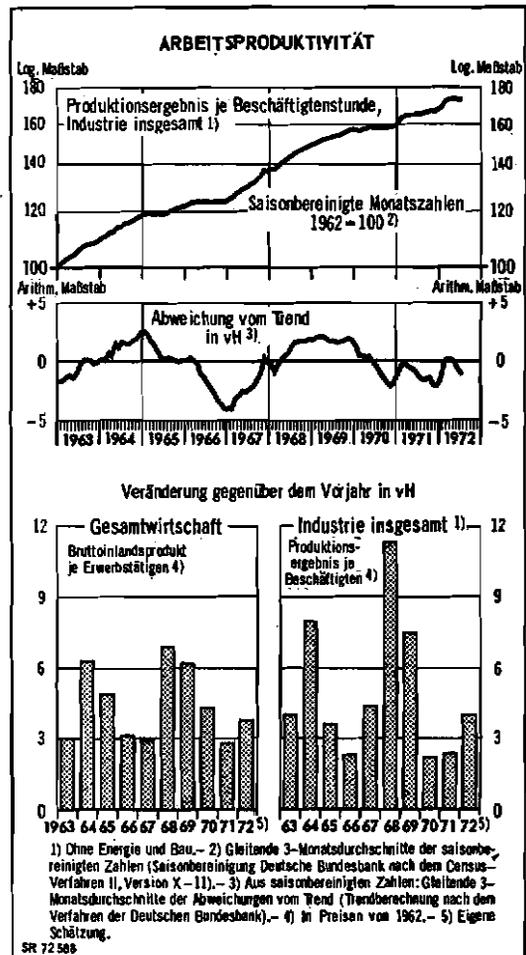


Schaubild 15



stungsgrad in den beiden vorangegangenen Jahren kaum gesunken, so daß die Kapazitäten gegenwärtig etwa ebenso stark ausgelastet sind wie in der Boomphase Ende 1969. Aber auch die Investitionsgüterindustrien, deren Kapazitätsauslastung im Abschwung deutlich zurückgegangen war, verfügen über einen geringeren Spielraum für den weiteren Aufschwung als in früheren Expansionsphasen.

154. Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität hat sich 1972 wieder erhöht, bis zum Frühjahr kräftig, danach nur noch wenig (Schaubild 15). Die Produktionsleistung je Erwerbstätigen lag im ersten Halbjahr 1972 — von jahreszeitlichen Schwankungen abgesehen — um reichlich 3 vH höher als in der zweiten Jahreshälfte 1971. Stärker als in der Gesamtwirtschaft war der Produktivitätszuwachs in der Industrie. Hier stieg die Produktivität je Beschäftigten im gleichen Zeitraum um knapp 5 vH. Der Zuwachs der Arbeitsproduktivität im Jahre 1972 spiegelt vor allem das Bemühen der Unternehmen wider, durch Einsparen von Arbeitskräften dem Kostendruck zu begegnen. Produktivitätsfortschritte dagegen, wie sie sonst im Aufschwung durch vermehrtes Ausschöpfen ungenutzter Kapazitäten entstanden, blieben diesmal weitgehend aus, denn die Produktion nahm nur langsam zu.

Hoher Beschäftigungsstand

155. Auf dem Arbeitsmarkt kam 1972 mit dem Wandel des Konjunkturklimas die Entspannung allmählich zum Stillstand. Der milde Abschwung hatte keine größere Arbeitslosigkeit gebracht. Die Arbeitslosenquote war, sieht man von saisonalen Schwankungen ab, im Abschwung mit etwas mehr als 1 vH nur wenig höher gewesen als in den Hochbeschäftigungsjahren 1969 und 1970; lediglich die Kurzarbeit hatte Ende 1971 kräftig zugenommen.

Der rasche Rückgang der Kurzarbeit signalisierte am Arbeitsmarkt auch zuerst den Wandel des Konjunkturklimas. Hinzu kam der weitere Anstieg der Ausländerbeschäftigung. Dagegen zeigte sich die konjunkturelle Belebung in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und in der Anzahl der offenen Stellen erst im späteren Verlauf des Jahres.

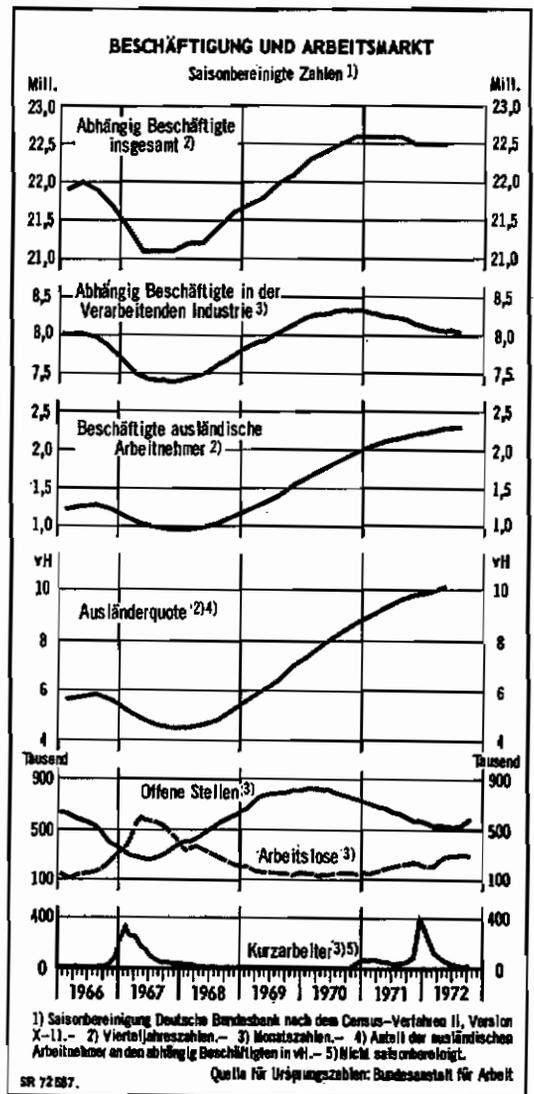
156. Bis zum Sommer ist die Arbeitslosigkeit nicht mehr als saisonal zurückgegangen, da die Unternehmen zunächst die Kurzarbeiter wieder voll beschäftigten. Sie zögerten, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, einmal wohl deshalb, weil sich die Zunahme der Produktion in vielen Bereichen noch in engen Grenzen hielt, zum anderen wohl auch, weil man weiterhin versuchte, den nach wie vor starken Kostendruck vor allem durch arbeitssparende Maßnahmen zu mildern.

Die Anzahl der Kurzarbeiter, Anfang 1972 mehr als 300 000, sank im Verlauf des Jahres rapide ab; im Herbst waren es nur noch 17 000. Die Anzahl der Arbeitslosen lag dagegen im Herbst 1972 mit 196 000 um 53 000 höher als ein Jahr zuvor. Andererseits war die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften noch keineswegs drängend: Mit 598 000 war die Anzahl der offenen Stellen um 99 000 niedriger als im Herbst 1971.

157. In Abschwungsphasen treten sektorale und regionale Strukturprobleme verschärft hervor. Überlagert werden sie von der unterschiedlichen Konjunkturrempfindlichkeit der einzelnen Branchen. Je nach der Intensität des Abschwungs ergeben sich daraus Unterschiede im Ausmaß der Arbeitslosigkeit.

Im zurückliegenden Abschwung wurde der Beschäftigungsrückgang in Teilbereichen der Industrie durch die Zunahme der Beschäftigung in anderen Wirtschaftsbereichen weitgehend ausgeglichen. Vor allem die weiterhin expandierenden Dienst-

Schaubild 16



leistungsbereiche haben die Phase verminderter Arbeitsmarkttension genutzt, ihren Arbeitskräftebedarf, den sie während der Hochkonjunktur nur teilweise hatten decken können, besser zu befriedigen.

158. Der Milde des Abschwungs entsprechend war die regionale Differenzierung im Beschäftigungsgrad nicht besonders groß. Dies zeigt ein Vergleich mit dem Konjunkturreinbruch 1966/67. In Tabelle 19 sind für beide Abschwungsphasen die Arbeitslosenquoten in den wachstumsstarken Ballungsräumen den Arbeitslosenquoten in solchen Räumen gegenübergestellt, deren Wachstum aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur gering ist — wie in den Randgebieten — oder die von besonders konjunkturrempfindlichen Industrien abhängen. Es wird deutlich, daß 1971/72 nicht nur das Niveau der Arbeitslosenquoten durch-

weg niedriger war, sondern auch, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen kleiner waren als 1966/67.

159. Im Jahre 1972 waren 250 000 weniger Personen erwerbstätig als im Vorjahr. In der Arbeitslosigkeit schlug sich dieser Beschäftigungsrückgang jedoch nur zu einem geringen Teil nieder (+ 65 000). Dies hat verschiedene Gründe. Jahr für Jahr vermindert sich die Anzahl der Selbständigen; diesmal waren es schätzungsweise 150 000, die zwar überwiegend in abhängige Tätigkeiten überwechselten, zum Teil aber auch aus dem Erwerbsleben ausschieden. Hinzu kam, daß sich 1972, wie schon seit Jahren, das heimische Angebot an Arbeitskräften aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung und wegen der Abnahme der Erwerbsbeteiligung verringerte. Wiederum schieden mehr Arbeitskräfte

Tabelle 19

Regionale Differenzierung der Arbeitslosigkeit

Regionen	Arbeitslosenquote in vH				Abweichung in Prozentpunkten vom Bundesdurchschnitt			
	August 64 bis Juli 65	Nov. 66 bis Okt. 67	Oktober 69 bis Sept. 70	Juni 71 bis Mai 72	August 64 bis Juli 65	Nov. 66 bis Okt. 67	Oktober 69 bis Sept. 70	Juni 71 bis Mai 72
Randbezirke in Bayern								
Schwandorf	3,5	7,7	3,4	4,6	+2,8	+5,7	+2,7	+3,6
Passau	6,7	9,7	5,8	5,9	+6,0	+7,7	+5,1	+4,9
Randbezirke in Niedersachsen								
Emden	3,4	6,8	3,2	4,4	+2,7	+4,8	+2,5	+3,4
Leer	3,3	8,0	3,8	5,0	+2,6	+6,0	+3,1	+4,0
Bezirke in Nordrhein-Westfalen								
Gelsenkirchen	1,3	4,7	1,2	1,6	+0,6	+2,7	+0,5	+0,6
Recklinghausen	0,7	3,2	1,1	1,3	±0,0	+1,2	+0,4	+0,3
Ballungsräume								
Hamburg	0,5	1,0	0,4	0,5	-0,2	-1,0	-0,3	-0,5
Hannover	0,3	1,0	0,3	0,7	-0,4	-1,0	-0,4	-0,3
Düsseldorf	0,3	0,7	0,2	0,5	-0,4	-1,3	-0,5	-0,5
Nürnberg	0,6	1,3	0,3	0,7	-0,1	-0,7	-0,4	-0,3
Stuttgart	0,1	0,3	0,1	0,2	-0,6	-1,7	-0,6	-0,8
München	0,6	0,8	0,4	0,5	-0,1	-1,2	-0,3	-0,5
Bundesgebiet	0,7	2,0	0,7	1,0	—	—	—	—

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

aus Altersgründen aus dem Erwerbsprozeß aus, als junge Personen das erwerbsfähige Alter erreichten. Die Verlängerung der Ausbildungszeiten dürfte ferner dazu beigetragen haben, daß weniger Personen erwerbstätig waren. Allerdings hat die Erwerbsbeteiligung 1972 wohl auch konjunkturell abgenommen. So wurde das vorzeitige Ausscheiden älterer Arbeitskräfte in Teilbereichen der Industrie mit Abfindungen und Ausgleichszahlungen gefördert. Außerdem dürften vielfach jene Personen entlassen worden sein, die in der Hochkonjunktur trotz Erreichens der Altersgrenze eingestellt oder weiterbeschäftigt worden waren.

Der Rückgang heimischer Arbeitskräfte wurde zum Teil durch die Beschäftigung zusätzlicher Kräfte aus dem Ausland kompensiert. Im Jahresdurchschnitt 1972 erhöhte sich die Ausländerbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr um mehr als 150 000 auf 2,3 Millionen Arbeitnehmer. Die ausländischen Arbeitskräfte stellen nunmehr reichlich 10 vH aller unselbständig Erwerbstätigen (Schaubild 16). Insgesamt ergab sich 1972 ein Rückgang der abhängig Beschäftigten um 96 000.

Starker Anstieg der Importe

160. Erheblich rascher als das Güterangebot aus inländischer Produktion hat 1972 das Angebot von Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland zugenommen. Der Anteil der Importe an der inländischen Güterversorgung hat sich auf fast 30 vH erhöht; das ist mehr, als es dem Trend entsprochen hätte, in dem die zunehmende Verflechtung der Märkte zum Ausdruck kommt (Schaubild 17).

Auch in früheren Aufschwungsphasen stiegen die Importe mit der konjunkturellen Belebung auf den Inlandsmärkten rasch an. Diesmal dürfte der beginnende Aufschwung die starke Importzunahme allein kaum erklären; auch während des Abschwungs waren die Importe anhaltend gestiegen. Erhöhte Importanreize dürften vielmehr auch davon ausgegangen sein, daß eingeführte Güter vergleichsweise preisgünstig waren (Ziffer 207). Hier und da mögen auch kapazitätsbedingte Lieferschwierigkeiten inländischer Unternehmen, vor allem im Verbrauchsgüterbereich, die Importe gefördert haben. Anders als in früheren Aufschwungsphasen erhöhte sich 1972 nicht die Einfuhr von Vorprodukten, sondern die von Fertigwaren am stärksten.

Vorübergehende Mäßigung in der Lohnpolitik

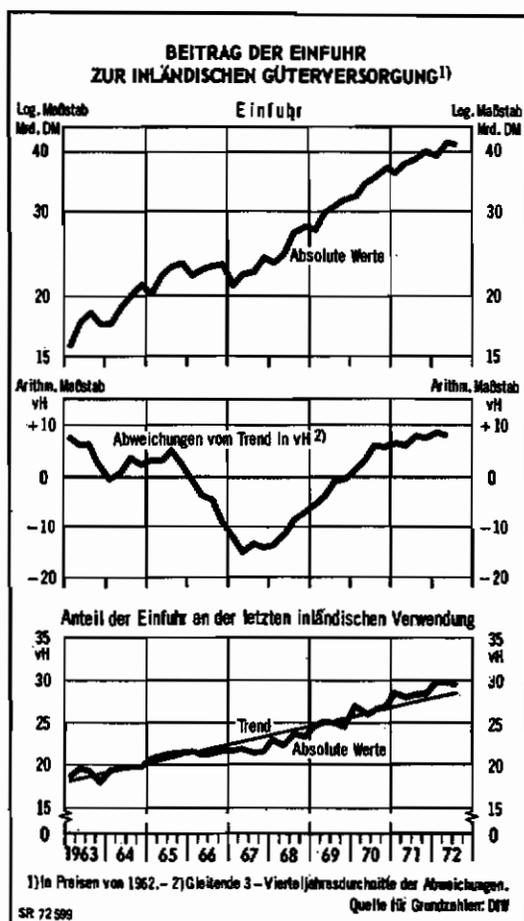
161. In der Lohnpolitik wirkte 1972 noch die Zurückhaltung nach, die sich bei den Tarifpartnern vom Sommer 1971 an unter dem Eindruck der konjunkturellen Abkühlung allmählich durchsetzte. Die Abkehr von den aus der Boomphase gewohnten extremen Lohnsteigerungsraten kam indessen nicht ohne verschärfte Auseinandersetzungen zustande, wie die Streiks und Aussperrungen Ende 1971 erkennen ließen.

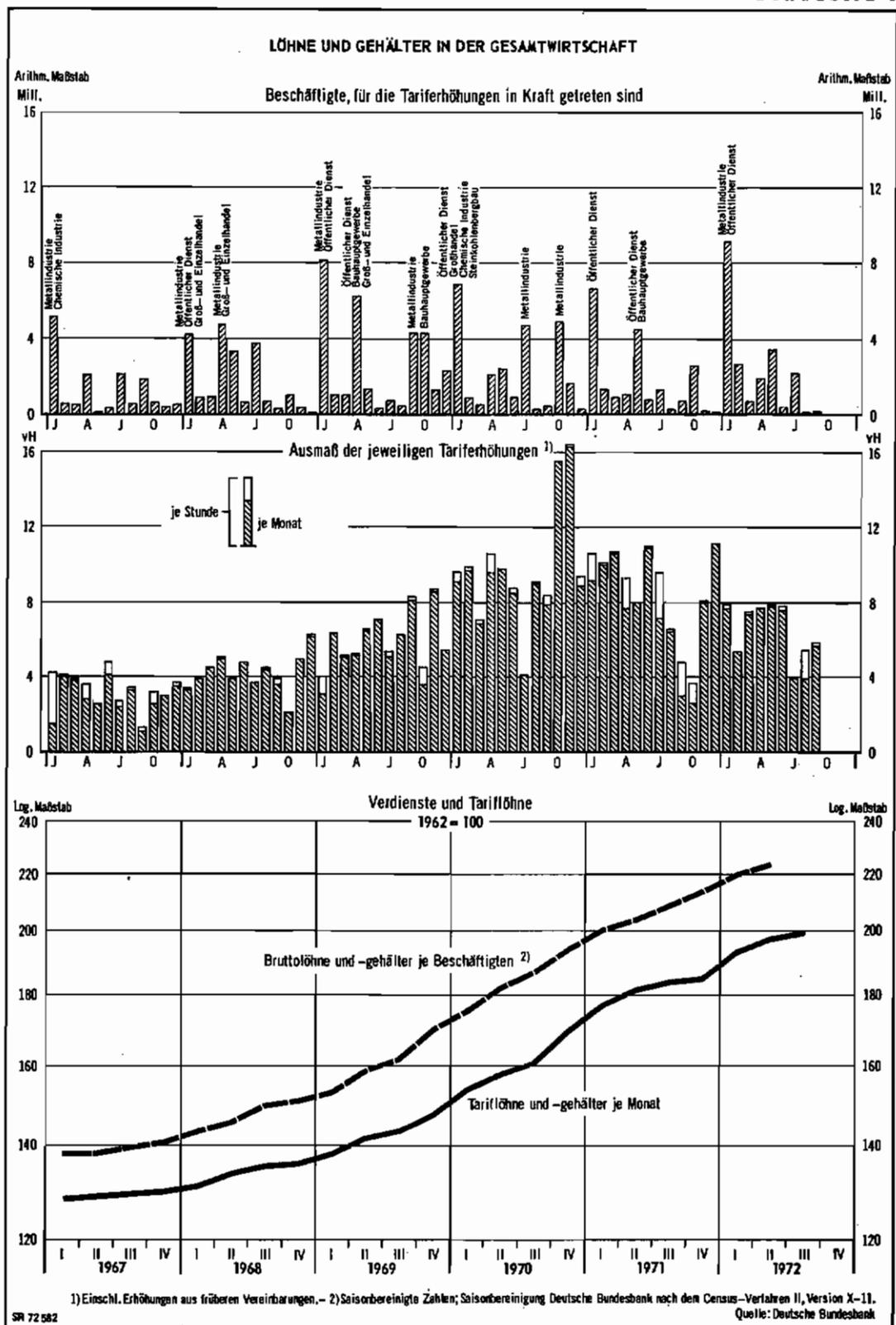
Vergleichsweise niedrige Lohnanhebungen wurden seit Herbst 1971 vor allem in den Bereichen wirk-

sam, die von der Konjunkturabschwächung stark betroffen waren. Höher waren sie dort, wo die Unternehmen nach wie vor mit Überwälzungsmöglichkeiten rechnen konnten, weil die Nachfrage entweder weiter kräftig expandierte oder weil sie sich in der Vergangenheit ohnehin als wenig preispfindlich erwiesen hatte. Als vom Frühjahr an die Gefahr eines Konjunkturreinbruchs gebannt schien, ließ die Mäßigung in der Lohnpolitik allgemein nach (Schaubild 18).

162. Eine deutliche Reaktion auf das ruhigere Konjunkturklima ließ der Tarifabschluß in der Metallindustrie erkennen, der erst nach einem Arbeitskampf in Nordwürttemberg-Nordbaden mit 3-monatiger Verzögerung im Januar 1972 in Kraft trat. Vereinbart wurde eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 7,5 vH ab 1. Januar 1972, zuzüglich einer Pauschalzahlung von monatlich 60 DM netto für die tariflose Zeit von Oktober bis Dezember 1971. Berücksichtigt man, daß der Abschluß fünfzehn Monate galt, entsprach er, auf ein Jahr gerechnet, trotz der sichtbar hohen Tarifierhebung einer Lohnerhöhung um knapp 6 vH; so gesehen hatte sich die Steigerungsrate binnen Jahresfrist

Schaubild 17





halbiert. Damit war ein wichtiges Datum für die Neuabschlüsse aller großen Tarifbereiche gesetzt.

163. Die Lohnvereinbarungen im öffentlichen Dienst bewegten sich im Rahmen des Metallabschlusses. Im einzelnen wurden die Tariflöhne und -gehälter der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst um 4 vH zuzüglich eines allgemeinen Sockelbetrages von 30 DM monatlich heraufgesetzt; dies entsprach einem durchschnittlichen Anstieg der Vergütung um knapp 6 vH.

Mehrbelastungen aus früheren Vereinbarungen kamen auch in diesem Jahr hinzu: in Form von Zulagen für verschiedene Besoldungsgruppen (+ 1½ vH), durch die letzte Übergangsstufe zum Monatsgehalt für Arbeiter (+ 1 vH) und durch die Übernahme eines Teiles der Arbeitnehmerbeiträge zur Zusatzversicherung (+ ½ vH). Der Tariflohnanstieg der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst 1972 auf Monatsbasis hat so insgesamt etwa 8½ vH bis 9 vH betragen. Die Beamtenbezüge wurden gleichzeitig um etwas mehr als 7 vH angehoben.

Zahlreiche Höhereinstufungen kamen hinzu, so daß die durchschnittlichen Arbeitsentgelte im öffentlichen Dienst auch 1972 mit etwa 9½ vH stärker zunahmen, als tariflich vereinbart worden war¹⁾. Der Anstieg der Effektivverdienste war also hier erneut größer als in der übrigen Wirtschaft.

164. Besondere Zurückhaltung legten sich die Tarifpartner in der Eisen- und Stahlindustrie auf. Dort war 1971 das Produktionsvolumen infolge der konjunkturellen Abkühlung und der spürbaren Verschärfung der Importkonkurrenz nach der Wechselkursfreigabe stärker als in den übrigen Industriebereichen eingeschränkt worden. Berücksichtigt man die längere Laufzeit des Vertrages (14 Monate) und die „kostenneutrale“ Vorweganhebung (+ 4,5 vH), so einigten sich hier Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufs Jahr gerechnet auf eine Anhebung der Löhne um etwa 5 vH. Damit war der Tiefpunkt in den 1972 vereinbarten tariflichen Lohnsatzsteigerungen erreicht.

165. Höhere Lohnzugeständnisse wurden im Handel, im Dienstleistungsbereich und in jenen Industriezweigen gemacht, die — so die Textil- und Bekleidungsindustrie, aber auch Teile der Bauwirtschaft — nach wie vor von der Nachfrage begünstigt waren. Auch tarifliche Nebenleistungen, die in den Vorjahren noch vermehrt zugestanden worden waren, wurden 1972 fast ausschließlich in die-

sen Bereichen vereinbart (Tabelle 20). Insgesamt bewegten sich die tariflichen Lohnerhöhungen zwischen 8 und 10 vH. Am Ende der diesjährigen Lohnrunde war selbst der Abschluß im Steinkohlenbergbau, trotz der schwierigen Absatz- und Finanzlage, mit rund 7½ vH nur wenig niedriger.

166. Auch im abgelaufenen fünften Nachkriegszyklus folgten die Tariflöhne dem Konjunkturverlauf mit Verzögerung. Obwohl im Aufschwung die Produktivitätszuwächse besonders groß waren, stiegen die Löhne nur verhalten an, schwächer sogar als im Zyklus davor. Erst im Herbst 1969 kamen, ausgelöst durch spontane Arbeitsniederlegungen, Tariflohnbewegungen auf breiter Front in Gang, die in der Hochkonjunkturphase ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß erreichten und sich auch in der Abschwungsphase weniger abschwächten als früher (Schaubild 19). Außerdem wurden in diesem Zyklus tarifliche Nebenleistungen zahlreicher als früher vereinbart; da diese tarifstatistisch nur zum Teil erfaßt werden können, ist der Anstieg der Löhne und Gehälter noch größer gewesen, als dies im Tariflohnindex zum Ausdruck kommt. Dies gilt sowohl für die Lohnentwicklung in der Industrie als auch im öffentlichen Dienst.

In der privaten Wirtschaft vollzog sich die Zunahme der Tariflöhne im letzten Zyklus mit größeren Unterschieden von Branche zu Branche als in den vorangegangenen konjunkturellen Auf- und Abschwungsphasen. Weitaus kräftiger angehoben als früher wurden die Löhne und Gehälter insbesondere auf den vorgelagerten Produktionsstufen der Industrie — vor allem in den Investitionsgüterindustrien — und im Bauhauptgewerbe; überwiegend war dies wohl eine Folge der mit dem ungewöhnlichen Nachfrageboom einhergehenden Arbeitskräfteknappheit in diesen Bereichen. In den verbrauchsnahen Industrien ebenso wie im Handel und im Dienstleistungsbereich war der Lohnauftrieb demgegenüber lange Zeit schwächer als in den vorangegangenen Konjunkturzyklen; stärker wurde er hier erst in der Abschwungsphase, als der private Verbrauch zunehmend kräftiger expandierte. Noch weniger als in den übrigen Industriezweigen wurde hier eine Beruhigung des Lohnauftriebs sichtbar, die in der Vergangenheit gegen Ende der Abschwungsphase allgemein einsetzte. Das gleiche gilt für den öffentlichen Dienst, in dem allerdings schon in den Vorjahren die Tariflohnbewegung merklich über das aus früheren Zyklen gewohnte Maß hinausging.

167. Der Anstieg des Tariflohn- und Gehaltsniveaus in der Gesamtwirtschaft (auf Stundenbasis) wurde 1972 stärker von der veränderten Abfolge der Lohnerhöhungen als von den Lohnsatzsteigerungen bestimmt. Hatte die zeitliche Verzögerung der Abschlüsse im Bereich der Metall- und der eisenschaffenden Industrie das Tariflohnniveau im Herbst 1971 unverändert gelassen, so bewirkte die dadurch bedingte Häufung der Tarifvereinbarungen in den ersten Monaten 1972, daß es sich trotz mäßiger Lohnsatzsteigerungen ebenso stark wie im Vorjahr erhöhte²⁾. Obwohl danach die Lohnsätze all-

¹⁾ Die Differenz zwischen Effektiv- und Tariflohnsteigerungen war bereits in den vorangegangenen Jahren im öffentlichen Dienst besonders groß gewesen; so war etwa 1971 der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten um etwa 2½ Prozentpunkte höher als der der Tarifverdienste (auf Monatsbasis).

²⁾ Nach den Berechnungen der Deutschen Bundesbank erhielten rund 14½ Millionen und damit 76 vH aller tarifstatistisch erfaßten Arbeitnehmer in den ersten vier Monaten 1972 Lohn- und Gehaltsaufbesserungen gegenüber nur 10 Millionen im gleichen Zeitraum 1971.

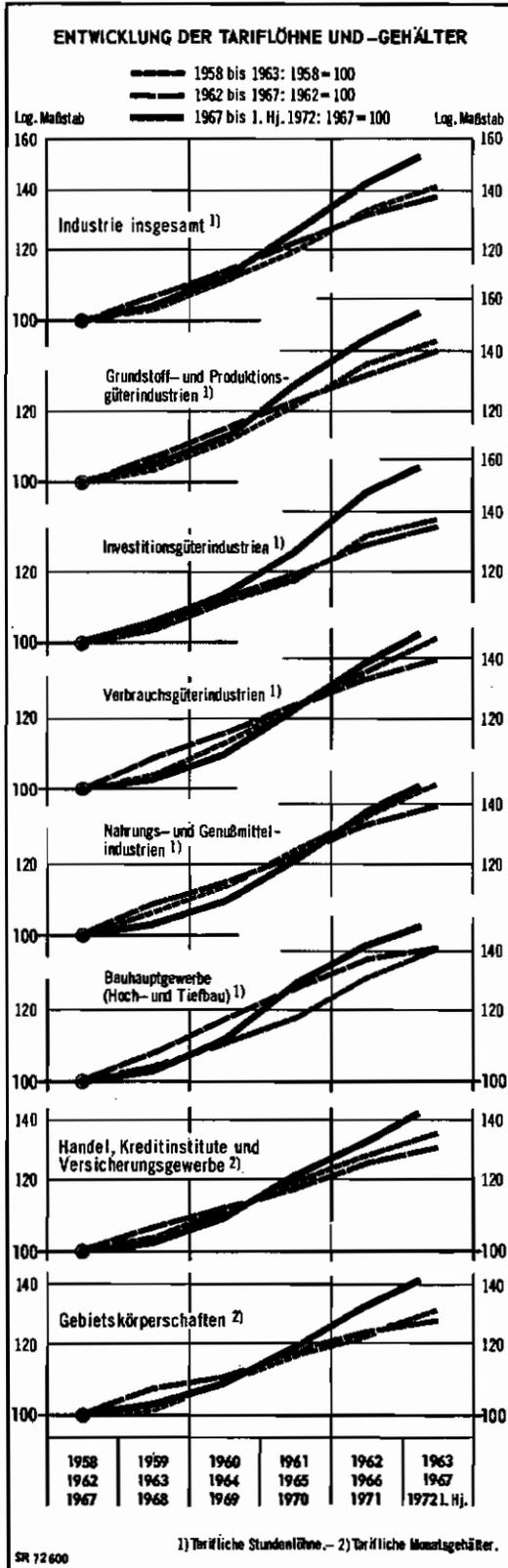
Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse

Datum		Anzahl der Begünstigten	
1971			
September	Konzertierte Aktion		Die Vertreter der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften stimmen darin überein, daß nunmehr der Prozeß der konjunkturellen Entspannung klarer zu erkennen sei.
Dezember	Metallindustrie		Nach einem harten Arbeitskampf in Nordwürttemberg/Nordbaden, in dem es zu Streiks und Aussperungen kommt, geht eine zweimonatige Tariflohn-pause in der Metallindustrie zu Ende.
1972			
Januar	Rentenversicherung		Vom 1. Januar 1972 an werden die Altersrenten um 6,3 vH, die Unfallrenten um 12,7 vH erhöht.
	Arbeitslosenversicherung		Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird um 0,4 auf 1,7 vH der beitragspflichtigen Verdienste heraufgesetzt.
	Metallindustrie	4 230 000	Tariflich vereinbart werden Lohnerhöhungen um 7,5 vH, eine Pauschalzahlung von 180 DM netto für die tariflosen Monate Oktober bis Dezember 1971 sowie die stufenweise Einführung eines 13. Monatsgehalts zur Absicherung betrieblicher Sonderzahlungen.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 760 000	Erhöhung der Grundvergütungen und der Ortszuschläge um 4 vH sowie zusätzliche Anhebung der Ortszuschläge um 30 DM. Die wöchentliche Arbeitszeit soll ab 1. 10. 1974 von 42 auf 40 Stunden herabgesetzt werden.
	Papier- und pappe- verarbeitende Industrie	130 000	Tarifliche Lohnerhöhungen um 6 vH sowie Verbesserungen in der Lohnstruktur. Der Urlaub wird in den Jahren 1972 bis 1974 um jährlich einen Tag verlängert.
	Lederwaren- und Schuhindustrie	110 000	Lohnerhöhungen um 7,0 bis 7,7 vH.
	Holzverarbeitende Industrie	115 000	Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7 bis 8 vH sowie stufenweise Einführung eines zusätzlichen Monatsentgelts nach Maßgabe der Betriebszugehörigkeit.
	Handel	370 000	Die Tarifverhandlungen ergeben Lohnerhöhungen um 6 bis 13 vH, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 41,25 Stunden, eine Verlängerung des Urlaubs um 2 bis 3 Tage und strukturelle Veränderungen in verschiedenen Tarifbezirken.
Februar	Eisen- und Stahlindustrie	230 000	Erhöhung der Tariflöhne um 10,5 vH, davon 6 vH effektiv; für die tariflosen Monate Oktober 1971 bis Januar 1972 werden pauschal 200 DM netto gezahlt.
	Druckindustrie	187 000	Lohnerhöhungen um 7,5 vH sowie Strukturverbesserungen für eine Laufzeit von 14 Monaten.
	Handel	340 000	Tariflohn- und Gehaltserhöhungen um 10 bis 20 vH in verschiedenen Tarifbezirken (teilweise ohne effektive Auswirkungen).

noch Tabelle 20

Datum		Anzahl der Begünstigten	
1972			
März	Konzertierte Aktion		Die Gesprächsteilnehmer stimmen darin überein, daß sich seit Ende des vergangenen Jahres die Abschwächungstendenzen verlangsamt hätten, wenn auch die Situation in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen sehr differenziert sei.
	Bankgewerbe	270 000	Löhne und Gehälter werden um 6,5 vH erhöht, wobei Mindestbeträge zugunsten der jüngeren Arbeitnehmer gelten, weitere Verbesserungen in der Lohnstruktur sind ab 1. 10. 1972 vorgesehen, eine Einführung der 40-Stundenwoche bis spätestens zum 1. Oktober 1974.
April	Rentenversicherung		Rückzahlung der in den Jahren 1968 und 1969 einbehaltenen Krankenversicherungsbeiträge an die Rentner in Höhe von 1,2 Mrd. DM.
	Handel	520 000	Tariflohn- und -gehaltserhöhungen zwischen 8,5 und 11,6 vH in verschiedenen Tarifbezirken.
	Versicherungsgewerbe	200 000	Lohnerhöhungen um 6,5 vH sowie Verbesserungen in der Lohnstruktur, Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden ab 1. 1. 1973.
	Nahrungs- und Genußmittelindustrien		Lohnerhöhungen um 7 bis 8 vH in verschiedenen Tarifbezirken.
	Chemische Industrie	441 000	Erhöhung der Lohn- und Gehaltstarife in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein um 5,6 bis 6,8 vH.
	Steine und Erden		Lohnerhöhungen um 6,5 bis 8 vH in verschiedenen Tarifbezirken.
Mai	Einzelhandel	200 000	Lohnerhöhungen um 10 bis 15 vH in Niedersachsen.
	Groß- und Außenhandel	450 000	Lohnerhöhungen in verschiedenen Tarifbezirken zwischen 6,5 und 20,0 vH.
	Textilindustrie	460 000	Tariflich vereinbart werden Lohnerhöhungen um 8,3 vH, eine Anhebung des Urlaubsgeldes um 20 DM sowie vermögenswirksame Leistungen von monatlich 26 DM ab 1. 1. 1973 und 39 DM ab 1. 1. 1975.
	Bekleidungsindustrie	350 000	Lohnerhöhungen um 9 vH; vermögenswirksame Leistungen von monatlich 26 DM ab 1. 1. 1973 und 39 DM ab 1. 1. 1975.
	Bauhauptgewerbe	1 500 000	Lohnerhöhungen um 6,4 vH; Beschäftigte, denen kein Auskösungsanspruch zusteht, erhalten eine Wegezeitvergütung von 5 DM je Arbeitstag.
Juli	Steinkoblenbergbau	230 000	Erhöhung der Tariflöhne um 7 vH sowie Pauschalzahlung von 40 DM für den tariflosen Monat Juni; Anhebung des Tarifurlaubs um 1,3 Arbeitstage ab 1. 1. 1973.
	Rentenversicherung		Die Altersrenten werden vom 1. Juli — vorzeitig — um 9,5 vH erhöht.
Oktober	Konzertierte Aktion		Die Gesprächspartner stimmen darin überein, daß sich die westdeutsche Wirtschaft in der Anfangsphase eines verhaltenen Konjunkturaufschwungs befinde; die Bekämpfung des Preisaufliebs bilde gegenwärtig die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik.

Schaubild 19



mählich wieder stärker zunahmen, schwächte sich der Anstieg des Lohnniveaus ab; vom Sommer an kam er nahezu zum Stillstand, da nur noch wenige Neuabschlüsse anstanden.

War das Tariflohn- und Gehaltsniveau im Herbst 1971 noch um 15 $\frac{1}{2}$ vH höher als im Vorjahr, so verringerte sich der Abstand bis zum Sommer 1972 auf knapp 9 vH. Diese Rate wird sich im weiteren Verlauf des Jahres kaum noch vermindern, da wie erwähnt auch im Vorjahr das Tariflohniveau auf dem zu Beginn des Herbstes erreichten Stand verharrte.

168. In den Effektivverdiensten schlug sich 1972 das Nachlassen des Lohnauftriebs mit Verzögerung nieder. Die Löhne und Gehälter je Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft nahmen noch bis zum Frühjahr 1972 unvermindert zu; erst als die Lohnrunde allmählich zu Ende ging, verlangsamte sich ihr Anstieg. Das Niveau des Vorjahres überschritten sie im Sommer 1972 noch immer um 9,4 vH; ein Jahr zuvor hatte der Abstand 12,0 vH betragen.

169. Da die Tarifverdienste vom letzten Vierteljahr 1971 an langsamer stiegen als die Effektivverdienste, nahm die gesamtwirtschaftliche Lohnrift — die Differenz zwischen Effektiv- und Tariflohnsteigerungen — zum ersten Mal seit einem Jahr wieder zu. Hierfür waren zunächst weniger konjunkturelle als statistische Gründe maßgebend, vor allem die Pauschalzahlung im Metallbereich, die zwar in den Effektivverdiensten, nicht aber im Tariflohnindex ihren Niederschlag fand. Hinzu kam, daß in der Bauwirtschaft wegen der günstigen Witterung in den Wintermonaten die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden und damit auch die Verdienste merklich höher lagen als vor einem Jahr. Im weiteren Verlauf 1972 dürfte die Lohnrift jedoch auch konjunkturell größer geworden sei, da sich zur Jahresmitte hin die Anzahl der Kurzarbeiter zunehmend verringerte und verschiedentlich wieder mehr Überstunden geleistet wurden.

170. Die Verlangsamung des Lohnauftriebs sowie die Verringerung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens gegenüber dem Vorjahr dämpften die Zunahme des Arbeitseinkommens: Die Zuwachsrate der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ermäßigte sich im ersten Halbjahr 1972 auf 9,5 vH, nach 11,7 vH in der zweiten Jahreshälfte 1971. Ein Rückgang der Einkommenszuwächse im Aufschwung entspricht dem zyklischen Muster. Diesmal hat sich der Einkommensanstieg jedoch weniger abgeschwächt als in vergleichbaren Konjunkturphasen der Vergangenheit. Insgesamt dürften daher die Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten 1972 fast in gleichem Maße gestiegen sein wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (+9,6 vH).

171. Die Einkommen der Arbeitnehmer haben 1972 netto — also nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer — ebenso stark zugenommen wie brutto. Das hängt damit zusammen, daß die Zwangsersparnisse zurückgezahlt wurden, die der Staat seit Mitte 1970 in Form des Konjunk-

turzuschlags zur Lohnsteuer bis zum Juli 1971 erhoben hatte. Die Lohnsteuerzahlungen verminderten sich um den angesammelten Betrag von rund 3,6 Mrd. DM; die Progressionswirkung des Steuersystems wurde dadurch annähernd kompensiert.

172. Die Schere zwischen der Erhöhung der Nominaleinkommen und dem Zuwachs an realer Kaufkraft hat sich 1972 weiter geöffnet als je zuvor im letzten Jahrzehnt. Obwohl die Lohneinkommen je Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft nach wie vor kräftig zugenommen haben, ließ der Auftrieb der Verbraucherpreise die Reallöhne kaum stärker steigen als im Abschwungsjahr 1966. An Kaufkraftsteigerung dürfte den Arbeitnehmern 1972 mit ungefähr 3 vH nur noch etwa ein Drittel des nominalen Einkommenszuwachses verbleiben.

173. Der Anstieg der Reallöhne für sich genommen gibt indessen noch keine Auskunft darüber, wie sich die Reallohnposition der Arbeitnehmer verändert hat. Die Reallohnposition zeigt an, ob die Löhne real mehr oder weniger gestiegen sind, als es nach den Regeln einer kostenniveauneutralen Lohnpolitik möglich gewesen wäre.

Im privaten Bereich der Wirtschaft hätte 1972 aufgrund des Produktivitätsfortschritts das Realeinkommen je Arbeitnehmer um etwa 4 1/3 vH gegenüber 1971 kostenniveauneutral erhöht werden können; denn in diesem Ausmaß war im privaten Sektor das reale Produktionsergebnis je Erwerbstätigen höher als im Vorjahr (Tabelle 21). Zusätzlich verteilt werden konnte jener Einkommensvorteil, der sich aufgrund einer Verbesserung des realen Austauschverhältnisses im Waren- und Dienstleistungs-

Tabelle 21

Zur Entwicklung der Reallohnposition ¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Realer Verteilungspletraum				Reale Verteilung			Reallohnposition der Arbeitnehmer
	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	Terms-of-Trade-Effekt ²⁾	Lohnkosten-effekt der Arbeitgeberbeiträge ³⁾	insgesamt	Brutto-lohn- und -gehalts-summe je Arbeitnehmer	Preisindex für die Lebenshaltung ⁴⁾	Reale Brutto-lohn- und -gehalts-summe je Arbeitnehmer	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1961	+4,6	+0,6	-0,5	+5,8	+10,5	+2,3	+ 8,0	+2,1
1962	+3,6	+0,4	-0,2	+4,2	+ 9,8	+3,0	+ 6,8	+2,3
1963	+3,3	+0,1	-0,1	+3,5	+ 5,9	+3,0	+ 2,8	-0,7
1964	+7,0	± 0,0	-0,8	+7,9	+ 9,4	+2,3	+ 6,9	-0,9
1965	+5,3	-0,2	-0,3	+5,4	+ 8,8	+3,4	+ 5,2	-0,2
1966	+3,4	-0,1	+0,3	+3,0	+ 6,9	+3,5	+ 3,3	+0,3
1967	+3,3	-0,0	+0,1	+3,2	+ 3,0	+1,4	+ 1,6	-1,6
1968	+7,3	+0,2	+0,6	+6,9	+ 6,4	(+1,1) ^{a)}	+ 5,2	-1,6
1969	+6,7	-0,2	+0,5	+6,0	+ 8,8	(+2,4) ^{a)}	+ 6,3	+0,3
1970	+4,7	+0,7	+0,3	+5,1	+15,3	+3,7	+11,2	+5,8
1971	+3,2	+0,6	+0,8	+3,0	+11,2	+5,4	+ 5,5	+2,4
1972 ^{b)}	+4,4	+1,0	+0,6	+4,8	+ 8,9	+5,4 ^{b)}	+ 3,3	-1,4

¹⁾ Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalte (4), (7) und (8) durch multiplikative Verknüpfung, und zwar:

$$(4) = (1) + (2) - (3)$$

$$(7) = (5) - (6)$$

$$(8) = (7) - (4)$$

²⁾ Gesamtwirtschaft.

³⁾ Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.

⁴⁾ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

^{a)} Eigene Schätzung.

^{b)} Nach Berücksichtigung der Mehrwertsteuererhöhung am 1. Juli 1968 (JG 69 Ziffer 74).

^{c)} Nach Berücksichtigung der Branntwein-, Mineralöl- und Tabaksteuererhöhung.

verkehr mit dem Ausland (Terms of Trade) ergab. Da die Exportpreise 1972 gegenüber dem Vorjahr spürbar angehoben wurden, während die Importpreise durch die Höherbewertung der D-Mark 1972 deutlich niedriger lagen als zuvor (jeweils in D-Mark gerechnet), haben sich die Terms of Trade verbessert, und zwar in diesem Jahr besonders kräftig (Ziffer 210). Um rund 1 vH hat sich damit der Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnsteigerungen erhöht (Terms-of-Trade-Effekt¹⁾). Gemindert wurde dieser Spielraum durch höhere Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung, insbesondere zur Krankenversicherung, die einen Anstieg der Lohnkosten um 0,6 vH der Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer zur Folge hatten. Insgesamt hätten 1972 die Löhne also um rund 5 vH angehoben werden können, ohne daß dadurch das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau gestiegen wäre²⁾.

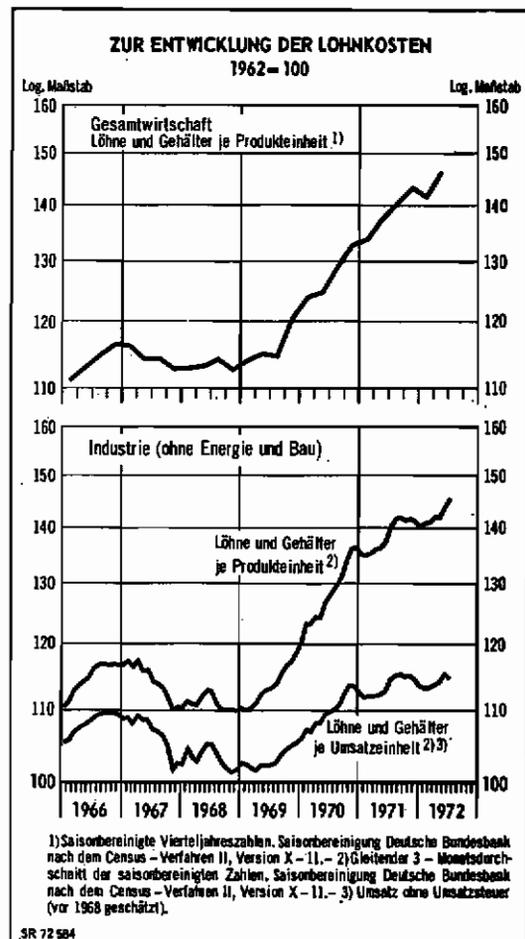
174. Die Zunahme der Löhne ging nominal zwar auch 1972 über das kostenniveauneutrale Maß hinaus, jedoch nicht mehr um so viel, daß dadurch der Anstieg des Preisniveaus wettgemacht oder gar übertriften worden wäre. Die Reallohnposition der Arbeitnehmer hat sich damit 1972 erstmals wieder verschlechtert, nachdem sich zuvor die Verteilungsproportionen von 1969 an zugunsten der Löhne verschoben hatten. Die Verschlechterung bat allerdings die Vorteile nicht völlig zunichte gemacht, welche die Arbeitnehmer während der Hochkonjunktur und auch noch zu Beginn des Abschwungs im Verteilungskampf erzielt haben.

175. Die Lohnkosten je Produkteinheit sind 1972 in der Gesamtwirtschaft weiter gestiegen, einmal weil sich die Zunahme der Effektivverdienste nur wenig abschwächte, zum anderen weil sich die Produktivität nicht so rasch wie sonst in der Anfangsphase des Aufschwungs erhöhte (Schaubild 20). Zu einer vorübergehenden Beruhigung war es nur zu Jahresanfang 1972 gekommen, als die Produktivitätszuwächse besonders kräftig waren (Ziffer 154). Im Jahresdurchschnitt dürfte das gesamtwirtschaftliche Lohnkostenniveau noch immer um 5 1/2 vH höher liegen als im Vorjahr; erstmals sind damit die Lohn-

kosten bereits zu Beginn eines neuen Aufschwungs ebenso stark gestiegen wie im Durchschnitt des vorangegangenen Zyklus (5,6 vH).

176. In der Industrie setzte 1972 der Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit bereits wieder ein, kaum daß die konjunkturelle Wende sichtbar geworden war. Vorangegangen war eine Phase der Beruhigung, die im Sommer 1971 begonnen und während der Lohnpause im Herbst sogar zu sinkenden Lohnstückkosten geführt hatte. Vom Frühjahr 1972 an, als sich die Produktivität in der Industrie nicht weiter erhöhte und der Lohnauftrieb wieder stärker wurde, stiegen sie wieder beschleunigt. Das entsprechende Vorjahresniveau überschritten die Lohnkosten je Produkteinheit von Januar bis August 1972 um knapp 4 vH; um die Jahreswende war der Abstand auf 2 1/2 vH zurückgegangen. Auch der Anteil der Lohnkosten am Umsatz der Industrie hat 1972 wieder zugenommen, allerdings schwächer als im Vorjahr. In den ersten acht Monaten 1972 waren die Lohnkosten je Umsatzeinheit nur noch um 0,8 vH größer als vor Jahresfrist (1971: 3,2 vH). Offenbar

Schaubild 20



¹⁾ Der in Tabelle 21 ausgewiesene Terms-of-Trade-Effekt ist die Differenz (in Prozentpunkten) zwischen den Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP in Preisen von 1962) und des „Gross National Income“. Das „Gross National Income“ wird ermittelt, indem vom realen Bruttoinlandsprodukt der Außenbeitrag in Preisen von 1962 abgezogen und der Außenbeitrag zu Importpreisen von 1962 hinzuaddiert wird. Der Außenbeitrag zu Importpreisen von 1962 wird errechnet, indem der nominale Außenbeitrag mit dem Preisindex der Einfuhr (1962 = 100) deflationiert wird.

²⁾ Bei der Berechnung des kostenniveauneutralen Verteilungsspielraums müßte zusätzlich die Veränderung der Kapitalkosten berücksichtigt werden. Die Unterlagen für die Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Kapitalkosten erscheinen uns nach wie vor nicht zu reichend, um gesicherte Aussagen zu treffen. In unserer Rechnung ist daher unterstellt, daß sich die Kapitalkosten je Produkteinheit im gleichen Ausmaß verändert haben wie die Lohnkosten je Produkteinheit.

war es der Industrie in diesem Jahr in stärkerem Maße möglich, Lohnkosten in den Preisen zu überwälzen.

177. Von den übrigen Komponenten des industriellen Kostenniveaus dürfte 1972, nimmt man sie im ganzen, kein zusätzlicher Druck ausgegangen sein. Dienstleistungen waren zwar teurer als im Vorjahr, doch stand dem die Verbilligung importierter Vorprodukte gegenüber (Ziffern 208). Die Finanzierungskosten dürften sich gegenüber dem Vorjahr infolge des bis zum Sommer 1972 ermäßigten Zinsniveaus kaum weiter erhöht haben.

178. Insgesamt sind die Stückkosten 1972 wohl weniger als im Vorjahr gestiegen. Daß die Erzeugerpreise im Verlauf des Jahres dennoch verstärkt angehoben wurden (Ziffern 184 ff.), läßt darauf schließen, daß die Unternehmen die Nachfragebelebung nutzten, um ihre Gewinnmargen wieder zu verbessern. Im Vorjahr dagegen hatten sie, zumindest im verarbeitenden Gewerbe, nur einen Teil der Kostensteigerungen in den Preisen weiterzugeben vermocht, so hoch die Preissteigerungen auch waren (Schaubild 21).

179. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Gesamtwirtschaft dürften 1972 um etwa 10¹/₂ vH größer sein als vor einem Jahr; 1971 war die Zuwachsrate auf 3,7 vH zurückgegangen (Tabelle 22). Da man davon ausgehen kann, daß die in dieser heterogenen Einkommensgröße entbaltene Besitz- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, insbesondere die Zinseinkünfte aus Ersparnissen, 1972 weniger stark gestiegen sind als im Vorjahr, dürften die eigentlichen Unternehmereinkommen 1972, anders als im Vorjahr, wieder zugenommen haben.

180. Das Volkseinkommen hat sich 1972 mit 9,5 vH fast ebenso stark wie 1971 erhöht. Da das Einkommen aus unselbständiger Arbeit nur wenig schwächer gestiegen ist, als das Volkseinkommen, ist die Lohnquote, der Anteil der Arbeitnehmerinkommen am Volkseinkommen, anders als in früheren Aufschwungsphasen, 1972 nur leicht zurückgegangen, nach unserer Schätzung auf 68¹/₂ vH (Ziffern 451 ff.).

181. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte — die Summe aller den Haushalten zufließenden Nettoeinkommen und Übertragungen —

Tabelle 22

Verteilung des Volkseinkommens
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

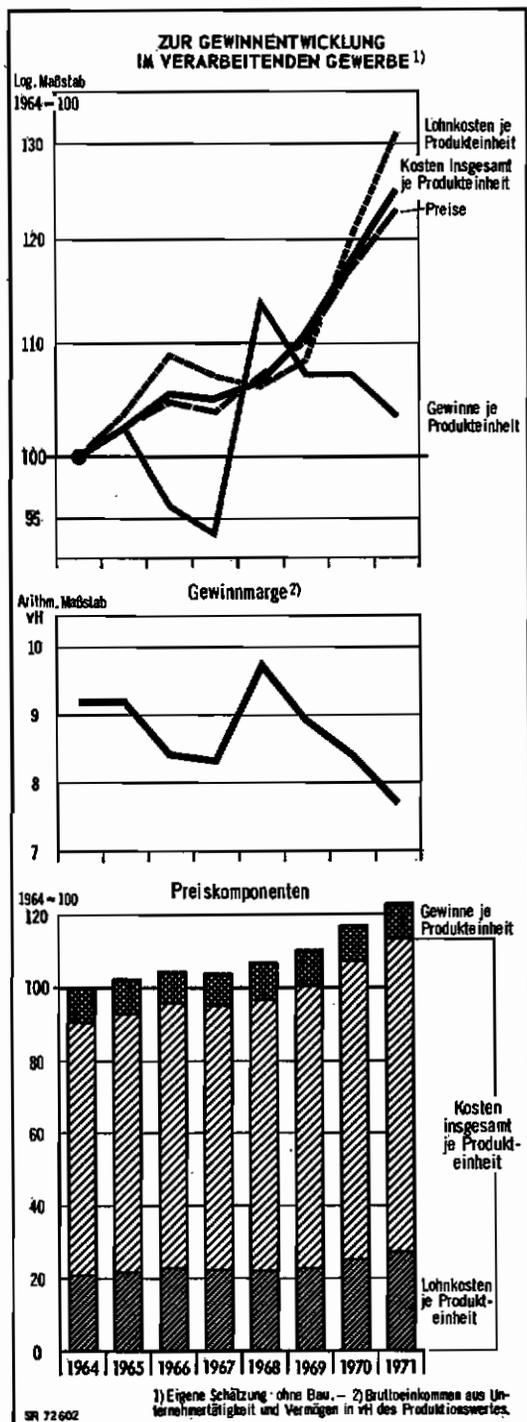
Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus				Entnommene Gewinne und Vermögens-einkommen ²⁾	Empfangene Übertragungen vom Staat ³⁾	Verfügbares Einkommen ⁴⁾
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto	netto	brutto	netto ⁵⁾			
		private Haushalte						
1961 bis 1971 ⁶⁾	+ 8,5	+ 9,6	+ 8,3	+ 6,5	+ 7,1	+ 9,1	+ 9,0	+ 8,5
1970	+14,9	+17,7	+14,8	+ 9,7	+13,4	+ 6,7	+ 7,9	+11,0
1971	+10,1	+13,3	+10,6	+ 3,7	+ 3,1	+12,2	+11,1	+11,0
1972 ⁶⁾	+ 9,5	+ 9,0	+ 9,0	+10,5	+14,0	+11,0	+14,5	+10,5
1971 1. Hj.	+11,4	+15,1	+11,2	+ 3,8	+ 2,7	+17,6	+10,1	+12,1
2. Hj.	+ 9,0	+11,7	+10,0	+ 3,6	+ 3,4	+ 9,1	+12,2	+10,1
1972 1. Hj.	+ 8,7	+ 9,5	+10,5	+ 7,0	+ 9,6	+15,0	+13,5	+12,1

1) Abzüglich direkter Steuern u. ä.
 2) Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach Abzug der direkten Steuern auf diese Einkommen (z. B. Einkommensteuer u. ä., jedoch nicht der Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuer u. ä.), der Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung sowie der nichtentnommenen Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
 3) Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen.
 4) Ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
 5) Durchschnittliche jährliche Veränderung.
 6) Eigene Schätzung.

hat 1972 abermals stärker zugenommen als das Volkseinkommen. Darin spiegelt sich einmal die Minderung der Abgaben infolge der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags, zum anderen die kräftige

Zunahme der öffentlichen Einkommensübertragungen; diese machten 1972 gut 21 vH (1971: 20,4 vH) des gesamten verfügbaren Einkommens aus.

Schaubild 21



182. Den größten Anteil an der Erhöhung der Sozialeinkommen hatten 1972 die Renteneinkommen. Auf die Rentenanhebung zu Jahresbeginn um 6,3 vH (1971: 5,5 vH) folgte eine vorgezogene Erhöhung um 9,5 vH, die von Juli 1972 an wirksam wurde. Damit wurde einer Benachteiligung der Rentner Rechnung getragen, die sich bei einer Beschleunigung der Geldentwertung dadurch ergibt, daß deren Bezüge entsprechend der geltenden Rentenformel verzögert an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt werden. Durch die starke Rentenanhebung 1972 ist gleichzeitig gewährleistet worden, daß die Rentner in Zukunft auch bei regulären Anpassungen höhere Bezüge erhalten (Basis-effekt). Hinzu kam im April die Rückerstattung der in den Jahren 1968 und 1969 einbehaltenen Krankenkassenbeiträge in Höhe von 1,2 Mrd. DM. Insgesamt haben die Rentenbezüge 1972 gegenüber dem Vorjahr um 15 1/2 vH zugenommen; das entspricht rund 7 1/2 Mrd. DM.

Die Bezüge der Rentnerhaushalte haben sich 1972 auch real spürbar verbessert. Während im Vorjahr die Renten ihrer Kaufkraft nach infolge der zunehmenden Geldentwertung und des niedrigen Anpassungssatzes (+5,5 vH) kaum noch zugenommen hatten (+1/2 vH), stiegen sie diesmal mit rund 4 vH sogar stärker als die realen Arbeitseinkommen (Ziffer 172), und dies, obwohl die Lebenshaltung der Rentner sich 1972 besonders stark verteuerte. Die Schere zwischen dem Anstieg der Reallöhne und dem der Realrenten, die sich seit 1969 zunehmend geöffnet hatte, wurde 1972 zum ersten Mal wieder etwas geschlossen.

183. Die Beamtenpensionen, die ebenfalls zu den öffentlichen Einkommensübertragungen zählen, folgen der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst stets unmittelbar; sie dürften 1972 mit 18 Mrd. DM das Vorjahresniveau um rund 10 vH übertreffen. Im Jahre 1971 — mit der Lohnexplosion im Staatssektor — waren sie um 16,1 vH gestiegen.

Die Übertragungen der Bundesanstalt für Arbeit nahmen auch 1972 kräftig zu; im ersten Halbjahr 1972 waren sie mit 3,4 Mrd. DM um 21,9 vH größer als vor Jahresfrist. Hierbei fielen nach der Jahreswende insbesondere die Mehraufwendungen für Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und Anschluß-Arbeitslosenhilfe besonders ins Gewicht, denen witterungsbedingte Minderausgaben beim Schlechtwettergeld gegenüberstanden. Weniger stark als im Vorjahr expandierten die Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung; hier wurden die Förderungsrichtlinien enger gefaßt.

Anhaltender Preisauftrieb

184. Der Geldwertschwund bat 1972 weiter zugenommen: Der Preisanstieg hat sich auf der Erzeugerstufe seit Beginn des Jahres, auf der Verbrau-

cherstufe seit dem Sommer wieder beschleunigt. Der Abschwung war zu kurz und zu schwach, um den Preisauftrieb nachhaltig zu dämpfen. Als die konjunkturelle Wende einsetzte, war die Geldentwertung nicht einmal auf jenes Maß zurückgegangen, das sich früher nur in Hochkonjunkturphasen eingestellt hatte.

Besonders beunruhigend ist, daß die Preise auf der industriellen Erzeugerstufe sofort wieder anzogen, als sich der neue Aufschwung abzeichnen begann. In früheren Zyklen war es auch nach dem konjunkturellen Tiefpunkt noch zu einer deutlichen Preisberuhigung — wenn nicht gar zu sinkenden Preisen — gekommen (Schaubild 22). Daß eine nachhaltige Preisstabilisierung im industriellen Bereich diesmal ausblieb, hat auch die Geldentwertung auf der Verbraucherstufe in Gang gehalten. Beschleunigt wurde der Kaufkraftschwund hier außerdem vor allem durch die ungewohnt starke Verteuerung der Nahrungsmittel. Die Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern löste zusätzliche Preisschübe aus.

185. Auf der industriellen Erzeugerstufe setzte der Preisauftrieb zu Beginn des Jahres 1972 von neuem ein, nachdem es zuvor während des Floating zu einer allmählichen Preisberuhigung, im Herbst 1971 sogar zu annähernd stabilen Preisen gekommen war. Schubartig, allerdings nicht mehr ganz so stark wie im Vorjahr, wurden die Preise Anfang 1972 heraufgesetzt. Im weiteren Verlauf des Jahres stieg das Niveau der Erzeugerpreise zunehmend stärker, weil sich nun auch Vorprodukte, vor allem aber Verbrauchsgüter mehr und mehr verteuerten (Schaubild 23).

Schaubild 22

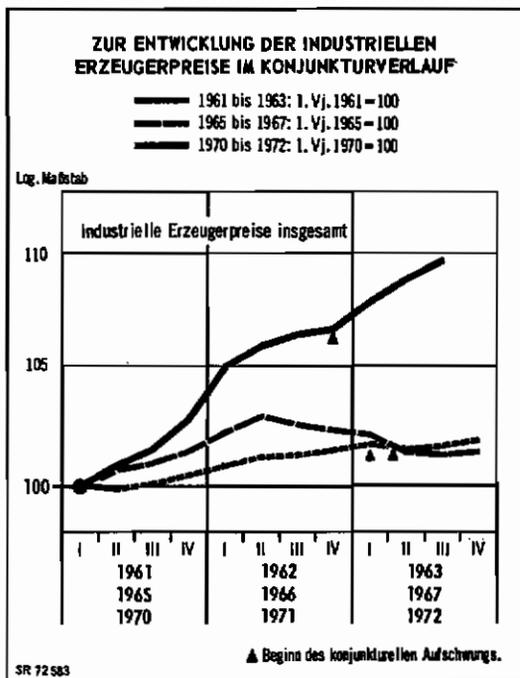
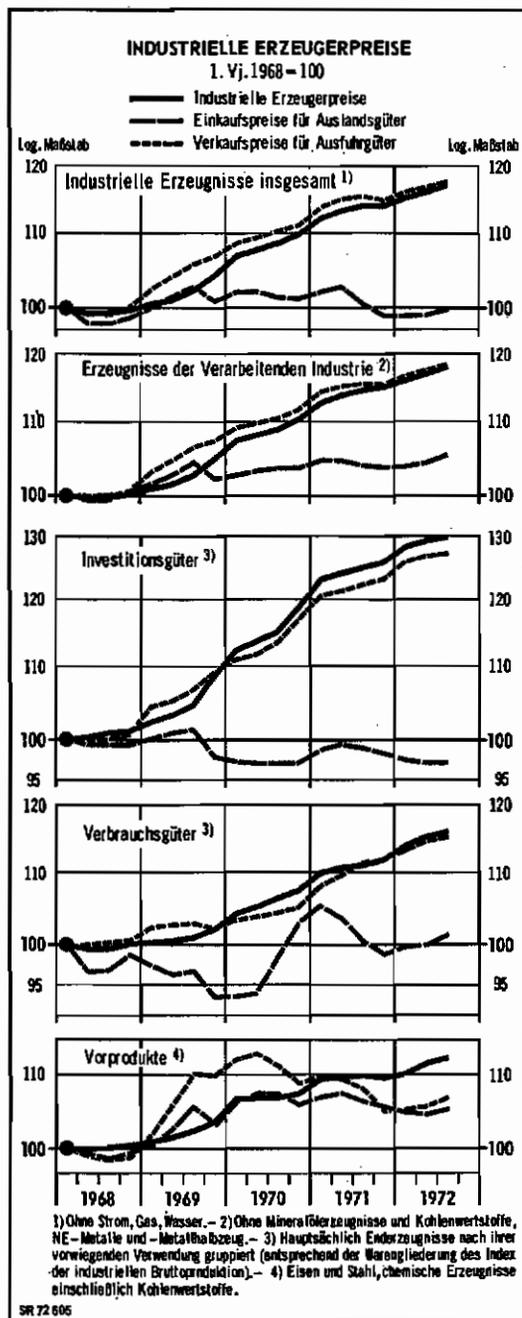


Schaubild 23



(Schaubild 24). Im Vorjahr konnte dies nicht mehr ganz gelingen, teils weil mit der Höherbewertung der D-Mark die Preiskonkurrenz aus dem Ausland schärfer geworden war, teils weil sich die Nachfrage abgeschwächt hatte. Eine starke Einengung der Gewinnmargen war die Folge (Ziffer 178).

Die Belegung der Nachfrage, so verhalten sie 1972 zeitweilig auch war, hat den Unternehmen offenbar neue Preiserhöhungsspielräume geboten, die sie auf den Inlandsmärkten wie auf den Auslandsmärkten

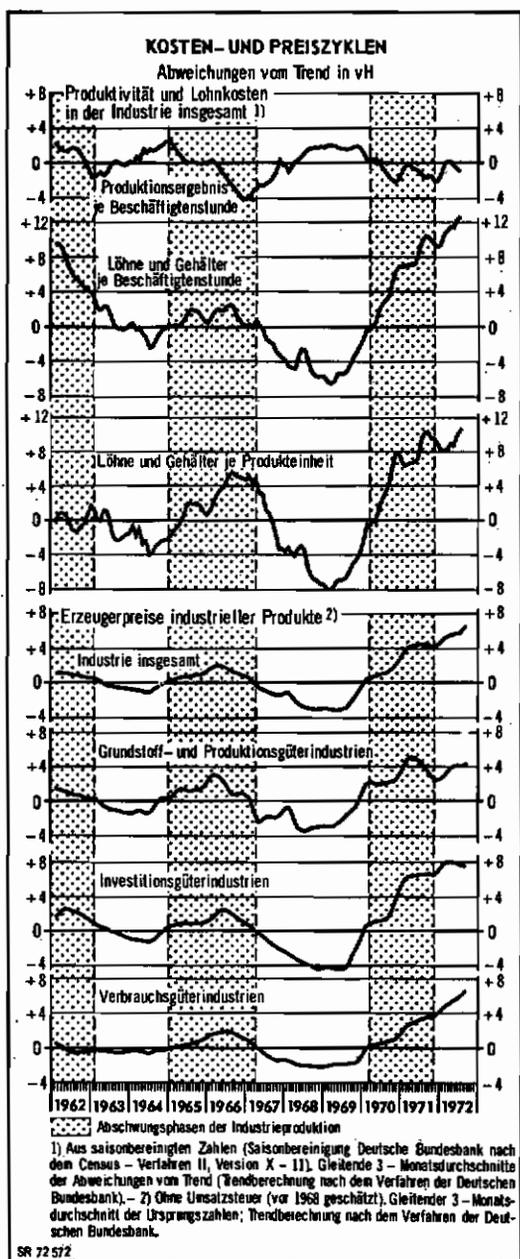
nutzten. Dies gilt sowohl für die Investitionsgüterindustrien, als auch und vor allem für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, in denen der Lohnkostendruck 1971 infolge spürbarer Absatzeinbußen besonders stark zugenommen hatte.

187. Preisanhebungen auf den inländischen Märkten waren 1972 auch deshalb wieder leichter möglich, weil sich nach dem Realignment der Konkurrenzdruck von außen gerade in jenen Bereichen kaum noch verschärfte, in denen die Nachfrage am ehesten auf Importe ausweichen kann. Die Einfuhrpreise für Verbrauchsgüter, die im Vorjahr kräftig zurückgegangen waren und die den Preisaufrieb auf der inländischen Erzeugerstufe gedämpft hatten, zogen im Verlauf des Jahres 1972 im Gleichschritt mit den inländischen Erzeugerpreisen an; seit der Jahresmitte galt dies auch für Vorprodukte. Demgegenüber konnten die Preise für Investitionsgüter, die auf den internationalen Märkten einen besonders hohen Spezialisierungsgrad aufweisen, um die Jahreswende 1971/72 im Inlandsabsatz wie im Auslandsabsatz sprunghaft angehoben werden, obwohl sich importierte Investitionsgüter weiter verbilligten.

188. Am stärksten wurden die Erzeugerpreise in den Bereichen heraufgesetzt, in denen die steigende Nachfrage auf geringe Angebotsreserven traf. Die unbrochene Expansion der Konsumnachfrage scheint den Verbrauchsgüterindustrien stets auf neue Preiserhöhungsspielräume geboten zu haben, so daß selbst hohe Lohnzugeständnisse die Gewinnmargen nicht gefährdet haben dürften. Daß die Produktionskosten steigen und daß steigende Kosten überwältigt werden können, ist hier offensichtlich in den letzten Jahren fast zur Gewohnheit geworden; dies macht den Preiswettbewerb undurchsichtiger und damit weniger streng. Vom Frühjahr 1972 an, als die Tarifloohnerhöhungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie wirksam wurden, verteuerten sich Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien besonders stark: Vom ersten bis zum dritten Vierteljahr 1972 stiegen die Preise mit einer Jahresrate von 4,8 vH und damit noch rascher als im Verlauf des Vorjahres (4,2 vH).

189. Die Preise auf dem Baumarkt sind 1972 weiter gestiegen, allerdings nicht mehr so kräftig wie 1971. Überdurchschnittliche Preiserhöhungen wurden nach wie vor im Wohnungsbau durchgesetzt, in dem die Nachfrage weiter stark expandierte (Ziffer 136). Die im Frühjahr vereinbarten Lohnerhöhungen scheinen, nach der sprunghaften Verteuerung der Wohnbauten im Mai 1972 zu schließen, unverzüglich weitergewälzt worden zu sein. Im Herbst 1972 waren die Preise noch einmal um 6,4 vH höher als im Herbst 1971, obwohl sich Wohnbauten in den beiden Jahren davor bereits um rund 30 vH verteuert hatten. Dagegen hat die ungünstige Auftragslage im Straßenbau die Unternehmen auch 1972 noch zu Zurückhaltung in den Preisforderungen gezwungen. Der Preisaufrieb kam hier nahezu zum Stillstand; im Herbst 1972 lag das Preisniveau nur mehr um 0,5 vH über dem des Vorjahres.

Schaubild 24



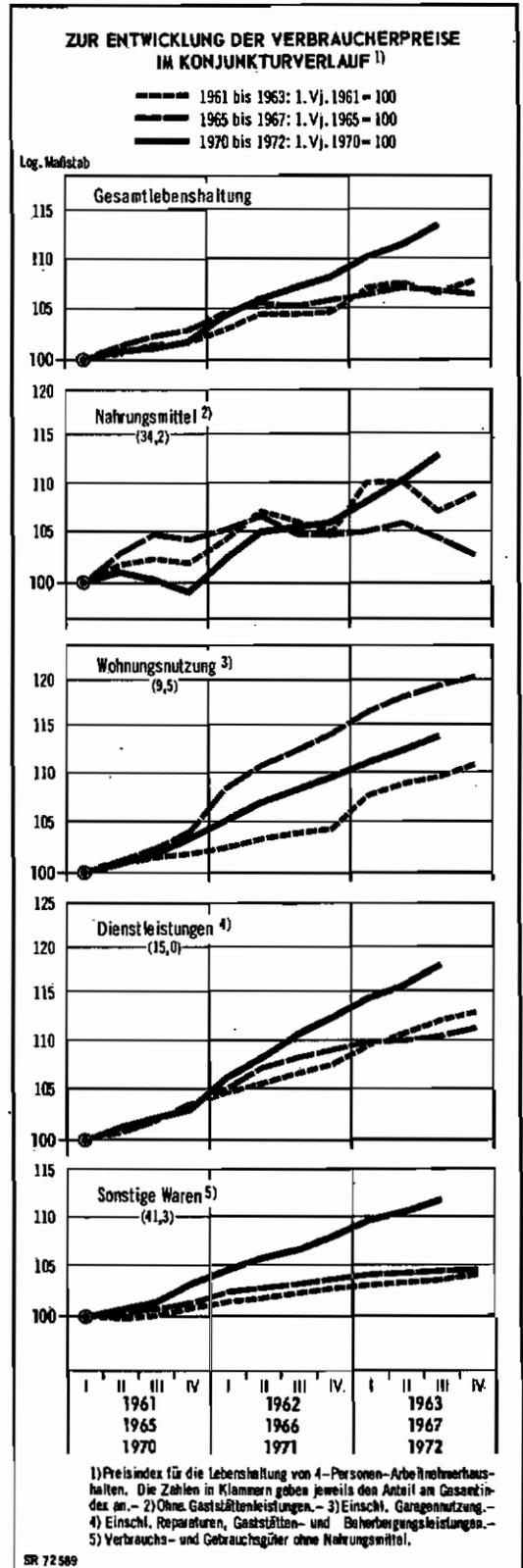
190. Landwirtschaftliche Produkte haben sich seit dem Frühjahr 1972 ungewöhnlich verteuert. Vor allem das knappe Angebot an Schlachtrindern, nicht zuletzt eine Folge der 1970 von der EWG mit Prämien geförderten Abschlachtaktion, trieb das Preisniveau für tierische Produkte kräftig in die Höhe. Im Sommer 1972 war Rindfleisch um rund 26 vH teurer als im Vorjahr. Demgegenüber ließ der Anstieg der Milchpreise endlich nach; diese waren nach der Freigabe des Preises für Trinkmilch (31. Januar 1971) auf der Verbraucherstufe — offenbar begünstigt durch den starken Konzentrationsprozeß in der Milchwirtschaft während der letzten Jahre — in spektakulärem Ausmaß heraufgesetzt worden.

Ungewöhnlich rasch stiegen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in den Sommermonaten, als zur Teuerung bei tierischen Erzeugnissen eine witterungsbedingte Angebotsverknappung bei pflanzlichen Produkten, insbesondere bei Kartoffeln, Obst und Gemüse, hinzukam. Insgesamt lagen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den ersten zehn Monaten 1972 um 12,4 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; in den Jahren 1970 und 1971 waren sie absolut zurückgegangen.

191. Die Hoffnungen, der Kaufkraftverlust der Verbraucher werde 1972 geringer werden, haben sich nicht erfüllt. Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe, der für das Geldwertbewußtsein der Öffentlichkeit eine größere Rolle spielt als Preissteigerungen auf der vorgelagerten Erzeugerstufe, ging 1972 sogar deutlich über die Geldentwertungsrate des Vorjahres (5,2 vH) hinaus. In den ersten Monaten des Jahres hatte es zwar zunächst den Anschein, als ob diese Rate unterschritten werden könnte; die Steigerungsraten gingen etwas zurück. Das starke Anziehen der Nahrungsmittelpreise hat die rückläufige Tendenz der Teuerungsraten um die Jahresmitte jedoch beendet; Tarifierhöhungen bei der Post und die Heraufsetzung der Tabaksteuer kamen hinzu, und auch von den Preisen für industriell erzeugte Waren gab es nicht die erhoffte und dringend benötigte Entlastung. Im Oktober 1972 war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 6,4 vH höher als vor Jahresfrist. Dabei waren

- Nahrungsmittel um 7,9 vH,
- Dienstleistungen um 6,6 vH,
- Wohnungsmieten um 5,5 vH und
- sonstige Industriewaren um 5,4 vH teurer als im Vorjahr (Schaubild 25).

192. Die Lebenshaltung wurde 1972 am meisten durch den starken Preisanstieg bei Nahrungsmitteln verteuert, für die die Haushalte im Durchschnitt etwa ein Drittel ihrer Ausgaben aufwenden. Hatten in den Wintermonaten die Nahrungsmittelpreise noch dämpfend auf die Entwicklung der Verbraucherpreise gewirkt, so kehrte sich diese Tendenz im Frühjahr 1972 um. Von April bis Oktober stiegen die Preise für Nahrungsmittel (saisonbereinigt) sogar mit einer Jahresrate von fast 13 vH.

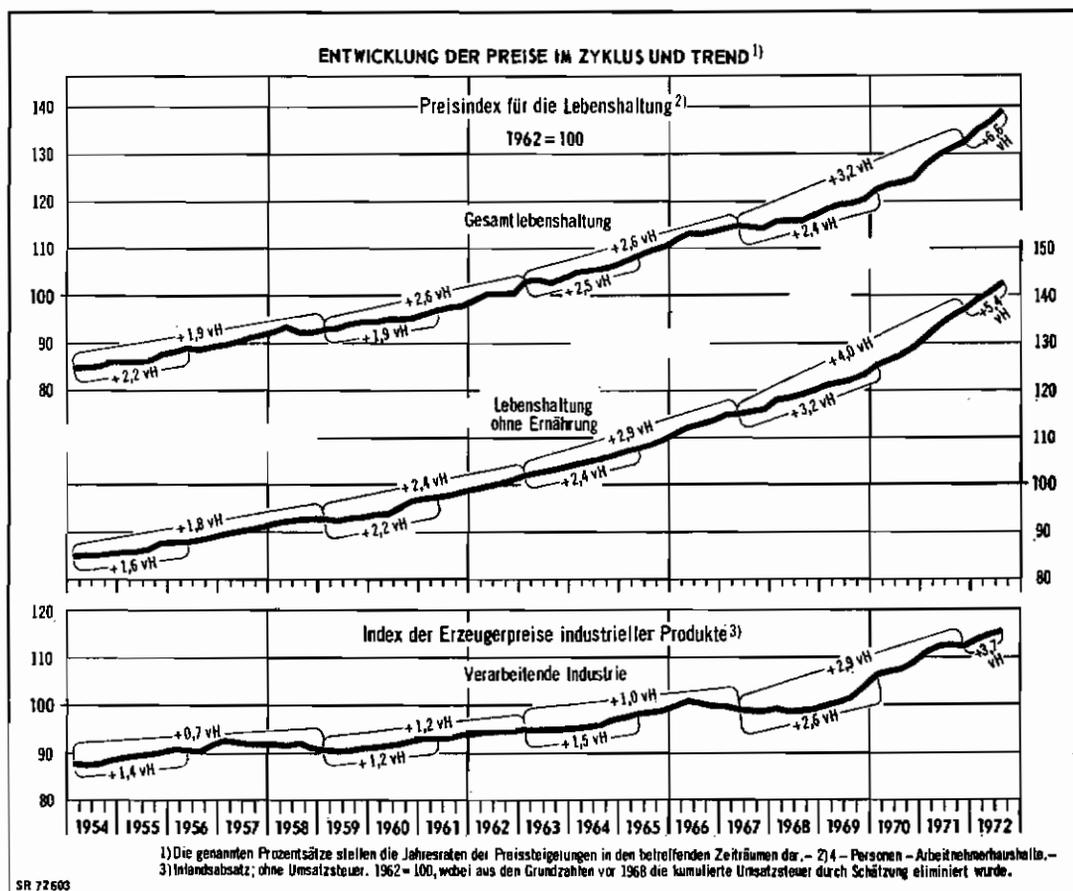


193. Zu der nochmaligen Beschleunigung des Preisauftriebs wäre es allerdings trotz der Teuerung bei den Nahrungsmitteln nicht gekommen, hätten die Preise für industriell erzeugte Verbrauchsgüter — sie stellen reichlich 40 vH des Warenkorbs der Haushalte — die von ihnen erwartete stabilisierende Rolle gespielt. Der höhere Produktivitätsfortschritt in der Industrie hatte in der Vergangenheit stets seinen Ausdruck auch darin gefunden, daß von diesen Gütern preisdämpfende Wirkungen ausgingen, die den Preisauftrieb in den produktivitätsschwachen Bereichen teilweise kompensierten. Zwar deutete sich nach dem Preisschub um die Jahreswende 1971/72, der von der Erzeugerstufe ausging, eine allmähliche Beruhigung an; seit dem Frühjahr steigen die Verbraucherpreise für industriell erzeugte Güter jedoch ebenso stark wie im Vorjahr, allerdings noch nicht beschleunigt wie auf der Erzeugerstufe. Die Erhöhung der Tabaksteuer hatte zur Folge, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im September um 0,2 vH zusätzlich nach oben gedrückt wurde; der Geldwertschwund ging damit erstmals über sechs Prozent hinaus.

194. Daß die Preise für Dienstleistungen weiter rasch steigen würden, war zu erwarten. Denn erfahrungsgemäß schlagen hohe Lohnsteigerungen in diesem Bereich seiner Arbeitsintensität wegen stärker auf die Preise durch als anderswo. Die Überwälzung fiel um so leichter, als auch 1972 die Nachfrage nach Dienstleistungen kräftig expandierte. Hinzu kam, daß behördlich fixierte Preise, die in der Regel nur verzögert der Kostenentwicklung angepaßt werden, 1972 ebenfalls stark erhöht wurden. Außer zahlreichen Nahverkehrs- und Versorgungstarifen wurden insbesondere die Tarife der Bundesbahn zu Beginn des Jahres und die Postgebühren im Frühjahr und im Sommer heraufgesetzt; dies erhöhte die Teuerungsrate um weitere 0,2 Prozentpunkte. Auch für die Leistungen im Gesundheitswesen mußten die Verbraucher nochmals erheblich mehr bezahlen als 1971.

195. Demgegenüber hat sich der Preisauftrieb bei den Wohnungsmieten, der im Vorjahr zugenommen hatte, 1972 leicht abgeschwächt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Mieten für Altbau-

Schaubild 26



wohnungen, deren Niveau seit der starken Steigerung im Vorjahr fast an das vergleichbarer Wohnungen im sozialen Wohnungsbau heranreicht, 1972 nicht mehr im gleichen Ausmaß wie zuvor heraufgesetzt wurden; im Oktober waren sie um 4,9 vH höher als vor Jahresfrist (Oktober 1971: 7,1 vH). Stärker erhöht wurden die Mieten für freifinanzierte Neubauwohnungen; im Oktober 1972 lagen sie um 6,1 vH über dem Stand des Vorjahres. Indessen hat sich auch hier der Anstieg im Verlauf des Jahres nicht mehr im gleichen Tempo vollzogen wie 1971. Mit der Baupreisentwicklung allein ist dies wohl kaum zu erklären, denn auch 1972 haben sich Wohnbauten kräftig verteuert. Vielmehr scheinen die Renditeüberlegungen der Bauherren mehr als früher von der Vorwegnahme künftiger Wertsteigerungen bestimmt zu sein, so daß sich die für Neubauten geforderten Mieten von der Entwicklung der Baukosten lösen können.

Preisniveau und Preisstruktur im Zyklus und im Trend

196. In der Vergangenheit ist auf die Phase eines beschleunigten Preisauftriebs in der Hochkonjunktur und im beginnenden Abschwung stets eine Phase stark verlangsamten Preisanstiegs gegen Ende des Abschwungs und in der Anfangsphase des neuen Aufschwungs gefolgt; auch Preissenkungen waren dann — insbesondere auf der Erzeugerstufe — eher die Regel als die Ausnahme. In Schaubild 26, das über den Anstieg der Verbraucherpreise und der Erzeugerpreise seit Mitte der fünfziger Jahre informiert, sind die Preissteigerungsraten für die Zyklen im ganzen und für die Aufschwungsphasen angegeben; die gegenwärtige Aufschwungsphase umfaßt bislang drei Vierteljahre.

197. Die Verteuerung der Lebenshaltung während der 60er Jahre könnte zu dem Urteil führen, in der westdeutschen Wirtschaft hätte sich ein Trend der Geldentwertung von 2 1/2 vH herausgebildet. Im letzten Konjunkturzyklus hingegen hat sich das Tempo der Geldentwertung nicht nur spürbar verschärft, es hat auch in der Abschwungsphase bis in den neuen Aufschwung hinein unvermindert angehalten. Beides deutet darauf hin, daß sich der Trend des Preisanstiegs geändert hat.

Für die Befürchtung, daß der Trend der Geldentwertung steiler geworden ist, spricht vor allem das beschleunigte Anziehen der Industriepreise. Während diese in der Vergangenheit im Jahresdurchschnitt um 1 1/2 vH gestiegen waren, verteuerten sich industrielle Erzeugnisse im letzten Zyklus durchschnittlich um 2,9 vH, dabei allein 1971 — im Abschwung — um 4,7 vH; von diesem Niveau aus hat 1972 der neue Konjunkturaufschwung begonnen.

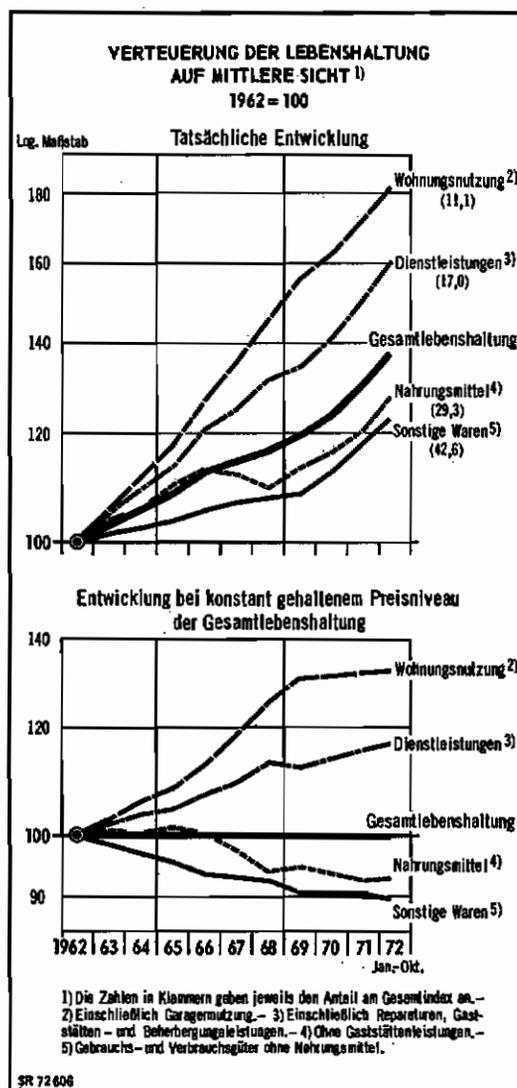
198. In der längerfristigen Entwicklung der Preisstruktur kommt deutlich zum Ausdruck, daß eine dämpfende Wirkung auf den Anstieg des Verbraucherpreisniveaus — sieht man von sinkenden Importpreisen, wie während der Zeit des Floating 1971, einmal ab — allein von den industriell er-

zeugten Verbrauchsgütern und Gebrauchsgütern ausgehen kann.

Am stärksten haben sich die Dienstleistungen und die Wohnungsnutzung verteuert, am wenigsten die industriell erzeugten Gebrauchsgüter und Verbrauchsgüter (Schaubild 27). Deren beschleunigtes Anziehen im letzten Zyklus hat die Verbraucher besonders getroffen. Seit 1969 steigen die Dienstleistungspreise stärker als die Wohnungsmieten.

199. Längerfristig kann das Preisniveau in der Gesamtwirtschaft nur dann konstant bleiben, wenn Preisen, die steigen, andere gegenüberstehen, die entsprechend sinken. Bei funktionierendem Wettbewerb auf den Faktor- und Gütermärkten gilt, daß sich die Preise mittelfristig nicht viel anders entwickeln werden als die Stückkosten. Unterschiede im Anstieg der Stückkosten werden vor allem von

Schaubild 27



Unterschieden in der Produktivitätsentwicklung bestimmt. Diese Unterschiede sind weitgehend als gegeben zu nehmen, so insbesondere jene zwischen der Industrie und dem Dienstleistungsbereich. Für das gesamtwirtschaftliche Preisniveau kommt es somit darauf an, daß Preiserhöhungen in Bereichen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten kompensiert werden durch Preissenkungen in Bereichen mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten. Möglichkeiten für kompensatorische Preissenkungen sind vor allem in der Industrie gegeben. Sie können nicht zum Zuge kommen, wenn bereits hier die Produktivitätsfortschritte durch Lohnerhöhungen voll ausgeschöpft werden, wenn sich also die Löhne in der Industrie am industriellen Produktivitätsfortschritt und nicht an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung orientieren.

II. Die Außenwirtschaft nach dem Realignment

200. Das Floating der D-Mark und die Neufestsetzung der Wechselkurse Ende 1971 haben die Bedingungen für den Außenhandel der Bundesrepublik wesentlich geändert. Dies hat sich jedoch auf die Exportentwicklung weniger ausgewirkt, als vielfach befürchtet worden war. Die deutschen Exporteure konnten sogar, begünstigt durch die konjunkturelle Belebung und die Preisentwicklung in wichtigen Partnerländern, ihre D-Mark-Preise wieder kräftig anheben (Ziffern 201 ff.).

Deutlicher haben die Importe auf die Höherbewertung der D-Mark reagiert. Die Einfuhren waren im Herbst 1972 nicht teurer als vor der Kursfreigabe im Mai 1971. Dem Volumen nach haben sie erheblich stärker zugenommen, als der Entwicklung der Binnenkonjunktur entsprochen hätte (Ziffern 207 ff.). Die Schere zwischen Exportpreisen und Importpreisen hat sich somit auch 1972 weiter geöffnet. Dies verschaffte der deutschen Volkswirtschaft einen zusätzlichen Einkommensvorteil (Ziffer 211). Das Verhältnis von Ausführpreisen zu Einfuhrpreisen (Terms of Trade) hat sich so sehr verbessert, daß die Überschüsse im Warenverkehr größer wurden, obwohl die Importmengen stärker zunahmen als die Exportmengen; doch standen diesen Überschüssen auch größere Defizite bei den Dienstleistungen und den Übertragungen gegenüber (Ziffern 213 ff.).

Die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland haben bis zum Sommer 1972 angehalten. Mit dem Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten und der weiteren Beschränkung des Kapitalverkehrs in der Bundesrepublik kamen sie ab August zum Erliegen (Ziffern 216 f. und 230 f.). Der Kurs des Dollar, der im Juni und Juli erneut spekulativem Druck ausgesetzt war, erhöhte sich wieder. Die Bundesbank konnte nun ihre Devisenreserven geringfügig vermindern.

Weiterhin Zunahme der Ausfuhr — Starke Expansion der Einfuhr

201. Trotz der Höherbewertung der D-Mark im zweiten Halbjahr 1971 nahmen 1972 die Auslands-

aufträge wie auch Lieferungen an das Ausland wieder deutlich zu. Noch im Herbst 1971 war die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren auf den Auslandsmärkten in der Öffentlichkeit weithin pessimistisch beurteilt worden. Die Exporteure waren in der Periode des Floating nicht mehr in der Lage gewesen, sowohl die Verteuerung der D-Mark als auch binnenwirtschaftliche Kostensteigerungen auf die ausländischen Abnehmer zu überwälzen. Seit der Jahreswende 1971/72 konnten sie jedoch ihre D-Mark-Preise wieder kräftig erhöhen. Im September 1972 waren deutsche Exportgüter im Durchschnitt um 3 vH teurer als Ende 1971. Die Unternehmen haben damit die Ausführpreise nahezu ebenso stark heraufgesetzt wie die Preise im Inlandsabsatz (Ziffer 185).

202. Die Absatzerwartungen der exportierenden Wirtschaft haben sich durch die Vereinbarungen von Washington wieder gebessert; die Unsicherheit über das Ausmaß der auszuhandelnden Aufwertung war beseitigt. Stellt man die Wechselkursänderungen der Währungen unserer Handelspartner in Rechnung, ergab sich für die D-Mark ein gewogener Aufwertungssatz von 6,4 vH. Verglichen mit den letzten Wochen des Floating entsprach dies vorübergehend sogar einer leichten Abwertung. Die Absatzaussichten stellten sich somit besser dar, als während des Floating befürchtet worden war (Ziffer 128).

203. Dies vermag die Exportpreissteigerungen nach zwei Aufwertungen innerhalb kurzer Zeit nur zum Teil zu erklären. Schon von Herbst 1969 bis Ende 1971 hatten sich deutsche Waren im Zusammenhang mit den Paritätsänderungen sowie starken inländischen Kostensteigerungen, in Dollar gerechnet, um nicht weniger als ein Drittel verteuert. Offenbar boten jedoch der anhaltende Preis- und Kostenauftrieb im Ausland, aber auch die konjunkturelle Belebung bei unseren Handelspartnern den deutschen Exporteuren seit Beginn des Jahres wieder Preiserhöhungsspielräume, die angesichts der gedrückten Gewinnmargen unverzüglich genutzt wurden.

204. Bei den einzelnen Warengruppen verlief die Entwicklung der Exportpreise nur wenig differenziert. Die Unterschiede in der Auslastung der Produktionsanlagen haben sich in den Ausführpreisen kaum niedergeschlagen. Die Verbrauchsgüter verteuerten sich im Verlauf der ersten neun Monate 1972 um 3,3 vH, die Investitionsgüter um 3,1 vH. Lediglich die Exporteure gewerblicher Rohstoffe und Halbwaren, wenig spezialisierter Produkte also, haben noch im Verlauf des Frühjahrs ihre D-Mark-Verkaufspreise vorübergehend zurückgenommen.

Da während der Periode des Floating die Ausführpreise in D-Mark leicht zurückgegangen waren, kommt die Erhöhung der Exportpreise im Vorjahresvergleich nicht so deutlich zum Ausdruck. Im Durchschnitt der ersten neun Monate 1972 waren die Exportpreise um 2 vH höher als im Vorjahr.

205. Trotz der Aufwertung der D-Mark und des erneuten Anstiegs der Ausführpreise waren die

Exporte in den ersten neun Monaten 1972 dem Wert nach um 6 vH, dem Volumen nach um 5 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Expansion der Ausfuhren war damit zwar deutlich geringer als im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1971 (wertmäßig + 11,2 vH, volumenmäßig + 10,5 vH), jedoch war der Exportanstieg weniger gebremst worden als nach der Aufwertung 1961, die sich von der konjunkturellen Situation her eher für einen Vergleich anbietet als die von 1969.

206. Die Ausfuhr in die Länder der Gemeinschaft hat in den ersten neun Monaten 1972 nur wenig zugenommen, vor allem wohl, weil die konjunkturelle Expansion in der Gemeinschaft noch verhalten war. Nur nach Frankreich, dessen Binnennachfrage stärker zunahm, konnten die Exporte kräftig ausgeweitet werden, obwohl die D-Mark gerade gegenüber dem französischen Franken mit 4,6 vH stärker aufgewertet worden war als gegenüber den Gemeinschaftswährungen insgesamt (3,5 vH). Offenbar kam den konjunkturellen Auftriebskräften für die Ausfuhr ein größeres Gewicht zu.

Der ungewöhnlich starke Anstieg der Exporte nach Großbritannien, der um die Jahreswende 1970/71 eingesetzt hatte, hat bisher trotz Aufwertung der D-Mark und Floating des Pfundes, das inzwischen am Markt um etwa 10 vH abgewertet wurde, mit unvermindertem Tempo angehalten. Doch betraf diese Ausfuhrerweiterung nur wenige Waren; fast zwei Drittel entfielen allein auf Kraftfahrzeuge und Schiffe.

Der starke Rückgang der Exporte in die Vereinigten Staaten fand mit der Aufhebung der protektionistischen Maßnahmen ein Ende (Ziffer 78). Nach einer vorübergehenden Belebung des Absatzes zu Jahresbeginn hielten sich die Exporte auf dem erreichten Niveau.

207. Die Importe verteuerten sich in der ersten Jahreshälfte 1972 nur wenig. Erst danach kam es zu einem raschen Preisanstieg (Schaubild 23). Im September waren die Einfuhrpreise um 2,6 vH höher als im Dezember 1971, zum Zeitpunkt der Rückkehr zu festen Wechselkursen. Während des Floating hatte sich die Höherbewertung der D-Mark zum größten Teil in einem Rückgang der Einfuhrpreise in D-Mark niedergeschlagen; die Verbilligung ausländischer Währungen war damit weitgehend den deutschen Abnehmern zugute gekommen. Im September 1972 waren die Einkaufspreise für Importwaren noch um 3 vH billiger als im April 1971, unmittelbar vor der Kursfreigabe. Insgesamt dürften von den Importen auch 1972 dämpfende Wirkungen auf das inländische Preis- und Kostenniveau ausgegangen sein.

208. Unter den Importen waren im Herbst 1972 nur Fertigwaren etwas teurer als vor der Kursfreigabe. Diese Güter hatten sich während der Periode des Floating lediglich um knapp 1 vH verbilligt; bereits unmittelbar nach der Jahreswende 1971/72 verteuerten sie sich wieder. Im September 1972 waren die Importpreise für Fertigwaren um 1,7 vH höher

als Ende 1971. Damit befanden sich ausländische Anbieter weiter in einer günstigen Wettbewerbsposition.

Die Preise für importierte Rohstoffe und Halbwaren, die während des Floating besonders stark zurückgegangen waren, blieben bis zur Mitte des Jahres 1972 nahezu stabil. Erst danach kam es bei diesen Waren zu kräftigen Preissteigerungen. Gleichwohl waren sie im Herbst noch immer um 6¹/₂ vH billiger als vor der Kursfreigabe.

209. Die Einfuhrmengen reagierten deutlich auf den Rückgang der Importpreise. Trotz der konjunkturellen Abschwächung wurden die Bezüge aus dem Ausland schon im Vorjahr kräftig ausgeweitet; die Zunahme der Importe wäre ohne die aufwertungsbedingte Verbilligung wohl geringer ausgefallen. Auch 1972 wurde das Importvolumen erheblich stärker ausgedehnt, als allein aufgrund der Zunahme des realen Bruttosozialprodukts (3 vH) zu erwarten gewesen wäre. In den ersten neun Monaten 1972 waren die Einfuhren dem Volumen nach um 9 vH, dem Wert nach nur um 5 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Besonders kräftig weitete sich erneut die Einfuhr von Verbrauchsgütern aus; die Importe von Rohstoffen nahmen, der konjunkturellen Entwicklung folgend, bislang erst wenig zu (Ziffer 160).

210. Alles in allem ergibt sich: Volumenmäßig sind die Importe, wertmäßig die Exporte stärker gestiegen. Das Verhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen (Terms of Trade) hat sich demnach 1972 nochmals stark verbessert, und zwar für die ersten neun Monate um 4,5 vH gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum, wenn man der Berechnung wie üblich die Durchschnittswerte der Ausfuhr und der Einfuhr zugrunde legt (Schaubild 28).

Aufs ganze Jahr gesehen dürften die Terms of Trade um ungefähr 3¹/₂ vH günstiger sein als im Vorjahr. In den letzten drei Jahren hat sich damit das Austauschverhältnis um insgesamt rund 10 vH erhöht, nachdem es in den Jahren 1962 bis 1969 weitgehend konstant geblieben war. Die Bundesrepublik konnte also 1972 im Austausch für eine gegebene Menge an Exportgütern rund 10 vH mehr Waren importieren als 1969.

211. Da sich die Schere zwischen den Export- und den Importpreisen weiter zugunsten der Bundesrepublik öffnete, hat der Außenhandel auch 1972 einen zusätzlichen Einkommensvorteil erracht. Wären die Einfuhrpreise in diesem Jahr gleich stark gestiegen wie die Ausfuhrpreise, so wäre bei den gegebenen Importmengen der Außenbeitrag, der sich 1972 ergibt (11 Mrd. DM), nur dann erreicht worden, wenn für rund 5¹/₂ Mrd. DM mehr Waren und Dienstleistungen exportiert worden wären. Bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt beläuft sich dieser Vorteil 1972 auf rund 1 vH (Tabelle 21). Ein solcher Terms-of-Trade-Effekt ist wie ein inländischer Produktivitätszuwachs in Form höherer Einkommen verteilbar. In den letzten drei Jahren konnten, vornehmlich als Folge der mehrfachen Höherbewer-

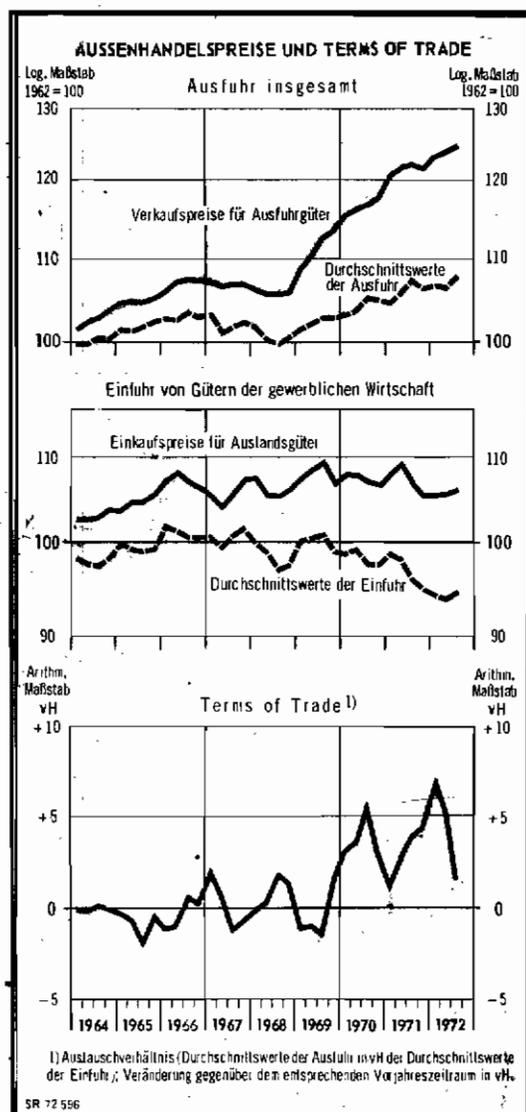
tung der D-Mark, die Realeinkommen um insgesamt etwa 2 1/2 Prozentpunkte stärker steigen, als es der reale Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses je Erwerbstätigen (13 vH) allein erlaubt hätte; das Mehr beträgt also fast ein Fünftel.

Daß die gesamte Volkswirtschaft aus den Aufwertungen erhebliche Einkommensvorteile erzielte, sagt indes nichts darüber aus, wem diese im einzelnen zugefallen sind.

212. Die Wettbewerbsvorteile der deutschen Exporteure, die Anfang 1971 trotz des starken inländischen Preis- und Kostenanstiegs noch bestanden hatten, waren durch die Höherbewertung der D-Mark während des Floating wohl beseitigt (JG 71 Ziffern 160 ff.). Die Befürchtungen der Exportwirt-

schaft, die Auslandsmärkte nur durch erhebliche Preiszugeständnisse halten zu können, haben sich 1972 nicht bestätigt. Obwohl die Ausfuhrpreise in D-Mark sogar wieder erhöht wurden, nahm der Anteil der Bundesrepublik an der Weltausfuhr (gerechnet zu jeweiligen Wechselkursen) weiter zu. Das lag wohl daran, daß sich die Wettbewerbsposition deutscher Waren auf den Auslandsmärkten seit Anfang 1972 nicht weiter verschlechtert, sondern eher wieder leicht verbessert hat. Gemessen an den Durchschnittswerten der Ausfuhr dürften sich deutsche Exportgüter im Verlauf des Jahres 1972 weniger verteuert haben als die Exportgüter der wichtigsten Industrieländer (Schaubild 29). Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Lohnkosten je Produkteinheit, in US-Dollar gerechnet, 1972 wohl erstmals seit 1969 nicht mehr stärker zunehmen als bei unseren Handelspartnern.

Schaubild 28



Leichtes Defizit in der Leistungsbilanz

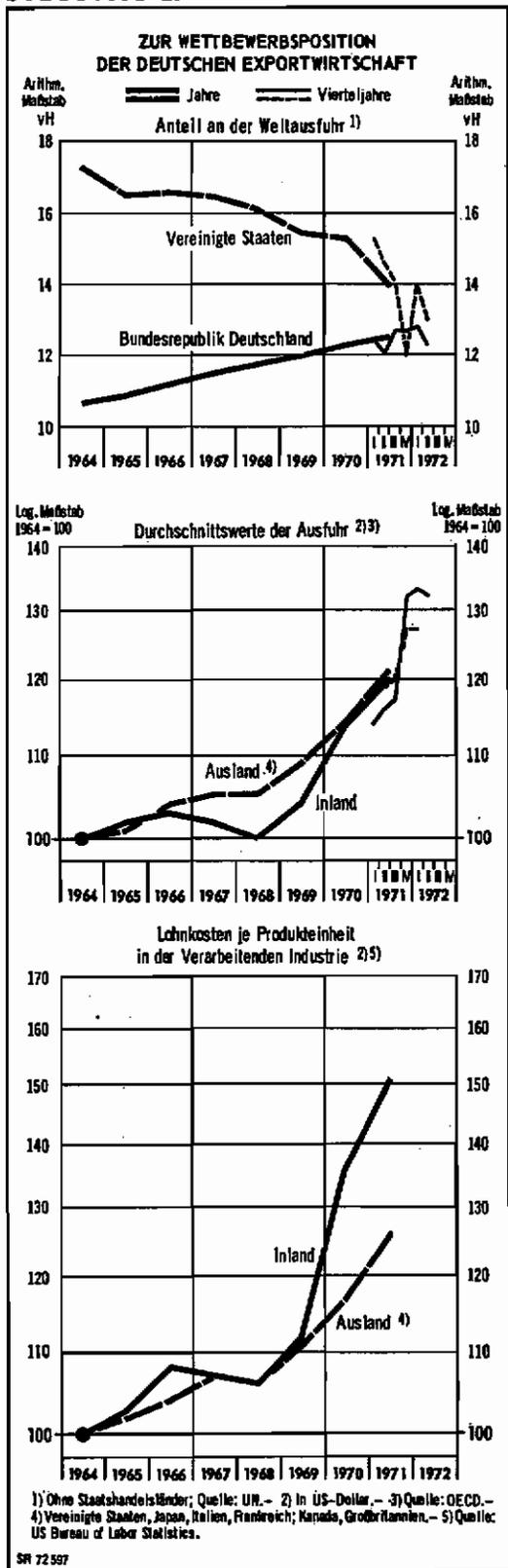
213. Der Überschuß der Handelsbilanz dürfte 1972 nicht sinken, sondern trotz der Höherbewertung der D-Mark größer ausfallen als 1971 (15,9 Mrd. DM). In den ersten neun Monaten 1972 belief sich der Exportüberschuß auf 13 Mrd. DM und war damit um 1,5 Mrd. DM größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (Tabelle 23).

214. Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland dürfte sich das Defizit 1972 nochmals vergrößern (1971: 4,8 Mrd. DM). Vor allem nimmt das Defizit im Reiseverkehr weiter zu, wenn auch die Ausgaben für Auslandsreisen nicht mehr in dem Maße steigen wie in den beiden letzten Jahren. Zwar waren sie im ersten Vierteljahr 1972 nochmals beträchtlich höher als im Vorjahr, wohl deshalb weil der Winterurlaub zunehmend beliebter wird, doch flachte sich ihr Anstieg danach deutlich ab. Dazu mag beigetragen haben, daß die Lohneinkommen weniger stark stiegen als im Vorjahr, aber auch, daß die Olympischen Spiele in diesem Jahr wohl viele von einer Auslandsreise abhielten.

215. Der Außenbeitrag, der weitgehend dem Saldo aus Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland entspricht¹⁾, dürfte 1972 11,1 Mrd. DM

¹⁾ Der Außenbeitrag war 1971 um 1 Mrd. DM kleiner als der Saldo aus Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland. Beim Außenbeitrag, einer Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ist vom Generalhandel auszugehen, korrigiert um den Lagerverkehr auf ausländische Rechnung, beim Saldo aus Waren- und Dienstleistungsverkehr, einem Teil der Zahlungsbilanz, dagegen vom Spezialhandel. Der Unterschied zwischen Generalhandel und Spezialhandel beruht auf dem unterschiedlichen Nachweis der auf Lager eingeführten Waren. In den Außenbeitrag gehen die Versicherungsprämien (Bruttoprämien) nicht voll ein, sondern nur die darin enthaltenen Entgelte für Dienstleistungen der Versicherungsunternehmen. Außerdem werden die unentgeltlichen Ausfuhr- und Einfuhren zum Teil abgesetzt. Ein weiterer wichtiger Unterschied liegt darin, daß im Außenbeitrag auch der Saldo der Transaktionen mit der DDR enthalten ist.

Schaubild 29



betragen, nach 10,1 Mrd. DM im Vorjahr. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt wird er mit 1,3 vH etwa so hoch sein wie 1971.

Nimmt man zum Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs die unentgeltlichen Leistungen hinzu, so ergibt sich in laufender Rechnung (Leistungsbilanz⁴⁾) für die ersten neun Monate 1972 ein Defizit von 1,6 Mrd. DM. Der höhere Passivsaldo in der Übertragungsbilanz ist diesmal nicht so stark durch die Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte in ihre Heimatländer bestimmt worden; die Zunahme der Ausländerbeschäftigung und auch die Lohnerhöhungen waren geringer als im Vorjahr. Vielmehr beruht das stärkere Defizit bei den Übertragungen vor allem darauf, daß im bisherigen Verlauf des Jahres der Staat an das Ausland, insbesondere an die Europäischen Gemeinschaften, erheblich mehr gezahlt hat, als er von dort empfing. In den ersten neun Monaten 1972 hat sich der Passivsaldo bei den öffentlichen Übertragungen auf 4,3 Mrd. DM erhöht (Januar bis September 1971 3,3 Mrd. DM).

Selbst wenn berücksichtigt wird, daß die laufende Rechnung stets im vierten Vierteljahr die größten Überschüsse innerhalb eines Jahres aufweist, dürfte diesmal die Leistungsbilanz auch aufs ganze Jahr gesehen mit einem leichten Defizit abschließen.

Kapitalzuflüsse aus dem Ausland gebremst

216. Bereits in der zweiten Hälfte 1971 hatte dem Abbau kurzfristiger Auslandsverbindlichkeiten eine kräftige Zunahme der langfristigen Kapitalimporte gegenübergestanden. Dies hat sich bis zur Jahresmitte 1972 fortgesetzt. Die Verlagerung in den Kapitalströmen wurde vor allem durch die verschärften Maßnahmen zur Abwehr kurzfristiger Geldzuflüsse bewirkt (Ziffer 224). Lediglich im Juni und Juli 1972 sind im Zusammenhang mit der Pfundkrise per Saldo auch kurzfristige Gelder in die Bundesrepublik geflossen. Im langfristigen Kapitalverkehr hatten bis 1970 mit Ausnahme der Jahre 1963 und 1965 die Exporte stets überwogen; seit Mitte 1970 haben sich die Kapitalströme jedoch umgekehrt (Ziffer 225). Im Jahre 1972 wurde allein von Januar bis Juli langfristiges Kapital in Höhe von 12 Mrd. DM netto importiert, verglichen mit 6,3 Mrd. DM im ganzen Jahr 1971. Am stärksten zu Buche schlug dabei der Erwerb festverzinslicher Wertpapiere durch Ausländer. Bis zur Einführung der Genehmigungspflicht am 29. Juni 1972 betragen diese Käufe reichlich 6 Mrd. DM.

217. Von August 1972 an ebnete der Zufluß langfristiger Mittel rasch ab. Ausländische Anleger konzentrierten sich nun, da ihnen der Zugang zu festverzinslichen Wertpapieren deutscher Emittenten versperrt war, vor allem auf den Erwerb von D-Mark-Auslandsanleihen, in geringerem Umfang

4) Seit Oktober 1971 faßt die Bundesbank in ihren Veröffentlichungen nicht nur die Handels- und Dienstleistungsbilanz, sondern auch die Übertragungsbilanz unter dem Begriff „Leistungsbilanz“ zusammen.

auch auf den Kauf deutscher Aktien und Investmentzertifikate. Gleichzeitig flossen jedoch — bezieht man den Restposten der Zahlungsbilanz mit ein, in dem sich Veränderungen der Zahlungsfristen niederschlagen — kurzfristige Gelder ins Ausland ab. Insgesamt hielten sich im August und September Kapitalimporte und Kapitalexporte nahezu die Waage.

218. Die Währungsreserven der Bundesbank haben sich von Januar bis Juli 1972 um 19,5 Mrd. DM erhöht; dies entsprach — von der Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten (0,6 Mrd. DM) abgesehen — weitgehend den Kapitalzuflüssen aus dem Ausland, da die Passivsaldo der Leistungsbilanz

in diesem Zeitraum gering waren. Obwohl im August wieder ein leichter Abbau der Währungsreserven einsetzte, betragen diese im Oktober 1972 noch 77 Mrd. DM; sie waren damit um fast 14 Mrd. DM höher als vor Jahresfrist. Zu berücksichtigen ist, daß sich nach der Festsetzung der Leitkurse im Dezember 1971 der Gegenwert der Dollarbestände in D-Mark um 6 Mrd. DM vermindert hatte ¹⁾.

¹⁾ Die Neubewertung des Goldbestandes und der Reserveposition im IWF (einschließlich Sonderziehungsrechte) bleibt wegen der noch nicht endgültig festgesetzten Goldparitäten einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Tabelle 23

Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz
Salden in Mill. DM

Zeitraum	Leistungsbilanz					Kapitalbilanz ⁴⁾		Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen ⁵⁾	Devisenbilanz ⁶⁾
	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungsbilanz ³⁾	insgesamt	langfristiger	kurzfristiger		
	Handelsbilanz ¹⁾	Dienstleistungsbilanz ²⁾							
		insgesamt	darunter Reiseverkehr			Kapitalverkehr			
1966	+ 7 958	- 1 595	- 3 403	- 6 295	+ 68	- 762	+ 1 643	+ 1 003	+ 1 952
1967	+ 16 862	- 1 004	- 3 034	- 6 422	+ 9 436	- 3 180	- 6 818	+ 422	- 140
1968	+ 18 372	- 154	- 3 106	- 7 312	+ 10 906	- 11 411	+ 4 176	+ 3 338	+ 7 009
1969	+ 15 584	- 908	- 3 888	- 8 450	+ 6 226	- 23 069	+ 4 061	+ 2 520	- 14 361
1970	+ 15 670	- 3 938	- 5 377	- 9 059	+ 2 673	- 2 948	+ 13 953	+ 8 234	+ 22 650
1971	+ 15 892	- 4 765	- 7 055	- 10 543	+ 584	+ 6 334	+ 829	+ 8 611	+ 10 989
1971 1. Vj.	+ 3 662	- 379	- 1 023	- 2 513	+ 770	+ 313	- 547	+ 7 340	+ 8 503
2. Vj.	+ 3 234	- 872	- 1 568	- 2 605	- 243	+ 1 989	- 567	+ 2 160	+ 3 339
3. Vj.	+ 4 659	- 2 463	- 3 168	- 3 006	- 810	+ 3 125	- 2 120	+ 1 741	+ 1 936
4. Vj.	+ 4 337	- 1 051	- 1 296	- 2 419	+ 867	+ 907	+ 4 063	- 2 630	- 2 789
1972 1. Vj.	+ 4 508	- 1 082	- 1 336	- 3 229	+ 197	+ 4 822	- 7 443	+ 5 728	+ 3 924
2. Vj.	+ 3 908	- 1 146	- 1 760	- 2 994	- 232	+ 5 826	+ 734	+ 3 610	+ 9 938
3. Vj.	+ 4 587	- 2 871	...	- 3 269	- 1 553	+ 2 412	+ 3 821	- 202	+ 4 478

¹⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

²⁾ Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen.

³⁾ Eigene Leistungen: —.

⁴⁾ Kapitalexport: —.

⁵⁾ Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

⁶⁾ Veränderung der Währungsreserven der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

Quelle: Deutsche Bundesbank

III. Geld- und Kreditpolitik: Ab Herbst wieder restriktiv

219. Die Bundesbank gab zu Beginn des Jahres 1972 ihren Restriktionskurs auf. Bemüht, das neue Wechselkursgefüge zu verteidigen, setzte sie im Februar abermals den Diskontsatz herab, diesmal um einen ganzen Prozentpunkt. Die Bankrate hatte damit jenen Wert erreicht (3%), den sie auch in den beiden vorangegangenen Phasen monetärer Lockerung nicht unterschritten hatte. In der Folgezeit war die Politik der Bundesbank von der Absicht geprägt, keine weitere Auflockerung der monetären Märkte, aber auch keine Verengung, zuzulassen. Erneut waren die geld- und kreditpolitischen Maßnahmen Reflex des Bemühens, unerwünschten Auslandseinflüssen entgegenzuwirken.

Im Spätsommer 1972 begann sich jedoch abzuzeichnen, daß mit außenwirtschaftlichen Störungen größeren Umfangs vorderhand nicht mehr zu rechnen war. Die Bundesbank nutzte alsbald den entstandenen Handlungsspielraum. Die westdeutschen Kreditinstitute hatten im August einen drastischen Entzug frei verfügbarer liquider Mittel hinzunehmen. Dies bewirkte eine Wende in der Zinsentwicklung; schon nach der Jahresmitte begannen die Zinsen wieder zu steigen. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch Erhöhungen des Diskont- und Lombardsatzes im Oktober und November 1972.

Die Rate der monetären Expansion war 1972 außerordentlich hoch. Erst in den letzten Monaten des Jahres begann die Zunahme des Geld- und Kreditvolumens sich etwas abzuschwächen.

Neuerliche Devisenzuflüsse

220. Die Washingtoner Vereinbarungen vom 18. Dezember 1971 hatten eine kräftige Höherbewertung der D-Mark insbesondere gegenüber dem Dollar erbracht. Die Währungsspekulation hätte sich damit eigentlich am Ziel sehen müssen: Dollars, die die Bundesbank vor Beginn der Floating-Periode im Mai 1971 zum damaligen unteren Interventionspunkt von 3,63 DM ankaufen mußte, konnten nach dem Realignement um rund 13 vH billiger zurück erworben werden. Vielfach hatte man erwartet, die Verkäufer von Devisen würden diesen Gewinn realisieren und sich nun nach einer anderweitigen Anlage umsehen. Um einen Abzug spekulativer Gelder zu fördern, senkte die Bundesbank am 22. Dezember 1971 den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt und ermäßigte vorsorglich die Mindestreserveverpflichtungen der Banken mit Wirkung vom 1. Januar 1972.

221. Der erwartete Devisenabfluß blieb jedoch aus. Das Realignement hatte offensichtlich nicht genügt, das Mißtrauen gegenüber dem US-Dollar zu beseitigen. Hatte der Kurs des Dollar nach dem Realignement zunächst deutlich oberhalb des Leitkurses gelegen, so war er bereits Ende Januar 1972 bis weit in die untere Hälfte der neuen, erweiterten Bandbreite abgesunken.

Dies war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die amerikanischen Behörden weiterhin nichts unternahmen, den Außenwert ihrer Währung zu stützen: Sie stellten weder die im August vorigen Jah-

Tabelle 24

Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1971	
13. Dezember	Die Bundesbank verständigt die Kreditinstitute, daß sie vorübergehend bis Ende Dezember das Überschreiten der Warnmarke beim Lombardkredit nicht beanstanden wird.
22. Dezember	Der Diskontsatz wird von 4½% auf 4%, der Lombardsatz von 5½% auf 5% gesenkt. Die Abgabesätze für Geldmarktpapiere aller Laufzeiten werden um ½% herabgesetzt. Die Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. Januar 1972 um 10 vH gesenkt. Die Bundesbank erklärt sich bereit, Dollars zum Kurs von 3,27 DM abzugeben.
1972	
2. Februar	Zum ersten Mal seit der Währungskonferenz von Washington tätigt die Bundesbank Dollarkäufe zur Kursstützung der amerikanischen Währung.
24. Februar	Der Diskontsatz wird von 4% auf 3%, der Lombardsatz von 5% auf 4% gesenkt. Die Abgabesätze für Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen aller Laufzeiten

Datum	
1972	
24. Februar	werden um $\frac{1}{2}\%$, für Vorratsstellenwechsel um 1% herabgesetzt. Die Rediskontkontingente werden mit Wirkung vom 1. März um 10 vH gekürzt. Die Zuwachsmindestreserve auf Auslandseinlagen der Kreditinstitute wird zum selben Termin von 30 vH auf 40 vH erhöht. Als Berechnungsbasis wird der November 1971 (vorher November 1970) herangezogen; eine damit verbundene Kürzung der Berechnungsbasis soll jedoch nicht höher sein als 20 vH des Basisbestandes vom November 1970. Außerdem beschließt der Zentralbankrat die Mindestreserven für reservspflichtige Sichtverbindlichkeiten gegenüber Ausländern demnächst kalendertäglich zu berechnen (und nicht mehr wie bisher nur an 4 Wochentagen). Bundesbank und Bundesregierung erzielen Einvernehmen darüber, die Bardepotpflicht in Kraft zu setzen.
1. März	Die Bundesbank setzt im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen den Depotsatz auf 40 vH der bardepotpflichtigen Kreditaufnahmen im Ausland fest.
9. März	Der Zentralbankrat entscheidet, die geänderten Berechnungsmodalitäten für die Mindestreserven auf reservpflichtige Sichtverbindlichkeiten gegenüber Ausländern erstmals ab Mai anzuwenden.
31. Mai	Die Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. Juli um 8 vH erhöht, die Rediskontkontingente zum gleichen Termin um 10 vH gekürzt.
16. Juni	Zum ersten Mal seit der Bandbreitenverengung für europäische Währungen muß die Bundesbank Stützungskäufe für eine Gemeinschaftswährung (Pfund Sterling) tätigen.
23. Juni	Als Folge der Pfundkrise erreicht der Dollar erstmals seit dem Realignement in der Bundesrepublik den unteren Interventionspunkt; die Bundesbank stellt — wie auch andere europäische Zentralbanken — ihre Interventionen am Devisenmarkt ein. Die Devisenbörsen werden geschlossen.
28. Juni	Die Devisenbörsen werden wieder geöffnet.
29. Juni	Die Mindestreservesätze auf den Bestand an Inlandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. Juli (in Abänderung des Beschlusses vom 31. Mai) um 20 vH (statt 8 vH) erhöht. Die Mindestreservesätze auf den Bestand an Auslandsverbindlichkeiten werden ab 1. Juli auf 40 vH der Sichteinlagen, 35 vH der Termineinlagen und 30 vH der Spareinlagen angehoben. Der Reservesatz auf den Zuwachs an Auslandsverbindlichkeiten wird zum selben Termin auf 60 vH erhöht. Die Rediskontkontingente werden mit Wirkung vom 1. August um 10 vH gekürzt. Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen erhöht die Bundesbank den Bardepotsatz mit Wirkung vom 1. Juli von 40 vH auf 50 vH. Die Bundesbank erklärt ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Bundesregierung vom selben Tag, nach denen der Freibetrag für bardepotpflichtige Verbindlichkeiten von 2 Mill. DM auf 0,5 Mill. DM verringert und der Erwerb inländischer Inhaber- und Orderschuldverschreibungen durch Ausländer einer Genehmigungspflicht durch die Bundesbank unterworfen wird.
13. Juli	Die Mindestreservesätze auf Inlandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. August um 10 vH erhöht. Die Bundesbank bekräftigt ihre Absicht, auch in Zukunft die liquidisierende Wirkung von Devisenzuflüssen mit Mindestreservemaßnahmen zu kompensieren.
6. Oktober	Der Diskontsatz wird mit Wirkung vom 9. Oktober von 3% auf $3\frac{1}{2}\%$, der Lombardsatz von 4% auf 5% erhöht. Die Abgabesätze für Geldmarktpapiere aller Laufzeiten werden um $\frac{1}{2}\%$ angehoben.
2. November	Der Diskontsatz wird von $3\frac{1}{2}\%$ auf 4% , der Lombardsatz von 5% auf 6% erhöht. Die Abgabesätze für Schatzwechsel und Vorratsstellenwechsel werden um $\frac{1}{2}\%$, für unverzinsliche Schatzanweisungen um $\frac{1}{4}\%$ angehoben.

res aufgehobene Goldkonvertibilität des Dollar wieder her, noch betrieben sie eine Zinspolitik, die einen Dollarabfluß aus Europa hätte förderlich sein können. So setzten schon kurz nach dem Realignment neuerliche Kapitalbewegungen ein, bei denen, wie gewohnt, US-Dollars ihren Weg in europäische Währungen, vor allem in die D-Mark nahmen. Die Bundesbank versuchte, dem Kursverfall der amerikanischen Währung entgegenzuwirken, indem sie mehrfach am Devisenkassamarkt intervenierte, noch bevor der Dollar den unteren Interventionspunkt erreichte. Die zentralen Währungsreserven erhöhten sich im Januar und Februar um rund 4 Mrd. DM; ein Teil davon war allerdings auf die Abwicklung früher eingegangener Termingeschäfte zurückzuführen.

222. Unsicherheit bestand zunächst über die Gründe der neuerlichen Kapitalimporte. An der Kursgestaltung der Devisenterminmärkte konnte jedenfalls nicht abgelesen werden, inwieweit die Kapitalzuflüsse zinsinduziert oder bereits wieder spekulativ bestimmt waren. Auch nach dem Realignment blieben nämlich die administrativen Behinde-

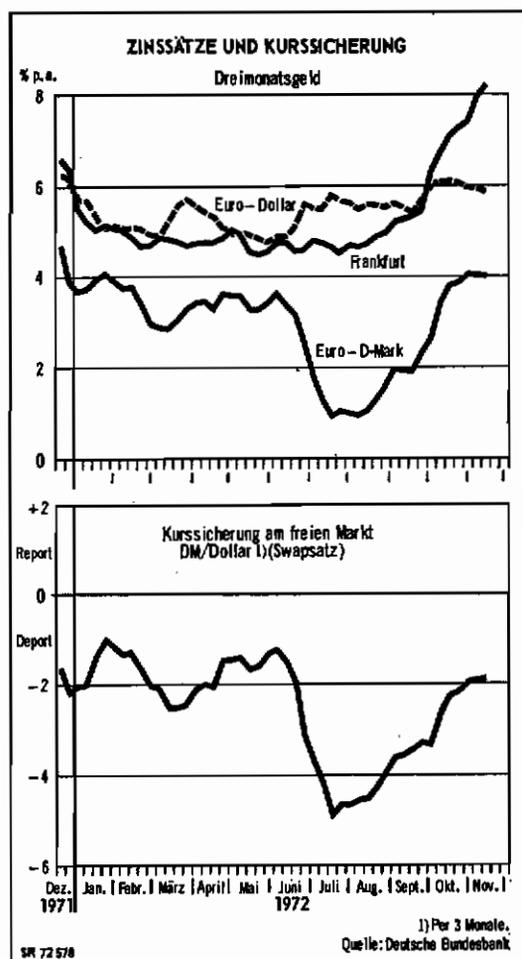
rungen des freien Kapitalverkehrs — vor allem das Verzinsungsverbot für Ausländerguthaben im Inland nach § 23 Außenwirtschaftsgesetz und hohe Mindestreserven der Banken auf ausländische Verbindlichkeiten — bestehen. Nur auf den unreglementierten Euro-Märkten konnten Zinsarbitragegeschäfte so lange durchgeführt werden, bis ein Gleichgewicht durch den Terminabschlag (Deport) der höherverzinslichen Währung erreicht war. So entsprach der Swapsatz des Dollar nicht der Differenz zwischen dem Satz für Euro-Dollar und dem Geldmarktsatz in der Bundesrepublik, sondern derjenigen zwischen dem Zins für Euro-Dollar und dem für Euro-D-Mark.

Zu beobachten war, daß nach dem Realignment der Termin-Dollar weiterhin mit einem Deport gehandelt wurde; der Abschlag war jedoch größer, als die Differenz zwischen dem höheren Euro-Dollar-Zins und dem Geldmarktsatz in Westdeutschland (Schaubild 30). Es wäre mithin lohnend gewesen, so lange Euro-Dollarcredite aufzunehmen, die Dollars in D-Mark umzutauschen, am westdeutschen Geldmarkt auszuliehen und gleichzeitig die zur Schuldtilgung benötigten Devisen per Termin anzukaufen, bis der Vorteil des Abschlags des Termin-Dollar nicht mehr größer gewesen wäre als der Nachteil der niedrigeren Zinsen einer Anlage in D-Mark. Hätten die Banken dafür sorgen können, daß sich ein Arbitragegleichgewicht entsprechend der Zinsdifferenz zwischen Euro-Dollar-Markt und westdeutschem Geldmarkt bilden konnte, so hätten die Depots des Termin-Dollar sich deutlich verkleinern müssen. Dann hätte aber auch der Satz für Euro-D-Mark auf das Niveau der kurzfristigen Zinsen in Westdeutschland steigen müssen; für Wirtschaftsunternehmen wäre es nicht mehr lukrativ gewesen, sich an den Euro-Märkten zu verschulden. Den Kursverfall des Dollar nach dem Realignment wenigstens nicht zu fördern, hätte bedeutet, entweder die bestehenden Behinderungen im internationalen Interbankenverkehr aufzuheben oder aber die Kreditaufnahme auch der Nichtbanken im Ausland uninteressant zu machen, das heißt also gleich nach der Rückkehr zu festen Paritäten die Bardepotregelung in Kraft zu setzen.

223. Mit der Begründung, den Kapitalzuflüssen entgegenzutreten, senkte die Bundesbank am 24. Februar den Diskontsatz von 4% auf 3%. Die Bankrate hatte damit einen Wert erreicht, der in der Nachkriegszeit nur im Jahre 1959 eine Zeitlang unterschritten worden war. Außerdem wurde beschlossen, mit Wirkung vom 1. März 1972 die Auslandsverschuldung der Unternehmen einer Reservehaltung — Bardepot — zu unterwerfen¹⁾. Der De-

¹⁾ Nach dem am 23. Dezember 1971 in das Außenwirtschaftsgesetz aufgenommenen § 6 a kann vorgeschrieben werden, daß gebietsansässige Nichtbanken einen bestimmten Vom-Hundert-Satz von im Ausland aufgenommenen Krediten zinslos auf einem Konto der Bundesbank zu halten haben (Bardepot). Ausgenommen sind vor allem Kredite, die unmittelbar mit dem Außenhandel zusammenhängen, sowie die vor dem 1. März 1972 entstandenen Verbindlichkeiten, soweit sie auf einem vor dem 1. Januar 1972 eingegangenen Rechtsgeschäft beruhen.

Schaubild 30



potsatz wurde von der Bundesbank auf 40 vH festgesetzt.

In der Folgezeit setzte sich der Kursverfall des Dollar nicht weiter fort. Die Ruhe an den Devisenmärkten war indes nur von kurzer Dauer. Als Mitte Juni — ausgehend vom englischen Pfund — eine neue Währungsunruhe ausbrach, sank der Kurs des US-Dollar in Deutschland auf den unteren Interventionspunkt. Die Bundesbank mußte am Morgen des 23. Juni binnen kurzer Zeit US-Dollars im Gegenwert von 2,8 Mrd. DM aus dem Markt nehmen. Daraufhin wurden noch am selben Tag die Devisenbörsen in Deutschland, wie auch in anderen europäischen Ländern, geschlossen.

Bundesbank und Bundesregierung reagierten am 29. Juni 1972: Die Bundesregierung beschloß, bei der Bardepotregelung denjenigen Betrag, der bei der Aufnahme von Auslandskrediten durch Inländer bardepotfrei bleibt (Freibetrag), von 2 Mill. DM auf 0,5 Mill. DM herabzusetzen. Außerdem wurde gemäß § 23 Außenwirtschaftsgesetz der Absatz von Inhaber- und Orderschuldverschreibungen an Gebietsfremde einer Genehmigungspflicht unterworfen. Die entgeltliche Abtretung von Forderungen an Gebietsfremde wurde meldepflichtig gemacht.

Die Bundesbank beschloß im Einvernehmen mit der Bundesregierung, den Bardepotsatz mit Wirkung vom 1. Juli von 40 vH auf 50 vH anzubeben. Außerdem wurden — ebenfalls mit Wirkung vom 1. Juli — die Mindestreservesätze auf den Bestand an Inlands- und Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute kräftig heraufgesetzt. Zudem wurde die Zuwachsmindestreserve auf Einlagen Gebietsfremder drastisch erhöht; der Zuwachs an Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern unterliegt seit Juli, je nach Fristigkeit, einer 90 bis 100%igen Reservehaltung. Mit diesem Maßnahmenbündel sind weitere Barrieren gegen unerwünschte Liquiditätszuflüsse von außen errichtet worden.

Zunehmende Kontrollen im Kapitalverkehr

224. Schon vor dem 29. Juni war eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, die Kreditaufnahme im Ausland administrativ zu beeinflussen und auf diese Weise unerwünschten Kapitalzuflüssen zu begegnen. Die Höhe des Nettokapitalimports wies allerdings aus, daß diese Vorkehrungen ihren Zweck nicht erfüllten. Von Januar bis Juni 1972 hatte der Kapitalimport einschließlich des Restpostens der Zahlungsbilanz 13,3 Mrd. DM betragen. Freilich waren die bis dahin getroffenen Maßnahmen nicht so angelegt, daß sie einen wirksamen Schutz gegen spekulative Kapitalbewegungen hätten bieten können. Vor allem hatten sie zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten belassen, die auch genutzt worden waren.

225. Die Erfahrung, daß partielle Eingriffe in den Kapitalverkehr zu Verlagerungen führen, ist nicht neu. Anfang 1970 waren angesichts der angespannten Liquiditätssituation im Inland zuerst die Banken auf ausländische Geldmärkte ausgewichen und

hatten damit die Umkehr im Zahlungsverkehr mit dem Ausland eingeleitet (JG 70 Ziffer 141 f.). Die Bundesbank hatte damals versucht, durch eine Zuwachsmindestreserve auf Einlagen Gebietsfremder derartige Geldzuflüsse zu begrenzen. Die Kreditinstitute fanden bald Möglichkeiten, die Zuwachsmindestreserve zu umgehen. Die Bundesbank sah sich deshalb veranlaßt, ihrem Willen durch folgende Beschlüsse mehr Nachdruck zu verleihen:

— 13. Mai 1970: Das Rediskontkontingent eines Kreditinstituts wird um den Zuwachs der Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern aus Pensionsgeschäften gekürzt. Die Kürzung erstreckt sich auch auf einen etwaigen Zuwachs an Indossamentsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.

— 9. September 1970: Schatzanweisungen werden nur noch unter der Voraussetzung an Kreditinstitute abgegeben, daß sie nicht an ausländische Banken verkauft werden („Exportverbot“ für Geldmarktpapiere).

— 21. Oktober 1970: Die Freistellung bestimmter bankgeschäftlicher Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland von der Mindestreserve wird eingeschränkt. Dieser Beschluß trifft Zinsarbitragegeschäfte und „von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite“, deren bisherige Regelung es den Kreditinstituten ermöglicht hatte, ihre Mindestreserverpflicht zu verringern.

Auslandsgelder konnten jedoch weiter mindestreservefrei beschafft werden, sofern sie nur zwischen jenen Wochentagegehalten wurden, nach denen die Mindestreserven für Sichtverbindlichkeiten berechnet wurden. Seit Mitte 1970 war es zu unerwünschten Kapitalimporten auch dadurch gekommen, daß sich inländische Nichtbanken — wohl unter Vermittlung der Banken — zunehmend direkt im Ausland verschuldeten. Die kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten inländischer Wirtschaftsunternehmen erhöhten sich von 8¹/₂ Mrd. DM im Sommer 1970 innerhalb eines Jahres auf knapp 21 Mrd. DM.

226. Den Banken wurde die Möglichkeit genommen, kurzfristige Auslandsgelder mindestreservefrei aufzunehmen, und zwar mit dem Beschluß des Zentralbankrates vom 24. Februar 1972, daß die Mindestreserven auf ausländische Sichteinlagen nunmehr kalendertäglich zu berechnen sind. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Banken jedoch bereits wieder eine andere mindestreservefreie Liquiditätsquelle erschlossen, indem sie Kassenobligationen (Bankschuldverschreibungen kürzerer Laufzeiten) an Ausländer verkauften.

227. Um für Unternehmen die Kreditaufnahme im Ausland kalkulatorisch uninteressant zu machen, wurde ab 1. März 1972 die Bardepotregelung eingeführt (Ziffer 223). Zuerst war nicht abzusehen, wann und wie diese Maßnahme wirken würde, zumal die Auslegung der Bestimmungen umstritten war. Jedenfalls blieben die erstmals ab Mai zu leistenden Einzahlungen auf das „Sonderkonto Bardepot“ noch gering. Allerdings verminderten die deutschen

Unternehmen von Februar, als die Einführung der Bardepotpflicht beschlossen wurde, bis Juni 1972 ihre kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten um 5 Mrd. DM. Teilweise scheint es jedoch den Unternehmen gelungen zu sein, sich durch Veränderung der Zahlungsfristen im Außenhandel — Verkürzung beim Export, Verlängerung beim Import — Mittel aus dem Ausland zu beschaffen. Die Überschüsse im Restposten der Zahlungsbilanz, in dem sich Veränderungen der Zahlungsfristen niederschlagen, weisen bis zur Jahresmitte in diese Richtung. Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme „handelsüblicher Zahlungsziele“ im Außenhandel, die allerdings noch nicht justitiabel definiert sind, unterliegen nicht der Bardepotpflicht.

228. Auch das Verzinsungsverbot von Ausländerguthaben bei deutschen Banken, das seit Mai 1971 besteht, und die mehrfachen Verschärfungen der Mindestreservebestimmungen für Auslandseinlagen vermochten den Kapitalimport nicht nachhaltig zu beeinträchtigen. Die nach dem Realignment erneut nach Deutschland drängenden Auslandsgelder schlugen sich nämlich nicht in Bankeinlagen nieder — hier durften sie nicht mehr verzinst werden —, sondern suchten in erster Linie eine Anlage am Kapitalmarkt. Im 1. Halbjahr 1972 hatte der Nettokapitalimport mit 10,6 Mrd. DM erheblich mehr betragen als im ganzen Jahr 1971 (6,3 Mrd. DM). Besonders ins Gewicht fiel der Erwerb festverzinslicher Wertpapiere durch Ausländer, der in diesem Zeitraum fast viermal so hoch war wie 1971 insgesamt. Außerdem hatten sich deutsche Kreditinstitute durch den Verkauf von Kassenobligationen von Januar bis Juni 1972 für 1,6 Mrd. DM Auslandsgelder beschafft.

229. Während der Währungsunruhe Anfang des Sommers überschwemmten erneut ausländische Gelder die deutschen Devisenbörsen. Allein im Juni 1972 flossen rund 9 Mrd. DM Auslandskapital in die Bundesrepublik. Dabei waren Ausländer bereit, zugunsten eines vermuteten Aufwertungsgewinns auf eine Verzinsung ihrer Gelder zu verzichten; obwohl die westdeutschen Kreditinstitute keine Verzinsung bieten durften, nahmen die kurzfristigen Auslandseinlagen bei ihnen um rund 3 Mrd. DM zu. Die Juni-Ereignisse veranlaßten Bundesbank und Bundesregierung, weitere Barrieren gegen Kapitalimporte zu errichten (Ziffer 223).

230. Der Zustrom ausländischer Mittel hielt im Juli 1972 noch an, war jedoch weit mehr als zuvor kurzfristiger Natur. In den folgenden Monaten kam allerdings der Kapitalimport, bezieht man den Restposten der Zahlungsbilanz ein, zum Erliegen. Der Dollarkurs erholte sich deutlich. Dies verschaffte der Bundesbank von der außenwirtschaftlichen Seite her neuen Handlungsspielraum. Freilich ist unklar, welche Rolle dabei die Verschärfung der Kapitalverkehrskontrollen gespielt hat. Denn gleichzeitig sind auch die Zinsen in den Vereinigten Staaten merklich gestiegen, was dazu beitrug, das Renditegefälle zwischen den deutschen und den internationalen monetären Märkten zu verringern. Ein wichtiges,

allerdings mehr psychologisches Moment war auch, daß das Federal Reserve System — das amerikanische Zentralbanksystem — seit Mitte Juli mehrmals an den Devisenmärkten Stützungskäufe zugunsten des Dollar tätigte und damit Erwartungen weckte, nunmehr seien auch die amerikanischen Behörden bereit, einen Beitrag zur Verteidigung ihrer Währung zu leisten.

231. Die Verschärfung der Bardepotpflicht schien zunächst ohne Wirkung zu bleiben. Bis Mitte September bewegten sich die Euro-DM-Zinsen auf einem derart niedrigen Niveau, daß für deutsche Unternehmen die Aufnahme von Euro-DM-Krediten trotz des zinslos zu haltenden Bardepots billiger war als eine Mittelbeschaffung im Inland. Dann begannen jedoch auch die Euro-DM-Zinsen zu steigen. Seit Anfang Oktober ist es unter Berücksichtigung des Bardepots teurer, sich Mittel auf den Euro-Märkten zu beschaffen, als Kredite im Inland aufzunehmen. Infolge der neuen Zinskonstellationen wurde die Bardepotregelung wieder zu einem wirksamen Instrument der außenwirtschaftlichen Abschirmung der Kreditpolitik. Die Bundesbank konnte nunmehr zins erhöhende Maßnahmen ergreifen, ohne unmittelbar Gefahr zu laufen, damit neuerliche Kapitalimporte auszulösen.

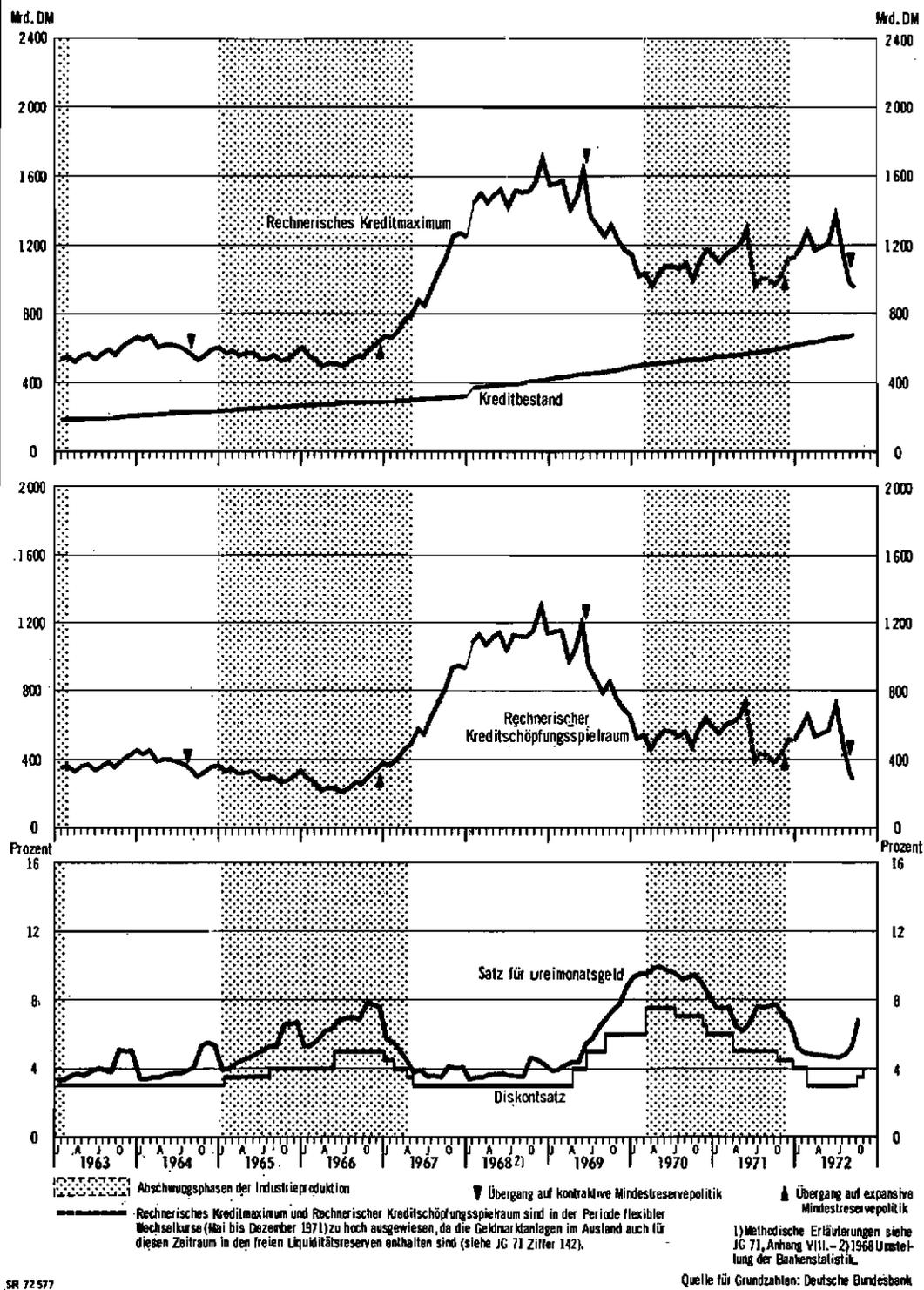
Starke monetäre Expansion

232. Zu Anfang des Jahres 1972 war allenthalben damit gerechnet worden, daß sich die Konjunkturabschwächung fortsetzen würde. Eine Lockerung des Restriktionskurses schien der Bundesbank daher nicht nur außenwirtschaftlich geboten, sondern auch binnenwirtschaftlich angemessen. Bald danach erwies sich jedoch, daß der Abschwung zum Stillstand gekommen war und sich eine neue konjunkturelle Belebung anbahnte (Ziffer 122). Um den neuen Aufschwung nicht zu gefährden, beschränkte sich die Bundesbank in ihrer Liquiditätspolitik zunächst auf den Versuch, den Expansionspielraum der Geschäftsbanken weder auszuweiten noch einzuengen.

233. Bis zur Jahresmitte vermochte die Bundesbank dieses Ziel nicht voll zu verwirklichen. Außenwirtschaftlich bedingte Liquiditätszuflüsse haben die freien Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken, an denen die Bundesbank den Kreditschöpfungsspielraum mißt, ausgeweitet. Nach der Jahresmitte, als mit außenwirtschaftlichen Störungen nicht mehr gerechnet werden mußte, gewann die Bundesbank neuen Handlungsspielraum, den sie auch nutzte. Schon im August erreichten die freien Liquiditätsreserven, bezogen auf das Einlagenvolumen der Banken, einen bis dahin nie gekannten Tiefstand.

234. Daß die Bundesbank nach der Jahresmitte kräftig restriktiv gewirkt hat, weist auch das Rechnerische Kreditmaximum aus, ein Maß für die (freilich nicht voll ausnutzbare) Kreditschöpfungskapazität der Geschäftsbanken, das der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1971 dargestellt hat (JG 71 Ziffern 141 ff. und Anhang VIII). Im Unterschied

RECHNERISCHES KREDITMAXIMUM,
KREDITBESTAND UND RECHNERISCHER KREDITSCHÖPFUNGSSPIELRAUM 1)



SR 72577

zu den freien Liquiditätsreserven sind im Rechnerischen Kreditmaximum die liquiden Mittel der Banken und die Mindestreservesätze über einen Multiplikator miteinander verknüpft. Das Rechnerische Kreditmaximum bringt damit zum Ausdruck, daß eine bestimmte Menge liquider Mittel je nach der Höhe der Mindestreservesätze für das Geschäftsbankensystem von unterschiedlicher Bedeutung ist. Bei geringer Mindestreservebelastung können nämlich die Banken mit einer Einheit Zentralbankgeld bedeutend mehr an Krediten schaffen als bei hoher Mindestreservebelastung.

235. Von Januar bis Juli hat sich das Rechnerische Kreditmaximum merklich erhöht. Der Expansionspielraum der Geschäftsbanken hat sich also in diesem Zeitraum erweitert (Schaubild 31). Der durchschnittliche Mindestreservesatz ist bis Juni nahezu konstant geblieben, der Anstieg des Rechnerischen Kreditmaximums ist somit vornehmlich auf den außenwirtschaftlich bedingten Zufluß liquider Mittel zurückzuführen. Um die Jahresmitte kam es dann jedoch zu einer Wende. Die Mindestreserveerhöhungen und Kürzungen der Rediskontkontingente im Juli und August haben das Rechnerische Kreditmaximum drastisch gedrückt. Der Kreditschöpfungsspielraum ist sogar stärker zusammengeschrumpft denn je in den letzten Jahren; hierin schlägt sich aber auch nieder, daß die Banken 1972 eine kräftige Kreditexpansion betrieben haben.

236. Wichtigste Quelle der Bankenliquidität war bis zur Jahresmitte das Auslandsgeschäft. Durch den Ankauf von Devisen seitens der Bundesbank und die Veränderung der Geldmarktanlagen der Geschäftsbanken im Ausland sind von Januar bis Juni 9,6 Mrd. DM liquide Mittel geschaffen worden. Die übrigen Marktfaktoren wirkten in dem genannten Zeitraum kontraktiv. Kassenüberschüsse der öffentlichen Hand (3,6 Mrd. DM) und steigender Bargeldumlauf (0,8 Mrd. DM) entzogen den Banken liquide Mittel.

Dem expansiven Effekt der Markteinflüsse auf die Bankenliquidität wirkten die überwiegend kreditpolitischen Bestimmungsgründe entgegen. Zwar hat in dem genannten Zeitraum das Reserve-Soll der Banken, obwohl die Einlagen weiterhin stiegen, durch die Senkung der Mindestreservesätze zu Anfang des Jahres abgenommen; dadurch wurden für 1,0 Mrd. DM liquide Mittel freigesetzt. Dieser Betrag wurde jedoch durch den Entzug potentiellen Zentralbankgeldes aufgrund der übrigen kreditpolitischen Maßnahmen überkompensiert (2,3 Mrd. DM durch Kürzung der Rediskontkontingente, 0,3 Mrd. DM durch Offen-Markt-Transaktionen der Bundesbank mit Nichtbanken und 0,6 Mrd. DM durch Einzahlungen auf das Sonderkonto Bardepot). Per Saldo vergrößerten sich die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute im ersten Halbjahr 1972 um 7,7 Mrd. DM.

Zur Jahresmitte trat dann die Wende ein. Schon im Juli konnte die Bundesbank den neuerlichen Zufluß liquider Mittel, der sich aus einer außerordentlichen Zunahme des Netto-Devisenbestandes (10,0 Mrd. DM) ergab, durch Erhöhung des Mindest-

reserve-Solls (9,0 Mrd. DM) und Kürzung der Rediskontkontingente (2,2 Mrd. DM) mehr als ausgleichen. Eine erneute Erhöhung des Mindestreserve-Solls (5,6 Mrd. DM) und eine weitere Kürzung der Rediskontkontingente (2,0 Mrd. DM), die Anfang August wirksam wurden, reduzierten die freien Liquiditätsreserven in diesem Monat auf 19,8 Mrd. DM. Damit erreichte die Liquiditätsquote (freie Liquiditätsreserven in vH des Einlagenvolumens) mit 5,1 einen bis dahin nie gekannten Tiefstand.

237. Die Liquiditätspolitik muß davon ausgehen können, daß die Banken ihre Kreditexpansion einschränken, wenn sich die jederzeit in Zentralbankgeld umwandelbaren Aktiva, also die liquiden Mittel, deutlich verringern. Ob die Banken auf eine Verknappung von potentiell Zentralbankgeld heute anders reagieren als früher, vermögen wir noch nicht zu beurteilen. Nicht auszuschließen ist, daß die Kreditnachfrage, weil sie im abgelaufenen Konjunkturzyklus drängender denn je war, die Banken im Jahre 1972 trotz unterdurchschnittlicher Liquiditätsversorgung zu einer Kreditexpansion veranlaßte, deren Rate das Maß vorausgegangener Jahre nochmals übertraf.

238. Die Kreditgewährung hatte sich bereits ab Mitte des vorigen Jahres nochmals beschleunigt. Im ersten Halbjahr 1972 lagen die Ausleihungen der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen um 15,3 vH über dem Vorjahresniveau gegenüber 12,0 vH im Durchschnitt des Jahres 1971 und 14,1 vH im Jahre 1970. Daß insbesondere der Unternehmenssektor im ersten Halbjahr 1972 mit rund 22 Mrd. DM (ohne Wohnungswirtschaft) mehr als eineinhalbmals soviel an Bankkrediten aufnahm wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres (rund 14 Mrd. DM) könnte überraschen. Die Finanzierungssituation der Unternehmen hat sich 1972 nämlich gebessert. Das Aufkommen an eigenen Finanzierungsmitteln (nichtentnommene Gewinne, Abschreibungen und Vermögensübertragungen von anderen Sektoren) war im ersten Halbjahr 1972 um rund 11 vH höher als im selben Zeitraum des Vorjahres; da die Investitionsausgaben nur mäßig gestiegen sind (um 2,4 vH gegenüber dem Vorjahr), hat sich die Selbstfinanzierungsquote stark erhöht. Das Finanzierungsdefizit der Unternehmen betrug im ersten Halbjahr 1972 nur noch knapp 16 Mrd. DM im Vergleich zu rund 20 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1971. Wenn dennoch die Verschuldung der Unternehmen gegenüber dem Bankensektor kräftiger als im Vorjahr zugenommen hat, so deutet dies auf eine starke Differenzierung der Finanzierungssituation im Unternehmenssektor hin. Dagegen hat wohl die Auslandsposition der Unternehmen im Jahre 1972 kaum eine Rolle für deren Verschuldung gegenüber dem inländischen Bankensystem gespielt: Zwar haben deutsche Unternehmen ihre kurzfristigen Finanzkredite aus dem Ausland 1972 per Saldo weiter abgebaut; doch ist nicht gewiß, ob damit ein entsprechender Rückgriff auf inländische Kreditquellen einherging. Es scheint, daß kurzfristige Finanzkredite eher durch andere Arten der Auslandsverschuldung ersetzt wurden. Jeden-

falls spricht die Entwicklung des Restpostens der Zahlungsbilanz dafür.

239. Eine steigende Kreditnachfrage bei rückläufigem Finanzierungsdefizit kann ausweisen, daß sich die Unterschiede in Einnahmen- beziehungsweise Ausgabenüberschüssen der einzelnen Unternehmen vergrößern. Erfahrungsgemäß entwickeln sich die Einnahmen und die Ausgaben der Unternehmen in der Hochkonjunktur eher „synchron“. In Abschwungsphasen und auch noch am Beginn des Aufschwungs stellen sich stärkere Differenzierungen heraus; dann bleiben weitaus mehr Unternehmen mit ihren Einnahmen hinter ihren laufenden Ausgaben zurück, sind also Ausgabenüberschüßbereiche. Andere Unternehmen registrieren umgekehrte Verhältnisse, sind also Einnahmenüberschüßbereiche. Die Ausgabenüberschüßbereiche müssen sich zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsbereitschaft entsprechend stark verschulden, die Einnahmenüberschüßbereiche können höhere Beträge zusätzlich als Geldkapital halten. Diese Differenzierung im Unternehmenssektor war auch 1972 zu beobachten. Die starke Kreditnachfrage ging einher mit einer hohen Geldvermögensbildung; im ersten Halbjahr 1972 erhöhte sich die Geldvermögensbildung des Unternehmenssektors mit rund 19 Mrd. DM um 8,3 vH mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

240. Auch die Expansion der Geldmenge hatte bis Mitte 1972 zugenommen. Die Sichteinlagen der Nichtbanken bei Kreditinstituten (Bankengeld) waren im ersten Halbjahr 1972 um 15,0 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, das Geldvolumen (Bargeldumlauf plus Sichteinlagen ohne Zentralbankeinlagen der öffentlichen Hand) um 13,2 vH.

Damit hielt die gegenläufige Entwicklung zwischen der Geldmenge und dem nominalen Bruttosozialprodukt weiter an (Schaubild 32). Im Aufschwung hatte die Expansion der Geldmenge zeitweise abgenommen; im Höhepunkt der Konjunktur im Jahr 1970 betrug die Ausweitung 6,8 vH bei einer Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts von 13,3 vH. Im Abschwung war dies umgekehrt. Die Zuwachsrate des nominalen Sozialprodukts verringerte sich bis auf 9,1 vH im ersten Halbjahr 1972, die Geldmengenexpansion beschleunigte sich auf 13,2 vH. Somit bat im zurückliegenden Konjunkturzyklus die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im Aufschwung zugenommen, im Abschwung war sie rückläufig.

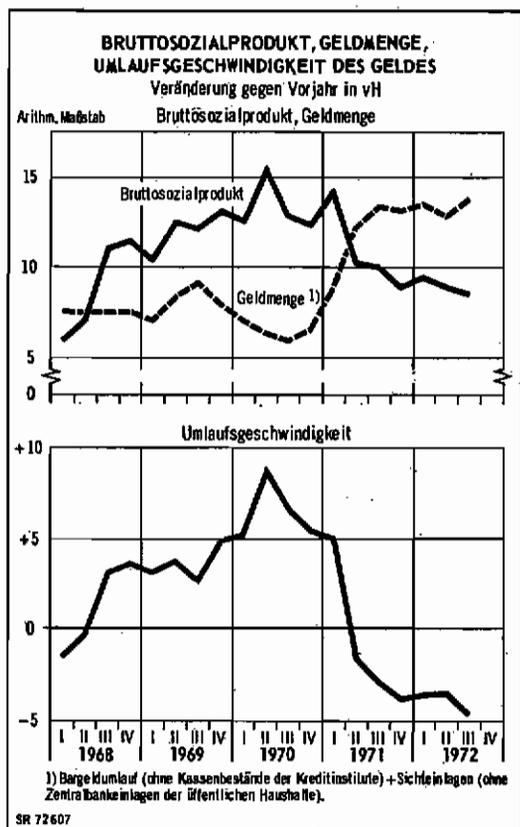
Es überrascht, daß bei nachlassender Ausgabenexpansion die Nichtbanken ihre Kassenhaltung vergrößerten, also relativ mehr Geld verfügbar hielten. An sich hätte die verhaltenere Ausgabentätigkeit zu einer Einschränkung der Kassenhaltung führen können. Aber dieser konjunkturelle Einfluß auf die Geldmengenentwicklung wurde durch eine andere Komponente überlagert. Die zunehmende Differenzierung des Unternehmenssektors in Einnahmenüberschüßbereiche und Ausgabenüberschüßbereiche ging wohl einher mit einer wachsenden Unsicherheit über die zu erwartenden Zahlungseingänge und Zahlungsausgänge. Um die Dispositionsfähigkeit aufrechtzuerhalten, wurden zusätzlich Mittel verfügbar auf Sichtkonten gehalten und nicht dem Geldkapital zugeführt. Offensichtlich wog der Einfluß der Differenzierung im Unternehmenssektor schwerer als die Verminderung der Ausgabenexpansion.

241. Nach der Jahresmitte 1972 ist die Rate der monetären Expansion bereits etwas zurückgegangen. Je mehr der gegenwärtig sich abzeichnende konjunkturelle Aufschwung an Kraft gewinnt, desto mehr wird die Differenzierung zwischen Einnahmenüberschüßbereichen und Ausgabenüberschüßbereichen im Unternehmenssektor abnehmen, Zahlungseingänge und Zahlungsausgänge werden eher wieder synchron verlaufen. Wenn in dieser konjunkturellen Phase die Wirkung einer abnehmenden Differenzierung stärker ist als der Einfluß der Ausgabenexpansion, dann werden die Zuwachsraten des Geld- und Kreditvolumens künftig wohl weiter zurückgehen.

Differenziertere Zinsstruktur

242. Die Zinsentwicklung war 1972 zunächst durch eine im Vergleich zu früheren Jahren ungewöhnlich große Diskrepanz zwischen früheren Sätzen für kurzfristige und langfristige Darlehen geprägt. Nach den liqui-

Schaubild 32



ditätsverknappenden Maßnahmen zur Jahresmitte und den Erhöhungen der Bankrate im Oktober und November wurde jedoch der Abstand zwischen den kurzfristigen Zinsen und der Kapitalmarktrendite wieder geringer.

243. Die Geldmarktsätze sind bis Mitte 1972 nahezu kontinuierlich gesunken. Hatte sich der Tagesgeldsatz von Januar bis April zumeist noch oberhalb des Diskontsatzes bewegt, wobei gelegentlich auch der Lombardsatz überschritten wurde, so lag er ab Juni im Monatsdurchschnitt deutlich unterhalb der Bankrate. Im Sommer trat jedoch eine Zäsur ein; die scharfe Liquiditätsverknappung trieb die Geldmarktsätze schon im August wieder über den Lombardsatz hinaus. Die Entwicklung der Sollzinsen, den Sätzen, die die Wirtschaft für Bankkredite zu zahlen hat, verlief ähnlich. Hatte der am häufigsten gemeldete Satz für Kontokorrentkredite im Mai nur noch 8% betragen, so lag er im August mit 8,5% bereits wieder bei jenem Wert, den er im Februar erreicht hatte. Bei den Habenzinsen lag der Tiefpunkt im Sommer. Der am häufigsten genannte Satz für Festgelder unter 1 Mill. DM mit einer Laufzeit von 3 Monaten hatte im Mai 4,5% betragen, im August war er auf 5% gestiegen, lag damit aber noch etwas unter dem Niveau zu Jahresanfang (5,5% im Februar).

244. Der Kapitalmarkt wurde jedoch von der Zinssenkungstendenz des ersten Halbjahres kaum berührt. Der leichte Rückgang der Emissionsrendite festverzinslicher Wertpapiere ab September letzten Jahres wurde im Frühjahr 1972 unterbrochen, ab April begann diese sogar wieder zu steigen. Ein wichtiger Grund dafür war sicherlich, daß im zweiten Vierteljahr 1972 die Kreditinstitute nicht nur als Käufer am Kapitalmarkt ausfielen, sondern sogar ihren Wertpapierbestand abbauten. Auch mußte wohl den Erwerbern der Kapitalmarkttitel ein attraktives Zinsangebot gemacht werden, damit überhaupt ein solch großes Emissionsvolumen vom Markt bewältigt werden konnte; von Januar bis September wurden mit 26,6 Mrd. DM mehr als doppelt soviel festverzinsliche Wertpapiere als im gleichen Zeitraum des Vorjahres abgesetzt. Zudem hat anscheinend die Bereitschaft der Schuldner, sich zu einem verhältnismäßig hohen Zinssatz langfristig zu binden, zugenommen, weil die hohen Preissteigerungen die Last der Verschuldung mindern.

245. Seit Aufhebung der Zinsbindung am 1. April 1967 ist nunmehr ein vollständiger Konjunkturzyklus mit Phasen expansiver und solchen kontraktiver monetärer Politik abgelaufen. Von Interesse ist es daher zu prüfen, ob sich bei freier Zinsbildung der Kontakt der Marktzinssätze zum Diskontsatz gelockert hat. Aufschlüsse darüber kann man erhalten, wenn man die Differenz der Marktsätze zum Diskontsatz vor und nach Aufhebung der Zinsbindung vergleicht. Bei einem solchen Vergleich ist freilich in Rechnung zu stellen, daß es bis 1967 keine statistischen Unterlagen über die von den Banken tatsächlich geforderten und gezahlten Zinsen gibt; vorgeschrieben und bekannt waren nur die Höchstzinssätze.

246. Betrachtet man die Differenz zwischen Diskontsatz und dem Satz für Kontokorrentkredite (Schaubild 33), so zeigt sich, daß nach Aufhebung der Zinsverordnung eine Zinssenkungspolitik schwerer durchzusetzen war als vormem. Die Differenz zwischen Diskontsatz und dem Satz für Kontokorrentkredite hatte zu Zeiten der Zinsverordnung höchstens 4,5 Prozentpunkte betragen, denn der am Markt ausgehandelte Zins durfte den verordneten Höchstzins zwar unterschreiten, nicht aber überschreiten¹⁾. In den Jahren 1967 und 1968, also nach der Zinsfreigabe, war diese Differenz, trotz außerordentlich expansiver Liquiditätspolitik, schon größer — wenn auch nur geringfügig. Noch deutlicher war dies bei den Diskontsenkungen seit Sommer 1970 zu beobachten. Der Abstand zwischen der Bankrate und dem Satz für Kontokorrentkredite hat sich seither kontinuierlich vergrößert; im August 1972 betrug er 5,4 Prozentpunkte.

247. Umgekehrt verhielt es sich in der Zinsaufschwungsphase. Von Frühjahr 1969 bis Frühjahr 1970 — die Bankrate wurde nach und nach von 3% auf 7,5% erhöht — hat sich die Differenz zwischen Diskontsatz und Kontokorrentzins verringert. Die Sollzinsen wurden den Diskontsatz erhöhungen verzögert und nicht im gleichen Ausmaß angepaßt.

Ob die Bundesbank nach der Aufhebung der Zinsbindung auch eine Zinserhöhungspolitik gegenüber den Banken schwerer durchzusetzen vermag als zuvor, ist jedoch nicht gewiß. Zunächst ist zu beachten, daß vor 1967 die verordneten Höchstzinsen die effektiven Kreditkosten nicht hinreichend repräsentierten; günstigere Konditionen im Aktivgeschäft der Banken waren eher die Regel als die Ausnahme. Dies wurde noch dadurch gefördert, daß in Zinsaufschwungsphasen die Höchsthabenzinsen, die nicht an die Bankrate gebunden waren, sondern zwischen den Spitzenverbänden des Kreditgewerbes und dem Bundesaufsichtsamt vereinbart wurden, jeweils geringer angehoben wurden als der Diskontsatz. Vor 1967 hat sich also in Phasen restriktiver monetärer Politik die Spanne zwischen Höchstzinsen und Höchsthabenzinsen regelmäßig erhöht, ein Effekt, der die zinspolitischen Intentionen der Bundesbank unterlaufen mußte.

248. Eine bemerkenswerte Verschiebung des Zinsniveaus ist im Passivgeschäft der Banken zu verzeichnen. Als die Zinsverordnung noch galt, lagen die Höchsthabenzinsen durchweg unter dem Diskontsatz (ohne jedoch in fester Relation zu diesem zu stehen); sie wiesen die effektiven Sätze, die auf Einlagen gezahlt wurden, auch richtig aus, denn, anders als bei den Sollzinsen, konnten sich die Kreditinstitute Unterschreitungen der Höchsthabenzinsen kaum leisten. Mit Aufhebung der Zinsbindung hat sich nun der Wettbewerb der Banken um Einlagen verschärft. Der Satz, der auf Termineinlagen unter 1 Mill. DM mit einer Laufzeit von 3 Mo-

¹⁾ Das Sollzinsabkommen sah vor, daß der Satz für kurz- und mittelfristige Kredite (ohne Wechsel- und Akzeptkredite) um höchstens 4 1/2% über dem Diskontsatz liegen durfte.

naten gezahlt wird, begann sich schon 1967 dem Diskontsatz anzunähern, 1970 überschritt er ihn; seither hat sich eine positive Differenz zum Diskontsatz gebildet, die sich dazu noch kontinuierlich vergrößert hat.

Gerade in jüngster Zeit hat sich die Spanne zwischen Sollzinsen und Habenzinsen besonders verringert; die Gewinnmarge der Banken ist dadurch eingeeengt worden. Anscheinend suchen die Kreditinstitute nun ihren Vorteil in einer Mengenkonzunktur, um bei verringerter Spanne den Gewinn zu halten oder zu vergrößern. Daß die Banken im Jahre 1972 trotz unterdurchschnittlicher Liquiditätsversorgung ihr Aktivgeschäft nochmals kräftig ausweiteten, mag nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein.

IV. Öffentliche Haushalte – noch stärker expansiv

249. Als die Gebietskörperschaften ihre Haushalte planten, war für 1972 mit einem spürbaren Nachlassen der privaten Nachfrage zu rechnen. Damit schien sich dem Staat die Chance zu eröffnen, ohne weitere Gefahr für den Geldwert das Produktionspotential stärker in Anspruch zu nehmen. Dem entsprach es, daß die Gebietskörperschaften vorsahen, ihre Ausgaben insgesamt um $9\frac{1}{2}$ vH bis $10\frac{1}{2}$ vH auszuweiten. Durch neue Einnahmenregelungen, so war damals anzunehmen, brauchte private Nachfrage zusätzlich nicht zurückgedrängt zu werden. Die Bundesregierung sah es sogar als zweckmäßig an, den Konjunkturzuschlag, zu dessen Rückzahlung bis

Schaubild 33

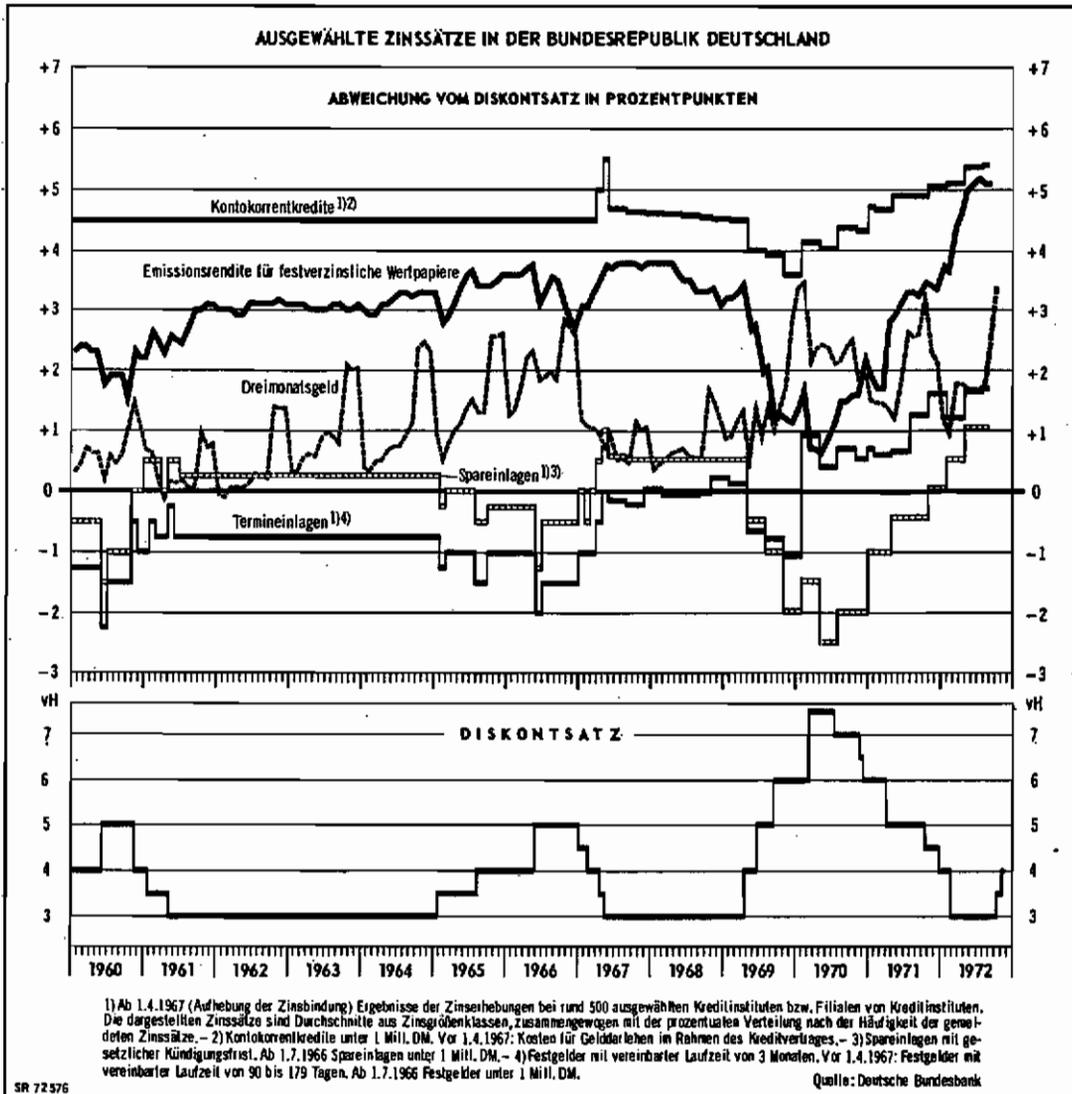


Tabelle 25

Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse

Datum	
1971	
19. Oktober	Die Bundesregierung bringt den Entwurf des Haushaltsplanes 1972 und die Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung im Bundestag ein. Der Etatentwurf für 1972 umfaßt — einen Kernhaushalt, der mit einem Ausgabenvolumen von 106,6 Mrd. DM, unter Einschluß einer globalen Minderausgabe von 1,2 Mrd. DM, eine Steigerung gegenüber dem Haushaltsoll 1971 um 8,4 vH vorsieht, und — einen Eventualhaushalt in Höhe von 2,5 Mrd. DM. Die Nettokreditaufnahme des Bundes soll 1972 4,7 Mrd. DM betragen.
23. Dezember	Der Bundestag beschließt, die Branntweinabgabe zum 1. Januar 1972 von 1 200 DM/hl auf 1 500 DM/hl zu erhöhen.
1972	
20. Januar	Der Konjunkturrat für die Öffentliche Hand vertritt die Auffassung, daß die Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden der Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dienen sollte und daher — zusätzliche öffentliche Investitionen auf der Grundlage der Eventualhaushalte und der Konjunkturausgleichsrücklagen vom Frühjahr an nachfragewirksam werden sollen und — die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags etwa im Sommer beginnen könne.
26. Januar	Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht 1972 vor. Sie geht davon aus, daß die Gesamtausgaben des Staates (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) um 10 vH bis 11 vH steigen. Der Deutsche Bundestag beschließt, die Mineralölsteuer auf Treibstoffe zum 1. März um 4 Pf/l und die Tabaksteuer zum 1. September um rund 25 vH zu erhöhen.
28. Januar	Bund und Länder vereinbaren, den Anteil der Länder am Umsatzaufkommen von bisher 30 vH für die Jahre 1972 und 1973 auf 35 vH zu erhöhen. Zusätzlich gewährt der Bund den finanzschwachen Ländern Ergänzungszuweisungen von jährlich 550 Mio. DM.
9. März	Der Finanzplanungsrat und der Konjunkturrat für die Öffentliche Hand stellen fest, daß — eine Notwendigkeit, Eventualhaushalte des Bundes und der Länder zu aktivieren und zugleich die Konjunkturausgleichsrücklagen freizugeben, auf absehbare Zeit nicht besteht und daß — die sich abzeichnende Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte weder den gegenwärtig erkennbaren konjunkturpolitischen Erfordernissen noch den längerfristigen finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten entspricht.
15. März	Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen gibt als Termin für die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer den 15. Juni bekannt.
17. bis 23. März	Bayern und Nordrhein-Westfalen lösen ihre freiwilligen Konjunkturausgleichsrücklagen in Höhe von insgesamt 246 Mio. DM auf.
13. April	Der Haushaltsausschuß legt dem Bundestag Änderungsvorschläge zum Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1972 vor, die ein gegenüber der Regierungsvorlage um 2,7 Mrd. DM höheres Ausgabenvolumen von 109,3 Mrd. DM und eine Nettokreditaufnahme von 7,3 Mrd. DM vorsehen.
18. April	Der Konjunkturrat für die Öffentliche Hand bekräftigt seine Auffassung, daß die Ausgaben und damit die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung angepaßt werden müssen.

Datum	
1972 27. April	Der Bundestag lehnt in der zweiten Lesung des Bundeshaushaltsplanes 1972 den Einzelplan des Bundeskanzlers mit Stimmengleichheit ab.
4. Mai	Die Bundesregierung legt dem Parlament den Entwurf des zweiten Steuerreformgesetzes vor, das die Neuregelung der einheitswertabhängigen Steuern sowie Änderungen des Gewerbesteuergesetzes umfaßt.
25./26. Mai	Die Länder, Bayern Niedersachsen und Schleswig-Holstein legen einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vor, der eine stärkere Berücksichtigung strukturpolitischer Erfordernisse bei der antizyklischen Investitionspolitik der öffentlichen Haushalte vorsieht.
7. Juni	Der Bundestag überweist den Entwurf des Haushaltsplanes 1972 an den Haushaltsausschuß mit der Begründung zurück, die Ansätze müßten aufgrund der Konjunkturbelebung gekürzt werden.
9. Juni	Die Bundesregierung unterbreitet dem Haushaltsausschuß Vorschläge zur Verminderung der Ausgabenansätze im Haushaltsentwurf 1972 in Höhe von 1,3 Mrd. DM.
28. Juni	Der Finanzplanungsrat und der Konjunkturrat für die Öffentliche Hand nehmen die Beschlüsse der Bundesregierung vom 9. 6. 1972 zustimmend zur Kenntnis. Sie empfehlen, die von den Gebietskörperschaften geplante Nettokreditaufnahme von 19 Mrd. DM auf rund 16 Mrd. DM zu beschränken, und zwar durch Verringerung des Kreditbedarfs des Bundes um 1,3 Mrd. DM, der Länder und Gemeinden um 1,6 Mrd. DM.
6. September	Die Bundesregierung berät über die Eckwerte für den Bundeshaushalt 1973 und für die mittelfristige Finanzplanung bis 1976: Für 1973 wird eine Zunahme der Ausgaben um 10 ¹ / ₂ vH und eine Nettokreditaufnahme von 4,9 Mrd. DM angestrebt. Bis 1976 soll der Bundeshaushalt im Jahresdurchschnitt um 8 ¹ / ₂ vH expandieren.
8. September	Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften empfiehlt als Leitlinien für die Finanzpolitik in der Bundesrepublik, Bund und Ländern — eine Zunahme der Ausgaben um 9 vH bis 10 ¹ / ₂ vH und — einen Nettofinanzierungssaldo von 9 Mrd. DM.
14. September	Der Finanzplanungsrat und der Konjunkturrat für die Öffentliche Hand befassen sich mit der Haushaltslage 1972, den Grundannahmen für die Aufstellung der Etatentwürfe 1973 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 1976: — Für 1972 ist abzusehen, daß die Nettokreditaufnahme des Bundes 5 Mrd. DM, die der Gebietskörperschaften insgesamt 16 Mrd. DM nicht überschreiten wird. — Im kommenden Jahr sollen von den Haushalten der Gebietskörperschaften insgesamt keine expansiven Wirkungen ausgehen. Eine Zunahme der Staatsausgaben um 10 ¹ / ₂ vH wird für vertretbar gehalten. Die Nettokreditaufnahme sollte den für 1972 zu erwartenden Betrag nicht überschreiten. — Bis 1976 sollen die Ausgaben mit 9 vH im Jahresdurchschnitt etwas stärker zunehmen als das Sozialprodukt mit rund 8 ¹ / ₂ vH. Der Haushaltsausschuß legt dem Bundestag weitere Änderungsvorschläge für den Bundeshaushaltsplan 1972 vor. Danach sollen — das Ausgabenvolumen 109 Mrd. DM und — die Nettokreditaufnahme 4,9 Mrd. DM betragen.
27. Oktober	In einem Programm zur Dämpfung des Preisauftriebs erklärt die Bundesregierung ihre Absicht, Steuermehreinnahmen gegenüber den Sollansätzen des Haushaltsentwurfs — Stand September 1972 — nicht für zusätzliche Ausgaben, sondern zum Abbau der Nettokreditaufnahme zu verwenden.

März 1973 sie sich verpflichtet hatte, im Sommer 1972 freizugeben.

250. Allerdings zog die Bundesregierung Lehren aus der Finanzpolitik im Jahre 1971. Damals hatte man sich angesichts der erwarteten konjunkturellen Abschwächung auf eine kräftige Ausgabenexpansion eingerichtet. Als sich diese Erwartung als trügerisch erwies, gelang es trotz eines Stabilisierungsprogramms nicht mehr, das Haushaltsvolumen für das ganze Jahr 1971 auf ein stabilitätskonformes Maß zu reduzieren. Diesmal sollten die Ausgaben konjunkturpolitisch flexibel bleiben. Die Ausgabenpläne von Bund und Ländern enthielten Eventualhaushalte und zusätzliche Investitionen, die nur im Falle eines stärkeren Konjunkturabschwungs mobilisiert werden sollten. Diese Mehrausgaben hätten ausbleibende private Nachfrage kurzfristig ersetzen können; zugleich hätten sie auf einen mittelfristig höheren Staatsanteil am Produktionspotential, vor allem eine Änderung der Investitionsstruktur zugunsten des Staates, hingewirkt.

Erforderte jedoch die Konjunkturlage keine expansiven Maßnahmen des Staates, sollte eine Steigerung des Haushaltsvolumens um $7\frac{1}{2}$ vH bis $8\frac{1}{2}$ vH Richtschnur für die Ausgaben der Gebietskörperschaften sein. Dies entsprach auch den Leitlinien, die die Kommission der Europäischen Gemeinschaften für den Fall eines milden Konjunkturabschwungs empfohlen hatte.

251. Schon sehr bald zeigte sich, daß die Auslandsnachfrage, der private Verbrauch und allmählich auch die Investitionsgüternachfrage früher und stärker expandierten, als die Gebietskörperschaften bei ihrer Haushaltsplanung angenommen hatten. Staatliche Kompensationen — so der Einsatz der Eventualhaushalte — hätten sich damit, den erwähnten Richtlinien zufolge, erübrigt.

Indessen wurde mehr und mehr offenkundig, daß die Gebietskörperschaften ihre Ausgaben, auch ohne die Eventualhaushalte, stärker ausweiteten, als zunächst für den Fall eines länger anhaltenden Konjunkturabschwungs vorgesehen war. Zu groß war trotz der Ausgabenexpansion in den Vorjahren der aufgestaute Bedarf an öffentlichen Leistungen geworden, der jetzt für unabwelsbar gehalten wurde.

Der ursprünglich geplante Kernhaushalt des Bundes war nur einzuhalten gewesen, wenn 1,2 Mrd. DM im Haushaltsvollzug eingespart wurden. Bei der Planung des Eventualhaushaltes waren in den einzelnen Ressorts überdies Ausgabenwünsche geweckt worden, die offenbar nicht mehr unerfüllt bleiben konnten. Bei Ländern und Gemeinden deutete sich nicht zuletzt wegen des anhaltenden Preisauftriebs für die öffentlichen Ausgaben an, daß der vorgesehene Haushaltsrahmen zu knapp bemessen war. Die Verpflichtungen, die in den Vorjahren eingegangen worden waren, hatten den Spielraum für Ausgabenkürzungen ohnehin eingeengt.

252. In den ersten Monaten des Jahres 1972 übertrafen die Ausgaben der Gebietskörperschaften das sehr hohe Haushaltsvolumen im gleichen Vorjahreszeitraum um 12 vH bis 13 vH. Einer erneuten Ausgabenexplosion galt es entgegenzuwirken; daher empfahlen Finanzplanungsrat und Konjunkturrat für die Öffentliche Hand im Juni 1972, die geplante Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften um 3 Mrd. DM auf 16 Mrd. DM herabzusetzen. Unter Einschluß der vorgesehenen Rückzahlung des Konjunkturzuschlages bedeutete dies ein Nettofinanzierungsdefizit von 22 Mrd. DM für 1972; zum Jahresbeginn hatte man — freilich einschließlich der Eventualhaushalte — noch einen Fehlbetrag von rund 30 Mrd. DM erwartet.

Erneute Ausgabenexpansion

253. Die Empfehlungen des Finanzplanungsrates und des Konjunkturrates für die Öffentliche Hand brauchten die Gebietskörperschaften nicht zu Abstrichen von ihren Ausgabenvorhaben zu veranlassen. Konjunkturell, vor allem inflatorisch bedingte Steuermehreinnahmen erlaubten ihnen, auch ein größeres Ausgabenvolumen zu finanzieren, ohne die Empfehlungen zu überschreiten (Tabelle 26).

Nach unserer Schätzung haben die Gebietskörperschaften im Jahre 1972 248,4 Mrd. DM ausgegeben; das bedeutet eine Steigerung um 11 vH, und zwar gegenüber einem Haushaltsvolumen im Vorjahr, das viel größer war, als man im Herbst 1971 annehmen konnte, und damit viel größer als das Volumen, auf das sich die genannten Richtlinien für 1972 bezogen hatten. Damit hat die Ausgabenexpansion 1972 bei weitem nicht so stark nachgelassen, wie es den Vorsätzen der Finanzpolitik in Anbetracht des tatsächlichen Konjunkturverlaufs entsprechen hätte. Dennoch ist der Staat wegen der hohen Preissteigerungen keinen Schritt auf dem Wege vorangekommen, seine höheren Ansprüche auch tatsächlich durchzusetzen: Die realisierte Staatsquote, der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Produktionspotential in jeweiligen Preisen, hat sich gegenüber 1971 nicht erhöht.

254. Selbst beim Bund überschritten 1972 die tatsächlichen Ausgaben das ursprünglich geplante Volumen. Zwar wurden Anfang Juni 1972 die Ausgabenansätze um 1,2 Mrd. DM gekürzt; jedoch standen dem von vornherein Haushaltsrisiken gegenüber, von denen man schon vor Jahresbeginn annehmen mußte, daß sie zu Mehrausgaben führen würden. Je länger die Diskussion über die Verabschiedung des Haushaltsplanes 1972 anhielt, um so weniger dringlich schien es, das Ausgabenverhalten zu ändern. Denn immer deutlicher zeichnete sich ab, daß es dank der nunmehr zu erwartenden Mehreinnahmen gelingen würde, die vorgesehene Neuverschuldung einzuhalten oder sogar zu unterschreiten.

In der finanzpolitischen Diskussion des Jahres 1972 wurden die Bundesausgaben auf 109 Mrd. DM ver-

anschlagt. Das wären 11 vH mehr als im Vorjahr. Jedoch werden damit die Ausgaben der Steigerungsrate nach um einen Prozentpunkt, dem Betrage nach um 1 Mrd. DM, zu niedrig ausgewiesen. Denn um diesen Betrag ist der Ausgabenansatz für den Zuschuß zur Rentenversicherung der Angestellten im Haushalt gekürzt, obwohl zugleich vorgesehen ist, der Rentenversicherung auch diesen Teil des Zuschusses zukommen zu lassen, allerdings — wie schon früher — nicht in bar, sondern in Form von Bundesschatzbriefen.

255. Noch stärker als der Bund weiteten die Länder ihre Ausgaben aus. Nach unserer Schätzung übertrifft ihr Haushaltsvolumen 1972 das Vorjahres-Ist um 12 1/2 vH. Damit gingen die Ausgaben erneut über das geplante Haushalts-Soll hinaus, allerdings nicht im gleichen Umfang wie 1971. Da sich die Länder erst im Januar 1972 mit dem Bund über die Umsatzsteuerneuverteilung einigten, veranschlagten sie die von daher erwarteten Mehreinnahmen zum Teil bereits in ihren Ausgabenplänen. Einige Länder verplanten mehr, als ihnen nach der

Tabelle 26

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1970 ²⁾	1971 ³⁾	1972 ⁴⁾	1971 ⁵⁾	1972 ⁶⁾
	Mrd. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Eigenfinanzierte Ausgaben (ohne Schuldentilgung) ⁷⁾	195,0	223,5	248,4	+ 14,6	+ 11,1
Laufende Rechnung	145,5	167,0	189,4	+ 14,8	+ 13,4
davon:					
Personalausgaben	61,0	72,4	81,5	+ 18,7	+ 12,6
Sachaufwand ⁸⁾	33,0	36,8	41,5	+ 11,5	+ 12,8
Laufende Übertragungen ⁹⁾	44,6	49,8	57,0	+ 11,7	+ 14,5
Zinszahlungen	6,9	8,0	9,4	+ 15,9	+ 17,5
Kapitalrechnung	49,6	56,7	58,8	+ 14,3	+ 3,7
davon:					
Sachinvestitionen	32,0	36,6	38,6	+ 14,4	+ 5,5
Vermögensübertragungen	10,0	11,3	12,0	+ 13,0	+ 6,2
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	7,6	8,8	8,2	+ 15,8	- 6,8
Eigene Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklage-mittel) ⁶⁾	188,9	212,5	226,2	+ 12,5	+ 6,4
Laufende Rechnung	183,6	207,0	221,0	+ 12,7	+ 6,3
darunter: Steuern ⁸⁾	156,4	176,1	187,6	+ 12,6	+ 6,6
Kapitalrechnung	5,3	5,5	5,2	+ 3,8	- 5,5
Nettofinanzierungssaldo ⁷⁾	- 6,3	- 11,2	- 22,2	.	.

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Offa, Europäische Gemeinschaften, Länder und Gemeinden (Gv.).
²⁾ Vorläufige Ergebnisse.
³⁾ Schätzung nach Teilergebnissen.
⁴⁾ Eigene Schätzung; eigene Steuerschätzung, vgl. Ziffer 261.
⁵⁾ Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse).
⁶⁾ Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
⁷⁾ Darunter: Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung (1970: 12,2 Mrd. DM, 1971: 13,0 Mrd. DM, 1972: 14,6 Mrd. DM).
⁸⁾ Unter Berücksichtigung des Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer.
⁹⁾ Einschließlich des Saldos der durchlaufenden Mittel.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen

Einigung zufließ; ihre Haushaltsansätze kürzten sie deshalb jedoch nicht. Durch die konjunkturelle Belebung und den Geldwertschwund bedingt flossen den Ländern zusätzliche Steuereinnahmen zu, die sie, zumindest teilweise, für Mehrausgaben verwendeten. Allein die Unsicherheit darüber, ob ihnen angesichts des Fehlens eines verabschiedeten Bundeshaushalts die darin veranschlagten Finanzzuweisungen tatsächlich zugehen würden, setzte wohl einer noch stärkeren Ausgabensteigerung Schranken.

256. Bei den Gemeinden ist es zwar 1972 nicht nochmals zu einer Ausgabenexplosion gekommen; die Expansion ihrer Ausgaben blieb jedoch hinter der bei Bund und Ländern kaum zurück. Noch kräftiger freilich nahmen ihre Einnahmen zu. Außer der konjunkturellen Entwicklung hat dazu beigetragen, daß drei Viertel des Mehraufkommens aufgrund der Mineralölsteuererhöhung zur Finanzierung ihrer Investitionsausgaben abgezweigt wurden; zudem profitierten sie durch den Einnahmenverbund mit den Ländern von der Umsatzsteuerverteilung.

Allerdings stehen Urteile über die Gemeindefinanzen im jeweils laufenden Jahr so lange auf unsicherem Boden, wie vierteljährliche Erhebungen der kommunalen Gesamtausgaben nicht vorliegen. So zeigten die Rechnungsabschlüsse, daß die Gemeinden 1970 1½ Mrd. DM und 1971 3½ Mrd. DM mehr ausgegeben hatten, als im Herbst 1971 abzusehen gewesen war.

257. Angesichts der unterschiedlichen Ausgabenentwicklung bei den Gebietskörperschaften war eine Revision in der Aufteilung der Finanzmasse notwendig geworden. Wegen des hohen Anteils besonders stark steigender Personal- und Investitionsausgaben hatte das Ausgabenvolumen der Länder und Gemeinden stärker zugenommen als das des Bundes. Obwohl der Bund durch Zuweisungen an die anderen Gebietskörperschaften die Finanzierung indirekt schon mit übernommen hatte, nahm deren Kreditaufnahme rasch zu. Um der steigenden Verschuldung entgegenzuwirken, forderten die Länder, daß ihre Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen erhöht wird. Erst während des Haushaltsvollzuges einigten sich Bund und Länder, rückwirkend vom Jahresbeginn an den Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen von 30 vH auf 35 vH heraufzusetzen. Außerdem erhielten finanzschwache Länder im Rahmen des Finanzausgleichs vom Bund mehr Mittel. Wegen des Steuerverbunds mit den Ländern waren dadurch unmittelbar auch die Gemeinden begünstigt.

258. Auch im Jahre 1972 waren die Personalausgaben Hauptursache für die starke Ausgabenausweitung. Zwar nahmen sie mit 12½ vH nicht mehr im gleichen Maße zu wie 1971; dennoch sprengten sie bei den Ländern — diese sind die wichtigsten Arbeitgeber im öffentlichen Dienst — den dafür in den Haushalten vorgesehenen Rahmen.

Das Ergebnis des Tarifabschlusses und die daran ausgerichteten Anhebungen der Beamtenbezüge hatten weithin einen günstigen Ausgang der Dinge erwarten lassen. Erhebliche Vorbelastungen aus den beiden vorangegangenen Jahren der Übersteigerung in der Lohnpolitik waren jedoch außerdem zu tragen. Darüber hinaus ist es auch noch zu umfangreichen „Strukturverbesserungen“ gekommen. Ebenfalls ins Gewicht fällt die Erhöhung des Personalbestandes, vor allem bei den Ländern, aber auch in einigen Bereichen des Bundes, der sich ursprünglich einen Einstellungsstopp auferlegt hatte. Verlässliche Auskunft im einzelnen gibt es hierüber nicht.

259. Allein in ihren Ausgaben für Sachinvestitionen war die öffentliche Hand im Jahre 1972 zurückhaltend. Auf ganzes Jahr gesehen waren die Investitionsausgaben nach unserer Schätzung nur um 5½ vH höher als 1971. Bei Bund und Ländern waren sie in den ersten sechs Monaten 1972 sogar niedriger als im Jahr zuvor. Damit spiegelt sich in den Ausgaben 1972 wider, daß 1971 die Vergabe von Investitionsaufträgen zeitweise stark eingeschränkt worden war. Vom Herbst 1971 bis weit in die erste Jahreshälfte 1972 hinein erteilten die Gebietskörperschaften dann beschleunigt Aufträge; das hat sich inzwischen auch in den Ausgaben niederschlagen, aber erst zum Teil, am deutlichsten wohl bei den Gemeinden.

Das ursprünglich gesteckte Ziel, den öffentlichen Anteil am gesamtwirtschaftlichen Investitionsvolumen zu erhöhen, hat der Staat 1972 gleichwohl nicht erreicht, vielmehr ist dieser Anteil zurückgegangen. Die Privaten hielten sich in ihrer Nachfrage weniger zurück, als vorauszusehen war. Abermals verminderten starke Preissteigerungen für Hochbauten den Realwert der angesetzten öffentlichen Ausgaben.

260. Daß 1972 die Investitionsausgaben hinter den Personalausgaben zurückstanden, entspricht nicht den mittelfristigen Zielen der Finanzplanung. Allerdings wird der Zusammenhang zwischen Investitionsausgaben und Personalausgaben nicht immer klar gesehen. Investitionen können nur begrenzt zu Lasten des Anteils der Personalausgaben ausgedehnt werden; denn neugeschaffene Kapazitäten (Schulen, Krankenhäuser usw.) erfordern, will man sie nutzen, auch zusätzliches Personal.

Allerdings sollte sich der Staat in seiner Einstellungspolitik nicht prozyklisch, sondern antizyklisch verhalten, um einerseits mit den Personalausgaben kompensierend zu wirken, andererseits auf dem Arbeitsmarkt zur Verstetigung beizutragen. Statt dessen haben die Gebietskörperschaften, vor allem die Länder und die Gemeinden, ihren Personalbestand 1970 und 1971 besonders kräftig ausgeweitet — in Jahren also, in denen der Arbeitsmarkt überfordert war. Hinzu kam, daß der Staat als Arbeitgeber in dieser Zeit auch große Zugeständnisse in der Besoldungspolitik machte.

Konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen

261. Da die erwartete spürbare Konjunkturabschwächung ausblieb und der Geldwertswund unvermindert anhielt, flossen den Gebietskörperschaften Steuereinnahmen zu, mit denen sie bei ihrer Haushaltsplanung nicht hatten rechnen können. Im Herbst 1971 mußte man davon ausgehen, die Steuereinnahmen würden nur um knapp 7 vH zunehmen. Tatsächlich wurden es 12 vH mehr. Das Steueraufkommen erreichte ein Volumen von 193^{1/2} Mrd. DM.

Damit war die Veränderung der Steuereinnahmen größer als die des Bruttosozialproduktes (9^{1/2} vH). Das ist zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, daß einige bedeutendere Verbrauchsteuern kräftig erhöht wurden. Im übrigen ergibt es sich aus der Progressionswirkung des Steuersystems sowie aus Veranlagungstechnischen Gründen.

Diese Rechnung berücksichtigt freilich nicht, daß 1972 der Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer — 1970 und 1971 in einem Betrage von 5,9 Mrd. DM erhoben — zurückerstattet wurde. Auf die Kasseneinnahmen der Gebietskörperschaften hatte die Rückzahlung keinen Einfluß, da diese Mittel auf einem Sonderkonto bei der Bundesbank stillgelegt worden waren, das nun aufgelöst wurde. Bezieht man den Konjunkturzuschlag 1971 und 1972 in die Rechnung ein, so zeigt sich, daß die Steuereinnahmen nur um 6^{1/2} vH — also weit schwächer als das Bruttosozialpro-

dukt — gestiegen sind; die volkswirtschaftliche Steuerquote ist demnach zurückgegangen, und zwar von 23,2 vH im Jahre 1971 auf 22,6 vH im Jahre 1972.

262. Zu unvorhergesehenen Mehreinnahmen kam es vor allem bei den Steuern vom Einkommen (Tabelle 27). Da die Arbeitnehmereinkommen nur vorübergehend mäßiger stiegen, erbrachte die Lohnsteuer knapp 3 Mrd. DM mehr, als man vor Jahresbeginn annehmen konnte. Sprunghaft zugenommen haben die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer. Gegenüber der Schätzung vom Herbst 1971 waren sie ebenfalls um rund 3 Mrd. DM höher. Dies ist zu einem nicht unerheblichen Teil mit dem Stand der Veranlagungsarbeiten zu erklären: Im Jahre 1972 wurden hauptsächlich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die im Jahre 1970 entstanden waren, veranlagt. Damals hatten viele Steuerpflichtige ihre Vorauszahlungen stärker herabsetzen lassen, als der Verschlechterung der Ertragslage entsprochen hätte, wobei auch das Motiv eine Rolle gespielt haben dürfte, den im August 1970 eingeführten Konjunkturzuschlag möglichst gering zu halten. Daraus resultierten 1972 ungewöhnlich hohe Abschluß- und Nachzahlungen, die dazu führten, daß auch die Vorauszahlungen von den Finanzbehörden heraufgesetzt wurden. Wegen der veränderten konjunkturellen Situation konnten sich 1972 die Steuerpflichtigen solchen Bescheiden

Tabelle 27

Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern

Steuerart	1970	1971	1972 ¹⁾	1971 1972 ¹⁾		1971	1972	
	Mrd. DM			Veränderung in vH ²⁾		Mrd. DM	Veränderung in vH ³⁾	
	Jahr			Januar bis September				
Gesamtsteueraufkommen	156,39 ^{a)}	176,06 ^{a)}	187,6 ^{a)}	+ 12,6	+ 6,6	.	.	.
Lohnsteuer	35,09	42,80	49,4	+ 22,0	+ 15,4	29,76	34,59	+ 16,2
Veranlagte Einkommensteuer	16,00	18,34	22,2	+ 14,6	+ 21,0	13,11	16,33	+ 24,6
Körperschaftsteuer	8,72	7,17	8,0	- 17,8	+ 11,8	5,15	5,78	+ 12,3
Umsatzsteuer	26,79	30,87	34,0	+ 15,2	+ 10,1	22,48	24,97	+ 11,0
Einfuhrumsatzsteuer	11,35	12,03	12,7	+ 5,9	+ 5,6	8,95	9,39	+ 4,9
Mineralölsteuer	11,51	12,42	14,0	+ 7,9	+ 12,7	8,84	9,83	+ 12,4
				Januar bis Juni				
Gewerbesteuer ⁴⁾	10,73	12,31	13,9	+ 14,8	+ 12,9	5,85	6,82	+ 16,5

¹⁾ Eigene Schätzung.

²⁾ Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH.

³⁾ Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.

^{a)} Einschließlich Konjunkturzuschlag (1970: +2,25 Mrd. DM, 1971: +3,65 Mrd. DM, 1972: -5,9 Mrd. DM).

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen

nicht mit dem Hinweis auf eine schlechte Ertragslage widersetzen. Dies gilt insgesamt auch für die Körperschaftsteuer. Allerdings wird hier das Bild dadurch verzerrt, daß vermehrt Zuschüsse aufgrund des Investitionszulagengesetzes gezahlt werden mußten; diese erscheinen als Mindereinnahmen beim Steueraufkommen und berühren die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer stärker als die aus der veranlagten Einkommensteuer.

Die unerwartet lebhaftere Verbrauchskonjunktur hat sich darin niedergeschlagen, daß das Umsatzsteueraufkommen um knapp 2 Mrd. DM höher ausfiel, als zunächst anzunehmen war. Daß die Einnahmen dennoch nicht ganz so stark stiegen wie die privaten Verbrauchsausgaben, ihre wichtigste Bestimmungsgröße, ist auf den weiteren planmäßigen Abbau der Investitionsteuer zurückzuführen, die 1972 1 Mrd. DM weniger erbrachte als im Vorjahr.

263. Aufgrund von Steuerrechtsänderungen haben die Gebietskörperschaften 1972 per Saldo Mehreinnahmen in Höhe von 1,8 Mrd. DM erzielt. Im einzelnen ergaben sich aus der Erhöhung der

— Tabaksteuer	0,4 Mrd. DM
— Mineralölsteuer auf Treibstoff	1,1 Mrd. DM
— Branntweinabgabe	0,5 Mrd. DM
— Kraftfahrzeugsteuer für Nutzfahrzeuge	0,2 Mrd. DM.

Dem stand ein Einnahmefehl in Höhe von 0,4 Mrd. DM infolge der endgültigen Abschaffung der Straßengüterverkehrssteuer gegenüber.

Expansive Effekte der Finanzpolitik abermals größer

264. Die Finanzpolitik, die zu Beginn des Jahres die Chance des Abschwungs dazu nutzen wollte, auf dem Weg zu einem mittelfristig höheren Staatsanteil am Produktionspotential ein Stück voranzukommen, geriet durch den Konjunktumschwung unerwartet früh in Konflikt mit dem Ziel der Stabilisierung. Wie sich zeigte, war sie für diesen Fall nicht genügend gewappnet. Wohl hatte man die geplante Expansion der Haushalte mit einem konjunkturpolitischen Vorbehalt versehen; doch ließ sich der Ausgabenbedarf insgesamt gesehen nicht mehr zurückdrängen: Das Ausgabenvolumen ging noch über das hinaus, was ursprünglich unter Ein-schluß der Eventualhaushalte geplant war. Um so dringlicher wäre es unter den neuen konjunkturellen Vorzeichen gewesen, die privaten Ansprüche an das Produktionspotential stärker einzudämmen. Auf der Einnahmenseite jedoch war die Finanzpolitik durch das früher gegebene Versprechen gebunden, den Konjunkturzuschlag zurückzuzahlen (Ziffer 336). So wirkten die öffentlichen Haushalte noch expansiver als 1971, ja sogar expansiver, als für den Fall eines anhaltenden Konjunkturabschwungs vorgesehen war.

265. Seit 1969, als die Haushalte insgesamt zum letzten Mal kontraktiv waren, hat der Staat das

Expansionsstempo von Jahr zu Jahr erhöht. Hatte er damit zunächst zum Andauern der Hochkonjunktur und zur Verzögerung des Abschwungs beigetragen, so wirkten die kräftigen Impulse des Haushalts 1971 darauf hin, daß der Abschwung dann nur kurz und mild verlief. Zugleich minderte das für den Staat aber auch den konjunkturpolitischen Anlaß für einen stark expansiven Haushalt im Jahre 1972. Daß dieser noch expansiver als in den Vorjahren ausfiel, hat nicht nur den neuen Aufschwung mitbestimmt, sondern auch einem Nachlassen des Preis-auftriebs entgegengewirkt.

266. Das Ausmaß der expansiven Impulse erkennen wir durch einen Vergleich der tatsächlichen Ausgaben mit dem, was konjunkturneutral gewesen wäre. Hätten sich die Gebietskörperschaften 1972 konjunkturneutral verhalten wollen, so hätten sie sich auf ein Ausgabenvolumen von 235 $\frac{1}{2}$ Mrd. DM beschränken oder die Steuerbelastung erhöhen müssen. Gegenüber den Ist-Ausgaben im Vorjahr wäre dies bei den gegebenen Einnahmeregulungen eine Steigerung um knapp 5 $\frac{1}{2}$ vH gewesen.

Diese Zuwachsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Ausgaben wird durch mehrere Komponenten bestimmt. Tabelle 28 zeigt diese im einzelnen und verdeutlicht den Rechengang:

— Grundlage für eine konjunkturneutrale Expansion der Staatsausgaben ist das Wachstum des Produktionspotentials; für 1972 schätzen wir dies Wachstum auf 4,8 vH [Zeile (c)].

— Auch eine konjunkturneutrale Finanzpolitik hätte davon ausgehen können, in den Haushaltsansätzen also berücksichtigen dürfen, daß das gesamtwirtschaftliche Preisniveau im Jahresvergleich 1972/71 nicht konstant bleiben konnte; bereits am Jahresende 1971 war es höher als im Jahresdurchschnitt; außerdem gab es Lohn- und andere Kostensteigerungen, die bis dahin schon eingetreten waren, deren Preiswirkung zwar noch fehlte, aber bei Vermeidung eines Deflationsdrucks nicht mehr voll verhindert werden konnte. Wir haben für diesen „konjunkturneutralen“ Anstieg des Preisniveaus 3 vH angesetzt [Zeile (d)].

— Der Rückgang der Steuerquote, in dem sich die Freigabe des Konjunkturzuschlages niedergeschlagen hat, mußte den Spielraum für eine konjunkturneutrale Ausgabensteigerung mindern [2,3 vH, Zeile (e)]; denn den Privaten wurde 1972 mit der Rückzahlung des Konjunkturzuschlages zusätzlich Kaufkraft zugeführt, ein expansiver Vorgang, der genauso zu kompensieren ist.

— Zu überprüfen ist, ob der Vorjahreshaushalt — das tatsächliche Haushaltsvolumen 1971 —, auf den alle zuvor genannten Veränderungsarten bezogen sind, als Basis für eine konjunkturneutrale Fortschreibung in Betracht kommt; andernfalls ist diese Basis zu korrigieren. Anlaß zu einer solchen Korrektur gibt es etwa, wenn der Staat sich mit seinen Ansprüchen an das Produktionspotential im Vorjahr durch expansive Haushalte (also nicht durch Steuererhöhungen gedeckt) vordrängen konnte. Die Fortschreibung eines solchen Haushaltsvolumens würde nicht zu konjunkturneutralen Größen führen. Die Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen zeigt die nötige Korrektur an. Im Jahre 1971 war diese Abweichung gering. Denn die expansiven Impulse der Haushalte sind weitgehend in Preissteige-

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht ¹⁾

	Einheit	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972 ²⁾
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen ³⁾	Mrd. DM	509,8	533,7	560,2	607,5	687,1	775,4	864,0
(2) Produktionspotential bei „konjunkturaler“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr ⁴⁾	Mrd. DM	509,8	538,2	562,6	601,6	664,0	745,8	837,1
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966	Mrd. DM	145,1	153,3	160,2	171,3	189,0	212,2	238,3
(4) Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	490,7	495,5	540,0	605,2	685,6	758,8	830,8
(5) Steuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966	Mrd. DM	112,5	113,6	123,8	138,7	157,1	173,9	190,4
(6) Tatsächliche Steuereinnahmen ⁵⁾	Mrd. DM	112,5	114,6	121,8	145,3	156,4	176,1	187,6
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote	Mrd. DM	—	+1,0	-2,0	+6,6	-0,7	+2,2	-2,8
(6) × (5)								
(8) Konjunkturalneutrales Haushaltsvolumen (3)+(7)	Mrd. DM	145,1	154,3	158,2	177,9	188,3	214,4	235,5
(9) Tatsächliche Staatsausgaben ⁶⁾	Mrd. DM	145,1	154,4	157,9	173,2	195,0	223,5	248,4
(10) Konjunktureller Effekt ⁷⁾ des Haushalts (9)×(8)	Mrd. DM	—	+0,1	-0,3	-4,7	+6,7	+9,1	+12,9
(11) Ex post: Abweichungen der realisierten Staatsquote von der konjunkturalneutralen entsprechen ⁸⁾	Mrd. DM	—	+1,4	+0,3	-6,1	+0,1	+0,5	+5,3
$\left[\frac{(17) \times (14)}{100} \right] \cdot (1)$								
(12) Veränderung des konjunkturellen Effektes gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	Mrd. DM	—	+0,1	-0,4	-4,4	+11,4	+2,4	+3,8

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Offa, Europäische Gemeinschaften, Länder und Gemeinden (Gv.).

²⁾ Eigene Schätzung.

³⁾ Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

⁴⁾ Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturalneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.

⁵⁾ Kassenmäßige Einnahmen einschließlich Konjunkturzuschlag (1970: +2,3 Mrd. DM, 1971: +3,6 Mrd. DM, 1972: -5,9 Mrd. DM).

⁶⁾ Eigenfinanzierte Ausgaben.

⁷⁾ Expansiv: +; kontraktiv: —.

⁸⁾ Gleichbedeutend mit: Konjunktureller Effekt errechnet auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang VII).

⁹⁾ (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (f). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (f) (siehe Anhang VII).

¹⁰⁾ Dies entspricht den Komponenten (f) und (g) in Tabelle 18 des JG 71, die aus Vereinfachungsgründen zusammengefaßt worden sind.

noch Tabelle 28

	Einheit	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972 ^{a)}
Zum Vorjahresvergleich								
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (9) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	+4,5	+6,4	+2,2	+ 9,7	+12,6	+14,6	+11,1
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (8) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (9)	vH	—	+6,3	+2,5	+12,7	+ 8,7	+ 9,9	+ 5,4
Bestimmungsfaktoren von (b) ^{a)}								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	vH	+4,4	+3,5	+3,3	+ 4,8	+ 5,6	+ 4,8	+ 4,8
(d) „Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	—	+2,0	+2,0	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	—	+0,7	-2,0	+ 5,6	- 4,7	+ 1,5	- 2,3
$\left[\frac{(13) \times (13) \text{ i. jew. Vorj.} \cdot 4}{100} \right] \cdot 100$ (9) i. jew. Vorj.								
f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr ¹⁹⁾	vH	—	—	-0,9	- 0,2	+ 3,6	- 0,6	- 0,2
$\left[\frac{(14) \text{ i. jew. Vorj.} \times (17) \text{ i. jew. Vorj.}}{(14) \text{ i. jew. Vorj.}} \right]$								
(13) Volkswirtschaftliche Steuerquote	vH	22,9	23,1	22,6	24,0	22,8	23,2	22,6
$\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$								
(14) Konjunkturneutrale Staatsquote	vH	28,5	28,7	28,1	29,6	28,4	28,8	28,1
$\frac{(6)}{(2)} \cdot 100$								
(15) Beanspruchte Staatsquote	vH	28,5	28,7	28,1	28,8	29,4	30,0	29,7
$\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$								
(16) Konjunktureller Effekt, bezogen auf das Produktionspotential in (2)	vH	—	-0,0	-0,1	-0,8	+1,0	+1,2	+1,5
$(15) \times (14)$								
(17) Realisierte Staatsquote	vH	28,5	28,9	28,2	28,5	28,4	28,8	28,7
$\frac{(9)}{(1)} \cdot 100$								

runge verpußt. Das erhöhte Preisniveau aber mußte von der neuen Haushaltsplanung für gegeben genommen werden. Nur um 0,2 vH ist die Basis zu korrigieren [Zeile (1)].

267. Tatsächlich weiteten die Gebietskörperschaften ihre Ausgaben um 11 vH aus. Das konjunktur-neutrale Haushaltsvolumen wurde damit um knapp 13 Mrd. DM übertroffen. Der konjunkturelle Effekt, an dem wir die expansiven Impulse messen, die vom Haushalt auf die übrige Wirtschaft ausgehen, war also noch einmal um knapp 4 Mrd. DM höher als im Vorjahr. Wegen der anhaltend starken Preissteigerungen — vom Staat erneut mit verursacht — ging die realisierte Staatsquote 1972 allerdings nur um 0,6 vH über die konjunkturneutrale hinaus.

268.

Bei dem konjunkturneutralen Haushalt als Maßkonzept der konjunkturellen Wirkungen handelt es sich, das sei abermals betont, um eine Messung an mittelfristigen Bezugsgrößen. Das Bild, das sich für 1972 ergibt, sieht jedoch nicht wesentlich anders aus, wenn man der Analyse kurzfristige Bezugsgrößen zugrunde legt, also etwa die Vorjahreswerte der Haushalte als Ausgangspunkte nimmt, um die konjunkturellen Wirkungen zu messen, auch wenn diese Vorjahreswerte nicht konjunkturneutral waren. (In diesem Fall entfällt eine Basis Korrektur.) Da im Jahre 1971 die realisierte Staatsquote — der hohen Preissteigerungen wegen — nur wenig höher war als die konjunkturneutrale, sind auch anhand eines solchen Maßkonzeptes für 1972 fast gleich hohe expansive Impulse der Finanzpolitik auszuweisen (12 1/2 Mrd. DM, Tabelle 28, Zeile 10 im jeweiligen Jahr \times Zeile 11 im jeweiligen Vorjahr)¹.

269. Alle öffentlichen Haushalte, unter Einschluß der Sozialversicherung, haben noch stärker expansiv gewirkt als die der Gebietskörperschaften für sich genommen. Das muß rückblickend auch für 1971 festgestellt werden. Tatsächlich waren nämlich die Aufwendungen der Krankenkassen im Vorjahr weit höher, als wir im Herbst 1971 aufgrund der damals vorliegenden Informationen annehmen konnten.

Im Jahre 1972 betrug die Ausgaben der Sozialversicherung 108 1/2 Mrd. DM; gegenüber dem Vorjahr sind sie um 15 1/2 vH gestiegen. Eine Expansion dieses Ausmaßes war zunächst vor allem wegen des niedrigen Anpassungssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht zu erwarten. Zur planmäßigen Rentenerhöhung aber kam, daß als Folge der Reform die Bestandsrenten gegen Jahresende, aber mit Wirkung von der Jahresmitte an, nochmals und weit kräftiger als zuvor angehoben wurden. Überdies wurden den Rentnern die 1968 und 1969 einbehaltenen Krankenkassenbeiträge zurückerstattet. Zusammen waren das Mehrausgaben in Höhe von 3 1/2 Mrd. DM. Schließlich erhöhten sich die Aus-

gaben der Krankenversicherungen 1972 noch einmal sprunghaft.

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung erreichten ein Volumen von 94 1/2 Mrd. DM; das sind 13 1/2 vH mehr als 1971. Dazu haben nicht nur die unerwartet hohen Lohnsteigerungen beigetragen. Ins Gewicht fiel auch, daß die Krankenkassen sowie die Arbeitslosenversicherung ihre Beitragssätze erhöhten.

270. Gebietskörperschaften und Sozialversicherung haben 1972 insgesamt 332 Mrd. DM ausgegeben. Das Ausgabenvolumen des konsolidierten Haushalts war damit um 12 1/2 vH größer als 1971. Dem standen Einnahmen aus Steuern und Beiträgen in Höhe von 277 Mrd. DM gegenüber; im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies eine Steigerung um knapp 9 vH.

Bei der Konsolidierung des zusammengefaßten Haushalts sind bereinigt worden: die Ausgabenseite um die Zuschüsse vorwiegend des Bundes an die Parafisci (14 1/2 Mrd. DM) sowie um die Zahlungen der Sozialversicherung an die Gebietskörperschaften für Krankenhausleistungen (5 1/2 Mrd. DM), die Ausgaben- wie Einnahmenseite um die Arbeitgeberbeiträge der Gebietskörperschaften zur Sozialversicherung (5 Mrd. DM).

271. Konjunkturneutral war 1972 ein Volumen des konsolidierten Haushaltes von 317 1/2 Mrd. DM, nur 7 1/2 vH mehr als die Ist-Ausgaben im Vorjahr. Damit haben Gebietskörperschaften und Sozialversicherung zusammengenommen einen expansiven Effekt von 14 1/2 Mrd. DM ausgelöst; auch der konsolidierte Haushalt hat 1972 noch stärker expansiv gewirkt als ein Jahr zuvor.

Finanzierungssaldo und konjunkturelle Wirkungen der öffentlichen Haushalte

272. Die finanzpolitische Diskussion des Jahres 1972 war beherrscht von der Frage, mit welchem Finanzierungssaldo, das heißt mit welchem Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen, die öffentlichen Haushalte voraussichtlich abschließen würden und mit welchem sie eigentlich abschließen sollten. In früheren Jahren waren es die Veränderungsrate des Haushaltsvolumens, denen die Aufmerksamkeit vor allem galt. Der Sachverständigenrat hat in mehreren Gutachten für die Einsicht geworben, daß weder die eine noch die andere Größe ohne weiteres Auskunft über die konjunkturellen Wirkungen der Finanzpolitik gibt (JG 69 Ziffer 114, JG 71 Ziffer 179). Welche Beziehungen zwischen dem Finanzierungssaldo und der Größe bestehen, die wir als Indikator für die konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte ansehen, ist zu zeigen.

273. Anfang des Jahres 1972 war zeitweise mit einem Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften von fast 30 Mrd. DM gerechnet worden. Im Verlaufe des Jahres wurde der erwartete Finanzierungssaldo jedoch geringer, und zwar ohne daß

¹ Dieser Vergleich entspricht im wesentlichen dem bekannten, in den Vereinigten Staaten üblichen Maßkonzept des „Full Employment Budget Surplus“ (Unterschiede ergeben sich aus Schwierigkeiten in der statistischen Erfassung, vgl. Fußnote 1 zu Ziffer 274 c). Dessen Problematik liegt darin, daß die Vorjahreswerte implizit als Norm gesetzt werden.

die vorgesehenen Ausgaben etwa gekürzt worden wären; im Gegenteil: Tatsächlich wurden die Ausgaben sogar erhöht. Die Verminderung des Nettofinanzierungssaldos resultierte daraus, daß die Einnahmen stärker stiegen, als vorauszusehen war. So kann heute damit gerechnet werden, daß die Steuereinnahmen 1972 — den Konjunkturzuschlag unberücksichtigt gelassen — um rund 10 Mrd. DM höher sein werden, als man Ende 1971 annahm. Dies ist nicht etwa Ausdruck finanzpolitischer Manipulation bei der Steuerschätzung, sondern entspricht weitgehend der veränderten Entwicklung des Sozialprodukts, das sowohl real als auch — der hohen Preissteigerungen wegen — nominal weit größer war, als im Herbst 1971 erwartet wurde. Verwirrung hat jedoch gestiftet, daß die solchermaßen begründete Abnahme des geplanten Finanzierungssaldos als stabilisierungskonforme Zurückhaltung der Finanzpolitik interpretiert wurde.

Dies war sicherlich nicht zulässig. Erhöht sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität oder weitet sich das

Sozialprodukt inflatorisch aus, so sind die damit anfallenden zusätzlichen Steuereinnahmen nicht Ausdruck erhöhter Entzugswirkungen des staatlichen Abgabensystems, sondern Nebenfolgen expansiven Ausgabenverhaltens (der Privaten oder des Staates selbst). Diese Einnahmen nicht ausgeben — den Finanzierungssaldo also verringern —, heißt dann nur: konjunktural neutral handeln (nicht schon: kontraktiv); sie ausgeben — den Finanzierungssaldo also konstant halten — heißt, expansiv handeln¹⁾. Am Beispiel des Jahres 1972: Die Ausgaben-seite der öffentlichen Haushalte war in hohem Maße expansiv. Zusätzliche Ausgaben schufen zusätzliche Einkommen und regten zusätzliche private Ausgaben an, die ihrerseits Einkommen schufen

¹⁾ Unberührt bleibt die Liquiditätswirkung der erhöhten Steuereinnahmen; dies ist jedoch ein Problem der Geld- und Kreditpolitik, die entscheiden muß, inwieweit die zusätzlichen Einnahmen als Notenbankguthaben zu halten sind oder die staatliche Kreditmarktverschuldung mindern sollen.

Tabelle 29

Finanzierungssaldo und konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte

Mrd. DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
I. Konjunktural neutrale Komponenten des Finanzierungssaldos							
(a) Konjunktural neutrale längerfristige Kreditaufnahme	-7,5	-7,6	-8,3	-9,3	-10,5	-11,6	-12,7
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen ¹⁾	-1,3	-5,6	-1,3	+3,0	+3,6	+0,8	-2,4
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen ²⁾	-	-1,0	-0,5	+1,4	+5,3	+6,7	+6,0
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen“ sowie der konjunktural neutralen längerfristigen Kreditaufnahme ³⁾	-	+0,5	+1,9	+2,1	+2,0	+2,0	-0,2
I. (a) bis (d) Konjunktural neutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunktural neutralen Haushalts)	-8,8	-13,7	-8,2	-2,8	+0,4	-2,1	-9,3
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo	-8,8	-13,8	-7,8	+1,9	-6,3	-11,2	-22,2
II. / I. Konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte	-	-0,1	+0,3	+4,7	-6,7	-9,1	-12,9
(+ : kontraktiv; - : expansiv)							

¹⁾ Errechnet als der Teil der (konjunktural neutralen) Steuereinnahmen, der — bei einer gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten volkswirtschaftlichen Steuerquote — einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97^{1/2} vH) zuzurechnen ist.

²⁾ Errechnet als der Teil der (konjunktural neutralen) Steuereinnahmen, der — bei einer gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten volkswirtschaftlichen Steuerquote — einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunktural neutrale“ Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt).

³⁾ Errechnet als Abweichung der tatsächlichen „Sonstigen Einnahmen“ und der „konjunktural neutralen längerfristigen Kreditaufnahme“ (Zeile a) von dem Betrag, der zur Deckung eines gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten Anteils der konjunktural neutralen Staatsausgaben erforderlich gewesen wäre.

und so fort. Dabei entstanden auch zusätzliche Einnahmen beim Staat. Es wäre absurd, die staatliche Ausgabenpolitik etwa deshalb weniger expansiv zu nennen, weil sie günstige Einnahmefolgen hatte und der Staat die zusätzlichen Einnahmen nicht auch noch ausgab.

274. Der jeweilige Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte wird von mehreren Komponenten bestimmt; sie sind teilweise konjunkturneutral, teilweise konjunkturwirksam. In Tabelle 29 haben wir eine entsprechende Zerlegung vorgenommen.

a) Auszugehen ist von einer überkonjunkturellen Komponente, die wir „konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme“ nennen (JG 70 Ziffer 346). Es ist stabilitätspolitisch durchaus unbedenklich, daß der Staat nicht nur in Zeiten der Konjunkturabschwächung oder der Rezession, sondern auch im konjunkturellen Gleichgewicht seine Ausgaben nicht voll durch laufende Einnahmen deckt, sondern — wie dies für den Unternehmenssektor als selbstverständlich gilt — teilweise durch Kredite finanziert, wenn die Volkswirtschaft hieran angepaßt ist (oder durch die Geld- und Kreditpolitik angepaßt wird). Im Jahresgutachten 1970 haben wir den Vorschlag zur Diskussion gestellt, hierfür die von konjunkturellen Einflüssen hereinigte Staatsverschuldung des Jahres 1966 anzusetzen und diesen Betrag mit der Zuwachsrates des Sozialprodukts fortzuschreiben. (JG 70 Ziffer 342 ff.)¹⁾ Bei konjunkturellem Gleichgewicht ergibt dies zugleich den Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts. Die tatsächliche

¹⁾ Nur diese und keine weitere Bedeutung hat die Wahl des Jahres 1966 als Basisjahr für das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts. In der kritischen Würdigung des Konzepts wird dies zumeist nicht klar gesehen.

längerfristige Kreditaufnahme der öffentlichen Hand folgt mit mäßigen Abweichungen nach oben und unten diesem Pfad (Tabelle 30).

b) Diese Basisgröße erhöht oder vermindert sich bei gegebenen Ausgaben um eine weitere konjunkturneutrale Komponente, wenn die Steuereinnahmen höher oder niedriger sind als im Falle der Vollbeschäftigung, weil das Sozialprodukt nicht mit der gleichen Rate zugenommen hat, wie das Produktionspotential gewachsen ist, dessen Auslastung also von der Normalauslastung abweicht. Diesen Teil der Steuereinnahmen nennen wir auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen beziehungsweise Steuermindereinnahmen.

Bei der Schätzung der Größe gehen wir davon aus, daß der mittlere Auslastungsgrad dreier Wachstumszyklen (1960 bis 1971: 97¹/₂ vH) als „Normalauslastung“ des Produktionspotentials angesehen werden kann (wenn auch mit gewissen Vorbehalten hinsichtlich der stabilitätspolitischen Normsetzung, die einem solchen Begriff innewohnen mag). Konjunkturneutral ist diese Komponente des Finanzierungssaldos, weil solche Mehr- oder Mindereinnahmen aus den erwähnten Gründen nicht zum Anlaß für Mehr- oder Minderausgaben genommen werden dürfen, soll der Haushalt konjunkturneutral bleiben.

c) Das gleiche gilt für Steuermehreinnahmen, die sich aus einer inflatorischen Aufblähung des Sozialprodukts ergeben. Wir nennen sie inflationsbedingte Steuermehreinnahmen, beschränken den Begriff allerdings auf den Teil der Mehreinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, der über die „konjunkturneutrale“ Steigerungsrate hinausgeht; denn die „konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus darf — weil ohne Deflationsdruck unvermeidlich —

Tabelle 30

Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Längerfristige Kredite ²⁾	+7,0	+8,3	+10,7	+8,7	+ 9,3	+14,3	.
Konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme ³⁾	+7,5	+7,6	+ 8,3	+9,3	+10,5	+11,6	+12,7

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder und Gemeinden (GV).

²⁾ Anleihen, verzinsliche Schatzanweisungen, Kredite von Banken und Sparkassen, Versicherungen (ohne Sozialversicherung) und Bausparkassen.

³⁾ Eigene Berechnung.

auch in einer konjunkturneutralen Haushaltspolitik vorweggenommen und den Ausgaben-sätzen zugrunde gelegt werden¹⁾.

- d) Da auch die sonstigen Einnahmen der öffentlichen Haushalte (Gebühren, Beiträge, empfangene Vermögenübertragungen usw.) sowie die „konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme“ nicht immer der Entwicklung des Produktionspotentials und der hieran orientierten konjunkturneutralen Ausgaben folgen, können sie ebenfalls eine Veränderung der Finanzierungssalden bewirken, die nicht Ausdruck einer expansiven beziehungsweise kontraktiven Finanzpolitik ist.
- e) Die Komponenten a) bis d) lassen sich zu einer Größe zusammenfassen, die man den konjunkturneutralen Finanzierungssaldo der öffentlichen Hand nennen kann; denn es handelt sich hier um den Ausgaben- beziehungsweise Einnahmenüberschuß des konjunkturneutralen Haushalts. Ihm gegenüber steht der tatsächliche Finanzierungssaldo. Den Unterschied bildet dessen konjunkturwirksame Komponente; das ist zugleich die Größe, die wir den „konjunkturellen Effekt“ des Haushalts nennen, und die auch auf die bisher übliche, in Tabelle 28 nochmals mitgeteilte Weise hergeleitet werden kann.

275. Die konjunkturneutrale Komponente des tatsächlichen Finanzierungssaldos reagiert sehr sensibel auf Schwankungen in der Zuwachsrate des Sozialprodukts — weil von da her Schwankungen in die Steuereinnahmen kommen —, nicht hingegen die konjunkturwirksame Komponente, der konjunkturelle Effekt des Haushalts, in dem sich nur das aktive Moment der Finanzpolitik (Ausgabentätigkeit, Veränderung der Einnahmenregelungen), ergänzt allein durch die Progressionswirkung des Steuersystems, niederschlagen.

Hieran mag man erkennen, wie wenig sinnvoll es ist, etwa einen geplanten Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften nach den Ebenen Bund, Länder und Gemeinden aufzuteilen und auf dieser Grundlage Richtlinien zu erarbeiten, nach denen die Ebenen bestimmte Salden als Obergrenze für ihre

Ausgabenüberschüsse einzuhalten hätten. Hierdurch wird das prozyklische Verhalten von vornherein programmiert. Die Erfahrungen des Jahres 1972 rechtfertigen diese Befürchtung in fataler Weise.

Zur Aufteilung der Staatsquote auf Bund, Länder und Gemeinden

276. Mittelfristig ist der Anteil, zu dem der Staat das Produktionspotential konjunkturneutral in Anspruch nehmen kann, im wesentlichen bestimmt durch die laufenden Einnahmen, die sich bei Normalauslastung des Produktionspotentials ergeben, zuzüglich einer entsprechenden längerfristigen Kreditaufnahme (Ziffer 274). Eine Elnigung der Gebietskörperschaften über eine Verteilung der Finanzmasse, die auf mittlere Sicht gelten soll, ist demnach eine Entscheidung darüber, in welchem Umfang Bund, Länder und Gemeinden den gemeinsamen Staatsanteil in Anspruch nehmen dürfen. Sie muß allerdings auch eine Entscheidung über die Anteile der Ebenen an der konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme einschließen. Kurzfristige konjunkturelle Einnahmenschwankungen hingegen brauchen die Ausgabenpolitik nicht zu tangieren, sondern können durch Variation der kurzfristigen Kreditaufnahme kompensiert werden. Das berührt die einzelnen Ebenen je nach Konjunktur- reagibilität ihrer Einnahmen in unterschiedlichem Maße. Um zu verhindern, daß die davon ausgehende Lockerung in der nur mittelfristig strengen Bindung der Ausgaben an die Einnahmen eine Quelle für Verteilungskämpfe zwischen den Gebietskörperschaften wird, bedarf es auch kurzfristig der Kooperation aufgrund eines widerspruchsfreien Konzepts. Im Jahre 1972 war es weniger ein Mangel an Bereitschaft zur Kooperation, der die öffentliche Ausgabenpolitik im ganzen problematisch werden ließ, als vielmehr die Ausrichtung der finanzpolitischen Richtlinien für die Ebenen an einer dafür ungeeigneten Größe, dem voraussichtlichen Nettofinanzierungssaldo (Ziffer 273). Dies führte dazu, daß konjunkturbedingte und inflationsbedingte Steuermehreinnahmen zusätzlich verausgabt wurden, was die öffentlichen Haushalte, die ohnehin schon expansiv angelegt waren, noch expansiver machte.

¹⁾ Aus Gründen der Vereinfachung und wegen einiger vorläufig unüberwindbarer Informationsmängel schätzen wir die konjunktur- und inflationsbedingten Mehr- oder Mindereinnahmen unter der Annahme einer gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten volkswirtschaftlichen Steuerquote. Die Gegenbuchung zu dieser Ungenauigkeit ist in der Berechnung des konjunkturellen Effektes enthalten. Der Fehler in der Zurechnung dürfte, soweit er auf der mittelfristigen Änderung der volkswirtschaftlichen Steuerquote beruht, im allgemeinen geringfügig sein (für die meisten Jahre weniger als 200 Mill. DM); bei erheblichen kurzfristigen Schwankungen in der Aufkommenselastizität des Steuersystems kann er allerdings zu Buche schlagen und das Gesamtbild merklich verzerren. Sobald es möglich ist, die Steuereinnahmen zu schätzen, die bei gegebenen Einnahmeregulungen für den Fall der Vollbeschäftigung und der Stabilität des Preisniveaus zu erwarten sind, können diese Mängel beseitigt werden (JG 70 Ziffern 338 ff.).

Regionalisierung der Fiskalpolitik?

277. Um die Fiskalpolitik zu zwingen, den regionalen Unterschieden in der konjunkturellen Entwicklung stärker Rechnung zu tragen, hat der Bundesrat die Initiative zu einer Novellierung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ergriffen. Danach soll die in § 6 Absatz 1 vorgesehene Kompetenz der Bundesregierung, in Zeiten der Übernachfrage die Ausgaben des Bundes zu beschränken, nicht mehr gelten, soweit der Vollzug der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ betroffen wird. Das gleiche soll allgemein für Investitionsmaßnahmen des Bundes in den Fördergebieten gelten, soweit dort die kon-

junkturelle Situation wesentlich von der konjunkturellen Gesamtlage abweicht. Analog soll in Zeiten einer unerwünschten Nachfrageabschwächung sichergestellt sein, daß Expansionsprogramme die regionalen Fördergebiete bevorzugt berücksichtigen. Obwohl es erwünscht sein kann, so zu verfahren, ist es doch bedenklich, das Prinzip der Globalsteuerung pauschal zu durchbrechen.

Immer stehen zahlreiche öffentliche Aufgaben untereinander in Konkurrenz, wenn es gilt, aus konjunkturellen Gründen Ausgaben zu kürzen oder Mehrausgaben zuzuweisen. Im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der regionalen Wirtschaftsförderung und nur ihr vorab eine Priorität zu gewähren, bedürfte schwerwiegender Gründe. Sie wären gegeben, wenn sich zeigen ließe, daß im Falle der regionalen Wirtschaftsförderung und nur hier ein besonders ernsthafter Konflikt zwischen der spezifischen Aufgabe des Staates und dem Prinzip einer globalen Gesetzesanwendung gegeben wäre. Dies kann jedoch so allgemein nicht behauptet werden. Es gibt Fördergebiete, die besonders konjunkturrempfindlich sind, doch auch andere; vor allem aber sind nicht nur Fördergebiete besonders konjunkturrempfindlich. Eine bloße Häufung dieser Abhängigkeit in der einen Gruppe kann eine allgemeine Ausnahme nicht rechtfertigen, und zwar um so weniger, als der Ermessensspielraum, den die Bundesregierung gemäß § 6 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz hat, völlig ausreichen dürfte, in allen Fällen, in denen dies angezeigt ist, tatsächlich so zu handeln, wie der Gesetzentwurf des Bundesrates es anstrebt. Dies ist in den geltenden Grundsätzen für die regionale und sektorale Strukturpolitik auch anerkannt. Damit geschehe, was ohnehin geschieht und zulässig ist, bedarf es keiner Gesetzesänderung.

Eindeutig scheint der Zielkonflikt nur bei den Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung zu sein — im Rahmen der Industrieansiedlungspolitik etwa —, für die sicherlich gilt, daß sie nicht gerade dann ausgesetzt werden sollten, wenn sie allein wirksam sind, im konjunkturellen Aufschwung und in der Hochkonjunktur nämlich. Infrastrukturinvestitionen hingegen sind meist auf mittel- und langfristige Wirkung hin angelegt, so daß sich die Frage nach der Dringlichkeit im Konjunkturverlauf unter räumlichen Gesichtspunkten nicht anders stellt als unter sachlichen, von den kurzfristigen Einkommenswirkungen der Investitionsausgaben einmal abgesehen. Auch wenn die Strukturschwächen in einzelnen Regionen besonders scharf in bestimmten Konjunkturphasen — vor allem in einer Rezession — hervortreten, sind sie ein Problem der räumlichen Strukturpolitik. Sie sollten nicht durch eine fragwürdige Differenzierung der Globalsteuerung überspielt werden; dies wäre lediglich ein Kurieren am Symptom.

Um zu ermitteln, welche Tragweite das Begehren des Bundesrates für die Wirksamkeit der Globalsteuerung, soweit sie auf § 6 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz beruht, haben kann, muß man sich vergegenwärtigen, daß inzwischen drei Fünftel des Bundesgebietes zu den Fördergebieten der regionalen

Wirtschaftspolitik gehören. Soll die Gesetzesänderung etwas bewirken, so müßte das also heißen, daß die Last der Globalsteuerung wesentlich stärker auf die restlichen zwei Fünftel des Bundesgebietes verlagert wird, oder — weil dies dort zu übermäßigen Schwankungen in den Staatsausgaben führte — daß die Last im ganzen verringert wird, die Globalsteuerung also geschwächt würde. Da letzteres kaum das Ziel sein kann, aber durchaus ein recht wahrscheinliches Ergebnis darstellt, halten wir, was die Regionalisierung der Konjunkturpolitik angeht, eine Novellierung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes weder für dringlich noch für zweckmäßig.

278. Zweckmäßig und dringlich hingegen dürfte die Novellierung des Gesetzes sein, das zur Grundlage der regionalen Wirtschaftsförderung geworden ist: das Gesetz über die Gewährung von Investitionszulagen. Im Jahre 1972 wurden aufgrund dieses Gesetzes Investitionszulagen in Höhe von fast 1 Mrd. DM gewährt, rund 50 vH mehr als 1971. Bei Inkrafttreten im Jahre 1969 hatte der Staat mit Ausgaben in einer Größenordnung von etwa 300 Mill. DM jährlich gerechnet. Schon vor der Verabschiedung des Gesetzes hatte der Sachverständigenrat vor der Gefahr gewarnt, das geplante neue Förderungsinstrument könne es mit sich bringen, daß Investitionen in einem großen Teil der Bundesrepublik mehr oder weniger allgemein subventioniert werden müssen (JG 68 Ziffer 344). Offenbar hat sich tatsächlich die Vorschrift, daß Investitionszulagen nur für volkswirtschaftlich förderungswürdige Projekte gewährt werden dürfen, nicht so restriktiv handhaben lassen, wie dies vorgesehen sein mag.

Es sprechen jedoch nicht alle Erfahrungen gegen das Gesetz. Die Regionalpolitik ist in der Bundesrepublik durch die Schaffung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (ebenfalls 1969) auf eine neue Grundlage gestellt worden. Die Bundesregierung ist seither in der Lage, im organisierten Zusammenwirken mit den Ländern maßgerechte Aktionsprogramme für die Problemgebiete der Bundesrepublik voranzutreiben. Inzwischen sind für alle Fördergebiete solche Programme in Kraft getreten. Das Investitionszulagengesetz verschafft ihnen die Basisförderung. Dabei wird es vermutlich bleiben müssen — aber auch können, wenn die geplante Novellierung des Gesetzes sicherstellt, daß künftig der Grundsatz der Schwerpunktförderung, der verhindern soll, daß große öffentliche Mittel wirkungslos verpuffen, konsequent angewendet wird, und zwar in der Konzentration auf Fördergebiete, für die ein erfolgversprechendes Entwicklungsprogramm erstellt wurde, sowie in der Konzentration auf Schwerpunkte innerhalb der Fördergebiete. Dabei sollte auch erwogen werden, ob nicht eine Erfolgskontrolle (unter Mitwirkung der Länder) zur Pflicht gemacht werden kann. Insbesondere bedarf es der dauernden — zweifellos schwierigen — Prüfung, inwieweit mit regionalen Fördermaßnahmen nicht lediglich private wirtschaftliche Entscheidungen honoriert werden, die ohne Förderung ebenso getroffen worden wären.

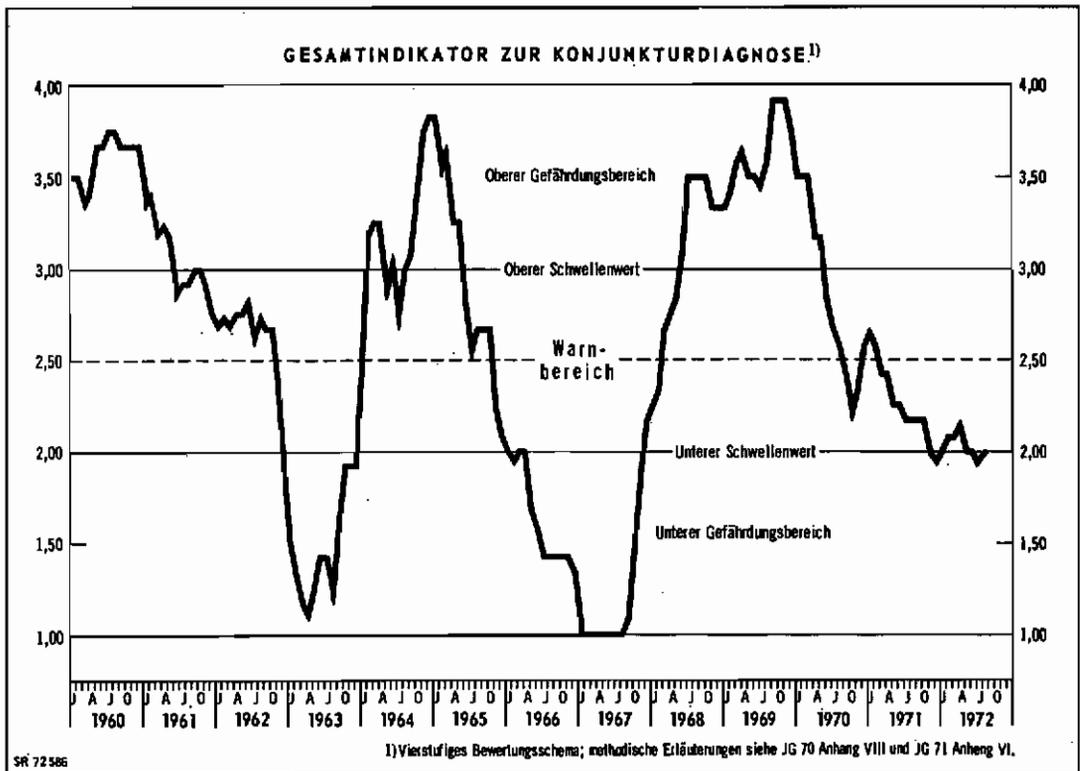
V. Der Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose — Wende auf hohem Niveau

279. Der Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose ließ Anfang des Jahres den konjunkturellen Umschwung erkennen. Seine Abwärtsbewegung kam Ende 1971 knapp unterhalb des unteren Schwellenwertes zum Stillstand. Nach der Jahreswende war der Indikator nach oben gerichtet. An der Entwicklung des Gesamtindikators im Jahre 1972 ist abzulesen, daß das Expansionstempo des Frühjahrs in

den Sommermonaten nicht gehalten wurde. Vorübergehend bewegte sich der Indikator nochmals abwärts (Schaubild 34). Der neueste verfügbare Wert vom August, der statistische Informationen bis September einschließt, weist aber wieder nach oben.

Die Tendenzwende des Gesamtindikators vollzog sich auf hohem Niveau. Hierin drückt sich aus, daß die zurückliegende konjunkturelle Abschwächung kürzer und milder, der Preisauftrieb stärker war, als in früheren Konjunkturzyklen (siehe Anhang VI).

Schaubild 34



DRITTES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

280. Die Prognose für das Jahr 1973 beschreibt die Entwicklung, die wir aus heutiger Sicht für die wahrscheinlichste halten. Sie gründet sich auf die verfügbaren Informationen, auf die Erfahrungen mit früheren Konjunkturzyklen sowie auf Annahmen und Hypothesen über das Verhalten von Wirtschaftssubjekten und wirtschaftspolitischen Instanzen, von denen wir nicht wissen, ob sie durch die Entwicklung bestätigt werden. Soweit sich Fehlentwicklungen abzeichnen, ist zu hoffen, daß sich unsere Prognose nicht erfüllt. Es wäre daher falsch, einzelne Schätzgrößen als Empfehlung aufzufassen; das gilt namentlich für die angenommene Entwicklung der Löhne und der Preise.

281. Wie schwierig Konjunkturprognosen mitunter sind, haben wir wiederholt erfahren. Im Herbst des vergangenen Jahres war die konjunkturelle Situation so labil, daß wir selbst die Vorhersage der Grundrichtung der künftigen Entwicklung unter große Vorbehalte stellen mußten. Diesmal scheinen die Voraussetzungen für die Prognose besser: Bei den Unternehmen und Haushalten ist kurzfristig mit keiner grundlegenden Änderung in den Verhaltensweisen zu rechnen, zumal die konjunkturelle Entwicklung 1972 im ganzen günstiger verlief, als vielerorts erwartet wurde. Enttäuschungen, die es in den letzten Monaten da und dort gegeben haben mag, vermochten die zuversichtliche Grundstimmung nicht zu erschüttern. Man kann daher mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, daß sich der Aufschwung fortsetzen wird. Ungewißheit besteht indes über seine Intensität:

- Wegen des zunehmenden internationalen Konjunkturverbundes ist die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik heute nicht weniger vom Konjunkturgeschehen im Ausland bestimmt, als sie es selbst mitbestimmt. Über die Frage, was und wieviel in der Bundesrepublik produziert wird, entscheidet eine Vielzahl von Investoren und Verbrauchern in aller Welt.
- Unsicherheit besteht aber auch deshalb, weil für die meisten Gebietskörperschaften noch keine verbindliche Haushaltspläne vorliegen.

Deshalb scheint es uns zweckmäßig, zunächst die erkennbaren Tendenzen in diesen Bereichen aufzuzeigen.

282. Wie immer steht unsere Prognose unter der Bedingung des wirtschaftspolitischen Status-quo. Insbesondere unterstellen wir keinen Kurswechsel der Konjunkturpolitik, weil dafür bindende Absichtserklärungen der verantwortlichen Instanzen gegenwärtig nicht vorliegen. Davon können wir

selbst dann nicht abgehen, wenn wir der Auffassung sein sollten, daß die sich abzeichnende Fehlentwicklung ein rasches Handeln verlangt.

Im einzelnen haben wir angenommen,

- daß die Gebietskörperschaften zwar bestrebt sein werden, die Haushalte entsprechend den Empfehlungen des Finanzplanungsrates zu vollziehen, daß aber die Sachzwänge ein höheres Ausgabenvolumen wahrscheinlich erscheinen lassen,
- daß die Bundesbank mit dem ihr zur Verfügung stehenden Instrumentarium den außenwirtschaftlich vorgegebenen Handlungsspielraum voll nutzt; im Zuge der erwarteten Zinsentwicklung in den Vereinigten Staaten unterstellen wir auch für die Bundesrepublik eine leichte Zinssteigerungstendenz,
- daß die gegenwärtigen Wechselkurse unverändert bleiben.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1973

283. Die Weltkonjunktur im Jahre 1973 wird durch einen Aufschwung mit zumeist kräftigem Wirtschaftswachstum gekennzeichnet sein. Dabei wird es keine nennenswerten Unterschiede mehr zwischen den drei großen Wirtschaftszentren — Nordamerika, Westeuropa und Japan — geben. Die Kapazitätsauslastung und die Beschäftigung nehmen fast überall zu. Arbeitslosigkeit bleibt aber in einer Reihe von Ländern ein schwerwiegendes Problem, vor allem in den Vereinigten Staaten und Kanada, sowie in Großbritannien und Italien. Die Preissteigerungstendenzen werden sich nahezu überall verstärken. Der Preisanstieg wird allerdings in Westeuropa und Japan wiederum erheblich größer sein als in den Vereinigten Staaten. Das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit und der Überschuß Japans nehmen nur wenig ab. Spekulativen internationalen Geld- und Kapitalbewegungen ist insoweit auch künftig nicht der Boden entzogen. Ein allgemein kräftiger Importsoj wird den Welthandel stark ansteigen lassen. Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts dürfte im Durchschnitt der für die Ausfuhr der Bundesrepublik wichtigsten Industrieländer etwa $6\frac{1}{2}$ vH betragen nach $5\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1972 (Tabelle 31).

284. In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird die wirtschaftliche Entwicklung mitbestimmt durch den Beitritt von Großbritannien, Dänemark und Irland, auch wenn sich daraus nicht sofort durchgreifende Veränderungen ergeben. Rein rechnerisch

wird der Anteil der EWG am Welthandel, gemessen an der Ausfuhr des Jahres 1971, 41 vH statt 32 vH betragen, unter Ausschaltung des Binnenhandels zwischen den neun EWG-Ländern 28 vH statt 19 vH.

Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet die Erweiterung, daß künftig 46 vH statt bisher 40 vH ihrer Ausfuhr von den EWG-Partnern aufgenommen werden. Von dem Beitritt der drei Länder gehen Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligten aus; die erste Stufe der Zollsenkung tritt am 1. April 1973 in Kraft. Dominierend sind aber eindeutig die zyklischen Kräfte.

235. Die sechs „alten“ EWG-Länder befinden sich bereits im Aufschwung, der 1973 auch in jenen Ländern recht kräftig werden wird, in denen er bisher noch verhalten war. Die öffentlichen Haus-

halte werden fast überall die Expansion fördern; kräftige Lohnerhöhungen sichern einen starken Konsumanstieg, und die Auslandsnachfrage steigt weiterhin beträchtlich. Damit wächst auch die Investitionsneigung der Unternehmer ebenso wie die Bereitschaft, die Läger aufzustocken. Insgesamt wird die Zuwachsrate des Bruttozialprodukts in der Sechsergemeinschaft knapp 5½ vH betragen nach 4 vH im Jahre 1972. In Frankreich wird diese Rate überschritten, in der Bundesrepublik Deutschland etwa erreicht, in den übrigen Ländern unterschritten.

Die Arbeitslosigkeit — in Italien relativ hoch, bis zu einem gewissen Grade aber auch in Frankreich und den Niederlanden ein Problem —, wird wegen des kräftigen Produktivitätsfortschritts, mit dem bei steigender Kapazitätsauslastung zu rechnen ist, erst wenig abnehmen. Der Preisanstieg verstärkt sich

Tabelle 31

Zur internationalen Konjunktorentwicklung

Land	Anteil am		Brutto- sozialprodukt (real) ¹⁾		Preisindex des Brutto- sozialprodukts ²⁾		Wareneinfuhr (Volumen) ²⁾	
	Brutto- sozial- produkt der OECD ¹⁾	Export der Bundes- republik						
			1970	1972 1973	1972 1973	1972 1973		
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Vereinigte Staaten	47,7	9,1	6½	6½	3	4	15	11
EWG der Sechs	23,4	40,1	4	5½	6	6	.	.
EWG der Neun	30,2	46,3	4	5	6	6½	.	.
darunter:								
Bundesrepublik Deutschland	9,0	.	3	5½	6½	6	10	12
Frankreich	7,1	12,4	5½	6	5½	6	12½	11½
Großbritannien	5,8	3,6	3½	5	7	9	9½	9
Italien	4,5	8,9	3½	5	6	6½	9½	10½
Niederlande	1,5	10,6	3½	4½	8½	6½	5½	10
Belgien	1,3	8,2	4	4½	5	4½	7	10½
Dänemark	0,8	2,3	4½	5½	8½	6½	1½	15½
Schweden	1,5	3,7	2½	4½	6½	6	4	9
Schweiz	1,0	6,1	4½	4½	9	9½	9	9½
Osterreich	0,7	4,5	5	5	7	7½	7½	9
Japan	9,5	1,6	8	10½	5	6	11	19
Zusammen	90,6	71,3	5½	6½	4½	5	.	.

¹⁾ Quelle: OECD.

²⁾ Eigene Schätzung nach Informationen internationaler Organisationen und ausländischer Institute.

zumeist; für die Verbraucherpreise sind in allen Ländern Anstiegsraten von 6 vH und mehr zu erwarten. So sehen sich die Regierungen mehrerer Länder in Konflikt zwischen Stabilitäts- und beschäftigungspolitischen Zielen. Durchweg führt das dazu — so nehmen wir an —, daß die Finanz- und Geldpolitik keinen restriktiven Kurs verfolgt.

286. Nationale Besonderheiten der Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Ländern der Gemeinschaft gibt es, bei aller Parallelität in der Grundtendenz, nach wie vor in beträchtlichem Umfang.

— In Frankreich wird sich das Wirtschaftswachstum, das schon in den beiden letzten Jahren, anders als die Entwicklung in den übrigen EWG-Ländern, anhaltend kräftig war, 1973 eher noch etwas verstärken. Beschleunigt zunehmen wird die laufende Nachfrage des Staates und, wegen des schnelleren Lohnanstiegs, die Nachfrage der Konsumenten. Der Kosten- und Preisanstieg wird noch stärker werden. Dennoch dürfte man kaum eine Geld- und Finanzpolitik einschlagen, die das Expansionstempo verringern würde. Eher werden wohl wieder schärfere Preisregulierungen angewendet.

— Für Italien wird ein Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität erwartet, da anzunehmen ist, daß nunmehr auch die Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen wieder zunehmen wird. Das setzt ein weiteres Abklingen der sozialen Spannungen voraus, mit dem, nach dem Verlauf der jüngsten Lohnverhandlungen zu urteilen, auch gerechnet werden kann. Die Wiederbelebung der privaten Investitionen ist um so wichtiger, als von den Investitionen der öffentlichen Unternehmen 1973 stärkere Impulse kaum noch erwartet werden können. Die Preise werden, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer, verstärkt ansteigen. Da die Beschäftigungssituation vorerst unbefriedigend bleiben wird, dürfte an einer Politik der kräftigen Expansionsförderung festgehalten werden.

— In den Benelux-Ländern ist eine Beschleunigung des Expansionstempos zu erwarten. Für die Niederlande wird damit gerechnet, daß die Investitionen 1973 wieder zunehmen, nachdem sie 1972 vor allem infolge des Abschlusses mehrerer industrieller Großprojekte rückläufig gewesen waren. Die Ausfuhr dürfte wieder rascher expandieren. Auch die Preise werden schon wegen der vorgesehenen Erhöhung der Mehrwertsteuer stärker steigen. Im Hinblick auf die Preisauftriebstendenzen ist die Finanzpolitik für 1973 weniger expansiv angelegt als im Vorjahr, obwohl die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. In Belgien wird eine leichte Verstärkung der wirtschaftlichen Aktivität von der steuerlichen Förderung der Investitionstätigkeit erwartet, die Anfang des Jahres 1973 eingeführt werden soll. Auch die Läger dürften beschleunigt aufgestockt werden. Mit einer leichten Zunahme des Preisanstiegs ist zu rechnen. Zur Bekämpfung der inflatorischen Tendenzen ist vorgesehen, den Anstieg der öffentlichen Ausgaben zu verringern.

287. Die Wirtschaft in den Beitrittsländern — Großbritannien und Dänemark sowie Irland, das der Europäischen Freihandelszone (EFTA) assoziiert war — wird 1973 ebenfalls kräftig expandieren.

— In Großbritannien wird sich der Aufschwung fortsetzen, nunmehr gestützt von kräftiger steigenden Investitionsausgaben der Unternehmen und von der Auslandsnachfrage. Dabei ist unterstellt, daß das Pfund Sterling zum 1. Januar 1973 (eventuell zum 1. April 1973) eine neue Parität erhält, die zumindest für einige Zeit die Wettbewerbsfähigkeit britischer Produkte sichert. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte — und das ist ungewöhnlich für Großbritannien — mit einer Rate von 5 vH zunehmen. Der Kosten- und Preisanstieg wird wegen der Einführung der Mehrwertsteuer voraussichtlich zum 1. April 1973, wegen der Fälligkeit besonders vieler Tarifverträge im Jahre 1973 und wegen des Anstiegs der Nahrungsmittelpreise durch die erste Stufe der Übernahme der Agrarpreisregelung in der EWG ausgeprägt sein. Der Anfang November 1972 verordnete Lohn- und Preisstopp, der dem Scheitern der Bemühungen um eine freiwillige Zurückhaltung in der Preis- und Lohnpolitik folgte, soll spätestens Ende April 1973 enden. Angesichts der relativ hohen Arbeitslosigkeit ist geplant, danach eine staatlich geregelte Einkommenspolitik einzuführen, um den Expansionsprozeß nicht bremsen zu müssen.

— In Dänemark werden vom Beitritt kräftige Impulse erwartet. Die Ausfuhr wird erheblich steigen, vor allem der Export von Agrarprodukten in die EWG. Die Investitionstätigkeit wird angesichts der wachsenden Absatzchancen im Gemeinsamen Markt ebenfalls verstärkt zunehmen. Die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts dürfte $5\frac{1}{2}$ vH nach knapp $4\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1972 erreichen. Der Preisauftrieb wird sich vermutlich wieder etwas verstärken.

Faßt man die sechs alten und die drei neuen EWG-Länder zusammen, so wird die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts 1973 reichlich 5 vH betragen, verglichen mit knapp 4 vH im Jahre 1972. In der EWG der Neun werden die Verbraucherpreise im Durchschnitt stärker steigen als in den alten EWG-Ländern, nicht zuletzt weil sich der Preisauftrieb in Großbritannien im kommenden Jahr mit reichlich 9 vH erheblich beschleunigen wird.

288. Für die in der EFTA verbliebenen Länder ist im Jahre 1973 ebenfalls ein kräftiges Wirtschaftswachstum zu erwarten. Das reale Bruttosozialprodukt wird in Österreich erneut um reichlich 5 vH, in der Schweiz um $4\frac{1}{2}$ vH höher liegen als im Vorjahr. In Schweden dürfte — nicht zuletzt mit Hilfe eines Beschäftigungsprogramms, das Abschreibungs erleichterungen, die weitere Freigabe von Mitteln aus den Investitionsfonds und langfristige Exportkredite vorsieht — die wirtschaftliche Aktivität beschleunigt zunehmen; das Problem der Arbeitslosigkeit wird allerdings nicht kurzfristig zu lösen

sein. In allen drei Ländern ist eine Fortsetzung des kräftigen Preisauftriebs zu erwarten. Anders als in Schweden sind Finanz- und Geldpolitik in der Schweiz und Österreich restriktiv angelegt; einkommenspolitische Maßnahmen werden erwogen.

289. In den Vereinigten Staaten wird das Wachstumstempo 1973 fast ebenso stark sein wie in diesem Jahr. Von den öffentlichen Haushalten werden wieder kräftige expansive Impulse ausgehen; die Verteidigungsausgaben steigen, auch bei Beendigung des Vietnam-Krieges, kaum vermindert weiter. Der private Verbrauch wird durch besonders hohe Steuererstattungen und erheblich angehobene Rentenzahlungen der Sozialversicherung angeregt. Die Investitionsneigung der Unternehmen wächst und kompensiert so die zyklische Abschwächung im Wohnungsbau. Das reale Brutto-sozialprodukt dürfte ebenso wie 1972 um $6\frac{1}{2}$ vH zunehmen.

Der bisher recht verhaltene Kosten- und Preisanstieg wird sich wieder verstärken. Die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Potentials ist zwar erst mäßig hoch, steigt aber weiter an. Die Arbeitslosigkeit nimmt ab; die Arbeitslosenquote wird Ende 1973 noch $4\frac{1}{2}$ vH betragen. Bei verändertem Arbeitsmarktklima sind im nächsten Jahre für große Bereiche Lohnabschlüsse fällig. Infolge der üblichen Dreijahresverträge ergeben sich für das erste Jahr ohnehin überdurchschnittliche Erhöhungen. Hingegen wird der Produktivitätsfortschritt hier — anders als in Westeuropa — schon wieder nachlassen. Selbst wenn die Lohn- und Preiskontrollen über den 30. April 1973 hinaus beibehalten werden sollten, würden sie kaum verhindern können, daß sich der Anstieg der Verbraucherpreise wieder verstärkt. Mit etwa 4 vH wäre er aber immer noch weit geringer als in Westeuropa und Japan.

Die Zahlungsbilanz wird durch die Entwicklung des Außenhandels 1973 erst wenig entlastet werden; dazu wird die erwartete Abnahme des Handelsbilanzdefizits nicht ausreichen. Ein restriktiver Kurs der Geldpolitik würde nicht nur den Bestrebungen entsprechen, aus binnenwirtschaftlichen Gründen die monetäre Expansion zu dämpfen, sondern auch den Erfordernissen der Zahlungsbilanz.

290. In Japan, das zwar als Abnehmer von Ausfuhrprodukten der EWG-Länder von untergeordneter Bedeutung ist, bei internationalen Handels- und Währungsfragen hingegen eine Schlüsselrolle spielt, wird sich der Aufschwung 1973 fortsetzen. Die mit dem Ergänzungshaushalt für das Fiskaljahr 1972/73 (April 1972 bis März 1973) noch verstärkte Zunahme der Staatsausgaben wird kräftige Impulse ausstrahlen. Erhöht werden vor allem die Ausgaben für Infrastrukturinvestitionen, nachdem diese mit der Neuorientierung der japanischen Wachstumspolitik höheren Rang erhalten haben. Von der fortgesetzten Politik der Zinssenkung und erleichterten Kreditbereitstellung wird vor allem der Wohnungsbau angeregt. Die Exporte werden bei unverändertem Wechselkurs rascher ansteigen, nachdem sie 1972 als Reaktion auf die Aufwertung des Yen spürbar weniger gestiegen waren als zuvor. So dürf-

ten auch die Investitionen erneut stärker zunehmen; auch ist eine erhebliche Aufstockung der Lager zu erwarten. Der Preisanstieg wird sich wieder beschleunigen und damit die für Westeuropa erwartete Größenordnung erreichen. Das reale Brutto-sozialprodukt wird um reichlich 10 vH höher sein als 1972.

Sehr viel mehr als die Ausfuhr wird, dem Volumen nach, wahrscheinlich die Einfuhr zunehmen. Da sich die Terms of Trade jedoch wohl weiter zugunsten Japans entwickeln werden, dürfte der Ausfuhrüberschuß nur wenig abnehmen. So bliebe das Land in einer problematisch hohen Überschubposition der laufenden Rechnung. Um nicht erneut unter den Druck von noch stärkeren Aufwertungserwartungen und Aufwertungsforderungen zu geraten, hat die Regierung Ende Oktober 1972 ein Anti-Aufwertungsprogramm beschlossen, das durch die Liberalisierung von Wareneinfuhr und Kapitalverkehr, durch Exportbeschränkungen, erhöhte Entwicklungshilfeszahlungen und weitere binnenwirtschaftliche Expansionsmaßnahmen eine Entlastung der Zahlungsbilanz herbeiführen soll. Noch ist nicht abzusehen, ob dies ausreichen wird. Die Diskussion um die Aufwertung des Yen wird vermutlich anhalten.

291. Die Expansion der Nachfrage im Ausland, gewichtet mit dem Anteil der einzelnen Länder an der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland, wird 1973 mit $10\frac{1}{2}$ vH stärker sein als im Jahre 1972 (9 vH). Das ist vor allem auf die Zunahme der Aufschwungskräfte in Westeuropa zurückzuführen. Der Preisanstieg wird in den Absatzländern mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, wo er merklich geringer bleiben wird, nicht niedriger sein als in der Bundesrepublik Deutschland. Die Kapazitätsauslastung in der deutschen Industrie nimmt erst langsam zu. Die Nachfrage aus dem Ausland und die Angebotsmöglichkeiten im Inland sprechen somit dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland alles in allem ihren Anteil an der Weltausfuhr etwa halten wird.

II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1973

292. Im September 1972 empfahl der Finanzplanungsrat, die Zuwachsraten der Ausgaben für die Gebietskörperschaften auf 10,5 vH zu begrenzen. Richtschnur war die erwartete Steigerung des Brutto-sozialprodukts. Gleichzeitig soll der Finanzierungssaldo — ohne Berücksichtigung des Konjunkturzuschlags — etwa ebenso hoch sein wie 1972. Bund, Länder und Gemeinden einigten sich jedoch nicht darüber, wie das Gesamtvolumen der Ausgaben auf die einzelnen Ebenen aufzuteilen ist. Der Bund hatte sich zuvor bereits auf einen Ausgabenanstieg von 10,5 vH festgelegt. Bei den Ländern zeichnete sich jedoch eine höhere Steigerung ab. Auch die Gemeinden dürften sich angesichts der günstigen Einnahmenentwicklung auf eine stärkere Ausgabenexpansion einstellen. Soweit sich die — in diesem Jahr stark verzögerte — Haushaltsplanung gegenwärtig überblicken läßt, ist damit zu rechnen, daß die Gebietskörperschaften insgesamt, wie schon

in den vergangenen Jahren, über die Empfehlungen des Finanzplanungsrates hinausgehen. Dabei erwarten wir, daß sie zusätzliche Einnahmen aufgrund von Steuererhöhungen in der Größenordnung von 2 Mrd. DM schon einplanen, obgleich es bislang für solche Einnahmenverbesserungen weder eine Rechtsgrundlage noch eine Aufgliederung gibt. So überschreiten sie in ihren Planungen den vereinbarten Finanzierungssaldo nicht in dem Maße ihrer Ausgabenexpansion. Dies fällt ohnehin schon leicht, weil wiederum hohe konjunkturell bedingte und — vor allem — inflationsbedingte Mehreinnahmen zu erwarten sind.

293. Selbst beim Bund, der noch keinen detaillierten Haushaltsplanentwurf vorgelegt hat, dürfte der Ausgabenbedarf, den verfügbaren Informationen nach zu schließen, größer sein, als es das geplante Haushaltsvolumen ausweist. Der Planansatz von 120¹/₂ Mrd. DM ergibt sich nur, weil man vom Zuzuschuß an die Sozialversicherung einen noch größeren

Teil als 1972 in Form von Schatzbriefen zu leisten gedenkt. Außerdem enthält der Plan nicht mehr den Aufwertungsausgleich an die Landwirtschaft in Höhe von 0,8 Mrd. DM. Statt dessen wurde angenommen, daß den Landwirten dieser Betrag durch eine Neuregelung des Vorsteuerabzugs bei der Umsatzsteuer zukommen wird. Das erwartete Steueraufkommen wurde daher bei der Steuerschätzung entsprechend vermindert, obwohl ein Beschluß darüber nicht vorliegt. Weitere Mehrausgaben können eintreten, wenn der Bundeshaushalt durch steigende Verluste der Bundesbahn beansprucht wird.

Da wir bei unserer Status-quo-Prognose von der gegenwärtigen Rechtslage ausgehen, nehmen wir an, daß der Aufwertungsausgleich wie bisher als Subvention und die Zuschüsse an die Sozialversicherung voll in bar gezahlt werden.

294. Wir schätzen, daß die Ausgaben des Staates einschließlich der Sozialversicherung in der Abgren-

Tabelle 32

Einnahmen und Ausgaben des Staates ¹⁾
Schätzung für das Jahr 1972 und Prognose für das Jahr 1973 ²⁾

	1971		1972	1973
	Mrd. DM	Anteil an vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	294,2	100	+ 9,0	+ 15,5
Steuern	179,0	60,8	+ 7,0	+ 15,0
Sozialversicherungsbeiträge	95,0	32,3	+ 12,5	+ 18,0
Sonstige laufende Einnahmen	17,8	6,1	+ 4,0	+ 9,0
Vermögensübertragungen	2,4	0,8	+ 29,0	- 9,5
Ausgaben insgesamt	293,0	100	+ 12,5	+ 19,0
Staatsverbrauch	130,7	44,6	+ 13,5	+ 14,0
Einkommensübertragungen	112,2	38,3	+ 14,5	+ 12,0
Private Haushalte	96,7	33,0	+ 14,5	+ 11,5
Unternehmen und übrige Welt	15,5	5,3	+ 13,5	+ 14,0
Zinsen	7,0	2,4	+ 17,0	+ 14,5
Vermögensübertragungen	16,1	5,5	+ 10,5	+ 19,5
Investitionen ³⁾	27,0	9,2	+ 3,0	+ 10,0
Finanzierungssaldo (Mrd. DM) ⁴⁾	+ 1,2	.	- 10,0	- 3,1
Gebietskörperschaften	- 6,0	.	- 15,6	- 12,3
Sozialversicherung	+ 7,2	.	+ 5,6	+ 9,2

¹⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
²⁾ Eigene Schätzung; Veränderungsraten gerundet.
³⁾ Nettoinvestitionen.
⁴⁾ Überschuß: +, Defizit: —.

zung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen um fast 13 vH steigen werden (Tabelle 32). Die Gebietskörperschaften werden 12 vH, die Sozialversicherungen 14 vH mehr ausgeben.

Die Expansion wird vor allem durch die staatlichen Verbrauchsausgaben bestimmt. Wir rechnen damit, daß die Personalvermehrungen und die strukturellen Besoldungsverbesserungen anhalten. Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, die zu erwartende Anhebung des Weihnachtsgeldes sowie Überhänge aus dem Jahre 1972 kommen hinzu. Insgesamt werden die Personalausgaben stärker steigen als 1972.

Etwas schwächer als im Vorjahr werden die Einkommensübertragungen an private Haushalte zunehmen. Auf der einen Seite schlagen die Änderungen der Rentengesetze kräftig zu Buche. Demgegenüber werden sich andere Sozialleistungen nur wenig verändern, teils weil — wie beim Kindergeld und den Aufwendungen für Arbeitslose und Kurzarbeiter — der Kreis der Anspruchsberechtigten zurückgeht, teils weil die Sozialleistungen bereits 1972 ein außerordentlich hohes Niveau erreicht haben, wie die Förderung der Ausbildung und der Berufsbildung mit 3,5 Mrd. DM. Beschleunigt werden Subventionen sowie Zahlungen für Spar- und Wohnungsbauprämien ansteigen.

295. Für eine merkliche Ausdehnung der öffentlichen Investitionen ist angesichts der Entwicklung der laufenden Ausgaben auch im kommenden Jahr nur wenig Raum. Wir rechnen jedoch damit, daß die Gebietskörperschaften kaum davon absehen werden, das reale Investitionsvolumen wenigstens um 4 vH über das niedrigere Vorjahresniveau zu steigern. Unter Berücksichtigung von Preissteigerungen werden dann die Investitionsausgaben um knapp 10 vH zunehmen.

296. Die Steigerungsrate der Einnahmen wird im nächsten Jahr schon deswegen höher sein als die der Ausgaben und die des Bruttosozialprodukts, weil 1972 durch die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags eine niedrige Basis gegeben ist.

Das kassenmäßige Steueraufkommen hält, wenn man den gegenwärtigen Rechtsstand zugrundelegt, mit der Entwicklung des Sozialprodukts Schritt. Dabei wird das Aufkommen aus der Lohnsteuer nochmals beschleunigt steigen. Dies wird dadurch ausgeglichen, daß die Einnahmen aus veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer stagnieren, vor allem, weil mit 1971 ein Jahr schlechter Ertragslage zur Veranlagung ansteht. Die sogenannte Investitionsteuer wird endgültig wegfallen.

Sprunghaft werden als Folge von Beitragssatzerhöhungen die Einnahmen der Sozialversicherung zunehmen. Trotz des anhaltenden Expansionstempos bei den Ausgaben wird die Sozialversicherung deshalb ihren Finanzierungsüberschuß um 3 Mrd. DM auf 9 Mrd. DM vergrößern.

297. Aus den Leistungsströmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die der Prognose

zugrundeliegen, lassen sich die kassenwirksamen Transaktionen der Finanzstatistik ermitteln, indem unter anderem die Kreditgewährung des Staates an Private und an das Ausland einbezogen wird. In dieser Abgrenzung werden die Ausgaben der Gebietskörperschaften 278 $\frac{1}{2}$ Mrd. DM betragen, also 12 vH mehr als 1972. Dem werden Einnahmen in Höhe von 258 $\frac{1}{2}$ Mrd. DM gegenüberstehen, davon 215 $\frac{1}{2}$ Mrd. DM an Steuern. Der Finanzierungssaldo wird sich gegenüber dem Vorjahr um 3 $\frac{1}{2}$ Mrd. DM vergrößern bei Ausschaltung des Konjunkturzuschlags aus den Einnahmen von 1972 um 2 $\frac{1}{2}$ Mrd. DM verringern.

298. Konjunkturalneutral wäre 1973 ein Haushaltsvolumen von 270 Mrd. DM. Bleibt es bei den in unserer Status-quo-Prognose angenommenen Ausgaben und den derzeit geltenden Einnahmenregelungen, so werden von den öffentlichen Haushalten expansive Impulse ausgehen, für die ein Betrag von 8 $\frac{1}{2}$ Mrd. DM steht (Ziffern 380 ff.).

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnennkonjunktur

299. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst 1972 in einem verhaltenen Konjunkturaufschwung, der sich in den nächsten Monaten fortsetzen und im Verlauf des Jahres 1973 verstärken dürfte. Das Schwergewicht der Nachfrageexpansion wird sich dabei zunehmend auf die Investitionen verlagern, doch werden auch die Verbrauchsausgaben weiterhin kräftig steigen. Die für Aufschwungsphasen charakteristische Disproportionalität in der Nachfragestruktur wird diesmal also geringer, die Basis des Aufschwungs mithin breiter sein als in früheren Zyklen (Schaubild 35).

300. Die Nachfrage nach Investitionsgütern nimmt bereits seit Anfang 1972 wieder zu, im ganzen aber nur schwach. Deshalb könnten Zweifel auftauchen, ob die Wende in der Investitionsneigung von Dauer sein wird.

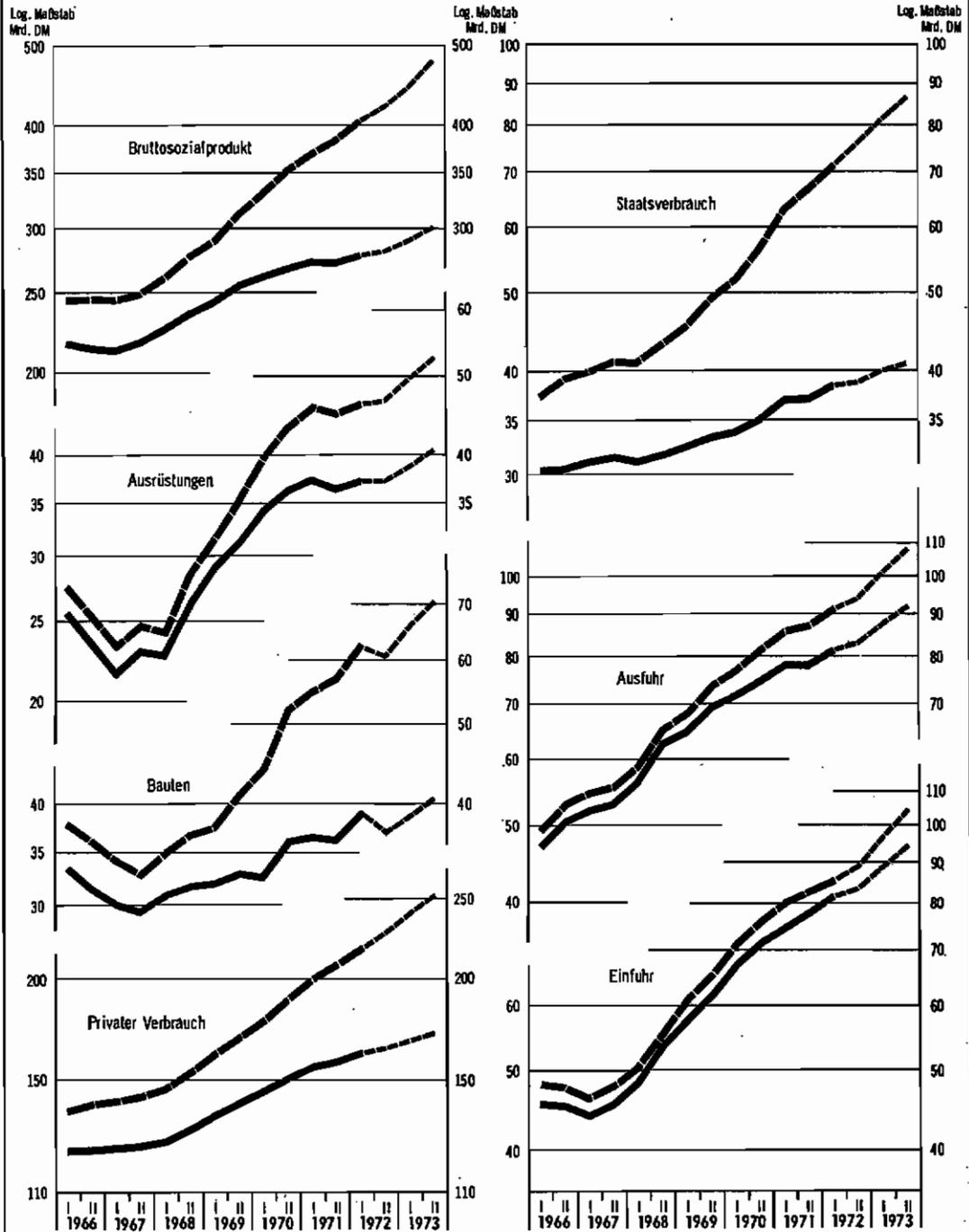
Diese Skepsis scheint unbegründet:

— Die meisten Unternehmen verfügen nur über geringe Produktionsreserven. Auch wenn man mit keinem stürmischen Aufschwung rechnet, wird sich die Produktion mehr und mehr den Kapazitätsgrenzen nähern. Von daher erweist es sich als notwendig, den Produktionsapparat zu erweitern. Dem widerspricht nicht, daß die Unternehmen gegenwärtig ihre Produktionskapazitäten für ausreichend halten; dieses Urteil wird erfahrungsgemäß rasch revidiert, wenn der Aufschwung erst einmal voll eingesetzt hat.

— Der anhaltende Lohnkostendruck und der technische Wandel erlauben es den Unternehmen nicht, sich bei ihren Investitionen noch längere Zeit zurückzuhalten. Wer im Konkurrenzkampf bestehen will, muß den Produktionsapparat ständig modernisieren; dies gilt um so mehr, als sich der Wettbewerb infolge der Veränderungen der

ENTWICKLUNG WICHTIGER KOMPONENTEN DES SOZIALPRODUKTS
 - SCHÄTZUNG FÜR DAS 2. HALBJAHR 1972 UND PROGNOSE FÜR DAS JAHR 1973 -
 Saisonbereinigter Verlauf

— in jeweiligen Preisen — in Preisen von 1962



SR 72613

Tabelle 33

Die wichtigsten Daten der Volkswirt
 Schätzung für das 2. Halbjahr 1972

Absolute Werte

	Einheit	1971	1972	1973	1972		1973	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
Privater Verbrauch	Mrd. DM	409,1	448,2	496,4	210,6	237,6	232,7	263,7
Staatsverbrauch	Mrd. DM	130,7	148,2	169,0	68,5	79,7	78,1	90,9
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. DM	202,9	215,3	239,9	101,1	114,2	107,9	132,0
Ausrüstungen	Mrd. DM	90,9	92,8	102,6	45,1	47,7	48,5	54,1
Bauten	Mrd. DM	112,0	122,5	137,3	56,0	66,5	59,4	77,9
Vorratsveränderungen	Mrd. DM	+ 6,0	+ 8,1	+15,0	+10,0	-1,9	+13,0	+2,0
Außenbeitrag	Mrd. DM	+10,1	+11,1	+ 9,4	+ 5,1	+6,0	+ 3,8	+5,6
Ausfuhr	Mrd. DM	173,0	185,7	210,6	89,6	96,1	99,8	110,8
Einfuhr	Mrd. DM	163,0	174,7	201,2	84,6	90,1	96,0	105,2
Bruttosozialprodukt in jeweili- gen Preisen	Mrd. DM	758,8	830,8	929,7	395,2	435,6	435,5	494,2
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962 = 100	129,9	137,3	145,9	135,6	138,9	144,6	147,0
Bruttoanlageinvestitionen	1962 = 100	138,6	143,2	150,7	141,7	144,4	147,8	153,1
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	139,4	148,2	157,3	145,6	150,7	154,3	160,1
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	27 173	26 930	26 965	26 856	27 000	26 790	27 135
Arbeitszeit	Stunden
Arbeitsvolumen	Mrd. Std.
Produktivität	DM je Std.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd. DM	545,0	561,6	592,2	271,9	289,7	282,8	309,4
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit .	Mrd. DM	400,2	436,3	490,4	209,3	227,0	232,9	257,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat) .	Mrd. DM	182,5	201,4	227,3	91,3	110,1	98,9	128,4
Nettosozialprodukt zu Faktor- kosten (Volkseinkommen) ..	Mrd. DM	582,7	637,7	717,7	300,5	337,1	331,8	385,9
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit .	Mrd. DM	267,3	290,9	312,8	142,8	148,1	151,6	161,2
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat) ...	Mrd. DM	140,7	160,1	182,4	72,5	87,6	78,0	104,4
Laufende Übertragungen vom Staat	Mrd. DM	95,6	109,4	121,9	53,4	56,0	58,8	63,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. DM	469,1	517,9	568,1	240,9	277,0	261,7	306,4

schaftlichen Gesamtrechnungen
und Prognose für das Jahr 1973 ¹⁾

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1971	1972	1973	1972		1973	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
Privater Verbrauch	+10,9	+ 9 ^{1/2}	+11	+ 9,4	+ 9 ^{1/2}	+10 ^{1/2}	+11
Staatsverbrauch	+19,8	+13 ^{1/2}	+14	+13,1	+13 ^{1/2}	+14	+14
Bruttoanlageinvestitionen	+12,1	+ 6	+11 ^{1/2}	+ 7,2	+ 5	+ 6 ^{1/2}	+15 ^{1/2}
Ausrüstungen	+ 9,7	+ 2	+10 ^{1/2}	+ 1,0	+ 3	+ 7 ^{1/2}	+13 ^{1/2}
Bauten	+14,1	+ 9 ^{1/2}	+12	+12,9	+ 6 ^{1/2}	+ 6	+17
Vorratsveränderungen
Außenbeitrag
Ausfuhr	+ 9,1	+ 7 ^{1/2}	+13 ^{1/2}	+ 6,3	+ 8 ^{1/2}	+11 ^{1/2}	+15 ^{1/2}
Einfuhr	+10,5	+ 7	+15	+ 6,5	+ 8	+13 ^{1/2}	+17
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	+10,7	+ 9^{1/2}	+12	+ 9,1	+10	+10	+13^{1/2}
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 5,1	+ 5 ^{1/2} bis 6	+ 6 bis 6 ^{1/2}	+ 5,3	+ 6	+ 6 ^{1/2}	+ 8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,3	+ 3 ^{1/2}	+ 5	+ 4,0	+ 2 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 6
Bruttosozialprodukt	+ 7,6	+ 6 ^{1/2}	+ 6	+ 6,7	+ 6	+ 6	+ 6
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	- 0,1	- 1	+ 0	- 1,0	- 1/2	- 0	+ 1/2
Arbeitszeit ²⁾	- 1,5	- 1/2	+ 1/2	- 0,6	- 1	- 0	+ 1/2
Arbeitsvolumen	- 1,4	- 1 ^{1/2}	+ 1/2	- 1,6	- 2	- 1/2	+ 1
Produktivität	+ 4,1	+ 4 ^{1/2}	+ 5	+ 4,1	+ 5 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 6
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 2,7	+ 3	+ 5^{1/2}	+ 2,4	+ 3^{1/2}	+ 4	+ 7
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+13,3	+ 9	+12 ^{1/2}	+ 9,5	+ 8 ^{1/2}	+11 ^{1/2}	+13 ^{1/2}
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat)	+ 3,7	+10 ^{1/2}	+13	+ 7,0	+13 ^{1/2}	+ 8 ^{1/2}	+16 ^{1/2}
Nettosozialprodukt zu Faktor-							
kosten (Volkseinkommen)	+10,1	+ 9^{1/2}	+12^{1/2}	+ 8,7	+10	+10^{1/2}	+14^{1/2}
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+10,6	+ 9	+ 7 ^{1/2}	+10,5	+ 7	+ 6	+ 9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	+ 2,9	+14	+14	+11,5	+15 ^{1/2}	+ 7 ^{1/2}	+19
Laufende Übertragungen vom Staat	+11,1	+14 ^{1/2}	+11 ^{1/2}	+13,5	+15 ^{1/2}	+10	+12 ^{1/2}
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+11,0	+10^{1/2}	+ 9^{1/2}	+12,1	+ 9	+ 8^{1/2}	+10^{1/2}

1) Veränderungsrate gerundet.

2) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Wechselkurse verschärft hat. Zwar mag von der Selbstfinanzierung her der Spielraum für Investitionen gegenwärtig nicht allzu groß sein, doch könnten die Unternehmen ihre Ertragslage durch eine verstärkte Investitionstätigkeit am ehesten verbessern.

- Die Planungen der Unternehmen signalisieren eine rasche Belebung der Nachfrage nach Investitionsgütern: In der Energiewirtschaft, im Baugewerbe und im Handel wurden die Investitions-etats für 1973 kräftig aufgestockt. Demgegenüber wird das bei den Unternehmern noch verbreitete Bewußtsein, die Erträge seien nach wie vor unzureichend, allmählich an Bedeutung verlieren; denn mit den vermehrten Investitionen wird sich auch die allgemeine Gewinnsituation verbessern und damit gleichsam eine Selbstverstärkung in der Investitionsneigung bewirken.

Alles in allem rechnen wir damit, daß die realen Ausrüstungsinvestitionen um $6\frac{1}{2}$ vH höher sein werden als 1972; im Verlauf des Jahres 1973 erwarten wir eine Beschleunigung.

301. Anders als bei den Ausrüstungsinvestitionen wird bei den Bauinvestitionen 1973 das Expansions-tempo weniger von der Entwicklung der Nachfrage als von den Kapazitäten bestimmt. Im Wohnungsbau wird sich der Bauüberhang eher noch vergrößern, da die Nachfrage nach Wohnungseigentum in Erwartung weiterer Preissteigerungen und höherer Finanzierungskosten nach wie vor lebhaft bleiben wird. Im gewerblichen Bau ist in Übereinstimmung mit der zunehmenden Investitionsbereitschaft der Unternehmen ein kräftiger Nachfrageanstieg zu erwarten. Für den öffentlichen Bau, vor allem für den Tiefbau, haben wir angenommen, daß die Gebietskörperschaften auch 1973 vermehrt Bauaufträge vergeben.

Rechnet man alle Bauparten zusammen, so ergibt sich im Jahresdurchschnitt eine Zunahme des Bauvolumens um 5 vH. Dabei wird die Bauproduktion im ersten Halbjahr das von der milden Witterung begünstigte Ergebnis von 1972 nur knapp überschreiten; sieht man von den anomalen Witterungseinflüssen ab, bleibt indes ein deutlicher Anstieg.

302. Die Exportschätzung geht davon aus, daß die Konjunkturbelebung bei den wichtigsten Handelspartnern weitere Fortschritte macht. Bei dem großen Anteil, den die Güter mit hoher Einkommenselastizität der Nachfrage im Exportsortiment der Bundesrepublik haben, bedeutet dies, daß sich die Nachfrage aus dem Ausland merklich verstärken wird. Hinzu kommen die Impulse aus der Erweiterung des Gemeinsamen Marktes.

Für eine optimistische Exportschätzung spricht auch, daß die Höherbewertung der D-Mark während des Floating die Absatzchancen der deutschen Unternehmen nicht nennenswert beeinträchtigt hat. Sie konnten jedenfalls ihre Ausfuhrpreise nach dem Realignment weiter heraufsetzen, ohne Absatzeinbußen hinnehmen zu müssen; hierbei kam ihnen der anhaltende Preisanstieg im Ausland zustatten.

Für die Ausfuhr von Waren und Diensten erwarten wir, ihrem Realwerte nach, eine Zuwachsrate von $9\frac{1}{2}$ vH, nach $5\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1972. Die Ausfuhrpreise werden im Einklang mit dem beschleunigten Preisanstieg im Ausland wieder rascher steigen.

303. Wie immer in Aufschwungsphasen wird sich der Lageraufbau verstärken. Die optimistischere Einschätzung der Produktionsentwicklung dürfte die Industrie veranlassen, die Rohstofflager weiter aufzustocken; dazu besteht schon deshalb Anlaß, weil erneut mit starken Preissteigerungen auf den Weltrohstoffmärkten gerechnet wird. Auch die Fertigwarenlager dürften wieder stärker zunehmen, zumal der Handel in den Sommermonaten recht zurückhaltend disponiert hat. Angesichts der erwarteten Preissteigerungen mag es da und dort auch zu spekulativen Vorratskäufen kommen.

304. Kräftige Impulse werden nach wie vor von den Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte ausgehen, insbesondere in den ersten Monaten des Jahres, wenn für den überwiegenden Teil der Arbeitnehmer Lohnerhöhungen in Kraft treten. Zur Jahresmitte werden zudem die Sozialrenten erneut angehoben, wobei für die Höhe des Anpassungssatzes (11,4 vH) die einkommensstarken Jahre 1969 bis 1971 maßgebend sind. Bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen rechnen wir ebenfalls mit einer kräftigen Zunahme, unter anderem weil die Zinstendenz wieder aufwärts gerichtet ist.

Die Sparquote setzen wir für 1973 etwas niedriger an, da Sonderfaktoren entfallen, die 1972 die Spartätigkeit begünstigt haben (Erstattung der Krankenkassenbeiträge der Rentner, Rückzahlung des Konjunkturzuschlags, vorgezogene Rentenanpassung).

Alles in allem ergibt sich eine Zunahme des privaten Verbrauchs um rund 11 vH, verglichen mit $9\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1972.

305. In der Zuwachsrate des Staatsverbrauchs, die wir mit fast 14 vH etwa ebenso hoch angesetzt haben wie 1972, schlagen vor allem die erneut stark steigenden Personalausgaben zu Buche. Daneben fallen im Bereich der Sozialversicherung die höheren Sachausgaben besonders ins Gewicht.

306. Im Sog der Nachfrageexpansion wird die Produktion verstärkt steigen. Für das ganze Jahr 1973 rechnen wir mit einer Zuwachsrate des realen Sozialprodukts von $5\frac{1}{2}$ vH, nach 3 vH im Jahre 1972; vom ersten zum zweiten Halbjahr erwarten wir dabei eine merkliche Beschleunigung.

Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials schätzen wir auf $4\frac{1}{2}$ vH. Dies bedeutet, daß der Auslastungsgrad, nach einem Rückgang in den Jahren 1971 und 1972, wieder zunimmt. Angesichts der geringen Produktionsreserven kann es im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1973 in Teilbereichen wieder zu Kapazitätsengpässen kommen.

307. Die Einfuhr wird auch 1973 stärker zunehmen als das inländische Güterangebot. Entsprechend der

Expansion der Industrieproduktion werden die Importe von Rohstoffen und Vorprodukten kräftig steigen. Außerdem wird sich die Einfuhr von Fertigwaren weiter verstärken, zumal sich nun die Bezüge von Investitionsgütern wieder erhöhen werden.

Für das Volumen der Einfuhr von Waren und Diensten rechnen wir aufgrund unserer Einschätzung der Nachfrage und der Preisentwicklung im Inland und im Ausland mit einem Anstieg von $11\frac{1}{2}$ vH. Dabei werden sich die Importwaren wieder merklich verteuern.

308. Im Zuge des Aufschwungs wird auch die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen. Zunächst werden die Unternehmen allerdings versuchen, mit dem vorhandenen Personalbestand auszukommen, und Überstunden sowie Sonderschichten einlegen. Im weiteren Jahresverlauf werden sie freilich zusätzliche Arbeitskräfte einstellen müssen; das gilt namentlich für die Industrie, die ihre Beschäftigtenzahl in den letzten beiden Jahren abgebaut hatte.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften trifft auf ein unzureichendes inländisches Angebot. Die Anzahl der Erwerbspersonen geht aufgrund demographischer Faktoren, der Verlängerung der Ausbildungszeit und, zum ersten Male, auch aufgrund der Einführung der flexiblen Altersgrenze zurück. Zudem wird sich der Abbau der ohnehin geringen Arbeitslosigkeit wohl nur allmählich vollziehen, weil diese im Kern struktureller Natur ist. Unter diesen Umständen wird sich die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften verstärken. Die Anwerbung wird indes kaum Schwierigkeiten bereiten; denn das Interesse an einem Arbeitsplatz ist in den wichtigsten Zuwandererländern, namentlich in der Türkei, nach wie vor groß.

309. Die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, die sich aus den Annahmen über die Entwicklung des Sozialprodukts und des Arbeitsvolumens ergibt, schätzen wir auf rund 5 vH. Dabei wurden die Effekte einer höheren Auslastung des Produktionspotentials in Rechnung gestellt. Diese Produktivitätsziffer bildet die wichtigste Schlüsselgröße für die Zunahme der Realeinkommen.

310. Wie in den letzten Jahren wird die neue Lohnrunde mit den Tarifabschlüssen für die rund 7 Mill. Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie eingeleitet. Bei dem Signalcharakter, der diesen Abschlüssen zukommt, werden sie maßgebend für die Lohnentwicklung im ganzen Jahr 1973 sein. Da nur wenig konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, was die Gewerkschaften an Lohnerhöhungen fordern werden und was die Unternehmen zugestehen wollen, birgt unsere Lohnprognose erhebliche Unsicherheiten.

Aufgrund unserer Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung haben wir angenommen, daß es 1973 im ganzen zu höheren Lohnabschlüssen kommen wird als 1972. Schon seit dem Frühjahr dieses Jah-

res tendieren die Lohnsteigerungsraten wieder nach oben. Bei den Lohnverhandlungen wird, außer der veränderten Situation auf dem Arbeitsmarkt, vor allem die Preisentwicklung eine Rolle spielen. Angesichts der spektakulären Teuerungsraten der letzten Monate ist zu erwarten, daß die Gewerkschaften auf eine Kompensation für den eingetretenen Kaufkraftschwund drängen. Zudem dürfte der Widerstand der Unternehmen nachlassen, weil sich die Möglichkeiten für eine Abwälzung der höheren Lohnkosten sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft vergrößern werden.

311. Es ist damit zu rechnen, daß es den Unternehmen angesichts der günstigeren Absatzlage gelingen wird, die Kostenerhöhungen voll zu überwälzen. Eine Beschleunigung des Preisauftriebs erwarten wir vor allem bei den industriellen Erzeugerpreisen. Hier dürfte es im Zusammenhang mit der Lohnrunde Anfang des Jahres 1973 zu einem neuen Preisschub kommen. Auch bisher wurden die Preise immer im Anschluß an Lohnerhöhungen heraufgesetzt.

Erheblich verteuern werden sich wiederum Bauleistungen. Im Hochbau, namentlich im Wohnungsbau, werden die Preise in Anbetracht des hohen Bauüberhangs kaum weniger stark steigen als in diesem Jahr. Zu Preisanhebungen dürfte es auch wieder im Tiefbau kommen, nachdem dort die Preise 1972 weitgehend stabil geblieben waren.

312. Bei den Verbraucherpreisen gibt es ebenfalls keine Anzeichen für eine Beruhigung. Man wird vielmehr auf eine Verstärkung des Preisauftriebs gefaßt sein müssen. Das gilt vor allem für die Preise industrieller Verbrauchsgüter; denn die anhaltend günstige Entwicklung der Verbrauchskonjunktur erleichtert es dem Handel, die höheren Einstandspreise weiterzugeben. Auch die Preise des Dienstleistungsgewerbes dürften beschleunigt steigen, da hier die höheren Lohnsteigerungsraten schon wegen des geringen Produktivitätszuwachses stark durchschlagen.

Geringe Hoffnungen auf eine ruhigere Preisentwicklung lassen sich allein daraus schöpfen, daß sich der starke Preisschub bei Nahrungsmitteln, der 1972 zu verzeichnen war, vermutlich nicht wiederholen wird. Allerdings wird das Angebot an Schweinefleisch und Rindfleisch bis in den Herbst 1973 hinein knapp bleiben, so daß sich der Anstieg der Fleischpreise, wenn auch abgeschwächt, fortsetzen dürfte. Bei Obst und Gemüse ist jedoch mit spürbaren Preissenkungen zu rechnen, normale Ernten vorausgesetzt. Auch gibt es bisher keine Anhaltspunkte dafür, daß es zu größeren Anhebungen bei behördlich fixierten Preisen kommt.

Insgesamt rechnen wir damit, daß die Verbraucherpreise im Verlauf des Jahres 1973 (Jahresende 1973 gegen Jahresende 1972 gerechnet) um rund $5\frac{1}{2}$ vH steigen werden. Dabei haben wir angenommen, daß sich

— Nahrungsmittel um $3\frac{1}{2}$ vH,

— Wohnungsmieten um 6 vH,

Die voraussehbare Entwicklung

- Dienstleistungen um $7\frac{1}{2}$ vH und
- sonstige Waren um $5\frac{1}{2}$ vH

verteuern werden. Da der Preisindex für die Lebenshaltung bereits am Jahresende 1972 um rund $3\frac{1}{2}$ vH über dem Jahresdurchschnitt 1972 liegt (Überhang), wird die Veränderungsrate im Jahresvergleich 1973

mit 6 bis $6\frac{1}{2}$ vH etwas böber ausfallen als 1972 ($5\frac{1}{2}$ vH). Obwohl wir mit einer Beschleunigung des Preisauftriebs im zweiten Halbjahr 1973 rechnen, geht die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich vom ersten zum zweiten Halbjahr leicht zurück; aber nur deshalb, weil die Beschleunigung in der zweiten Jahreshälfte 1972 noch größer war.

VIERTES KAPITEL

Widerstand gegen die Inflation

I. Die Situation im Herbst 1972

Der Befund für die Gemeinschaft

313. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft befinden sich in einem konjunkturellen Aufschwung, der 1972 noch differenziert war, im nächsten Jahr aber in allen Ländern recht kräftig werden wird. Das reale Sozialprodukt der erweiterten Gemeinschaft wird 1973 um 5 vH größer sein als im Vorjahr.

314. Die Unternehmen verfügten 1972 überwiegend noch über freie Kapazitätsreserven. Die Produktionskapazitäten wurden nur zögernd ausgeweitet. Auch der Beschäftigungsgrad hat bis zum Herbst im ganzen nicht zugenommen; in einigen Ländern ist die Arbeitslosigkeit immer noch recht hoch. Die Wirtschaftspolitik wird daher 1973 das Wachstums- und Beschäftigungsziel nicht außer acht lassen.

315. Aus dem Waren- und Leistungsverkehr mit Drittländern erzielte die Gemeinschaft nach dem Realignment keine hohen Überschüsse mehr. Dennoch nahmen die Währungsreserven der EWG 1972 beträchtlich zu, vor allem bedingt durch Kapitalzuflüsse nach Deutschland.

Von der Erweiterung des EWG-Raumes sind kräftige Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1973 zu erwarten.

316. Die Rate der Geldentwertung war 1972 in allen Ländern der Gemeinschaft ungebrochen hoch. Obwohl der Kostendruck im Aufschwung nachließ, hat sich das Tempo der Preissteigerungen nicht vermindert. Die Löhne reagierten rasch auf die veränderte konjunkturelle Situation und insbesondere auf den beschleunigten Preisanstieg. Dazu kam es schon deshalb, weil die Löhne in den meisten Ländern der Gemeinschaft an einen Preisindex gebunden sind. Für 1973 ist damit zu rechnen, daß sich die Preissteigerungstendenzen weiter verschärfen. In allen Ländern der Gemeinschaft ist gegenwärtig die Stabilität des Preisniveaus das am stärksten gefährdete Ziel der Wirtschaftspolitik.

Der Befund für die Bundesrepublik

317. In der Bundesrepublik setzten sich 1972 wieder die expansiven Tendenzen durch, nachdem der konjunkturelle Abschwung früher als erwartet zum Stillstand gekommen war; der neue Aufschwung gewann im Verlauf des Jahres jedoch nur zögernd

an Kraft. Für 1973 ist damit zu rechnen, daß sich die Nachfrageexpansion beschleunigt und die Produktionskapazitäten stärker in Anspruch nimmt.

Die frühe Wende verhinderte, daß 1972 das Ziel eines angemessenen Wachstums und das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes gefährdet wurden. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nach dem Realignment war labil. Vom Ziel der Geldwertstabilität, das seit 1970 stark verletzt ist, war die Wirtschaftspolitik weiter denn je entfernt.

318. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential wurde 1972 um knapp 5 vH ausgeweitet, ebenso kräftig wie im Vorjahr. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm vorerst aber nur langsam zu; es war im Durchschnitt des Jahres rund 3 vH höher als 1971. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials hat sich damit nochmals verringert. Dennoch war die Anspannung der Produktivkräfte 1972 größer als jeweils zu Beginn früherer Konjunkturzyklen. Die Arbeitslosenquote lag bei 1,1 vH, entsprach also etwa einem Beschäftigungsstand, wie ihn die Bundesregierung mittelfristig anstrebt (JWB 1972, Ziffer 73). Die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte hat sich weiter erhöht, aufs ganze Jahr gesehen um rund 150 000. Der Rückgang der Erwerbsbeteiligung im Inland wurde dadurch zu einem wesentlichen Teil aufgefangen; insgesamt war die Anzahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des Jahres 1972 um rund 250 000 niedriger als im Vorjahr.

Die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts wird sich 1973 verstärken, so daß wieder mit einem steigenden Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zu rechnen ist. Bei dem hohen Beschäftigungsstand im Inland wird die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften indessen wiederum vor allem auf das ausländische Arbeitsangebot angewiesen sein.

319. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht war auch nach dem Realignment der Wechselkurse nicht gesichert. Der Außenbeitrag, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, hat sich 1972 zwar — wie gewollt — nicht erhöht. Die Gefahren für das Gleichgewicht bestanden aber vom Kapitalverkehr her fort. Bei nur partiell wirksamen Kapitalverkehrskontrollen wurde die Geld- und Kreditpolitik bis zur Jahresmitte von Zuflüssen langfristigen Kapitals unterlaufen. Erst als die Kontrollen ergänzt wurden und die Zinsen im Ausland anzogen, ebten die Zuflüsse ab.

320. Der konjunkturelle Abschwung war nicht nachhaltig genug, die inflatorischen Preissteigerungen zu brechen. Die Geldentwertung hat sich 1972

sogar beschleunigt; im Oktober lag der Preisindex für die Lebenshaltung um 6,4 vH höher als im Vorjahr.

Gegenwärtig gibt es keine Anzeichen für eine Beruhigung des Preisauftriebs. Zwar dürften weitere Preisschübe bei Nahrungsmitteln 1973 ausbleiben. Doch ist damit zu rechnen, daß sich die Teuerung von Industriewaren verstärkt. Im Durchschnitt des Jahres 1973 werden die Verbraucherpreise um 6 vH bis 6½ vH höher sein als 1972.

Die Lohnrunde zu Beginn des Jahres 1973 wird im Zeichen der erwarteten Preissteigerungen stehen. Im Gefolge von starken Lohnabschlüssen wird es wohl erneut zu kräftigen Preisanhebungen kommen, zumal die Unternehmen die Gewinnmargen noch als zu gering ansehen.

321. Der Wirtschaftspolitik ist 1973 vor allem die Aufgabe gestellt, die Gewöhnung an hohe Inflationsraten zu durchbrechen und das Vertrauen in den Geldwert zurückzugewinnen. Wachstum und hoher Beschäftigungsstand sind 1973 nicht gefährdet. Für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gilt dies nicht uneingeschränkt; hier könnten neue Gefahren entstehen, wenn mehr Stabilität im Innern mit weniger Stabilität im Ausland, vor allem in der Gemeinschaft einherginge.

II. Die Wirtschaftspolitik 1972 im Rückblick

EWG: Schwieriger Start in eine europäische Währungsunion

322. Für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war das Jahr 1972 geprägt durch die für Anfang 1973 beschlossene Erweiterung der Gemeinschaft auf insgesamt neun Mitgliedsländer und das Bemühen der bisherigen und künftigen Mitgliedsländer, die im Jahre 1971 durch die Weltwährungskrise unterbrochenen Bestrebungen der Sechsergemeinschaft zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion wieder aufzunehmen und zu intensivieren.

323. Dieser Neubeginn stand mit der Verengung der Bandbreite der Wechselkurse zwischen den neun Ländern (Ziffer 26) zunächst unter keinem glücklichen Stern, denn die Pfund-Krise stellte die neue Regelung schon bald auf eine harte Probe. Doch gelang es, unter Hinnahme der Freigabe des Pfundkurses und eines vorübergehenden Ausschereins Dänemarks, der Krise rasch Herr zu werden, aber um den Preis, daß die Idee der Währungsunion einen Rückschlag erlitt, weil fast allenthalben die Kapitalverkehrskontrollen verschärft und neue nun auch dort eingeführt wurden, wo sie bis dahin keine größere Rolle gespielt hatten.

324. Genauso wie zu einer Wirtschaftsunion der vollständig freie Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie die allgemeine Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit unabdingbar sind, ebenso ist für

eine Währungsunion die unbehinderte Freiheit des Kapitalverkehrs notwendige Voraussetzung, ja sie ist eigentlich die Sache selbst. Ist man ernsthaft an der Schaffung einer Währungsunion interessiert, so muß die Einführung und Verschärfung von Kontrollen des Kapitalverkehrs zwischen den Gemeinschaftsländern, obwohl sie die Billigung der Partner fand, als Rückschritt im Prozeß der Integration und als Rückfall in die Praxis nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik gewertet werden. Was im Bereich des Warenverkehrs undenkbar wäre, nämlich Schranken, die bereits abgebaut waren, aus Anlaß wirtschaftlicher Störungen rasch wieder aufzurichten, wird im Kapitalverkehr als das probate Mittel zur Behebung von außenwirtschaftlich bedingten Störungen gerechtfertigt. Es muß beunruhigen, daß nach Abklingen der akuten Krise keinerlei Anzeichen erkennbar sind, wenigstens den Kapitalverkehr innerhalb der Gemeinschaft von solchen Schranken bald wieder zu befreien und sie — wie es einer Währungsunion, die diesen Namen verdient, entspräche — allenfalls gemeinsam gegenüber Drittländern anzuwenden.

325. Auch die Startbedingungen für eine Stabilitätsgemeinschaft, als welche die Wirtschafts- und Währungsunion sich erweisen soll, waren nicht besonders günstig. Die inflationäre Entwicklung setzte sich in allen Gemeinschaftsländern ungebrochen, teilweise sogar beschleunigt fort. Die Wirtschaftspolitik war überall gleich erfolglos, ja beinahe ohnmächtig im Kampf gegen die Inflation. Auch in Frankreich, das seit einigen Jahren eine Politik stetigen Wachstums einigermaßen erfolgreich betreibt, war ein Abnehmen des Inflationsdrucks nicht zu beobachten; hierin muß ein Beispiel dafür gesehen werden, daß es bei fortgeschrittener Gewöhnung an die schleichende Geldentwertung nicht mehr das Ausmaß der konjunkturellen Schwankungen ist, das die Veränderungen des Preisniveaus erklärt (Ziffer 98).

326. In allen Ländern bemühten sich zwar die Zentralbanken, den inflatorischen Kräften von der monetären Seite entgegenzuwirken, doch wurde dieses Bemühen, außer in Italien, mehr oder minder durch außenwirtschaftliche Einflüsse unterlaufen. Geldmenge und Kredite expandierten mit außergewöhnlich hohen Zuwachsraten; dem inflationären Prozeß waren also kaum Schranken gesetzt. Daran änderte sich in einigen Ländern auch dann nichts, als von der Jahresmitte an die außenwirtschaftlichen Störungen aufhörten.

327. Hatten die geldpolitischen Instanzen den inflationären Kräften Widerstand geleistet, so trug die Finanzpolitik in allen Ländern der Gemeinschaft eher dazu bei, die Expansion und den Preisauftrieb zu verstärken. Überall gingen von den Staatsausgaben kräftige konjunkturelle Impulse aus, die dazu beitrugen, daß die Abschwungtendenzen zum Stillstand kamen und ein neuer Aufschwung eingeleitet wurde. Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung in Deutschland und in Belgien. Aber auch in Frankreich, wo die konjunkturelle Entwicklung ste-

tiger als in den übrigen Ländern verlaufen war, wurde Anfang des Jahres ein expansives finanzpolitisches Zusatzprogramm eingeleitet.

Überraschen muß jedoch, daß trotz der Beschleunigung des Preisauftriebs in keinem Lande der Versuch unternommen wurde, mittels einnahmenpolitischer Maßnahmen die private Nachfrage zurückzudrängen und so den Preisauftrieb in den Griff zu bekommen.

328. Deutliche Abweichungen von der Entwicklung, die für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im ganzen kennzeichnend war, gab es nur in Italien. Seit rund drei Jahren hat das Land mit schweren sozialen Konflikten zu tun, die seine wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinflussen; die konjunkturellen wie auch die strukturellen Probleme sind noch schärfer geworden. Rücksichten hierauf müssen die Entscheidungen der Gemeinschaftsorgane mitbestimmen. Dies zeigte sich beispielsweise bei der Ausnahmeregelung für Italien im Rahmen der Bandbreitenverengung (Ziffer 106). In der Tat könnte die Überforderung eines — vorübergehend — geschwächten Partners dessen Probleme so verschärfen, daß sich daraus auch für die übrige Gemeinschaft unerwünschte Konsequenzen ergeben. So sehr man dies in Rechnung stellen muß, so sehr hat man eine solche Ausnahmeregelung, da sie eine entscheidende Lücke darstellt, vom Prinzip her zu beklagen.

Bundesrepublik: Die Chancen des Abschwungs vergeblich

329. Ende des Jahres 1971 hatte es so ausgesehen, als ob die konjunkturellen Abschwungskräfte die Stabilisierungsbemühungen begünstigen würden, die im Mai 1971 von einer couragierten Währungspolitik eingeleitet und dann zunächst durch eine restriktive Geld- und Kreditpolitik unterstützt worden waren. Im Verlauf des Jahres 1972 zeigte sich aber, daß die Chancen vergeblich waren, die der Abschwung für die Verringerung der Inflationsrate hätte bedeuten können. Der Abschwung kam schneller als erwartet zum Stillstand. Dazu hatte eine expansive Finanzpolitik schon im Jahre 1971 wesentlich beigetragen.

Als sich jedoch die Situation wandelte, erwies der Staat sich als unfähig, den expansiven Kurs noch zu verlassen; vielmehr tat er seinen Teil dazu, daß dem Streben der Unternehmen nach Preiserhöhungen durch die Nachfrageentwicklung keine engen Grenzen gesetzt wurden. Ein neuer Aufschwung bahnte sich an — wenn auch undeutlich —, während das Preisniveau noch mit einer Rate stieg, die in früheren Zyklen nicht einmal nach konjunkturellen Höhepunkten zu verzeichnen gewesen war. Nur vier Monate lang ließ die Entwicklung der Verbraucherpreise wenigstens hoffen; bei einer Teuerungsrate von noch immer mehr als 5 vH (gegenüber dem Vorjahr) war schon der Tiefpunkt erreicht. Noch vor wenigen Jahren hatten weitaus niedrigere Raten schon als unerträglich gegolten. Die Gefahr für

Vollbeschäftigung und Wachstum war zwar schnell behoben, doch um einen hohen Preis, und zwar um einen Preis, der noch nicht voll bezahlt ist.

330. Kennzeichnend für die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1972 ist, daß die privaten Ausgaben für den Verbrauch mit einer Zunahme von 40 Mrd. DM um fast 15 Mrd. DM über das hinausgingen, was im vergangenen Herbst vorauszusehen war. Fehlschlag und Zwangslage der Stabilisierungspolitik des Jahres 1972 gerinnen in dieser Zahl. Mehrausgaben für den Verbrauch in dieser Höhe mußten inflatorisch sein. Sie entsprachen außerdem nicht den mittelfristigen Strukturvorstellungen der Gesellschaft, die eher eine Eindämmung der Verbrauchsausgaben zugunsten der Erfüllung dringender öffentlicher Aufgaben nahelegen. All dies ergab sich nicht zuletzt als Spätfolge früherer Fehlentwicklungen und Kunstfehler der Politik. Die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer war nahezu unausweichlich geworden und hatte damit ein Dilemma offenbar gemacht, in das sich die Finanzpolitik durch eine Regelung gebracht hatte, die von Anfang an unter dem ungunstigen Zeichen stand, daß sie vor allem niemandem wehtun sollte. Stabilisierungspolitisch nicht weniger unzeitig kam der Zwang, endlich etwas zur Entschädigung derjenigen zu unternehmen, auf deren Kosten ein gut Teil der inflatorisch übersteigerten allgemeinen Einkommensexpansion in den Jahren zuvor gegangen war, der Rentner (Rückzahlung früherer Krankenkassenbeiträge, vorgezogene Rentenanpassung). Noch nach dem Beginn des neuen Aufschwungs waren also Aufräumarbeiten nötig, um die Folgen des nun schon mehrere Jahre zurückliegenden großen Booms zu beseitigen.

Während die Finanzpolitik trotz mancher Anstrengungen einen Ausweg aus ihrer Zwangslage nicht fand, konnte die monetäre Politik zwar den Anschluß an ihre restriktive Phase während des Floating allmählich wieder herstellen, doch zu spät, um noch zu verhindern, daß der Druck auf die Erlöse, der seinerzeit geschaffen worden war, vor allem im industriellen Bereich, sich erst einmal in Preiserhöhungen Luft machte.

Verzögerter Widerstand der monetären Politik

331. Mit dem Realignment von Washington wurden für die Geld- und Kreditpolitik neue Bedingungen gesetzt: Sie verlor erneut die Herrschaft über die Geldversorgung der Wirtschaft. Es kann heute keine Frage mehr sein, daß die Periode des Floating zu kurz gewesen ist. Der Prozeß der Stabilisierung war gerade in Gang gekommen, trug sich aber noch nicht selbst, als das Experiment abgebrochen wurde.

Der (gewogene) Aufwertungssatz von 6,4 vH, den das internationale Verhandlungsergebnis für die D-Mark erbrachte, überforderte anscheinend die deutsche Exportwirtschaft nicht. Im Außenhandel wie im Kapitalverkehr zeigte sich schon bald nach

der Jahreswende, daß — bei ausreichend breitem Kursband — ein eher höherer Aufwertungssatz besser zu den im Mai 1971 durch die Währungspolitik eingeleiteten Stabilisierungsbemühungen gepaßt hätte. (Dies hätte nicht bedeuten müssen, daß sich innerhalb des Bandes alsbald tatsächlich ein höherer Kassakurs für die D-Mark gebildet hätte.) Die Bundesbank sah sich schon vor Beginn des Frühjahrs 1972 wieder vor das alte Dilemma gestellt, entweder zur Verteidigung des neuen Wechselkursgefüges binnenwirtschaftliche Erfordernisse hintanzustellen oder aber im Interesse einer baldigen Stabilisierung im Inland die Fixierung des Außenwerts der D-Mark erneut den Marktkräften zu überlassen. Diese Alternative blieb allerdings theoretisch; denn inzwischen waren politische Entscheidungen gereift, die den nationalen währungspolitischen Aktionspielraum weiter einengten. Mit ihrer Geld- und Kreditpolitik kehrte die Bundesbank daher zu dem alten Kurs der sechziger Jahre zurück, zugunsten der binnenwirtschaftlichen Erfordernisse gerade soviel zu tun, wie gegenüber den außenwirtschaftlichen Einflüssen durchzuhalten war. Diesen Spielraum zu vergrößern, half die Bundesregierung, indem sie im Juli 1972 mit der Anwendung des § 23 Außenwirtschaftsgesetz den internationalen Kapitalverkehr weitgehend unter Kontrolle stellte.

332. Bis zur Jahresmitte 1972 hatten bei geld- und kreditpolitischen Maßnahmen der Bundesbank außenwirtschaftliche Erfordernisse eindeutigen Vorrang. Da nach dem Realignment von Washington zunächst nicht klar war, wie marktgerecht das neue Wechselkursgefüge sein würde, lockerte die Bundesbank sofort die geldpolitischen Zügel, die sie während des Floating wirksam hatte anziehen können; der Abfluß spekulativer Gelder sollte begünstigt und so einem weiteren Aufwertungsdruck auf die D-Mark begegnet werden. Angesichts der konjunkturellen Abschwächung schien die Wende in der Geldpolitik auch unter binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten zunächst vertretbar.

Die außenwirtschaftlichen Erfolge blieben jedoch aus: Spekulative Gelder flossen — anders als nach der Aufwertung 1969 — nicht ab; der Dollarkurs sank weiter, so daß er bereits im Februar 1972 die Grenze des erweiterten Bandes fast erreichte. Mit der kräftigen Diskontsenkung Ende Februar gab die Bundesbank gegenüber den außenwirtschaftlichen Einflüssen wieder voll nach, gerade als sich abzuzeichnen begann, daß es nicht mehr dringlich war, die Konjunktur durch monetäre Erleichterungen zu stützen.

333. Auch in der Folgezeit, als sich der Aufschwung deutlicher zeigte und die Preise beschleunigt stiegen, sah die Bundesbank angesichts der labilen währungspolitischen Situation zunächst offenbar keine Möglichkeit, die monetäre Expansion im Innern zu bremsen. Es ist allerdings nicht sicher, daß sie in diesen Monaten, etwa bis zur Junikrise, ihren Spielraum voll ausgelotet hat.

Die Situation änderte sich erst um die Jahresmitte. Die Kapitalverkehrskontrollen, die die Reaktion der Bundesregierung auf die Spekulationswelle im

Zusammenhang mit der Freigabe des Pfundkurses darstellten, schienen zu greifen. Wie gut, ist nicht ausgemacht, denn bald tendierte auch das Zinsniveau im Ausland nach oben, und vorübergehende Stützungskäufe des amerikanischen Zentralbanksystems am Devisenmarkt festigten die Erwartungen hinsichtlich des Fortbestehens des in Washington ausgehandelten Währungsgefüges. Den außenwirtschaftlichen Spielraum, den die Bundesbank gewann, nutzte sie alsbald, um das inländische Zinsniveau hinaufzudrücken und das Kreditpotential der Banken wieder einzuschränken. Doch verhinderte dieses stark verzögerte Anziehen der monetären Bremsen die Beschleunigung des Preisanstiegs nicht mehr.

Zu expansive Finanzpolitik

334. Die Finanzpolitik konnte einmal mehr die fehlende Kraft in der Geldpolitik nicht ersetzen. Nimmt man die Veränderungen auf der Ausgabenseite und der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte zusammen, so gingen von ihnen expansive Impulse aus, für die ein Betrag von 13 Mrd. DM steht; so groß war die Abweichung des Haushaltsvolumens von dem, was bei den gegebenen Einnahmenregelungen als konjunkturneutral anzusehen war. Dies wäre schon für den Fall eines länger anhaltenden konjunkturellen Abschwungs zu expansiv gewesen; um so weniger war es angezeigt, nachdem die konjunkturelle Wende sichtbar geworden war. Da die Expansion der Haushalte vor allem den privaten Verbrauch stimulierte, der ohnehin die Kapazitäten ausreichend beanspruchte, dürfte sie nur zu einem geringen Teil Produktionswirkungen, zum größeren Teil hingegen Preiswirkungen gehabt haben.

335. Die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags und der formale Verzicht auf den Einsatz der Eventualhaushalte entsprachen einem finanzpolitischen Kurs, der — so scheint es zunächst — der Strategie II unseres letzten Jahresgutachtens (JG 71 Ziffern 358 ff.) nahe kam. Diese Entscheidung fiel offensichtlich unter dem Zwang, den Konjunkturzuschlag bald ohnehin zurückzahlen zu müssen.

Allerdings war inzwischen die Grundlage nicht nur für diese, sondern für jede Expansionspolitik schwächer geworden. Anders als es zu erwarten gewesen war, gingen die Ansprüche der Privaten an das Produktionspotential im Verlaufe des Jahres 1972 nicht zurück. Die Ausgabengarung der öffentlichen Hände im Jahre 1971, deren expansiver Effekt — den inzwischen vorliegenden Abschlußrechnungen zufolge — insgesamt noch stärker ausgefallen war, als die Vorausmeldungen über die staatliche Ausgabentätigkeit schon angezeigt hatten, dürfte dazu nicht wenig beigetragen haben. Damit wog die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags noch schwerer. Das hinderte die Gebietskörperschaften jedoch nicht, mit ihren Kernhaushalten die Ausgaben so zu steigern, daß diese 1972 sogar jenes Volumen übertrafen, das — einschließlich der Eventualhaushalte — allenfalls unter ganz

anderen, nämlich eindeutig rezessiven konjunkturellen Vorzeichen hätte für konjunkturgerecht gehalten werden können. Insgesamt kam die Finanzpolitik damit der Strategie III unseres letzten Jahresgutachtens nahe, einer Strategie, die keine Rücksicht auf das Ziel der Geldwertstabilität enthielt und von der sich auch die Bundesregierung sofort distanziert hatte.

Ein Appell des Finanzplanungsrates und des Konjunkturrates, das Haushaltsvolumen nicht ausufern zu lassen, blieb zwar nicht ganz ohne Erfolg. Erwartete, vor allem inflationsbedingte Steuermehreinnahmen machten es den Gebietskörperschaften aber leicht, die vereinbarte Neuverschuldung nicht stark zu überschreiten und doch mit dem zu expansiven Ausgabenverhalten fortzufahren.

336. Angesichts der Ausgabenexpansion mußte es die Finanzpolitik des Jahres 1972 schwer belasten, daß sie hinsichtlich der Einnahmenpolitik in früheren Jahren (1970/71) Wechsel auf eine unsichere Zukunft gezogen hatte. Es hätte nahegelegen, die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zu vertagen, als sich zeigte, daß die privaten Ansprüche an das Produktionspotential hoch blieben. Da ein Aufschub nach den gesetzlichen Vorschriften nur bis März 1973 möglich gewesen wäre, mußte man es wegen des sich abzeichnenden Konjunkturaufschwungs wohl für am wenigstens schädlich halten, das Unvermeidliche sofort zu tun.

Auch ist die Rückzahlung in einer Summe rückblickend günstiger zu beurteilen als eine Freigabe in Raten. Ein nicht unerheblicher Teil der freigegebenen Mittel dürfte nämlich zunächst gespart worden sein. Insoweit überzeichnet der erwähnte konjunkturelle Effekt der Haushalte, der sich rein rechnerisch ergibt, die tatsächlichen expansiven Impulse der Finanzpolitik. Die Möglichkeiten, durch zusätzliche Anreize diesen Konsumverzicht noch zu verstärken, wurden indes nicht genutzt. So wurde mit dem privaten Verbrauch gerade die Nachfragekomponente gestärkt, die dessen weder aus kurzfristigen konjunkturellen noch aus mittelfristigen strukturellen Gründen bedurfte. Was bleibt, ist das späte Bedauern, daß sich die Finanzpolitik in den früheren Jahren nicht für den Einsatz anderer Instrumente entscheiden konnte, durch die eine solche Situation hätte vermieden werden können.

337. Günstiger fiel das Urteil über den Konjunkturzuschlag aus, wenn man für gegeben nähme, daß eine nichtrückzahlbare zusätzliche Belastung der Einkommen im Jahre 1970, aus welchen Gründen auch immer, überhaupt nicht durchsetzbar war.

Da der konjunkturelle Effekt der Haushalte im Jahre 1972 zu einem erheblichen Teil aus der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags resultierte, mußte unter einer solchen Annahme bei der Würdigung der Finanzpolitik auch die Veränderung der expansiven Effekte im Verlauf der letzten drei Jahre in Betracht gezogen werden. Obwohl sich das einmal gegebene Wort, den Konjunkturzuschlag innerhalb einer bestimmten Frist zurückzuzahlen, nachträglich als Fessel erwies, wäre dieser Maßnahme dann nicht jede

antizyklische Wirkung dann abzusprechen. Bereinigt man die Haushalte um den Konjunkturzuschlag und dessen Rückzahlung, so ergeben sich für die letzten Jahre folgende expansive Effekte:

— für 1970	9,0 Mrd. DM	statt	6,7 Mrd. DM
— für 1971	12,7 Mrd. DM	statt	9,1 Mrd. DM
— für 1972	7,0 Mrd. DM	statt	12,9 Mrd. DM.

Der Konjunkturzuschlag hat also wenigstens die Verteilung eines unerwünschten Expansionschubs von Jahren mit Überbeanspruchung des Produktionspotentials auf ein Jahr mit gedrückter Auslastung bewirkt.

338. Von den Folgen des insgesamt nicht konjunkturgerechten Verhaltens der öffentlichen Haushalte war der Staat 1972 erneut selbst am meisten betroffen. Die von ihm nachgefragten Güter und Dienste verteuerten sich stärker als die der Privaten. Am deutlichsten zeigte sich das wiederum im Personalbereich. Hier ist es seit 1969 zu den sichtbarsten Übersteigerungen gekommen, die die Haushalte schwer belasten. Seit 1969 haben die Gebietskörperschaften ihre Ausgaben für aktive Bedienstete um 55 vH erhöht. Davon entfielen zwar 13 vH auf die Ausweitung des Personalbestandes; doch auch hier nahmen die Gebietskörperschaften bis 1971 wenig Rücksicht auf das konjunkturpolitisch gebotene Maß.

Kann man angesichts wachsender Staatsaufgaben das Ausmaß der Stellenvermehrungen noch als unvermeidlich nehmen, so fällt dies schwer bei der Entwicklung der Einkommen. Hier wiederum sind es weniger die allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerungen die ins Auge fallen, als vielmehr das, was hinzukommt. Es wird zwar oft — und auch zu Recht — geltend gemacht, im öffentlichen Dienst gelte „Tarifeinkommen gleich Effektivinkommen“; doch neben den weithin sichtbaren linearen Tarifierhebungen, die vergleichsweise bescheiden waren, sind für den öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren so beträchtliche zusätzliche Einkommenserhöhungen vorgenommen worden, daß dem Einkommenszuwachs der wenigen, die allein von den linearen Steigerungen begünstigt waren, jede Aussagekraft genommen ist. Sogenannte strukturelle Verbesserungen — Stellenanhebungen, Änderungen des Besoldungsgefüges, Zulagen — sind hierfür vor allem verantwortlich. Berücksichtigt man dies, so liegt der öffentliche Dienst nun schon mehrere Jahre mit an der Spitze der Einkommensexpansion. Das hat sich auch 1972 wiederholt (Ziffer 163). Es konnte geschehen, obwohl sich der Staat damit erneut seinen stabilitätspolitischen Verpflichtungen in der Ausgabenpolitik versagte, weil Spielraum für nennenswerte Kürzungen der geplanten Ausgaben nicht gesehen wurde. Dieser Gegensatz beunruhigt viele.

Es dürfte keine Frage sein, daß auch die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst an der allgemeinen Einkommenssteigerung teilhaben müssen. Es leuchtet auch ein, wenn gesagt wird, größere „strukturelle Verbesserungen“ könnten nicht ohne weiteres in der Weise vorgenommen werden, daß in

entsprechendem Maße die linearen Lohn- und Gehaltserhöhungen gekürzt werden. Dies ist jedoch eine Frage des Zeitraums, in dem solche Änderungen in der Besoldung vorgenommen werden. Von den Interessen des Gemeinwesens im ganzen her gesehen, scheint jedenfalls die Frage unbeantwortet zu sein, ob denn die Bereinigung struktureller Mängel in den Einkommen der Staatsbediensteten in der Tat so dringlich war, daß sie, in wenigen Jahren vollzogen, eine Explosion in den Personalausgaben verursachen durfte — genauer: soviel dringlicher als zahlreiche andere öffentliche Aufgaben, deren Notwendigkeit nicht stärker angezweifelt wird, und die doch letztlich aus keinem anderen Grund als dem der übermäßig gestiegenen Personalausgaben vorläufig zurückstehen mußten. Betrachtet man den Aufwand, so scheint die angemessene Bezahlung der Staatsbediensteten zu den wichtigsten Reformaufgaben der vergangenen Jahre gehört zu haben.

Reagible Lohnpolitik

339. Die Einkommenspolitik stand im Jahre 1972 ganz im Schatten der übrigen Politikbereiche. Mit dem Lohnabschluß in der Metallindustrie, der nach einem längeren Streik zustande kam, war die Wende in der Lohnpolitik deutlich geworden. Erneut bestätigte sich, was 1971 schon in Ansätzen in Branchen mit wirtschaftlichen Rückschlägen erkennbar geworden war, daß die Lohnpolitik der Bundesrepublik — jedenfalls im internationalen Vergleich — bei drohenden Beschäftigungsrisiken eine beachtliche Reagibilität aufweist. Die Lohnwelle der Jahre 1969 bis 1971 ebte um die Jahreswende 1971/72, als die Gefahr eines stärkeren konjunkturellen Abschwungs drohte, zunächst ab. Diese Zurückhaltung in der Lohnpolitik wurde sicherlich dadurch erleichtert, daß die vergangenen drei Jahre den Arbeitnehmern eine beachtliche Verbesserung ihrer Reallohnposition gegenüber anderen Einkommensbezieheren gebracht hatte. Selbst eine günstigere Produktivitäts- und eine wesentlich ungünstigere Preisentwicklung, als sie bei den wichtigsten Tarifabschlüssen zur Jahreswende 1971/72 absehbar war, vermochten den Arbeitnehmern 1972 nur einen Teil des seit 1969 im Verteilungskampf gewonnenen Terrains zu nehmen. Auch daß im weiteren Verlauf des Jahres wieder höhere Lohnsteigerungsraten gefordert und durchgesetzt wurden, kann nicht als Ausdruck marktwidrig gebrauchter Macht angesehen werden, sondern dürfte den veränderten Marktbedingungen lediglich gefolgt sein.

340. Konnten die Arbeitnehmer ihre Verteilungsposition mit wenigen Abstrichen halten, so verbesserte sich die Position der Rentner wieder etwas. Die Verteilungskämpfe der Vorjahre hatten nicht zuletzt sie benachteiligt. Durch zwei Rentenerhöhungen konnten sie aufholen. Da in den kommenden Jahren die Erhöhung der Renten von den Steigerungsraten der Arbeitseinkommen in den Boomjahren bestimmt sein wird, dürfte es vorläufig auch nicht erneut zu einem Zurückbleiben in der Rentenanpassung kommen.

Die inflatorische Entwicklung des Jahres 1972 ging zu Lasten der Geldvermögensbesitzer. Der Realzins auf Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist ist jetzt schon mehr als zwei Jahre lang negativ. Sachwertbesitzer und Schuldner hingegen wurden begünstigt.

III. Gleicher Rang für den Geldwert

Die Inflationsgewöhnung bannen

341. Konnte zu Beginn des Jahres 1972 geglaubt werden, daß die Wirtschaftspolitik die Chance für eine allmähliche Rückkehr zu mehr Geldwertstabilität noch einmal geschaffen hatte, so liegt jetzt über der Zukunft die Vorbelastung eines bedrückenden Fehlschlags. Wer darauf setzte, ein frühes Abfangen des Abschwungs werde es erlauben, bald den Übergang zu einer verstetigten konjunkturellen Entwicklung zu gewinnen, und solche Verstetigung werde dann auch dafür sorgen, daß allmählich zwar doch zuverlässig der Preisauftrieb sich beruhigen werde, muß enttäuscht sein. Daraus ist fast allenthalben — und nicht nur in der Bundesrepublik — das Bekenntnis erwachsen, nun solle der Geldwert Vorrang haben. Soviel ist nicht verlangt. Es genügte, wenn gleicher Rang für den Geldwert das tatsächliche Verhalten bestimmt.

342. Die Dringlichkeit der Aufgabe, mehr für den Geldwert zu tun, ihn weniger als in der jüngsten Vergangenheit anderen Zielen der Wirtschaftspolitik de facto hintanzusetzen, wird zunehmend von der Gefahr einer weiteren Gewöhnung an die Inflation diktiert. Eine solche Gewöhnung kommt im wirtschaftlichen Verhalten der Menschen darin zum Ausdruck, daß diese sich bei Dispositionen, die in die Zukunft reichen, von der Erwartung künftiger Preissteigerungen leiten lassen. Sie macht es nicht nur immer schwerer, aus dem inflatorischen Zug wieder auszusteigen, sondern läßt vor allem befürchten, daß früher oder später von der Erfahrung her sogar eine weitere Beschleunigung des Preisauftriebs die Erwartungen und über die Erwartungen das Verhalten und damit das tatsächliche Geschehen bestimmt. Dann wäre kein Halten mehr. Der Staat kann sogar gezwungen sein, einer solchen Entwicklung selbst Vorschub zu leisten, indem er weitere Barrieren wegräumen muß, die aufgrund des nominalistischen Prinzips „Mark gleich Mark“ heute noch in der Rechtsordnung enthalten sind (das Verbot von Geldwertsicherungsklauseln z. B.). Die Rechtsprechung hat in der Vergangenheit dieses Prinzip aus guten Gründen geschützt. Läßt sich jedoch die Fiktion eines in der Zukunft stabilen Geldwertes nicht mehr aufrechterhalten, ja läßt sogar der Staat in seinem Handeln, seinen Zielerklärungen und seinen mittelfristigen Planungen erkennen, daß er selbst von der Annahme ausgeht, die Inflation werde fortauern, so ist keine rechtsstaatliche Grundlage mehr zu sehen, von der aus der Staat seinen Bürgern verwehren könnte, sich neben der unreali-

stisch gewordenen Geldverfassung Ersatzlösungen selbst zu schaffen.

Seit jeher gibt es in Zeiten erheblicher Preissteigerungen Verhaltensweisen, die eine Ablehnung des herrschenden Geldsystems als Grundlage bestimmter wirtschaftlicher Entscheidungen darstellen. Was als zunehmende Vorliebe für Sachwertanlagen gegenüber Geldvermögensanlagen bekannt ist, muß als Ausdruck hiervon gesehen werden. Diese Vorliebe ist für die Volkswirtschaft kostspielig und daher nicht nur wegen der Gefahr einer Selbstverstärkung zur galoppierenden Inflation abzulehnen. Müssen die Menschen anfangen, sich Häuser bauen zu lassen, um ihr Vermögen auch nur aufzubewahren, geschweige denn es rentierlich anzulegen, so wird ein elementares Bedürfnis, das sich bei stabilem Geldwert volkswirtschaftlich außerordentlich billig befriedigen läßt, ebenso außerordentlich teuer befriedigt. Spätestens bei einem Realzins der Geldvermögensanlage, der längere Zeit negativ ist — und dies ist gegenwärtig, berücksichtigt man die Besteuerung der Zinserträge, selbst bei hochverzinslichen Anlageformen schon der Fall — dürfte die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes verloren gehen. Daß aufmerksame Bürger dann in die Sachwertanlage ausweichen und daß die weniger Vermögenden unter ihnen dies — wie es beim Wohnungsbau der Fall ist — in einer Form tun, in der auch sie (und nicht nur die Reichen) mit der Sachvermögensbildung eine möglichst hohe negative Geldvermögensbildung (Verschuldung) verbinden können, deren Last grobenteils von der Inflation abgetragen wird, darf nicht verwundern. Es hieße wiederum Therapie lediglich am Symptom treiben und an der Wurzel des Übels vorbeisehen, wollte man diesem Prozeß dadurch wehren, daß man die Rentierlichkeit bestimmter Sachvermögensanlagen gezielt mindert, also etwa aus solchen — und nicht aus besseren — Gründen die steuerliche Begünstigung des Wohnungsbaus beseitigt. Die Früchte des Übels würden dann vermutlich an anderer Stelle reifen. Nur die schädlichen Wirkungen einer Inflation auf die Einkommens- und Vermögensverteilung sind allgemein bewußt. Daß der Geldwertschwund auch auf Art und Menge der produzierten Güter und damit auf den Wohlstand im ganzen zurückwirkt und dies in einer Weise, die das Problem verschärft, wird leicht übersehen.

Häufig wird solchen Argumenten mit dem Hinweis auf die steigende Sparquote der privaten Haushalte begegnet. Es gibt jedoch eine Reihe von Gründen, welche diesen Anstieg nicht überraschend erscheinen lassen (Ziffer 134). Vor allem aber ist zu bedenken, daß mit der Sparquote die Ausgabenneigung der privaten Haushalte verzeichnet wiedergegeben wird. Denn die Ausgaben für den Wohnungsbau, die wir in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Investitionsausgaben dem Unternehmenssektor zuordnen, sind zu einem sehr großen Teil Ausgaben der privaten Haushalte. Mit der außerordentlichen Expansion des Wohnungsbaus dürfte die Verschuldung der Haushalte stark gestiegen sein, was in der Sparquote nicht zum Ausdruck kommen kann. Da die Notwendigkeit besteht, vor der Verschuldung einen mäßigen Teil der geplanten

Ausgaben anzusparen, muß die Sparquote sogar hinaufgehen, wenn mehr und mehr Menschen ihre Ausgabenneigung in dieser Weise verändern.

343. Unmerklich zunächst, doch im Laufe der Zeit immer mehr und schon heute spürbar, verdirbt die Inflation das Urteil der Menschen über wirtschaftliche Zusammenhänge. Es gibt wirtschaftliche Erscheinungen, die zu beklagen sind und die sich in der ökonomischen Analyse teilweise, wenn auch nicht vollständig, als Folgen der Inflation erweisen, die vom Bürger jedoch einem Versagen der marktwirtschaftlichen Ordnung zugerechnet werden und die ihn daher veranlassen, nach einer Einschränkung dieser Ordnung zu verlangen. Stopp der Mieten, Stopp der Bodenpreise, Kontrolle der Preise bei den Großen, dies sind populäre Parolen. Hier liegen Gefahren für die marktwirtschaftliche Ordnung; denn dirigistische Entscheidungen könnten an die Stelle des Marktprozesses treten, obwohl der Markt und die hier sich bildenden Preise nach wie vor die beste Form sind, knappe Güter und Ressourcen zuzuteilen — oder wo er doch die beste Form wieder sein könnte, wenn nicht länger eine inflationäre Entwicklung Nachfrage und Angebot verzerrten.

344. In jedem Fall besteht kein Anlaß mehr, leicht zu nehmen, was mit dem Geldwert geschieht. Bis in die jüngste Zeit ist von vielen der Sprachgebrauch für falsch gehalten worden, der einen dauernden jährlichen Anstieg des Preisniveaus von 3 vH bis 4 vH schon als Inflation kennzeichnete. Hinter solchem Widerwillen verbirgt sich leicht die Abneigung, der Gefahr einer Beschleunigung der Geldentwertung schon frühzeitig zu begegnen, nämlich dann, wenn die Opfer, die dies bei anderen Zielen der Wirtschaftspolitik verlangt, noch klein sind. Auch die Tatsache, daß selbst gegenwärtig, bei einer auf über 6 vH gestiegenen Teuerungsrate, noch ein Anstieg der Realeinkommen zu verzeichnen ist, gibt schwerlich einen Grund zur Beruhigung. Wie schnell man von den Trendraten der 50er und 60er Jahre zu einer Teuerung kommen kann, die noch vor zehn Jahren als absolut unerträglich gegolten hat, zeigt mehr noch als die deutsche Entwicklung das Beispiel Großbritannien, wo 1971 eine Geldentwertung von rund 9 vH eintrat und für 1972 eine Rate von 6 vH bis 7 vH schon als „Stabilisierung“ zu gelten hat.

345. Entgegenzutreten ist nicht nur

— der lähmenden Einstellung, daß eine schlechende Geldentwertung als unvermeidliche Nebenfolge vieler wirtschaftlicher Vorzüge der hochentwickelten Industriegesellschaft hingenommen werden müsse, wie ein Schicksal gleichsam, beklagenswert zwar, doch unaufhaltsam,

sondern auch

— dem Wunschenken, daß man aus dem inflatorischen Zug aussteigen könne, ohne irgendeinen Preis für die Unterlassungssünden der Vergangenheit zu zahlen.

Die Inflation ist, wie andere soziale Erscheinungen auch, letztlich ein Ergebnis der Ordnung, die wir uns geben, und der Art, wie wir diese Ordnung handhaben. Zwei Jahrzehnte Nachkriegszeit haben gezeigt, daß sich geringe Geldentwertung mit raschem wirtschaftlichem Wachstum, Vollbeschäftigung und hohem Anstieg der Masseneinkommen verbinden lassen. Auch diese Zeit hat, unter günstigeren außenwirtschaftlichen Bedingungen als sie jetzt gegeben sind, die volle Stabilität des Geldwertes nicht gekannt. Doch sie kann, von heute aus gesehen, immerhin als Maßstab für das genommen werden, was binnenwirtschaftlich einmal möglich war. Die Bundesrepublik hat keine Erschütterungen oder Belastungen erlebt (wie etwa die Vereinigten Staaten durch den Krieg in Vietnam), die von vornherein die Vorstellung verbieten, man könne bald an die Ergebnisse jener Zeit wieder anknüpfen. Nichts ist überzeugend an der Vorstellung, man müsse etwa 1 vH mehr Geldwertstabilität für 1 vH mehr Arbeitslosigkeit eintauschen.

346. Andererseits darf nicht verkannt werden: Eine Rückkehr zu mehr Geldwertstabilität ohne die Bereitschaft, notfalls auch vorübergehend geringe Abstriche bei den Zielen Wachstum und hoher Beschäftigungsstand zu machen, erscheint nicht mehr möglich. Wer proklamiert, es solle jetzt die Stabilität des Geldwerts Vorrang haben, jedoch dürften Einbußen bei anderen Zielen, insbesondere beim Beschäftigungsstand, keinesfalls hingenommen werden, der leugnet entweder, daß es hier Zielkonflikte gibt — und er müßte nachweisen können, daß die gegenwärtige Teuerung allein das Ergebnis eines wirtschaftspolitischen Kunstfehlers war und nicht auch das eines einseitigen Zielkompromisses —, oder er weiß, daß er die Stabilität nur verlangt, daß er sie jedoch nicht erhalten wird. Dies wäre nur dann nicht so, wenn man hoffen dürfte, eine allmähliche Annäherung der inflatorischen Nachfrageexpansion an das Wachstum des Produktionspotentials werde nur Preiswirkungen (Verminderung des Preisauftriebs) und gar keine Produktionswirkungen (Verminderung der Beschäftigung) haben. Daß eine solche Hoffnung berechtigt wäre, dafür gibt es überhaupt keine Anzeichen. Vielmehr ist offensichtlich der Zusammenhang zwischen Nachfrageexpansion und Produktionsausweitung — zwar noch, immer vorhanden — durch Inflationserwartungen, an die man sich angepaßt hat, mittelbar geworden.

Hierfür sprechen die Unterschiede zwischen der Veränderung der Nominalgrößen und der der Realgrößen in den Jahren 1971 und 1972, in denen die Produktionskapazitäten weithin keineswegs überfordert waren. Mit einem Kostendruck aus der jeweiligen Vergangenheit läßt sich dies nicht voll erklären; denn der Kostendruck entstand immer wieder neu. Eine anhaltende Parallelität im Anstieg von Lohnkosten und Preisen, wenn auch von kurzfristigen Schwankungen überlagert, wird man vielmehr als Ausdruck dessen zu nehmen haben, was wir Inflationsgewöhnung nennen.

Eine Illusion wäre es allerdings auch zu glauben, es ließe sich dauerhaft etwas für das Wachstum

gewinnen, wäre man nur bereit, im Falle von Zielkonflikten das Stabilitätsziel weniger wichtig zu nehmen. Ein Ausweg könnte dies nur für kurze Zeit sein. Hat man sich an eine bestimmte Inflationsrate gewöhnt, so stellen sich die Probleme neu, die es zuvor schwierig erscheinen ließen, sich stabilitätskonform zu verhalten.

347. Die Erfahrung lehrt, daß es unter solchen Bedingungen im allgemeinen nicht in Betracht kommen kann, eine Rückkehr zur Geldwertstabilität in kurzer Frist zu erzwingen. Zwar ist es in der Bundesrepublik und in ähnlich strukturierten anderen Ländern vorgekommen, daß nach sehr hohen Inflationsraten ziemlich abrupt eine Preisberuhigung eintrat, ohne daß es zugleich schwere Beschäftigungseinbrüche gab; doch hier handelte es sich regelmäßig um Fälle, in denen auch der vorangegangene Preisauftrieb nicht lange angehalten hatte, sondern — wie etwa in der Koreakrise — auf Sonderfaktoren beruhte. Zuweilen wird geltend gemacht, daß möglicherweise eine kurze kräftige Rezession geringere Kosten der Stabilisierung verursache als ein allmähliches Austreiben des Inflationsbazillus; doch es wäre vermutlich müßig, dieser Frage im einzelnen nachzugehen, da die sozialen Folgen einer auch nur vorübergehenden größeren Arbeitslosigkeit viel zu hoch bewertet werden, als daß dies eine realistische Alternative sein könnte.

348. Muß aus solchen Gründen für den Prozeß der Stabilisierung ein Zeitraum von mehreren Jahren angesetzt werden? Da außergewöhnliche Umstände außergewöhnliche Maßnahmen rechtfertigen können, ist zu erörtern, ob nicht gegenwärtig ein Abweichen von der herkömmlichen Strategie der globalen Nachfragesteuerung angezeigt ist, wenn dadurch möglicherweise alle, auf deren Verhaltensweisen es ankommt, rascher von ihrem inflatorischen Tun abgebracht werden könnten.

Hat sich eine Wirtschaft auf die Inflation eingestellt, so läßt sich meist nicht mehr sinnvoll fragen, wes Fehlverhalten für den Preisauftrieb verursachend ist. Zum Kern des Problems gehört es ja, daß die wechselseitige Erwartung eines inflatorischen Verhaltens die Fortsetzung des inflatorischen Verhaltens aller hervorruft. Dies gilt auch umgekehrt: Gelingt es, diese Erwartungen zu brechen und alle, die wirtschaftliche Macht haben, möglichst gleichzeitig und gleichmäßig zu einem gleichgerichteten Verhalten zu veranlassen, das allmählich mit Stabilität vereinbar wird, so müßte es möglich sein, den Weg bis zum Erreichen des Stabilisierungsziels abzukürzen oder ihn mit geringeren Beschäftigungsrisiken hinter sich zu bringen.

349. Zwei Wege sind denkbar, dies herbeizuführen:

- Ein abgestimmtes, durch Übereinkünfte abgesichertes Verhalten der staatlichen Instanzen und der autonomen Gruppen;
- ein klar auf Stabilisierung ausgerichteter Kurs der Globalsteuerung, verbunden mit einem Zwang zu stabilitätskonformem Verhalten der Privaten durch einen Lohn- und Preisstopp.

Gegen beide Wege, so verlockend sie scheinen mögen, gibt es schwere Einwände.

350. Eine Strategie des abgestimmten Verhaltens in einem Stabilitätspakt setzt ein außerordentliches wechselseitiges Vertrauen in die Bereitschaft und die Fähigkeit zum stabilitätskonformen Verhalten und in den Erfolg des gemeinsamen Bemühens voraus. Diese Voraussetzungen ließen sich vermutlich nur in einer großen Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte schaffen. Wir sehen trotz allem noch nicht genügend Anzeichen, die erkennen lassen, daß die gemeinsame Last des inflatorischen Prozesses schon als so schwer empfunden wird, daß eine solche Anstrengung für wahrscheinlich zu halten wäre (Ziffer 475).

351. Ist ein Stabilitätspakt wenig wahrscheinlich, so ist eine Strategie mit Lohn- und Preisstopp kaum wünschenswert. Mit ihr wäre das Scheitern der Verunft gegenüber den Anforderungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung offenbar. Trotzdem wird diese Möglichkeit künftig wohl nicht mehr von vornherein außerhalb aller Erwägungen bleiben. Als Ergänzung einer stabilisierungskonformen Globalsteuerung kann sie eine Hilfe im Übergang von der Inflationsgewöhnung zu mehr Stabilität sein. Eine Garantie gibt es jedoch auch hier nicht, wie die Erfahrungen vieler Länder zeigen (Ziffern 477 ff.).

Unabsehbar und abschreckend sind die ordnungspolitischen Schäden, die ein Lohn- und Preisstopp mit sich bringen könnte, vor allem dann, wenn man versuchen würde, ihn durch mustergültige Organisation, staatliche Kontrollorgane, Kriminalisierung zahlreicher Verstoßtatbestände voll wirksam zu machen. Sein Erfolg wäre nicht weniger zu fürchten als zu wünschen.

352. In jedem Falle wäre weder ein Stabilitätspakt noch ein Lohn- und Preisstopp eine Dauerlösung der Fragen, die ein unter permanenten inflatorischen Begleiterscheinungen ausgetragener Kampf gegensätzlicher Interessen aufwirft, insbesondere der ohnmächtige Kampf gegen eine als ungerecht empfundene Einkommensverteilung sowie das pluralistisch bestimmte Anpassungsverhalten des Staates. Dieser hat sich die Aufgabe zuweisen lassen, dafür zu garantieren, daß im Verteilungsstreit der Bürger niemand ernsthaft zu Schaden kommt. Weil seine Mittel dabei knapp werden, begibt er sich immer wieder selbst in das inflatorische Gerangel, wenn die eigentlichen öffentlichen Aufgaben keinen Aufschub mehr dulden, verliert an Vertrauen dabei und muß nun hinnehmen, daß die Bürger weniger denn je bereit sind, für das zu bezahlen, was sie vom Gemeinwesen an Leistungen mit Ungeduld verlangen.

Aus diesem für den Staat und seine Bürger gleichermaßen fatalen Prozeß kann man vermutlich dauerhaft nur herauskommen, wenn das Ziel der Geldwertstabilität gleichsam verselbständigt wird, das heißt wenn allen, die wirtschaftliche Macht haben, den autonomen Gruppen und dem Staat — genauer: den öffentlichen Haushalten — die Bedingungen so gesetzt werden, daß ihr Zusammenspiel und Gegen-

einander sich nicht auf Kosten des Geldwerts vollziehen kann. Vieles spricht dafür, daß der Angelpunkt einer solchen Lösung die wirksame autonome Kontrolle der Geldversorgung wäre. Konzepte hierfür sind ausgedacht, allerdings noch nicht erprobt. Es geht im Grunde um die Idee der unabhängigen Notenbank, von der auch das Bundesbankgesetz geprägt ist, die aber bisher nicht hat realisiert werden können, weil sich die Bundesbank — wie unabhängig von der Regierung auch immer sie handelte — unter den gegebenen währungspolitischen Bedingungen die Herrschaft über die Geldversorgung nicht verschaffen konnte. Wohl werden sich die Voraussetzungen für eine sehr starke Aufwertung der monetären Politik gegenüber der Finanzpolitik auch nicht sofort herstellen lassen. Doch sollten auf mittlere Sicht die Bemühungen in diese Richtung gehen, da nur so die öffentlichen Haushalte aus dem unheilvollen Dauerkonflikt zu befreien wären, in den sie durch ihre stabilitätspolitische Verantwortung einerseits und die Aufgabe einer sehr weitreichenden öffentlichen Daseinsversorgung andererseits gestellt sind, eine Rollenzuweisung, der sie nicht gewachsen sind und die vielleicht auch nur von den Erfahrungen einer Zeit her verständlich ist, die von der Gefahr einer Dauerarbeitslosigkeit geprägt war, nicht aber — wie die Gegenwart — von einem eindeutigen Hang zur Übernachfrage. Nicht einmal die Vorstellung, daß der Bedarf an expansiver und der Bedarf an kontraktiver Fiskalpolitik abwechselnd etwa gleich stark sein würden, eine Vorstellung die noch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz bestimmte, hat sich als wirklichkeitsgerecht erwiesen.

353. Bei Zeitmaß und Endziel eines Stabilisierungsprogramms kann nicht davon abgesehen werden, daß der derzeitige Prozeß der Geldentwertung ein internationales Phänomen ist. Alle hochentwickelten Länder haben in Art und Ausmaß mit etwa den gleichen Problemen zu kämpfen. Ob auch für alle Länder gleichartige heimische Ursachen gelten, oder ob einige Länder von anderen nur mitgezogen werden, diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Die Bedeutung der Frage wird allerdings häufig überschätzt. Die Preisniveaus der durch internationalen Handel verflochtenen Länder sind bei festen Wechselkursen über die Märkte miteinander verbunden. Ein Land mag durchaus über längere Zeit zahlreiche binnenwirtschaftliche Gründe für seinen Preisauftrieb verzeichnen, entfallen diese, so treten internationale Gründe an deren Stelle. Unter diesen Umständen bleibt es gewiß sinnvoll, die binnenwirtschaftlichen Inflationsquellen nach Möglichkeiten zu identifizieren, jedoch immer eingedenk der Tatsache, daß im Hintergrund die außenwirtschaftliche Einwirkung lauert, ja zumeist auch in dem gegenwärtig ist, was sich an der Oberfläche als binnenwirtschaftliches Geschehen darstellt. Je vollkommener die wirtschaftliche Integration der Handelspartner, desto weniger würde eine unterschiedliche Anfälligkeit für inflatorische Infekte heimischen Ursprungs überhaupt in einem auch nur zeitweise unterschiedlichen Anstieg der Preisniveaus manifest werden.

354. Allerdings gibt es die Auffassung, daß die seit einigen Jahren zu beobachtende Beschleunigung der Geldentwertung in allen Industriestaaten eine einzige gemeinsame Ursache habe: Die Überschwemmung der Welt mit internationalem Geld, sprich mit US-Dollar. Dies mag unter den in der Vergangenheit gegebenen Umständen — feste Wechselkurse und halbwegs freier Kapitalverkehr — durchaus ein hinreichender Grund für die Weltinflation sein; zumindest läßt sich das Gegenteil nicht beweisen. Das besagt jedoch nicht, daß die amerikanische Dollarvermehrung der vergangenen Jahre auch eine notwendige Bedingung dessen ist, was wir an Geldwertschwund beobachten. Entfiele sie, so könnten sich andere — möglicherweise vielfältige andere — Gründe als ebenso hinreichend erweisen.

Wahrscheinlich wird man gelten lassen müssen:

- Die Nichtachtung der Vereinigten Staaten gegenüber ihrer besonderen stabilitätspolitischen Verantwortung als Land der wichtigsten Weltreservewährung hat den anderen Ländern Laxheit erleichtert und Disziplin erschwert.

Aber auch:

- Die übrigen Industriestaaten haben in ihrer Mehrheit bisher nicht erkennen lassen, daß sie mit einem größeren stabilitätspolitischen Spielraum für die nationale Politik etwas anzufangen wüßten, was der Stabilität förderlich wäre. Die wiederholten Währungsabwertungen in mehreren europäischen Ländern weisen sogar in die Gegenrichtung.

355. Noch ist der internationale Verbund der Preisniveaus über die Märkte nicht so vollkommen, daß die besondere stabilitätspolitische Anstrengung eines Landes bei festen Wechselkursen von vornherein auch kurzfristig zum Scheitern verurteilt wäre (Ziffer 48). Schwerer allerdings ist ein nationaler Alleingang geworden — und auch teurer, mißt man den Preis an der finanzpolitischen Zurückhaltung, die nötig ist, um einen bestimmten Stabilisierungseffekt zu erzielen, und an der Stärke des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts, das man hierbei hinzunehmen hat. Soll aber dieser Preis sich lohnen, muß man bereit sein, einen Stabilisierungserfolg alsbald durch eine dem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht folgende Aufwertung der Währung zu konsolidieren oder darauf vertrauen können, daß die wichtigsten Partnerländer in der Stabilisierung gleichziehen.

356. Anders wäre dies nur, wenn man aus dem Kreis der Länder, die feste Wechselkurse haben, ausscherte. Trotzdem haben wir darauf verzichtet, im folgenden eine stabilitätspolitische Strategie zu erörtern, welcher die Annahme eines erneut freizugehenden Wechselkurses für die Mark zugrunde liegt. Bei diesem Verzicht haben wir uns ausschließlich davon bestimmen lassen, daß internationale Verabredungen im Hinblick auf die Schaffung einer europäischen Währungsunion diese Möglichkeit

offensichtlich ausschließen sollen (Ziffer 19). Nach wie vor sind wir der Auffassung — und die Erfahrungen während der Zeit des Floating und danach haben uns darin bestärkt — das es eine ökonomische Begründung für diesen Ausschluß nicht gibt; doch wir halten ihn als politische Entscheidung für gegeben.

Der Ausschluß wechselkurspolitischer Lösungen erleichtert es allerdings, daß vielfach die Schwierigkeiten einer Rückkehr zu mehr Geldwertstabilität mehr noch, als es sachlich gerechtfertigt erscheint, außenwirtschaftlich bestimmt und damit als unüberwindbar angesehen werden. Das war nicht immer so, sondern früher eher umgekehrt. Als der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1964 erstmals darlegte, warum sich die Bundesrepublik in einer weniger auf Preisstabilität bedachten Umwelt den Konsequenzen für ihr eigenes Preisniveau nur durch Anpassung des Wechselkurses entziehen kann, hieß es — unter dem Beifall einer breiten Öffentlichkeit — in der amtlichen Stellungnahme zu diesem Gutachten: „Die Bundesregierung zögert nicht, diese Auffassung des Sachverständigenrats abzulehnen“ (JG 64 Stellungnahme Ziffer 6). Inzwischen ist der internationale Geldwertverbund eine gängige Münze der wirtschaftspolitischen Tagesdiskussion geworden. So erfreulich dieser Lernprozeß sein mag, so auffällig ist doch auch, wie rasch sich die Einsicht in diese Zusammenhänge gerade in der Zeit ausgebreitet hat, in der dieses Land nicht weniger als andere zuvor seine Unfähigkeit zu beweisen scheint, auch nur mit den heimischen Stabilitätsproblemen fertig zu werden.

Werden jedoch die Vereinbarungen über die europäische Währungsunion zum Argument, unter dem die nationale stabilitätspolitische Verantwortung an eine Stelle gebracht werden kann, wo sie in der Anonymität ihre Substanz verliert, so ist der neue Beginn von vornherein diskreditiert. Sorgfältig muß man auszuloten versuchen, was trotz hoher außenwirtschaftlicher Gefährdung an Stabilitätsanstrengungen möglich erscheint.

EWG: Schwache Hoffnung auf Stabilisierung

357. Die voraussichtliche Entwicklung in den Partnerländern der Europäischen Gemeinschaften bestimmt, wie im ersten Kapitel ausführlich dargelegt ist, in besonders hohem Maße die Chancen einer baldigen Stabilisierung in der Bundesrepublik mit. Sie ist jedoch so wenig ein Datum wie die Entwicklung, die wir für die Bundesrepublik unter den Bedingungen des wirtschaftspolitischen Status quo vorausgesagt haben. Zudem: Die institutionellen Regelungen in den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die jüngsten Vereinbarungen, die zur Harmonisierung der Konjunkturpolitik in der Gemeinschaft getroffen wurden, erlegen der Bundesrepublik nicht nur die Pflicht auf, bestimmte wirtschaftspolitische Handlungen, die aufgrund nationaler Interessen erwünscht sein mögen, zu unterlassen oder allenfalls in Abstimmung mit den Partnerländern vorzunehmen, sondern sie gewähren ihr

auch das Recht, im Rahmen der vorgesehenen Verfahren den Versuch zu machen, auf das stabilisierungspolitische Verhalten der anderen Länder im Sinne der von ihr selbst verfolgten Ziele einzuwirken.

So wenig dies vorerst bedeuten mag, es ist das, was dem Verlust an Autonomie gegenübersteht. Es muß auch zusammen gesehen werden mit dem Bekenntnis der Gemeinschaft zur Stabilität des Preisniveaus als gleichrangig unter den großen Zielen der Wirtschaftspolitik. Grundlegende Beschlüsse, mit Nachdruck ins Spiel gebracht, haben auch in der Vergangenheit den Ministerrat oft zu konkreten, verbindlichen Entscheidungen veranlaßt, allerdings bisher noch nicht in der Stabilitätspolitik.

358. Über die wirtschaftspolitischen Ziele, die die Gemeinschaft zu verfolgen hat, bestehen also keine Meinungsverschiedenheiten. Es sind die gleichen, die auch in den Mitgliedstaaten angestrebt werden: Preisniveaustabilität, hohe Beschäftigung, stetiges und angemessenes Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Ernste Probleme entstehen erst, wenn in den Ländern eine unterschiedliche Zahl von Zielen, oder die einzelnen Ziele in unterschiedlichem Ausmaß verletzt sind. Die damit verbundenen Zielkonflikte führen dann dazu, daß einem oder zwei Zielen ein Vorrang gegenüber den übrigen Zielen eingeräumt wird. Vor allem wenn Arbeitslosigkeit und Inflation herrschen, wird oft dem Ziel der Vollbeschäftigung der Vorzug gegeben, es sei denn, man sähe einen Weg, wie gleichzeitig mehr Preisstabilität angestrebt werden könnte. Gibt es Länder, die allein mit der Inflation zu kämpfen haben, und andere, bei denen mehrere Ziele verletzt sind, dann stößt eine Verabredung über gemeinsames wirtschaftspolitisches Handeln auf große Schwierigkeiten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion kann jedoch nicht gelingen, wenn unterschiedliche nationale Prioritäten in der Bekämpfung von Fehlentwicklungen bestehen. Es ist deshalb notwendig, daß Wege gefunden und beschritten werden, die ein gemeinschaftliches wirtschaftspolitisches Handeln ermöglichen, das — im Idealfall — allen Zielen gleichermaßen gerecht wird, oder, wenn das nicht möglich erscheint, die Zielprioritäten so setzt und die wirtschaftspolitischen Mittel so kombiniert, daß sich die Unterschiede im Ausmaß der Zielverletzungen verringern.

359. Die Mitgliedstaaten der EWG sind übereinstimmend der Ansicht, daß gegenwärtig die Rate der Geldentwertung überall zu hoch ist. Kein Land vertritt die Meinung, man solle die Inflationsraten aller Länder an die höchste oder auch nur eine hohe Rate der Geldentwertung anpassen. Daraus ergibt sich die Forderung, daß die Raten der Geldentwertung auf ein gleiches, möglichst niedriges Maß herabgedrückt werden müssen.

Das ist leichter gesagt als getan; denn für die Länder, in denen man sich schon mehr an eine gewisse Geldentwertung gewöhnt hat, ist die Rückgewinnung der Stabilität ohne Gefahr für die Beschäfti-

gung schwerer zu erreichen als für solche Länder, in denen man den Willen der wirtschaftspolitischen Instanzen zur Umkehr noch glaubt, das heißt wo die Verheißung von Stabilitätserfolgen noch nicht zu nachhaltig durch Erfahrung dementiert worden ist. Besonders schwer ist die Inflationsbekämpfung dort, wo sich Arbeitslosigkeit schon über längere Zeit hartnäckig gehalten hat oder wo Strukturprobleme im Hintergrund stehen, die sofort deutlicher in Erscheinung treten, wenn man davon abgeht, sie mit Hilfe einer expansiven Globalsteuerung zu überspielen. Schwer sein heißt nicht unmöglich sein; oft wird es jedoch bedeuten, daß die Rückgewinnung der Stabilität bei gleicher Anstrengung mehr Zeit erfordert. Zwei Wege — mit der Möglichkeit von Zwischenlösungen — sind grundsätzlich denkbar, auf denen man gemeinsam das Stabilitätsziel erreichen kann.

360. Der erste Weg läßt den Ländern, denen die Stabilisierung am schwersten fällt, soviel Zeit, wie sie benötigen, um das Ziel mit möglichst geringen Gefahren für Beschäftigung und Wachstum zu erreichen; er setzt voraus, daß es diesen Ländern für alle sichtbar gelingt, sich schrittweise dem Stabilitätsziel anzunähern. Die anderen Länder nehmen damit zwangsläufig für die Übergangszeit ein geringeres Maß an Stabilität in Kauf, als sie — individuell — erreichen könnten. In diesem Falle blieben die Wechselkurse aller Währungen im vorgesehenen engen Band, ohne daß die Notenbanken in größerem Umfang intervenieren müßten. Die Geld- und Kreditpolitik tiefe sich in dem durch das Band begrenzten Rahmen auch stabilitätspolitisch einsetzen, soweit dieser nicht konjunkturpolitisch infolge unterschiedlicher Konjunkturverläufe in den Mitgliedstaaten schon ausgeschöpft ist. Mit Kapitalverkehrskontrollen ist auch noch mehr an Geld- und Kreditpolitik möglich. Die Hauptlast in der Stabilisierung könnte sie aber wohl nur übernehmen, wenn die Gemeinschaft für eine wechsellkurspolitische Absicherung sorgte (gemeinsames Floating nach außen). Anderenfalls müßte der Fiskalpolitik die Hauptrolle zufallen, sobald die monetäre Politik an ihre Grenzen stößt. Da der Ausgabendrosselung besonders in Ländern mit erheblichen regionalen Strukturproblemen wegen der Gefahr der Unterbeschäftigung enge Grenzen gesetzt sind, wenn die Ausgaben nicht sogar erhöht werden müssen, bleibt nur die Einnahmenpolitik, die aber sicher nicht von heute auf morgen sowohl der Finanzierung von strukturpolitischen Maßnahmen als auch der Stabilisierung des Preisniveaus gerecht werden kann. Es sei deshalb nicht verkannt, daß dieser Stabilisierungsprozeß lange dauern könnte. Das brächte für die Länder mit besseren Stabilisierungschancen die Gefahr mit sich, daß auch sie zu sehr in das Fahrwasser der Preissteigerungen geraten, aus dem sie dann schwer wieder herausfinden. Beschleunigt werden könnte der Stabilisierungsprozeß nur dadurch, daß die Länder mit günstigerer Ausgangsposition durch Kredite und Zuschüsse über entsprechende Fonds, die ja auch in den Stufenplänen vorgesehen sind, den anderen bei der Lösung ihrer Strukturprobleme unter die Arme greifen.

361. Der zweite Weg setzt die stabilisierungspolitischen Möglichkeiten jener Länder zum Maßstab, welche dank ihrer Ausgangssituation schneller zum Ziel kommen können. Die übrigen Länder sind dann gehalten, auch auf die Gefahr größerer Arbeitslosigkeit hin, mit allen Mitteln, möglicherweise unter Einschluß von Eingriffen in die freie Lohn- und Preisbildung, zu versuchen, ihre Preissteigerungsraten derart zu drücken, daß keine Preisniveauunterschiede entstehen. Gelingt ihnen das nicht, sind Paritätsänderungen unausweichlich. Auch wenn dieser zweite Weg eingeschlagen wird, können die Anpassungsschwierigkeiten durch Kredite und sonstige Hilfen gemildert werden.

362. Die Alternative zum Versuch einer gemeinsamen Stabilisierung, sei es auf dem einen, sei es auf dem anderen Wege, heißt: Jeder versucht, nach Kräften das Seine zur Stabilisierung zu tun. Das einzelne Land, das zu Stabilisierungsanstrengungen bereit ist, begibt sich auf den Alleingang, nutzt seinen geminderten Autonomiespielraum, vertraut auf die Unvollkommenheit der Märkte, hofft, daß die anderen gedrängt werden können zu folgen, bevor der eigene Teilerfolg unter dem früher oder später doch unaufhaltsamen Anpassungszwang des marktwirtschaftlichen Verbunds wieder zergeht — ein Weg, auf dem die Währungsunion wenigstens in ihrer eigenen Negation, den Kapitalverkehrskontrollen, hilfreich sein kann.

363. Der Sachverständigenrat ist der Ansicht, daß alles, was nahe an den ersten Weg herankommt, in hohem Maße die Gefahr in sich birgt, daß eine Stabilisierung des Preisniveaus auf der ganzen Linie mißlingt. Ein Land, das sich dieser Gefahr nicht aussetzen will, muß auf den zweiten Weg drängen — oder allein gehen.

364. Im Rahmen seiner Kompetenz, Richtlinien zu erlassen, billigte der Ministerrat auf seiner Luxemburger Konferenz vom 31. Oktober 1972 im wesentlichen das von der Kommission am 8. September vorgelegte Stabilisierungsprogramm, welches in seinem Kern vorsieht,

- daß die öffentlichen Hände beim Haushaltsvollzug im Jahre 1973 streng Disziplin wahren; den Ausgabenzuwachs sollen sie im Rahmen des zu erwartenden Anstiegs des nominalen Sozialprodukts halten;
- daß die Währungsbehörden bis spätestens Ende 1974 die Zuwachsrates des Geldvolumens auf die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts — erhöht um eine „normative“ Preissteigerungsrate — zurückführen;
- daß die Mitgliedsländer im Rahmen einer konzertierten Aktion mit den Sozialpartnern auf eine Mäßigung bei Preisen und Löhnen hinwirken.

Hatte die Kommission noch vorgeschlagen, die laufende Rate der Preissteigerungen (Dezember 1973 gegenüber Dezember 1972) auf $3\frac{1}{2}$ vH zurückzu-

führen, so hielt der Ministerrat es angesichts der weiteren Beschleunigung der Geldentwertung in der Gemeinschaft nur noch für möglich, den Preisanstieg im Jahre 1973 auf 4 vH zu begrenzen.

Als zusätzliche preispolitische Maßnahme beschloß er, die Zölle für Rindfleisch bis zum 31. Januar 1973 um 50 vH zu senken. Ferner genehmigte der Rat Maßnahmen, welche die Aufzucht von Mastrindern fördern, sowie die vorübergehende Aufhebung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen für Kartoffeln.

365. Ob die Partnerländer sich durch die Beschlüsse vom 31. Oktober 1972 in ihrer Politik stärker gebunden fühlen, als die Erfahrungen der Vergangenheit erwarten lassen, muß als fraglich gelten. Einerseits ist die Besorgnis, man könnte die Preisentwicklung in der Gemeinschaft weiter aus der Kontrolle verlieren, ernster geworden. Andererseits ist das Programm des Ministerrats so sehr von Rücksichten auf die Bedenken der einzelnen Länder geprägt, des einen bei dieser, des anderen bei jener Maßnahme, daß ein einheitlicher Stabilisierungswille in ihm kaum zu erkennen ist.

366. Selbst wenn die Richtlinien des Ministerrats eingehalten werden, kann man nicht erwarten, daß sich daraus eine durchgreifende Veränderung des inflatorischen Klimas in der Gemeinschaft ergibt. Das Programm hebt im einzelnen stark auf die unterschiedliche Lage der einzelnen Länder ab. Es erklärt zwar die Stabilisierung zu einem vorrangigen Ziel aller, vermeidet jedoch nicht den Anschein, daß vom Ministerrat erneut lediglich notifiziert wurde, was die einzelnen Länder je für sich für dringlich hielten. Die einzige gewichtige Maßnahme mit unmittelbarer Wirkung, die beantragt war, die lineare Senkung eines großen Teils der Außenzölle, wurde abgelehnt, immerhin mit der Abrede, über gezielte handelspolitische Maßnahmen weiter zu verhandeln. Sowohl die Maßgabe für die monetäre Politik als auch die für die Finanzpolitik der Länder, die beiden Kernstücke der Luxemburger Empfehlungen, sind schon vom Ansatz her kaum geeignet, dem, was von selbst geschehen will, ernsthaft etwas in den Weg zu legen, jedenfalls im Jahre 1973 nicht (Ziffern 405 und 384).

Im ganzen interpretieren wir die Beschlüsse des Ministerrats so, daß durch sie stabilitätspolitische Anstrengungen im Sinne des zuvor gekennzeichneten dritten Weges (Ziffer 362) als gegenwärtig im Interesse der Gemeinschaft liegend sanktioniert werden. Da die Schwierigkeiten, sich auf ein strengeres Programm für alle festzulegen, offensichtlich unüberwindbar waren, kann dies auch als durchaus folgerichtig angesehen werden. Die Erwartung, daß Stabilisierungserfolge, die einzelne Länder erzielen, auf die anderen ausstrahlen und damit — mittelbar also — die restriktive Politik einzelner für alle wirksam machen, mag dabei mit im Spiele sein. Ziehen allerdings die anderen dauerhaft nicht mit, wären Paritätsänderungen schließlich unausweichlich.

Bundesrepublik: Eine Strategie der gedämpften Expansion

367. Unsere Vorausschau auf die absehbare wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik weist aus, daß wir für keines der Hauptziele der Wirtschaftspolitik, außer der Stabilität des Preisniveaus, das Jahr 1973 als ein Problemjahr ansehen. Indem der konjunkturelle Abschwung frühzeitig abgefangen wurde, sind günstige Voraussetzungen für eine verstetigte Entwicklung der Produktionstätigkeit und der Beschäftigung geschaffen worden. Auch sehen wir die Tendenzen für den Fortgang des Aufschwungs nicht so, daß eine Überforderung der Produktivkräfte unmittelbar bevorstünde. Wie wünschenswert solche Umstände für die Stabilisierungspolitik an sich sind, hat der Sachverständigenrat seit seinem ersten Jahresgutachten „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum“ immer wieder betont. Die Verstetigung des Wirtschaftsablaufs, das Ausscheiden aus einem Prozeß starker zyklischer Schwankungen, in welchem die Probleme von heute immer auch schon die Probleme von morgen in sich tragen, läßt sich gleichsam als ein gemeinsames Element aller großen Ziele der Konjunkturpolitik kennzeichnen.

368. Trotzdem müssen wir gegenwärtig ohne Einschränkung eine Politik für nicht zielgerecht halten, die allein darauf ausgerichtet wäre, eine volle Ausnutzung des wachsenden Produktionsspielraums zu sichern. Berücksichtigt man die Ausgangslage, so kann Verstetigung des Wachstums bei Vollbeschäftigung, selbst wenn sie gelänge, das gleichzeitige Erreichen aller vier Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes allein nicht gewährleisten. Aus den dargelegten Gründen müßte hierin eine Rangentscheidung gesehen werden, durch die das stark verletzte und gefährdete Stabilitätsziel nach wie vor den anderen Zielen hintan gesetzt würde.

369. Eine stabilisierungspolitische Strategie für das Jahr 1973 und danach muß diesem Zielkonflikt Rechnung tragen. Im einzelnen sollte sie sein

- ausgewogen in der Konkretisierung der als gleichrangig vorgestellten Ziele,
- glaubwürdig durch die vorgesehenen Mittel,
- zumutbar hinsichtlich der Rollenverteilung und
- zukunftsgerichtet im Hinblick auf die mittelfristigen Strukturvorstellungen der Gesellschaft.

370. Ausgewogen wären die Zielsetzungen für den Stabilisierungsprozeß nicht, wenn etwa vorgesehen würde, ohne Rücksicht auf die sich ergebenden Beschäftigungsrisiken die Bedingungen so zu setzen, daß innerhalb eines Jahres die Rückkehr zu einem befriedigenden Grad an Geldwertstabilität zu schaffen wäre. Sie wäre jedoch ebensowenig ausgewogen, wenn die Maxime lautete, daß ohne Rücksicht auf den Geldwert jedes Beschäftigungsrisiko zu vermeiden sei — etwa nach dem Grundsatz, daß niemals in Betracht kommen dürfe, auch um eines stark verletzten und gefährdeten Zieles willen nicht, ein nicht verletztes Ziel zu gefährden. Erst nach voll-

brachter Überwindung der Inflation kann ausgewogene Zielkombination wieder heißen, daß alle Ziele gleichzeitig erreicht werden sollen. Dabei ist zu bedenken, daß dauerhaft Beschäftigungsrisiken auch bei einer ständigen Vernachlässigung des Stabilitätsziels nicht vermieden werden könnten. Früher oder später würde eine Stabilisierungskrise unausweichlich.

371. Glaubwürdig wäre eine Strategie nicht, wenn die zur Verfügung stehenden und vorgesehenen Mittel nicht geeignet erscheinen, die gesetzten Ziele zu verwirklichen. Sorgen gibt es hier wiederum vor allem wegen der offenen außenwirtschaftlichen Flanke. Eine monetäre Politik, die — wegen des Verbunds der internationalen Geld- und Kapitalmärkte — keine Herrschaft über die Geldversorgung der Wirtschaft hat, sowie eine Finanzpolitik, die als zu beeinflussende Größe nicht die Gesamtausgaben der Inländer, sondern — wegen des internationalen güterwirtschaftlichen Verbunds über die Handelsströme — gleichsam die Gesamtausgaben der Inländer in der EWG gegen sich hat (Ziffer 22), können nicht glaubwürdig sein, wenn sie sich sehr ehrgeizige Ziele setzen, jedoch nur für eine begrenzte außenwirtschaftliche Absicherung sorgen können. Fehlt es an der Glaubwürdigkeit, dann ist auch einer ernstgemeinten Einkommenspolitik von vornherein der Boden entzogen. Denn diese lebt von der Glaubwürdigkeit der sie fundierenden Globalsteuerung (Ziffer 475). Gerade gegenwärtig ist dieses Kriterium besonders bedeutsam: Der erwartete Erfolg wird den tatsächlichen Erfolg der Stabilisierungsbemühungen nicht zuletzt bestimmen. Wie erwähnt geht es in einem Zustand der Inflationsgewöhnung darum, daß sich alle — die staatlichen Instanzen und die autonomen Gruppen, aber auch die Unternehmen und privaten Haushalte — möglichst bald wieder von der Erwartung eines künftighin stabilen Geldwertes leiten lassen.

372. Zumutbar wäre eine Strategie nicht, wenn die vorgesehene Rollenverteilung an den eigentlichen Funktionen derer, die handeln sollen, vorbeiginge. Häufig kommt es vor allem zu einer Verzeichnung der stabilitätspolitischen Aufgaben, die den autonomen Gruppen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung zugewiesen werden können, welche sie als Träger wirtschaftlicher Macht haben. Die autonomen Gruppen sollen Interessengegensätze, die in unserer Wirtschaftsordnung elementar sind, in einer Form austragen, die marktgerecht ist. Hierfür — und das ist lediglich die Kehrseite ihrer Autonomierechte — tragen sie die Verantwortung. Hingegen können sie keine Verantwortung für ein Fehlverhalten der Konjunktur- und Stabilitätspolitik übernehmen, insbesondere auch keinen Verzicht auf die Wahrnehmung von Einkommenschancen leisten, die sich aus dem Unterlassen einer wirksamen Globalsteuerung ergeben. Die Trennung der Verantwortungsbereiche ist allerdings selten einfach. Denn die Willensbildung des Staates ist selbst eingebunden in ein pluralistisches Entscheidungssystem, auf das auch die autonomen Gruppen einwirken (Ziffer 470).

373. Zukunftsgerecht wäre eine Strategie nicht, wenn man in der Wahl der Mittel zur Bekämpfung konjunktur- und stabilitätspolitischer Probleme, die vorwiegend Probleme kurzfristiger Natur sind, keine Rücksicht auf die mittelfristigen Strukturvorstellungen der Gesellschaft nähme. Wir gehen, wie schon in unserem Jahresgutachten 1971, davon aus, daß es das Ziel der vorherrschenden Kräfte dieser Gesellschaft ist, die Versorgung mit Gütern und Diensten, die der Staat erbringt, rasch zu verbessern und dafür nötigenfalls den Anteil, zu dem der Staat das Produktionspotential in Anspruch nehmen dürfen soll, für eine Zeitlang oder für dauernd zu erhöhen (JG 71 Ziffern 326 ff.). Dies müßte auf Kosten des Anteils gehen, der dem privaten Verbrauch gewidmet ist.

Ebenso gehört zu den mittelfristigen Zielvorstellungen der Gesellschaft eine allmähliche Verringerung der Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Die beiden Ziele können jedoch untereinander in Konflikt stehen. Denn jedes steuerpolitische Eindämmen privater Konsumnachfrage — sei es durch direkte Steuern, sei es durch indirekte Steuern — muß, wenn es zu Buche schlagen soll, bei der Masse der Konsumausgaben ansetzen. Getroffen werden also überdurchschnittlich die Bezieher niedriger Einkommen, die einen großen Teil ihres Einkommens für den Konsum verwenden. Es gilt daher, Wege zu suchen, die diesen Konflikt überbrücken (Ziffern 496 ff.).

374. Berücksichtigt man diese vier Prüfsteine, so erscheint uns — nun positiv gewendet — eine Stabilisierungsstrategie als ausgewogen, glaubwürdig, zumutbar und zukunftsgerecht,

- wenn sie darauf angelegt ist, den Preisauftrieb so zu dämpfen, daß das Niveau der Verbraucherpreise von Ende 1972 bis Ende 1973 um nicht mehr als $3\frac{1}{2}$ vH bis 4 vH (statt $5\frac{1}{2}$ vH) steigt und dieser Anstieg anschließend weiter zurückgeht;
- wenn sie eine Lohnpolitik marktgerecht werden läßt, die diesen verminderten Preissteigerungsraten möglichst bald Rechnung trägt;
- wenn der Zuwachs des realen Sozialprodukts dem Wachstum des Produktionspotentials entspricht — das sind rund $4\frac{1}{2}$ vH —, die gesamtwirtschaftliche Auslastung des Produktionspotentials also vorläufig nicht steigt, sondern sich etwas unter dem langfristigen Mittel hält;
- wenn dementsprechend angestrebt wird, den Zuwachs des nominalen Sozialprodukts für 1973 auf 10 vH bis $10\frac{1}{2}$ vH (statt 12 vH) zu begrenzen und anschließend weiter dem Zuwachs des realen Sozialprodukts anzunähern;
- wenn die Eindämmung der Nachfrageexpansion vor allem den privaten Verbrauch trifft; insoweit dadurch Investitionen eingeschränkt werden, die vor allem einer Expansion des privaten Verbrauchs dienen, wäre das hinzunehmen.

375. Die Grundüberlegung für eine solche Strategie der gedämpften Expansion ist, die gesamtwirt-

schaftliche Ausgabenexpansion so zu steuern, daß einerseits Spielraum für eine stetige Zunahme der Realgrößen, der Produktion also, gelassen ist, andererseits jedoch die Schere zwischen der Entwicklung der Nominalgrößen und der der Realgrößen allmählich geschlossen wird. Allmählich wieder geringer wird also der Anteil an den zusätzlichen Ausgaben, der durch Preissteigerungen absorbiert wird, allmählich wieder größer der Anteil, dem zusätzliche Produktion entgegenwächst. Dabei wird der Stabilisierungseffekt davon erwartet, daß die durchschnittliche Kapazitätsauslastung in der Wirtschaft noch eine Zeitlang gedrückt bleibt, sowie von einer Politik, die glaubwürdig macht, daß alle sich auf eine begrenzte Ausgabenexpansion einstellen müssen, jeder also nur dann nicht gegen seine eigenen Interessen handelt, wenn er den Erfolg dieser Politik mehr und mehr in seinen Erwartungen vorwegnimmt, hierauf seine Entscheidungen gründet und damit in eben diesem Maße allmählich von seinem eigenen Beitrag zu dem inflatorischen Geschehen abläßt, das sich andernfalls aus sich selbst heraus immer wieder erneuert.

Bei gegebener Ausgabenexpansion könnte — und dies wäre erwünscht — die Zunahme in den Realgrößen stärker sein, wenn die Stabilisierung rascher als vorausgesehen vorankommen sollte, was etwa dann wahrscheinlich wird, wenn die Preispolitik der Unternehmen oder die Lohnpolitik der Tarifpartner schon bald auf den verheißenden Stabilisierungserfolg setzen, so daß recht früh der Preiswettbewerb sich verschärft und der Kostendruck nachläßt, was beides eine Mengenkonzunktur bei abgeschwächtem Preisauftrieb begünstigen würde.

376. Die Höhe der Steigerungsrate für das Niveau der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1973, die im Rahmen einer Strategie der gedämpften Expansion zugelassen sein soll, wird größtenteils bestimmt durch eine Komponente, die noch dem Jahre 1972 zuzurechnen ist, im übrigen durch Preissteigerungen, die für unvermeidlich zu halten sind.

Am Jahresende dürfte das Preisniveau um rund $3\frac{1}{2}$ vH über dem durchschnittlichen Stand des Jahres 1972 liegen; stiegen also die Preise von dann ab nicht mehr, so wäre das Preisniveau doch im Jahresdurchschnitt 1973 um diese $3\frac{1}{2}$ vH höher als im Vorjahr (Preisüberhang am Jahresende). Unter den künftigen Preisbewegungen sehen wir als unvermeidlich an, was keine marktwirtschaftliche Stabilisierungsstrategie mehr verhindern kann, es sei denn, man nähme Beschäftigungsrisiken in Kauf, die von den Betroffenen im Rahmen zumutbarer Anpassungsfähigkeit nicht abgewendet werden könnten. Dies wären zu allererst Preissteigerungen, denen Kostensteigerungen im Jahre 1972 voranziehen, die noch nicht überwältigt sind, deren Überwälzung aber bei Vermeidung eines solchen Deflationsdrucks nicht verhindert werden kann. Ein nennenswerter Kostenüberhang dieser Art dürfte — anders als im Vorjahr — zur Jahreswende 1972/73 nicht bestehen, da alle größeren Lohnbewegungen dann schon viele Monate zurückliegen. So gesehen ist die Vorbelastung der Zukunft eher geringer ge-

worden. Andererseits dürften sowohl in den geplanten Dispositionen der Unternehmen als auch in den Mindestlohnforderungen der Arbeitnehmer Inflationserwartungen enthalten sein, die sich von der Geldentwertungserfahrung des Jahres 1972 nicht mehr vollständig lösen lassen. Als Ausdruck dieser Inflationsgewöhnung setzen wir einen Anstieg des Preisniveaus in Verlauf des Jahres 1973, also von Dezember 1972 auf Dezember 1973 gerechnet, um 3 vH bis 4 vH als unvermeidlich an. Das durchschnittliche Preisniveau des Jahres 1973 wird dadurch um 1 1/2 vH bis 2 vH erhöht. Unter Berücksichtigung des erwähnten Preisüberhangs am Jahresende 1972 halten wir also für unvermeidlich, daß das Preisniveau des Jahres 1973 um mindestens 5 vH über dem des Jahres 1972 liegen wird. In dieser üblicherweise verwendeten Veränderungsrate des Vorjahresvergleichs würde sich der beachtliche Stabilisierungserfolg, der von einer Strategie der gedämpften Expansion schon für 1973 erwartet werden sollte, erst im Jahre 1974 voll auswirken, da inzwischen die Vorbelastung durch Preisbewegungen der Vergangenheit beträchtlich geringer geworden wäre.

377. Niemand könnte dafür bürgen, daß sich die Zielsetzungen einer Strategie der gedämpften Expansion genau so, wie sie hier gekennzeichnet wurden, realisieren lassen. Doch die Stabilitätspolitik könnte sich im ganzen auf sie festlegen. Mäßige Abweichungen brauchten den Zusammenhalt derer, auf die es im einzelnen ankäme, nicht in Frage zu stellen. Die Hauptrolle fiele der Finanzpolitik, insbesondere der Einnahmepolitik (Ziffern 378 ff.), sowie der Geld- und Kreditpolitik zu (Ziffern 394 ff.). Sie hätten gemeinsam die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion wirksam zu begrenzen. Die Einkommenspolitik und die Wettbewerbspolitik hätten eine flankierende Funktion. Sie müßten, soweit dies irgend möglich ist, dafür sorgen, daß die Lohnentwicklung frühzeitig von einem Erfolg der Stabilisierungsbemühungen ausgeht, und daß die Preispolitik der Unternehmen keinen Spielraum für Preiserhöhungen hat, die nicht auch bei wirksamem Wettbewerb vorgenommen werden könnten. Zugleich eine Entlastung der Finanzpolitik und einen Erfolg in der Vermögenspolitik bedeutete es, wenn erreicht würde, daß vermehrt vermögenswirksame Leistungen statt konsumwirksamer Lohnerhöhungen tariflich vereinbart würden; auf diese Weise würde verabredeter Konsumverzicht den Bedarf an steuerpolitischer Eindämmung des privaten Verbrauchs verringern (Ziffern 409 ff.). Vorläufig im Hintergrund stünde die Währungspolitik (Ziffern 406 ff.).

Finanzpolitik

378. Von der Finanzpolitik fordert eine Strategie der gedämpften Expansion einen Beitrag, der im wesentlichen in dem Verzicht besteht, den expansiven Kurs der Jahre 1970 bis 1972 fortzusetzen. Für eine Rückkehr zu konjunkturgerechtem Finanzgebaren kämen Maßnahmen auf der Einnahmenseite und auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte in Betracht.

379. Da die Haushaltsplanungen für das Jahr 1973 noch weit zurück sind, beruht die Vorausschätzung der öffentlichen Ausgaben, die wir unserer Prognose zugrunde gelegt haben, auf einer wesentlich schmaleren Informationsbasis als sonst. Wir rechnen mit einem Ausgabenvolumen der Gebietskörperschaften von 278 1/2 Mrd. DM. Dem werden, unserer Schätzung zufolge, Steuereinnahmen in Höhe von 215 1/2 Mrd. DM sowie sonstige Einnahmen in Höhe von 43 Mrd. DM gegenüberstehen. Ein Betrag von 20 Mrd. DM müßte durch die Aufnahme von Krediten oder die Auflösung von Rücklagen gedeckt werden.

380. Erheblich weniger dürfte der Staat bei den gegebenen Einnahmenregelungen ausgeben, wollte er sich konjunkturneutral verhalten. Nach dem vom Sachverständigenrat entwickelten Maßstab wäre im Jahre 1973, immer bei gegebenen Einnahmenregelungen, ein Haushaltsvolumen von 270 Mrd. DM konjunkturneutral (Tabelle 34). Der Betrag entspricht einer Staatsquote von 28,7 vH. Dieser Anteil, zu dem die Gebietskörperschaften das volkswirtschaftliche Leistungsvermögen konjunkturneutral in Anspruch nehmen könnten, ergibt sich in unserer Rechnung aus der Staatsquote des Basisjahres 1966, korrigiert um ein Äquivalent für die seither eingetretene Änderung der volkswirtschaftlichen Steuerquote. Stellt man die konjunkturneutralen Staatsausgaben den vorausgeschätzten tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber, so ergibt sich eine Differenz von 8 1/2 Mrd. DM, die für die konjunkturellen Impulse der öffentlichen Haushalte steht. Dabei wird von Wirkungen abgesehen, die sich aus einer Änderung der Einnahmen- und der Ausgabenstruktur möglicherweise ergeben.

381. Dasselbe sei anhand von Veränderungsraten im Vorjahresvergleich gezeigt:

- a) Wir schätzen, daß von 1972 auf 1973 das Produktionspotential um 4 1/2 vH wachsen wird. Dies ist die Grundlage einer konjunkturneutralen Expansion der Staatsausgaben.
- b) Hinzu kommt die Vorgabe für einen Anstieg des Preisniveaus, den die öffentlichen Haushalte bei Vermeidung größerer Beschäftigungsrisiken als unvermeidlich anzusehen haben und daher in eine konjunkturneutrale Haushaltsplanung eingehen lassen sollten. Für diesen sogenannten konjunkturneutralen Preisanstieg haben wir bisher niemals nennenswert mehr als den Preisüberhang bei Jahresende, hier gemessen am Preisindex für das Brutto sozialprodukt, angesetzt (JG 70 Ziffer 333 ff.). Wegen der fortgeschrittenen Inflationsgewöhnung wird jedoch sogar eine Haushaltsplanung, die durch sich selbst dieser Inflationsgewöhnung Einhalt gebieten soll, für 1973 mit einer höheren Rate rechnen müssen als 1972. Wir setzen für beides zusammen 4 vH an.
- c) Der Spielraum für konjunkturneutrale Staatsausgaben erhöht sich, wenn die volkswirtschaftliche Steuerquote steigt. Weil einige Steuererhöhungen 1973 erstmals ein ganzes Jahr in Kraft sein werden und weil der Einmaleffekt der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer entfällt, wird die Steuerquote 1973, so rechnen wir, um 0,6 Prozentpunkte höher sein als 1972. Dieser Erhöhung entsprechen 5 1/2 Mrd. DM Mehreinnahmen, die, bezogen auf

Tabelle 34

Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1973 ¹⁾

	Einheit	1972	1973
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 (3)	Mrd. DM	238,3	267,4
Steuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 (5)	Mrd. DM	190,4	213,1
Tatsächliche Steuereinnahmen (6)	Mrd. DM	187,6 ^{a)}	215,5
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd. DM	- 2,8	+ 2,4
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (8)	Mrd. DM	235,5	269,8
Tatsächliche Staatsausgaben (9)	Mrd. DM	248,4	278,3
Konjunktureller Effekt des Haushalts (10)	Mrd. DM	+ 12,9	+ 8,5
Ex post: Abweichungen der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen entsprechen (11)	Mrd. DM	+ 5,3	+ 2,9
Veränderung des konjunkturellen Effektes gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd. DM	+ 3,8	- 4,4
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	+ 11,1	+ 12,0
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	+ 5,4	+ 8,6
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	vH	+ 4,8	+ 4,6
(d) „Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	+ 3,0	+ 4,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	- 2,3	+ 2,2
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	- 0,2	- 2,2
Volkswirtschaftliche Steuerquote (13)			
	vH	22,6	23,2
Konjunkturneutrale Staatsquote (14)			
	vH	28,1	28,7
Beanspruchte Staatsquote (15)			
	vH	29,7	29,6
Realisierte Staatsquote (17)			
	vH	28,7	29,0
Komponenten des Finanzierungssaldos			
(a) Konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme	Mrd. DM	- 12,7	- 14,2
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	Mrd. DM	- 2,4	- 1,0
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	Mrd. DM	+ 6,0	+ 4,3
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen“ sowie der konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme	Mrd. DM	- 0,2	- 0,6
(e) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo: (a) his (d) (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	Mrd. DM	- 9,3	- 11,5
(f) Tatsächlicher Finanzierungssaldo	Mrd. DM	- 22,2	- 20,0
(g) Konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte: (f) \times (e) (+ : kontraktiv; - : expansiv)	Mrd. DM	- 12,9	- 8,5

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Offs, Europäische Gemeinschaften, Länder, Gemeinden (Gv.). Eigene Schätzung. — Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 28 hin.

^{a)} Abzüglich Konjunkturzuschlag (-5,9 Mrd. DM).

die tatsächlichen Staatsausgaben des Vorjahres, einen zusätzlichen konjunkturneutralen Ausgabenpielraum von 2 vH schaffen.

- d) Die Komponenten von a) bis c) zusammengefaßt, ergeben eine Veränderungsrate von knapp 11 vH. Diese bezieht sich jedoch auf eine Größe, die ihrerseits nicht konjunkturneutral ist. Die Basis ist also zu korrigieren, da andernfalls eine Ausgabenpolitik, welche die expansiven Wirkungen des Vorjahreshaushalts teilweise wiederholt, sich als konjunkturneutral ausgeben dürfte. Zu korrigieren ist die Basis in dem Maße, wie im Vorjahr die tatsächlich realisierte Staatsquote von der konjunkturneutralen abgewichen ist (Ziffer 266). Für das Jahr 1972 macht diese Korrektur wegen des außerordentlich expansiven Charakters der Finanzpolitik reichlich 2 vH der (geschätzten) Ist-Staatsausgaben aus.
- e) Bei den gegebenen Einnahmenregelungen wäre demnach ein Haushaltsvolumen konjunkturneutral, das um nur $8\frac{1}{2}$ vH größer wäre als die (geschätzten) Ausgaben des Jahres 1972.
- f) Die voraussichtliche Zunahme der Staatsausgaben, 12 vH, verglichen mit der konjunkturneutralen, $8\frac{1}{2}$ vH, ergibt einen konjunkturellen Effekt in Höhe von $3\frac{1}{2}$ vH, alle Veränderungsdaten bezogen auf die tatsächlichen Ausgaben im Jahre 1972. Dem Betrag nach sind das wiederum $8\frac{1}{2}$ Mrd. DM.

382. Dasselbe sei anhand der Komponenten des Finanzierungssaldos gezeigt (Ziffer 274):

- a) Auszugehen ist von der konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme der öffentlichen Hand. Hierfür setzen wir einen konstanten Anteil des Sozialprodukts an (Ziffer 274 a). Für das Jahr 1973 ergeben sich daraus 14 Mrd. DM.
- b) Unserer Prognose zufolge wird das Produktionspotential im Durchschnitt des Jahres 1973 fast so stark ausgelastet sein — zu 97,2 vH — wie im langfristigen Durchschnitt ($97\frac{1}{2}$ vH). Auf nur 1 Mrd. DM sind die Mindereinnahmen zu veranschlagen, die sich aus der verbliebenen Abweichung vom „normalen“ Auslastungsgrad ergeben. In diesem Maße erhöht sich der Finanzierungssaldo.
- c) Erneut wird es beträchtliche Steuermehreinnahmen geben, die der inflationistischen Aufblähung des Sozialprodukts zuzurechnen sind. Auf $4\frac{1}{2}$ Mrd. DM schätzen wir diesen Betrag; entsprechend vermindert sich der Finanzierungssaldo.
- d) Auch die sonstigen Einnahmen und die konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme werden zusammen einen etwas größeren Anteil der konjunkturneutralen Staatsausgaben decken als im Basisjahr der Rechnung; dies vermindert ebenfalls den im übrigen sich ergebenden Finanzierungssaldo.
- e) Die Komponenten a) bis d) machen zusammen einen Betrag von $11\frac{1}{2}$ Mrd. DM aus. Dies wäre der Finanzierungssaldo einer konjunkturneutralen Haushaltspolitik. Tatsächlich erwarten wir einen Überschuß der Ausgaben über die laufenden Einnahmen von 20 Mrd. DM. Die Differenz zwischen beiden Größen steht für die konjunkturellen Impulse, die von den öffentlichen Haushalten zu gewärtigen sind; der Betrag — $8\frac{1}{2}$ Mrd. DM — entspricht dem, was sich aus der Analyse der Strukturquoten und aus der Analyse der Veränderungsdaten im Vorjahresvergleich schon ergeben hat.

383. Was konjunkturneutral ist, muß nicht konjunkturgerecht sein. Was konjunkturgerecht ist, richtet sich nach der konjunkturellen Situation.

384. Die Bundesregierung hat zusammen mit dem Finanzplanungsrat eine Expansion der Staatsausgaben um $10\frac{1}{2}$ vH, verbunden mit Einnahmeverbesserungen, deren Größenordnung noch nicht festliegt, für stabilisierungspolitisch vertretbar erklärt. Sie orientierte sich dabei an dem von ihr erwarteten Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts und folgte insoweit einer Richtlinie des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaften (Ziffer 364).

Die Zuwachsrate des Sozialprodukts als Orientierungsgröße zu wählen, ist sehr problematisch. Damit wird eine Größe von einer anderen abhängig gemacht, welche von ihr zu fast 30 vH selbst bestimmt wird (einschließlich Parafisci sogar zu fast 40 vH). Das würde auch dazu einladen, die Staatsausgaben dann stärker auszudehnen, wenn das Sozialprodukt rascher wächst, hingegen weniger stark, wenn es auf eine Rezession zugeht, nicht aber umgekehrt, wie es richtig wäre.

385. Unserer Prognose zufolge wird, wie erwähnt, die Auslastung des Produktionspotentials sich allmählich dem mittleren Auslastungsgrad der zurückliegenden Konjunkturzyklen nähern und im späteren Verlauf des Jahres 1973 die Normalauslastung überschreiten. Dabei werden die Preissteigerungen unvermindert anhalten. Sieht man von Sonderfaktoren ab, wie es für die Einschätzung des Preisklimas wohl vernünftig ist, so wird es sogar eine Beschleunigung geben. Unter diesen Umständen erscheint es stabilisierungsgerecht, wenn die Finanzpolitik dafür sorgt, daß die öffentlichen Haushalte im Jahre 1973 zumindest konjunkturneutral gestaltet werden, nach Möglichkeit sogar leicht kontraktiv. Konjunkturneutrales Verhalten der öffentlichen Hand, allenfalls leicht kontraktives, das mag wenig erscheinen als finanzpolitischer Beitrag zu einer Strategie der gedämpften Expansion. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß schon der Rückkehr von einem stark expansiven Haushalt zu einem konjunkturneutralen konjunkturelle Bedeutung zukommt: Der Staat gäbe gleichsam den Teil des Produktionspotentials, den er 1972 durch expansive Haushalte über das konjunkturneutrale Maß hinaus mittelbar oder unmittelbar in Anspruch genommen hat, wieder frei, beziehungsweise würde diese expansiven Ansprüche jetzt durch Steuererhöhungen, welche die Ansprüche der Privaten entsprechend zurückdrängen, konsolidieren. Angesichts der stark expansiven Haushalte, die unter den Bedingungen des Status quo zu erwarten sind, würde dies schon eine einschneidende Änderung gegenüber den erkennbaren Planungen bedeuten. Sie müßte Haushaltskorrekturen in der Größenordnung von rund 9 Mrd. DM bringen. Eine solche stabilisierungskonforme Revision könnte auf der Ausgabenseite ansetzen oder auf der Einnahmenseite oder in einer Kombination aus beidem bestehen.

386. Unrealistisch erscheint es, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß die expansiven Ausgabenüberschüsse voll durch Ausgabenkürzungen beseitigt werden könnten. Welcher Betrag jedoch als Obergrenze anzunehmen ist, darüber haben wir

keine verlässlichen Informationen. Wir nehmen immerhin für gegeben, daß es der Bundesregierung nicht unmöglich ist, zumindest der von ihr mitgeschlossenen Richtlinie des Finanzplanungsrates und des Konjunkturrates für die öffentliche Hand vom 14. September 1972 in den Ländern, in den Gemeinden und in den eigenen Ressorts Geltung zu verschaffen. Danach ergäbe sich für die Gebietskörperschaften aller drei Ebenen ein Ausgabenvolumen von insgesamt 274^{1/2} Mrd. DM¹⁾. Das sind rund 4 Mrd. DM weniger, als schon für wahrscheinlich zu halten ist und daher unserer Prognose zugrunde liegt.

367. Ob überhaupt auch die Ausgabenseite in Anspruch genommen werden soll und nicht nur die Einnahmenseite, ist eine politische Entscheidung.

Im Grundsatz sollte sich eine antizyklische Variation der öffentlichen Haushalte stärker als in der Vergangenheit auf die Variation von Einnahmenregelungen konzentrieren. Auf die Vorteile einer solchen Verschiebung der Gewichte hat der Sachverständigenrat des öfteren hingewiesen. Außerdem könnte ein Zwang, 4 Mrd. DM an Ausgaben zu streichen, in Konflikt geraten mit dem mittelfristigen Strukturziel, wonach Spielraum geschaffen werden soll, den Anteil, zu dem der Staat das Produktionspotential in Anspruch nimmt, allmählich zu Lasten der Privaten zu erhöhen.

Es geht jedoch gegenwärtig nicht darum, eine Periode der Ausgabenzurückhaltung des Staates zu verlängern, sondern darum, eine anhaltend rasche Ausgabenexpansion zu verlangsamen. Nichts wäre für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben gewonnen, wenn zusätzliche Ausgaben lediglich bedeuteten, daß die Preise für Güter und Leistungen, die der Staat erbringt, zusätzlich steigen. Hinzu kommt, daß es um der Glaubwürdigkeit der Stabilisierungsanstrengungen willen wohl von großer Bedeutung wäre, wenn der Staat selbst ein Zeichen setzte.

Sollen die Staatsausgaben um rund 4 Mrd. DM geringer sein, als in unserer Prognose angenommen ist, und soll dies ein Signal setzen, so wären Kürzungen vor allem im Bereich des Staatsverbrauchs, weniger im investiven Bereich erforderlich. Insbesondere: Der Staat müßte es für vertretbar halten und durchsetzen können, daß die Einkommen im öffentlichen Dienst weniger stark steigen, als wir mit Rücksicht auf den außerordentlichen Geldwertswund für wahrscheinlich — nicht auch schon für unumgänglich — halten. Ohne ein solches Vorbild könnte auch kaum darauf gehofft werden, daß für die anderen anstehenden Tarifabschlüsse schon bald die Erwartung einer ernsthaften und erfolgversprechenden Stabilisierungsanstrengung mitbestimmend wird.

¹⁾ Auf den Betrag käme es im Rahmen der Konzeption an, nicht auf die Zuwachsrate von 10,5 vH. Sollte sich etwa später erweisen, daß die Abschlußrechnungen für 1972 höhere Istbeträge ergeben (solche Korrekturen waren bisher die Regel), so wäre für 1973 nicht die Zuwachsrate festzuhalten und der Betrag zu erhöhen, sondern umgekehrt die Zuwachsrate zu vermindern und der Betrag festzuhalten.

368. Was gegen eine restriktive Ausgabenpolitik geltend zu machen ist, spricht für entsprechend mehr zusätzliche Steuereinnahmen. Dabei ist hervorzuheben: Genügen würde es nicht, sich auf einen nur vorübergehenden Bedarf an finanzpolitischer Disziplin einzustellen. Es ist nicht so bald eine konjunkturelle Situation zu erwarten, in der dem Staat erlaubt wäre, aus Gründen antizyklischer Politik seine Ausgaben wieder expansiv zu gestalten. Nur eine dauerhafte Einschränkung des Ausgabenvolumens würde also helfen. Hält man dies für noch weniger möglich als die bloße Vertagung von Ausgaben, so stellt sich das Problem einer dauerhaften Konsolidierung der gegenwärtigen Haushaltsvolumina. Die Bereitschaft zu einem stabilitätspolitischem Neubeginn auch in der Bevölkerung — wir unterstellen sie — wäre zudem hilfreich, in dieser Konsolidierung einmal einen größeren Schritt zu tun, statt den Widerwillen der Bürger gegen Steuererhöhungen jedes Jahr oder auch in noch kürzeren Zeitabständen zu strapazieren. Ein sparsamer Staat dürfte allerdings als Vorbild wichtig sein.

369. Einnahmeverbesserungen in der Größenordnung von 5 Mrd. DM bis 9 Mrd. DM, die eine Strategie der gedämpften Expansion für 1973 erfordern würde, wären nicht allein durch den Abbau von Steuervergünstigungen zu erlangen. Auch die speziellen Verbrauchsteuern gewähren kaum diesen Spielraum, zumal die wichtigsten von ihnen gerade erst beträchtlich angehoben worden sind.

In Betracht kommen, auch in Kombination,

- ein Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer aufgrund des § 26 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes;
- eine allgemeine und dauerhafte Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer;
- eine Erhöhung der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer;
- eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

390. Ein Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer nach § 26 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes wäre gesetzestechisch die einfachste Lösung. Er kann auch unabhängig von bestimmten Veranlagungszeiträumen erhoben und wieder außer Kraft gesetzt werden. Vor allem aber wäre von vornherein sichergestellt, daß die zusätzlichen Einnahmen stillgelegt, also nicht zu zusätzlichen Ausgaben führen würden. Gegen diesen Weg spricht, daß er nicht zu einer dauerhaften Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führt. Immerhin könnte vorläufig eine Maßnahme nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ergriffen und durch eine dauerhafte andere Lösung, die möglicherweise mehr Zeit erfordert, bevor sie wirksam werden kann, abgelöst werden.

391. Eine allgemeine Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer böte sich als dauerhafte Lösung an. Sie wäre jedoch kaum vor Jahresbeginn soweit vorzubereiten, daß sie schon 1973 zu neuen Einnahmen führen könnte.

392. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer könnte auch im Verlauf des Jahres 1973 in Kraft treten. Für sie spricht außerdem, daß Vereinbarungen in den Europäischen Gemeinschaften ohnehin mit sich bringen, daß die Bundesrepublik früher oder später die Sätze der Mehrwertsteuer erhöhen muß.

Keine großen Hoffnungen darf man allerdings hinsichtlich der stabilisierenden Wirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung hegen. Schon beim Inkrafttreten dürfte es weitgehend zur Überwälzung auf die Preise kommen. Der erste Anschein könnte zwar trügen; denn eine unvollständige Überwälzung kann auch darin zum Ausdruck kommen, daß es in der Zeit nach dem ersten sprunghaften Anstieg des Preisniveaus aus Nachfragemangel schwerer wird, Preiserhöhungen vorzunehmen, zu denen es ohne Steuererhöhung gekommen wäre. Auch in diesem Falle dürfte der Erfolg jedoch nicht dauerhaft sein. Da die Mehrwertsteuer als Steuer auf den inländischen Verbrauch die Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel unberührt läßt — die Importe werden besteuert, nicht aber die Exporte —, muß man für sicher halten, daß früher oder später die Überwälzung doch gelingt.

Unpopulär wäre eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wahrscheinlich besonders wegen der vermuteten ungünstigen Wirkung auf die Einkommensverteilung. Sie träge die Bezieher niedriger Einkommen besonders hart, weil bei ihnen der Anteil der Verbrauchsausgaben am verfügbaren Einkommen besonders hoch ist. Das mag so sein. Umstritten ist jedoch, ob dasselbe nicht weitgehend auch für eine Erhöhung der direkten Steuern gilt. Immerhin könnte der Sorge hinsichtlich der Verteilungswirkungen dadurch entsprochen werden, daß man gleichzeitig etwa die Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhöhte, die allein die höheren Einkommen träge.

393. Die erzielten Mehreinnahmen wären bei der Bundesbank stillzulegen oder könnten einer Verminderung der öffentlichen Kreditaufnahme dienen. Hierüber zu entscheiden, wäre Angelenheit der monetären Politik. Die monetäre Expansion wird von zahlreichen Faktoren bestimmt. Nur im Zusammenhang mit der jeweiligen Lage könnte gesagt werden, ob etwa eine Stilllegung bei der Bundesbank gerade hilfreich ist oder stört. Worauf es für die Finanzpolitik ankommt, ist, daß die Mehreinnahmen nicht zu Mehrausgaben führen.

Geht es darum, die Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften zu vermindern, könnte die Bundesregierung von den Möglichkeiten der §§ 19 und 20 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes Gebrauch machen. Danach kann sie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für ein Jahr die Neuverschuldung des Bundes und der Länder auf 80 vH der Kreditaufnahme in den letzten fünf Rechnungsjahren beschränken, die der Gemeinden auf 70 vH, allerdings wegen der starken Schwankungen im Kreditbedarf einzelner Gemeinden mit einem gewissen Spielraum. Nicht auf die in den Haushaltsvoranschlägen geplante, sondern auf die tatsächlich zu erwartende Kreditaufnahme wäre dabei abzu-

stellen; denn anders bliebe das Instrument wirkungslos (JG 71 Ziffer 160).

Geld- und Kreditpolitik

394. Trotz aller Skepsis, die wegen latenter außenwirtschaftlicher Störungen hinsichtlich der Wirkungsmöglichkeiten der Geld- und Kreditpolitik vorerst berechtigt erscheint, muß man sich darauf vorbereiten, daß auf die Dauer diesem Bereich der Stabilitätspolitik eine größere Rolle als in der Vergangenheit zugewiesen werden soll (Ziffer 352). Bleibt es bei der großen Elastizität des monetären Systems gegenüber Expansionswünschen der Wirtschaft, so dürften die Chancen für eine nachhaltige Stabilisierung gering sein.

395. Dies wird auch weithin so gesehen. Im Zusammenhang damit steht der Ruf nach Richtlinien, die eine bestimmte Expansion des Geldvolumens zur Aufgabe der Notenbankpolitik machen. Dem liegt die These zugrunde, daß eine unerwünschte, weil inflatorische Nachfrageexpansion, welche Ursachen sie auch immer haben möge, letztlich unmöglich ist, wenn nicht in entsprechendem Umfange zusätzliches Geld geschaffen wird.

Diese Auffassung erscheint begründet, soweit es um einen anhaltenden inflatorischen Prozeß geht. Eine zeitlang ist es jedoch durchaus möglich, daß eine inflatorische Übernachfrage durch häufigeren Einsatz vorhandenen Geldes finanziert wird, die sogenannte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes also steigt. Außerdem unterliegt die Veränderung der Geldmenge nicht der direkten Kontrolle der monetären Politik, und zwar selbst dann nicht, wenn die Geldschöpfung der Banken vollständig reglementiert sein sollte. Die privaten Haushalte und Unternehmen verfügen über Geldvermögen, von dem sie je nach Bedarf einmal mehr, einmal weniger als Bargeld oder Sichtguthaben bei Banken halten können. (Auch dies würde die gemessene Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verändern.) Von daher ist es nicht unplausibel, Änderungen in der beobachteten Geldmenge kurzfristig in erster Linie als Reflex veränderter Wirtschaftstätigkeit anzusehen und kaum als deren Hauptursache. Die tatsächlichen Zusammenhänge zwischen Geldmenge und Wirtschaftstätigkeit sind, vor allem was diese Wirkungsrichtung anbelangt, noch nicht überzeugend aufgeklärt. Aus diesem Grunde ist die Veränderung der Geldmenge — trotz eines statistisch einigermaßen strammen Zusammenhangs mit der Entwicklung des Sozialprodukts auf mittlere Sicht — auch als bloßer Indikator für die Wirkungen der monetären Politik vorläufig nicht befriedigend.

396. Immerhin: Die Elastizität des monetären Systems durch mögliche Verhaltensänderungen in der Wirtschaft (Neigung zur Kassenhaltung) ist begrenzt. Zudem gibt es Rückkopplungseffekte — so etwa, wenn eine Änderung der Fristenstruktur der Bänkeinlagen auf die Fristenstruktur der Ausleihungen durchschlägt, oder auf die Kreditgewährungsbereitschaft der Banken im ganzen (weil sich deren Min-

destreservpflicht mit der Einlagenstruktur geändert hat). Deshalb dürfte die Geldmenge als Zielgröße der monetären Politik in einem mittelfristig angelegten Konzept, das mit mehr Verhaltenskonstanz rechnen könnte, bedeutsamer sein als in der kurzfristigen Bekämpfung eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts.

397. Unabhängig davon, ob das Geldvolumen als Zielgröße und Indikator monetärer Steuerung in Betracht kommen soll, stellt sich die Aufgabe, nach Möglichkeiten zu suchen, die der Geld- und Kreditpolitik eine direktere Einwirkung auf die monetären Größen verschaffen, als sie für die Vergangenheit kennzeichnend war.

Die Politik der Deutschen Bundesbank war bisher vor allem darauf ausgerichtet, den Spielraum zu beeinflussen, den die Banken für die Gewährung von Krediten haben, weil sie freie Liquiditätsreserven besitzen. Unter ihren Instrumenten bevorzugt sie die Variation der Reservesätze für mindestreservpflichtige Einlagen, wohl nicht zuletzt deshalb, weil solche Maßnahmen bei außenwirtschaftlichen Störungen ihre Wirkung nicht vollständig verlieren.

Zur Diskussion steht die Erweiterung des Instrumentariums der Bundesbank durch Änderungen des Bundesbankgesetzes. Vornehmlich geht es darum, daß der Notenbank die Möglichkeit verschafft werden soll, die Mindestreservpolitik auch auf das Aktivgeschäft der Banken zu erstrecken, und zwar in der Form einer Reservspflicht für die Erhöhung von Kreditbeständen. Daneben wird erwogen, für kreditpolitische Notfälle künftig eine Kreditplafondierung zuzulassen.

398. Je höher eine Zuwachsmindestreservpflicht für Bankkredite wäre, desto näher käme sie in der Wirkung einer Kreditplafondierung. Eine großzügig bemessene Obergrenze könnte es daher unnötig machen, auch nur für den Notfall den dirigistischen Weg zuzulassen. Selbst wenn man von anwendungstechnischen Bedenken absteht, spricht gegen Kreditplafonds, daß sie zu pauschal wirken. Überdies: einmal eingeführt besteht die Gefahr, daß sie, wie andere Formen des Dirigismus auch, zur Dauererscheinung werden; eine erneute Zinsreglementierung wäre dann vermutlich nicht weit; der Wettbewerb unter den Banken, der in den vergangenen vier Jahren wieder in Gang gekommen ist, wäre erneut lahmgelegt; die Banken entwickelten sich zu Behörden für die Zuteilung von Krediten.

Dies ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß zweifellos auch eine Reservpflicht für die Erhöhung von Kreditbeständen als dirigistisch bezeichnet werden muß. Der Dirigismus ist hier nur weniger merklich, und er schließt immerhin die Möglichkeit nicht aus, daß tüchtige Banken die Sondersteuer überspringen. Im Falle dirigistischer Eingriffe in die Kreditgewährung stellt sich das Problem ungerechtfertigter Knappheitsrenten bei den Banken, auf jedenfall bei der Kreditplafondierung.

399. Nicht verkannt werden darf auch, daß eine hohe Zuwachsmindestreservpflicht für Kredite eine

scharfe Diskriminierung darstellt nicht nur zwischen Geldmarktanlage und Kreditgewährung der Banken, sondern auch zwischen Kreditbeziehungen, die über Banken laufen, und Kreditbeziehungen außerhalb des Bankensystems. Dies gefährdet die Wirksamkeit solcher Maßnahmen. Steigen wegen der Reservpflicht die Kreditzinsen der Banken, was gewollt sein muß, so dürften sich zunehmend Kreditketten aus dem Bankensystem herausverlagern. Hinzu kommt, daß die erwähnte Diskriminierung nicht fair ist. Die Chance für eine Kreditaufnahme direkt beim Anleger von Geldkapital (Schuldscheindarlehen, Obligationen) haben vor allem die Großen, während kleine Unternehmen und private Haushalte auf den Bankkredit angewiesen sind, wo sie gleichsam eine Sondersteuer zu zahlen hätten. Je vollständiger jedoch die Belastung von Kreditbeziehungen ist, desto mehr wird die Reservpflicht — und all dies gilt im Prinzip für jede Reservpflicht — zu einer Sondersteuer auf die Erträge von Geldvermögen, verglichen mit der Behandlung von Erträgen aus Sachvermögen. Daß dies in einer Zeit inflationärer Geldentwertung mit minimalen wenn nicht negativen Realzinsen aus Geldvermögen gewollt sein kann, darf man kaum annehmen.

400. Einer Ergänzung des Bundesbankgesetzes durch Schaffung neuer kreditpolitischer Instrumente bedürfte es nicht, wollte und könnte die Bundesbank die Offen-Markt-Politik mit Banken, aber auch mit Nichtbanken, konsequent einsetzen, um die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld zu steuern. Vorausgesetzt ist, daß die Bundesbank ausreichendes Material für die Offen-Markt-Politik hat oder erhält; um sie instand zu setzen, auch am Markt für langfristige Titel zu intervenieren, käme in Betracht, ihr ein entsprechendes Emmissionsrecht zu gewähren.

Die zuvor gekennzeichnete Mindestreservpflicht für Kredite könnte gesehen werden als ein Versuch, die Konkurrenzfähigkeit eines gegebenen Renditeangebots am Geldmarkt gegenüber dem Zinsversprechen der kreditnachfragenden Nichtbanken zu erhöhen. So würde etwa für eine einzelne Bank bei einem Reservesatz von 100 vH der Ertrag einer Geldmarktanlage mit dem halbierten Sollzins einer Kreditgewährung konkurrieren. In der Wirkung auf die Kreditgewährung kann die Offen-Markt-Politik auf dasselbe hinauslaufen. Sie verzichtete allerdings auf das Mittel der Diskriminierung. Die Bundesbank konkurriert hier offen mit den Nichtbanken um die Mittel der Banken (Offen-Markt-Politik mit Banken) oder mit den Banken um die Mittel der Nichtbanken (Offen-Markt-Politik mit Nichtbanken).

401. Allerdings betreibt die Bundesbank schon seit langem — anders als die Zentralbanken anderer Länder — ihre Offen-Markt-Politik nicht in diesem Sinne, sondern weist ihr die eher untergeordnete Rolle zu, die Art des Liquiditätsausgleichs der Banken zu beeinflussen. Insoweit war sie vornehmlich ein Teil der Zinspolitik am Geldmarkt, die ihrerseits vorwiegend die Marktlage konstatierte, nicht aber diese beherrschte.

Anders verstanden und angewendet kann sich die Offen-Markt-Politik als ein sehr scharfes Instrument der monetären Politik erweisen. Sie kann (zusammen mit der Refinanzierungspolitik) darüber entscheiden, in welchem Umfange aus potentiell Zentralbankgeld — den am Geldmarkt angelegten freien Liquiditätsreserven der Banken und den offenen Rediskontkontingenten — tatsächlich verfügbares Zentralbankgeld wird; dies gilt jedenfalls für das Bankensystem im ganzen. Die Beschaffung von Zentralbankgeld aber ist unerlässlich für jede monetäre Expansion.

Die Geldpolitik auf eine solche Rolle festlegen, sie also mit der Steuerung der Zentralbankgeldmenge beauftragen, ausgerichtet auf eine bestimmte als erwünscht angesehene Expansion, sei es der Kreditgewährung, sei es des Geldvolumens, beinhaltet selbstverständlich, daß man gleichmütiger zu sein hätte hinsichtlich der Zinsentwicklung, die sich aus dem Zusammenspiel des solchermaßen bestimmten Angebots und der jeweiligen Nachfrage an den monetären Märkten, in jedem Fall aber als Folge, nicht als Ziel- oder Instrumentvariable der monetären Politik ergäbe. Bisher konnte die Bundesbank gerade in dieser Hinsicht nicht gleichmütig sein, da sie wegen der Zinsreagibilität internationaler Kapitalströme die Herrschaft über die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld nicht hatte.

Dürfte man annehmen, daß die Probleme einer außenwirtschaftlichen Absicherung der monetären Politik künftig besser gelöst sein werden, so wäre es nur folgerichtig, wenn sich die Bundesbank von der Bankenliquidität als wichtigster Steuergröße der Geld- und Kreditpolitik trennt; statt bloß auf die Entwicklung des potentiellen Zentralbankgeldes einzuwirken, wäre an der Quelle die Menge des entstehenden Zentralbankgeldes zu kontrollieren.

Auch der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 1970 ein Konzept vertreten, was der Steuerung der Bankenliquidität die entscheidende Rolle zuordnet. Dieser Ansatz wird den Problemen einer zu großen Elastizität des monetären Systems wahrscheinlich nicht genügend gerecht.

402. Eine Offen-Markt-Politik als Mengenpolitik wäre neuen dirigistischen Instrumenten der Kreditsteuerung fast in jeder Hinsicht überlegen. Sie könnte im Prinzip auf alle Märkte direkt einwirken, jedenfalls dann, wenn man der Bundesbank auch das Geschäft mit langfristigen Titeln ermöglichte. Sie würde also nicht durch Transaktionen außerhalb des Bankensystems unterlaufen werden. Weiter käme es nicht zu ungerechtfertigten Knappheitsrenten der Banken, eine unmotivierter Sondersteuer auf die Erträge aus Geldvermögen würde vermieden, und der Wettbewerb zwischen den Banken bliebe voll erhalten.

Gegen sich hat eine wirkungsvolle Offen-Markt-Politik das Argument, daß sie der Zentralbank hohe Zinskosten verursachen kann, eine Mindestreservepflicht hingegen ihre Wirkungen mit Hilfe administrativer Diskriminierung erzielt. Dies wäre allerdings ein bloß betriebswirtschaftlicher Vorteil, hier der Bundesbank. Zählen müssen aber die volkswirt-

schafflichen Kosten. Sie sind bei dirigistischen Eingriffen meist unabsehbar. Immerhin dürfte die Analyse der Art der Wirkungen zeigen, womit man es hier zu tun hätte.

Geltend wird auch gemacht, daß eine Reservepflicht für Bankkredite zwar die Kreditzinsen, wie es erwünscht ist, hinaufreibt, die Geldmarktsätze hingegen unberührt lassen könnte; die Offen-Markt-Politik dagegen würde beide Märkte gleichermaßen treffen. Das würde, was die Geldmärkte angeht, die außenwirtschaftliche Absicherung der Politik erschweren. Hier liegen jedoch nicht die Hauptschwierigkeiten einer außenwirtschaftlichen Absicherung. Das eigentliche Problem, die Nichtbanken von ausländischen Kreditmärkten fernzuhalten, bestünde in beiden Fällen.

403. Die monetäre Entwicklung bis zum Herbst 1972 hat eine Situation geschaffen, in der die Instrumente der Bundesbank greifen. Die Bundesbank hat derzeit Einfluß auf die monetäre Expansion. Eine Strategie der gedämpften Expansion würde erfordern, daß sie diesen Einfluß weiterhin im kontraktiven Sinne nutzt, ihren jetzigen Kurs sogar noch etwas verschärft, und zwar so lange wie die Indikatoren, welche auf die künftige Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben hinweisen, erwarten lassen, daß die Ausgabenexpansion über das im Rahmen dieser Strategie erwünschte Maß (Ziffer 374) hinausgeht. Rechtzeitig bevor der Spielraum der Bundesbank erschöpft ist, sollte für eine Erweiterung gesorgt werden.

404. Schwer zu bestimmen ist, woran die Bundesbank im Zusammenspiel der vielen konjunkturellen Kräfte ablesen kann, was sie bewirkt, ja, ob sie überhaupt etwas bewirkt. Die Frage nach dem wahren Indikator für die Wirkung monetärer Politik schließt die Frage ein, wie sich Veränderungen monetärer Impulse in Veränderungen wirtschaftlicher Entscheidungen der Unternehmen und Haushalte umsetzen. Diese Frage ist, wie erwähnt, noch nicht befriedigend geklärt. Daher muß es wohl zumindest vorläufig dabei bleiben, daß die Wirkungen monetärer Impulse, die von den kontrollierbaren Größen (Bankenliquidität oder Zentralbankgeldmenge) ausgehen, an einer Stelle gemessen werden, wo diese Wirkungen noch einigermaßen unmittelbar und daher zweifelsfrei sind. Das wäre die Kreditgewährung der Banken.

405. Die monetäre Politik für 1973 hätte zu antizipieren, daß aufgrund zyklischer Erfahrung zu erwarten ist, daß der Kreditbedarf der Wirtschaft zunächst weniger stark zunehmen wird als die wirksame Gesamtnachfrage. Entsprechend geringer wäre in der ersten Phase die zuzulassende Kreditexpansion. In gleicher Weise wäre zu berücksichtigen, daß sich der inländische Kreditbedarf der Wirtschaft (Nichtbanken einschließlich Staat) ändert, wenn ihr Mittel aus dem Ausland zufließen oder von der Notenbank, sei es aus dem Umtausch von Devisen, sei es weil der Staat Kredite der Notenbank aufnimmt, oder Rücklagen auflöst, die er bei ihr hält.

Hingegen wäre es gewiß verfehlt, sich eine stabilisierende Wirkung der monetären Politik etwa schon davon zu versprechen, daß diese sich an die Richtlinie des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaften hinsichtlich der zuzulassenden Expansion des Geldvolumens hält. Danach dürfte die Geldmenge in der Bundesrepublik im Jahre 1973 um etwa 10 vH bis 12 vH zunehmen. Berücksichtigt man die erwähnten zyklischen Veränderungen in dem monetär relevanten Verhalten der Nichtbanken, so wäre mit einer solchen monetären Expansion ohne weiteres ein in jeder Hinsicht unerwünscht starker Aufschwung bei unverminderten Preissteigerungen finanzierbar. Durch die außerordentliche monetäre Expansion der jüngsten Vergangenheit ist ein großes inflatorisch nutzbares Potential für die Zukunft geschaffen worden. Nicht nur die Geldmenge hat außerordentlich zugenommen, sondern auch die Bildung von Geldkapital, das bald schon wieder Geld sein kann.

Währungspolitik

406. Weil die Bundesrepublik gegenwärtig noch nicht wieder hinter internationalen Inflationen zurückgeblieben ist, weil der monetären Politik noch ein gewisser Spielraum zur Verfügung steht oder geschaffen werden kann und weil eine Zeitlang wahrscheinlich auf die Unvollkommenheit der Märkte vertraut werden könnte, wäre eine Strategie der gedämpften Expansion nicht schon von Anfang an auf neue Maßnahmen der außenwirtschaftlichen Absicherung angewiesen. Der gegenwärtige Kurs der monetären Politik erscheint außenwirtschaftlich derzeit nicht unmittelbar gefährdet und sollte bei anhaltendem Zinsauftrieb im Ausland, insbesondere in den Vereinigten Staaten, auch in allernächster Zukunft nicht gefährdet sein. Voraussetzung ist allerdings, daß nicht neues Mißtrauen in den Dollar abermals eine spekulativ bestimmte Abwärtstendenz in dessen Kursbewegung bringt.

407. Was auf kurze Sicht recht gefahrlos aussieht, ist es nicht auf Dauer. Durch den internationalen Preiszusammenhang bleibt die deutsche Preisentwicklung eingebettet in den internationalen Aufwärtstrend. Selbst das breite Kursband für Schwankungen der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar bietet kaum Raum für eine nachhaltige Trendbewegung des D-Mark-Kurses. Wir schätzen die absehbare Preisentwicklung im Ausland so ein, daß wahrscheinlich schon die Fortsetzung einer Strategie der gedämpften Expansion über das Jahr 1973 hinaus außenwirtschaftlich in Frage gestellt wird, es sei denn, unsere wichtigsten Partnerländer gingen bald ebenfalls auf einen solchen Kurs, oder die Mark würde rechtzeitig aufgewertet.

408. In jedem Falle wäre es nützlich, wenn die Partnerländer in der Gemeinschaft bald gedrängt werden könnten, im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten für eine marktkonforme außenwirtschaftliche Absicherung der Stabilisierungsversuche, zu denen der Ministerrat aufgerufen hat, zu

sorgen, damit gegebenenfalls nicht erneut die Kapitalverkehrskontrollen verschärft werden müßten. Vorkehrungen in ruhiger Zeit wären Maßnahmen unter dem Druck einer Spekulationswelle gewiß vorzuziehen.

Einkommenspolitik

409. Steht das Jahr 1973 im Zeichen eines Aufschwungs, der allmählich an Kraft gewinnt, so ist dies von der konjunkturellen Situation her die Stunde der Globalsteuerung und nicht die Stunde der Einkommenspolitik. Jene hat dafür zu sorgen, daß die Ausgabenexpansion so gedämpft verläuft, daß bei den Einkommen marktgerecht wird, was zu mehr Stabilität paßt. Die Lohnpolitik hätte sich darauf einzustellen. Staatliches Einwirken auf die Lohnbildung, sei es in der Form von quantitativ formulierten Appellen oder verbindlich gemeinten Lohnleitlinien, sei es in der Form weitergehender Eingriffe, hätte die Erfahrung gegen sich, daß es im Aufschwung sehr problematisch ist, eine quantitative Vorgabe zu machen. Denn diese müßte einerseits dem mit der Nachfragesteuerung angestrebten Stabilitätsziel gerecht werden. Das verführt dazu, möglichst niedrige Vorgaben zu wählen. Sie dürfte andererseits aber auch dem legitimen Ziel der Marktparteien nicht widersprechen, ihre Einkommenschancen in marktgerechter Weise wahrzunehmen. Versagt nun die Nachfragesteuerung und befolgt auch die Lohnpolitik nicht die für sie aufgestellten Richtlinien, so gibt es nur Konfusion in der Verantwortung (Ziffer 372). Wird eine Richtlinie hingegen befolgt und erreicht die Nachfragesteuerung ihr Ziel trotzdem nicht, so diskreditiert, wie gehabt, die ungleiche Entwicklung der Einkommen alle weiteren Stabilisierungsbemühungen; mehr noch: Die verzögerte Lohnanpassung stimuliert wegen der überhöhten Gewinne den Aufschwung zur Hochkonjunktur und enthält zugleich den Drang zur nächsten Übersteigerung in der Lohnentwicklung, der nächste Zyklus wäre erneut programmiert. Der Sache wäre weder im einen noch im anderen Falle gedient. Solange die Marktparteien auf Signale des Marktes reagieren, gibt der Staat seine Wünsche an die Lohnpolitik am besten dadurch bekannt, daß er auf die Nachfrage einwirkt. Anders verhält es sich im konjunkturellen Abschwung, wenn anhaltend hohe Lohnsteigerungen gegen den Markt durchgesetzt werden sollen und daraus Beschäftigungsrisiken erwachsen, die der Staat durch expansive Politik abfangen soll. Hier verbindet sich in der Lohnrichtlinie das wohlverstandene Interesse der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen mit der Pflicht des Staates, expansive Politik nicht ohne Rücksicht auf den Geldwert zu treiben.

410. Was zyklische Erfahrung zu lehren und zu raten vermag, muß nicht genügen für die Aufgabe, einen Prozeß der Inflationsgewöhnung zu beenden (Ziffer 342). Dann ist es von großem Vorteil, wenn alle gleichzeitig ihr Verhalten ändern — und zwar zunächst ohne daß die Signale des Marktes dies

gebieten; denn das gemeinsame Verhalten soll ja erst ändern, was der Markt verlangt. Allerdings: Verabredungen über ein gleichgerichtetes Verhalten einzugeben, in einem Stabilitätspakt etwa, dazu kann niemand gedrängt werden, der nicht auch bereit ist, das Erfolgsrisiko einzugehen. Es kann nicht gelegnet werden, daß im Aufschwung das Erfolgsrisiko insbesondere bei den Arbeitnehmern läge. Zurückhaltung in der Lohnpolitik führt nicht schon von selbst zu einer entsprechenden Beruhigung des Preisauftriebs. Die Nachteile eines Mißerfolgs nimmt den Arbeitnehmern niemand ab. Allenfalls kann später der Staat gedrängt werden, um der sozialen Symmetrie willen eine Politik zu treiben, welche den Lohneinkommen erlaubt, nun Ihrerseits wieder an den Gewinnen vorbeizuziehen. Dann aber wäre aufs Ganze gesehen für die Stabilität nichts gewonnen. Nach dem Grundsatz, daß Kompetenz und Haftung in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nahe beieinander sein müssen, sollte es daher eine möglichst freie Entscheidung der autonomen Gruppen sein, inwieweit diese in ihrem Bereich einen Erfolg der staatlichen Stabilisierungspolitik vorwegzunehmen bereit sind. Das schließt nicht aus — sondern eher ein —, daß der Staat auf seinem Feld, der Globalsteuerung, eine harte Sprache spricht, und daß er auch klarmacht, auf welche Zielgrößen er mit welchen Mitteln zu steuert.

411. In den Jahren der Hochkonjunktur und danach hatte sich die Reallohnposition der Arbeitnehmer, gemessen an dem gesamtwirtschaftlichen Einkommenszuwachs, der kostenniveauneutral hätte verteilt werden können, deutlich verbessert. In Aufschwungsjahren vollzieht sich regelmäßig das Umgekehrte. Der beginnende Aufschwung des Jahres 1972 hat dies auch schon gezeigt (Ziffer 174). Dieser Prozeß wird sich 1973 wahrscheinlich fortsetzen, aber schon wieder abschwächen.

Unserer Prognose zufolge werden 1973 die Lohneinkommen erneut sehr viel stärker zunehmen als die Produktivität. Um 6 vH werden die Lohnkosten je Produkteinheit höher sein als 1972¹⁾. Von der Austauschrelation im Außenhandel (Terms of Trade) wird es diesmal keine Entlastung geben. Wir haben angenommen, daß es wegen der kräftigen Nachfrageausweitung schon 1973 gelingt, die Kostensteigerungen voll auf die Preise zu überwälzen.

412. Die angenommene Lohnentwicklung muß nicht die tatsächliche werden. Eine Strategie der gedämpften Expansion kann geringere Erhöhungen marktgerecht werden lassen. Entlastend könnte auch eine Entschärfung des Verteilungskampfes sein.

Die Haltung der Arbeitnehmerorganisationen im Marktstreit um die Einkommensverteilung ist mitgeprägt von dem Ziel, durch Erhöhungen der Nominallöhne die Einkommensverteilung des Marktes dauerhaft zu ändern. Vielfältige Gründe, vor allem aber die langfristige Erfahrung sprechen dagegen,

¹⁾ Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit (Fußnote 4 zu Tabelle 32 im Anhang).

daß dies möglich ist und wenn, dann nur in so geringem Maße, daß dem Mehr an Verteilungsgerechtigkeit ein Vielfaches an inflatorischer Nebenwirkung gegenüberstünde. Damit wird das Ziel einer Änderung der Einkommensverteilung nicht hinfällig. Erkennen muß man nur, daß ein dauerhafter Erfolg nicht gegen den Markt durchgesetzt werden kann, sondern allenfalls in der Weise, daß man die Bedingungen ändert, die das Marktergebnis bestimmen. Diese Bedingungen reichen von der Intensität des Wettbewerbs — nicht zuletzt des außenwirtschaftlichen — bis hin zu Fragen der Unternehmensverfassung. Immer ist das Kernproblem einer marktgerechten Umverteilungspolitik, die Gewinnerwartungen zu verringern, die man befriedigen muß, um die Investitionsneigung der Unternehmer aufrechtzuerhalten, sowie den Bedarf an Gewinnen, die man für die Finanzierung der Investitionen braucht. Es genügt nicht, daß eine Verteilungsvorstellung dem Konsistenztest der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung standhält; sie muß auch realistisch sein hinsichtlich des angenommenen Verhaltens bei den Unternehmen und Haushalten oder hinsichtlich der Vorschläge, wie dies Verhalten geändert werden kann. Mehrfach schon ist der Sachverständigenrat auf diese Frage eingegangen; er tut es noch einmal eingehender an anderer Stelle dieses Gutachtens (Ziffern 490 ff.).

413. Das Konzept der kostenniveauneutralen — im wesentlichen produktivitätsorientierten — Lohnpolitik, das der Sachverständigenrat seit seinem ersten Jahresgutachten verwendet, um den Spielraum für stabilitätskonforme Lohnerhöhungen zu ermesen, geht davon aus, daß der Kampf um eine dauerhafte Änderung der marktmäßigen Einkommensverteilung nicht auf dem Felde der Nominallohnpolitik ausgetragen werden soll, sondern anderswo, in erster Linie dort, wo über die Vermögensbildung der Arbeitnehmer entschieden wird. Vertreter der deutschen Gewerkschaften haben sich seit jeher von dieser Grundlage distanzliert. Eine ganze Reihe von Gründen, die sich aus den Funktionen der Gewerkschaften ergeben, macht dies verständlich. Wir halten gleichwohl für dringlich, der lohnpolitischen Auseinandersetzung auf diese Weise einen sachlichen Bezugspunkt zu geben.

414. Für das Jahr 1973 rechnen wir mit einem Zuwachs des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde von 5 vH. Wie erwähnt werden zusätzlich verteilbare Gewinne der Volkswirtschaft aufgrund einer Verbesserung des realen Austauschverhältnisses mit dem Ausland nicht erwartet (Ziffer 411). Ein größerer Teil des Einkommenszuwachses als früher muß von den Unternehmen direkt an die Sozialversicherungsträger geleistet werden und steht daher für Lohnsatzserhöhungen nicht zur Verfügung; das mindert den Spielraum um 1 vH. Die verbleibende Rate, 4 vH, gibt an, um wieviel im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt das Niveau der effektiv gezahlten Löhne je Stunde (einschließlich aller kostenwirksamen Nebenleistungen) des Jahres 1973 über denen des Jahres 1972 liegen könnte, ohne daß das gesamtwirtschaftliche

Kostenniveau steigt. Selbstverständlich ist dies keine realistische oder auch nur erwünschte Orientierung für Nominallohnerhöhungen im Jahre 1973. Die Rate wäre vielmehr um einen Ausgleich für unvermeidliche künftige Preissteigerungen zu vergrößern. Anders als in früheren Jahren verzichten wir jedoch diesmal darauf, hierzu eine quantitative Angabe zu machen. Wir haben dem häufigen Mißverständnis vorzubeugen, eine solche Rate könne unabhängig von der Stabilisierungspolitik genannt werden oder gemeint sein, zu der sich Bundesregierung und Bundesbank in der Lage sehen und entschließen.

415. Für den Verlauf eines Stabilisierungsprozesses könnte es von großer Bedeutung sein, ob die Tarifpolitik der autonomen Gruppen im Jahre 1973 und danach wieder stärker die Möglichkeit wahrnimmt, im Rahmen der Tarifverträge vermögenswirksame Leistungen als Teil der insgesamt erzielbaren Einkommenserhöhungen zu vereinbaren. Freiwilliges Sparen könnte steuerlich erzwungenen Konsumverzicht mehr und mehr ersetzen, wenn dies geschähe. Entsprechend größer wäre der Anstieg der Nettoeinkommen. Der Sachverständigenrat gibt dabei zu bedenken, daß es für die Chance, vermögenswirksame Leistungen zusätzlich zu den sonst möglichen Reallohnsteigerungen zu erreichen, nicht gleichgültig ist, in welcher Form die Vermögensbildungspolitik ihr Ziel zu erreichen sucht: gleichzeitig eine Änderung in der Verteilung der Vermögen und der Verteilung der Einkommen zu bewirken (Ziffern 511 ff.).

Zwei Alternativen

416. Einer Strategie der gedämpften Expansion ist die Aufgabe gestellt, das Hintansetzen des Stabilitätsziels, das sich unter den Bedingungen der wirtschaftspolitischen Status-quo-Prognose fortsetzen würde, zu korrigieren. Wir gehen davon aus, daß die verantwortlichen Kräfte des Staates und der Gesellschaft bereit sind, um merklicher Fortschritte auf dem Weg zu mehr Geldwertstabilität willen auf einen Teil des kurzfristig möglichen Wachstums zu verzichten. Die vorgestellte Strategie nutzt voll den Spielraum, der einer nationalen Stabilitätspolitik unter den gegebenen währungspolitischen Bedingungen verblieben ist. Es sollen jedoch keine Beschäftigungsrisiken geschaffen werden, welche die Tarifpartner nicht im Rahmen zumutbarer Anpassungsfähigkeit selbst tragen können.

417. Eine Dämpfung des Preisauflaufs erfordert jetzt in erster Linie eine Dämpfung des privaten Verbrauchs. Da eine einseitige Vorleistung der Lohnpolitik nicht zu erwarten ist und das Sparen kaum sprunghaft erhöht werden kann, ist dies nur zu erreichen, falls der Staat das verfügbare Einkommen beschneidet. Daß damit bei einem Teil der Hersteller von Verbrauchsgütern Investitionen entfallen, ist zwangsläufig. Darüber hinaus die expansiven Kräfte wesentlich zu hemmen, ist nicht Ziel der Strategie.

418. Die Mittel der Strategie sind in erster Linie die der Haushaltspolitik. Von dieser wird verlangt, die in den Haushaltsplanungen angelegten expansiven Impulse nicht wirksam werden zu lassen, ja nach Möglichkeit die Nachfrage der privaten Haushalte noch etwas stärker einzudämmen, als für eine konjunkturneutrale Finanzierung der staatlichen Ansprüche an das Produktionspotential zu fordern wäre. Soll dies gelten, so muß die Differenz zwischen den von uns geschätzten Ausgaben und den Einnahmen, die sich bei den geltenden Steuergesetzen und sonstigen Einnahmenregelungen ergeben, um mindestens 9 Mrd. DM verringert werden. Ob das über Steuererhöhungen oder über Ausgabenkürzungen geschieht, ist zwar nicht ohne Bedeutung für den Verlauf eines Stabilisierungsprozesses; doch für die Entscheidung über diese Frage dürften andere als stabilitätspolitische Gesichtspunkte ebenso maßgeblich sein. Um die Konsequenzen derartiger Entscheidungen sichtbar zu machen, haben wir mögliche Maßnahmen zu zwei denkbaren Alternativprogrammen gebündelt. Der einen Alternative liegt die Annahme zugrunde, daß für Steuermehreinnahmen von 9 Mrd. DM gesorgt wird. Für die zweite Alternative haben wir unterstellt, daß Möglichkeiten zu Ausgabenkürzungen in beträchtlichem Umfang bestehen; werden diese genutzt, können die Steuererhöhungen entsprechend geringer sein. Damit die Ergebnisse unserer Analyse sich in quantitativer Form darstellen lassen, mußten wir außerdem eine konkrete Annahme hinsichtlich der Art der Steuererhöhungen sowie der Ausgabenkürzungen treffen; sie sollte nicht als Empfehlung mißverstanden werden. Die beiden Alternativen beinhalten im einzelnen:

— Im Rahmen der Strategie I wird ein Zuschlag von 10 vH auf die Einkommensteuerschuld gemäß § 26 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes erhoben. Weitere Mehreinnahmen sind durch den Abbau von Steuervergünstigungen oder durch die Erhöhung der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer zu erbringen. Sämtliche Mittel sind bei der Bundesbank stillzulegen, es sei denn die Erfordernisse der monetären Politik gebieten im Verlauf des Jahres etwas anderes. Die Gebietskörperschaften vollziehen Ausgabenpläne mit einem Gesamtvolumen von 278½ Mrd. DM.

— Im Rahmen der Strategie II beschränken die Gebietskörperschaften den Anstieg ihrer Ausgaben entsprechend den Empfehlungen des Finanzplanungsrates auf ein Gesamtvolumen von 274½ Mrd. DM. Das erfordert gegenüber den von uns angenommenen Ansätzen Kürzungen um 4 Mrd. DM. Wir haben unterstellt, daß 2 Mrd. DM bei den Personalausgaben eingespart werden, einmal weil der Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst geringere Steigerungen der Löhne und Gehälter bringt, zum anderen, weil der Staat sich bei Personalvermehrungen und „strukturellen Verbesserungen“ stärker zurückhält. Je 1 Mrd. DM werden bei den Sachausgaben und bei den Investitionen gespart. Steuererhöhungen müssen dann noch 5 Mrd. DM Mehreinnahmen erbringen.

419. Für den Erfolg der Strategie kommt es sehr darauf an, daß die Maßnahmen der Finanzpolitik tatsächlich auf die Ausgabenpläne der privaten Haushalte und Unternehmen einwirken. Die Ausgabenexpansion auf etwa 10 vH (im Vorjahresvergleich) zu begrenzen, ist jedoch auch Aufgabe der Kreditpolitik. Diese muß zu verhindern suchen, daß die Unternehmen die sie treffenden Steuererhöhungen durch Preissteigerungen wettzumachen vermögen. Die Elastizität des monetären Systems muß also gering gehalten werden. Wie erwähnt wird das möglicherweise nur gelingen, wenn der Spielraum der monetären Politik vergrößert wird.

420. Die Ergebnisse unserer Schätzungen unter den alternativen Annahmen präsentieren wir wie üblich in der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In Tabelle 35 sind diese Ergebnisse denen unserer Prognose gegenübergestellt. Beide Strategien mindern die privaten Verbrauchsausgaben etwa in gleichem Umfang. Strategie I erreicht dies vor allem durch die steuerbedingte Verkürzung des verfügbaren Einkommens. Zwar erwarten wir wegen der Beruhigung des konjunkturellen Klimas auch Wirkungen auf die Lohnpolitik, doch zeigt sich das bei den Einkommen des Jahres 1973 noch nicht deutlich, weil für den weit überwiegenden Teil der Arbeitnehmer Tarifverträge bereits vereinbart sein werden, bevor die Finanzpolitik Wirkungen zeigt.

In der Strategie II tritt zu den — hier geringeren — Steuererhöhungen eine geringere Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst hinzu. Dies wird auf die anderen Tarifabschlüsse ausstrahlen, so daß die Masseneinkommen hier merklich weniger ansteigen als unter Status-quo-Bedingungen.

421. Stärker als die Einkommen der abhängig Beschäftigten werden die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen getroffen, und zwar vor

Tabelle 35

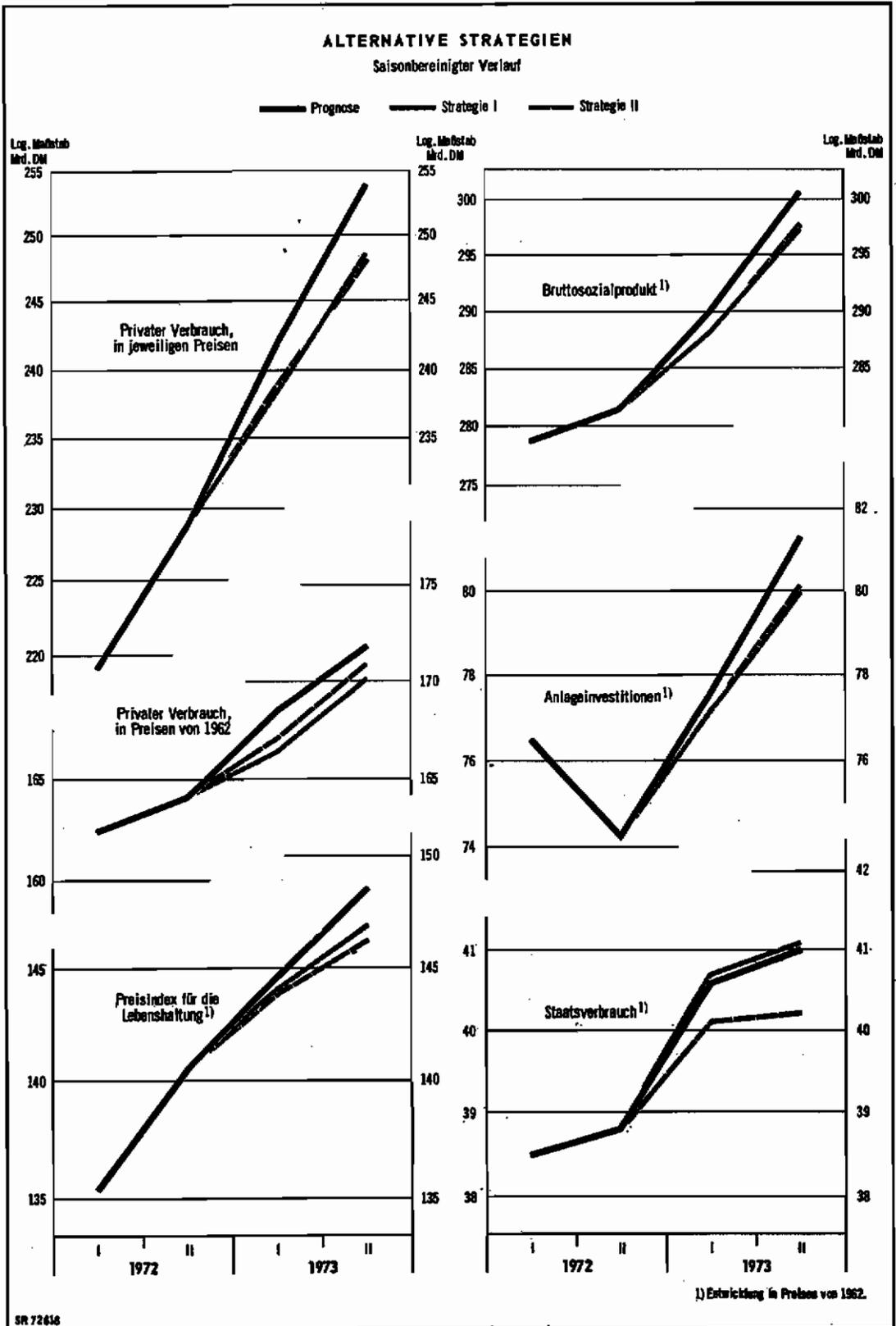
Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1973
Veränderung gegenüber 1972 in vH

	Prognose	Strategien	
		I	II
Verwendung des Sozialprodukts			
Privater Verbrauch	11	8 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂
Staatsverbrauch	14	14	12 ¹ / ₂
Bruttoanlageinvestitionen	11¹/₂	10	9¹/₂
Ausrüstungen	10 ¹ / ₂	9	9
Bauten	12	11	9 ¹ / ₂
Öffentliche Bauten	10	10	6 ¹ / ₂
Ausfuhr	13 ¹ / ₂	14	14
Einfuhr	15	14 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂

	Prognose	Strategien	
		I	II
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen ..	12	10¹/₂	10
Preisentwicklung			
Privater Verbrauch ...	6 bis 6 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	5
Bruttoanlageinvestitionen	5	5	4 ¹ / ₂
Bruttosozialprodukt ..	6	5 ¹ / ₂	5
Entstehung des Sozialprodukts			
Arbeitsvolumen	1 ¹ / ₂	0	0
Produktivität	5	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 ..	5¹/₂	4¹/₂	4¹/₂
Verteilung des Volkseinkommens			
Bruttoeinkommen			
aus unselbständiger Arbeit	12 ¹ / ₂	11 ¹ / ₂	10 ¹ / ₂
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat)	13	9	9 ¹ / ₂
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen) ...	12¹/₂	11	10¹/₂
Nettoeinkommen			
aus unselbständiger Arbeit	7 ¹ / ₂	5	5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat) ..	14	7 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂
Nachrichtlich:			
Konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte (Mrd. DM)	8¹/₂	-1¹/₂	-1¹/₂

allein die Gewinne, denn die Vermögenseinkommen dürften von einer weiteren Steigerung der Zinssätze profitieren. Der Unterschied zu den Gewinnen, die wir unter den Bedingungen der Prognose erwarten, ist bei der Strategie I zunächst größer als bei der Strategie II, weil die zusätzliche steuerliche Belastung größer ist und der Lohnkostendruck nicht sofort schwächer wird. Es dürfte jedoch allmählich zu einer Angleichung kommen, wenn sich die Verminderung der Staatsausgaben in der Strategie II voll auswirkt. Die Unternehmen werden, insbesondere

Schaubild 36



wenn sie eine erhöhte Steuerlast — in dieser oder anderer Form — für dauernd erwarten müssen, ihre Investitionsausgaben etwas einschränken. Allerdings erwarten wir nicht, daß die Investitionsbereitschaft ernsthaft beeinträchtigt wird. Der Nachfrageausfall wirkt sich vor allem bei den verbrauchsnahe Unternehmen aus; diese arbeiten gegenwärtig bei hoher Kapazitätsauslastung. Der verbleibende Anstieg der Verbrauchsausgaben ist hoch genug, eine befriedigende Beschäftigung zu gewährleisten.

422. Entsprechend der verminderten Nachfrage werden die Unternehmen ihre Produktion nicht so stark ausweiten, wie wir es unter Status-quo-Bedingungen angenommen haben (Schaubild 36). Allerdings dürfte die Reaktion in der Produktion sehr viel geringer sein — etwa halb so groß nach unserer Schätzung — als dem Weniger an Ausgaben entspricht. Das reale Bruttosozialprodukt wird dann, aufs Jahr gerechnet, etwa in dem Maße zunehmen, wie das Produktionspotential wächst. Der Auslastungsgrad der Kapazitäten steigt zwar im Laufe des Jahres leicht an, bleibt jedoch im Durchschnitt auf dem Niveau des Vorjahres. Im Unterschied zur Status-quo-Prognose stehen die Unternehmen zum Jahresende 1973 wahrscheinlich in keinem der großen Bereiche schon an der Kapazitätsgrenze. Dieser Umstand sollte den Wettbewerbsdruck so verstärken, daß die Unternehmen gezwungen sein werden, den Nachfragerückgang allmählich wieder mit Preiszugeständnissen zu beantworten; ein Rückgang des Kostendrucks hilft dabei.

423. Zwar ist angesichts des hohen Überhangs am Jahresende (Ziffer 376) nicht mit spektakulären Erfolgen bei der Rückführung der Preissteigerungsrate zu rechnen, wenn man sich an die Raten des Vorjahresvergleichs hält, in denen zunächst die Bewegung der jüngsten Vergangenheit dominant bleiben wird. Doch erwarten wir, daß sich im Verlauf des Jahres 1973 der Preisaufrtrieb deutlich verlangsamten wird, während er sich ohne verstärkte Stabilisierungsanstrengungen eher beschleunigen dürfte. Gegen Jahresende sollte im Falle der Strategie I die Rate im Vorjahresvergleich um $1\frac{1}{2}$ vH, im Falle der Strategie II um 2 vH niedriger sein, als sie es unter den Status-quo-Bedingungen wäre. Den Unterschied zwischen den beiden Strategien erwarten wir wegen der unterschiedlichen Kostenentwicklung. Für den Fall der Strategie II ist ja angenommen, daß die Lohnentwicklung schon zu Jahresbeginn den Vorstellungen zu folgen beginnt, welche die Stabilitätspolitik tragen.

424. Bei aller Ähnlichkeit in den gesamtwirtschaftlichen Größen unterscheiden sich die beiden Alternativen doch darin, wer die Lasten der Stabilitätspolitik trägt. In der Strategie I werden bei den Ausgabenwünschen der öffentlichen Hand keinerlei Opfer verlangt. Bei unverändertem Ausgabenvolumen kann der Staat wegen des geringen Preisaufrtriebs sogar damit rechnen, daß er real mehr kaufen und bauen kann. Dieser Effekt ist im Rahmen der Strategie II jedoch noch merklich größer und könnte helfen, die Anstrengungen zu erleichtern, die dem

Staat in diesem Falle auf der Ausgabenseite abverlangt werden. Ein nicht geringer Teil der hier unterstellten Ausgabenkürzungen würde sich als Kürzung der Preiskomponente herausstellen.

Für die Privaten ist die Strategie II sicherlich annehmbarer, für die privaten Haushalte weil sich ab Mitte des Jahres wegen des stärker gedämpften Preisaufrtriebs die Zunahme des Realeinkommens wieder beschleunigt, für die Unternehmer weil ihnen von Anfang an ein höheres Nettoeinkommen verbleibt; so könnten sie bereit sein, zusätzlich an Investitionen zu wagen, was der Staat durch Abstriche am Investitionsetat ausfallen lassen muß. Zudem: Ein Verzicht trägt sich leichter, wenn alle etwas zurückstecken. Jedoch: Der Anteil des Staates ist seit 1966, dem Beginn der mittelfristigen Finanzplanung, entgegen den immer wieder erneuerten mittelfristigen Strukturvorstellungen nicht erhöht worden. Die Inflation hat bislang alle Versuche in dieser Richtung zunichte gemacht. Vielleicht ist es Zeit für eine neue stabilitätsgerechte Anstrengung.

Minderheitsvotum: Zur Frage der Beurteilung des wirtschaftspolitischen Kurses und zur Frage des monetären Konzepts

425. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Claus Köhler, ist bei der Beurteilung des wirtschaftspolitischen Kurses nicht der Auffassung, daß die Chancen des Abschwungs vergeben wurden (Ziffer 329) und über der Zukunft die Vorbelastung eines bedrückenden Fehlschlags liege (Ziffer 341). Dies wird in den Ziffern 426 bis 429 begründet. In der Frage der monetären Konzeption schließt er sich nicht der Auffassung der Mehrheit an, daß die Bundesbank die Zentralbankgeldmenge statt der Bankenliquidität steuern sollte (Ziffer 401) und daß der Kreditpolitik eine größere Rolle zugewiesen werden solle (Ziffer 394). Dies wird in den Ziffern 430 bis 436 begründet.

Zur Frage der Beurteilung des wirtschaftspolitischen Kurses

426. Die Grundforderung einer Verstetigungsstrategie, die Nachfrage mit den Angebotsmöglichkeiten in Einklang zu bringen, wurde 1972 weitgehend erreicht. Die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entspricht mit 8,6 vH im ersten Halbjahr 1972 — nach 10,7 vH im Jahre 1971 und 13,8 vH im Jahre 1970 — annähernd der um die Rate unvermeidlicher Preissteigerungen erhöhten Zuwachsraten des Produktionspotentials. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung liegt etwas unter ihrem längerfristigen Durchschnitt. Die Nachfrage nach industriellen Produkten, die für die konjunkturelle Entwicklung besonders bedeutsam ist, steigt seit Jahresbeginn wieder stärker an; sie reicht allerdings derzeit noch nicht aus, den Produktionspielraum in der Industrie ganz auszufüllen. Die expansiven Einflüsse öffentlicher Haushalte und die — auf die Binnenwirtschaft anregend wirkenden — Zu-

flüsse liquider Mittel zu den Banken sowie die wiederholten Diskontsenkungen der Bundesbank haben dazu beigetragen, daß der Abschwung zu einem Stillstand kam. Der Forderung der Verstetigungsstrategie für 1972, „der Nachfragedämpfung so lange entgegenzuwirken, wie die Nachfrage auf einem unzureichenden Niveau verharrt oder weiter abzusinken droht“ (Minderheitsvotum JG 71 Ziffer 375), war faktisch, wenn auch entgegen dem erklärten wirtschaftspolitischen Kurs, weitgehend entsprochen worden. So wurde nach einem überaus kräftigen Boom eine stärkere rezessive Entwicklung vermieden. Damit ist eine günstige Ausgangssituation geschaffen, um bei geringeren konjunkturellen Schwankungen zu mehr Preisstabilität zu gelangen, ohne andere wirtschaftspolitische Ziele zu gefährden. Die Minderheit ist daher nicht der Meinung, daß im Abschwung Chancen vergeben worden sind.

427. Die Minderheit hat darauf hingewiesen, daß bei Anwendung der Verstetigungsstrategie der Preisanstieg langsamer abgebaut werden wird, als bei einer Strategie, die der Preisstabilität Priorität einräumt und deshalb restriktiv auch in den Abschwung hineinwirkt (Minderheitsvotum JG 71 Ziffer 376). Eine Preisberuhigung war auch zu spüren. Bis Mitte 1972 hatten die Preissteigerungsraten mit der fortschreitenden Anpassung der Nachfrage an die Produktionsmöglichkeiten abgenommen. Wenn sich danach die Preissteigerungen wieder beschleunigten, wird damit der Zusammenhang zwischen der Nachfrageentwicklung und der Preisentwicklung noch nicht dementiert. Auch in der Vergangenheit war gelegentlich zu beobachten, daß sich in Phasen tendenziellen Rückgangs der Preissteigerungsraten die Preise vorübergehend wieder beschleunigten. Von einem bedrückenden Fehlschlag kann daher keine Rede sein.

Die Gefahr einer weiteren Gewöhnung an die Inflation bestimmt nach Auffassung der Mehrheit die Dringlichkeit, mehr für den Geldwert zu tun (Ziffer 342). Es ist davor zu warnen, die Abkehr vom Prinzip „Mark gleich Mark“ auch nur für den Fall zu erwägen, daß eine Inflationsgewöhnung um sich greifen sollte. Geldwertsicherungsklauseln, einmal eingeführt, führen zwangsläufig dazu, daß sich der Preisauftrieb beschleunigt. Die Erfahrungen in anderen Ländern bestätigen dies. Für die Wirtschaftspolitik kann es keinen Zwang geben, Indexbindungen zuzulassen und damit vor dem Preisproblem zu kapitulieren.

428. Die gegenwärtige Beschleunigung des Preisanstiegs ließe sich stoppen und umkehren und eine Inflationsgewöhnung, wenn sie bestehen sollte, abbauen, wenn es der Wirtschaftspolitik im Jahre 1973 gelänge, den Zuwachs der Nachfrage etwa auf dem Niveau zu halten, auf dem er sich gegenwärtig befindet. Der Spielraum für Preisanhebungen im Verlauf des Jahres 1973 wäre unter diesen Bedingungen wesentlich geringer als bisher. Setzt eine Preisberuhigung erst einmal ein, so bleibt das nicht ohne Rückwirkungen auf die Inflationserwartungen.

Entscheidend bei der Verstetigungsstrategie ist, daß sich der Mitteleinsatz der Wirtschaftspolitik an den Nachfrageschwankungen, das heißt an den Abweichungen der Nachfrage von den Angebotsmöglichkeiten orientiert; sie nämlich signalisieren die Gefährdung von Preisstabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung. Wird die Nachfrage den Angebotsmöglichkeiten angepaßt, können Fehlentwicklungen langsam abgebaut werden, ohne daß dabei andere wirtschaftspolitische Ziele gefährdet werden. Wenn die Preissteigerungsraten so hoch sind wie gegenwärtig, ist allerdings die Versuchung groß, den Mitteleinsatz der Wirtschaftspolitik an der Fehlentwicklung selbst zu orientieren. Dann wächst die Gefahr, daß die Nachfrage unter die Angebotsmöglichkeiten gedrückt wird. Zwar werden die Preissteigerungsraten schneller nachgeben als bei Anwendung der Verstetigungsstrategie, aber Wachstumsverluste und Abstriche bei der Beschäftigung wären nicht zu vermeiden.

Gegenwärtig bei einem Nachfragezuwachs, der fast durchschnittliche Kapazitätsauslastung gestattet, verlangt die Verstetigungsstrategie, daß die Wirtschaftspolitik weder zusätzlich restriktiv noch expansiv handelt. Die Status-quo-Prognose warnt, daß es 1973 wieder zu einer beschleunigten Zunahme der Nachfrage kommt. Wenn das die Diagnosen in den nächsten Monaten bestätigen, muß die Wirtschaftspolitik gegensteuern. Ein Handeln bereits auf der Basis der Prognose ist wegen der möglichen Fehleinschätzungen der zukünftigen Entwicklung riskant.

Die Strategie einer gedämpften Expansion für 1973 bat zum Ziel, die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion so zu steuern, daß Spielraum für eine stetige Zunahme der Produktion bleibt und die Schere zwischen der Entwicklung der Nominalgrößen und der Realgrößen allmählich geschlossen wird (Ziffer 375). Sie paßt in der gegenwärtigen konjunkturellen Phase auch in den Rahmen der Verstetigungsstrategie.

429. Die unterschiedlichen Auffassungen über eine außenwirtschaftliche Absicherung durch größere Wechselkursflexibilität bestehen fort. Die Minderheit hat auf die grundsätzlichen Bedenken gegenüber flexibleren Wechselkursen — mögliche Störungen der binnenwirtschaftlichen Entwicklung und Nachteile für die Handelspartner — hingewiesen (Minderheitsvotum JG 70 Ziffern 302 ff.) sowie auf die negativen Erfahrungen während der Periode des Floatens — zunehmende administrative Behinderungen im internationalen Wirtschaftsverkehr, wechselkurspolitisch orientierter Einsatz der Zinspolitik und binnenwirtschaftlich unerwünschter Restriktionseffekt — aufmerksam gemacht (Minderheitsvotum JG 71 Ziffern 312 ff.). Die Minderheit kann sich daher nicht der Auffassung der Mehrheit anschließen, daß die Periode der Floating zu kurz gewesen sei und ein eher höherer Aufwertungssatz besser gewesen wäre (Ziffer 331). Eine außenwirtschaftliche Absicherung der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Drittländern in der Form des gemeinsamen Floating (Ziffer 360) hält die Minderheit nicht für zweckmäßig.

Zur Frage des monetären Konzepts

430. Wichtigste Steuergröße für die Kreditpolitik der Bundesbank war und ist die Bankenliquidität. Die Mehrheit beklagt, daß die Bankenliquidität dem Kreditsystem eine zu große Elastizität verleiht. Um dem zu begegnen, wäre neben der Einführung einer Offen-Markt-Politik als Mengenpolitik möglich, die Steuergröße Bankenliquidität durch die Steuergröße Zentralbankgeldmenge zu ersetzen (Ziffer 401). Die Minderheit ist der Auffassung, daß die Steuergröße Zentralbankgeldmenge das Problem der Elastizität des Bankensystems nicht lösen würde. Zusätzliche kreditpolitische Instrumente sind erwünscht; aber man sollte sich von ihrem Einsatz keine zu großen Hoffnungen auf eine bessere Steuerung machen.

431. Die Bankenliquidität (Liquiditätssaldo) und die Zentralbankgeldmenge umfassen, das ist beiden Größen gemeinsam, die Guthaben der Banken bei der Zentralbank (Überschußreserven und Mindestreserven). Die Bankenliquidität enthält aber im Gegensatz zur Zentralbankgeldmenge neben den Guthaben bei der Zentralbank (aktuelles Zentralbankgeld der Banken) auch noch potentielles Zentralbankgeld. Hierzu zählen inländische Geldmarktpapiere, Geldmarktanlagen im Ausland und unausgenutzte Rediskontkontingente, also Forderungen, die grundsätzlich jederzeit von den Banken in Zentralbankgeld umgewandelt werden können (JG 70 Ziffer 364). Die Bundesbank hat diese Anlageformen geschaffen, um den Kreditinstituten eine verzinsliche und liquide Anlage von Zentralbankgeld zu ermöglichen. Zur Zentralbankgeldmenge zählt im Gegensatz zur Bankenliquidität das Bargeld. Zieht man die Zentralbankgeldmenge der Bankenliquidität als Steuergröße vor, dann sieht man offenbar Vorteile darin, daß diese Steuergröße kein potentielles Zentralbankgeld enthält, dafür aber Bargeld.

432. Das potentielle Zentralbankgeld wird allein durch administrative Verfügung geschaffen. So sind inländische Geldmarktpapiere nur dann potentielles Zentralbankgeld, wenn diese Papiere in die Geldmarktregulierung der Bundesbank einbezogen sind. Geldmarktanlagen im Ausland sind potentielles Zentralbankgeld, wenn eine Interventionspflicht der Bundesbank an den Devisenmärkten besteht, da die Banken dann die Gewisheit haben, ihre Devisenforderungen zu einem bestimmten Kurs in Zentralbankgeld umtauschen zu können. Rediskontkontingente werden durch kreditpolitischen Beschluß des Zentralbankrates erhöht oder vermindert. Die Bundesbank kann also zusammen mit der Regierung den Umfang potentiellen Zentralbankgeldes ändern. Käme die Bundesbank zu dem Ergebnis, daß aus dem potentiellen Zentralbankgeld eine zu große Elastizität des Kreditsystems herrührt, wäre es ihr ohne weiteres möglich, das Volumen an potentielltem Zentralbankgeld zu beschneiden. Dem Problem einer zu großen Elastizität des monetären Systems wird man nicht gerecht, wenn man nur das (aktuelle) Zentralbankgeld als Steuergröße wählt, obwohl es noch potentielles Zentralbankgeld gibt, das das Kredit schöpfungspotential der Banken mitbestimmt.

433. Veränderungen des Bargeldumlaufs beeinflussen die Bankenliquidität und die Zentralbankgeldmenge unterschiedlich: Nimmt zum Beispiel der Bargeldumlauf zu, dann verlieren die Kreditinstitute im entsprechenden Umfang aktuelles oder potentielles Zentralbankgeld. Der Liquiditätssaldo sinkt und damit verringert sich das Kredit schöpfungspotential der Banken. Die Zentralbankgeldmenge dagegen bleibt unverändert oder steigt, je nachdem, ob dem Zuwachs an Bargeld eine Verringerung an aktuellem Zentralbankgeld bei den Banken gegenübersteht oder nicht. Der restriktive Einfluß einer Zunahme des Bargeldumlaufs zeigt sich also in der Bankenliquidität, nicht aber in der Zentralbankgeldmenge. Die Schwankungen in der Elastizität des Kreditsystems, die durch Änderung des Bargeldumlaufs induziert werden, werden somit nicht beseitigt, wenn die Zentralbankgeldmenge gesteuert wird.

434. Um einen direkteren Einfluß auf die Kreditgewährung zu erhalten, stellt die Mehrheit die Offen-Markt-Politik als Mengenpolitik zur Diskussion. Von diesem Instrument sollte man sich nicht versprechen, daß sich mit ihm die Umwandlung von potentielltem Zentralbankgeld in aktuelles Zentralbankgeld besser steuern ließe als bisher. Die Bundesbank kann auch mit einer Offen-Markt-Politik, so wie sie bislang betrieben wurde, der Beschaffung von aktuellem Zentralbankgeld zum Zwecke der Kreditgewährung entgegenwirken, indem sie die Abgabesätze für Offen-Markt-Papiere heraufsetzt. Überdies ist bei jeder Form der Offen-Markt-Politik zu bedenken, daß im allgemeinen die überwiegende Zahl aller Kreditinstitute auf dem Geldmarkt entweder Geber oder Nehmer von Zentralbankgeld ist und daher beachtliche Zinsänderungen notwendig wären, um den erwünschten Effekt zu erzielen. Sich von einer solchen Ergänzung des kreditpolitischen Instrumentariums zu versprechen, daß damit die Elastizität des Kreditsystems nennenswert gemildert werden könnte, ist eine sehr optimistische Einschätzung.

435. Mehrheit und Minderheit sind sich noch darin einig, daß die Geldmenge kurzfristig weder als Zielgröße noch als Indikator für die Wirkung der monetären Politik befriedigt (Ziffer 395). Eine solche Feststellung fällt wohl auch nicht schwer angesichts des sich nicht entsprechenden Verlaufs von Geldmenge und Bruttosozialprodukt (Schaubild 32 und Ziffer 240). Die Einflüsse von Verhaltensänderungen der Nichtbanken, die sich in Schwankungen der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes widerspiegeln, stören kurzfristig den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Bruttosozialprodukt. Mittelfristig allerdings ist der Zusammenhang zwischen Geldmenge und Bruttosozialprodukt enger; die Verhaltensänderungen gleichen sich über einen längeren Zeitraum weitgehend aus. Die Mehrheit ist daher der Ansicht, daß die Geldmenge als Zielgröße der monetären Politik in einem mittelfristig angelegten Konzept bedeutsamer sein dürfte, als in der kurzfristigen Bekämpfung eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts. Die Minderheit ist nicht der Auffassung, daß der mittelfristige Zusammenhang zwischen Geldmenge und Bruttosozialprodukt bei der

Lösung der konjunkturellen Probleme weiterhilft. Die Aussage, daß mittelfristig mit mehr Verhaltenskonstanz zu rechnen sei, ist konjunkturpolitisch ebensowenig bedeutsam wie die Tatsache, daß mittelfristig die Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik 3 vH und die Arbeitslosenquote 1 vH beträgt. Die Konjunkturpolitik hat es nicht mit mittelfristigen Problemen zu tun, sondern mit kurzfristigen. Es geht darum, Preissteigerungsraten von 6,4 vH (Oktober 1972) oder Arbeitslosenquoten von 3,1 vH (Februar 1967) zu beseitigen. Konjunkturpolitik, aber insbesondere Kreditpolitik, muß kurzfristig orientiert sein. Sie hat daher Verhaltensänderungen, aus denen Schwankungen in der Elastizität des monetären Systems resultieren, in ihren Kalkül mit einzubeziehen.

436. Die Minderheit hält es für bedenklich, der Geld- und Kreditpolitik auf die Dauer eine größere Rolle als in der Vergangenheit zuzuweisen (Ziffer 394). Sie ist vielmehr der Meinung, daß auf die Finanzpolitik auch teilweise nicht verzichtet werden kann, nicht zuletzt deshalb, weil die Finanzpolitik direkter als die Kreditpolitik auf Einnahmen und Ausgaben in der Wirtschaft einwirken kann. Daß im Hinblick auf die wachsenden Kollektivbedürfnisse der Einnahmenpolitik dabei eine größere Rolle zufällt als der Ausgabenpolitik, ändert an dieser Feststellung nichts.

In der Bundesrepublik hat von der Währungsreform bis 1966 die Kreditpolitik die Hauptlast der konjunkturellen Steuerung zu tragen gehabt. In dieser Zeit ist mit Recht das Fehlen einer ausreichenden Finanzpolitik beklagt worden. Es wäre zu bedauern, wenn die Entwicklung wieder in eine solche Richtung zurückginge, denn die Kreditpolitik war und

ist nicht in der Lage, ohne ausreichenden Beistand der übrigen Wirtschaftspolitik den wirtschaftspolitischen Zielen gerecht zu werden. Preise, Beschäftigung, Wachstum und Zahlungsbilanz sind in ihrer Entwicklung mit dem gesamten Konjunkturverlauf verbunden. Einzelne Ziele kann man nicht isolieren und ihre Realisierung einer bestimmten wirtschaftspolitischen Instanz überlassen. Es wäre daher auch bedenklich, das Ziel der Geldwertstabilität zu verselbständigen (Ziffer 352) und es der Kreditpolitik zu überantworten.

Notwendig ist, daß die Kreditpolitik und die Finanzpolitik die gleichen wirtschaftspolitischen Ziele anstreben. Das ist bei der unterschiedlichen Aufgabenstellung im Bundesbankgesetz und dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz nicht gesichert. Die Kreditpolitik und die Finanzpolitik müssen auf der Basis eines wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts abgestimmt werden. Bundesregierung und Bundesbank hätten dabei gemeinsam unter Beachtung der von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft festgelegten Orientierungsdaten und Leitlinien den anzustrebenden Wirtschaftsablauf quantitativ festzulegen. Sie hätten ferner gemeinsam zu beschließen, unter welchen ökonomischen Bedingungen kreditpolitische und andere wirtschaftspolitische Instrumente eingesetzt werden sollen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Kooperation bei der kassenmäßigen Abwicklung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen zu, weil davon der Umfang liquider Mittel der Banken beeinflusst wird (Einlagen/Schuldenpolitik). Ohne ein abgestimmtes wirtschaftspolitisches Konzept sind die Aussichten von vornherein gering, durch wirtschaftspolitisches Handeln zu einer harmonischen wirtschaftlichen Entwicklung zu gelangen.

* * *

FÜNFTES KAPITEL

Grundprobleme der Einkommensverteilung

437. Das „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ verpflichtet den Sachverständigenrat, die Bedingungen dafür aufzuzeigen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. Die Bedingungen zur Sicherung von Stabilität und Wachstum hat der Sachverständigenrat in der Vergangenheit wiederholt dargestellt. Neben einer hinreichenden außenwirtschaftlichen Absicherung gehört dazu auch eine Einkommenspolitik der autonomen Gruppen, die darauf achtet, daß der Prozeß der Einkommensverteilung über den Markt dem Stabilitätsziel nicht zuwiderläuft.

438. Die Einkommensverteilung hat für die Erhaltung der Geldwertstabilität doppelte Bedeutung: Einerseits entscheidet die Einkommensverteilung über die Kaufkraft der Gruppen und damit über die Ansprüche, die sie bei der Einkommensverwendung zu gegebenen Preisen an das Sozialprodukt stellen können. Andererseits stellen die Einkommen im Produktionsprozeß Kosten dar, so daß mit den Einkommen gleichzeitig das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau bestimmt wird. Bei hohem Beschäftigungsgrad wird die Stabilität des Preisniveaus vor allem dann gefährdet sein, wenn die Marktmacht der Anbieter auf den Faktor- und Gütermärkten gegenüber den Nachfragern groß ist. Stabilitätswidrige Lohn- und Preisforderungen lassen sich dann verhältnismäßig leicht und mit geringem Risiko durchsetzen.

Das verteilungspolitisch und stabilitätspolitisch zentrale Problem ist die Verteilung der Einkommen zwischen Kapital und Arbeit. Der Sachverständigenrat sieht für die beteiligten Gruppen nur geringe Chancen, durch Ausübung von Marktmacht auf den Arbeitsmärkten und Gütermärkten die volkswirtschaftlichen Anteile der Arbeitseinkommen oder der Besitzeinkommen auf längere Sicht zu beeinflussen.

Insofern bleiben Verteilungskämpfe, die unter Ausnutzung von Marktmacht ausgetragen werden, funktionslos. Spielt der Staat seinen Part im Konzert der Stabilitätspolitik nicht richtig, können derartige Verteilungskämpfe kurzfristige Änderungen der Verteilungsquoten erreichen. Die nachfolgend einsetzenden Anstrengungen der jeweils anderen Seite, diese kurzfristigen Verteilungsgewinne wieder zu korrigieren, wirken sich destabilisierend für Konjunktur und Preisniveau aus. Eine wesentliche Aufgabe für die Stabilisierungspolitik ist somit darin zu sehen, funktionslose Verteilungskämpfe am Markt entbehrlich zu machen und die Interessen der

autonomen Gruppen stabilitätskonform zu koordinieren (Ziffern 467 ff.).

439. Außerhalb des Verteilungskampfes am Markt werden eine Vielzahl von Verteilungswünschen an die Gemeinschaft herangetragen, sei es in Form von Forderungen nach Subventionen oder Steuervergünstigungen, sei es in Form des Verlangens nach Beteiligung an der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung durch angemessene Erhöhung der Sozialeinkommen. Schließlich beansprucht auch der Staat selbst einen Anteil am Gesamteinkommen entsprechend den Aufgaben, die an ihn gestellt werden.

440. Der Erfolg der Stabilitätspolitik wird zusätzlich in Frage gestellt, wenn die autonomen Gruppen über die Einkommensverteilung hinaus, die der Markt mittelfristig von sich aus herstellen würde, eine Einkommensumverteilung anstreben und dies am Markt durchzusetzen versuchen. Der Sachverständigenrat hat als gegeben zunehmen, daß Einkommensumverteilung als ein selbständiges gesellschaftspolitisches Ziel von allen Beteiligten anerkannt wird. Er sieht es als Aufgabe an, die Bedingungen aufzuzeigen, wie ein solches Ziel erreicht werden kann, ohne daß andere Ziele, Rückgewinnung und Erhaltung der Geldwertstabilität, Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes, zusätzlich gefährdet werden (Ziffern 501 ff.). Dies ist vor allem deswegen von besonderer Bedeutung, weil eine weitere Verschärfung des Verteilungskampfes der Marktpartner, soweit sie die Geldentwertung schürt, letztlich auf Kosten derjenigen geht, die nur mit zeitlicher Verzögerung zum Zuge kommen oder die bei ihren Entscheidungen und Plänen einen stabilen Wert des Geldes für gegeben nehmen. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts bestätigen dies.

I. Zur mittelfristigen Entwicklung der Einkommensverteilung

Erfahrungen des letzten Jahrzehnts

441. Die Diskussion um die Einkommensverteilung wurde von den autonomen Gruppen in der Vergangenheit überwiegend anhand der Lohn- und Gewinnquote geführt. Diese Orientierung an der „funktionalen“ Einkommensverteilung mag darauf beruhen, daß die Statistik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Einkommenskategorien „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ und „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ ausweist. Die Selbständigeneinkommen und die Besitzeinkommen zusammenzufassen und den Einkommen aus unselbständiger Arbeit gegen-

überzustellen, entspricht jedoch auch dem klassischen Bild von den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.

Verteilungspolitisch kommt es aber auf die personelle Verteilung an, also darauf, wie gleichmäßig die Einkommen nach Personen, Haushalten oder sozialen Gruppen verteilt sind. Die funktionelle Einkommensverteilung gibt hier ein falsches Bild. Einmal fließen abhängig Beschäftigten neben den Lohneinkommen auch Mieteinkünfte und Zinseinkünfte auf Spareinlagen zu. Zum anderen lassen die Einkommensaggregate nicht die Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen im Aggregat zusammengefaßten Haushalten erkennen. So stehen der großen Zahl von Arbeitnehmern mit kleinen und mittleren Einkommen die abhängig beschäftigten Führungskräfte gegenüber, deren Einkommen überdies nicht selten wesentlich höher ist, als das eines großen Teils der insgesamt mehr als vier Millionen Selbständigen.

442. Die personelle Verteilung der Einkommen, die sich am Markt ergibt, wird wesentlich durch das Wirken des Staates korrigiert. Der Staat sorgt für die Umverteilung zwischen hohen und niederen Einkommen durch die progressive Besteuerung, zwischen Erwerbstätigen und nicht mehr Erwerbstätigen durch das System der Sozialversicherung, und er gleicht soziale Härten durch besondere Transferzahlungen aus. Diese Art der Umverteilung durch direkte Steuern und Transferzahlungen läßt sich statistisch erfassen. Dagegen fehlen Informationen darüber, wie eine Veränderung der Preisstruktur durch staatliche Maßnahmen oder das Angebot öffentlicher Güter die Realeinkommen einzelner Haushalte oder einzelner sozialer Gruppen beeinflusst. Solche Wirkungen auf die personelle Verteilung, die eigentlich nicht vernachlässigt werden dürften, können daher in die folgende Analyse nicht einbezogen werden.

443. Die Statistik liefert über die personelle Verteilung nur ein unzureichendes Bild. Anhaltspunkte lassen sich im wesentlichen aus der Einkommensteuerstatistik und den Einkommens- und Verbrauchsstichproben gewinnen. Dabei ist zunächst zu beachten, daß die Aufbereitung der Veranlagungsfälle in der Einkommensteuerstatistik eine Einkommenschichtung nur für die steuerpflichtigen Personen zuläßt. Hinzu kommt, daß die steuerlichen Einkommen bei den einzelnen sozialen Gruppen unterschiedlich ermittelt werden und daß der Einkommensbegriff der Steuerstatistik ökonomisch nur beschränkt aussagefähig ist. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben zeichnen demgegenüber die Schichtung der Haushaltseinkommen auf. Da die Stichproben auf freiwilligen Aussagen beruhen, ist hier vor allem problematisch, daß die Ergebnisse durch Antwortverweigerungen erheblich beeinträchtigt werden können. Aus diesem Grunde werden die oberen Einkommenschichten durch die Stichproben nicht repräsentiert. Zudem können Bewertungsprobleme bei der Einkommensermittlung die Befragten überfordern. Trotz solcher Mängel können diese Statistiken zumindest Anhaltspunkte über die personelle Einkommensverteilung im vergangenen Jahrzehnt liefern.

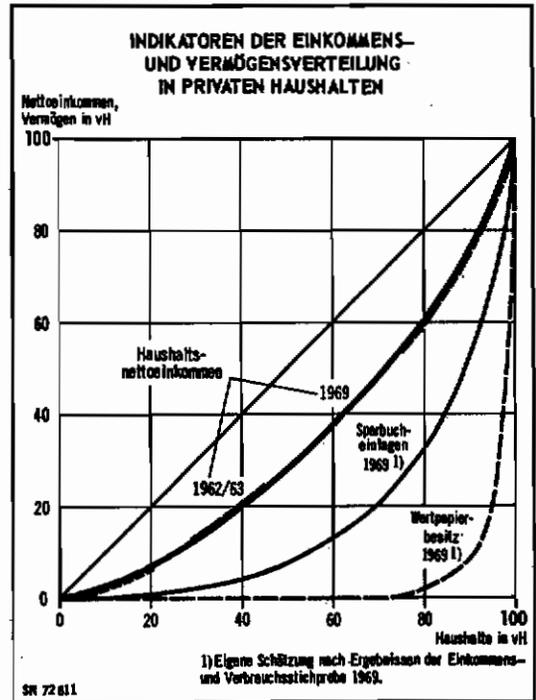
444. Aus der Einkommensteuerstatistik liegen die vollständigen Ergebnisse für das Jahr 1965 vor. Die Erhebung für 1968 ist noch nicht voll ausgewertet¹⁾.

Eine Schichtung der Einkommensbezieher nach der Höhe der steuerpflichtigen Einkünfte ergibt für das Jahr 1965, daß die Hälfte aller Steuerpflichtigen nur über ein Fünftel aller Einkünfte verfügte. Auf 90 vH der Steuerpflichtigen entfielen etwa 60 vH der Einkünfte und auf 99 vH rund 85 vH des gesamten Einkommens.

445. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben lassen darauf schließen, daß die Nettoeinkommen der privaten Haushalte im vergangenen Jahrzehnt gleichmäßiger verteilt waren als die Einkünfte der Steuerpflichtigen (Schaubild 37).

Der Unterschied ist zum Teil schon dadurch zu erklären, daß durch die Progression der direkten

Schaubild 37



Steuern die Verteilung der Nettoeinkommen der privaten Haushalte gleichmäßiger wird. Die Verteilung der Haushaltseinkommen ist aber auch deswegen gleichmäßiger, weil es in den unteren Einkommenschichten häufiger vorkommt, daß mehrere Personen eines Haushalts verdienen. Statistisch er-

¹⁾ Um den großen Informations-Lag der Einkommensteuerstatistik zu verkürzen, hatte der Sachverständigenrat im Jahre 1965 eine Einkommensstatistik angeregt, die nicht auf den Steuerbescheiden, sondern auf den Steuererklärungen aufbaut (JG 65 Anhang III). Eine entsprechende Gesetzesvorlage im Fünften Deutschen Bundestag scheiterte jedoch am Einspruch des Bundesrates (JG 68 Vorwort 11).

Zur mittelfristigen Entwicklung der Einkommensverteilung

gibt sich eine größere Einebnung schließlich dadurch, daß die oberen Einkommensklassen in der Schichtung der Haushaltseinkommen nicht repräsentiert sind.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben geben auch Aufschluß über die Einkommensverteilung zwischen den sozialen Gruppen und über die Verteilung innerhalb der sozialen Gruppen. Im Jahre 1969 war das Haushaltseinkommen von Rentnern und Arbeitern im Durchschnitt niedriger und auch weniger breit gestreut als jenes der Angestellten- und Beamtenhaushalte. In den Haushalten der Selbständigen (ohne Landwirte) wurden weitaus höhere

Durchschnittseinkommen erzielt als in den übrigen Gruppen; hier war auch die Einkommensdifferenzierung besonders groß (Tabelle 36).

Im Vergleich zu den Jahren 1962/63 waren die Haushaltseinkommen 1969 kaum anders verteilt (Schaubild 37), obwohl das durchschnittliche Nettoeinkommen in dieser Zeit von 900 DM auf 1400 DM monatlich stieg. Auch in den einzelnen sozialen Gruppen veränderte sich die personelle Einkommensverteilung im Verlauf der sechziger Jahre nicht nennenswert. Die sozialen Gruppen waren zwar in unterschiedlichem Maße am allgemeinen Einkommensanstieg beteiligt; der relative Abstand zwi-

Tabelle 36

Einkommensschichtung der privaten Haushalte ¹⁾

	Ins- gesamt	Selb- stän- dige ²⁾	Land- wirte	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	Nicht- erwerbs- tätige
	1962/63						
Anzahl der Haushalte (1000)	19 660	1 957	1 118	1 164	2 864	6 569	5 987
Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Anteil in vH						
unter 600	30,9	12,3	9,7	3,2	11,4	23,1	64,0
600 bis 800	21,2	12,3	13,9	16,3	17,8	33,7	14,4
800 bis 1 000	17,7	12,7	18,4	20,9	21,9	24,4	9,3
1 000 bis 1 200	11,2	11,2	18,3	20,1	17,1	11,5	4,9
1 200 bis 1 500	9,1	14,7	18,0	20,1	16,0	5,4	4,5
1 500 bis 2 000	5,8	14,3	19,8	14,4	10,6	1,7	2,0
2 000 und mehr	4,1	22,5	7,9	5,0	5,2	0,2	0,9
	1969						
Anzahl der Haushalte (1000)	20 540	1 568	765	1 229	3 576	6 323	7 079
Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Anteil in vH						
unter 600	14,6	2,3	4,2	0,4	1,2	3,3	37,0
600 bis 800	10,0	3,6	3,0	0,5	4,8	8,2	18,1
800 bis 1 000	11,7	4,5	5,8	4,5	8,6	15,3	13,4
1 000 bis 1 200	12,5	6,4	11,4	10,8	11,4	19,2	8,9
1 200 bis 1 500	16,5	10,1	13,1	20,0	19,4	24,9	8,6
1 500 bis 2 000	17,5	19,0	27,2	28,7	26,1	20,0	7,5
2 000 bis 2 500	8,6	15,9	18,1	18,8	15,1	6,3	3,0
2 500 bis 5 000	7,7	30,2	16,7	16,4	12,6	2,5	2,4
5 000 bis 10 000	0,8	7,9	0,3	0,1	0,7	0,0	0,1

¹⁾ Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

²⁾ Ohne Landwirte.

schen den (hier erfaßten) niedrigen und den hohen Einkommen einer Gruppe blieb jedoch durchweg unverändert.

446. Mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 wurden erstmals auch amtliche Zahlen über die personelle Verteilung von ausgewählten Vermögensarten vorgelegt. Danach verfügten von 100 Haushalten 88 über Geldvermögen auf Sparbüchern, aber nur 20 über Wertpapiere, was vor allem durch den geringen Anteil von Arbeiterhaushalten und Rentnerhaushalten am Wertpapiersparen zu erklären ist. Ähnliche Unterschiede zeigten sich beim Bausparen; insgesamt hatten nur 23 vH der Haushalte Bausparverträge abgeschlossen. Dagegen verfügten 1969 fast 40 vH aller Haushalte über Haus- und Grundbesitz. Von den Haushalten der Selbständigen (ohne Landwirte) hatten nahezu zwei Drittel, von den Haushalten der Nichtselbständigen ein Drittel Eigentum an Grund und Boden; innerhalb der Gruppe der Nichtselbständigen war diese Art von Vermögen jedoch recht gleichmäßig verteilt.

Selbst eine vorsichtige Interpretation dieser Ergebnisse führt zu dem Schluß, daß die Unterschiede in der personellen Verteilung der Vermögen größer sind als in der Einkommensverteilung. Die unterschiedliche Höhe in den Vermögenseinkünften, die den einzelnen Gruppen zufließen, dürfte mit ein Grund für die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung sein.

447. Die Verteilungspolitik der autonomen Gruppen orientierte sich im zurückliegenden Jahrzehnt weniger an der personellen als vielmehr an der funktionellen Einkommensverteilung. Für diese stellt die Statistik im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen jährliche Daten bereit. Die autonomen Gruppen können also kurzfristig überprüfen, ob sie ihre verteilungspolitischen Ziele in der Vergangenheit durchzusetzen vermochten. Dabei kann nominal als Erfolg ausgewiesen werden, was real, unter Berücksichtigung der Geldentwertung, einen Mißerfolg darstellt. Das gesamtwirtschaftliche Preisniveau wird nicht stabil bleiben können, wenn den Produktionsfaktoren (Faktor Arbeit, Faktor Kapital) während einer Periode mehr monetäre Ansprüche auf Güter zuerkannt werden, als real an Gütern erstellt wird. Soll die Stabilität des Preisniveaus von der Kostenseite her nicht gefährdet werden, so bedeutet dies, daß die Faktoreinkommen nicht stärker zunehmen dürfen als das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis.

448. Um den Gefahren zu begegnen, die der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung von der Einkommenspolitik der autonomen Gruppen drohen, hat der Sachverständigenrat in seinem ersten Jahresgutachten für den Lohnfindungsprozeß das Konzept einer kostenniveauneutralen Lohnpolitik vorgestellt (JG 64 Ziffer 248, wieder abgedruckt im Anhang V.). Es ist darauf angelegt, den Spielraum für stabilitätskonforme Lohnerhöhungen im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft ex ante sichtbar zu machen.

Da zumindest während einer Stabilisierungsaktion eine bloße Orientierung der Lohnpolitik an dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs die Gefahr von neuen Verteilungskämpfen nicht in ausreichendem Maße herabsetzt, haben wir die gesamtwirtschaftliche Lohnfindungsregel modifiziert. Was vom voraussichtlichen Anstieg des Preisniveaus als unvermeidlich zu gelten hat, sollte den Lohnerhöhungsspielraum jeweils vergrößern (JG 66 Ziffer 303).

Insgesamt gesehen soll die kostenniveauneutrale Lohnpolitik eine Norm für die Nominallohnentwicklung beschreiben, wie sie bei gegebener Verteilung wirtschaftlicher Macht für die Reallohnentwicklung auf längere Sicht vom Markt her vorgegeben wird.

449. Die verteilungstheoretische Annahme ist, daß mittel- und langfristig die Faktoreinkommen von der relativen Knappheit der Faktoren bestimmt werden. Wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, so passen sich die Lohnsätze doch der relativen Knappheit des Faktors Arbeit an. Ist die staatliche Politik nicht stabilitätskonform und entsteht deshalb ohne Verschulden der Tarifpartner eine Situation anhaltender Überbeschäftigung und Preisniveausteigerung, so bietet sich für die Arbeitnehmer die Chance, durch Ausnutzung von gewerkschaftlicher Marktmacht den Anpassungsprozeß der Löhne an die Knappheitsituation zu beschleunigen und die Verteilung zugunsten des Faktors Arbeit zu ändern. Dies ist aber nur die Korrektur einer auf der permanenten Übernachfrage beruhenden Verzerrung der Verteilung zugunsten der Unternehmer- und Besitzeinkommen.

Bei normaler Beschäftigung und normaler Nachfrage und erst recht bei Unterbeschäftigung und zu geringer Nachfrage drohen Lohnforderungen, die nicht kostenniveauneutral sind, sowohl die Beschäftigungslage zu verschlechtern als auch das Preisniveau hinaufzutreiben. Für die mittelfristige Situation der funktionellen Einkommensverteilung können sie keinen Effekt haben. Sorgt eine geeignete Stabilitätspolitik dafür, daß eine Situation der Normalbeschäftigung überwiegt, wirkt der Versuch, durch Nominallohnerhöhungen die volkswirtschaftliche Lohnquote zu erhöhen, stabilitäts- und beschäftigungsgefährdend, erreicht aber das angestrebte Ziel nicht.

450. Die verteilungstheoretischen Implikationen des Konzepts der kostenniveauneutralen Lohnpolitik lassen sich nachträglich überprüfen, indem man über die letzten drei Konjunkturzyklen hinweg die Reallohnentwicklung mit jenem Spielraum vergleicht, der im privaten Bereich der Wirtschaft für kostenniveauneutrale Lohnerhöhungen verfügbar gewesen wäre. Dieser Spielraum wird bestimmt durch den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen sowie durch die Veränderung der Terms of Trade, die anzeigt, ob der Außenhandel zusätzlich einen verteilbaren Einkommensvorteil erbracht hat¹⁾.

¹⁾ Der Trend der Kapitalkosten je Produkteinheit, der bei dieser Rechnung eigentlich auch in Ansatz zu bringen ist, läßt sich nicht mit genügender Sicherheit schätzen.

Zur mittelfristigen Entwicklung der Einkommensverteilung

Beide Komponenten zusammen — korrigiert um den Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung — hätten zwischen 1959 und 1972 einen Reallohnanstieg von insgesamt 91 vH ermöglicht (Tabelle 37).

Das Lohneinkommen je Arbeitnehmer, bereinigt um den Anstieg der Verbraucherpreise, ist demgegenüber im gleichen Zeitraum um 105 vH gestiegen. Unter der Annahme, daß der Preisindex für die Lebenshaltung den Kaufkraftverlust der Arbeitnehmer nicht unterzeichnet, hätte sich demnach die reale Einkommensposition der Arbeitnehmer über die letzten drei Konjunkturzyklen hinweg um rund 7 1/2 vH verbessert. Der Grund dafür dürfte in der zunehmenden Verknappung der Arbeitskräfte seit Beginn der 60er Jahre zu sehen sein. Die Veränderung in den Knappheitsverhältnissen der Produktionsfaktoren folgt daraus, daß der Kapitalstock schneller wächst als das Arbeitskräftepotential, der technische Fortschritt aber nicht genügend Arbeitskräfte freisetzt. Die Kapitalintensität der Produktion wurde im vergangenen Jahrzehnt kräftig erhöht: Hatte der Kapitaleinsatz je Arbeitskraft von 1950 bis 1960 im Durchschnitt noch um 2,9 vH pro Jahr zugenommen, so

stieg er nach 1960 fast doppelt so rasch, jährlich um 5,6 vH. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war — sieht man von dem Beschäftigungseinbruch 1967 ab — ständig größer als das Arbeitskräfteangebot, obwohl sich dieses wegen der Zunahme der Ausländerbeschäftigung als elastisch erwies. Der Wandel des Arbeitsmarktes zum Verkäufermarkt wurde durch das Streben der Gewerkschaften nach Arbeitszeitverkürzung zusätzlich gefördert.

Die unterschiedliche Intensität der Konjunkturzyklen und die damit verbundene unterschiedliche Anspannung der Lage am Arbeitsmarkt findet ihren Niederschlag in dem Ausmaß, in dem der reale Verteilungsspielraum durch die Lohnpolitik ausgeschöpft wurde. Im dritten Nachkriegszyklus, von 1959 bis 1963, als sich Arbeitskräfte in der Bundesrepublik erstmals spürbar verknappten, konnten die Arbeitnehmer ihre Reallohnposition beträchtlich verbessern, im Zyklus darauf — insbesondere infolge des konjunkturellen Einbruchs 1966/67 — diesen Vorteil jedoch nicht verteidigen (Tabelle 37). Eine entscheidende Verbesserung in der Verteilungsposition zugunsten der abhängig Beschäftigten ist erst wieder 1970 und 1971 eingetreten, in Jahren

Tabelle 37

Zur Entwicklung der Reallohnposition ¹⁾

Zeitraum	Realer Verteilungsspielraum				Verteilung			Reallohnposition der Arbeitnehmer
	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	Terms-of-Trade-Effekt ²⁾	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge ³⁾	insgesamt	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer	Preisindex für die Lebenshaltung ⁴⁾	Reale Brutto- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer	
				1959 = 100				
1959 bis 1963	120,7	101,2	99,1	123,2	141,0	110,0	128,1	104,1
				1963 = 100				
1963 bis 1967	120,3	99,7	99,3	120,8	131,0	111,0	118,1	97,6
				1967 = 100				
1967 bis 1972 ⁵⁾	129,1	102,3	102,8	128,5	161,7	(119,2) ⁶⁾	135,7	105,6
				1959 = 100				
1959 bis 1972 ⁵⁾	187,4	103,2	101,2	191,1	298,7	(145,7) ⁶⁾	205,0	107,3

¹⁾ Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Zeiträume durch multiplikative Verknüpfung von Veränderungsdaten. 1959 ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Gesamtwirtschaft.

³⁾ Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.

⁴⁾ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushalts vorstandes.

⁵⁾ Eigene Schätzung.

⁶⁾ Nach Berücksichtigung der Mehrwertsteuererhöhung am 1. Juli 1968 (JG 69 Ziffer 74) und Erhöhung der Brantwein-, Mineralöl- und Tabaksteuer 1972.

also, in denen der Arbeitsmarkt erneut sehr angespannt war. Insgesamt hat sich dadurch die Reallohnposition der Arbeitnehmer im letzten Zyklus um rund 5 1/2 vH verbessert. Es fragt sich, ob diese starke Verschiebung der Einkommensrelationen über den nächsten Zyklus hinweg Bestand haben wird.

451. Während das Konzept der kostenniveau-neutralen Lohnpolitik darauf abstellt, die Faktoren ex ante zu quantifizieren, die den stabilitätskonformen Verteilungsspielraum bestimmen, wird in der Öffentlichkeit wie bei den Sozialpartnern Erfolg oder Mißerfolg in der Verteilungspolitik nach wie vor überwiegend an den unterschiedlichen Zuwachsraten der nominalen Einkommen der sozialen Gruppen abgelesen. Als Maß hierfür wird die „Lohnquote“ verwendet, der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, dem Nettosozialprodukt zu Faktorkosten. Dieses Meßkonzept ist verteilungstheoretisch nicht einfach zu deuten. Es ist auf die in der verteilungspolitischen Diskussion naheliegende Frage ausgerichtet,

wieweit die Einkommen der abhängig Beschäftigten mit der allgemeinen Einkommensentwicklung Schritt gehalten haben.

452. Die Lohnquote ist nach dem Zweiten Weltkrieg in allen westlichen Industrieländern gestiegen, in der Bundesrepublik insbesondere zu Beginn der sechziger Jahre, als sich das Arbeitskräfteangebot zunehmend verknappte (Tabelle 38). Dieser Anstieg der tatsächlichen Lohnquote wurde vielfach als Beweis für die These gewertet, daß die Einkommensverteilung über die Durchsetzung höherer Nominallöhne zugunsten der Arbeitnehmer zu verbessern sei. Dabei wurde allerdings zumeist außer acht gelassen, daß die tatsächliche Lohnquote nicht allein von der unterschiedlichen Zunahme der Pro-Kopf-Einkommen, sondern auch vom Wandel in der Beschäftigungsstruktur abhängt. Berücksichtigt man, daß die Anzahl der Selbständigen seit 1960 abgenommen, die der Arbeitnehmer dagegen zugenommen hat — der Anteil der Beschäftigten an den Erwerbstätigen, die Arbeitnehmerquote, stieg von 77,2 vH im Jahre 1960 auf 83,1 vH 1971 an —, so

Tabelle 38

Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Lohnquote		Arbeitnehmerquote ³⁾	Arbeitsquote ⁴⁾
		Tatsächliche ¹⁾	Rechnerische ²⁾		
	Veränderung gegen Vorjahr in vH	vH			
1960	.	60,6	60,6	77,2	78,5
1961	+ 9,5	62,2	61,6	78,0	79,8
1962	+ 7,5	64,0	62,8	78,6	81,4
1963	+ 6,6	64,4	62,7	79,3	81,2
1964	+ 9,6	64,3	62,1	79,9	80,5
1965	+ 9,6	64,7	62,1	80,4	80,5
1966	+ 6,1	65,7	62,7	80,8	81,3
1967	- 0,3	65,9	63,2	80,6	81,8
1968	+ 10,9	63,9	60,9	81,0	78,9
1969	+ 10,5	65,2	61,5	81,7	79,7
1970	+ 14,9	66,7	62,5	82,5	80,9
1971	+ 10,1	68,7	63,8	83,1	82,6
1972 ⁵⁾	+ 9,5	68,3	63,2	83,5	81,9

1) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.

2) Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.

3) Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen.

4) Bruttoarbeitseinkommen der Arbeitnehmer plus Arbeitseinkommen der Selbständigen (unter der Annahme gleichen durchschnittlichen Arbeitseinkommens wie der Arbeitnehmer) in vH des Volkseinkommens.

5) Eigene Schätzung.

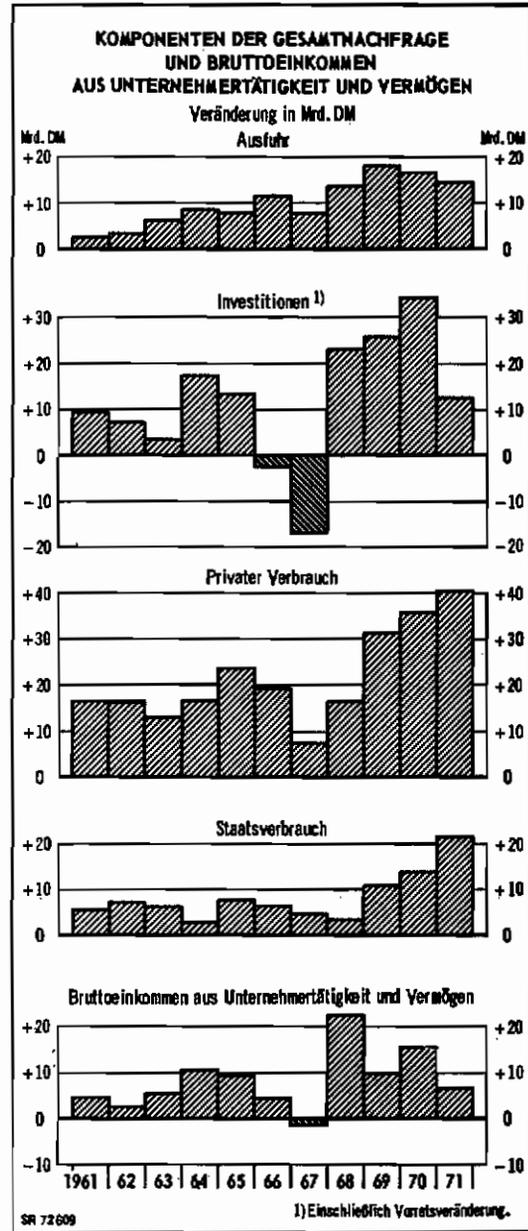
zeigt die von der Veränderung der Beschäftigtenstruktur bereinigte Lohnquote in den Jahren nach 1960 einen geringeren Anstieg, der sich zunächst nicht weiter fortsetzte. Im Jahre 1970 war der Einkommensanteil der Lohnempfänger am Gesamteinkommen nicht höher als 1962. Erst die außergewöhnliche Lohnexplosion des Jahres 1971 hatte die Lohnquote vorübergehend um mehr als einen vollen Prozentpunkt auf ein Niveau angehoben, das sie zuvor noch nicht erreicht hatte.

453. Um den Spielraum der Verteilungspolitik abzugreifen, ist es von Interesse, neben dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit auch dasjenige aus selbständiger Arbeit zu berücksichtigen, welches die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nicht gesondert ausweisen. Unter der Annahme, daß die Selbständigen in alternativen abhängigen Tätigkeiten das gleiche Einkommen erzielen würden wie im Durchschnitt die Arbeitnehmer, läßt sich eine Näherungsgröße für das Einkommen aus selbständiger Arbeit berechnen. Der Anteil des so berechneten gesamten Arbeitseinkommens am Volkseinkommen (Arbeitsquote) hat im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts rund 80 vH betragen.

454. Allen Lohnquoten gemeinsam sind starke zyklische Schwankungen: Während in konjunkturellen Aufschwungsphasen die Unternehmereinkommen der allgemeinen Einkommensentwicklung vorausziehen, holen die Arbeitseinkommen in der Abschwungsphase diesen Rückstand wieder auf. Dies zeigt sich deutlich im vierten und fünften Konjunkturzyklus der Nachkriegszeit: Trotz des starken Anstiegs der bereinigten Lohnquote im Jahre 1971 lag diese im Durchschnitt der Jahre 1967 bis 1971 mit 62,4 vH nicht höher als im Durchschnitt der Jahre 1963 bis 1966.

455. Die unterschiedliche Zunahme der einzelnen Faktoreinkommen im Konjunkturverlauf zeigt, wie sehr die Einkommensverteilung auf kurze Sicht von den Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bestimmt wird. Von den Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage weisen die Investitionsausgaben die stärksten Schwankungen auf (Schaubild 38). Stabilisierend auf die Entwicklung der Gesamtnachfrage wirkte in den Phasen nachlassender Investitionskonjunktur, wie 1963 und 1966/67, vor allem die Ausfuhr. Die zyklischen Veränderungen der Ausgabenneigung, vor allem also Schwankungen der Investitionsbereitschaft bei Unternehmen und Staat, schlagen sich deutlich in der Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nieder, die zu einem wesentlichen Teil Residualeinkommen enthalten.

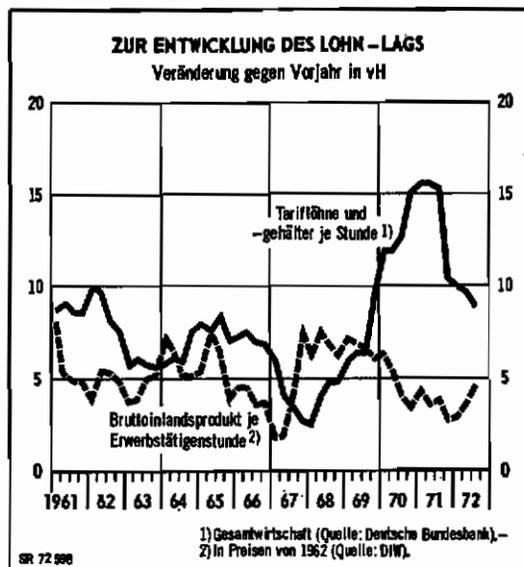
456. Verschiebungen der Einkommensverteilung im Konjunkturverlauf haben ihre Ursache in Starrheiten und dadurch bedingten verzögerten Marktadjustierungen. Im Aufschwung, wenn hohe Produktivitätszuwächse die Stückkosten senken, dies aber nicht in den Preisen weitergegeben wird, steigen



die Unternehmensgewinne rasch an, während die Lohnerhöhungen — und damit die Einkommen aus unselbständiger Arbeit — der Produktivitätsentwicklung erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung folgen. Dieser Lohn-Lag ist allerdings später auch im Abschwung wirksam: Die Lohnsteigerungen nehmen erst ab, nachdem die Produktivitätsfortschritte schon eine Zeitlang kleiner geworden sind (Schaubild 39).

Mißt man den Lohn-Lag am zeitlichen Abstand zwischen den jeweiligen oberen beziehungsweise unteren Wendepunkten in den Veränderungsdaten

Schaubild 39



der Arbeitsproduktivität und des Tariflohn- und Gehaltsniveaus, so zeigt sich folgendes Bild:

Der Lohn-Lag in der Gesamtwirtschaft dauerte zwischen den jeweiligen Tiefpunkten:		zwischen den jeweiligen Höhepunkten:	
1958/59	4 Vierteljahre	1960/62	5 Vierteljahre
1963	3 Vierteljahre	1965/66	4 Vierteljahre
1967/68	4 Vierteljahre	1969/71	9 Vierteljahre
1971/72	4 Vierteljahre.		

457. Der Lohn-Lag war in den konjunkturellen Aufschwungsphasen vor allem institutionell bedingt. Da die Gewerkschaften im Abschwung — wenn das Beschäftigungsziel Vorrang hat — zu Tarifverträgen mit langen Laufzeiten bereit waren, gelang es ihnen aufgrund der vertraglichen Bindung im neuen Aufschwung nicht rechtzeitig, die Tariflöhne dem Produktivitätszuwachs anzupassen. Allerdings setzt sich hier ein allmählicher Wandel durch: Die durchschnittliche Laufzeit der Tarifverträge, die 1963 noch 17 Monate betragen hatte, belief sich 1967 auf 15 Monate, 1971 auf 13 Monate. Ein weiterer Grund für das Zurückbleiben der Löhne im Aufschwung ist darin zu sehen, daß zu Beginn eines Aufschwungs die Unsicherheit über die Stärke der zu erwartenden konjunkturellen Expansion regelmäßig sehr groß war.

Zu Beginn einer Abschwungsphase dagegen hatten die Gewerkschaften die günstigere Verhandlungsposition. Zum einen erhöhte sich die Nachfrage nach

Arbeitskräften auch dann noch, wenn die Abschwungsphase bereits begonnen hatte und die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität schon zurückging, zum anderen setzten die Unternehmen aufgrund der hohen Gewinne im Aufschwung den Lohnforderungen noch wenig Widerstand entgegen, so daß der durchschnittliche Lohnsatz noch weiter stieg. Außerdem waren die Unternehmen selbst bei fortschreitender konjunktureller Abschwächung bestrebt, Arbeitskräfte, die sie in einem erwarteten Aufschwung wieder benötigten, möglichst zu halten. So entsprach es der extremen Arbeitsmarktlage im Höhepunkt des fünften Konjunkturzyklus (1969/70), daß der Lohn-Lag im darauffolgenden Abschwung größer war und sich die Verteilungsrelation stärker zugunsten der Arbeitnehmer verbesserte als in den Abschwungsphasen der vorangegangenen Zyklen.

Umverteilung durch den Staat

458. Der Staat greift in die Verteilung der Faktoreinkommen ein, die sich am Markt ergibt. Er beansprucht einerseits einen Teil der Einkommen in Form von direkten und indirekten Abgaben, welche die Einkommen unterschiedlich stark belasten. Andererseits leistet der Staat Transferzahlungen an die privaten Bereiche, die ebenfalls verteilungswirksam sind. Ändert sich der Anteil des Staates am Sozialprodukt, beeinflußt dies darüber hinaus die Verteilung im privaten Bereich, insoweit die zusätzlich bereitgestellten öffentlichen Güter von den einzelnen unterschiedlich stark genutzt werden.

459. Die gesamten Einnahmen des Staates sind seit 1960 kräftiger gestiegen als das Sozialprodukt; ihr Anteil am Bruttosozialprodukt hat sich von 35,5 vH auf 38 vH im Jahre 1971 erhöht. Dies ist vor allem auf die kräftige Zunahme der Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen, deren Anteil am Sozialprodukt seit 1960 von 10,3 vH auf 12,5 vH stieg. Die Steuereinnahmen haben dagegen relativ langsam zugenommen. Die Steuerquote, der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt, ist seit 1960 im Trend eher gesunken; im Jahre 1971 betrug sie 22,2 vH (Tabelle 39). Die sonstigen Einnahmen des Staates haben im Trend im gleichen Maße zugenommen wie das Sozialprodukt.

Innerhalb des Steueraufkommens sind die Einnahmen aus direkten Steuern stärker gestiegen als aus indirekten Steuern. Besonders rasch hat sich im letzten Jahrzehnt das Aufkommen an Lohnsteuer erhöht; 1971 betrug der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen rund ein Viertel. Demgegenüber ergab die veranlagte Einkommensteuer 1971 nur noch knapp ein Sechstel der Steuereinnahmen. Der Anteil der indirekten Steuern ging leicht zurück, von 63 vH im Jahre 1960 auf 60 vH im Jahre 1971.

Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen

Jahr	Steuern							Sozialversicherungsbeiträge	
	insgesamt	direkte Steuern ¹⁾			indirekte Steuern ¹⁾		Anteil der Steuern insgesamt am Brutto-sozialprodukt	insgesamt	Anteil am Brutto-sozialprodukt
		zusammen	darunter		zusammen	darunter Steuern vom Umsatz			
			Lohnsteuer	veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer					
Mrd. DM							vH	Mrd. DM	vH
1960	68,45	25,15	8,10	15,47	43,30	16,15	22,6	31,04	10,3
1961	78,53	30,62	10,45	18,29	47,91	17,87	23,6	34,18	10,3
1962	86,38	34,40	12,32	20,01	51,98	19,21	24,0	37,70	10,5
1963	91,08	36,48	13,84	21,14	54,60	20,04	23,7	40,59	10,6
1964	99,39	39,83	16,09	22,12	59,56	21,93	23,6	43,47	10,3
1965	105,46	40,74	16,74	22,97	64,72	24,22	22,9	48,05	10,4
1966	112,45	43,78	19,06	23,76	68,67	25,06	22,9	53,22	10,8
1967	114,63	43,35	19,56	22,84	71,28	24,72	23,1	54,62	11,0
1968	121,80	48,53	22,08	24,83	73,27	25,69	22,6	60,24	11,2
1969	145,29	57,02	27,06	27,88	88,27	36,75	24,0	69,78	11,5
1970	150,52	59,49	35,09	24,72	91,03	38,13	22,0	82,76	12,1
1971	168,48	67,99	42,80	25,51	100,49	42,90	22,2	94,96	12,5

¹⁾ Abgrenzung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

460. Der Wandel in der Struktur der direkten Steuern spiegelt sich in der Verteilung der Nettoeinkommen. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit sind von 1959 bis 1971, über drei Zyklen hinweg, jährlich brutto um 10,6 vH, netto um 9,4 vH gestiegen (Tabelle 40). Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen haben brutto mit einer Jahresrate von 7,2 vH, netto aber um 7,4 vH, zugenommen. Entsprechend hat sich der Anteil der Lohnsteuer an der Bruttoeinkommen- und -gehaltssumme im letzten Jahrzehnt ständig erhöht, seit 1969 sogar beschleunigt. Der Anteil der direkten Steuern am Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hat im Trend abgenommen (Schaubild 40). Die

durchschnittliche Belastung der Lohneinkommen mit direkten Steuern betrug 1971 bereits mehr als 12 vH, jene der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gerade noch 20 vH.

461. Im vergangenen Jahrzehnt war offensichtlich vor allem der Zuwachs der Arbeitnehmereinkommen von der direkten und indirekten Progression der Einkommensteuer betroffen, obwohl die Einkommensteuer bis 1965 mehrfach gesenkt wurde (JG 69 Ziffer 83).

Je mehr die Masse der Lohneinkommen im Einkommensteuertarif nach oben rückte, um so mehr schlug

Tabelle 40

Zur Verteilung des Volkseinkommens
durchschnittliche jährliche Veränderung in vH

Zeitraum	Einkommen aus unselbständiger Arbeit						
	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ¹⁾	Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung ¹⁾	Bruttolohn- und -gehaltssumme ¹⁾	Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung ¹⁾	Lohnsteuer ¹⁾	Anteil der Lohnsteuer am Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ²⁾	Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ¹⁾
1959 bis 1963 ³⁾	+12,3	+11,7	+12,5	+12,0	+24,7	6,0	+11,6
1963 bis 1967	+ 6,8	+ 6,6	+ 6,9	+ 8,3	+ 9,5	7,3	+ 6,4
1967 bis 1971	+12,7	+16,7	+12,2	+14,7	+24,8 ⁴⁾	9,4	+10,3
1959 bis 1971 ³⁾	+10,6	+11,6	+10,5	+11,6	+19,4 ⁴⁾	7,6	+ 9,4
Zeitraum	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen						
	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ¹⁾	direkte Steuern u. ä. ¹⁾	Anteil der Steuern am Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ²⁾	Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ¹⁾
				insgesamt ¹⁾	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen		
				der privaten Haushalte ¹⁾	des Staates ¹⁾		
1959 bis 1963 ³⁾	+7,5	+11,8	24,3	+ 6,1	+ 9,3	+13,0	-3,5
1963 bis 1967	+5,0	+ 2,3	24,1	+ 5,9	+ 7,3	- 4,5	+2,8
1967 bis 1971	+9,3	+ 5,6 ⁴⁾	21,5	+10,3	+11,4	+10,2	+4,9
1959 bis 1971 ³⁾	+7,2	+ 6,5 ⁴⁾	23,1	+ 7,4	+ 9,3	+ 5,9	+1,3

¹⁾ Geometrisches Mittel.

²⁾ Arithmetisches Mittel.

³⁾ Bis 1960 ohne Saarland und Berlin.

⁴⁾ 1970 und 1971 einschließlich Konjunkturrückgang.

allerdings auch ein statistischer Effekt zu Buche: Da die Rückerstattungen von überzahlter Lohnsteuer teilweise als Einkommensteuerrückerstattungen gezählt werden, erscheint das Lohnsteueraufkommen zu hoch, das Einkommensteueraufkommen zu niedrig, wenn der Umfang solcher Rückerstattungen — wie in den letzten Jahren — zunimmt.

Ausgeprägte zyklische Bewegungen sind bei der Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen nicht festzustellen (Schaubild 40). Sieht man vom Einfluß der Steuerrechtsänderungen im Jahre 1965 ab, so war die Aufkommensreagibilität der Lohnsteuer in Bezug auf die Bruttolohn- und -gehaltssumme seit 1960 ziemlich konstant. Das Aufkommen an veranlagten Einkommensteuern hat sich im großen und ganzen entgegen dem Konjunkturverlauf bewegt. Anders als die Lohnsteuer hat die veranlagte Einkommensteuer die hohe Elastizität der Jahre 1961/62 nicht wieder erreicht. Dies mag zum Teil darauf beruhen, daß sich nicht nur die Veranlagungen verzögert haben, sondern auch die Steuererklärungsfristen in den letzten Jahren erheblich verlängert worden sind.

462. Die Transferzahlungen des Staates an private Haushalte haben sich von 1960 bis 1971 insgesamt mehr als verdoppelt (Tabelle 41).

Im großen und ganzen hielten die öffentlichen Einkommensübertragungen mit der Entwicklung der übrigen Einkommen der privaten Haushalte Schritt, so daß ihr Anteil am verfügbaren Einkommen —

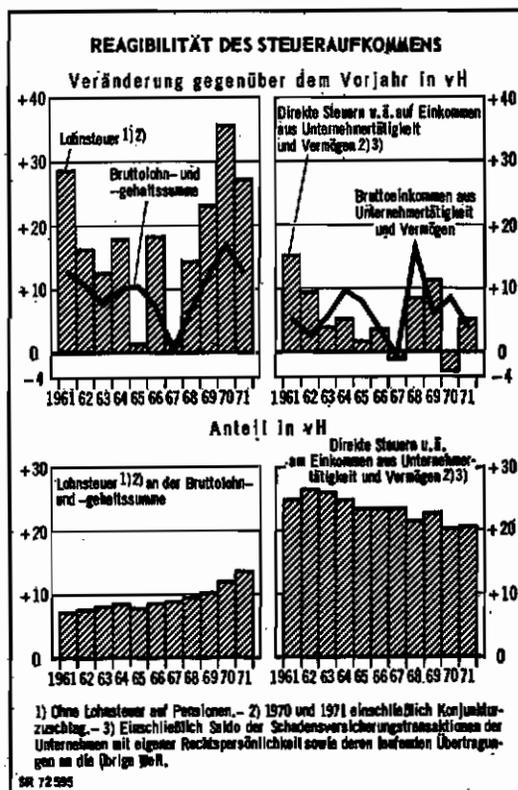


Tabelle 41

Laufende Übertragungen des Staates an private Haushalte

	1960	1965	1971	1960—1971 durchschnittliche jährliche Veränderung in vH	1960	1965	1971
	Mrd. DM				Anteil in vH		
Insgesamt	37,61	59,13	96,69	9,0	100	100	100
darunter:							
Öffentliche Pensionen 1)	6,75	10,75	19,05	9,9	17,9	15,2	19,7
Leistungen der Rentenversicherung 2)	18,32	29,40	50,43	9,6	48,7	49,7	52,2
Versorgung der Kriegsofizer	3,37	4,56	6,33	5,9	9,0	7,7	6,5
Leistungen im Rahmen des Lastenausgleichs	1,85	1,84	1,61	-1,2	4,9	3,1	1,7
Leistungen der sozialen Krankenversicherung	3,09	4,33	4,46	3,4	8,2	7,3	4,6
Leistungen der Arbeitslosenversicherung	0,60	0,91	3,42	17,1	1,6	1,5	3,5
Leistungen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe	1,10	1,50	2,37	7,2	2,9	2,5	2,5
Gesetzliches Kindergeld	2,75	3,22	.	.	4,7	6,3

1) Einschließlich Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst.

2) Einschließlich gesetzlicher Unfallversicherung.

fast ein Fünftel — unverändert blieb (Tabelle 42). Erhebliche Umverteilungswirkungen haben diese Einkommenstransfers allerdings nicht bewirkt. Die sozialpolitische Forderung, den Anteil der Sozialleistungen am Sozialprodukt zu erhöhen, konnte insgesamt gesehen nicht verwirklicht werden.

Verteilungswirkungen der Geldentwertung

463. Die Geldentwertung im letzten Jahrzehnt, vor allem aber deren Beschleunigung im vergangenen Konjunkturzyklus, hat den Staat und den privaten Sektor in unterschiedlichem Ausmaß getroffen.

Dem Staat wurde es zunehmend erschwert, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Die besondere Ausgabenstruktur des Staates führte dazu, daß sich im Zuge der Geldentwertung die Preisstruktur stärker zu Ungunsten des Staates veränderte, als dies bei Geldwertstabilität ohnehin der Fall gewesen wäre. Die staatliche Nachfrage war also von dem allge-

meinen Preisanstieg im Durchschnitt mehr betroffen als die private Nachfrage: Planten die Gebietskörperschaften in den vergangenen Jahren zumeist, das Produktionspotential stärker zu beanspruchen als 1966, die Staatsquote also zu erhöhen (JG 71 Ziffer 189), so vermochten sie ihre Ansprüche jedoch nicht durchzusetzen. Die Preissteigerungen waren insgesamt höher, als jeweils zu Beginn der Haushaltsperiode für unvermeidlich zu halten war.

464. Welche Verteilungswirkungen der Inflationsprozeß innerhalb des privaten Sektors hatte, ist schwer meßbar. Sieht man von der sprunghaften Veränderung der Einkommensrelation zwischen abhängig Beschäftigten und den Beziehern von Vermögens- und Besitzeinkommen in den Jahren 1970 und 1971 ab — eine leichte Korrektur hat 1972 bereits stattgefunden (Ziffer 174) —, so deutet die relative Konstanz in der funktionellen Einkommensverteilung während der letzten zehn Jahre darauf hin, daß eine inflationsbedingte Verschiebung zwischen Lohneinkommen und Gewinneinkommen nicht

Tabelle 42

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Jahr	Verfügbares Einkommen (ohne nichtentnommene Gewinne ¹⁾)			Einkommen aus unselbständiger Arbeit (netto)		Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen		Laufende Übertragungen vom Staat			
								insgesamt ²⁾		darunter: Renten ³⁾	
	Mrd. DM	Anteil in vH ⁴⁾		Mrd. DM	Anteil in vH ⁴⁾	Mrd. DM	Anteil in vH ⁴⁾	Mrd. DM	Anteil in vH ⁴⁾	Mrd. DM	Anteil in vH ⁴⁾
1960	192,07	107,25	55,8	47,62	24,8	37,20	19,4	17,10	8,9		
1961	211,40	119,92	56,7	50,97	24,1	40,51	19,2	18,63	8,8		
1962	230,22	132,04	57,4	53,74	23,3	44,44	19,3	20,24	8,8		
1963	247,90	140,97	56,9	59,62	24,0	47,31	19,1	21,84	8,8		
1964	271,07	154,19	56,9	64,82	23,9	52,06	19,2	24,23	8,9		
1965	302,77	171,56	56,7	72,87	24,1	58,34	19,3	26,97	8,9		
1966	322,49	181,65	56,3	76,89	23,8	63,95	19,8	30,08	9,3		
1967	330,30	180,78	54,7	79,10	23,9	70,42	21,3	34,09	10,3		
1968	352,61	190,76	54,1	88,05	25,0	73,80	20,9	36,39	10,3		
1969	392,31	210,52	53,7	102,10	26,0	79,69	20,3	39,94	10,2		
1970	436,57	241,65	55,4	108,93	25,0	65,99	19,7	43,88	10,1		
1971	485,02	267,25	55,1	122,20	25,2	95,57	19,7	47,21	9,7		

¹⁾ Einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden und nichtzurechenbare Übertragungen.
²⁾ Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.
³⁾ Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie knappschaftliche Rentenversicherung.
⁴⁾ Anteil am verfügbaren Einkommen (ohne nichtentnommene Gewinne).

stattgefunden hat. Den Marktpartnern ist es damit im ganzen gelungen, den jeweiligen Vorsprung der anderen Gruppe im nachhinein zu korrigieren. Dadurch wurden Nachteile für die eigenen Gruppen stets abgewehrt, wenngleich auf Kosten der Geldwertstabilität.

465. Es ist aber nicht auszuschließen, daß innerhalb der beiden Einkommenskategorien „Arbeitseinkommen“ und „Besitz- und Vermögenseinkommen“ eine Beschleunigung der Inflation eine Veränderung der Einkommensverteilung bewirkt.

Einmal können innerhalb der Wirtschaft einzelne Bereiche unterschiedlich stark von der Inflation begünstigt sein, so daß sich die Lohnrelationen ändern. Insofern dient eine stetig schleichende Geldentwertung dem Marktsystem noch als List, strukturell notwendige Änderungen in den Lohnrelationen herbeizuführen, ohne daß dabei Löhne gesenkt werden müssen.

Zum anderen dürften auch die Empfänger von Vermögenseinkommen vom inflatorischen Umverteilungsprozeß betroffen sein.

Während sich bei den Geldschuldern mit dem Geldwertschwund die reale Schuldenlast vermindert, so

lange der Zins nicht die volle Inflationsrate enthält, werden die Geldgläubiger Mühe haben, die angestrebte Realverzinsung zu erreichen. Aus Tabelle 43 kann der Schluß gezogen werden, daß die Besitzer von Geldvermögen zumindest in einigen Jahren keinen vollen Ausgleich für Inflationsverluste mit der Nominalverzinsung erhalten haben.

466. Besonders betroffen von den Folgen des Verteilungskampfes der autonomen Gruppen sind jedoch jene, die nicht unmittelbar am Markt die Nachteile der Geldentwertung von sich abzuwehren vermögen. Dies gilt insbesondere für die Rentner. Sie sind stets dann besonders von der Geldentwertung benachteiligt, wenn diese sich beschleunigt, ihre Bezüge aber weiter mit Verzögerung an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt werden. Selbst in der Vergangenheit, als der Geldwertschwund von heute aus betrachtet noch verhältnismäßig milde war, ist eine gleichmäßige Beteiligung der Rentner am realen gesamtwirtschaftlichen Einkommenszuwachs nicht gelungen: Seit der Rentenreform, von 1957 bis 1971, stiegen die Löhne je beschäftigten Arbeitnehmer jährlich im Durchschnitt um 5¹/₂ vH real; dagegen erhöhten sich die Renten — gemessen am Anstieg der allgemeinen Bemessungsgrundlage —

Tabelle 43

Realzins
Prozent

Jahr	Zinssatz auf Sparanlagen ¹⁾	Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere	Preisindex		Realzins ²⁾ aus			
			für die letzte inländische Verwendung ³⁾	für den Privaten Verbrauch ⁴⁾	(1) - (3)	(1) - (4)	(2) - (3)	(2) - (4)
			(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1962	3,25	6,0	+3,7	+3,0	-0,4	+0,2	+2,2	+2,9
1963	3,25	6,1	+3,0	+2,7	+0,2	+0,5	+3,0	+3,3
1964	3,25	6,2	+2,8	+2,3	+0,4	+0,9	+3,3	+3,8
1965	3,52	6,8	+3,7	+3,2	-0,2	+0,3	+3,0	+3,5
1966	4,13	7,8	+3,8	+3,5	+0,3	+0,6	+3,9	+4,2
1967	3,74	7,0	+1,4	+1,8	+2,3	+1,9	+5,5	+5,1
1968	3,53	6,7	+1,5	+1,9	+2,0	+1,6	+5,1	+4,7
1969	3,77	7,0	+3,6	+2,5	+0,2	+1,2	+3,3	+4,4
1970	4,91	8,2	+6,4	+3,5	-1,4	+1,4	+1,7	+4,5
1971	4,74	8,2	+7,1	+5,1	-2,2	-0,3	+1,0	+2,9

¹⁾ Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Ab 1. 4. 1967 (Anhebung der Zinsbindung) Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze.

²⁾ Veränderung gegenüber Vorjahr in vH.

³⁾ Multiplikativ errechnet.

real nur um $3\frac{1}{2}$ vH jährlich. Sie blieben auch hinter dem Anstieg der Nettolöhne zurück, die real um rund $4\frac{1}{2}$ vH zunahmen. Nachdem von 1971 an die beschleunigte Geldentwertung die Rentner ganz besonders stark benachteiligt hatte, trug der Gesetzgeber dem 1972 durch eine vorgezogene Rentenerhöhung Rechnung (Ziffer 182).

II. Der stabilitätspolitische Aspekt der Einkommensverteilung

Marktmacht und Stabilität

467. Die Einkommensverteilung muß nicht ein stabilitätspolitisches Problem sein. Das wäre sie dann nicht, wenn sich die Preisbildung auf den Märkten entsprechend dem lehrbuchmäßigen Idealmodell marktwirtschaftlicher Koordination vollzöge, in dem Preise allein Ausdruck relativer Knappheit der Güter sind. In diesem Idealmodell sind Preise nach oben wie nach unten gleich reagibel, so daß auch die Veränderungen der relativen Knappheit der Güter und damit der Preisrelationen mit der Stabilität des Preisniveaus verträglich sind. Denn diese Stabilität erfordert, daß steigenden Preisen einiger Güter sinkende Preise anderer Güter gegenüberstehen. Bestimmt werden die Preisrelationen durch den Markt: er bestimmt so auch, welche Güter in welcher Menge produziert werden, wieviel an Kapital und Arbeit dabei eingesetzt wird und wie beide Faktoren im Vergleich zueinander entlohnt werden. Die Einkommensverteilung ergibt sich dann zwangsläufig mit dem Umfang der Produktion und der Beschäftigung. Dabei kann das Preisniveau hoch oder niedrig sein; das entscheiden die nominalen Größen.

468. Die marktmäßige Koordination vollzieht sich in Wirklichkeit unter ungünstigeren Bedingungen. Die Größe einzelner Anbieter und die Möglichkeit, durch Verabredung das Marktverhalten abzustimmen, schaffen Marktmacht. Marktmacht haben heißt, die Preisrelationen zu den eigenen Gunsten beeinflussen können; Marktmacht nutzen bedeutet, dem Preis- und Verteilungsautomatismus des Marktes durch organisierten Verteilungskampf entgegenwirken. Daß Marktmacht besteht und auch genutzt wird, beweist der Verteilungskampf zwischen den Beziehern von Arbeitseinkommen und den Beziehern von Besitzinkommen.

Je stärker die Marktmacht auf den Güter- und Faktormärkten wirkt, desto länger können die Preise auf diesen Märkten den konjunkturell oder strukturell bedingten Verschiebungen der Güterknappheit widerstehen, desto mehr ist also die rasche Anpassungsfähigkeit des Preissystems bedroht. Um so stärker müssen Mengenreaktionen die Anpassung an veränderte Marktbedingungen übernehmen. Konjunkturpolitik wird dadurch schwieriger.

Auch das Ziel der Preisstabilität ist schwieriger zu erreichen. Je größer die Marktmacht in der Volkswirtschaft ist und je weniger reagibel deshalb die

Preise sind, desto stärker muß die Gesamtnachfrage gedämpft werden, um den Preisauftrieb im gewollten Maße zu verringern. Vollbeschäftigung, stetiges Wachstum und Preisstabilität miteinander zu vereinbaren, wird daher um so schwerer gelingen, je stärker die Marktmacht großer Anbieter und der großen gesellschaftlichen Gruppen ist.

469. Der Verteilungskampf kann kurzfristig an Schärfe verlieren, wenn Staat und Notenbank eine expansive Politik betreiben, die hohe Nominallohnsteigerungen mit hohen Gewinnsteigerungen vereinbar macht. Das geht aber auf Kosten des Geldwertes. Die Atempause im Verteilungskampf ergibt sich außerdem nur dann, wenn die Arbeitnehmer in ihre Lohnforderungen nicht künftige Preissteigerungen schon einbeziehen. Anhaltender Geldwerteschwund führt zu Inflationsgewöhnung, die den Verteilungskampf wieder genauso scharf werden läßt, wie wenn man den kurzfristig billigen Ausweg einer inflatorischen Expansionspolitik nicht gewählt hätte. Der Verteilungskampf bei Inflation kann sogar schärfer werden, wenn Unsicherheit über die künftige Inflationsrate die Gruppen veranlaßt, vorsorglich noch aggressiver zu handeln, um auch im ungünstigen Fall der zukünftigen Preisentwicklung einen zufriedenstellenden Anteil am Volkseinkommen zu erringen. So ist die Ausflucht in die inflatorische Expansion Ausdruck kurzatmiger Politik und die resultierende Inflationsrate Gradmesser dieser Kurzatmigkeit.

470. Gesamtwirtschaftliche Stabilitätspolitik liegt primär in der Verantwortung des Staates. Es darf aber nicht übersehen werden, daß der Staat nicht völlig unabhängig von der Gesellschaft und von ihren Gruppen ist. Er kann die Bedingungen nicht nach Belieben setzen, auch nicht die stabilitätspolitischen. Vielmehr können die Gruppen, ist ihre Marktmacht nur groß genug, den Staat zur Hinnahme von Stabilitätsverlusten zwingen, sollen der Gesellschaft nicht Wachstums- und Beschäftigungseinbußen aufgeladen werden, die sie nicht tragen will oder kann. Die staatliche Politik vermag deshalb immer nur tendenziell, nie aber vollkommen das, was das Gemeinwohl langfristig erfordert, zu ihrer Richtschnur zu machen.

471. Aktive Wettbewerbspolitik sowie Geld- und Finanzpolitik können zwar ihren Beitrag zur Herstellung und Erhaltung von Stabilität leisten. Aber sie reichen hierfür nicht aus. Auch eine noch so wirksame Wettbewerbspolitik kann auf den Gütermärkten nicht Bedingungen herstellen, die dem bezeichneten Idealmodell der Preisbildung (Ziffer 467) nahekommen. Preisstarrheiten und Marktmacht großer Anbieter ergeben sich vielfach durch die modernen Produktions- und Vertriebsbedingungen. Zudem kann Marktmacht politisch garantiert sein, wie etwa die Koalitionsfreiheit der Tarifpartner. Verbesserte Instrumente der Geld-, Währungs- und Finanzpolitik sind wichtig, damit der Staat seinen von ihm zugesagten Teil zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung auch leisten kann. Aber sie beseltigen nicht das

Kernproblem der Stabilität: den mit Marktmacht ausgetragenen Verteilungskampf.

472. Soll der Staat nicht ein zum Kompromiß mit den Mitspielern verurteilter Schiedsrichter des Verteilungskampfes der Gruppen sein, so sind geeignete Formen der Koordination staatlicher Stabilitätspolitik und des Gruppenverhaltens ständig zu diskutieren.

Die Bereitschaft der autonomen Gruppen, sich im Interesse der Stabilität an dieser Koordination zu beteiligen, hängt wesentlich davon ab, daß ihnen Spielraum zur Vertretung dessen verbleibt, was sie als ihr Interesse ansehen. Wesentlich gehört dazu, daß Chancen der Umverteilung bestehenbleiben. Gesamtwirtschaftliche Koordination kann also nicht soweit gehen, Verteilungsquoten festzuschreiben. Die innere Struktur der organisierten Gruppen legt den Formen und Inhalten verabredeter Koordination des Handelns weitere Schranken auf. Nie kann die von den Spitzen der Gruppen verabredete Verhaltenskoordination soweit gehen, daß die Basis der Gruppen den Argwohn hegt, ihre Interessen würden nicht entschieden genug vertreten. Die spontanen Arbeitsniederlegungen im Herbst 1969 zeigen dies am Beispiel der Bundesrepublik.

Damit hängt das Problem zusammen, daß sich die Mitglieder der autonomen Gruppen teilweise und zeitweise übertriebene Vorstellungen über die kurz- oder mittelfristig erreichbare Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der eigenen Gruppe machen. Die Fehleinschätzung des Erreichbaren — oft auch nur die Sorge, der Markt werde mittelfristig nicht korrigieren, was die Gegenseite im Auf und Ab der Konjunktur kurzfristig an Vorteilen erzielt hat — führt zu aggressivem Verhalten und vermindert die Chancen der Kooperation zugunsten der Stabilität. Hier aufklärend zu wirken, gehört zu den wesentlichen Funktionen einer Kommunikation und Kooperation zwischen dem Staat und den Gruppen.

473. In der Bundesrepublik wurde ein Versuch gemacht, den Staat und die autonomen Gruppen im Gespräch über das verteilungspolitisch Mögliche und das stabilitätspolitisch Notwendige zusammenzuführen, um Fehlverhalten vorzubeugen. Dieser Versuch ist die Konzertierte Aktion, ein „gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten der Gebietskörperschaften, der Gewerkschaften und der Unternehmensverbände“ (§ 3 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes). Die Verhaltenskoordination zu bewirken, ist Sache von Orientierungsdaten, die im Falle der Gefährdung eines der gesamtwirtschaftlichen Ziele von der Bundesregierung bereitstellen sind.

Die bisherige Bilanz ist, gemessen an dem, was sich der Staat erhoffte, enttäuschend. Gemessen an dem, was die Kritik der Konzertierten Aktion anlastet, von Versagen in schwierigen Situationen bis zur völligen Nutzlosigkeit und zum ordnungspolitischen Argernis, ist sie besser als ihr Ruf. Den Verteilungskampf konnte sie nicht hängen, sie hat ihn nicht einmal entschärft. Der Konzertierte Aktion dies vorwerfen, heißt jedoch, den Kern der Verteilungs-

politischen Auseinandersetzung, das Ringen um Anteilsquoten durch Einsatz von Marktmacht, nicht sehen und außerdem nicht zugeben, daß der Staat als konjunkturpolitische Entscheidungsinstanz in Planung und Vollzug der öffentlichen Haushalte wiederholt nicht stabilitätsgerecht gehandelt hat. Die Orientierungsdaten konnten keine Überzeugungskraft haben, wenn sich der Staat selbst nicht an sie hielt.

Dennoch erscheint es sinnvoll, über Information und Dialog den Kontakt zwischen Staat und autonomen Gruppen in der Stabilisierungspolitik herzustellen. Im Rahmen dieser Kommunikation kommen die Beteiligten nicht umhin, ihre eigenen konjunkturpolitischen Urteile und verteilungspolitischen Absichten zu begründen, was es ihnen schwerer macht, ökonomisch unhaltbare Forderungen zu erheben. Es entsteht so bei allen auch eine bessere Einsicht in die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge; den Gruppen wird es leichter zu erkennen, was auf die Dauer im eigenen Interesse liegt, stellen sie Reaktionen der Gegenseite und konjunkturpolitisches Gegenhalten des Staates in Rechnung. Das ist nicht gering zu schätzen; auch wenn es den Verteilungskampf nicht aufhebt, so erleichtert es doch dem Staat seine stabilitätspolitische Aufgabe.

474. Solange Preisstabilität oder feste staatliche Zusagen für die Preisniveaumentwicklung nicht erreichbar sind, sei es weil übergeordnete politische Gründe oder die Interessenabhängigkeit die staatliche Politik zwingen, sich bei der Bekämpfung der Inflation zurückzuhalten, solange kann den autonomen Gruppen kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie die Möglichkeiten ihrer Marktmacht zur Beeinflussung der Einkommensverteilung bis zu dem Punkt ausnutzen, von dem ab ihre Marktchancen einträchtigt werden. Dieser Punkt ist bei den Arbeitnehmern erst erreicht, wo die Vollbeschäftigung durch Lohnerhöhungen gefährdet ist, und er ist bei den Unternehmen dort anzusetzen, wo die zu befürchtenden Nachfrageeinbußen den Vorteil weiterer Preiserhöhungen überwiegen.

475. In extremen stabilisierungspolitischen Situationen — in Zeiten hoher, sich beschleunigender Inflationsraten etwa — werden strengere Formen der Koordination gefordert. Abgestimmtes Handeln kann dann heißen, durch freiwillige, doch mehr oder weniger förmliche Übereinkunft zwischen dem Staat und den autonomen Gruppen auf befristete Zeit den eigenen Vorteil hintanzustellen, um die gemeinsam gewollte Stabilität zu erreichen. Ein solcher „Rahmenpakt“, soll er auch nur geringe Bewährungschancen haben, setzt viel an gegenseitigem Vertrauen voraus — vor allem, daß alle Beteiligten willens und in der Lage sind, die Vereinbarung einzuhalten. Nur dann lassen sich die einem solchen Verfahren innewohnenden Erfolgsrisiken auf jenes Maß mindern, das von den Gruppen noch für tragbar angesehen wird. Mit anderen Worten: Die autonomen Gruppen ermöglichen dem Staat einen neuen stabilisierungspolitischen Anlauf, setzen aber darauf, daß er diese Möglichkeit in einer Weise nutzt, die für keine Seite einen gravierenden verteilungspolitischen Nachteil bringt.

476. Ein anderer Weg, der sich in extremen stabilisierungspolitischen Situationen anbietet, ist in Preis- und Lohnleitlinien zu sehen.

Eine freiwillige Verhaltenskoordinierung setzen die Preis- und Lohnleitlinien nicht voraus, wohl aber die Bereitschaft der autonomen Gruppen, diese zu respektieren. Sollen die einkommenspolitischen Leitlinien nur Empfehlungen sein, dürfen sie nicht willkürlich überschritten werden; sollen sie verbindliche Höchstsätze für Preis- und Lohnsteigerungen sein, dürfen sie nicht umgangen oder mittels politischer Macht aufgebrochen werden können. Wie die Erfahrung selbst mit den eher harmlosen Orientierungsdaten gezeigt hat, können Richtwerte als Obergrenze oder Untergrenze für Preis- und Lohnforderungen verstanden werden. Ein Lohn- und Preisstopp macht den marktwirtschaftlichen Abstimmungsprozeß funktionslos. Schon für sich genommen wiegt dies in ordnungspolitischer Sicht schwer; hinzu kommt, daß die Sozialpartner die Tarifautonomie als ihr zentrales Recht verletzt sehen.

Gleichwohl sind verbindliche lohn- und preispolitische Leitlinien weder unter rechtsstaatlichen noch unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten schlecht hin zu verwerfen. In Ausnahmesituationen können sie dem Staat zu jener Atempause verhelfen, die er benötigt, um mit seinen traditionellen Instrumenten die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Das Risiko, daß dieser Zweck verfehlt wird, es nur zu neuen und schlimmeren Fehlentwicklungen kommt, ist hoch.

Lehren der dirigistischen Preis- und Lohnpolitik

477. An Erfahrungen mit Preis- und Lohnkontrollen fehlt es nicht. Viele Länder haben in den letzten Jahren mit solchen Maßnahmen einen Ausweg aus den Schwierigkeiten der Stabilitätspolitik gesucht. Man versprach sich davon, eine rasche Besserung ohne allzu große Kosten an Beschäftigung und realem Wachstum erkaufen zu können. Fast überall, wo dirigistische Maßnahmen eingeführt wurden, wurde betont, daß es sich nur um vorübergehende Vorkehrungen handele. Die meisten dieser Vorschriften und Abmachungen haben tatsächlich nur kurze Gültigkeitsdauer gehabt, weniger jedoch, weil sich die Erfolge so schnell eingestellt hätten oder weil ordnungspolitische Bedenken die Verlängerung der Maßnahmen problematisch erscheinen ließen, als vielmehr einfach deshalb, weil sie nicht hielten, was man sich von ihnen versprochen hatte und ihre Abschaffung deshalb ebenso populär wurde, wie es mancherorts ihre Einführung gewesen war.

Die Erfahrungen dreier Länder — Schweden, Niederlande und Vereinigte Staaten — mögen hier als Beispiele stehen. Es sind Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, die Urteile über Erfolg oder Mißerfolg der Maßnahmen schon erlauben.

478. Schweden. Nachdem der Preisauftrieb in Schweden sich 1970 stark beschleunigte und im Jahresdurchschnitt 7 vH erreichte, wurde im Herbst ein

Preisstopp verhängt. Preiserhöhungen bedurften von nun an der staatlichen Genehmigung. Diese wurde gewährt, falls in einem Betrieb die Beschäftigung ernsthaft gefährdet war. In den Preisen durften weitergegeben werden: die Erhöhung der Mehrwertsteuer, gestiegene Weltmarktpreise, später auch bis zu einem gewissen Ausmaß die Erhöhung der Löhne und der Arbeitgeberbeiträge. Der Versuch der Regierung, die Lohnsteigerungsraten nach dem Preisstopp zu mäßigen, scheiterte. Nach umfangreichen Streikbewegungen, zum Teil auch wilden Streiks, kam es 1971 zu einer Anhebung des durchschnittlichen Lohnniveaus um 9 vH. Die Preiskontrollen mußten im Laufe des Jahres 1971 schrittweise abgebaut werden. Zum Teil mitverursacht durch die Anhebung der Mehrwertsteuer von 10 vH auf 15 vH, zum Teil im Zusammenhang mit den gestiegenen Lohnkosten, hielt der Preisauftrieb 1971 an. Er reduzierte sich etwas in der ersten Hälfte 1972, hat aber in jüngster Zeit die 7-Prozent-Marke im Vorjahresvergleich wieder überschritten. Dabei blieb die Arbeitslosenquote auf einem für schwedische Verhältnisse hohen Niveau.

479. Niederlande. Nach Einführung der Mehrwertsteuer zu einem konjunkturell ungünstigen Zeitpunkt wurde im März 1969 ein allgemeiner Preisstopp erlassen. Er wurde im September 1969 durch Preiskontrollen abgelöst. Diese wurden mehrfach geändert. Die Änderungen liefen im wesentlichen auf ein ständiges Nachgeben hinaus. Die Lohnpolitik stand in dieser Zeit deutlich im Zeichen des sich verschlechternden Verhältnisses zwischen Regierung und Gewerkschaften. Den Hauptanstoß erregte das neue Lohngesetz, das Anfang 1970 beschlossen wurde und das neben der Möglichkeit der Einführung eines allgemeinen Lohnstopps auch die des Eingriffs in individuelle Tarifverträge vorsah. Der institutionelle Rahmen der niederländischen Einkommenspolitik fiel auseinander. Ende 1970 verkündete die Regierung für das erste Halbjahr 1971 einen modifizierten Lohnstopp. Die zulässige Erhöhung durfte in den ersten drei Monaten maximal 3 vH und danach noch einmal 1 vH betragen. Am 1. August 1971 wurden alle Preis- und Lohnkontrollen aufgehoben. Zwar haben die Niederlande während der ersten Phase der Preiskontrollen den Preisauftrieb wohl drosseln können — er erreichte 1970 im Jahresdurchschnitt 4,4 vH —, doch sind die Preise 1971 um 7 vH und 1972 um mehr als 8 vH gestiegen.

480. Vereinigte Staaten. Während in allen westeuropäischen Ländern die Ergebnisse des Preis- und Lohnrigismus negativ sind, kann dies von den Vereinigten Staaten nicht so eindeutig gesagt werden. Am 15. August 1971 wurde ein allgemeiner Lohn- und Preisstopp eingeführt, von dem nur landwirtschaftliche Produkte und gewisse Importe ausgenommen waren. Am 14. November 1971 endete der Preis- und Lohnstopp, es begann die sogenannte Phase II mit Lohn- und Preiskontrollen. Angestrebtes Ziel ist es, die Geldentwertungsrate bis Ende 1972 auf 2½ vH bis 3 vH zu senken und die Arbeitslosenquote auf 5 vH abzubauen. Von den Preiskontrollen sind ungefähr 20 vH des Warenkorbs des

Konsumgüterindex freigestellt, insbesondere der Nahrungsmittelsektor. Die Kontrollen sind nach Umsatzgrößenklassen der Firmen differenziert. Kostensteigerungen können unter Abzug des Produktivitätsfortschritts überwälzt werden. Die Gewinnmarge darf jedoch den höchsten Durchschnitt von zwei der drei letzten Fiskaljahre nicht übersteigen. Auf der Lohnseite wird eine Anhebung von $5\frac{1}{2}$ vH pro Jahr für zulässig erachtet, wobei eine Produktivitätssteigerung von durchschnittlich 3 vH angenommen worden ist. In der Praxis wird jedoch Abschlüssen mit erheblich höheren Steigerungen zugestimmt. Dies wird damit begründet, daß Ungerechtigkeiten in der Lohnstruktur ausgeglichen werden sollen, die zum Zeitpunkt der Einführung der Kontrollen bestanden. Im Frühjahr 1972 wurde die durchschnittliche Preiserhöhung je Unternehmen auf 1,8 vH beschränkt. Bei der Berechnung der Produktivitätsfortschritte wird nicht mehr auf Firmenangaben zurückgegriffen, sondern auf Normen, die sich auf ganze Industriezweige beziehen. Ein endgültiges Urteil über den Erfolg dieser Politik läßt sich noch nicht fällen. Manches spricht dafür, daß die bisher zu konstatierenden Stabilisierungserfolge nicht so sehr den Lohn- und Preiskontrollen, als vielmehr der Konjunktorentwicklung zuzurechnen sind. Darüber hinaus ist zweifelhaft, ob die Erfolge anhalten werden und in eine Periode mit wesentlich weniger Kontrollen hinüber gerettet werden können.

481. Bei einer Analyse der Erfahrungen mit dirigistischen Maßnahmen zur Lohn- und Preisbeeinflussung stellt sich die Frage, ob die Mißerfolge auf der falschen Anlage der Versuche beruhen oder ob es durchschlagende Gründe dafür gibt, daß solcher Dirigismus prinzipiell zum Scheitern verurteilt ist. Der Sachverständigenrat neigt der Ansicht zu, daß prinzipielle Gründe und nicht nur Fehler der Durchführung zur Erklärung der Mißerfolge beigebracht werden können. Das heißt nicht, daß nicht Fehler der Durchführung die Mißerfolge verstärkt und beschleunigt haben. Es heißt auch nicht, daß keine Ausnahmesituationen denkbar sind, in denen für kurze Zeit auf solche dirigistische Maßnahmen zurückgegriffen werden muß.

482. Es liegt in der Natur der Sache, daß man zu einem Lohn- und Preisstopp greift, wenn die üblichen Mittel der Stabilitätspolitik versagt haben. So war es auch in diesen Ländern. Das Ziel der hohen Beschäftigung verbot drastische Restriktionsmaßnahmen der Globalsteuerung, und die politische Opportunität forderte rasche Stabilisierungserfolge mit möglichst schmerzfreien Mitteln. Da ein vorheriges Bekanntwerden, wie immer bei dirigistischen Maßnahmen, die Situation nur noch verschlechtert hätte, mußte die Durchführung ohne ausreichende Vorbereitungen begonnen werden. Ein Einfrieren des Status quo in der Form von Preisstopps stand regelmäßig am Anfang der Experimente. Obwohl der Preisstopp in der Bevölkerung meist begrüßt wurde, mußte er das Experiment bei einsichtigen Bürgern deshalb bald diskreditieren, weil dieser Zustand nur für kurze Zeit aufrechterhalten werden konnte. Die Störungen durch den Außenhandel und

Lohnkostensteigerungen erforderten zunehmend eine Revision der Preise, und zwar nur nach oben. Dekretierte Preissenkungen sind unseres Wissens nicht vorgekommen.

Da der Preisdirigismus regelmäßig wenigstens teilweise als Substitut für Restriktionsmaßnahmen gedacht war, war die Nachfrage hoch genug, daß Preissteigerungen mit der Marktlage gerechtfertigt werden konnten. Konstante Preise hätten bald zu Verknappungserscheinungen führen müssen. Offensichtlich war die Planungskapazität angesichts der improvisierten Durchführung des Experiments überfordert, als daß man die genannten und weitere Nebenfolgen der Maßnahmen rechtzeitig hätte bedenken können. Auch die Kontrollmöglichkeiten zur Überwachung der Einhaltung der dirigistischen Regeln waren sehr begrenzt. Schließlich hrauchten die Experimente raschen Erfolg, um den Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen, der für einen nachhaltigen Erfolg nötig gewesen wäre. Meist saß die Krankheit jedoch schon zu tief, als daß rasche Remedur möglich gewesen wäre.

483. Sehr wesentlich für den Mißerfolg der meisten Experimente war die häufig durch politische Notwendigkeiten diktierte asymmetrische Behandlung der Löhne und Güterpreise. Vielfach schreckte man davor zurück, direkt an den Löhnen anzusetzen. Wenn die Hoffnung bestanden hatte, daß Preiskontrollen einen Druck auf die Löhne ausüben würden, weil das Inflationsargument bei Tarifverhandlungen und die Überwälzungsmöglichkeit von Lohnerhöhungen auf die Preise wegfallen würden, so sah man sich enttäuscht. Der Status quo, der Anlaß für die zumeist noch ineffizienten Preiskontrollen gab, war für die Arbeitnehmer offensichtlich so unbefriedigend, daß sie auf massiven Lohnerhöhungen bestanden. Da zudem umfangreiche Arbeitslosigkeit nicht drohte, konnten die Gewerkschaften bei hinreichendem Druck große Teile ihrer Forderungen durchsetzen. Der Mißerfolg in der Lohnpolitik mußte sehr bald dazu führen, daß auch die dirigistische Preispolitik zur Farce wurde. Die Weiterwälzung von Lohnkostensteigerungen mußte mehr und mehr zugelassen werden. Einzig in den Vereinigten Staaten gelang es bis zu einem gewissen Ausmaß, wenn auch nicht ganz im erwünschten Maße, die Lohnkostenentwicklung unter Kontrolle zu bringen. So schwierig es politisch sein mag, einen Lohnstopp oder lohnstoppähnliche Maßnahmen gleich zu Beginn des dirigistischen Experiments durchzusetzen, so wichtig scheint dies für die Vermeidung eines Mißerfolgs zu sein.

484. Die Bereitschaft der großen autonomen Gruppen, sich vorbehaltlos hinter das Experiment zu stellen, war in keinem Fall gegeben. Die Reaktion der Gruppen war durchweg von Mißtrauen gegen die Regierungen und gegeneinander geprägt. Es bestand überall der Verdacht, daß der eigene stabilitätspolitische Beitrag nicht honoriert werde, so daß grundsätzlich auf dem Recht beharrt wurde, Einkommenschancen voll auszunutzen, wo immer sie sich boten.

Die Unvollkommenheit der Maßnahmen und Störfaktoren verschiedener Art, vor allem die außen-

wirtschaftliche Verflechtung, ließen überall unmittelbare Gewinner und Verlierer der Maßnahmen entstehen. Das Gefühl, betrogen zu werden, mußte sich in zahlreichen Gruppen festsetzen, die deshalb nicht bereit waren, das Experiment weiter zu unterstützen.

485. Die genannten Merkmale der dirigistischen Preis- und Lohnpolitik: Improvisation, Asymmetrie zwischen preis- und lohnpolitischen Maßnahmen, ungleiche Verteilungseffekte und fehlende Kooperationsbereitschaft der Gruppen mögen in vielem Mängel in der Durchführung widerspiegeln; sie sind aber zugleich Ausdruck grundsätzlicher Mängel eines einkommenspolitischen Dirigismus. Wie oben gesagt, war Improvisation notwendig, wollte man Ankündigungseffekte vermeiden. Daß aber Lohn- und Preisdirigismus einen erheblichen Planungs- und Überwachungsaufwand erfordert, liegt in seinem Wesen. Denn er arbeitet, je länger, desto mehr, gegen die Kräfte des Marktes. Die Verzerrungen in Preis- und Lohnstruktur werden von Monat zu Monat größer; sie verlangen deshalb vermehrte Anstrengungen der Kontrolle. Die Verzerrung der Marktpreise und Marktlöhne beeinträchtigt zunehmend die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, lähmt die Initiative des einzelnen Unternehmens und lenkt seine Anstrengungen in die falsche Richtung. Die Politik der Preiskontrolleure, Preiserhöhungen dann zu erlauben, wenn diese durch Kosten-erhöhungen begründet werden, bedeutet, daß der Anreiz zur Rationalisierung und Kostensenkung geschwächt wird.

486. Der Asymmetrie von Lohn- und Preisdirigismus als Fehler der Durchführung entspricht das Problem des Preiserhöhungsrückstaus. Ist nämlich Preisdirigismus ein Versuch, das Stabilisierungsproblem ohne allzu restriktive Globalsteuerung zu lösen, so wird die Nachfrage nach Gütern notwendig höher sein, als dem gegenwärtigen vom Staat kontrollierten Preisniveau bei freier Preisbildung entsprechen würde. Sobald dann die Kontrollen nicht mehr wirken, oder abgehaut werden, führt dieser Rückstau zu besonders starken Preiserhöhungen, es sei denn, es konnte dafür gesorgt werden, daß in der Zwischenzeit der Lohnauftrieb nachließ, was aber zumeist nicht in ausreichendem Maße gelang, so daß der Preisauftrieb noch höher als vor den Kontrollen sein kann.

487. Der Unfähigkeit der Regierungen, sich für ihre dirigistischen Experimente die dauerhafte Unterstützung der autonomen Gruppen zu sichern, entspricht das Problem, daß der Verteilungskampf während der Preis- und Lohnkontrollen nicht aufhört. Er verlagert sich vom Markt in die politische Arena. Dort aber wird er nur noch heftiger, einmal weil er sich mit dem politischen Konkurrenzkampf der Parteien verquickt, dann aber auch, weil es nun darauf ankommt, die Waffen des Marktes, die erfolgreich nur mit Nüchternheit geführt werden können, durch Worte und Agitation zu ersetzen.

488. Wenn die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten bisher noch nicht so eindeutig negativ sind, kann dies zum Teil dadurch erklärt werden, daß auf das dortige Experiment eine Reihe der genannten Gründe nicht oder nur in abgeschwächter Form zutreffen. Obwohl auch hier eine Improvisationsphase mit absolutem Preis- und Lohnstopp den Stabilisierungsversuch einleitete, stand er unter einem günstigeren Stern: Der Trend der Preissteigerungsraten war ohnehin nach unten gerichtet, so daß die Preiskontrolleure mit weniger konjunkturellen Störfaktoren zu rechnen hatten und ihnen die Unterstützung durch öffentliche Meinung und Verbände erhalten blieb. Angesichts der Größe des Wirtschaftsraums der Vereinigten Staaten spielten außenwirtschaftliche Störfaktoren der Nachfrageentwicklung eine viel geringere Rolle, als dies in jedem europäischen Land der Fall ist. Sodann war die Arbeitslosenquote mit rund 6 vH in den Vereinigten Staaten so hoch, daß die Eindämmung des Lohnzuwachses mehr Erfolg versprach. Auch waren die Lohnleitlinien des Kontrollprogramms nicht unpopulär. Selbst die starken Gewerkschaften konnten deshalb nicht darauf rechnen, eine breite Unterstützung in der Arbeitnehmerschaft zu finden, wenn sie versucht hätten, die Lohnleitlinien des Kontrollprogramms eklatant zu desavouieren.

Fraglich erscheint, ob sich die vorläufigen Erfolge des Kontrollprogramms auch in der Hochkonjunktur werden halten lassen. Ein längerfristiges Steuern gegen die Kräfte des Marktes wäre auch nicht erfolgversprechend.

489. Dirigistische Maßnahmen der Preis- und Lohnpolitik bieten, so erwies sich, nur in Ausnahmesituationen Chancen auf einen Stabilisierungserfolg. Ein Lohn- und Preisstopp hätte in einer vollbeschäftigten Wirtschaft einzig die Funktion, als Teil eines drastischen Restriktionsprogramms den Teufelskreis der Inflationsgewöhnung zu durchbrechen, damit die Eindämmung der Gesamtnachfrage mittels geld- und kreditpolitischer, währungspolitischer und finanzpolitischer Maßnahmen nicht in erster Linie die Mengen, sondern vor allem die Preise trifft. Er käme nur in Betracht, wenn breite Schichten der Bevölkerung bereit sind, für die Zeit des Preis- und Lohnstopps Fragen der Einkommensverteilung zurückzustellen, weil die Bekämpfung der Inflation von allen als vordringlich empfunden wird. Selbst wenn es so wäre, könnte ein Lohn- und Preisstopp nur Erfolg haben, wenn er außenwirtschaftlich abgesichert und durch eine strenge Globalsteuerung abgestützt wird. Gegenwärtig scheint dies in der Bundesrepublik nicht der Fall zu sein.

III. Der verteilungspolitische Aspekt – Chancen der Umverteilung

Verteilungspolitische Ziele

490. Auf mittlere Sicht richtet sich die Verteilung der Einkommen nach der Knappheit der Produk-

tionsfaktoren. Es ist nun keineswegs sicher, daß jene Verteilung, die sich am Markt durchsetzt, dem gesellschaftspolitischen Ziel sozialer Gerechtigkeit entspricht. Verteilungspolitische Zielvorstellungen haben daher in unserer Gesellschaft einen eigenen Platz. Sie sind darauf gerichtet, die Einkommen personell gleichmäßiger zu verteilen. Der Spielraum der Verteilungspolitik ist allerdings begrenzt. Das gilt für jede Wirtschaftsordnung. In einer Marktwirtschaft rückt man den Grenzen der Umverteilung um so näher, je weiter mit den Unterschieden in der Einkommensverteilung auch die Leistungsanreize abgebaut werden, die den Markt funktionsfähig machen. Wo diese Grenzen liegen, ob und in welchem Maße sie noch verschoben werden können, ohne daß andere, gleichzeitig verfolgte Ziele zu stark beeinträchtigt werden, ist freilich offen.

491. Verteilungsansprüche, die am Markt nicht durchgesetzt werden können, richten sich an den Staat. Daher spiegeln sich in den verteilungspolitischen Zielen des Staates vor allem die Interessen von Gruppen, die am Markt überhaupt nicht zum Zuge kommen, wie Rentner und Sozialhilfeempfänger, und die Forderungen von Gruppen, die als Marktteilnehmer nicht genügend Macht haben, ihre Einkommensansprüche zu realisieren. Die verteilungspolitischen Ziele, die der Staat im Interesse der vom Markt Benachteiligten verfolgt, finden ihren Niederschlag in der Ausgestaltung des Steuersystems und des Systems der Transferzahlungen.

Aber auch das Zurückdrängen privater Ansprüche zugunsten der Gemeinschaft ist ein Ausdruck des verteilungspolitischen Willens des Staates. Der Staat entscheidet darüber, welchen Anteil öffentliche Güter und Dienste am Sozialprodukt mittelfristig haben sollen, indem er eine bestimmte Steuerquote anstrebt. Die Verteilung der Kollektivgüter wird aber nicht durch Marktpreise geregelt. Die Netto-Einkommensverteilung verändert sich also sowohl über die Unterschiede in der Aufbringung als auch über die unterschiedliche Inanspruchnahme der öffentlichen Güter real, wenn zum Beispiel die Steuerquote erhöht und das Angebot öffentlicher Leistungen vergrößert wird. Ebenso ist es eine verteilungspolitische Aufgabe des Staates, zu bestimmen, wie die öffentlichen Investitionen finanziert werden sollen; mit der Aufteilung der Finanzierung auf Steuern und Kredite wird darauf Einfluß genommen, wie die Lasten staatlicher Investitionen verteilt werden, und entschieden, inwieweit diese Verteilung — so bei steuerlicher Finanzierung — abschließend geregelt sein soll.

492. Die beiden großen sozialen Gruppen in unserer Gesellschaft nehmen, vertreten durch ihre Organisationen, einen Spielraum für sich in Anspruch, eigene verteilungspolitische Ziele zu verfolgen. Das Privileg einkommenspolitischer Autonomie der Tarifpartner verschafft ihnen diesen Spielraum. Die Gewerkschaften nutzen es mit dem Ziel, den Anteil der Arbeitnehmer am Realeinkommen zu erhöhen. Demgegenüber sind die Interessen der Unternehmen darauf gerichtet, den Status quo in der Einkommensverteilung zu erhalten. Diese — mittelfristig zu ver-

stehenden — Zielsetzungen beherrschen auch die Strategien der autonomen Gruppen, die im konjunkturellen Rhythmus mit den Verhandlungspositionen im Verteilungskampf wechseln.

Sowohl der Deutsche Gewerkschaftsbund als auch der Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft legen ihre Zielvorstellungen für die mittelfristige Zukunft seit einiger Zeit als quantifizierte Zielprojektion vor. Daß sie diese in die Form einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kleiden, zwingt sie, ihre verteilungspolitischen Zielsetzungen nicht ohne Rücksicht auf andere gesamtwirtschaftliche Zielgrößen, vor allem auf Geldwert, Vollbeschäftigung und Wachstum, zu formulieren. Obwohl diese Ziele für die autonomen Gruppen offensichtlich in der Rolle von Nebenbedingungen stehen, zeigt sich hier doch ein wichtiger Ausgangspunkt für eine sachliche Diskussion der Zielkonflikte. Ein Urteil über die verteilungspolitischen Ziele der autonomen Gruppen — wie sie in den Zielprojektionen zum Ausdruck kommen — hat sich nicht allein danach zu richten, welche Auswirkungen auf andere Ziele die Projektionen erkennen lassen. Wichtig ist, welche Verhaltensannahmen in die Projektionen eingegangen sind. Dabei kommt es darauf an, ob das postulierte Verhalten den Erfahrungen der Vergangenheit entspricht und wie andernfalls eine Änderung der Verhaltensweisen erreicht werden soll. Was erforderlich ist, um die gesetzten verteilungspolitischen Ziele zu erfüllen, wird daher deutlicher, wenn man auch prüft, in welchem Verhältnis sich nach den Zielprojektionen Preisniveau und Kostenniveau in der Gesamtwirtschaft entwickeln sollen, welche Änderung der Investitionsquote dabei angenommen ist und wie dazu die projektierte Entwicklung der Sparquote paßt. Darüber hinaus hängt das Urteil davon ab, welche Rolle die Projektionen der Wirtschaftspolitik im einzelnen zuweisen.

493. Aus der gesamtwirtschaftlichen Zielprojektion bis 1976, die der Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft im Juni 1972 vorgelegt hat, geht hervor, daß der Angelpunkt der verteilungspolitischen Vorstellungen der Unternehmensverbände in einer kostenniveauneutralen Lohnentwicklung liegt. Auf mittlere Sicht dürfen die Löhne — gemessen als Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer — um jährlich 6,8 vH zunehmen; dabei ist unterstellt, daß das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft mit einer Jahresrate von 4 1/2 vH wächst und der Preisindex des privaten Verbrauchs um jährlich 2 vH steigt. Eine Umverteilung des Einkommenszuwachses zugunsten der Arbeitnehmer halten die Unternehmensverbände allein über eine Erhöhung der Sparquote der Arbeitnehmerhaushalte für möglich. Da jedoch der Teil der Lohneinkommen, der nach ihrer Zielprojektion zusätzlich gespart werden soll, nicht auch zusätzlich zu den kostenniveauneutralen Lohnerhöhungen gewährt werden soll, sondern darauf angerechnet wird, muß angenommen werden, daß der Konsumverzicht der Arbeitnehmer durch zusätzliche Ausgaben aus anderen Bereichen, die sich dann entsprechend mehr verschul-

den müßten, ausgeglichen wird. Die Unternehmensverbände weisen vor allem dem Staat die Rolle zu, sich zur Finanzierung der rasch steigenden Investitionsausgaben kräftig zu verschulden; auch der Anteil des Außenbeitrags am Sozialprodukt soll sich erhöhen. Das Ergebnis ist, daß die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nicht unter Druck geraten.

Die Verteilungsstrategie der Unternehmensverbände ist stabilitätskonform, aber konservativ. Sie enthält kein Angebot, die Bedingungen der marktmäßigen Einkommensbildung so zu ändern, daß die Einkommensverteilung des Marktes künftig den Zielvorstellungen der Arbeitnehmer besser entspricht. Ein solches Angebot, verbunden mit entsprechenden wirtschaftspolitischen Vorschlägen wäre ein Beitrag zum Abbau der bestehenden sozialen Konflikte.

494. Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt in seiner Zielprojektion vom Dezember 1971 für die mittelfristige Zukunft bis 1976 die Akzente auf Umverteilung¹⁾. Die Strategie der Gewerkschaften zielt darauf ab, die Verteilung der Nettoeinkommen zugunsten der Arbeitnehmer zu verändern. Dieses Ziel soll hauptsächlich über eine Änderung der Primärverteilung, das heißt durch die Nominallohnpolitik der Gewerkschaften erreicht werden.

Für den mittelfristigen Wachstumspfad nach 1973 siebt die DGB-Projektion vor, daß die Nettolöhne und -gehälter jährlich um 9 vH, die privaten Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zuzüglich der Abschreibungen auf das Anlagevermögen dagegen um 7 vH zunehmen. Freiwillige Sozialleistungen der Unternehmen sind dabei den Unternehmereinkommen zugerechnet. Im Vergleich zur Entwicklung der Nettoeinkommen in der Vergangenheit (Ziffer 460, Tabelle 40), scheint eine solche Zielsetzung der Einkommenspolitik zunächst nicht unerfüllbar zu sein.

Für die mittelfristige Zukunft müssen die Gewerkschaften jedoch — bei unverändertem Einkommensteuerrecht — mit einem schärferen Zugriff des Fiskus auf die Lohneinkommen rechnen als bisher, zumal der Anstieg des Preisniveaus die Progressionswirkung der Einkommensteuer gerade im unteren Tarifbereich zusätzlich erhöht. Sie erwarten daher von der geplanten Steuerreform, vor allem von einer Reform der Sparförderung und der Kindergeldzahlungen, Umverteilungseffekte, die den Anstieg der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in den Jahren 1973 bis 1976 auf jährlich 9¹/₂ vH erhöhen, den Anstieg der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — in der Abgrenzung der DGB-Projektion — auf jährlich 6¹/₂ vH begrenzen würden. Darüber hinaus nehmen sie aber die Progressionswirkungen des Steuersystems in

Kauf und versuchen statt dessen, Verteilungsansprüche, die sie insoweit an den Gesetzgeber zu richten hätten, am Markt durchzusetzen. Nach der DGB-Projektion müssen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigtenstunde im mittelfristigen Durchschnitt um jährlich rund 10¹/₂ vH nominal und 7¹/₂ real steigen, wenn die Ziele der Verteilungspolitik erreicht werden sollen.

Es gibt keine empirischen Anhaltspunkte dafür, daß eine solche verteilungspolitische Strategie ihr Ziel erreichen könnte. In den Kostenrechnungen der Unternehmen werden die Lohneinkommen brutto angesetzt. Auch wenn der in der Projektion des DGB angestrebte Fortschritt der Arbeitsproduktivität mittelfristig erreichbar wäre, würden die Lohnkosten je Produkteinheit, das wichtigste Element im gesamtwirtschaftlichen Kostenniveau, nach den Annahmen der Projektion wesentlich stärker steigen als das Preisniveau. Maßnahmen, die eine entsprechend starke Einengung der Ertragsspanne der Unternehmen auf Dauer durchsetzbar erscheinen lassen, ohne daß die Annahmen über die Investitionen unrealistisch werden, sind in der Zielprojektion des DGB nicht genannt. Insbesondere wird nicht dargelegt, wie es möglicherweise gelingen könnte, einen zusätzlichen technischen Fortschritt zu induzieren, der verhindert, daß die Kapitalproduktivität wie in der Vergangenheit sinkt. Denn von hier müßte ja vor allem die Hilfe kommen, wenn die Steigerung der Lohnkosten durch ein Sinken anderer Kosten kompensiert werden soll, damit die Investitionsbereitschaft nicht nachhaltig beeinträchtigt wird. Eine volle Kompensation dürfte, nach allem was wir über die Wirkungen des technischen Fortschritts wissen, unmöglich sein, zumindest in dem kurzen Zeitraum der Zielprojektionen. Sie wird offensichtlich auch vom DGB nicht erwartet. Vielmehr scheint angenommen zu sein, daß sich die Kapitalrendite erheblich senken läßt. In einer Wirtschaft mit offenen Kapitalmärkten würde dies auf längere Sicht das angestrebte Wachstumsziel gefährden — oder aber der Plan mißlingt und führt zu Preissteigerungen, die den ohnehin angesetzten Anstieg des Preisniveaus weiter beschleunigen.

495. Wie ehrgeizig die Verteilungsstrategie des DGB ist, läßt sich auch an der Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zeigen, die sich aus dessen Projektion ergibt. Die privaten Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, vermehrt um die Abschreibungen und freiwillige Sozialleistungen der Unternehmen, sollen jährlich um rund 6¹/₂ vH zunehmen. Hierbei ist berücksichtigt, daß die Zielvorstellungen des DGB neben der erwarteten Erhöhung der Barlöhne eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer umschließen, die etwa 1 vH der Brutto Lohn- und -gehaltssumme ausmachen soll. Nimmt man an, daß sich die Abschreibungen — etwa ein Drittel der Unternehmereinkommen — bis 1976 nicht viel anders entwickeln werden als in der Vergangenheit und unterstellt man weiter, daß die in den Gewinnen enthaltenen Arbeitseinkommen der Selbständigen nicht weniger steigen sollen als die der Unselbständigen, so verbleibt für die Kapitaleinkom-

¹⁾ Gleichzeitig mit der Fertigstellung dieses Gutachtens wurde vom Deutschen Gewerkschaftsbund eine revidierte Zielprojektion vorgelegt; sie reicht nun bis zum Jahre 1977. Die neuen Zielgrößen des DGB konnten hier nicht mehr berücksichtigt werden. Immerhin mag die Analyse in den Ziffern 494 f. für den Leser eine Hilfe sein, die Veränderungen, die der DGB vorgenommen hat, zu beurteilen.

men (einschließlich freiwilliger sozialer Leistungen) ein Anstieg, der nicht nennenswert größer sein dürfte als der jährliche Anstieg des Preisniveaus; real gerechnet sollen die Kapitaleinkommen also fast überhaupt nicht zunehmen. Daß es bei einer solchen Gewinnentwicklung — die durchschnittliche Rendite des Anlagevermögens im Unternehmensbereich (ohne Wohnungswirtschaft) würde um etwa ein Fünftel gesenkt — zu den projizierten Investitionen kommt, halten wir für ausgeschlossen. Zu erwarten wäre vielmehr, daß entweder die Preise wesentlich stärker steigen als angenommen, oder daß Arbeitslosigkeit entsteht, die projizierten Reallohnansprüche also in keinem Fall durchgesetzt werden könnten.

Wege zur Umverteilung

496. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß der Konflikt mit dem Ziel der Geldwertstabilität, in den die Einkommenspolitik der autonomen Gruppen im Konjunkturverlauf führt, über den Konjunkturzyklus hinweg Bestand hat. Ohne ein wirksames Gegengewicht des Staates führen die Verteilungsstrategien der Gruppen dazu, daß die Geldentwertung im Trend anhält oder sich gar beschleunigt. Dieser mittelfristig angelegte Konflikt könnte gemildert werden, wenn die funktionelle Verteilung der Einkommen, auf die es unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten ankommt, ihre Bedeutung für die verteilungspolitischen Zielsetzungen verlieren würde. Die strategische Größe für die Verteilungspolitik scheint daher die Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu sein.

497. Die Vermögensbildung steht als verteilungspolitisches Ziel seit längerem zur Diskussion, da die Verteilung des seit Kriegsende gebildeten Vermögens ebenso wie die der laufenden Vermögenszuwächse vielfach als ungerecht empfunden wird. Da die Möglichkeiten zur Umverteilung der bereits gebildeten Privatvermögen begrenzt sind, bleibt für die Verteilungspolitik im wesentlichen der Weg, die Verteilung der zukünftigen Vermögenszuwächse zu beeinflussen.

498. Mit dem Ziel, eine breite Eigentumsstreuung zu fördern und die soziale Sicherung zu erhöhen, versucht der Staat durch eine Reihe von Maßnahmen, auf die Vermögensverteilung Einfluß zu nehmen. Darüber hinaus befinden sich viele konkrete Vermögensbildungspläne in der Diskussion. Ob diese Maßnahmen und Vorschläge geeignet sind, das gesellschaftspolitische Ziel auch tatsächlich zu erreichen, hängt zunächst davon ab, wie der Kreis der Begünstigten und das Ausmaß der Förderung bestimmt werden. Aus der Tatsache, daß Förderungswürdigkeit und -bedürftigkeit im allgemeinen um so größer sind, je geringer das Einkommen ist, folgert man, daß der Kreis der zu Fördernden und das Ausmaß der Begünstigung durch die Höhe des Einkommens bestimmt werden sollen.

499. Hinsichtlich der Form der Vermögensbildung lassen sich im großen und ganzen drei Gruppen von Vermögensbildungsplänen unterscheiden.

— Ein Teil der Maßnahmen und Pläne sieht vor, die freiwilligen Sparleistungen durch besondere Anreize zu erhöhen. Die Sparförderung stand unter den staatlichen Maßnahmen zur Vermögensbildung — von den Maßnahmen des Lastenausgleichs abgesehen, die durch die Kriegsfolgen bedingt waren — von Anfang an an erster Stelle. Das vermögenspolitische Programm einer allgemeinen Sparförderung, einer Förderung des privaten Wohnungsbaus und einer steuerlichen Begünstigung des Versicherungssparens, schuf allerdings aufgrund seiner Ausgestaltung — Sparförderung ohne Einkommensgrenzen, Regressionseffekt der steuerlichen Begünstigung — zunächst auch neue soziale Ungerechtigkeiten. Verhältnismäßig spät erst wurden mit den Gesetzen zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer Maßnahmen ergriffen, die wenigstens dem Ansatz nach auf eine Veränderung der Einkommensverteilung durch die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand abzielten.

— Die zweite Gruppe von Plänen geht davon aus, daß sich die Vermögensbildung der Arbeitnehmer wirksam durch intensive Lohnzuschläge fördern lasse. Außer dem frei verfügbaren Lohn sollen die Arbeitnehmer Anspruch auf ein zusätzliches Einkommen erhalten, das ausschließlich zur Bildung von produktivem Eigentum bestimmt ist. Zum Teil zielen die Investivlohnpläne nur darauf ab, die Möglichkeiten auszuschöpfen, die das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer bietet. Zum Teil sollen die Arbeitgeber darüber hinaus tarifvertraglich verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz der Lohnsumme als vermögenswirksamen Einkommenszuschlag an die Arbeitnehmer zu zahlen.

— Eine dritte Gruppe von Plänen stellt die Forderung, die Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch unmittelbare Beteiligung am Unternehmensertrag zu verwirklichen, sei es aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder tarifvertraglicher Vereinbarungen. Die Beteiligungspläne sind bislang, sieht man von Initiativen einzelnen Unternehmer ab, nicht über das Stadium von Vorschlägen oder Gesetzentwürfen hinaus gediehen. Sie stehen jedoch seit einiger Zeit im Vordergrund der vermögenspolitischen Diskussion.

500. Der Sachverständigenrat hat nicht die Absicht, einen zusätzlichen Plan zur Vermögensbildung vorzulegen. Im folgenden wird vielmehr versucht, die Grundsätze aufzuzeigen, die eine Verteilungspolitik, die erfolgreich sein will, beachten muß, wenn die Bedingungen Stabilität des Preisniveaus, Vollbeschäftigung und angemessenes Wachstum nicht verletzt werden sollen.

Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung

501. Alle Versuche, die Arbeitnehmer am Gewinn zu beteiligen, drohen an zwei Gefahren zu scheitern. Die eine Gefahr besteht in der Überwälzung. Gleichgültig, wie die zusätzlichen Einkommen für die Arbeitnehmer deklariert werden, ob als echte, also von der Höhe des Gewinns abhängige Beteiligung oder als fest kontrahierter Lohnzuschlag, der jedoch aus den Gewinnen gezahlt werden soll, die Unternehmer werden diese Beträge als Kosten behandeln und sie in den Preisen zu überwälzen versuchen. Das wird ihnen um so eher gelingen, je weniger von den zusätzlichen Arbeitnehmereinkommen gespart wird.

Die zweite Gefahr ist der Rückgang der Investitionsneigung. Werden etwa die Beträge ganz oder größtenteils von den Arbeitnehmern zusätzlich gespart, so ist die Überwälzung in den Preisen für die Unternehmer wegen des mit dem Sparen verbundenen Nachfrageausfalls nicht mehr so leicht. Auch wenn den Unternehmern das von den Arbeitnehmern gesparte Kapital wieder angeboten wird, hat sich doch ihr Einkommen und damit ihre Eigenkapitalrendite vermindert. Der Ertragswert ihrer Investitionen ist also gesunken. Als Folge davon geht die Investitionsneigung zurück.

Es mag zwar nicht ausgeschlossen sein, daß sich die Investoren an einen allmählich sinkenden Gewinn bei gleichem Risiko des Kapitaleinsatzes gewöhnen, ohne in ihrer Investitionsbereitschaft nachzulassen. Das dürfte jedoch, wenn überhaupt etwas, dann sicher nicht viel an Umverteilungswirkung ergeben, und dieses Wenige noch nicht einmal schnell. Der Versuch, den Prozeß einer Umverteilung dieser Art zu beschleunigen, wie es etwa bei einer aggressiven Nominallohnpolitik geschieht, kann nur zu Preissteigerungen oder Arbeitslosigkeit führen, deren Auswirkung in keinem Verhältnis zur Verteilungswirkung steht.

Eine Erhöhung des Wettbewerbsgrades, den die Arbeitnehmerorganisationen nicht müde werden zu fordern und für den auch der Sachverständigenrat geworben hat (JG 71 Ziffer 380), könnte zwar die Verteilungsposition der Arbeitnehmer verbessern. Auch aus anderen Gründen, vor allem wegen eines effizienteren Einsatzes der Produktionsfaktoren sollte man dieses Ziel keinesfalls aus dem Auge verlieren, zumal der Konzentrationsprozeß ungeachtet aller — offenbar doch zu schwacher — Wettbewerbspolitik in der Bundesrepublik und in den Gemeinschaften weiterhin bedenklich zunimmt. Je mehr Wettbewerb man allerdings veranstaltet, desto gewinnempfindlicher könnten die Investitionen werden, so daß sich die Chancen, über die Lohnpolitik die Gewinne zu beschneiden, ohne daß die Investitionen und damit die Beschäftigung oder aber der Geldwert beeinträchtigt werden, eher vermindern.

502. Sieht man von dem Einmaleffekt der Erhöhung des Wettbewerbsgrades ab, bleibt die zentrale Frage, wie die Arbeitnehmer mehr Einkommen auf Kosten der Kapitaleinkünfte erhalten können, also

mehr als dem kostenniveauneutralen Lohn entspricht, ohne daß — wie bei der aggressiven Nominallohnpolitik — zusätzlicher Inflationsdruck entsteht, ohne daß die Investitionen — wie bei einer Verminderung des Ertragswerts — geschmälert werden und ohne daß die Arbeitnehmer zusätzliche Ersparnisse in nicht zumutbarer Höhe zu bilden brauchen.

503. Die Größe, an der eine Umverteilung allein ansetzen kann, ist der Gewinn. Der Gewinn ist ein Residuum, das heißt ein Rest, nicht notwendigerweise ein kleiner, der sich nach Abzug aller durch Kontrakt bestimmten Einkommen, also der Kosten, von dem, was die Unternehmen einnehmen, also von den Erlösen, ergibt. Für jedes einzelne Unternehmen hängt die Höhe dieses Residualgewinnes davon ab, wie gut es die Absatzchancen der Produkte einschätzt, die es gegenwärtig oder in Zukunft anbieten kann, und wie erfolgreich es die Produktionsfaktoren im Prozeß der Herstellung und des Vertriebs miteinander kombiniert. Das Residualeinkommen fällt den Faktoren zu, die auf eine vertragliche Fixierung ihres Einkommens verzichten. Das Risiko, das damit verbunden ist, ein Residualeinkommen zu beziehen, trägt jemand in der Regel nur dann, wenn er erwartet, mehr Einkommen übrig zu behalten, als er durch Vertrag erhalten kann. Der erwartete Mehrbetrag muß also groß genug sein, um das Risiko abzudecken. Weil die meisten Wirtschaftssubjekte nicht ohne Aussicht auf eine entsprechende Prämie Risiko zu übernehmen bereit sind, entsteht in der Volkswirtschaft per Saldo Gewinn.

504. In unserer Wirtschaftsordnung begünstigen die gesetzten Unternehmensverfassungen solche Unternehmensformen, in denen Kapital das Verlustrisiko trägt und somit auch die Gewinne erhält, die Kapitaleigner also die Bezieher des Residualeinkommens sind. In den wichtigsten Unternehmensformen ist die Haftung auf das Eigenkapital beschränkt. Das Kapital ist deshalb zur Übernahme des Risikos besonders geeignet, weil es, wurde es erst einmal investiert, auch auf längere Zeit gebunden ist. In Kapitalgesellschaften, vor allem in der Aktiengesellschaft, kann sich zwar der einzelne Anteilseigner aus der Haftung dadurch befreien, daß er seinen Anteil verkauft; das Sachkapital, dessen Wert sich im Falle nachhaltigen Gewinnrückgangs vermindern und damit den Preis für die Anteile drücken würde, bleibt aber im Unternehmen.

505. Es ist trotzdem nicht selbstverständlich, daß allein dem Kapital das Residualeinkommen zuwachsen soll; ohnehin handelt es sich nur um das Eigenkapital, das Fremdkapital hat einen kontraktbestimmten Ertrag, den Zins. Auch manche Arbeitnehmer erhalten einen Anteil am Gewinn. Grundsätzlich ist es möglich, daß sich nicht nur der Faktor Kapital, sondern auch der Faktor Arbeit den jeweils anderen Faktor zu einem Kontraktpreis beschafft und selbst Residualeinkommen bezieht. Diesen Umstand kann man sich in der Verteilungspolitik zunutze machen.

506. Notwendige Voraussetzung dafür, daß die haftenden Kapitaleigner sich mit den Arbeitnehmern in das Residualeinkommen ohne Beeinträchtigung ihrer Investitionsneigung zu teilen bereit sind, und darum allein geht es hier, ist eine entsprechende Beteiligung der Arbeitnehmer an der Haftung. Nur wenn sich der Rückgang der Haftung der Kapitaleigner und der Rückgang des erwarteten Einkommens aus Kapitalinvestitionen die Waage halten, bleibt der Ertragswert der Investitionen unverändert und deshalb im Prinzip auch die Investitionsneigung.

507. Sicher können die Arbeitnehmer wegen ihrer begrenzten Möglichkeit, auf Konsum zu verzichten, nur mit einem sehr geringen Prozentsatz ihres Einkommens haften, weil sie diesen Anteil im Falle von Verlusten auch aufs Spiel setzten. Viel ist jedoch auch nicht nötig. Das soll ein einfaches, fiktives, Rechenbeispiel mit gesamtwirtschaftlichen Größen zeigen: Würden die Arbeitnehmer in einem Jahr, in dem eine Steigerung der kontraktbestimmten Löhne um 9 vH durch Tarifverhandlungen zustande käme, auf die Kontrahierung von 4 dieser 9 Prozentpunkte verzichten, so daß ihnen nur 5 vH Lohnsteigerungen absolut sicher wären, so würde dies in der gesamten Volkswirtschaft — bei einer angenommenen Bruttolohn- und -gehaltssumme von 500 Mrd. DM — schon in diesem einen Jahr einen Betrag von 20 Mrd. DM, nämlich 4 Prozent von 500 Mrd. DM, ausmachen, der für die Haftung zur Verfügung steht. Dieser Betrag von 20 Mrd. DM ist freilich, wie noch zu zeigen sein wird, nur eine Eventualverpflichtung. Da Arbeitnehmer — auch bei kleineren Einkommensschwankungen — im Durchschnitt wesentlich länger als ein Jahr in ihren Unternehmungen bleiben dürften, erhöht sich die Haftungssumme entsprechend. Nimmt man die Zeit des durchschnittlichen Verbleibs im Unternehmen mit fünf Jahren an, dann steigt — wieder für die gesamte Arbeitnehmerschaft — die Haftungssumme bereits auf das Fünffache von 20 Mrd. DM, also auf 100 Mrd. DM. Das Risiko aller Arbeitnehmer zusammen besteht lediglich darin, daß sie ein einziges Mal, nämlich im Anfangsjahr, auf die vertragliche Zusicherung von knapp der Hälfte des Betrages, der bei üblichen Lohnsteigerungen herauskäme, zu verzichten hätten, nicht jedoch auf den Betrag selbst, vorausgesetzt daß in der Volkswirtschaft normale oder nicht allzu weit darunter liegende Gewinne erzielt werden. In den folgenden Jahren werden ihre kontraktbestimmten Einkommen um die Steigerungsraten erhöht, die sich auch ohne eine Beteiligungsregelung aus den Tarifverhandlungen ergäben; ihre Eventualverpflichtung beläuft sich also stets nur auf 4 vH der Lohnsumme.

508. Was könnte der übernommenen Haftung an Einkommensvorteil gegenüberstehen? Angenommen, es würde vereinbart, die Arbeitnehmer erhielten — wieder gemäß dem Rechenbeispiel — bei einem durchschnittlichen Gewinn erstens die 4 Prozent ausgezahlt, auf deren feste Kontrahierung sie verzichtet hatten; das würde sie weder besser noch schlechter stellen, als wenn sie ausschließlich Kontrakteinkommen bezögen. Zweitens aber — und

darauf kommt es vor allem an — erhielten sie einen darüber hinausgehenden Gewinnanteil, der dem Verhältnis ihrer Haftungssumme zur gesamten Haftungssumme entspricht.

Beträge zum Beispiel — wieder nur fiktiv — der um das Entgelt für die Arbeit der Unternehmer, den sogenannten Unternehmerlohn, und um eine gewisse Mindestverzinsung des Eigen- und Fremdkapitals bereinigte „Normalgewinn“ der Volkswirtschaft 30 Mrd. DM und machte die Summe des Eigenkapitals in der gesamten Volkswirtschaft 500 Mrd. DM aus, so wäre — bei der oben unterstellten Haftungssumme der Arbeitnehmer von 100 Mrd. DM — der „Normalgewinn“ im Verhältnis 5 : 1 auf Kapitaleigner und Arbeitnehmer aufzuteilen. Die Arbeitnehmer erhielten also, wenn dieser Normalgewinn einträte, daraus einen Anteil in Höhe von 5 Mrd. DM zusätzlich zu den 20 Mrd. DM, deren Verlust sie zwar riskiert haben, die aber ebenfalls verdient worden sind. Das gesamte Residualeinkommen von 50 Mrd. DM — 30 Mrd. DM herkömmlicher bereinigter Gewinn zuzüglich 4 vH der Lohn- und Gehaltssumme des Vorjahres, entsprechend 20 Mrd. DM — würden somit zu gleichen Teilen (Verteilungsschlüssel 1 : 1), das heißt je 25 Mrd. DM für Kapitaleigner und für Arbeitnehmer, aufgeteilt. Mit anderen Worten: Die tatsächliche Umverteilung schmälerte den Anteil der Kapitaleigner um 5 Mrd. DM und erhöhte den Anteil der Arbeitnehmer um den gleichen Betrag. Nochmals anders ausgedrückt: Alle Arbeitnehmer zusammen erhielten eine um einen Prozentpunkt über die Steigerungsrate von 9 vH der Lohn- und Gehaltssumme, die sonst tarifvertraglich vereinbart worden wäre, hinausgehende Erhöhung ihres Einkommens.

Bleibe man bei dem Verteilungsschlüssel 1 : 1 für die Aufteilung des gesamten Residualeinkommens auch für jene Fälle, in denen der Gewinn in der Volkswirtschaft größer oder kleiner ausfiele als der Normalgewinn, so wären die Arbeitnehmer immer noch weder besser oder schlechter als ohne die Gewinnbeteiligung gestellt, wenn sich der gesamte Gewinn gegenüber dem Normalgewinn um ein Drittel, also von 30 Mrd. DM auf 20 Mrd. DM, reduzierte, das gesamte Residualeinkommen also 40 Mrd. DM statt 50 Mrd. beträge; den Arbeitnehmern fielen dann die Hälfte der 40 Mrd. DM, d. h. gerade der Betrag zu, auf dessen Kontrahierung sie verzichtet hatten. Erst wenn die Gewinne noch weiter absänken, würden die Arbeitnehmer einen Teil ihres haftenden Einkommensbestands verlieren. Stiegen die Gewinne gegenüber dem Normalgewinn um ein Drittel, würden die Arbeitnehmer freilich auch weitere 5 Mrd. DM zusätzlich erhalten, bei darüber hinausgehenden Gewinnsteigerungen entsprechend mehr.

Änderte sich die Relation Eigenkapital zu Haftungssumme der Arbeitnehmer — etwa durch eine Kapitalerhöhung oder durch eine Erhöhung des Personalbestandes — dann änderte sich zugleich auch der Verteilungsschlüssel.

509. Nochmals sei betont, daß es sich hier um ein rein fiktives Rechenbeispiel handelt, aus dessen Zahlen keine Rückschlüsse darauf gezogen werden können, was quantitativ tatsächlich möglich oder

wünschenswert wäre. Alleiniger Zweck des Zahlenbeispiels ist es, das Verständnis für die prinzipiellen Zusammenhänge zwischen den betrachteten Größen zu erleichtern und deutlich zu machen, in welcher Richtung zwischen den Tarifpartnern verhandelt werden müßte, wenn tatsächlich für die Arbeitnehmer ein größerer Anteil am Volkseinkommen — unter Vermeidung von Gefahren für Geldwert und Wachstum — erzielt werden soll.

Man darf sich freilich nicht der Illusion hingeben, daß vom Sachverständigenrat oder sonst irgend einer Institution objektiv festgestellt werden könnte, wieviel Haftung seitens der Arbeitnehmer einer bestimmten Gewinnminderung der Kapitaleigner aus deren Sicht entspräche. Daß überhaupt eine Entlastung des Eigenkapitals von einem Teil der Haftung eine Einkommensminderung rechtfertigt, deren Betrag kostenniveauneutral auf die Arbeitnehmer übertragen werden kann, ist jedoch kaum zu bestreiten. Wie hoch die Beteiligung am Gewinn sein könnte, wie der Gewinn zu ermitteln wäre, wie hoch der Prozentsatz der Löhne zu sein hätte, dessen Wert in die Haftung einbezogen werden soll, das alles sind Fragen, die nur zum Teil durch Rahmengesetze geregelt werden könnten, in der Hauptsache aber zwischen den Tarifpartnern in Ergänzung zu den Tarifabschlüssen, eventuell aber auf einer anderen Ebene, ausgehandelt werden müßten.

510. Da es bekanntlich Wirtschaftszweige gibt, die sich in günstigen Entwicklungsphasen befinden, und andere, die notleidend sind, da ferner die Gewinne auch innerhalb der Wirtschaftszweige von Unternehmen zu Unternehmen erheblich abweichen, da außerdem das Verhältnis von Kapitaleinsatz zu Lohnsumme, das sich in der Kapitalintensität spiegelt, von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig und von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich ist, da es kleine und große Unternehmen, Personal- und Kapitalgesellschaften gibt, muß noch der Frage nachgegangen werden, wie es bewerkstelligt werden kann, daß die Chancen, zusätzliches Residualeinkommen zu beziehen, und die mit den Chancen verbundenen Risiken des Verlustes einigermaßen gleichmäßig auf die Arbeitnehmer verteilt werden.

Als Lösung bietet sich die Bildung eines Fonds an, in den die den Arbeitnehmern zufließenden Residualeinkommen einzuzahlen wären. Es würde dann nicht stören, daß von kapitalintensiven Unternehmen nur kleine Gewinnanteile, von arbeitsintensiven hohe abgeführt würden, daß vielleicht für kleine Personalgesellschaften und Handwerksbetriebe abweichende Regelungen getroffen werden müßten und daß eventuell auch die Bediensteten der Öffentlichen Hand, bei der keine Gewinne erzielt werden, einen Teil ihres Kontrakteinkommens an den Fonds übertragen, um sich über eine Teilnahme am Risiko auch den Anspruch auf zusätzliche gewinnabhängige Einkommen der Volkswirtschaft zu sichern. Ein solcher Aufbringungsfonds, wie er im Gegensatz zu den noch zu erörternden Anlagefonds genannt werden könnte, hätte dann nach einem zu vereinbarenden Schlüssel die eingegangenen Beträge auf die Arbeitnehmer wieder zu verteilen. Der

Fonds wäre eine reine Clearingstelle. Der Auszahlungsschlüssel könnte die verschiedensten Komponenten enthalten, etwa die Zahl der Personen, gewichtet nach deren Einkommen und nach den — auf eine durchschnittliche Kapitalintensität umgerechneten — Gewinnen der Unternehmen, denen die Empfänger angehören. Die unternehmensindividuelle Gewinnkomponente dürfte dabei nicht zu sehr außer acht gelassen werden, auch wenn dadurch der Auszahlungsschlüssel etwas komplizierter wird, damit die Arbeitnehmer ein Interesse daran haben, daß ihr Unternehmen Gewinne erzielt.

Es sei nicht bestritten, daß es hier im Detail zahlreiche Probleme gibt, die sicher nicht einfach am grünen Tisch gelöst werden können. Lösbar sind diese Probleme jedoch, wenn der Staat und die autonomen Gruppen eine Umverteilung über die Residualeinkommen nur ernsthaft in Angriff nehmen wollen; bisher haben sie alle, wenn auch aus den unterschiedlichsten Motiven, geögert, dies zu tun.

Die Brücke zur Vermögensbildung

511. Ziel der Umverteilung über eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Residualeinkommen und an der Haftung ist es nicht nur, diesen zu einem größeren Anteil am Volkseinkommen zu verhelfen, also die funktionelle Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu beeinflussen. Vielmehr besteht es auch darin, den Arbeitnehmern die Vermögensbildung zu erleichtern, damit die Vermögensverteilung zu verbessern, das heißt die Vermögen breiter zu streuen, und schließlich auf diesem Wege über eine Umschichtung der Einkommen aus Kapitalvermögen eine besser ausgewogene personelle Einkommensverteilung zu erreichen.

Mit der Beteiligung der Arbeitnehmer am Residualeinkommen erhalten diese zusätzliche Bezüge, aus denen Vermögen gebildet werden kann. Würde freilich die Ersparnis auf den Anteil des Mehreinkommens beschränkt, den die Kapitaleigner marginal weniger sparen, weil sich ihr Einkommen um das, was die Arbeitnehmer mehr erhalten, gemindert hat, wäre das Vermögen, das daraus zusätzlich gebildet würde, nicht sehr groß, selbst wenn man der Einfachheit halber eine marginale Sparneigung der Kapitaleigner von eins unterstellt, also annimmt, das gesamte Mehreinkommen der Arbeitnehmer müsse zum Ausgleich gespart werden. Im obigen Rechenbeispiel betragen diese Mehreinkommen für den Fall, daß ein Normalgewinn in der Volkswirtschaft entsteht, 5 Mrd. DM — also 1 vH der angenommenen Lohn- und Gehaltssumme. Zur Aufrechterhaltung von Investitionen und Wachstum ohne Preissteigerungen wäre das freilich genug. Verfolgt man ehrgeizigere Ziele bei der Vermögensbildung, so liegt es nahe, daran zu denken, daß das gesamte Residualeinkommen der Arbeitnehmer, im Rechenbeispiel also 4 vH zuzüglich 1 vH der Lohn- und Gehaltssumme (oder was auch immer bei anderen als den Normalgewinnen anstelle der 1 vH einzusetzen wäre), gespart werden soll.

Wie man auch rechnen mag, die Sparsumme, die sich dabei ergibt, wäre ein erheblicher Betrag, selbst wenn man berücksichtigt, daß vermutlich aus dem restlichen Einkommen der Arbeitnehmer weniger gespart würde als zuvor.

Sicher würde nicht das gesamte Residualeinkommen freiwillig gespart. Es müßte deshalb ganz oder zu einem erheblichen Teil gesetzlich oder durch Vereinbarung für einen längeren Zeitraum gebunden werden.

512. Entscheidend ist, daß die Ersparnisse der Vermögensbildung dienen. Weniger kommt es darauf an, wie das geschieht. Vorstellbar ist zwar auch, daß dem Aufbringungsfonds, der zunächst nur die Funktion hat, die einbezahlten Beträge nach einem Schlüssel wieder auf die Arbeitnehmer zu verteilen, auch die Anlage der Mittel anvertraut wird. Der Fonds könnte dann jedoch recht bald durch seine Anlagepolitik wirtschaftliche Macht erlangen, die aus den gleichen Gründen wie jede andere Form wirtschaftlicher Macht unerwünscht wäre.

Im Grunde genügte es, wenn jeder Arbeitnehmer ein Sperrkonto in Verbindung mit einem Bankdepot für Wertpapiere errichtete. Er könnte dann im Laufe der Zeit beliebig Wertpapiere kaufen, aber auch verkaufen, wenn er den Erlös wieder anlegte. Damit wäre die Freiheit der Entscheidung über die Anlage des gebundenen Einkommens gewahrt. In jedem Falle wäre es gut, wenn reine Anlagefonds, zum Beispiel Wertpapierfonds oder Beteiligungsgesellschaften, gegründet würden, an denen sich die Arbeitnehmer auch mit den kleinen Beträgen, die ihnen zunächst zur Verfügung stehen, beteiligen könnten. Wer glaubt, den ungeübten Kapitaleignern nicht ganz die Entscheidung über die Anlageart ihres Geldes überlassen zu können, mag auch dafür plädieren, daß die Arbeitnehmer ihren Vermögenszuwachs in bestimmten, eigens dafür gegründeten Anlagefonds anzulegen haben. Worum es in erster Linie geht, ist — es sei ausdrücklich wiederholt —, daß überhaupt Vermögen gebildet wird.

513. Die Befürchtung, dabei würde womöglich zu viel gespart, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Sie sollte jedoch auch nicht zu ernst genommen werden. Anders als in dem Fall, in dem zusätzliche Löhne aus Gewinnen ohne gleichzeitige Haftungs-beteiligung gezahlt und von den Empfängern gespart werden, dürfte sich im Falle gleichzeitiger Haftungs-beteiligung die Investitionsneigung nicht erheblich ändern. Infolge des reichlicheren Kapitalangebots mag zwar die Arbeit im Verhältnis zum Kapital zunehmend knapp werden. Die Renditen würden dann sinken, sofern nicht — was in einer offenen Wirtschaft bei festem Wechselkurs zu erwarten ist — der Ausgleich durch Kapitalexport, möglicherweise auch durch weiteren Import von Arbeitskräften, längerfristig vielleicht noch durch arbeitssparenden technischen Fortschritt erzielt würde. Auch der Staat könnte freilich von dem reichlicheren Angebot an Kapital profitieren, indem er sich zusätzlich — und ohne Inflationsdruck — am Kapital-

markt verschuldete. Das alles würde die Kapitalrendite sicher nicht nennenswert absinken lassen.

514. Eine nach wie vor umstrittene Frage sollte mit der Diskussion der Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Haftung nicht vermengt werden: die Mitbestimmung. Zwar läßt sich die Ansicht vertreten, die Arbeitnehmer sollten gemäß ihrer Beteiligung an der Haftung auch mitbestimmen dürfen; das wäre allerdings eine Mitbestimmung anderer Qualität. Die in der bisherigen Mitbestimmungsdiskussion vorgebrachten Argumente und Gegenargumente sind von einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer unabhängig. Die Beteiligungsdiskussion mag zwar die Mitbestimmungsdiskussion beeinflussen, umgekehrt sollte das jedoch weniger der Fall sein.

515. Abermals sei betont: Dies ist kein Plan zur Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung, nicht einmal ein rudimentärer. Die Gedanken stehen auch nicht in Konkurrenz zu den existierenden Plänen; die Pläne könnten jedoch anhand der hier skizzierten Kriterien überprüft werden.

Ebenfalls sei erneut hervorgehoben: Bei dem Versuch, Pläne zur Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer mit beschränkter Haftung zu machen, werden zahlreiche Probleme auftreten, die es zu lösen gilt. Das beginnt mit der Frage, wie das für die Bemessung der Haftung relevante Kapital zu ermitteln wäre und um welche Beträge die Einkünfte aus Kapital bereinigt werden müßten, damit man zu dem für die Beteiligung relevanten Gewinn kommt, setzt sich fort mit der Frage, wie steuerrechtliche Hindernisse beseitigt werden können und wie der Mangel an geeigneten Unternehmensverfassungen behoben werden kann, bis hin zur Frage der Zweckmäßigkeit verschiedener Arten von Aufbringungs- und Anlagefonds.

516. Solange dabei mit Hilfe der Nominallohnpolitik versucht wird, die Verteilung zum eigenen Vorteil dauerhaft zu verändern, belastet und gefährdet der Prozeß der Lohnbestimmung durch die Tarifpartner die Bemühungen um Stabilität erheblich. Es wäre deshalb von großer Bedeutung, wenn es gelänge, den Verteilungskampf auf das Feld der Vermögenspolitik zu verlagern und dabei Wege zu finden, die eine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Beteiligung am Residualeinkommen ermöglichen, ohne die Investitionsneigung der Unternehmer zu gefährden. Die Richtung, in der man dabei vorgehen könnte, wenn man das wollte, haben wir gewiesen. Wir meinen nicht, daß jetzt zunächst ein möglichst perfekter gesamtwirtschaftlicher Plan zur Vermögensbildung mit allen Facetten und mit allen rechtlichen Konsequenzen aufgestellt werden müßte, der dann womöglich für Jahre in den Strudel des politischen Meinungsstreits geriete. Vielmehr sind wir der Ansicht, daß auch ohne alldies in Tarifverhandlungen versucht werden könnte, residualbestimmte Einkommen mit entsprechender Haftungs-beteiligung, begrenzt auf Teile des Lohnzuwachses, neben den Tariflohnsteigerungen zu ver-

einbaren. Das wird, wenn überhaupt, sicher nicht überall und gleichzeitig geschehen. Dem Gesetzgeber fiele dann die Aufgabe zu, möglicherweise schon gestützt auf die ersten Erfahrungen mit solchen Abschlüssen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um weitere Vereinbarungen solcher Art zu erleichtern und um zu gewährleisten, daß im Gefolge dieser Vereinbarungen auch Vermögen in Arbeitnehmerhand gebildet werden, die allmählich dazu führen, daß die personellen Einkommen weniger ungleichmäßig verteilt sind.

Anhang

	Seite
I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	168
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	170
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	171
IV. Sondergutachten vom 3. Juli 1972: Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972	172
V. Auszug aus dem Jahresgutachten 1964, Ziffer 248	179
VI. Mengenindikator, Kosten- und Preisindikator nach der konjunkturellen Wende	180
VII. Methodische Erläuterungen	181
VIII. Statistischer Anhang	185

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen

Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. 1 S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und

der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;

3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum“ (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation“ (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität“ (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum“ (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967“

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung“ (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms“ (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1969: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht“; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969“; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969“

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —“ (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970“

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —“ (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971“

Das Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972“ ist im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

IV.

SACHVERSTÄNDIGENRAT

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Sondergutachten vom 3. Juli 1972

Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972

1. Nur ein halbes Jahr nach den Washingtoner Beschlüssen herrscht erneut Währungsunruhe. Der Pfundkurs wurde nach massiven Stützungskäufen freigegeben, die Lira geriet in Abwertungsverdacht. Die Vereinbarung, die Währungen der Europäischen Gemeinschaften enger aneinanderzubinden und so die Währungsunion voranzutreiben, wurde zum ersten Mal auf die Probe gestellt. Der Ministerrat hat eine Ad-hoc-Regelung beschlossen, die den vereinbarten Disziplinierungszwang innerhalb der Europäischen Gemeinschaften lockert. Die Bundesregierung hat Beschlüsse gefaßt, denen ernste ordnungspolitische Bedenken entgegenstanden.

Das Gewicht dieser Entscheidungen sowie die Gefahr, daß bei neuen Anlässen gleicher Art nunmehr weiter in dieser Richtung gehandelt wird, veranlassen den Sachverständigenrat, gemäß seinem gesetzlichen Auftrag der Bundesregierung ein Sondergutachten (§ 6 Abs. 2 Satz 1 des Sachverständigenratsgesetzes) vorzulegen.

2. Nachdem die wichtigsten Industrieländer am 18. Dezember 1971 in Washington ein neues Wechselkursgefüge festgelegt und die Bandbreiten für freie Kursschwankungen erweitert hatten, schienen die drängendsten Währungsprobleme zunächst einmal bereinigt zu sein, wenngleich eine grundlegende Reform der Weltwährungsordnung noch ausstand. Der schon kurz nach der Jahreswende erneut einsetzende Kursverfall des Dollars ließ jedoch erkennen, daß durch das Realignment das Mißtrauen in die Leitwährung lediglich gemildert, keineswegs aber beseitigt worden war. Dazu dürfte beigetragen haben, daß die amerikanischen Währungsbehörden die Goldkonvertibilität des Dollars nicht wiederhergestellt hatten und auch nach wie vor nichts unternahmen, der Dollarschwäche entgegenzuwirken. Immerhin ging die Zuversicht in die neuen Kursrelationen so weit, daß die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften ihre Bemühungen um die Währungsunion wieder verstärkten. Am 21. März 1972 beschloß der Ministerrat, die Bandbreite für die Wechselkurse der Gemeinschaftswährungen von 4,5 v. H. auf 2,25 v. H. zu verengen. Um die damit einhergehenden stabilitätspolitischen Risiken für einzelne Länder möglichst klein zu halten, wurden Interventionsregeln vereinbart: Zentralbanken sollen zur Einhaltung der engen Bandbreite nur in Gemeinschaftswährung intervenieren (es sei denn, der Kurs einer Währung erreicht den oberen oder unteren Interventionspunkt

gegenüber dem Dollar). Länder, die dabei Gemeinschaftswährung aus dem Markt nehmen müssen, haben Anspruch darauf, einen Ausgleich gemäß der Struktur der Währungsreserven des Schuldnerlandes zu erhalten. Dieser Regelung, die am 24. April 1972 in Kraft trat, schlossen sich die vier beitrittswilligen Länder an. Wesentliche Elemente eines institutionellen Rahmens für einen Währungsblock waren geschaffen.

Einer ersten Belastungsprobe wurden diese Regeln ausgesetzt, als das englische Pfund zunehmend unter Abwertungsverdacht geriet. Die Mitgliedsländer intervenierten vereinbarungsgemäß; nachdem jedoch die Spekulation gegen das Pfund auf diese Weise nicht zu entmutigen war, gab die britische Regierung den Pfund-Kurs frei. Die Partner akzeptierten diesen Schritt, zumal bei einem Anhalten der Pfundschwäche das Dollarangebot rasch steigen mußte, so daß sich die Krise ausgeweitet hätte. Unmittelbar nach der Freigabe des Pfund-Kurses entstanden jedoch plötzlich auch Gerüchte über eine Abwertung der italienischen Lira.

3. Die Bundesrepublik, aber auch andere Länder der Gemeinschaft mußten nunmehr starke Liquiditätszuflüsse befürchten. Dies wog für die Bundesrepublik um so schwerer, als die stabilisierungspolitischen Chancen ohnehin nicht günstig stehen.

Die Abschwungphase des fünften Nachkriegszyklus ist früher als erwartet zu Ende gegangen, und ein neuer Aufschwung beginnt sich abzuzeichnen, noch bevor sich das Tempo des Geldwertchwunds nennenswert verlangsamt hat. Auf der Verbraucherstufe überschreitet die jährliche Teuerungsrate die 5 v. H.-Marke immer noch. Auf der Erzeugerstufe, auf der die hohen Preissteigerungsraten bis Anfang des Jahres deutlich abgenommen hatten, sind seither keine Fortschritte mehr zu stabileren Preisen erzielt worden.

Soll der Weg zu mehr Stabilität nicht völlig blockiert werden und die Inflationsgewöhnung nicht endgültig das Vertrauen in den Geldwert verdrängen, kommt alles darauf an, den neuen Aufschwung nicht zu steil werden zu lassen. Denn die ungenutzten Kapazitäten und die Arbeitskraftreserven sind geringer als zu Beginn früherer Aufschwungsphasen, und eine Nachfrageexpansion, die merklich über das Wachstum des Produktionspotentials hinausgeht, muß binnen kurzem in neue Überhitzung münden.

Die Finanzpolitik allein kann die stabilisierungspolitische Aufgabe nicht lösen. Auf der Ausgabenseite ist ihr Spielraum begrenzt, es sei denn, wichtige Gemeinschaftsaufgaben werden aufs neue verlagert; einnahmepolitisch sind ihr zumindest kurzfristig die Hände gebunden, nachdem der Konjunkturschlag zur Unzeit zurückzuzahlen ist. Viel hängt deshalb davon ab, daß es der Geld- und Kreditpolitik gelingt, die monetäre Expansion in Grenzen zu halten.

Zu den Beschlüssen von Luxemburg und Bonn

4. Die plötzliche neue Spekulationskrise an den Devisenmärkten, die von aktuellen Anlässen her nur unzureichend erklärt werden kann, machte einmal mehr deutlich, wie dringlich Maßnahmen sind, die an den dauerhaften Ursachen solcher Vorgänge ansetzen. In der Situation, die Ende Juni 1972 eingetreten und zunächst allein durch einen Schwund an Vertrauen in zwei europäischen Währungen gekennzeichnet war, wäre es für die internationalen und nationalen Instanzen darauf angekommen, Entscheidungen zu treffen,

- die für die Europäischen Gemeinschaften glaubwürdig dokumentierten, daß die strengen Funktionsbedingungen einer auf stabilitätspolitische Disziplin verpflichteten europäischen Währungsunion geachtet werden,
- die der Labilität des Vertrauens in die gegenwärtigen Kurse für den US-Dollar Rechnung trugen und
- die der anstehenden Reform des Weltwährungssystems vorarbeiteten, zumindest aber den Abstand von einer angestrebten neuen Ordnung nicht vergrößerten.

Die Entscheidungen, die getroffen wurden, liefen eher in die Gegenrichtung; sie zielten auch weniger auf die Ursachen der Störungen als auf deren Erscheinungen.

5. Die Finanz- und Wirtschaftsminister der erweiterten Europäischen Gemeinschaften beschlossen am 26. Juni 1972 in Luxemburg, an der seit 24. April 1972 praktizierten Verringerung der Bandbreiten zwischen den Gemeinschaftswährungen festzuhalten. Gleichzeitig wurde jedoch die Bank von Italien auf befristete Zeit von der vereinbarten Regel ausgenommen, zur Sicherung des engen Bandes von 2,25 v. H. nur in Gemeinschaftswährungen zu intervenieren.

6. Im Anschluß an die Luxemburger Beschlüsse entschied sich Bundesregierung und Bundesbank am 29. Juni 1972, die Kapitalverkehrskontrollen zu verschärfen und damit zugleich die Umgehungsmöglichkeiten des Bardepots zu verringern. Von der Bundesregierung wurde beschlossen *):

*) 22. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung unter Bezug auf § 6 a und § 23 Außenwirtschaftsgesetz (AWG).

— Bei der Bardepot-Regelung wird der Betrag, der bei der Aufnahme von Auslandskrediten durch Inländer bardepotfrei bleibt (Freibetrag), von 2 Millionen DM auf 0,5 Millionen DM herabgesetzt.

— Der Absatz von Inhaber- und Orderschuldverschreibungen an Gebietsfremde wird genehmigungspflichtig, und zwar solange, bis durch eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes Geschäfte mit diesen Papieren bardepotpflichtig gemacht worden sind.

— Die entgeltliche Abtretung von Forderungen an Gebietsfremde (auch ein Mittel, sich im Ausland Finanzmittel zu beschaffen) wird meldepflichtig.

Außerdem richtete die Bundesregierung unter Berufung auf die Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. März 1972 an die Bundesbank die Bitte, das Instrumentarium zur Beeinflussung der Nettoauslandsposition der Kreditinstitute voll einzusetzen.

7. In Abstimmung mit der Bundesregierung setzte die Bundesbank den Bardepotsatz mit Wirkung vom 1. Juli von 40 v. H. auf 50 v. H. herauf. Zum Ausgleich der Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland im Gefolge der Währungsspekulation beschloß sie ein Bündel kreditpolitischer Maßnahmen:

— Die Mindestreservesätze auf Inlandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. Juli um 20 v. H. erhöht.

— Die Mindestreservesätze auf den Bestand an Auslandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. Juli für Sichteinlagen auf 40 v. H., für Termineinlagen auf 35 v. H. und für Spareinlagen auf 30 v. H. angehoben.

— Der zusätzliche Reservesatz auf den Zuwachs an Auslandsverbindlichkeiten wird mit Wirkung vom 1. Juli auf 60 v. H. erhöht; Bestandsreserve und Zuwachsreserve zusammen genommen ergeben nunmehr eine 100prozentige Mindestreserverpflicht auf den Zuwachs an Auslandsverbindlichkeiten.

— Die Rediskontkontingente werden mit Wirkung vom 1. August um 10 v. H. gekürzt.

Durch diese Maßnahmen wurden die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute um etwa 8 Mrd. DM verringert.

8. Indem der Ministerrat die Bank von Italien ermächtigte, die innergemeinschaftliche Bandbreite von 2,25 v. H. durch den Ankauf von Lira gegen Dollar zu verteidigen, desavouierte er seine eigenen währungspolitischen Beschlüsse vom 21. März 1972. Die Verminderung des maximal zulässigen Abstands zwischen den Währungen von zwei Mitgliedstaaten sollte den Spielraum für eine autonome Konjunkturpolitik jedes der Gemeinschaftsländer einschränken und so auf ein konjunkturpolitisches Parallelverhalten der Gemeinschaft hinwirken. Da das schmale Band — für sich genommen — nicht ausreicht, um die Harmonisierung der Konjunkturpolitik zu gewährleisten, beschloß der Ministerrat u. a. die Bil-

derung eines Ausschusses zur Koordinierung der kurzfristigen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dem Zwang zur stabilitätspolitischen Disziplin sollte durch die in der gleichen Entscheidung festgelegte Regel Genüge getan werden, daß die zur Stützung in Gemeinschaftswährungen am Interventionspunkt benötigten Beträge aus den Währungsbeständen des Schuldnerlandes gemäß deren Zusammensetzung aus den verschiedenen Reservemedien binnen eines Monats zu begleichen sind.

Obwohl diese Bestimmungen gewisse Verhaltenszwänge schaffen, so reichen sie doch nicht aus, um willkürliche Interventionen durch Gemeinschaftstaaten auszuschließen. Daher wurde zusätzlich vereinbart, daß Interventionen erst bei Erreichen der Bandgrenzen zulässig sind, es sei denn, die Zentralbanken würden gemeinsam anders beschließen.

9. Dies muß im Bild sein, wenn man die Tragweite des Luxemburger Beschlusses, der heute schon als ein Präzedenzfall für die zukünftige Reaktion auf das Verlangen von Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaften in vergleichbarer Lage angesehen wird, erfassen will. Italien darf nun bis zum 30. September innerhalb des Bundes nach eigenem Ermessen in Dollar intervenieren. Modalitäten, Grenzen und Bedingungen sollen allerdings für die Zeit nach dem 15. Juli noch durch den Ausschuß der Zentralbankpräsidenten festgelegt werden. Ein überzeugender Grund für diese Konzession ist angesichts des Umfangs und der Zusammensetzung der italienischen Währungsreserven (mehr als die Hälfte umfaßt Gold und goldwerte Reserven) nicht erkennbar. Abgesehen davon, daß dieses Zugeständnis die disziplinierenden Wirkungen der Interventionsregeln im Grundsatz mindert, fiel die Ermächtigung in eine Phase der latenten Antidollar-spekulation.

Italiens Verlangen wurde so auch prompt als ein Mißtrauensvotum gegen den Dollar interpretiert; es wird damit gerechnet, daß größere Dollarabgaben der italienischen Notenbank den Kurs des Dollars nach unten drücken. Sobald dadurch der Dollarkurs in anderen Gemeinschaftsländern an den unteren Interventionspunkt gerät, ergibt sich für die betreffenden Länder ein unerwünschter Dollarzustrom, der die Liquidität ausweitet.

10. Die Luxemburger Beschlüsse und der mit ihnen gegebene vorläufige Verzicht auf die konsequente Anwendung disziplingebietender Regeln auf dem Wege zu einer europäischen Währungsunion haben in der Bundesrepublik einen Konflikt verschärft, der seit langem die stabilitätspolitische Diskussion stark bestimmt. Von den Extremen her läßt sich dieser Konflikt so kennzeichnen: Auf der einen Seite wird — bei Wahrung des Bekenntnisses zu einer auf die europäische Währungsunion gerichteten Politik — die Forderung erhoben, daß um der nationalen stabilitätspolitischen Ziele willen durch Beschränkung des internationalen Kapitalverkehrs der Spielraum für eine nationale monetäre Politik erweitert werden müsse, die den jeweiligen binnenwirtschaftlichen Erfordernissen folgt. Die integrationspoliti-

schen Schwierigkeiten, die daraus erwachsen, werden nolens volens in Kauf genommen. Auf der anderen Seite steht die Forderung, daß man hinsichtlich des innergemeinschaftlichen Zwangs zu stabilitätspolitischer Disziplin unerbittlicher sein müsse, so daß mit Rücksicht auf die geplante Währungsunion die außenwirtschaftliche Absicherung der Stabilitätspolitik in den Gemeinschaftsländern von vornherein auf die Außengrenzen der Gemeinschaft begrenzt werden könnte.

Die dritte Position, das heißt die Auffassung derer, die flexible Wechselkurse für jedes einzelne Land als einen Weg ansehen, der beschleunigte Integration und nationale stabilitätspolitische Autonomie zu verbinden erlaubt, ist durch die Vorentscheidung für eine europäische Währungsunion abseits gestellt.

11. Die Erwartung einer erneuten Spekulationswelle nach der Entschließung des Ministerrats vom 26. Juni und den rigorosen Abschirmungsmaßnahmen der Schweiz bewirkte in der Bundesrepublik eine Entscheidung in diesem Konflikt zugunsten von verschärften Kapitalverkehrskontrollen und damit zugunsten der nationalen Autonomie. Mit der Beschränkung des internationalen Kapitalverkehrs begab sich die Bundesrepublik auf einen Weg, der zunächst einmal von der europäischen Währungsunion wegführt. Denn eine Währungsunion mit Beschränkungen der Zahlungsströme zwischen den Unionsländern ist zweifellos ein Widerspruch in sich selbst.

12. Kapitalverkehrsbeschränkungen werden gleichwohl vielfach, vor allem in anderen Ländern der Gemeinschaft, gerade um der Währungsunion willen gefordert. Es geht um die gemeinsame Zurückweisung von Dollarströmen, die als Folge davon angesehen werden, daß die Vereinigten Staaten sich der Rolle versagen, die ihnen das noch herrschende Weltwährungssystem als Leitwährungsland zuweist. Hierfür gibt es jedoch auch marktwirtschaftliche Lösungen (Ziffer 26). Läßt man sie aus, so bleibt die Möglichkeit gemeinsamer Abwehrmaßnahmen an den Außengrenzen der Gemeinschaft (Ziffer 24). Wird sie ebenfalls nicht ernsthaft verfolgt, sondern die Beschränkung des innergemeinschaftlichen Kapitalverkehrs in Kauf genommen, und zwar dann für längere Zeit, so könnte dies jedenfalls nicht mit dem Plan einer europäischen Währungsunion gerechtfertigt werden. Wer Kapitalverkehrsbeschränkungen dieser Art im Namen der europäischen Währungsunion betreibt, der wird, selbst wenn er sich unentwegt auf den Bedarf an Abwehrmaßnahmen berufen kann, von seiten der Drittländer dem Vorwurf ausgesetzt sein, daß er unter europäischer Währungsunion nicht mehr versteht als einen Verein, in dem sich Länder mit merkantilistischer Haltung zur kollektiven Förderung ihrer Exportchancen gegenüber den Vereinigten Staaten und anderen Drittländern zusammenschließen.

13. Der integrationspolitische Wert einer Bandbreitenverengung als erster Schritt zu einer europäischen Währungsunion lag, wie erwähnt, vor al-

lem in dem erwarteten Zwang zur Harmonisierung der Politik in den Europäischen Gemeinschaften. Eine Abschirmung der monetären Politik der einzelnen Länder durch Kapitalverkehrsbeschränkungen beseitigt gerade diesen Zwang und damit die Dynamik einer integrationspolitischen Strategie, die auf die Vorteile eines Vorlaufs in der institutionellen Integration setzen wollte (JG 71 Ziffer 287).

Kontrollen des Kapitalverkehrs auch zwischen den Gemeinschaftsländern sind zudem nicht nur ein schwerer Rückschlag im Integrationsprozeß, sie sind auch ungeeignet, etwa einen vorläufigen Mangel an Harmonisierung der Wirtschaftspolitik auszugleichen. Würden sie eingeführt, um den durch das enge Band bewußt eingeschränkten Autonomiespielraum wieder zu vergrößern, so zeigte das lediglich, daß man auf nationale Konjunkturpolitik noch nicht verzichten will. Das mit der Bandverengung angestrebte Ziel hätte man suspendiert. Die für eine autonome Wirtschaftspolitik fehlende Breite des Bandes wäre dann nur durch Kapitalverkehrskontrollen ersetzt. Für die Vermeidung größerer Kurschwankungen hätte man die anwendungstechnischen Schwierigkeiten eingehandelt.

14. Der Spielraum der Bundesrepublik im Bereich international abzustimmender Politik mag eng sein und der Zwang zum Kompromiß groß. Trotzdem ist zu fragen, ob die Möglichkeiten für eine autonome monetäre Politik der Bundesrepublik durch die verschärften Kapitalverkehrskontrollen tatsächlich erheblich und nachhaltig größer geworden sind als bisher, so daß Vorteile hier alle Nachteile an anderer Stelle überwiegen könnten.

15. Schon im Frühjahr 1971 (SG 71 Ziffer 26) wie auch im Jahresgutachten 1971 (Ziffer 275) hat der Sachverständigenrat auf die schwerwiegenden anwendungstechnischen Bedenken gegenüber Kapitalverkehrskontrollen aufmerksam gemacht. Man darf zwar erwarten, daß die neu geschaffenen Kontrollen zunächst einmal greifen. Es kann jedoch nicht als wahrscheinlich angesehen werden, daß dies dauernd so sein wird. Wie zu erwarten war, ist schon die Bardepotpflicht, die am 1. März 1972 eingeführt wurde, in großem Umfange durch Ausweichen auf andere Formen der Kreditgewährung umgangen worden. Die Genehmigungspflicht für den Auslandsabsatz von Schuldverschreibungen ist die Antwort hierauf. Dabei wird es, so befürchten wir, nicht bleiben, sobald die Betroffenen neue Ausweichmöglichkeiten eingeübt haben. Der Zwang zum Perfektionismus von Kontrollen, dem sich andere Länder ausgesetzt sahen, die schon früher zu einer Einschränkung der Konvertibilität ihrer Währungen Zuflucht nahmen, und die zum Teil über einen besser dafür ausgerüsteten bürokratischen Apparat verfügten, belegen diese Skepsis.

16. In dem Maß, in dem die nunmehr in Kraft befindlichen Kontrollen wirksam sind, kann es eine monetäre Restriktionspolitik leichter als bisher dahin bringen, daß der Preisauftrieb in der Bundesrepublik zeitweise schwächer ist als in deren Partnerländern. Je erfolgreicher sie hierin ist, desto rascher

werden sich dabei jedoch größere Überschüsse in der Leistungsbilanz ergeben. In ihnen kommen Verzerrungen der internationalen Güterströme zum Ausdruck, die anschließend entweder durch eine Anpassungsinflation oder durch eine Wechselkursänderung — und das heißt abrupt — wieder beseitigt werden müssen. Dies Problem mag derzeit nicht aktuell sein, kann es aber bald wieder werden.

17. Selbst wenn die Kontrollen wirksam werden, ist der stabilitätspolitische Erfolg einer autonomen monetären Politik nicht sicher. Die internationale Übertragung inflatorischer Prozesse geht größtenteils über den direkten Preiszusammenhang auf den Märkten für international gehandelte Waren vorstatten. Hierauf haben Kapitalverkehrskontrollen keinen Einfluß. Sie schlagen daher unter Umständen erst durch, wenn die monetäre Restriktionspolitik konjunkturelle Einbrüche erzeugt, das heißt durch Mangel an Binnennachfrage den internationalen Preiszusammenhang zeitweise schwächt oder sogar unterbricht.

18. Die bisher erörterten Wirkungen der Beschlüsse vom 29. Juni lassen sich einigermaßen gut überschauen. Weniger leicht abzuschätzen, aber in den mittelbaren und unmittelbaren Folgen möglicherweise als noch schwerwiegend anzusehen, ist der ordnungspolitische Gehalt der Beschlüsse. Die Ordnungspolitik lebt nicht ohne guten Grund von dem Wert strenger Prinzipien. Die Schäden ordnungspolitischer Fehlentscheidungen werden zumeist nicht schon kurzfristig offenbar. Deshalb ist auch die Versuchung groß, bei aktuellen Schwierigkeiten ordnungspolitische Bedenken hintanzusetzen. Das Bekenntnis zu liberalen Ordnungsformen war in der Bundesrepublik allerdings bisher im allgemeinen stark genug, um schwere Abweichungen vom liberalen Grundsatz zu vermeiden. Als prinzipientreu galt die Bundesrepublik vor allem im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Nie sind Zweifel daran vorherrschend geworden, daß eine möglichst große Liberalisierung des internationalen Wirtschaftsverkehrs mit den Interessen dieses Landes in Einklang steht. Mit dieser Tradition ist durch die Entscheidung vom 29. Juni gebrochen worden. Erstmals sind schwerwiegende Beschränkungen der Konvertibilität der D-Mark verfügt worden. Große Sorgen erwachsen daraus nicht nur wegen der Gefahr weiterer Schritte auf diesem Weg. Kontrollen des Kapitalverkehrs schaffen, auch wenn sie global gelten sollen, vielfältige Möglichkeiten, den neuen Einflußbereich des Staates protektionistisch zu mißbrauchen. Die Wirkungen würden kaum auf den Kapitalverkehr beschränkt bleiben, sondern auch den Warenverkehr beeinflussen — hier begünstigend, dort diskriminierend, entsprechend der Weisheit der Behörden. Es gibt internationale Erfahrungen hierüber. Auch sollte man sich nicht damit beruhigen, daß ja lediglich die Ausländerkonvertibilität der D-Mark beschränkt worden sei. Darüber, wer das Recht haben soll, im internationalen Kapitalverkehr frei seinen Vorteil zu suchen, entscheidet letztlich nicht eine Seite.

Sollte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft darauf aus sein, diesen Teil des Außenwirtschaftsverkehrs dauerhaft staatlicher Kontrolle zu unterwerfen, so dürfte das früher oder später neue dirigistische Aktionen und Reaktionen auch in anderen Ländern hervorrufen. Das friedliche Prinzip des Vorteilsausgleichs über den Markt würde weiter geschwächt.

Alle diese ordnungspolitischen Bedenken werden nicht dadurch gemindert, daß die Entscheidung der Bundesregierung der Aufforderung des Ministerrats vom März 1972 entsprach, Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, unerwünschte Auswirkungen internationaler Finanzströme auf die binnenwirtschaftliche Liquidität zu unterbinden. Liberale Prinzipien für den Außenwirtschaftsverkehr sind tragend für die Römischen Verträge. Ihre Geltung muß nicht erst beantragt werden.

19. Mit Überzeugungskraft wird in der Diskussion um Kapitalverkehrskontrollen der Standpunkt vertreten, daß die Rücksicht auf den Geldwert nicht allen anderen Zielen der Wirtschaftspolitik weichen dürfe, und daß selbst geringe zusätzliche Chancen für die Bekämpfung der schleichenden Inflation Opfer rechtfertigen. Wenn der Sachverständigenrat im folgenden noch einmal den Versuch unternimmt, die Aufmerksamkeit der wirtschaftspolitischen Instanzen und der Öffentlichkeit auf die Vorteile anderer Möglichkeiten zur Lösung der anstehenden Probleme zu lenken, so deshalb,

- weil wir den Entschluß, eine europäische Währungsunion zu schaffen, und die Maßnahmen vom 29. Juni als widersprüchlich ansehen,
- weil wir die stabilitätspolitischen Chancen, die die Maßnahmen vom 29. Juni eröffnen, für überschätzt und die ordnungspolitische Fehlentwicklung, die sie anzeigen, für unterschätzt halten.

Bei alledem lassen wir uns nicht zuletzt von der Gefahr bestimmen, daß mit den jüngsten Entscheidungen möglicherweise ein Prozeß in Gang gesetzt wurde, dessen Eigendynamik ihn in der falschen Richtung weitertreibt. Es waren nicht nur aktuelle Gründe, die in der jüngsten Spekulationskrise die weitere Inanspruchnahme des § 23 AWG rechtfertigen sollten. Es ging wohl auch und mehr noch um Vorsorge für künftige Fälle. Diese sollte jedoch auf einem Wege gesucht werden, der weiterführt und nicht in einer Sackgasse endet. Nur wenn eine Krise auf einen solchen Weg drängt, ist sie wenigstens auch hilfreich.

Für eine dauerhafte Lösung

20. Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten (JG 71 Ziffern 262 ff.) ausführlich dargelegt, warum es — auch nach dem damals noch bevorstehenden Realignment mit Bandbreitenerweiterung — zu erneuten Schwierigkeiten kommen muß, wenn die Ansprüche, die an das Weltwährungssystem zu stellen sind, nicht bald erfüllt werden. Vor allem müsse der Dollar von seiner Leit-

währungsfunktion befreit und ein Reservemedium an seine Stelle gesetzt werden, das durch internationale Vereinbarungen knapp zu halten ist. Darüber hinaus sollten die Paritäten nach mehr oder weniger strengen Regeln häufiger, gegebenenfalls automatisch, an die Marktbedingungen angepaßt werden können und das Kursband um die Paritäten so breit gemacht werden, daß es neben dem erforderlichen konjunkturpolitischen Spielraum auch genügend Platz für den Kurstrend bietet, der sich aus unterschiedlichen Inflationsraten ergibt.

Eine Mehrheit von vier Ratsmitgliedern hat dabei besonderes Gewicht auf die Notwendigkeit gelegt, daß die beiden letztgenannten Bedingungen erfüllt werden. Ein Ratsmitglied hat sich dieser Lösung zwar nicht angeschlossen und statt dessen für grundsätzlich feste, nur nach Maßgabe eines fundamentalen Ungleichgewichts in der Bilanz der laufenden Posten zu verändernde Paritäten bei engem Kursband plädiert, dabei aber um so mehr auf die Notwendigkeit der Disziplinierung Wert gelegt, die nur von einem neu zu schaffenden internationalen Geld, das knapp gehalten wird, erzwungen werden kann.

Enttäuschend ist, daß sich ein halbes Jahr nach dem Realignment noch keine Lösung für die Neuordnung des Weltwährungssystems abzeichnet, die diesen Ansprüchen genügen würde. Bis es dazu kommt, wird es nur schwer zu erreichen sein, daß die für die bestmögliche Nutzung der in der Welt verfügbaren Ressourcen notwendige Ruhe an der Währungsfront einkehrt. Zwischenlösungen sind von vornherein mit Hypothesen auf die Zukunft verbunden; ihr Erfolg hängt nicht zuletzt davon ab, innerhalb welcher Frist mit einer Neuordnung des Weltwährungssystems zu rechnen ist (Ziffer 24).

21. Spezielle Probleme stellen sich für die Europäischen Gemeinschaften, soll der gerade vollzogene Übergang zur Währungsunion von Dauer sein. Ihre Anfälligkeit gegenüber der Übertragung des Inflationsbazillus von Mitgliedsland zu Mitgliedsland, die sich durch die Enge der Bandbreiten ergibt, und die Gefahr von Dollarzuflüssen infolge einer — wie sich gezeigt hat — leicht auslösbaren Antidollar-Spekulation erfordern,

- daß der Zwang zur Disziplin wieder glaubwürdiger gemacht und damit ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Verzicht auf nationalen Autonomiespielraum und stabilitätspolitischer Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedslandes für die Gemeinschaft hergestellt wird (Ziffer 22), nachdem die Italien zugestandene Abweichung von den Interventionsregeln einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen hat, und
- daß die durch das enge Kursband verbundenen Währungen der Mitgliedsländer insgesamt gegenüber allen Drittländern außenwirtschaftlich abgesichert werden (Ziffer 24).

22. Glaubwürdig wird der Zwang zur Disziplin nur, wenn die bis zum 30. September befristete Ausnahmeregelung für Italien in Zukunft nicht auch von anderen Mitgliedsländern in Anspruch genommen werden kann. Zu diesem Zweck müßte der Ministerrat seine Entschließung vom 22. März 1971 so revi-

dieren, daß die Interpretation, eine Ausnahme der jetzt Italien zugestandenen Art sei zulässig, wenn sie auf einer konzertierten Entscheidung der Zentralbanken beruht, ausgeschlossen wird. Ferner wäre es nötig, daß der Ausschuß der Zentralbankpräsidenten, der mit der Festlegung der Bedingungen beauftragt ist, nach denen Italien in Dollar intervenieren darf, diese Bedingungen so eng wie möglich setzt, damit Italien nicht weiterhin einen Freibrief für das Abstoßen beliebiger Dollarmengen hat und damit den Kurs des Dollars in allen Gemeinschaftsländern unter Druck setzen kann.

23. Die Härtung des Systems, die sich dadurch ergäbe, daß Ausnahmen von der Regel, in Gemeinschaftswährungen zu intervenieren, ausgeschlossen sind, soll nicht bedeuten, daß die komplementäre Regel des Saldenausgleichs gemäß der Struktur der Währungsreserven unelastisch gehandhabt werden müßte. Kommen einzelne Länder in Währungsschwierigkeiten, deren Behebung zwar mühsam und zeitraubend, aber nicht aussichtslos erscheint, so ist gegen Swap-Operationen und Beistandskredite an diese Länder nichts einzuwenden, sofern gewährleistet ist, daß sie ihre Wechselkurse durch stabilitätspolitische Anstrengungen in den inneren Bereich des engen Bandes zurückführen werden.

Eine Wirtschafts- und Währungsunion, die sich nicht auf die Anpassung der gemeinsamen Inflationsraten an die der Länder mit der stärksten Geldentwertung einlassen will, läßt sich nur verwirklichen, wenn ausreichende Zwänge zu stabilitätsgerechtem Verhalten geschaffen werden. Gelingt das nicht, dann wäre von einer Union mit freiem Handels- und Kapitalverkehr bei einem Grad von Flexibilität der Wechselkurse zwischen den Unionswährungen, der dem dann offensichtlich unvermeidbaren Mangel an stabilitätspolitischer Disziplin entspricht, ein weit größerer Integrationserfolg zu erwarten als von einer nur auf dem Papier stehenden Wirtschafts- und Währungsunion, die sich dirigistischer Eingriffe in den Kapital- oder gar Handelsverkehr bedient (siehe Ziffer 20, Abs. 2).

24. Eine funktionsfähige Wirtschafts- und Währungsunion bedarf der außenwirtschaftlichen Absicherung. Über diese Absicherung brauchte jetzt nicht gesprochen zu werden, wenn eine Neuordnung des Weltwährungssystems in greifbarer Nähe wäre. Etwas mehr Zelt könnte man sich auch lassen, wenn das breite Kursband ausreichte, Kursschwankungen, auch spekulativer Natur, aufzufangen. Davon kann jedoch keine Rede sein. Da der Dollar in jüngster Vergangenheit des öfteren den unteren Interventionspunkt erreichte, Mitgliedsländer also Dollar aufnehmen mußten, und da sich gezeigt hat, daß unterschiedlichste Anlässe sehr rasch eine Antidollarspekulation auslösen können, erscheint vielmehr eine Zwischenlösung dringlich.

Wollen die Mitgliedsländer gleichwohl eine Zwischenlösung nicht auch auf die Gefahr hin, daß vorübergehend Dollar in die Gemeinschaft einströmen, so müßte den Ländern, denen sie zuließen, zumindest eine gleichmäßigere Lastenverteilung zugestanden werden. Diese

könnte etwa darin bestehen, daß die übrigen Länder einen angemessenen Anteil an den einströmenden Dollars gegen Gold oder goldwerte Währungsreserven von dem ursprünglichen Empfängerland übernehmen.

Für eine Zwischenlösung zur außenwirtschaftlichen Absicherung bis zur Neuordnung des Weltwährungssystems gibt es zwei Möglichkeiten:

- Kontrollen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsländern einerseits und Drittländern andererseits (Ziffer 25) und
- ein gemeinschaftliches Floating gegenüber dem Dollar und anderen Drittwährungen (Ziffer 26).

25. Die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen gegenüber Drittländern stößt grundsätzlich auf die gleichen Bedenken stabilitäts- und ordnungspolitischer Art, die an anderer Stelle gegen sie vorgebracht wurden (Ziffer 18). Den ordnungspolitischen Bedenken könnte dadurch teilweise Rechnung getragen werden, daß man sich nach Möglichkeit auf solche Maßnahmen beschränkt, die, wie das beim Bardepot der Fall ist, den Wirtschaftssubjekten ihre Dispositionsfreiheit erhalten.

Es ist im übrigen einzuräumen, daß Verzerrungen, die dann auftreten, wenn bei dauerhaft unterschiedlichen Inflationsraten Kapitalverkehrskontrollen falsche Wechselkurse stützen, um so weniger ins Gewicht fallen, je schneller es zur Neuordnung des Weltwährungssystems kommt. Auch sind die Verzerrungen schon deshalb geringer als bei einem einzelnen Land, weil die außenwirtschaftliche Verflechtung für einen großen Wirtschaftsraum wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht die gleiche Bedeutung hat wie für einen kleinen. Nicht verkennen sollte man jedoch, daß allein die Harmonisierung des Kontrollinstrumentariums schwierig wäre und Zeit erforderte, wenn das gemeinschaftliche Abwehrsystem gegen die Zuflüsse von außen nicht von vornherein Umgehungen Tür und Tor öffnen soll.

26. Eine Zwischenlösung, die die Mängel der Kapitalverkehrskontrollen vermeidet, wäre die Freigabe der Wechselkurse der Gemeinschaftswährungen gegenüber dem Dollar. Der Sachverständigenrat hat schon in seinem letzten Jahresgutachten (JG 71 Ziffer 284) auf die Vorzüge flexibler Wechselkurse der Mitgliedsländer einer Europäischen Währungsunion gegenüber der übrigen Welt hingewiesen. Ein Mitglied des Sachverständigenrates teilt, wie aus demselben Gutachten bekannt ist, diese Auffassung nicht. Seine grundsätzlichen Bedenken richten sich gleichermaßen gegen das Floaten als Übergangslösung.

Der Freigabe der Wechselkurse der Gemeinschaftswährungen gegenüber dem Dollar steht das Washingtoner Abkommen entgegen, in dem sich die Länder der Gemeinschaft zusammen mit anderen Ländern verpflichtet haben, bestimmte Leitkurse einzuhalten. Es bestünde also das Problem, Einvernehmen mit den anderen Partnern dieses Abkommens herzustellen.

Einigte man sich auf ein Floating, so wäre der Gefahr vorzubeugen, daß die Beteiligten versuchen, sich durch Interventionen am Devisenmarkt einen Wettbewerbsvorteil auf Auslandsmärkten zu verschaffen, sei es aus konjunkturellen Gründen, sei es um bei einer Rückkehr zu festen Paritäten zunächst einen Vorsprung vor ihren Partnern zu haben. Dem kann nur dadurch begegnet werden, daß die Beteiligten beim Übergang zum Floating bindend vereinbaren, auf derartige Abwertungsinterventionen zu verzichten. Wegen der überragenden Bedeutung der USA und der Europäischen Gemeinschaften für die Weltwirtschaft bestehen jedoch gute Aussichten, daß ein solches Übereinkommen zustande käme; denn jeder der beiden Partner weiß, daß er mit Abwertungsmanipulationen ohnehin keinen Erfolg haben kann, weil er eine Vergeltungsreaktion erwarten müßte, die ihn genauso hart trafe.

Hingegen braucht nicht vereinbart zu werden, daß die Beteiligten auch darauf verzichten, ihre Währungen durch Abgabe von Reserven an den freien Markt zu stützen, da sie dies ohnehin nur täten, wenn sie darauf vertrauten, daß sie den Grad an

Stabilität erreichen werden, der für den gestützten Kurs längerfristig notwendig ist.

Während des Floating könnten die Länder der Gemeinschaft die bei ihnen bestehenden Kapitalverkehrskontrollen nicht nur untereinander, sondern generell abbauen, ohne befürchten zu müssen, daß ihre Notenbanken dadurch mit Dollars überschwemmt würden. Ein solcher Abbau in der Übergangszeit würde verhindern, daß ein neues Weltwährungssystem von vornherein mit zu vielen Hypotheken belastet wird. Zudem könnte man sich mit der Neuordnung des Weltwährungssystems ausreichend Zeit lassen, weil ein Floating ohne Abwertungskonkurrenz und verbunden mit dem Abbau von Kapitalverkehrskontrollen die Bedingungen für eine Neuordnung nur verbessern würde. Kapitalverkehrskontrollen der Gemeinschaft gegenüber dem Dollar für die Übergangszeit würden hingegen nicht nur die Wirtschaftsstrukturen um so mehr verzerren, je länger die Neuordnung hinausgeschoben wird; sie würden auch noch den Erfolg der Neuordnung in Frage stellen, weil die Folgen der Aufhebung von Übergangskontrollen nicht leicht zu überblicken wären.

V.

Auszug aus dem Jahresgutachten 1964

248. Wenn sich bei Vollbeschäftigung von der Preis-, Lohn- und Kostenseite her Gefahren der beschriebenen Art zeigen, kann die Geldwertstabilität zwar verteidigt werden, aber kurzfristig und ohne unmittelbare Eingriffe in die Preis- und Lohnbildung nur mit Mitteln, die zu sinkenden Investitionen und zunehmender Arbeitslosigkeit führen. Der Standpunkt, daß alle, die mehr für ihre Arbeit und ihre Erzeugnisse fordern, als der Markt zu zahlen bereit ist, es selbst zu verantworten haben, wenn sie aus dem Markt gedrängt werden, ist so weit entfernt von dem im Gesetz über den Sachverständigenrat niedergelegten Zielen, daß er hier ohne nähere Prüfung ausscheiden kann. Wir müssen also nach anderen Möglichkeiten suchen, die Vollbeschäftigung und die Geldwertstabilität gegen die Gefahren zu sichern, die nunmehr von dem Vorhaben der Sozialpartner ausgehen können. Die einzige, die mit unserer Wirtschaftsordnung vereinbar ist — eine andere sehen wir nicht —, liegt in der Aufklärung über jene lohnpolitischen Bedingungen, unter denen ohne Beschränkung der tarifpolitischen Autonomie der Sozialpartner Geldwertstabilität ohne Arbeitslosigkeit — oder Vollbeschäftigung ohne Inflation — möglich ist.

a) Bei gegebenen Wettbewerbsbedingungen spielt sich im monetären Gleichgewicht ein bestimmtes Verhältnis zwischen Preisen und Kosten und damit auch zwischen Preis- und Kostenniveau ein. Das Problem der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung ist daher identisch mit dem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus.

b) Damit das Kostenniveau nicht steigt, dürfen die Nominallöhne, solange die oben genannten Annahmen und Bedingungen — insbesondere monetäres und außenwirtschaftliches Gleichgewicht — gegeben sind, dem Grundsatz nach im Durchschnitt nicht stärker erhöht werden als um den Prozentsatz, um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde — von etwaigen Struktureffekten bereinigt — erhöht. Wenn dagegen der Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten abnimmt — zum Beispiel wegen Zinssenkung infolge zunehmenden Kapitalreichtums oder wegen kapitalsparenden technischen Fortschrittes — oder wenn die „Terms of Trade“ sich verbessern — niedrigere Importpreise oder höhere Exportpreise —, so ist für Lohnerhöhungen ein zusätzlicher Spielraum über den Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hinaus gegeben, ohne daß das Kostenniveau steigt — und umgekehrt. Ebenso mag es angebracht sein, den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt optimistisch einzuschätzen,

in der Hoffnung, daß ein gewisser Lohndruck die Rationalisierungsbemühungen in den Unternehmen verstärkt.

- c) Zu den Lohnerhöhungen gehören im Hinblick auf die Kostenseite auch Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, soweit sie den Arbeitgeberanteil betreffen. Es müßte daher die Regel gelten, die Beitragssätze, soweit erforderlich, in kürzeren Zeitabständen und dann jeweils nur geringfügig anzuheben; eine sprunghafte Beitragserhöhung würde den Spielraum der Sozialpartner für kostenniveau-neutrale Lohnerhöhungen in dem betreffenden Jahr zu sehr einengen.
- d) Die Lohnerhöhung, die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kostenniveau-neutral ist, kann nur für jene Bereiche den Maßstab bilden, die sich im Gleichgewicht befinden und voraussichtlich im Gleichgewicht bleiben werden. Zeigt sich irgendwo ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften, der nicht aus dem Neuzugang, sondern nur durch Abzug aus anderen Bereichen gedeckt werden kann, so müssen, wie dies in der effektiven Lohnbemessung in der Regel schon geschieht, die Löhne in den Mangelbereichen stärker erhöht werden, und zwar um so mehr, je größer die Friktionen und der Widerstand sind, die der Lohnanreiz überwinden soll.
- e) Auf der anderen Seite ist es erforderlich, daß überall dort die Löhne langsamer steigen, wo Arbeitskräfte nicht mehr so dringend benötigt werden, weil der Absatz schrumpft oder der technische Fortschritt Einsparungen ermöglicht; sonst fehlt für die Arbeitnehmer der Anreiz, von sich aus den Arbeitsplatz zu wechseln. Wenn die Unternehmen zögern, nicht mehr benötigte Arbeitskräfte zu entlassen, und sogar erhebliche Lohnzugeständnisse machen — vielleicht auch, weil sie mit entsprechender staatlicher Hilfe rechnen, die aus politischen Gründen gerechtfertigt sein mag —, so wird in solchen Bereichen ein Beschäftigungsstand aufrechterhalten, der die an sich mögliche Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und damit letzten Endes auch der Reallöhne verringert.
- f) Da die Knappheitsbedingungen in den verschiedenen Gebieten, Industriezweigen und Berufssparten am besten in kollektiven Verhandlungen ermittelt werden können, macht die gesamtwirtschaftliche Leitregel den Lohnfindungsprozeß durch die Tarifparteien nicht entbehrlich. Die Leitregel zeigt nur den Richtpunkt an, bei dem die Ziele der Geldwertstabilität, der Vollbeschäftigung und des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zum Wohle aller am wenigsten miteinander in Konflikt stehen.

VI.

Mengenindikator, Kosten- und Preisindikator nach der konjunkturellen Wende

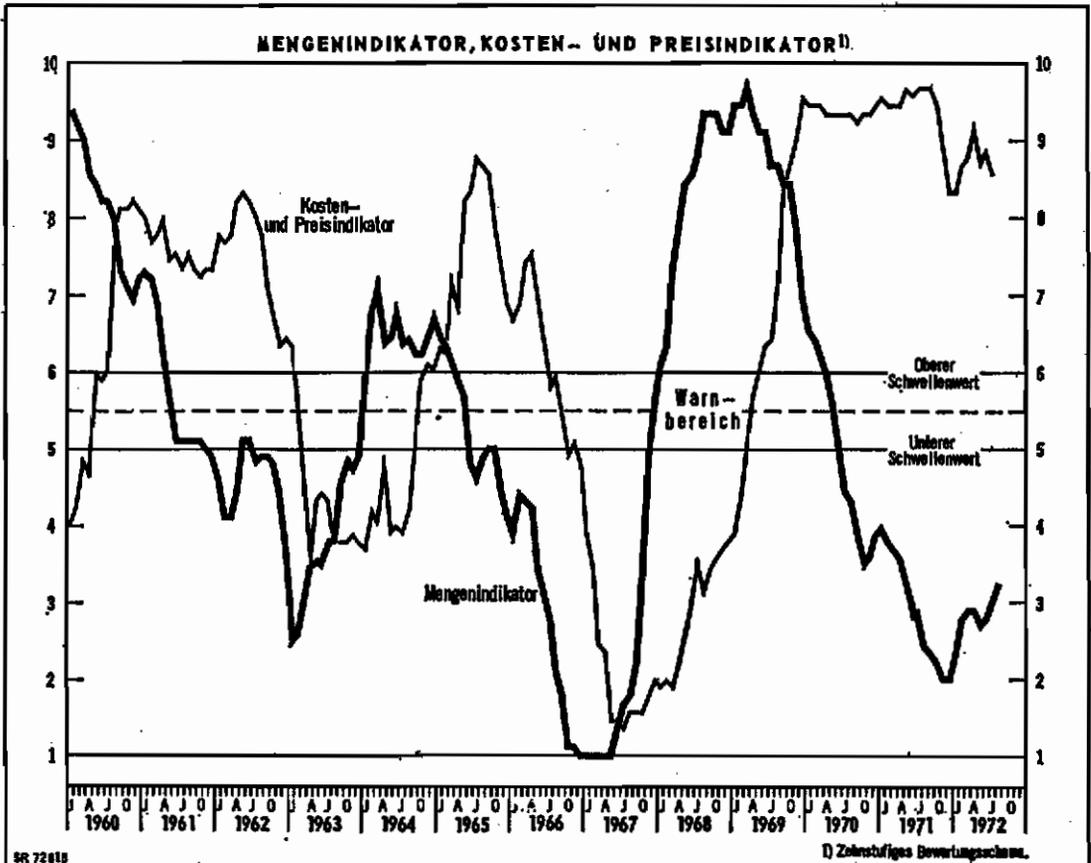
Im vorigen Jahresgutachten haben wir dargelegt, wie der Verlauf des Gesamtindikators in einer Phase niedriger realer Wachstumsraten bei hohen Inflationsraten zu deuten ist (JG 71 Anhang VI). Folgende Konstellation ist denkbar: Die in den Gesamtindikator eingehenden realen Reihen liegen im Niveau so tief, daß sie mit der Note 1 bewertet werden; diejenigen Reihen, die von der Preisentwicklung dominiert werden, sind derart inflatorisch aufgebläht, daß sie mit 4 bewertet werden. Da sich reale und nominale Elemente im Gesamtindikator ungefähr die Waage halten, könnte dieser sich im Bereich zwischen 2 und 3, also zwischen den beiden Schwellenwerten bewegen, ohne einen von beiden zu überschreiten.

Daraus folgt: Nähert sich der Gesamtindikator in einer Phase konjunktureller Abschwächung nur

zögernd dem unteren Schwellenwert, so ist zu prüfen, inwieweit dies einen milden Abschwung anzeigt, oder inwieweit die durch die Preisentwicklung bestimmten Reihen ein Absinken des Indikators unter den unteren Schwellenwert verhindern.

Aus solchen Überlegungen haben wir einen zweigeteilten Indikator, nämlich einen Mengenindikator und einen Kosten- und Preisindikator entwickelt (JG 71 Anhang VI). Der Verlauf des zweigeteilten Indikators zeigt, daß im zurückliegenden Konjunkturabschwung die Mengenentwicklung und die Kosten- und Preisentwicklung stärker auseinanderliefen als in den beiden vorangegangenen Abschwungsphasen (Schaubild 41). Und anders als in vorausgegangenen Zyklen setzte diesmal der Konjunkturaufschwung bereits ein, noch bevor sich die beiden Teilindikatoren einander merklich genähert hatten.

Schaubild 41



VII.

Methodische Erläuterungen

Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole für die Jahre $t, t + 1, \dots, t + n$:

K_t	Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang
$\frac{1}{2}(K_t + K_{t+1})$	jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	statistisch gemessene Kapitalproduktivität
\bar{k}_t	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität, bei Vollauslastung der Sachkapazitäten
u_t	Zufallsvariable
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus dem potentiellen Produktionsvolumen des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) und den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und damit mit ihren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt identisch ist.
3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der von Auslastungsschwankungen bereinigten trendmäßigen Kapitalproduktivität.

$$P_t = \frac{k_t}{2}(K_t + K_{t+1})$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmisch-linearen Trendfunktion errechnet:

$$\log \bar{k}_t = \log a + t \log b + u_t$$

Darauf erhält man die Kapitalproduktivität für die Potentialberechnung dadurch, daß der Trend parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivität im jeweiligen Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht.

$$\log k_t = a_0 + \log \bar{k}_t$$

wobei $a_0 = \log k_{t, \max} - \log \bar{k}_{t, \max}$ ist.

Als Stützbereich für die Trendberechnung wird eine Periode von konstanter Länge angenommen, die die Dauer von etwa zwei Konjunkturzyklen umfaßt und die jeweils um das abgelaufene Jahr aktualisiert wird, um den Trendverlauf möglichst gegenwartsnah zu bestimmen. Der so berechnete Trend geht ausschließlich in die Potentialschätzung des Berichtszeitraumes ein.

Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{k_t}{\bar{k}_t} = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

5. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums wurden folgende Annahmen gemacht:

- Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens bis zum 1. 1. 1973 wurde davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 1972 um 1 vH und 1973 um 6 1/2 vH zunehmen.
- Die rechnerischen Abgänge wurden nach einem Verfahren geschätzt, das quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.
- Für die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivität in den Jahren 1972 und 1973 wurde als Stützbereich die Periode 1962 bis 1971 zugrunde gelegt. Die Verschiebung des Trends erfolgte durch die empirisch gemessene Kapitalproduktivität des Jahres 1970.

Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushaltes

A. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

- P_t Produktionspotential in Preisen von 1962 im Jahr t
- p_t „konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t (in vH)
- P_t Produktionspotential, inflationiert mit dem Deflator des Bruttosozialproduktes im Vorjahr ($t - 1$) und der „konjunkturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t
- P_t Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t
- l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials
- G_t tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t
- g_0 Anteil der Staatsausgaben am Produktionspotential im Basisjahr
- G_t Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Staatsanteil am Produktionspotential wie im Basisjahr ($g_0 \cdot P_t$)
- Y_t Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t
- Y_t Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t) im Jahr t
- Y_t Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutrale“ Preisniveau (p_t) im Jahr t
- t_0 volkswirtschaftliche Steuerquote (Anteil der tatsächlichen Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt) im Basisjahr (in vH)
- t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)
- T_t tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr t
- T_t Steuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr ($t_0 \cdot Y_t$)

- H_t konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t
- n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t
- b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t
- i_t realisierte Staatsquote im Jahr t
- S_t „Sonstige Einnahmen“ im Jahr t
- K_t konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme im Jahr t
- F_0 tatsächlicher Finanzierungssaldo im Basisjahr

B. Definitionen:

$$Y_t = l_v \cdot P_t$$

$$Y_t = Y_t \frac{P_t}{P_t}$$

$$H_t = (g_0 \cdot P_t) + (T_t - t_0 Y_t)$$

konjunktureller Effekt:

$$H_t > G_t : \text{kontraktiv}$$

$$H_t = G_t : \text{konjunkturneutral}$$

$$H_t < G_t : \text{expansiv}$$

$$\text{konjunkturneutrale Staatsquote: } n_t = \frac{H_t}{P_t}$$

$$\text{beanspruchte Staatsquote: } b_t = \frac{G_t}{P_t}$$

$$\text{realisierte Staatsquote: } i_t = \frac{G_t}{P_t}$$

konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme im Basisjahr:

$$K_0 = F_0 + t_0 \cdot (Y_0 - Y_0)$$

C. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H_{t+1}}{G_t} - 1 \right) \cdot 100 = \left[\frac{\left(\frac{H_t}{G_t} \cdot \frac{P_t}{P_t} \right) \cdot \left(\frac{P_{t+1}}{P_t} \right) \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_0) Y_{t+1} - 1}{G_t \cdot 100} \right] \cdot 100$$

$$= \left[\frac{\left(\frac{P_{t+1}}{P_t} \right) \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_0) Y_{t+1} - 1}{G_t \cdot 100} \right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 28 und den Werten in den Zeilen (c) bis (f) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{[100 + (c)] \cdot [100 + (d)]}{100}}{\frac{[100 - (f)]}{100}} + \frac{(e)}{100} - 1 \right] \cdot 100$$

Die Größe (f) ist eine Zusammenfassung der in Tabelle 18 des Jahresgutachtens 1971 ausgewiesenen Größen (f) und (g).

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

- (a) Konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme:

$$K_1 = K_0 \cdot \frac{Y_1}{Y_0}$$

- (b) Konjunkturbedingte Steuernehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$t_0 \cdot (Y_1 - Y_0)$$

- (c) Inflationsbedingte Steuernehreinnahmen:

$$t_0 \cdot (Y_1 - Y_0)$$

- (d) Änderung im Deckungsbeitrag der Sonstigen Einnahmen sowie der konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme:

$$\left(S_1 - S_0 \frac{P_1}{P_0} \right) - \left(K_1 - K_0 \frac{P_1}{P_0} \right)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (d).

VIII.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	Seite	187
Tabellenteil	Tabellen	44—102

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den Unternehmen rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der Staat umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kammereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, damit das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar dargestellt werden kann.

In den Sektor der privaten Haushalte sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen“.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das Sozialprodukt gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das Inlandsprodukt berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen

(Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (Privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen für die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen. Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

Bruttoinlandsprodukt
+ Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
<hr/>
= Bruttosozialprodukt
- Abschreibungen
<hr/>
= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
- Indirekte Steuern
+ Subventionen
<hr/>
= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber für Krankheitsfälle, Altersvorsorge u. ä.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbcharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die Ersparnis der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbcharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der All-

gemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfasst werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1962) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen So-

zialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1962. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb“ des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1962; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabelle 44

Bevölkerung und Erwerbstätige in der EWG und den EWG-Ländern

1000

Jahr	EWG insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ¹⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
Gesamtbewölkerung							
1955	161 167	49 203	43 428	48 633	10 749	8 848	306
1956	162 657	49 797	43 843	48 921	10 888	8 900	308
1957	164 220	50 434	44 311	49 181	11 022	8 963	309
1958	165 841	51 056	44 789	49 476	11 185	9 024	311
1959	167 437	51 634	45 240	49 831	11 347	9 072	313
1960	172 232	55 433	45 684	50 198	11 483	9 119	315
1961	173 993	56 175	46 163	50 533	11 637	9 166	319
1962	176 223	56 938	46 998	50 942	11 801	9 221	323
1963	178 486	57 587	47 816	51 503	11 964	9 290	326
1964	180 539	58 266	48 310	52 130	12 125	9 378	330
1965	182 547	59 012	48 758	52 687	12 293	9 464	333
1966	184 249	59 638	49 164	53 129	12 455	9 528	335
1967	185 426	59 873	49 548	53 492	12 597	9 581	335
1968	186 578	60 184	49 914	53 798	12 726	9 619	337
1969	188 144	60 848	50 315	54 121	12 875	9 646	339
1970	189 866	61 547	50 777	54 492	13 034	9 676	340
Erwerbstätige insgesamt							
1955	(70 379) ^{a)}	22 790	19 419	20 520	4 016	(3 492) ^{a)}	.
1956	(71 310) ^{a)}	23 387	19 637	20 561	4 078	(3 505) ^{a)}	.
1957	(71 119) ^{a)}	23 881	19 810	20 657	4 100	(3 529) ^{a)}	.
1958	(72 057) ^{a)}	23 965	19 731	20 665	4 062	(3 492) ^{a)}	.
1959	(72 125) ^{a)}	24 184	19 566	20 666	4 104	(3 471) ^{a)}	.
1960	74 112	26 085	19 600	20 630	4 162	3 481	134
1961	74 618	26 453	19 601	20 677	4 243	3 510	134
1962	74 782	26 638	19 664	20 450	4 328	3 566	136
1963	74 841	26 744	19 843	20 139	4 387	3 592	136
1964	75 227	26 856	20 060	20 066	4 464	3 641	138
1965	75 138	27 046	20 123	19 680	4 502	3 648	139
1966	74 944	26 979	20 246	19 377	4 537	3 665	140
1967	74 389	26 171	20 307	19 596	4 523	3 654	138
1968	74 455	26 224	20 296	19 585	4 561	3 650	139
1969	75 507	26 717	20 645	19 670	4 624	3 711	140
1970	76 352	27 118	20 962	19 676	4 678	3 774	144

¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.^{a)} Schätzung des SAEG.

**Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾ und Arbeitslose ²⁾ in der EWG
und den EWG-Ländern**

1000

Jahr	EWG insgesamt ³⁾	Bundes- republik Deutsch- land ³⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
Beschäftigte Arbeitnehmer							
1955	(46 795) ^{a)}	16 840	12 986	11 237	3 050	(2 600) ^{a)}	.
1956	(48 010) ^{a)}	17 483	13 348	11 345	3 125	(2 625) ^{a)}	.
1957	(49 242) ^{a)}	17 992	13 704	11 624	3 167	(2 669) ^{a)}	.
1958	(49 568) ^{a)}	18 188	13 794	11 721	3 145	(2 633) ^{a)}	.
1959	(50 027) ^{a)}	18 508	13 752	11 854	3 199	(2 627) ^{a)}	.
1960	52 439	20 252	13 898	12 257	3 296	2 645	91
1961	53 522	20 730	14 049	12 588	3 369	2 694	92
1962	54 508	21 053	14 254	12 885	3 465	2 757	94
1963	55 402	21 303	14 572	13 093	3 536	2 804	94
1964	56 137	21 547	14 905	13 088	3 623	2 878	96
1965	56 381	21 841	15 076	12 780	3 676	2 911	97
1966	56 599	21 870	15 306	12 669	3 722	2 934	98
1967	56 297	21 180	15 465	12 918	3 718	2 919	97
1968	56 750	21 330	15 557	13 076	3 771	2 919	97
1969	58 253	21 920	16 018	13 382	3 848	2 986	99
1970	59 495	22 433	16 448	13 533	3 915	3 063	103
Arbeitslose							
1959	1 979	540	141	1 117	49	132	.
1960	1 380	271	130	836	29	114	.
1961	1 112	181	111	710	21	89	.
1962	956	155	98	611	21	71	.
1963	870	186	97	504	24	59	.
1964	887	169	98	549	21	50	.
1965	1 090	147	142	721	25	55	.
1966	1 176	161	148	769	36	62	.
1967	1 505	460	196	689	75	85	.
1968	1 442	323	254	694	68	103	.
1969	1 203	179	223	663	53	85	.
1970	1 144	149	262	616	46	71	.
1971	1 271	188	337	613	62	71	.

¹⁾ Quelle: SAEG.

²⁾ Quelle: OECD.

³⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

^{a)} Schätzung des SAEG.

Tabelle 46

Bruttosozialprodukt der EWG und EWG-Länder
Mrd. Eur

Jahr	EWG insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ¹⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
in jeweiligen Preisen und Wechselkursen							
1955	.	43,4	.	24,1	8,0	9,1	0,4
1956	.	47,9	.	26,2	8,6	9,7	0,4
1957	.	52,1	.	28,2	9,3	10,3	0,4
1958	160,0	55,8	53,6	30,3	9,5	10,4	0,4
1959	169,4	60,7	55,2	32,2	10,1	10,7	0,4
1960	191,2	72,0	61,1	34,9	11,2	11,4	0,5
1961	212,8	82,4	66,5	38,9	12,4	12,1	0,5
1962	235,0	90,0	74,4	43,7	13,4	13,0	0,5
1963	258,5	96,0	83,4	50,0	14,6	13,9	0,5
1964	285,8	105,2	92,5	54,7	17,2	15,6	0,6
1965	310,0	115,1	99,2	58,9	19,2	17,0	0,7
1966	334,0	122,7	107,9	63,7	20,8	18,3	0,7
1967	353,6	123,9	116,4	70,1	22,9	19,6	0,7
1968	385,1	135,0	127,6	75,6	25,3	20,8	0,8
1969	430,1	153,2	141,3	83,4	28,3	23,0	0,9
1970	485,1	186,4	147,6	93,2	31,3	25,7	(1,0) ^{a)}
in Preisen und Wechselkursen von 1963							
1955	166,3	58,0	55,0	31,4	10,8	10,6	(0,4) ^{b)}
1956	175,9	62,1	58,3	32,9	11,3	10,9	(0,4) ^{b)}
1957	185,3	65,7	61,7	34,7	11,6	11,2	(0,5) ^{b)}
1958	191,3	68,3	63,5	36,4	11,5	11,1	(0,5) ^{b)}
1959	201,5	73,3	65,4	38,8	12,1	11,4	(0,5) ^{b)}
1960	221,6	84,6	70,1	41,2	13,1	12,0	0,5
1961	234,4	89,2	73,9	44,7	13,6	12,6	0,5
1962	247,1	92,8	78,9	47,5	14,1	13,3	0,5
1963	258,5	96,0	83,4	50,0	14,6	13,9	0,5
1964	274,2	102,4	89,0	51,5	15,9	14,9	0,6
1965	287,4	108,1	93,1	53,3	16,8	15,4	0,6
1966	299,8	111,3	98,3	56,5	17,2	15,9	0,6
1967	309,9	111,0	103,2	60,3	18,2	16,5	0,6
1968	328,4	119,1	108,0	64,2	19,4	17,1	0,6
1969	352,3	128,6	116,3	68,0	20,5	18,3	0,7
1970	372,0	135,5	123,3	71,5	21,6	19,4	(0,7) ^{b)}

¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.^{a)} Unsichere oder geschätzte Angaben.^{b)} Schätzung des SABG.

Quelle: SABG

Bruttonationalprodukt je Einwohner der EWG und EWG-Länder

Eur

Jahr	EWG insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ¹⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
in jeweiligen Preisen und Wechselkursen							
1955	.	882	.	495	741	1 032	1 207
1956	.	962	.	536	787	1 095	1 320
1957	.	1 034	.	573	844	1 153	1 418
1958	965	1 094	1 197	612	845	1 154	1 402
1959	1 012	1 176	1 221	646	892	1 183	1 437
1960	1 110	1 298	1 337	696	979	1 253	1 568
1961	1 223	1 467	1 441	769	1 066	1 323	1 590
1962	1 333	1 581	1 582	858	1 136	1 406	1 599
1963	1 449	1 667	1 745	971	1 220	1 498	1 689
1964	1 583	1 806	1 915	1 049	1 416	1 660	1 915
1965	1 698	1 950	2 035	1 118	1 559	1 794	1 989
1966	1 813	2 057	2 194	1 199	1 672	1 916	2 071
1967	1 907	2 069	2 350	1 310	1 820	2 041	2 113
1968	2 064	2 243	2 556	1 406	1 990	2 161	2 302
1969	2 286	2 518	2 808	1 542	2 197	2 389	2 630
1970	2 555	3 028	2 906	1 710	2 398	2 656	(2 929) ^{a)}
in Preisen und Wechselkursen von 1963							
1955	1 032	1 178	1 267	646	1 009	1 199	.
1956	1 081	1 247	1 330	673	1 034	1 227	.
1957	1 129	1 303	1 393	705	1 050	1 249	.
1958	1 153	1 337	1 418	735	1 032	1 232	.
1959	1 203	1 419	1 447	778	1 067	1 256	.
1960	1 287	1 526	1 535	821	1 142	1 318	1 628
1961	1 347	1 588	1 600	884	1 166	1 377	1 664
1962	1 402	1 630	1 679	932	1 193	1 446	1 672
1963	1 449	1 667	1 745	971	1 220	1 498	1 689
1964	1 519	1 757	1 841	987	1 312	1 586	1 786
1965	1 574	1 832	1 910	1 012	1 364	1 631	1 806
1966	1 627	1 866	2 000	1 063	1 380	1 668	1 821
1967	1 671	1 854	2 083	1 128	1 444	1 725	1 823
1968	1 760	1 979	2 163	1 193	1 523	1 779	1 912
1969	1 872	2 113	2 311	1 256	1 592	1 894	2 047
1970	1 959	2 202	2 428	1 312	1 660	2 002	(2 110) ^{a)}

¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.^{a)} Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG

Tabelle 48

Bruttoinlandsprodukt der EWG und EWG-Länder

Mrd. Eur

Jahr	EWG insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ¹⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
in jeweiligen Preisen und Wechselkursen							
1955	.	43,5	.	24,1	7,8	9,0	0,4
1956	.	48,0	.	26,2	8,5	9,8	0,4
1957	.	52,2	.	28,1	9,2	10,2	0,5
1958	159,6	55,9	53,6	30,2	9,3	10,3	0,4
1959	169,1	60,8	55,2	32,0	10,0	10,6	0,5
1960	190,8	72,0	61,0	34,8	11,1	11,3	0,5
1961	212,6	82,6	66,5	38,7	12,2	12,0	0,5
1962	234,7	90,2	74,3	43,5	13,3	12,9	0,5
1963	258,1	96,2	83,3	49,8	14,4	13,8	0,6
1964	285,4	105,5	82,4	54,4	17,0	15,5	0,6
1965	309,6	115,5	99,0	58,6	19,0	16,8	0,7
1966	333,5	123,0	107,7	63,3	20,7	18,1	0,7
1967	353,0	124,2	116,2	69,7	22,7	19,4	0,7
1968	384,3	135,1	127,4	75,2	25,2	20,6	0,8
1969	429,2	153,3	141,1	82,8	28,1	22,9	0,9
1970	484,5	186,7	147,3	92,7	31,2	25,5	(1,0) ^{a)}
in Preisen und Wechselkursen von 1963							
1955	166,1	58,2	54,9	31,4	10,7	10,5	(0,4) ^{b)}
1956	175,7	62,2	58,2	32,9	11,2	10,8	(0,4) ^{b)}
1957	185,1	65,8	61,7	34,6	11,5	11,1	(0,5) ^{b)}
1958	190,9	68,2	63,5	36,3	11,4	11,0	(0,5) ^{b)}
1959	201,2	73,3	65,5	38,6	11,9	11,3	(0,5) ^{b)}
1960	221,3	84,6	70,1	41,1	13,0	11,9	0,5
1961	234,2	89,4	73,9	44,5	13,4	12,6	0,5
1962	246,8	93,0	78,8	47,3	14,0	13,2	0,5
1963	258,1	96,2	83,3	49,8	14,4	13,8	0,6
1964	273,8	102,7	88,8	51,2	15,7	14,8	0,6
1965	287,0	108,5	92,9	53,0	16,6	15,3	0,6
1966	299,3	111,6	98,1	56,1	17,1	15,8	0,6
1967	309,3	111,3	103,0	60,0	18,0	16,4	0,6
1968	327,7	119,2	107,8	63,7	19,3	17,0	0,6
1969	351,4	128,7	116,0	67,5	20,4	18,1	0,7
1970	371,4	135,8	122,9	71,1	21,6	19,2	(0,7) ^{a)}

¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.^{a)} Unsichere oder geschätzte Angaben.^{b)} Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstitigen der EWG und EWG-Länder

Eur

Jahr	EWG insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ¹⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
in Jeweiligen Preisen und Wechselkursen							
1955	.	1 911	.	1 172	1 949	(2 584) ^{a)}	.
1956	.	2 053	.	1 273	2 083	(2 736) ^{a)}	.
1957	.	2 187	.	1 361	2 256	(2 883) ^{a)}	.
1958	2 215	2 331	2 714	1 460	2 296	(2 937) ^{a)}	.
1959	2 344	2 513	2 822	1 551	2 426	(3 061) ^{a)}	.
1960	2 574	2 762	3 114	1 687	2 665	3 240	3 727
1961	2 849	3 124	3 391	1 872	2 884	3 420	3 809
1962	3 138	3 387	3 777	2 128	3 072	3 604	3 844
1963	3 449	3 597	4 199	2 474	3 289	3 848	4 082
1964	3 794	3 930	4 604	2 713	3 804	4 249	4 622
1965	4 121	4 271	4 922	2 976	4 216	4 618	4 804
1966	4 450	4 560	5 319	3 266	4 563	4 944	4 987
1967	4 745	4 746	5 723	3 556	5 027	5 313	5 158
1968	5 162	5 153	6 278	3 838	5 524	5 651	5 627
1969	5 684	5 739	6 837	4 210	6 088	6 165	6 412
1970	6 345	6 886	7 027	4 711	6 675	6 753	(6 995) ^{b)}
in Preisen und Wechselkursen von 1963							
1955	2 361	2 552	2 829	1 530	2 664	(3 017) ^{a)}	.
1956	2 464	2 660	2 964	1 598	2 740	(3 088) ^{a)}	.
1957	2 567	2 754	3 113	1 675	2 807	(3 140) ^{a)}	.
1958	2 649	2 847	3 217	1 755	2 805	(3 152) ^{a)}	.
1959	2 790	3 032	3 347	1 870	2 907	(3 263) ^{a)}	.
1960	2 986	3 245	3 577	1 991	3 110	3 431	3 858
1961	3 139	3 380	3 768	2 152	3 156	3 576	3 982
1962	3 300	3 491	4 007	2 311	3 226	3 706	4 018
1963	3 449	3 597	4 199	2 474	3 289	3 848	4 082
1964	3 640	3 824	4 427	2 553	3 520	4 060	4 314
1965	3 819	4 011	4 618	2 695	3 687	4 199	4 365
1966	3 994	4 137	4 848	2 895	3 764	4 304	4 391
1967	4 158	4 254	5 072	3 060	3 983	4 489	4 452
1968	4 401	4 546	5 310	3 255	4 229	4 652	4 679
1969	4 654	4 817	5 620	3 430	4 410	4 887	4 971
1970	4 864	5 009	5 864	3 611	4 622	5 091	(5 019) ^{b)}

¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

^{a)} Schätzung des SAEG.

^{b)} Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG

Anhang VIII

Tabelle 50

**Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit
der EWG und EWG-Länder**

Mrd. Eur in jeweiligen Wechselkursen

Jahr	EWG insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ¹⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
Volkseinkommen							
1955	.	33,5	.	19,4	6,5	7,4	0,3
1956	.	37,2	.	21,0	7,0	7,9	0,3
1957	.	40,7	.	22,6	7,6	8,4	0,3
1958	125,1	43,5	40,7	24,4	7,8	8,4	0,3
1959	131,6	47,2	41,3	25,9	8,3	8,6	0,3
1960	148,9	56,1	46,0	28,0	9,2	9,1	0,4
1961	165,3	63,9	50,1	31,1	10,1	9,6	0,4
1962	182,3	69,4	56,2	35,1	10,9	10,3	0,4
1963	200,5	73,9	62,9	40,3	11,9	11,0	0,4
1964	221,6	81,1	69,4	44,1	14,1	12,4	0,5
1965	240,5	88,8	74,5	47,5	15,7	13,5	0,5
1966	258,8	94,3	81,0	51,6	17,0	14,4	0,5
1967	273,0	94,0	87,8	56,6	18,7	15,4	0,5
1968	300,9	104,2	97,7	61,4	20,6	16,4	0,6
1969	334,8	116,6	108,2	68,0	23,2	18,2	0,7
1970	379,3	143,8	113,6	75,5	25,3	20,4	(0,7) ^{a)}
Einkommen aus unselbständiger Arbeit							
1955	.	19,9	.	9,6	3,5	4,0	0,2
1956	.	22,3	.	10,4	3,9	4,3	0,2
1957	.	24,3	.	11,4	4,3	4,7	0,2
1958	72,2	26,6	23,9	12,2	4,5	4,9	0,2
1959	76,0	28,5	24,6	13,1	4,7	4,9	0,2
1960	86,0	34,0	28,7	14,5	5,2	5,2	0,2
1961	97,6	39,8	29,9	16,2	6,0	5,5	0,2
1962	110,0	44,4	33,9	18,8	6,6	6,0	0,3
1963	123,4	47,6	38,7	22,9	7,4	6,6	0,3
1964	137,3	52,1	43,0	25,6	8,8	7,4	0,3
1965	149,6	57,5	46,4	27,1	10,0	8,2	0,3
1966	161,6	61,9	50,1	29,0	11,2	9,0	0,4
1967	170,3	62,0	54,1	32,0	12,3	9,6	0,4
1968	186,3	66,6	60,8	34,8	13,5	10,2	0,4
1969	208,5	76,2	66,9	38,3	15,3	11,3	0,4
1970	241,9	96,5	70,1	44,6	17,4	12,9	(0,5) ^{a)}

¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.^{a)} Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Privater Verbrauch der EWG und EWG-Länder

Mrd. Eur

Jahr	EWG Insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ¹⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
in jeweiligen Preisen und Wechselkursen							
1955	.	25,4	.	16,2	4,7	6,3	0,2
1956	.	28,2	.	17,7	5,2	6,6	0,2
1957	.	30,7	.	18,8	5,5	7,1	0,3
1958	99,8	33,1	33,8	19,9	5,6	7,1	0,3
1959	104,1	35,2	34,5	20,8	5,9	7,4	0,3
1960	115,3	41,1	37,4	22,4	6,4	7,8	0,3
1961	127,9	46,8	40,9	24,5	7,2	8,2	0,3
1962	141,4	51,3	45,8	27,5	7,9	8,6	0,3
1963	156,6	54,6	51,6	32,1	8,7	9,3	0,3
1964	170,0	58,7	56,3	34,8	9,9	9,9	0,4
1965	184,4	64,7	60,3	37,2	11,1	10,8	0,4
1966	199,5	69,5	65,1	40,9	12,1	11,6	0,4
1967	212,8	71,3	70,5	45,1	13,1	12,3	0,4
1968	229,7	75,4	78,1	48,1	14,4	13,2	0,5
1969	253,1	84,8	84,9	52,6	15,9	14,4	0,5
1970	281,3	101,3	86,8	59,6	17,7	15,4	(0,6) ^{a)}
in Preisen und Wechselkursen von 1963							
1955	100,5	32,1	34,2	20,5	6,1	7,4	(0,2) ^{b)}
1956	107,0	34,8	36,4	21,5	6,6	7,5	(0,3) ^{b)}
1957	112,8	37,0	38,9	22,4	6,6	7,8	(0,3) ^{b)}
1958	116,1	38,9	39,4	23,2	6,6	7,8	(0,3) ^{b)}
1959	120,7	40,9	40,3	24,4	6,9	7,9	(0,3) ^{b)}
1960	131,2	47,0	42,3	25,9	7,3	8,4	0,3
1961	139,1	50,0	44,9	27,7	7,7	8,5	0,3
1962	147,6	52,7	48,1	29,5	8,2	8,9	0,3
1963	156,6	54,6	51,6	32,1	8,7	9,3	0,3
1964	164,1	57,4	54,4	33,1	9,3	9,6	0,4
1965	172,4	61,2	56,8	34,0	10,0	10,0	0,4
1966	180,3	63,5	59,6	36,3	10,3	10,4	0,4
1967	187,5	64,0	62,8	38,9	10,8	10,6	0,4
1968	196,7	66,5	66,3	40,8	11,6	11,2	0,4
1969	210,3	71,8	70,7	43,3	12,1	11,9	0,4
1970	223,0	76,7	73,8	46,8	13,0	12,4	(0,4) ^{a)}

¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
^{a)} Unsichere oder geschätzte Angaben.
^{b)} Schätzung des SARG.

Quelle: SARG

Tabelle 52

Staatsverbrauch der EWG und EWG-Länder
Mrd. Eur

Jahr	EWG insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ¹⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
In jeweiligen Preisen und Wechselkursen							
1955	.	5,8	.	2,8	1,1	1,0	0,0
1956	.	6,1	.	3,1	1,3	1,1	0,0
1957	.	6,6	.	3,3	1,4	1,2	0,0
1958	20,6	7,4	7,0	3,6	1,3	1,3	0,1
1959	22,1	8,1	7,4	3,9	1,3	1,4	0,1
1960	24,8	9,8	7,9	4,2	1,5	1,4	0,1
1961	27,9	11,5	8,6	4,6	1,7	1,5	0,1
1962	32,0	13,4	9,6	5,4	1,9	1,6	0,1
1963	36,4	14,9	10,8	6,5	2,2	1,8	0,1
1964	39,4	15,6	11,8	7,4	2,6	2,0	0,1
1965	43,5	17,5	12,5	8,3	2,9	2,2	0,1
1966	47,0	19,1	13,3	8,8	3,3	2,4	0,1
1967	50,4	20,3	14,3	9,4	3,7	2,7	0,1
1968	54,4	21,1	16,1	10,2	4,0	2,9	0,1
1969	60,2	24,1	17,3	11,1	4,4	3,2	0,1
1970	66,0	29,6	17,9	11,8	5,0	3,6	(0,1) ^{a)}
in Preisen und Wechselkursen von 1963							
1955	24,4	8,3	8,2	4,7	1,8	1,2	(0,1) ^{b)}
1956	25,5	8,4	9,1	4,9	1,9	1,2	(0,1) ^{b)}
1957	26,3	8,7	9,4	4,9	1,9	1,2	(0,1) ^{b)}
1958	26,9	9,5	9,0	5,2	1,9	1,3	(0,1) ^{b)}
1959	28,6	10,3	9,6	5,4	1,8	1,4	(0,1) ^{b)}
1960	30,8	11,8	9,8	5,7	1,9	1,5	0,1
1961	32,3	12,6	10,2	5,9	2,0	1,5	0,1
1962	34,6	13,9	10,6	6,2	2,1	1,6	0,1
1963	36,4	14,9	10,8	6,5	2,2	1,8	0,1
1964	37,0	14,8	11,2	6,8	2,3	1,9	0,1
1965	39,4	15,5	11,5	7,0	2,3	2,0	0,1
1966	39,4	15,9	11,8	7,3	2,3	2,1	0,1
1967	40,9	16,4	12,3	7,6	2,4	2,2	0,1
1968	42,0	16,4	12,9	7,9	2,5	2,3	0,1
1969	43,9	17,3	13,5	8,1	2,5	2,5	0,1
1970	45,7	18,0	14,0	8,4	2,6	2,6	(0,1) ^{a)}

- ¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
^{a)} Unsichere oder geschätzte Angaben.
^{b)} Schätzung des SABG.

Quelle: SABG

Bruttoanlageinvestitionen der EWG und EWG-Länder
Mrd. Eur

Jahr	EWG Insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ¹⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
in jeweiligen Preisen und Wechselkursen							
1955	.	10,0	.	4,9	1,8	1,6	0,1
1956	.	11,1	.	5,4	2,1	1,8	0,1
1957	.	11,5	.	6,1	2,4	1,8	0,1
1958	33,5	12,4	10,9	6,2	2,1	1,7	0,1
1959	36,5	14,2	11,2	6,7	2,3	1,9	0,1
1960	42,3	17,3	12,4	7,7	2,7	2,2	0,1
1961	49,5	20,8	14,3	8,8	3,0	2,4	0,1
1962	55,8	23,4	16,2	10,1	3,2	2,7	0,1
1963	61,5	24,8	18,6	11,8	3,4	2,8	0,2
1964	70,1	28,4	22,0	11,8	4,3	3,4	0,2
1965	74,4	30,6	24,2	11,0	4,7	3,7	0,2
1966	79,7	31,6	26,8	11,7	5,3	4,1	0,2
1967	81,5	28,6	29,2	13,3	5,9	4,4	0,2
1968	89,1	31,2	31,8	14,9	6,7	4,4	0,2
1969	101,9	37,1	35,5	17,1	7,1	4,8	0,2
1970	121,4	49,5	38,1	19,7	8,2	5,6	(0,3) ^{a)}
in Preisen und Wechselkursen von 1963							
1955	34,4	13,9	10,0	6,1	2,4	2,0	(0,1) ^{b)}
1956	37,3	15,0	10,9	6,5	2,6	2,1	(0,1) ^{b)}
1957	39,1	15,2	11,9	7,1	2,8	2,1	(0,1) ^{b)}
1958	40,3	16,0	12,6	7,2	2,4	1,9	(0,1) ^{b)}
1959	43,8	18,0	13,0	7,9	2,7	2,1	(0,1) ^{b)}
1960	49,2	20,9	14,0	8,8	3,0	2,4	0,1
1961	54,5	22,9	15,7	9,9	3,2	2,7	0,1
1962	58,6	24,2	17,1	10,9	3,4	2,8	0,2
1963	61,5	24,8	18,6	11,8	3,4	2,8	0,2
1964	67,3	27,7	21,1	11,0	4,0	3,2	0,2
1965	69,4	29,0	22,6	10,1	4,2	3,3	0,2
1966	72,6	29,2	24,6	10,5	4,6	3,5	0,2
1967	73,3	26,8	26,1	11,7	5,0	3,6	0,2
1968	78,6	28,9	27,6	12,8	5,5	3,5	0,1
1969	86,3	32,4	30,6	13,9	5,5	3,7	0,2
1970	93,6	36,2	32,9	14,4	5,9	4,0	(0,2) ^{a)}

¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

^{a)} Unsichere oder geschätzte Angaben.

^{b)} Schätzung des SARG.

Tabelle 54

Außenhandel der EWG und EWG-Länder ¹⁾
 Mrd. Eur in jeweiligen Preisen und Wechselkursen

Jahr	EWG insgesamt ²⁾	Bundes- republik Deutsch- land ³⁾	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen							
1955	.	8,5	.	2,6	3,7	2,9	0,3
1956	.	10,2	.	3,0	4,1	3,3	0,4
1957	.	12,1	.	3,7	4,5	3,4	0,4
1958	30,8	12,4	6,6	3,8	4,5	3,3	0,3
1959	34,2	13,8	7,6	4,1	4,9	3,3	0,4
1960	38,3	14,3	9,2	5,1	5,6	3,7	0,4
1961	41,3	15,5	9,6	5,8	5,8	4,0	0,4
1962	43,9	16,4	9,9	6,5	6,3	4,4	0,4
1963	48,0	17,9	11,0	7,1	6,8	4,8	0,4
1964	54,2	20,0	12,1	8,2	7,8	5,6	0,5
1965	60,6	21,9	13,6	9,9	8,5	6,1	0,5
1966	66,8	24,6	15,0	11,0	9,1	6,6	0,5
1967	71,7	26,5	16,0	11,9	9,7	7,1	0,5
1968	80,1	29,7	17,4	13,6	10,8	7,9	0,6
1969	93,3	34,5	20,2	15,6	12,8	9,5	0,7
1970	109,2	41,1	23,5	17,4	15,1	11,3	(0,9) ^{a)}
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen							
1955	.	7,4	.	2,9	3,7	2,8	0,3
1956	.	8,5	.	3,4	4,3	3,3	0,3
1957	.	10,0	.	4,0	4,7	3,5	0,3
1958	28,4	10,3	6,9	3,6	4,2	3,1	0,3
1959	30,5	11,6	6,8	3,8	4,8	3,4	0,3
1960	35,3	12,5	8,1	5,2	5,4	3,8	0,4
1961	38,5	13,7	8,6	5,8	5,8	4,2	0,4
1962	42,5	15,3	9,4	6,8	6,2	4,4	0,4
1963	47,9	16,5	10,7	8,4	6,9	5,0	0,5
1964	53,2	18,4	12,3	8,2	8,1	5,7	0,5
1965	58,0	21,6	12,8	8,3	8,7	6,1	0,5
1966	63,8	22,7	14,8	9,7	9,3	6,7	0,5
1967	66,4	22,2	15,8	11,1	9,8	7,0	0,5
1968	73,9	25,2	17,5	11,8	10,8	8,0	0,6
1969	88,9	30,6	21,1	14,3	12,8	9,4	0,7
1970	105,2	37,7	23,2	17,2	15,5	10,7	(0,8) ^{a)}

¹⁾ Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, einschließlich der Innergemeinschaftlichen Transaktionen.

²⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

³⁾ Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Industrielle Produktion der EWG und EWG-Länder
1963 = 100

Jahr	EWG insgesamt ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land ²⁾	Frankreich ²⁾	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
1959	76	78	78	66	79	77	93
1960	85	88	85	76	87	83	101
1961	90	93	90	84	90	88	103
1962	95	97	94	92	95	93	99
1963	100	100	100	100	100	100	100
1964	107	108	108	101	110	107	109
1965	111	114	110	106	116	109	110
1966	117	116	118	118	123	111	106
1967	119	114	121	128	129	113	106
1968	128	127	126	136	143	119	112
1969	143	144	142	141	160	131	127
1970	152	153	150	150	176	135	127
1971	156	156	159	146	188	140	126

1) Zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EWG im Jahre 1963.

2) Ohne Bau.

Quelle: OECD

Tabelle 56

Zur Preis- und Lohnentwicklung
1963

Zeitraum	Bundes- republik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Niederlande	Groß- britannien
						Verbraucher
1966	110	113	109	113	117	112
1967	111	116	112	117	121	115
1968	113	119	117	119	125	121
1969	116	124	124	122	135	127
1970	121	129	131	128	141	135
1971	127	134	138	134	151	148
1972 1. Hj.	132	139	143	139	160	156
						Großhandels
1966	103	108	107	107	115	110
1967	103	107	106	106	115	111
1968	97 a)	107	105	107	116	117
1969	99 a)	113	116	111	117 a)	121
1970	105 a)	118	124	119	124 a)	129
1971	110 a)	117 a)	127	123	125 a)	139
1972 1. Hj.	112 a)	120 a)	130	126	127 a) b)	145
						Durchschnittswerte
1966	103	105	108	99	104	109
1967	102	104	107	99	104	110
1968	100	103	106	99	102	119
1969	102	108	114	102	104	123
1970	104	113	126	108	108	131
1971	106	110	133	114	110	142
1972 1. Hj.	107	...	133	115	111	150
						Durchschnittswerte
1966	104	102	105	105	104	105
1967	103	100	104	106	103	105
1968	101	101	102	107	100	117
1969	103	104	108	108	103	122
1970	101	108	120	112	110	128
1971	100	109	124	122	114	132
1972 1. Hj.	97	...	124	122	114	136
						Bruttostundenverdienste
1966	127	131	120	128	141	118
1967	132	140	127	135	150	123
1968	138	147	143	140	161	133
1969	151	160	159	150	177	140
1970	170	174	176	183	196	154
1971	190	193	195	208	219	172
1972 1. Hj.	203	...	208	222	241	186
						Anteil am Warenhandel %) der
1966—1971	×	8,4	12,4	8,9	10,8	4,0

1) Nationale Quellen.

2) Quelle: OECD.

3) Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Großbritannien, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.

in wichtigen Industrieländern

= 100

	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Zeitraum
preise ¹⁾						
116	112	106	108	117	1966	
120	116	109	112	122	1967	
123	119	114	117	128	1968	
126	122	120	122	136	1969	
135	126	127	126	146	1970	
145	135	132	130	155	1971	
152	141	135	134	160	1972	1. Hj.
preise ²⁾						
112	104	106	106	103	1966	
112	104	106	108	105	1967	
113	104	108	110	106	1968	
118	107	113	115	108	1969	
126	112	117	117	112	1970	
130	114	121	119	112	1971	
136	117	124	124	111	1972	1. Hj.
der Ausfuhr ³⁾						
108	110	108	107	98	1966	
109	114	109	109	101	1967	
109	118	111	112	101	1968	
113	119	115	114	105	1969	
122	123	121	117	111	1970	
128	131	125	117	114	1971	
133	137	128	120	111	1972	1. Hj.
der Einfuhr ³⁾						
108	106	106	102	105	1966	
108	106	107	103	105	1967	
108	107	109	106	104	1968	
111	110	112	108	104	1969	
119	118	120	110	108	1970	
126	119	126	112	108	1971	
128	123	133	115	101	1972	1. Hj.
in der Industrie ^{3) 4)}						
127	117	111	115	134	1966	
139	124	115	123	152	1967	
148	129	122	132	174	1968	
160	134	130	143	203	1969	
181	143	137	155	239	1970	
195	157	145	168	272	1971	
223	168	153	178	255	1972	1. Hj.
Bundesrepublik Deutschland in vH						
3,4	4,6	10,3	1,2	1,5	1966—1971	

4) Einfuhr + Ausfuhr.

a) Ohne Mehrwertsteuer.

b) Durchschnitt Jan.-Apr. 1972

Tabelle 57

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Ein- wohner (Wohn- bevölkerung)	Erwerbs- personen	Erwerbs- quote ¹⁾	Erwerbstätige			Offene Stellen	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote ²⁾
				ins- gesamt	darunter Abhängige				
					zu- sammen	dar. nicht- deutsche Arbeit- nehmer ³⁾			
1000		vH		1000			vH		
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	116	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	116	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	115	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	123	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959	51 634	24 857	48,1	24 381	18 508	167	280	476	2,5
1960	52 183	25 027	48,0	24 792	19 005	.	449	235	1,2
1960	55 433	26 511	47,8	26 240	20 252	279	465	271	1,3
1961	56 175	26 772	47,7	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 938	47,4	26 783	21 053	629	574	155	0,7
1963	57 389	27 066	47,2	26 880	21 303	773	555	186	0,9
1964	57 971	27 148	46,8	26 979	21 547	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 300	46,6	27 153	21 841	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	27 243	46,1	27 082	21 870	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 751	45,1	26 292	21 180	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 665	44,8	26 342	21 330	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	27 001	45,0	26 822	21 920	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	27 353	45,1	27 204	22 433	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	27 358	44,6	27 173	22 583	2 128	648	185	0,8
1965 1. Hj.	58 443	27 215	46,6	27 022	21 682	1 053	631	193	0,9
1965 2. Hj.	58 795	27 385	46,6	27 284	22 000	1 184	667	101	0,5
1966 1. Hj.	59 016	27 253	46,2	27 084	21 839	1 222	589	169	0,8
1966 2. Hj.	59 280	27 233	45,9	27 080	21 901	1 266	490	153	0,7
1967 1. Hj.	59 262	26 806	45,2	26 270	21 140	1 049	288	536	2,5
1967 2. Hj.	59 311	26 697	45,0	26 314	21 220	978	316	383	1,8
1968 1. Hj.	59 376	26 548	44,7	26 099	21 077	955	404	449	2,1
1968 2. Hj.	59 625	26 783	44,9	26 585	21 583	1 083	573	198	0,9
1969 1. Hj.	59 888	26 841	44,8	26 599	21 687	1 241	689	242	1,1
1969 2. Hj.	60 247	27 160	45,1	27 045	22 153	1 490	805	115	0,5
1970 1. Hj.	60 532	27 208	44,9	27 022	22 242	1 684	806	186	0,8
1970 2. Hj.	60 889	27 498	45,2	27 386	22 625	1 930	784	112	0,5
1971 1. Hj.	61 141	27 333	44,7	27 132	22 486	2 048	680	201	0,9
1971 2. Hj.	61 427	27 382	44,6	27 213	22 679	2 208	616	169	0,7
1972 1. Hj.	61 576	27 157	44,1	26 876	22 380	...	525	281	1,2

¹⁾ Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.

²⁾ Jahreszahlen: Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni. — Halbjahreszahlen: eigene Schätzung.

³⁾ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).

⁴⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft ¹⁾		Produzierendes Gewerbe ²⁾		Handel und Verkehr ^{3) 4)}		Übrige Bereiche ^{5) 6)}	
	Selbstständige ⁷⁾	Abhängige	Erwerbstätige							
			insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige
1950	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,8	77,2	13,8	2,0	47,7	43,5	17,2	13,2	21,3	18,6
1961	22,0	78,0	13,0	1,8	48,1	44,2	17,4	13,3	21,6	18,7
1962	21,4	78,6	12,6	1,7	48,2	44,6	17,3	13,3	21,8	19,0
1963	20,7	79,3	12,0	1,6	48,2	44,7	17,6	13,6	22,1	19,3
1964	20,1	79,9	11,4	1,4	48,3	44,7	17,6	13,8	22,7	19,9
1965	19,6	80,4	10,9	1,4	48,7	45,1	17,6	13,9	22,8	20,0
1966	19,2	80,8	10,6	1,3	48,4	45,0	17,7	14,0	23,3	20,5
1967	19,4	80,6	10,4	1,2	47,1	43,7	18,0	14,2	24,5	21,4
1968	19,0	81,0	10,0	1,2	47,4	44,1	17,9	14,2	24,8	21,5
1969	18,3	81,7	9,4	1,1	48,2	45,0	17,6	14,1	24,7	21,5
1970	17,5	82,5	8,8	1,0	48,7	45,5	17,7	14,2	24,8	21,7
1971	16,9	83,1	8,2	1,0	48,6	45,5	17,9	14,5	25,2	22,1

¹⁾ Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.

²⁾ Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.

³⁾ Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

⁴⁾ Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches.

⁵⁾ Ab 1960 (Bundesgebiet) geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (1961).

⁶⁾ Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

⁷⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 59

Beiträge zusammengefaßter Wirtschaft

Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ²⁾	Dienstleistungen ³⁾	Staat ⁴⁾	Private Haushalte usw. ⁵⁾
			insgesamt	Ener-giewirtschaft ⁶⁾ und Bergbau	Ver-arbeitendes Ge-werbe	Bau-ge-werbe				
in jeweiligen Preisen										
1950	98,05	9,98	48,68	5,08	38,30	5,30	19,99	10,00	7,63	1,77
1951	120,01	12,04	61,81	6,27	49,03	6,51	23,75	11,61	8,76	2,04
1952	136,97	13,06	69,80	7,38	54,93	7,49	28,53	13,12	10,14	2,32
1953	147,72	13,16	76,89	8,61	59,35	8,93	29,34	14,68	10,98	2,67
1954	159,06	13,47	83,58	9,25	64,67	9,66	31,01	16,39	11,74	2,87
1955	182,00	14,23	97,16	9,98	75,28	11,90	36,03	18,57	12,86	3,15
1956	200,95	14,65	107,27	11,36	82,75	13,16	40,04	21,14	14,35	3,50
1957	218,89	15,27	116,04	12,36	89,90	13,78	44,40	23,38	15,99	3,81
1958	234,37	16,16	123,87	12,93	96,00	14,94	47,16	25,60	17,44	4,14
1959	255,14	16,47	136,59	13,51	105,34	17,74	51,28	28,45	17,97	4,38
1960	284,77	17,11	154,72	14,67	120,06	19,99	56,07	32,10	20,06	4,71
1960	302,55	17,31	164,69	15,95	127,55	21,19	59,31	34,44	21,84	4,96
1961	333,45	17,48	182,05	16,04	141,36	24,65	64,17	39,50	24,85	5,30
1962	360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71
1963	384,77	18,91	205,83	17,45	158,34	30,04	76,07	47,47	30,33	6,16
1964	422,14	20,39	227,39	18,07	174,75	34,57	82,40	52,27	33,18	6,51
1965	462,02	19,69	250,07	18,83	194,52	36,62	86,96	58,56	37,76	6,96
1966	492,10	20,71	282,12	19,60	203,12	39,40	94,71	64,71	42,22	7,63
1967	496,86	20,97	257,56	19,29	201,38	36,89	95,82	69,72	44,74	8,05
1968	540,54 ^{a)}	20,76	287,70	21,34	226,52	39,84	103,18	76,21	47,85	8,64
1969	605,68 ^{a)}	22,45	326,29	22,51	258,63	45,15	112,62	86,10	54,23	9,79
1970	686,96 ^{a)}	21,53	375,13	25,95	293,28	55,90	124,84	98,07	63,28	11,11
1971	759,60 ^{a)}	21,79	410,96	28,62	318,01	64,33	135,74	111,47	75,17	12,97
1965 1. Hj.	221,11	10,22	119,65	9,39	93,80	16,48	41,63	28,24	18,03	3,34
2. Hj.	240,91	9,47	130,42	9,54	100,72	20,16	47,33	30,32	19,73	3,64
1966 1. Hj.	238,79	10,25	128,22	9,81	100,01	18,40	45,37	31,34	19,97	3,64
2. Hj.	253,31	10,46	133,90	9,79	103,11	21,00	49,34	33,37	22,25	3,99
1967 1. Hj.	238,93	10,84	123,20	9,49	96,51	17,20	45,22	34,08	21,69	3,90
2. Hj.	257,93	10,13	134,36	9,80	104,87	19,89	50,60	35,64	23,05	4,15
1968 1. Hj.	254,31 ^{a)}	10,02	133,81	10,35	105,75	17,71	48,15	37,03	22,87	4,13
2. Hj.	286,23 ^{a)}	10,74	153,89	10,99	120,77	22,13	55,03	39,18	24,98	4,51
1969 1. Hj.	283,43 ^{a)}	11,26	150,96	10,97	120,74	19,25	52,39	41,76	25,27	4,59
2. Hj.	322,25 ^{a)}	11,19	175,33	11,54	137,89	25,90	60,23	44,34	28,96	5,20
1970 1. Hj.	323,62 ^{a)}	10,79	175,57	12,75	139,40	23,42	58,10	47,01	30,10	5,25
2. Hj.	363,34 ^{a)}	10,74	199,56	13,20	153,88	32,48	66,74	51,06	33,18	5,86
1971 1. Hj.	362,11 ^{a)}	10,69	196,23	14,08	153,79	28,36	63,75	54,10	35,50	6,14
2. Hj.	397,49 ^{a)}	11,10	214,73	14,54	164,22	35,97	71,99	57,37	39,67	6,83
1972 1. Hj.	395,80 ^{a)}	11,14	212,86	68,77	61,18	46,65	...

1) Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.

2) Einschließlich Wasserversorgung.

3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

4) Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.

5) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

6) Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ²⁾	Dienstleistungen ³⁾	Staat ⁴⁾	Private Haushalte usw. ⁵⁾	Zeitraum
		insgesamt	Ener-giewirt-schaft ²⁾ und Bergbau	Ver-arbei-tendes Ge-werbe	Bau-ge-werbe					
In Preisen von 1962										
143,49	13,01	63,85	8,84	45,08	10,13	29,85	17,58	15,00	4,40	1950
158,56	14,97	72,76	9,78	51,72	11,26	31,96	18,90	15,57	4,40	1951
172,58	15,10	81,50	10,26	58,68	12,56	33,97	20,99	16,38	4,64	1952
186,85	15,18	90,83	10,23	65,45	15,15	38,23	23,02	16,68	4,91	1953
201,30	15,52	99,91	10,73	73,08	16,10	38,75	24,67	17,47	4,98	1954
225,57	15,37	115,96	11,81	85,49	18,66	43,68	26,91	18,42	5,23	1955
241,77	15,27	125,10	12,83	92,41	19,86	48,11	28,96	18,93	5,40	1956
255,39	15,75	131,40	13,17	98,71	19,52	51,39	30,91	20,32	5,62	1957
264,42	16,71	136,74	12,95	103,66	20,13	52,11	32,14	21,01	5,71	1958
283,91	17,25	148,79	13,45	112,99	22,35	56,31	34,26	21,55	5,75	1959
309,37	17,92	165,47	14,62	127,56	23,29	61,43	36,46	22,51	5,58	1960
328,59	18,17	176,09	15,90	135,50	24,69	64,96	39,05	24,46	5,86	1960
347,06	18,35	188,01	16,07	145,06	26,88	67,77	41,35	25,91	5,67	1961
360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71	1962
373,28	18,68	202,29	17,20	156,51	28,58	72,98	44,99	28,54	5,80	1963
398,50	20,13	220,20	17,93	170,59	31,68	76,14	46,87	29,36	5,80	1964
421,03	17,88	236,20	18,28	185,03	32,89	80,69	49,72	30,74	5,80	1965
433,01	18,33	242,16	18,89	188,58	34,69	82,50	52,07	32,06	5,89	1966
432,09	20,50	236,06	18,15	184,41	33,50	82,65	53,86	33,07	5,95	1967
462,89	21,11	259,11	18,83	205,58	34,70	86,78	55,59	34,24	8,06	1968
500,94	20,38	286,89	20,10	230,19	36,60	94,00	58,26	35,22	6,19	1969
530,59	20,63	304,86	22,04	243,81	39,01	99,78	61,90	37,08	6,34	1970
545,02	21,80	311,75	22,82	248,14	40,79	101,98	64,35	38,68	6,46	1971
203,65	9,61	113,63	9,11	89,83	14,89	37,87	24,48	15,17	2,89	1965 1. Hj.
217,38	8,27	122,57	9,17	95,40	18,00	42,82	25,24	15,57	2,91	2. Hj.
212,05	9,09	118,80	9,45	93,25	16,10	39,66	25,65	15,91	2,94	1966 1. Hj.
220,96	9,24	123,36	9,44	95,33	18,59	42,84	26,42	16,15	2,95	2. Hj.
207,71	10,20	112,74	8,92	88,44	15,38	38,88	26,50	16,43	2,98	1967 1. Hj.
224,38	10,30	123,32	9,23	95,97	18,12	43,77	27,36	16,64	2,99	2. Hj.
219,84	10,82	121,01	9,16	96,38	15,47	40,46	27,49	17,05	3,01	1968 1. Hj.
243,05	10,29	138,10	9,87	109,20	19,23	46,32	28,10	17,19	3,05	2. Hj.
238,35	10,29	135,12	9,85	109,32	15,95	43,73	28,66	17,48	3,07	1969 1. Hj.
262,59	10,09	151,77	10,25	120,87	20,65	50,27	29,60	17,74	3,12	2. Hj.
255,37	9,84	146,06	11,00	118,40	16,66	47,45	30,49	18,38	3,15	1970 1. Hj.
275,22	10,79	158,80	11,04	125,41	22,35	52,33	31,41	18,70	3,19	2. Hj.
265,61	10,78	151,79	11,48	122,05	18,26	48,84	31,79	19,20	3,21	1971 1. Hj.
279,41	11,02	159,96	11,34	126,09	22,53	53,14	32,56	19,48	3,25	2. Hj.
271,90	9,82	156,03	49,89	32,69	23,47		1972 1. Hj.

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

³⁾ Die Summen der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sind größer als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Die Differenz ergibt sich aus der unterschiedlichen Buchung der Umsatzsteuer auf Investitionsgüter bzw. der Investitionssteuer in der Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Sozialprodukts.

Tabelle 60

Sozialprodukt und
Mrd.

Zeltraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Ab-schrei-bungen	Netto-sozialprodukt zu Markt-preisen	Indirekte Steuern ¹⁾ abzüglich Subven-tionen ²⁾	Netto-sozialprodukt zu Faktor-kosten (Volkseinkommen)
in jeweiligen Preisen							
1950	98,05	+0,05	98,10	8,32	89,78	12,84	76,94
1951	120,01	-0,01	120,00	10,12	109,88	16,64	93,24
1952	136,97	+0,03	137,00	11,55	125,45	19,74	105,71
1953	147,72	-0,02	147,70	11,99	135,71	21,80	113,91
1954	159,06	-0,46	158,60	12,65	145,95	23,42	122,53
1955	182,00	-0,60	181,40	14,05	167,35	26,37	140,98
1956	200,95	-0,45	200,50	15,79	184,71	28,17	156,54
1957	218,89	-0,39	218,50	17,74	200,76	29,47	171,29
1958	234,37	-0,07	234,30	19,59	214,71	31,43	183,28
1959	255,14	-0,24	254,90	21,47	233,43	34,94	198,49
1960	284,77	-0,07	284,70	24,27	260,43	38,17	222,26
1960	302,55	-0,25	302,30	25,73	276,57	40,87	235,70
1961	333,45	-0,85	332,60	29,26	303,34	45,33	258,01
1962	360,91	-0,81	360,10	33,48	326,62	49,17	277,45
1963	384,77	-0,77	384,00	37,19	346,81	51,05	295,76
1964	422,14	-1,24	420,90	41,17	379,73	55,48	324,25
1965	462,02	-1,62	460,40	46,21	414,19	58,94	355,25
1966	492,10	-1,40	490,70	50,68	440,02	62,93	377,09
1967	496,86	-1,36	495,50	53,80	441,70	65,71	375,99
1966	540,54	-0,54	540,00	57,40	482,60	65,74	416,86
1969	605,68	-0,48	605,20	63,95	541,25	80,60	460,65
1970	686,96	-1,36	685,60	74,78	610,82	81,63	529,19
1971	759,60	-0,80	758,80	85,11	673,69	90,98	582,71
1965 1. Hj.	221,11	-1,01	220,10	22,58	197,52	29,15	168,37
1965 2. Hj.	240,91	-0,61	240,30	23,63	216,67	29,79	186,88
1966 1. Hj.	238,79	-0,69	238,10	24,85	213,25	31,53	181,72
1966 2. Hj.	253,31	-0,71	252,60	25,83	226,77	31,40	195,37
1967 1. Hj.	238,93	-0,53	238,40	26,60	211,80	32,30	179,50
1967 2. Hj.	257,93	-0,83	257,10	27,20	229,90	33,41	196,49
1968 1. Hj.	254,31	-0,21	254,10	28,13	225,97	31,62	194,35
1968 2. Hj.	286,23	-0,33	285,90	29,27	256,63	34,12	222,51
1969 1. Hj.	283,43	-0,33	283,10	30,72	252,38	36,63	215,75
1969 2. Hj.	322,25	-0,15	322,10	33,23	288,87	43,97	244,90
1970 1. Hj.	323,62	-0,62	323,00	36,08	286,92	38,71	248,21
1970 2. Hj.	363,34	-0,74	362,60	36,70	323,90	42,92	280,98
1971 1. Hj.	362,11	+0,09	362,20	41,43	320,77	44,35	276,42
1971 2. Hj.	397,49	-0,89	396,60	43,68	352,92	46,63	306,29
1972 1. Hj.	395,80	-0,60	395,20	45,62	349,58	49,04	300,54

¹⁾ Einschließlich der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich, der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, der von Unternehmen gezahlten Verwaltungsgebühren und der von der EGKS erhobenen Umlagen.

²⁾ Einschließlich der Ausgaben des Staates für den Preisausgleich und der Zahlungen der EGKS.

Volkseinkommen

DM

Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Ab-schreibungen	Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
in Preisen von 1962					
143,49	+0,11	143,60	12,70	130,90	1950
158,56	+0,04	158,60	13,34	145,26	1951
172,58	+0,12	172,70	14,06	158,64	1952
186,85	+0,05	186,90	14,91	171,99	1953
201,30	-0,50	200,80	15,93	184,87	1954
225,57	-0,67	224,90	17,36	207,54	1955
241,77	-0,47	241,30	19,00	222,30	1956
255,39	-0,39	255,00	20,69	234,31	1957
264,42	+0,08	264,50	22,37	242,13	1958
283,91	-0,11	283,80	24,25	259,55	1959
309,37	+0,03	309,40	26,51	282,89	1960
328,59	-0,19	328,40	28,09	300,31	1960
347,06	-0,86	346,20	30,65	315,55	1961
360,91	-0,81	360,10	33,48	326,62	1962
373,28	-0,78	372,50	36,36	336,14	1963
398,50	-1,20	397,30	39,35	357,95	1964
421,03	-1,53	419,50	42,66	376,84	1965
433,01	-1,31	431,70	46,05	385,65	1966
432,09	-1,29	430,80	49,11	381,69	1967
462,89	-0,59	462,30	52,20	410,10	1968
500,94	-0,54	500,40	55,84	444,56	1969
530,59	-1,19	529,40	59,73	469,67	1970
545,02	-0,72	544,30	64,06	480,22	1971
203,65	-0,95	202,70	20,92	181,78	1965 1. Hj.
217,38	-0,58	216,80	21,74	195,06	2. Hj.
212,05	-0,65	211,40	22,62	188,78	1966 1. Hj.
220,96	-0,66	220,30	23,43	196,87	2. Hj.
207,71	-0,51	207,20	24,13	183,07	1967 1. Hj.
224,38	-0,78	223,60	24,98	196,62	2. Hj.
219,84	-0,24	219,60	25,69	193,91	1968 1. Hj.
243,05	-0,35	242,70	26,51	216,19	2. Hj.
238,35	-0,35	238,00	27,45	210,55	1969 1. Hj.
262,59	-0,19	262,40	28,39	234,01	2. Hj.
255,37	-0,57	254,80	29,37	225,43	1970 1. Hj.
275,22	-0,62	274,60	30,36	244,24	2. Hj.
265,61	-0,01	265,80	31,48	234,12	1971 1. Hj.
279,41	-0,71	278,70	32,60	246,10	2. Hj.
271,90	-0,50	271,40	33,70	237,70	1972 1. Hj.

*) Ohne Saarland und Berlin.

*) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 61

Verteilung des Volkseinkommens
Mrd. DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte ²⁾	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit ⁴⁾ = unverteilte Gewinne	des Staates ⁵⁾
				brutto ¹⁾	netto ³⁾			
1950	76,94	44,97	35,76	31,97	25,23	26,42	5,04	0,51
1951	93,24	54,53	42,77	38,71	30,90	32,22	5,59	0,90
1952	105,71	60,80	47,31	44,91	34,95	35,75	7,75	1,41
1953	113,91	67,14	52,32	46,77	35,16	36,72	8,55	1,50
1954	122,53	73,37	57,47	49,16	37,21	38,77	8,85	1,54
1955	140,98	83,67	65,29	57,31	45,26	44,68	10,48	2,15
1956	156,54	93,79	72,91	62,75	49,52	49,22	11,35	2,18
1957	171,29	102,87	79,39	68,42	53,45	53,32	12,49	2,61
1958	183,28	111,63	84,55	71,65	56,66	56,16	12,95	2,54
1959	198,49	119,56	90,92	78,93	61,47	61,99	14,65	2,29
1960	222,26	134,16	100,72	88,10	68,14	68,89	16,47	2,74
1960	235,70	142,83	107,25	92,87	71,98	72,54	17,49	2,84
1961	258,01	160,51	119,92	97,50	73,44	76,46	17,65	3,39
1962	277,45	177,48	132,04	99,97	73,66	79,00	17,39	3,58
1963	295,76	190,44	140,97	105,32	78,01	84,25	17,34	3,73
1964	324,25	208,42	154,19	115,83	87,12	92,70	18,20	3,93
1965	355,25	229,99	171,56	125,26	96,07	102,42	19,03	3,81
1966	377,09	247,56	181,65	129,53	99,32	106,95	18,87	3,71
1967	375,99	247,90	180,78	128,09	98,23	106,95	18,04	3,10
1968	416,86	266,31	190,76	150,55	118,18	123,23	23,70	3,62
1969	460,65	300,14	210,52	160,51	124,42	131,04	25,41	4,06
1970	529,19	353,19	241,65	176,00	141,04	146,66	25,18	4,16
1971	582,71	400,20	267,25	182,51	145,36	152,33	25,61	4,57
1965 1. Hj.	168,37	109,44	83,20	58,93	44,17	.	.	1,48
1965 2. Hj.	188,88	120,55	88,36	66,33	51,90	.	.	2,33
1966 1. Hj.	181,72	119,30	89,10	62,42	46,48	.	.	1,59
1966 2. Hj.	195,37	128,26	92,55	67,11	52,84	.	.	2,12
1967 1. Hj.	179,50	120,30	89,23	59,20	44,16	.	.	1,30
1967 2. Hj.	196,49	127,60	91,55	68,89	54,07	.	.	1,80
1968 1. Hj.	194,35	126,33	91,91	68,02	52,25	.	.	1,42
1968 2. Hj.	222,51	139,98	98,85	82,53	65,91	.	.	2,20
1969 1. Hj.	215,75	140,89	100,71	75,06	57,80	.	.	1,86
1969 2. Hj.	244,90	159,45	109,81	85,45	66,62	.	.	2,20
1970 1. Hj.	248,21	166,06	116,13	82,15	65,46	.	.	1,68
1970 2. Hj.	280,98	187,13	125,52	93,85	75,58	.	.	2,48
1971 1. Hj.	276,42	191,11	129,15	85,31	67,21	.	.	2,20
1971 2. Hj.	306,29	209,09	138,10	97,20	78,15	.	.	2,37
1972 1. Hj.	300,54	209,26	142,76	91,28	73,66	.	.	1,19

¹⁾ Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.

²⁾ Bruttoeinkommen minus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und minus Lohnsteuer.

³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

⁴⁾ Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und der Einzelunternehmen u. ä. im Bereich „Kreditinstitute“.

⁵⁾ Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

⁶⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto-		Netto-		Bruttoinlands- produkt ²⁾ je Erwerbstätigen ³⁾ (Produktivität)		Lohn- kosten je Produkt- einheit ⁴⁾
			einkommen		einkommen				
	DM	1960=100	aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen ¹⁾		DM	1960=100	DM	1960 = 100	
1950	1 640	38,5	3 289	46,6	2 615	49,3	7 183	57,1	81,5
1951	1 967	46,2	3 817	54,1	2 994	56,5	7 737	61,5	87,7
1952	2 215	52,0	4 121	58,4	3 207	60,5	8 267	65,8	88,6
1953	2 365	55,5	4 376	62,0	3 410	64,3	8 737	69,5	89,1
1954	2 515	59,1	4 585	65,1	3 599	67,9	9 168	72,9	89,1
1955	2 865	67,3	4 969	70,4	3 877	73,2	9 898	78,7	89,3
1956	3 144	73,8	5 365	76,0	4 170	78,7	10 338	82,2	92,3
1957	3 396	79,7	5 718	81,0	4 413	83,3	10 694	85,1	95,2
1958	3 590	84,3	6 138	87,0	4 649	87,7	11 034	87,8	98,9
1959	3 844	90,3	6 460	91,5	4 912	92,7	11 740	93,4	98,0
1960	4 259	100	7 059	100	5 300	100	12 571	100	100
1960	4 252	100	7 053	100	5 296	100	12 597	100	100
1961	4 593	108,0	7 743	109,8	5 785	109,2	13 120	104,2	105,4
1962	4 873	114,6	8 430	119,5	6 272	118,4	13 549	107,6	111,3
1963	5 136	120,8	8 940	126,8	6 617	124,9	13 956	110,8	114,5
1964	5 565	130,9	9 673	137,1	7 156	135,1	14 838	117,8	116,4
1965	6 020	141,6	10 530	149,3	7 855	148,3	15 567	123,6	120,9
1966	6 323	148,7	11 320	160,5	8 306	156,8	16 050	127,4	126,1
1967	6 280	147,7	11 704	165,9	8 535	161,2	16 510	131,1	126,6
1968	7 006	164,8	12 485	177,0	8 943	168,9	17 651	140,1	126,4
1969	7 669	180,4	13 693	194,1	9 604	181,3	18 750	148,8	130,5
1970	8 725	205,2	15 744	223,2	10 772	203,4	19 566	155,3	143,7
1971	9 508	223,6	17 721	251,3	11 834	223,5	20 113	159,7	157,5
1965 1. Hj.	2 863	134,7	5 048	143,1	3 837	144,9	7 568	120,2	119,1
1965 2. Hj.	3 156	148,4	5 480	155,4	4 016	151,7	7 997	127,0	122,5
1966 1. Hj.	3 055	143,7	5 463	154,9	4 080	154,1	7 860	124,8	124,1
1966 2. Hj.	3 267	153,7	5 856	166,1	4 226	159,6	8 190	130,0	127,9
1967 1. Hj.	3 000	141,1	5 691	161,4	4 221	159,4	7 943	126,1	128,0
1967 2. Hj.	3 279	154,2	6 013	170,5	4 314	162,9	8 567	136,0	125,4
1968 1. Hj.	3 273	154,0	5 994	170,0	4 361	164,7	8 463	134,4	126,6
1968 2. Hj.	3 732	175,5	6 486	183,9	4 580	173,0	9 182	145,8	126,3
1969 1. Hj.	3 603	169,5	6 487	183,9	4 644	175,4	8 998	142,8	128,8
1969 2. Hj.	4 065	191,2	7 198	204,1	4 957	187,2	9 745	154,7	132,0
1970 1. Hj.	4 100	192,9	7 466	211,7	5 221	197,2	9 483	150,5	140,7
1970 2. Hj.	4 615	217,1	8 271	234,5	5 548	209,5	10 079	160,0	146,8
1971 1. Hj.	4 521	212,7	8 499	241,0	5 744	216,9	9 818	155,9	154,6
1971 2. Hj.	4 986	234,5	9 220	261,4	6 089	229,9	10 294	163,4	160,2
1972 1. Hj.	4 881	229,6	9 350	265,1	6 379	240,9	10 150	161,1	164,6

¹⁾ Inländerkonzept (nach dem Wohnort).

²⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.

³⁾ Inländerkonzept (nach dem Beschäftigungsort).

⁴⁾ Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inländerkonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen (Inländerkonzept)}}$

⁵⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 63

Verwendung des
a) Mrd.

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vor- rats- ver- ände- rung	Aus- fuhr ¹⁾	Ein- fuhr ¹⁾	Außen- bei- trag ²⁾
				ins- gesamt	Aus- rüs- tun- gen	Bauten				
in jeweiligen Preisen										
1950	98,10	62,88	14,23	18,74	8,63	10,11	+ 3,60	11,16	12,51	- 1,35
1951	120,00	73,08	17,60	22,90	10,97	11,93	+ 4,30	18,51	16,39	+ 2,12
1952	137,00	81,17	20,77	26,83	12,79	14,04	+ 5,10	21,84	18,71	+ 3,13
1953	147,70	88,74	21,42	30,44	13,78	16,66	+ 1,90	25,08	19,88	+ 5,20
1954	158,60	94,63	22,30	34,09	15,88	18,21	+ 2,60	30,47	25,49	+ 4,98
1955	181,40	106,09	24,15	42,63	20,06	22,57	+ 4,60	36,23	32,30	+ 3,93
1956	200,50	117,96	25,70	47,38	21,67	25,71	+ 3,00	43,57	37,11	+ 6,46
1957	218,50	128,53	27,86	48,77	21,77	27,00	+ 4,80	51,86	43,32	+ 8,54
1958	234,30	138,40	31,27	52,38	23,44	28,94	+ 3,60	53,46	44,81	+ 8,65
1959	254,90	147,74	34,26	60,07	26,02	34,05	+ 3,70	60,24	51,11	+ 9,13
1960	284,70	161,18	38,28	68,96	30,99	37,97	+ 7,90	69,46	61,10	+ 8,38
1960	302,30	172,43	41,12	72,66	32,54	40,12	+ 8,70	62,67	55,28	+ 7,39
1961	332,60	189,02	46,39	84,05	36,30	45,75	+ 6,60	65,16	58,62	+ 6,54
1962	360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66
1963	384,00	218,20	59,55	99,06	43,06	56,00	+ 2,10	74,49	69,40	+ 5,09
1964	420,90	234,95	62,24	113,49	47,25	66,24	+ 5,20	82,91	77,89	+ 5,02
1965	460,40	258,67	70,03	122,24	52,00	70,24	+ 10,00	90,87	81,41	- 0,54
1966	490,70	277,85	76,49	126,31	52,62	73,69	+ 3,60	102,29	95,84	+ 6,45
1967	495,50	285,31	81,14	114,43	46,02	66,41	- 1,30	110,12	94,20	+ 15,92
1968	540,00	301,77	84,34	124,78	52,87	71,91	+ 11,50	123,83	106,22	+ 17,61
1969	605,20	333,09	95,12	146,20	66,90	79,30	+ 16,00	141,85	127,06	+ 14,79
1970	685,60	369,01	109,04	181,08	82,90	98,18	+ 15,30	158,58	147,41	+ 11,17
1971	758,80	409,13	130,68	202,84	90,92	112,02	+ 6,00	173,01	162,96	+ 10,05
1965 1. Hj.	220,10	120,38	31,65	56,69	24,93	31,76	+ 11,20	43,43	43,45	- 0,02
1965 2. Hj.	240,30	138,29	38,18	65,55	27,07	38,48	- 1,20	47,44	47,96	- 0,52
1966 1. Hj.	238,10	132,06	35,26	61,00	26,49	34,51	+ 8,80	48,23	47,27	+ 0,96
1966 2. Hj.	252,60	145,77	41,23	65,31	26,13	39,18	- 5,20	54,06	48,57	+ 5,49
1967 1. Hj.	238,40	135,71	37,85	53,05	22,35	30,70	+ 3,70	53,39	45,30	+ 8,09
1967 2. Hj.	257,10	149,60	43,29	61,38	25,67	35,71	- 5,00	58,73	48,90	+ 7,83
1968 1. Hj.	254,10	141,55	38,78	55,13	23,40	31,73	+ 11,10	57,32	49,78	+ 7,54
1968 2. Hj.	285,90	160,22	45,56	69,65	29,47	40,18	+ 0,40	66,51	58,44	+ 10,07
1969 1. Hj.	283,10	156,09	43,33	64,70	30,57	34,13	+ 12,80	66,80	60,62	+ 8,18
1969 2. Hj.	322,10	177,00	51,79	81,50	36,33	45,17	+ 3,20	75,05	66,44	+ 8,61
1970 1. Hj.	323,00	172,22	49,62	79,28	38,44	40,84	+ 17,20	75,31	70,83	+ 4,48
1970 2. Hj.	362,60	196,78	58,42	101,80	44,46	57,34	- 1,80	83,27	78,78	+ 6,49
1971 1. Hj.	362,20	192,43	60,59	84,25	44,68	49,59	+ 10,00	84,32	79,39	+ 4,93
1971 2. Hj.	396,60	216,70	70,09	106,69	46,26	62,43	- 4,00	88,69	83,57	+ 5,12
1972 1. Hj.	395,20	210,58	68,50	101,07	45,10	55,97	+ 10,00	89,61	84,56	+ 5,05

¹⁾ Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.²⁾ Ausfuhr / Einfuhr.

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vor-rats-ver-ände-rung	Aus-fuhr ¹⁾	Ein-fuhr ¹⁾	Außen-bel-trag ²⁾	Zeitraum
			ins-gesamt	Aus-rüstun-gen	Bauten					
in Preisen von 1962										
143,60	80,57	24,73	30,27	12,05	18,22	+ 4,00	15,50	11,47	+ 4,03	1950
158,60	86,90	27,12	31,86	13,20	18,66	+ 4,00	21,03	12,31	+ 8,72	1951
172,70	94,92	29,74	34,63	14,13	20,50	+ 5,00	23,73	15,32	+ 8,41	1952
186,90	105,33	29,82	40,53	15,55	24,98	+ 1,90	27,55	18,23	+ 9,32	1953
200,80	111,78	30,60	45,63	18,38	27,25	+ 2,70	34,15	24,06	+10,09	1954
224,90	123,36	32,00	55,12	22,98	32,14	+ 4,70	39,87	30,15	+ 9,72	1955
241,30	134,25	32,18	59,87	24,21	35,66	+ 3,10	45,95	34,05	+11,90	1956
255,00	142,64	33,73	59,81	23,66	36,15	+ 4,80	53,30	39,28	+14,02	1957
264,50	149,87	36,53	62,31	25,12	37,19	+ 3,60	55,88	43,69	+12,19	1958
283,80	158,41	39,81	69,65	28,13	41,52	+ 3,80	62,93	50,80	+12,13	1959
309,40	171,14	42,20	76,76	33,07	43,69	+ 8,00	71,14	59,84	+11,30	1960
328,40	183,15	45,26	80,87	34,72	46,15	+ 8,80	64,11	53,79	+10,32	1960
346,20	194,70	48,12	88,88	39,64	49,24	+ 6,70	65,97	58,17	+ 7,80	1961
360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66	1962
372,50	212,53	57,19	96,04	42,74	53,30	+ 2,10	74,00	69,36	+ 4,64	1963
397,30	223,51	56,79	107,36	46,45	60,91	+ 5,10	81,82	77,28	+ 4,54	1964
419,50	238,50	59,53	112,33	49,44	62,89	+ 9,50	87,93	88,29	- 0,36	1965
431,70	247,39	60,80	113,36	49,01	64,35	+ 3,40	97,36	90,61	+ 6,75	1966
430,80	249,55	62,71	103,84	44,60	59,24	- 1,20	105,25	89,35	+15,90	1967
462,30	258,98	62,68	112,10	49,30	62,80	+11,80	119,40	102,46	+16,94	1968
500,40	279,00	65,76	125,70	80,45	65,25	+15,30	134,45	119,81	+14,64	1969
529,40	298,45	68,95	140,12	70,53	69,59	+14,20	146,51	138,83	+ 7,68	1970
544,30	314,95	74,01	146,42	73,86	72,56	+ 5,40	155,86	152,34	+ 3,52	1971
202,70	111,95	27,67	52,37	23,77	28,60	+10,60	42,28	42,15	+ 0,11	1965 1. Hj.
216,80	126,55	31,86	59,96	25,67	34,29	- 1,10	45,67	46,14	- 0,47	2. Hj.
211,40	118,10	28,83	54,91	24,73	30,18	+ 8,10	46,07	44,61	+ 1,46	1966 1. Hj.
220,30	129,29	31,97	58,45	24,28	34,17	- 4,70	51,29	46,00	+ 5,29	2. Hj.
207,20	118,61	29,54	47,73	20,68	27,05	+ 3,30	51,19	43,17	+ 8,02	1967 1. Hj.
223,60	130,94	33,17	56,11	23,92	32,19	- 4,50	54,06	46,18	+ 7,88	2. Hj.
219,80	121,74	29,45	49,87	21,96	27,91	+11,20	55,14	47,80	+ 7,34	1968 1. Hj.
242,70	137,24	33,23	62,23	27,34	34,89	+ 0,40	64,28	54,66	+ 9,60	2. Hj.
238,00	131,25	30,81	57,11	28,17	28,94	+12,30	63,72	57,19	+ 6,53	1969 1. Hj.
262,40	147,75	34,95	68,59	32,28	36,31	+ 3,00	70,73	62,62	+ 8,11	2. Hj.
254,80	140,07	32,21	62,89	33,30	29,59	+15,90	70,36	66,63	+ 3,73	1970 1. Hj.
274,60	158,38	36,74	77,23	37,23	40,00	- 1,70	76,15	72,20	+ 3,95	2. Hj.
265,80	149,41	35,29	69,15	36,54	32,61	+ 8,90	76,63	73,78	+ 2,85	1971 1. Hj.
278,70	165,54	38,72	77,27	37,32	39,95	- 3,50	79,23	78,56	+ 0,67	2. Hj.
271,40	155,33	36,74	71,33	36,42	34,91	+ 8,70	80,20	80,90	- 0,70	1972 1. Hj.

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 63

Verwendung des
b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außenbeitrag ²⁾
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
In jeweiligen Preisen									
1950	64,1	14,5	19,1	8,8	10,3	3,7	11,4	12,8	-1,4
1951	60,9	14,7	19,1	9,1	9,9	3,6	15,4	13,7	1,8
1952	59,2	15,2	19,6	9,3	10,2	3,7	15,9	13,7	2,3
1953	60,1	14,5	20,6	9,3	11,3	1,3	17,0	13,5	3,5
1954	59,7	14,1	21,5	10,0	11,5	1,6	19,2	16,1	3,1
1955	58,5	13,3	23,5	11,1	12,4	2,5	20,0	17,8	2,2
1956	58,8	12,8	23,6	10,8	12,8	1,5	21,7	18,5	3,2
1957	58,8	12,8	22,3	10,0	12,4	2,2	23,7	19,8	3,9
1958	59,1	13,3	22,4	10,0	12,4	1,5	22,8	19,1	3,7
1959	58,0	13,4	23,6	10,2	13,4	1,5	23,6	20,1	3,8
1960	56,6	13,4	24,2	10,9	13,3	2,8	24,4	21,5	2,9
1960	57,0	13,6	24,0	10,8	13,3	2,9	20,7	18,3	2,4
1961	56,8	13,9	25,3	11,5	13,8	2,0	19,6	17,6	2,0
1962	57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	1,1	19,0	18,0	1,0
1963	56,8	15,5	25,8	11,2	14,6	0,5	19,4	18,1	1,3
1964	55,8	14,8	27,0	11,2	15,7	1,2	19,7	18,5	1,2
1965	56,2	15,2	26,6	11,3	15,3	2,2	19,7	19,9	-0,1
1966	56,6	15,6	25,7	10,7	15,0	0,7	20,8	19,5	1,3
1967	57,6	16,4	23,1	9,7	13,4	-0,3	22,2	19,0	3,2
1968	55,9	15,8	23,1	9,8	13,3	2,1	22,9	19,7	3,3
1969	55,0	15,7	24,2	11,1	13,1	2,6	23,4	21,0	2,4
1970	53,6	15,9	26,4	12,1	14,3	2,2	23,1	21,5	1,6
1971	53,9	17,2	26,7	12,0	14,8	0,8	22,8	21,5	1,3
1965 1. Hj.	54,7	14,5	25,8	11,3	14,4	5,1	19,7	19,7	0,0
1965 2. Hj.	57,5	15,9	27,3	11,3	16,0	-0,5	19,7	20,0	-0,2
1966 1. Hj.	55,5	14,8	25,6	11,1	14,5	3,7	20,3	19,9	0,4
1966 2. Hj.	57,7	16,3	25,9	10,3	15,5	-2,1	21,4	19,2	2,2
1967 1. Hj.	56,9	15,9	22,3	9,4	12,9	1,6	22,4	19,0	3,4
1967 2. Hj.	58,2	16,8	23,9	10,0	13,9	-1,9	22,1	19,0	3,0
1968 1. Hj.	55,7	15,3	21,7	9,2	12,5	4,4	22,6	19,6	3,0
1968 2. Hj.	56,0	15,9	24,4	10,3	14,1	0,1	23,3	19,7	3,5
1969 1. Hj.	55,1	15,3	22,9	10,8	12,1	4,5	23,6	21,4	2,2
1969 2. Hj.	55,0	16,1	25,3	11,3	14,0	1,0	23,3	20,6	2,7
1970 1. Hj.	53,3	15,4	24,5	11,9	12,6	5,3	23,3	21,9	1,4
1970 2. Hj.	54,3	16,4	28,1	12,3	15,8	-0,5	23,0	21,2	1,8
1971 1. Hj.	53,1	16,7	26,0	12,3	13,7	2,8	23,3	21,9	1,4
1971 2. Hj.	54,6	17,7	27,4	11,7	15,7	-1,0	22,4	21,1	1,3
1972 1. Hj.	53,3	17,3	25,6	11,4	14,2	2,5	22,7	21,4	1,3

¹⁾ Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.²⁾ Ausfuhr ./ Einfuhr.

Sozialprodukts
in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außenbeitrag ²⁾	Zeitraum
		insgesamt	Ausrüstungen	Bauten					
in Preisen von 1962									
56,1	17,2	21,1	8,4	12,7	2,8	10,8	8,0	2,8	1950
54,8	17,1	20,1	8,3	11,8	2,5	13,3	7,8	5,5	1951
55,0	17,2	20,1	8,2	11,9	2,9	13,7	8,9	4,9	1952
56,4	16,0	21,7	8,3	13,4	1,0	14,7	9,7	5,0	1953
55,7	15,2	22,7	9,2	13,6	1,3	17,0	12,0	5,0	1954
54,9	14,2	24,5	10,2	14,3	2,1	17,7	13,4	4,3	1955
55,6	13,3	24,8	10,0	14,8	1,3	19,0	14,1	4,9	1956
55,9	13,2	23,5	9,3	14,2	1,9	20,9	15,4	5,5	1957
56,7	13,8	23,6	9,5	14,1	1,4	21,1	16,5	4,6	1958
55,8	14,0	24,5	9,9	14,6	1,3	22,2	17,9	4,3	1959
55,3	13,6	24,8	10,7	14,1	2,6	23,0	19,3	3,7	1960
55,8	13,8	24,6	10,6	14,1	2,7	19,5	16,4	3,1	1960
56,2	13,9	25,7	11,5	14,2	1,9	19,1	16,8	2,3	1961
57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	1,1	19,0	18,0	1,0	1962
57,1	15,4	25,8	11,5	14,3	0,6	19,9	18,6	1,2	1963
56,3	14,3	27,0	11,7	15,3	1,3	20,6	19,5	1,1	1964
56,9	14,2	26,8	11,8	15,0	2,3	21,0	21,0	-0,1	1965
57,3	14,1	26,3	11,4	14,9	0,8	22,6	21,0	1,6	1966
57,9	14,6	24,1	10,4	13,8	-0,3	24,4	20,7	3,7	1967
56,0	13,6	24,2	10,7	13,6	2,5	25,8	22,2	3,7	1968
55,8	13,1	25,1	12,1	13,0	3,1	26,9	23,9	2,9	1969
56,4	13,0	26,5	13,3	13,1	2,7	27,7	26,2	1,5	1970
57,9	13,6	26,9	13,6	13,3	1,0	28,6	28,0	0,6	1971
55,2	13,7	25,8	11,7	14,1	5,2	20,8	20,8	0,1	1965 1. Hj.
58,4	14,7	27,7	11,8	15,8	-0,5	21,1	21,3	-0,2	1965 2. Hj.
55,9	13,6	26,0	11,7	14,3	3,8	21,8	21,1	0,7	1966 1. Hj.
58,7	14,5	26,5	11,0	15,5	-2,1	23,3	20,9	2,4	1966 2. Hj.
57,2	14,3	23,0	10,0	13,1	1,6	24,7	20,8	3,9	1967 1. Hj.
58,6	14,8	25,1	10,7	14,4	-2,0	24,2	20,7	3,5	1967 2. Hj.
55,4	13,4	22,7	10,0	12,7	5,1	25,1	21,8	3,3	1968 1. Hj.
56,5	13,7	25,6	11,3	14,4	0,2	26,5	22,5	4,0	1968 2. Hj.
55,1	12,9	24,0	11,8	12,2	5,2	26,8	24,0	2,7	1969 1. Hj.
56,3	13,3	26,1	12,3	13,8	1,1	27,0	23,9	3,1	1969 2. Hj.
55,0	12,6	24,7	13,1	11,6	6,2	27,6	26,1	1,5	1970 1. Hj.
57,7	13,4	28,1	13,6	14,6	-0,6	27,7	26,3	1,4	1970 2. Hj.
56,3	13,3	26,0	13,8	12,3	3,4	28,9	27,8	1,1	1971 1. Hj.
59,4	13,9	27,7	13,4	14,3	-1,3	28,4	28,2	0,2	1971 2. Hj.
57,2	13,5	26,3	13,4	12,9	3,2	29,6	29,8	-0,3	1972 1. Hj.

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 64

Investi

Jahr	Insgesamt	Ausrüstungs-			Bau-				Vorratsveränderung
		Investitionen							
		zusammen	Unternehmen	Staat	zusammen	Unternehmen ¹⁾	Staat	Wohnbauten	
Mrd. DM									
1950	22,34	8,63	8,26	0,37	10,11	3,47	1,67	4,97	+ 3,60
1951	27,20	10,97	10,47	0,50	11,93	3,89	1,88	6,16	+ 4,30
1952	31,93	12,79	12,23	0,56	14,04	4,70	2,00	7,34	+ 5,10
1953	32,34	13,78	13,17	0,61	16,66	5,51	2,49	8,66	+ 1,90
1954	36,69	15,88	15,25	0,63	18,21	5,87	3,02	9,32	+ 2,60
1955	47,23	20,06	19,35	0,71	22,57	7,47	4,11	10,99	+ 4,60
1956	50,38	21,67	20,89	0,78	25,71	8,92	4,77	12,02	+ 3,00
1957	53,57	21,77	20,90	0,87	27,00	9,40	4,96	12,64	+ 4,80
1958	55,98	23,44	22,51	0,93	28,94	9,87	5,18	13,89	+ 3,60
1959	63,77	26,02	24,94	1,08	34,05	11,50	6,79	15,76	+ 3,70
1960	76,86	30,99	29,87	1,12	37,97	13,80	7,92	16,25	+ 7,90
1960	81,36	32,54	31,37	1,17	40,12	14,56	8,32	17,24	+ 8,70
1961	90,65	38,30	36,97	1,33	45,75	16,41	9,90	19,44	+ 6,60
1962	97,77	41,89	40,34	1,55	51,88	17,63	12,47	21,78	+ 4,00
1963	101,16	43,06	41,29	1,77	56,00	18,40	14,49	23,11	+ 2,10
1964	118,69	47,25	45,28	1,97	66,24	21,59	17,54	27,11	+ 5,20
1965	132,24	52,00	49,79	2,21	70,24	22,97	17,98	29,29	+ 10,00
1966	129,91	52,62	50,40	2,22	73,69	24,03	18,80	30,86	+ 3,60
1967	113,13	48,02	45,88	2,14	66,41	21,23	16,29	28,89	- 1,30
1968	136,28	52,87	50,82	2,05	71,91	23,33	18,55	30,03	+ 11,50
1969	182,20	66,90	64,57	2,33	79,30	26,84	21,05	31,41	+ 16,00
1970	196,38	82,90	79,94	2,96	98,18	34,49	26,55	37,14	+ 15,30
1971	208,94	90,92	87,47	3,45	112,02	39,49	27,85	44,88	+ 6,00

1) Ohne Wohnbauten.

2) Ohne Saarland und Berlin.

3) Vorläufige Ergebnisse.

tionen

Ins- gesamt	Ausrüstungs-			Bau-				Vorrats- ver- änderung	Jahr
	investitionen								
	zu- sammen	Unter- nehmen	Staat	zu- sammen	Unter- neh- men ¹⁾	Staat	Wohn- bauten		
Anteil in vH									
100	38,6	37,0	1,7	45,3	15,5	7,5	22,2	16,1	1950
100	40,3	38,5	1,8	43,9	14,3	6,9	22,6	15,8	1951
100	40,1	38,3	1,8	44,0	14,7	6,3	23,0	16,0	1952
100	42,6	40,7	1,9	51,5	17,0	7,7	26,8	5,9	1953
100	43,3	41,6	1,7	49,6	16,0	8,2	25,4	7,1	1954
100	42,5	41,0	1,5	47,8	15,8	8,7	23,3	9,7	1955
100	43,0	41,5	1,5	51,0	17,7	9,5	23,9	6,0	1956
100	40,6	39,0	1,6	50,4	17,5	9,3	23,6	9,0	1957
100	41,9	40,2	1,7	51,7	17,6	9,3	24,8	6,4	1958
100	40,8	39,1	1,7	53,4	18,0	10,6	24,7	5,8	1959
100	40,3	38,9	1,5	49,4	18,0	10,3	21,1	10,3	1960
100	40,0	38,6	1,4	49,3	17,9	10,2	21,2	10,7	1960
100	42,3	40,8	1,5	50,5	18,1	10,9	21,4	7,3	1961
100	42,8	41,3	1,6	53,1	18,0	12,8	22,3	4,1	1962
100	42,6	40,8	1,7	55,4	18,2	14,3	22,8	2,1	1963
100	39,8	38,1	1,7	55,8	18,2	14,8	22,8	4,4	1964
100	39,3	37,7	1,7	53,1	17,4	13,6	22,1	7,6	1965
100	40,5	38,8	1,7	56,7	18,5	14,5	23,8	2,8	1966
100	42,4	40,6	1,9	58,7	18,8	14,4	25,5	-1,1	1967
100	38,8	37,3	1,5	52,8	17,1	13,6	22,0	8,4	1968
100	41,2	39,8	1,4	48,9	16,5	13,0	19,4	9,9	1969
100	42,2	40,7	1,5	50,0	17,6	13,5	18,9	7,8	1970
100	43,5	41,9	1,7	53,6	18,9	13,3	21,4	2,9	1971

Tabelle 65

Einkommen und Ersparnis
Mrd.

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen ¹⁾	Gesamtes Einkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen ²⁾	Verfügbares Einkommen
	insgesamt	Einkommen aus					
		unselbständiger Arbeit ³⁾	Unternehmer-tätigkeit und Vermögen				
1950	71,48	44,97	26,51	12,19	83,67	14,00	69,67
1951	86,88	54,53	32,35	13,57	100,45	17,22	83,23
1952	96,73	60,80	35,93	15,96	112,69	20,74	91,95
1953	104,11	67,14	36,97	17,70	121,81	23,31	98,50
1954	112,48	73,37	39,11	18,70	131,18	24,57	106,61
1955	128,78	83,67	45,11	20,95	149,73	27,29	122,44
1956	143,51	93,79	49,72	23,34	166,85	30,54	136,31
1957	156,77	102,87	53,90	28,44	185,21	34,27	150,94
1958	168,47	111,63	56,84	32,05	200,52	37,66	162,86
1959	182,33	119,56	62,77	33,08	215,41	41,66	173,75
1960	203,92	134,16	69,76	34,49	238,41	48,45	189,96
1960	216,29	142,83	73,46	40,63	256,92	54,17	202,75
1961	237,94	160,51	77,43	44,43	282,37	62,48	219,89
1962	257,54	177,48	80,06	48,89	306,43	70,36	236,07
1963	275,82	190,44	85,38	52,29	328,11	76,70	251,41
1964	302,36	208,42	93,94	57,73	360,09	83,93	276,16
1965	333,86	229,99	103,87	64,59	398,45	90,75	307,70
1966	356,22	247,56	106,66	70,77	426,99	101,42	325,57
1967	356,43	247,90	108,53	78,02	434,45	103,48	330,97
1968	391,22	266,31	124,91	82,34	473,56	113,83	359,73
1969	433,22	300,14	133,08	89,14	522,36	131,63	390,73
1970	502,29	353,19	149,10	97,49	599,78	158,30	441,48
1971	555,29	400,20	155,09	109,89	665,18	187,20	477,98

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

²⁾ Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.

³⁾ Leistungen der Sozialversicherung, öffentliche Pensionen, Leistungen der Gebietskörperschaften, laufende Übertragungen von Versicherungsunternehmen und der übrigen Welt.

der privaten Haushalte ¹⁾

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis	Nicht-nommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. ²⁾	Ersparnis ohne nicht-nommene Gewinne	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Jahr
62,88	6,79	4,71	2,08	0,01	0,09	2,00	1950
73,08	10,15	7,79	2,36	0,02	0,18	2,20	1951
81,17	10,78	6,28	4,50	0,06	0,26	4,30	1952
88,74	9,76	4,05	5,71	0,68	0,39	6,00	1953
94,63	11,98	4,97	7,01	1,34	0,55	7,80	1954
106,09	16,35	9,13	7,22	0,55	0,77	7,00	1955
117,96	18,35	11,04	7,31	0,47	1,18	6,60	1956
128,53	22,41	10,98	11,43	0,45	1,58	10,30	1957
138,40	24,46	11,30	13,16	0,98	1,94	12,20	1958
147,74	26,01	11,35	14,66	1,22	2,38	13,50	1959
161,18	28,78	13,07	15,71	1,92	2,83	14,80	1960
172,43	30,32	14,21	16,11	2,08	2,91	15,28	1960
189,02	30,87	12,71	18,16	2,48	3,59	17,05	1961
205,20	30,87	11,00	19,87	2,50	4,33	18,04	1962
218,20	33,21	9,33	23,88	2,56	4,74	21,70	1963
234,95	41,21	11,91	29,30	3,10	5,61	26,79	1964
258,67	49,03	13,27	35,76	3,44	6,27	32,93	1965
277,85	47,72	12,68	35,04	3,00	6,94	31,10	1966
285,31	45,66	10,35	35,31	3,58	8,29	30,60	1967
301,77	57,96	16,87	41,09	3,75	9,35	35,49	1968
333,09	57,64	9,90	47,74	4,36	10,07	42,03	1969
369,01	72,47	18,89	53,58	4,70	11,70	46,58	1970
409,13	68,85	8,85	60,00	7,13	13,79	53,34	1971

¹⁾ Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Rückerstattungsbeträge u. ä., laufende Übertragungen an Versicherungsunternehmen und die übrige Welt; einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.

²⁾ Ohne Unternehmen im Bereich „Kreditinstitute“.

³⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 66

**Käufe der inländischen privaten
nach Verwen**

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾		Kleidung, Schuhe		Wohnungs- mieten u. ä. ²⁾		Elektrizität, Gas, Brennstoffe	
	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH
	in jeweiligen									
1960	170,18	100	64,94	38,2	21,84	12,8	12,22	7,2	5,62	3,3
1961	186,44	100	69,52	37,3	23,88	12,8	14,48	7,8	6,03	3,2
1962	202,38	100	73,53	36,3	26,00	12,8	15,74	7,8	7,28	3,6
1963	215,24	100	76,38	35,5	27,08	12,6	17,69	8,2	8,64	4,0
1964	231,97	100	80,85	34,9	26,97	12,5	20,02	8,6	8,39	3,6
1965	255,51	100	86,92	34,0	32,28	12,6	22,56	8,8	9,05	3,5
1966	274,46	100	91,54	33,4	33,94	12,4	26,11	9,5	9,51	3,5
1967	281,84	100	92,37	32,8	33,86	12,0	29,47	10,5	10,19	3,6
1968	298,00	100	94,73	31,8	35,15	11,8	33,24	11,2	11,30	3,8
1969	328,59	100	101,22	30,8	38,24	11,6	37,98	11,6	12,30	3,7
1970	363,84	100	109,08	30,0	41,55	11,4	40,97	11,3	13,86	3,8
1971	403,04	100	117,95	29,3	46,27	11,5	44,87	11,1	15,01	3,7
	in Preisen									
1960	180,58	100	67,85	37,6	22,83	12,6	14,00	7,8	5,88	3,3
1961	192,01	100	71,55	37,3	24,47	12,7	14,88	7,7	6,25	3,3
1962	202,38	100	73,53	36,3	26,00	12,8	15,74	7,8	7,28	3,6
1963	209,76	100	74,55	35,5	26,54	12,7	16,63	7,9	8,46	4,0
1964	220,89	100	77,13	34,9	28,00	12,7	17,67	8,0	8,32	3,8
1965	235,97	100	79,84	33,8	30,49	12,9	18,77	8,0	8,89	3,8
1966	244,87	100	81,66	33,3	31,28	12,8	19,91	8,1	9,25	3,8
1967	247,08	100	82,39	33,3	30,96	12,5	21,13	8,6	9,51	3,8
1968	256,43	100	84,12	32,8	32,16	12,5	22,32	8,7	10,26	4,0
1969	276,28	100	87,88	31,8	34,60	12,5	23,46	8,5	11,21	4,1
1970	295,67	100	91,95	31,1	36,26	12,3	24,44	8,3	11,87	4,0
1971	312,13	100	95,85	30,7	38,30	12,3	25,36	8,1	12,48	4,0

¹⁾ Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).

²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

³⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.

**Haushalte für den Privaten Verbrauch
zungszwecken ¹⁾**

Ubrige Haushalts- führung		Verkehr, Nachrichten- übermittlung		Körper- und Gesundheits- pflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä. ²⁾		Jahr
Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	
Preisen										
23,75	14,0	15,05	8,8	6,84	4,0	11,93	7,0	7,99	4,7	1960
25,85	13,9	17,11	9,2	7,44	4,0	12,99	7,0	9,14	4,9	1961
28,01	13,8	19,62	9,7	8,00	4,0	13,93	6,9	10,27	5,1	1962
29,21	13,6	21,82	10,1	8,59	4,0	14,69	6,8	11,14	5,2	1963
31,85	13,7	24,16	10,4	9,49	4,1	15,93	6,9	12,21	5,3	1964
34,93	13,7	27,59	10,8	10,52	4,1	17,63	6,9	14,03	5,5	1965
37,32	13,6	30,41	11,1	11,38	4,1	18,74	6,8	15,51	5,7	1966
37,49	13,3	30,68	10,9	11,97	4,2	19,62	7,0	16,19	5,7	1967
38,56	12,9	33,78	11,3	12,82	4,3	20,82	7,0	17,60	5,9	1968
42,95	13,1	38,83	11,8	13,88	4,2	23,00	7,0	20,19	6,1	1969 ²⁾
49,08	13,5	45,29	12,4	15,21	4,2	26,20	7,2	22,60	6,2	1970
55,22	13,7	51,13	12,7	17,20	4,3	29,07	7,2	26,32	6,5	1971
von 1962										
25,71	14,2	15,46	8,6	7,26	4,0	12,80	7,1	8,79	4,9	1960
26,91	14,0	17,31	9,0	7,69	4,0	13,38	7,0	9,57	5,0	1961
28,01	13,8	19,62	9,7	8,00	4,0	13,93	6,9	10,27	5,1	1962
28,74	13,7	21,29	10,1	8,36	4,0	14,43	6,9	10,76	5,1	1963
30,86	14,0	23,24	10,5	8,96	4,1	15,26	6,9	11,45	5,2	1964
33,12	14,0	28,42	11,2	9,47	4,0	16,37	6,9	12,60	5,3	1965
34,53	14,1	28,13	11,5	9,65	3,9	17,04	7,0	13,42	5,5	1966
34,62	14,0	27,41	11,1	9,93	4,0	17,46	7,1	13,67	5,5	1967
35,41	13,8	29,32	11,4	10,26	4,0	18,25	7,1	14,33	5,6	1968
38,78	14,0	33,85	12,3	10,68	3,9	19,97	7,2	15,87	5,7	1969 ²⁾
42,58	14,4	38,31	13,0	11,19	3,8	21,68	7,3	17,29	5,8	1970
45,40	14,5	40,81	13,1	11,89	3,8	23,09	7,4	18,95	6,1	1971

¹⁾ Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 67

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen

Mrd.

Jahr	Einnahmen				Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
	Insgesamt	Steuern u. ä. Übertragungen ³⁾	Erwerbs- und Vermögens-einkommen ³⁾	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen	
				Staat insgesamt (einschließlich	
1960	115,06	103,67	4,71	4,11	2,57
1961	129,59	116,82	5,31	4,34	3,12
1962	141,94	128,45	5,57	5,12	2,80
1963	154,34	136,41	5,92	5,32	6,69
1964	166,71	148,52	6,32	5,94	5,93
1965	180,20	159,10	6,51	6,42	8,17
1966	193,11	171,74	7,06	7,16	7,15
1967	205,84	175,89	7,42	7,59	14,94
1968	218,38	189,73	8,07	8,16	12,42
1969	244,12	223,57	9,08	8,95	2,52
1970	277,13	248,76	9,91	9,65	8,81
1971	318,51	282,61	11,00	10,58	14,32
				Gebietskör	
1960	81,91	71,66	3,31	4,08	2,86
1961	95,21	81,82	3,67	4,31	5,41
1962	101,62	89,66	3,81	5,08	3,07
1963	110,89	94,63	3,91	5,28	7,17
1964	120,55	103,72	4,03	5,90	6,90
1965	130,01	109,83	4,12	6,38	9,68
1966	137,07	117,26	4,34	7,13	8,34
1967	146,84	119,98	4,62	7,57	16,67
1968	153,41	128,19	5,36	8,12	11,74
1969	169,61	152,46	6,22	8,88	2,05
1970	189,82	164,71	6,53	9,58	9,00
1971	219,85	186,07	7,37	10,52	15,89
				Sozialver	
1960	33,15	32,01	1,40	0,03	-0,29
1961	34,39	35,00	1,64	0,03	-2,28
1962	40,31	38,79	1,76	0,04	-0,28
1963	43,35	41,78	2,01	0,04	-0,48
1964	46,17	44,80	2,29	0,04	-0,96
1965	50,19	49,27	2,39	0,04	-1,51
1966	56,04	54,48	2,72	0,03	-1,19
1967	57,01	55,91	2,80	0,02	-1,72
1968	64,97	61,54	2,71	0,04	0,68
1969	74,51	71,11	2,86	0,07	0,47
1970	87,31	84,05	3,38	0,07	-0,19
1971	98,67	96,54	3,63	0,06	-1,56

¹⁾ Dargestellt nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Vorgänge zwischen den einzelnen Gruppen von Gebietskörperschaften des Staatesektors sind im Prinzip ausgeschlossen. Ausführliche Erläuterungen siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie N, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1 1969, S. 57.

²⁾ Unterstellte Einzahlungen in „Pensionsfonds“ für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

³⁾ Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen.

Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt ¹⁾

DM

Ausgaben							Jahr
insgesamt	Käufe für den laufenden Bedarf	Investitionen ²⁾	Löhne, Gehälter u. ä. ³⁾	Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä., Übertragungen, Subventionen ⁴⁾	Veränderung der Forderungen ⁵⁾	
Sozialversicherung)							
115,06	23,37	9,63	20,58	1,87	47,12	12,49	1960
129,59	25,79	11,35	23,55	1,92	53,72	13,26	1961
141,94	31,24	14,18	25,73	1,99	60,12	8,68	1962
154,34	34,56	16,39	28,54	2,19	61,66	11,00	1963
166,71	34,99	19,71	31,14	2,39	67,78	10,70	1964
180,20	38,64	20,44	35,46	2,70	76,59	6,37	1965
193,11	41,35	21,33	39,59	3,35	80,87	6,62	1966
205,84	43,91	18,76	42,02	4,32	88,24	8,59	1967
218,38	44,55	20,98	44,83	4,45	95,74	7,83	1968
244,12	49,69	23,84	50,89	5,02	105,16	9,52	1969 ⁶⁾
277,13	55,20	30,05	59,28	5,75	114,75	12,10	1970
318,51	65,95	31,82	70,46	6,43	128,38	15,47	1971
perschaften							
74,55	17,00	9,44	19,33	1,87	17,12	9,79	1960
84,78	18,65	11,24	22,16	1,92	20,36	10,45	1961
92,33	23,24	14,00	24,23	1,99	23,35	5,52	1962
101,06	25,79	16,21	26,91	2,19	21,73	8,23	1963
109,63	25,39	19,54	29,38	2,39	25,18	7,75	1964
118,35	27,50	20,28	33,51	2,70	30,36	4,00	1965
124,52	28,15	21,12	37,42	3,35	30,10	4,38	1966
135,12	29,74	18,52	39,71	4,32	31,49	11,34	1967
139,79	28,92	20,81	42,42	4,45	35,40	7,79	1968
155,67	32,06	23,65	48,17	5,02	38,95	7,82	1969 ⁶⁾
176,04	35,19	29,88	56,03	5,75	43,68	5,51	1970
205,35	41,47	31,64	66,60	6,43	49,35	9,86	1971
sicherung							
40,51	6,37	0,19	1,25	—	30,00	2,70	1960
44,82	7,14	0,11	1,39	—	33,36	2,82	1961
49,60	8,00	0,18	1,50	—	36,77	3,15	1962
53,28	8,77	0,18	1,63	—	39,93	2,77	1963
57,09	9,60	0,17	1,78	—	42,60	2,96	1964
61,85	11,14	0,16	1,95	—	46,23	2,37	1965
68,59	13,20	0,21	2,17	—	50,77	2,24	1966
70,73	14,17	0,24	2,31	—	56,75	-2,74	1967
78,59	15,63	0,17	2,41	—	60,34	0,04	1968
88,45	17,63	0,19	2,72	—	66,21	1,70	1969 ⁶⁾
101,09	20,01	0,17	3,25	—	71,07	6,59	1970
113,17	24,48	0,18	3,86	—	79,03	5,62	1971

¹⁾ Quelle: Deutsche Bundesbank.

²⁾ Käufe für Anlageinvestitionen sowie Käufe von Land.

³⁾ Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung.

⁴⁾ Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.

⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 68

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd. DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ubrige Welt	Finanzielle Sektoren ²⁾	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen ¹⁾			
		ohne Wohnungsvermietung	Wohnungsvermietung	zusammen ¹⁾						
I. Vermögensbildung ³⁾										
1962	18,3	19,8	4,0	23,8	14,8	3,6	60,5	1,8	2,1	64,3
1963	21,5	16,5	4,3	20,8	15,5	3,5	61,3	0,0	2,6	64,0
1964	26,6	20,3	5,0	25,3	18,3	4,0	74,5	0,4	2,8	77,5
1965	32,9	21,2	5,6	26,9	12,3	4,0	76,1	7,3	2,6	86,0
1966	31,1	19,3	7,1	26,4	14,3	3,8	75,6	0,0	3,6	79,2
1967	30,6	18,0	7,4	25,3	10,4	-0,9	65,5	- 9,7	3,5	59,3
1968	35,2	27,8	8,1	35,7	14,4	-0,5	84,9	-10,3	3,8	78,4
1969	42,0	25,6	5,2	30,9	25,8	1,4	100,1	- 2,0	0,2	98,3
1970	46,7	34,0	6,5	40,5	22,6	6,9	116,7	- 1,2	6,2	121,6
1971	53,3	25,7	8,4	34,1	21,3	6,8	115,4	8,0	0,5	123,8
1971 1. Hj.	18,8	17,1	4,9	22,0	12,8	2,1	55,6	1,0	6,3	62,8
1971 2. Hj.	34,5	8,6	3,5	12,1	8,5	4,7	59,8	7,0	-5,8	61,0
1972 1. Hj.	26,4	19,6	3,9	23,5	5,3	1,5	56,6	1,5	7,3	65,5
II. Sachvermögensbildung										
1962	-	34,1	16,8	50,9	12,4	0,2	63,4	-	0,9	64,3
1963	-	30,9	17,6	48,5	14,4	0,2	63,1	-	0,9	64,0
1964	-	37,9	21,0	58,9	17,5	0,2	76,6	-	0,9	77,5
1965	-	44,2	22,6	66,8	17,9	0,2	84,9	-	1,1	86,0
1966	-	35,7	23,6	59,3	18,4	0,2	77,9	-	1,3	79,2
1967	-	20,7	21,3	42,0	15,7	0,3	58,0	-	1,3	59,3
1968	-	36,9	21,9	58,8	17,8	0,2	76,8	-	1,6	78,4
1969	-	53,5	22,4	75,9	20,1	0,2	96,2	-	2,0	98,3
1970	-	67,3	26,2	93,5	25,6	0,2	119,4	-	2,3	121,6
1971	-	62,3	32,1	94,4	26,8	0,2	121,3	-	2,5	123,8
1971 1. Hj.	-	36,8	13,1	49,9	12,0	0,1	62,0	-	0,8	62,8
1971 2. Hj.	-	25,5	18,9	44,4	14,8	0,1	59,3	-	1,7	61,0
1972 1. Hj.	-	35,4	17,2	52,6	11,8	0,2	64,5	-	0,9	65,5
III. Veränderung der Forderungen										
1962	19,3	3,6	0,3	3,3	5,5	3,4	31,2	3,8	32,6	67,6
1963	22,9	6,7	0,7	6,6	8,2	3,3	40,5	5,4	42,9	88,8
1964	26,2	7,8	0,1	7,8	7,8	3,9	46,8	6,3	42,8	95,9
1965	34,8	9,8	0,1	9,4	4,0	3,8	50,4	8,7	48,1	107,1
1966	32,0	7,1	0,6	6,8	4,4	3,6	45,4	6,0	46,2	97,5
1967	31,7	16,0	0,2	15,9	11,3	-1,1	56,2	1,8	61,1	119,1
1968	38,3	18,0	0,3	18,0	8,8	-0,7	65,1	13,4	78,4	157,0
1969	46,1	20,1	0,3	20,1	7,8	1,2	75,7	11,4	78,3	165,4
1970	50,8	24,9	0,3	24,9	5,3	6,6	87,3	33,2	101,9	222,5
1971	59,6	29,3	0,2	29,3	9,3	6,6	102,7	19,9	106,6	229,2
1971 1. Hj.	21,4	17,8	0,2	17,7	5,3	2,1	45,6	17,1	48,3	111,0
1971 2. Hj.	38,2	11,6	0,1	11,7	4,0	4,5	57,0	2,9	58,2	118,1
1972 1. Hj.	29,9	19,1	0,2	19,1	2,8	1,3	52,4	16,3	68,3	137,1

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren ²⁾	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen			Gesellschaftskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen ¹⁾			
		ohne Wohnungsvermietung	Wohnungsvermietung	zusammen ¹⁾						
IV. Veränderung der Verpflichtungen										
1962	1,0	17,9	13,1	30,3	3,0	—	34,1	2,2	31,4	67,6
1963	1,4	21,1	14,0	34,3	7,1	—	42,3	5,4	41,2	88,8
1964	1,5	25,4	16,2	41,4	6,9	—	48,9	5,9	41,1	95,9
1965	1,7	32,7	17,1	49,3	9,6	—	59,2	1,3	46,6	107,1
1966	0,8	23,5	17,1	39,7	8,5	—	47,8	6,0	43,8	97,5
1967	1,1	18,8	14,1	32,6	16,6	—	48,7	11,5	58,9	119,1
1968	3,1	27,2	14,1	41,0	12,2	—	57,0	23,8	76,2	157,0
1969	4,1	47,9	17,5	65,1	2,1	-0,1	71,8	13,5	80,2	165,4
1970	4,1	58,2	20,1	78,0	8,3	-0,0	90,0	34,4	98,0	222,5
1971	6,3	65,9	23,9	89,7	14,8	0,1	108,6	12,0	108,6	229,2
1971 1. Hj.	2,6	37,3	8,4	45,7	4,5	0,1	52,1	16,1	42,9	111,0
1971 2. Hj.	3,7	28,5	15,5	44,0	10,3	-0,1	56,5	- 4,1	65,7	118,1
1972 1. Hj.	3,5	35,0	13,4	48,3	9,3	-0,0	60,3	14,8	61,9	137,1
V. Finanzierungssaldo ⁵⁾ (= I × II oder III × IV)										
1962	+18,3	-14,3	-12,8	-27,1	+2,5	+3,4	-2,9	+ 1,6	+1,2	—
1963	+21,5	-14,4	-13,3	-27,7	+1,1	+3,3	-1,8	+ 0,0	+1,7	—
1964	+26,8	-17,6	-16,1	-33,6	+0,9	+3,9	-2,1	+ 0,4	+1,7	—
1965	+32,9	-23,0	-17,0	-39,9	-5,6	+3,8	-8,8	+ 7,3	+1,5	—
1966	+31,1	-16,4	-16,5	-32,9	-4,1	+3,8	-2,4	+ 0,0	+2,3	—
1967	+30,6	- 2,7	-14,0	-16,7	-5,3	-1,1	+7,5	- 9,7	+2,2	—
1968	+35,2	- 9,3	-13,8	-23,1	-3,4	-0,7	+8,1	-10,3	+2,2	—
1969	+42,0	-27,9	-17,2	-45,0	+5,7	+1,2	+3,9	- 2,0	-1,9	—
1970	+46,7	-33,3	-19,7	-53,0	-3,0	+6,6	-2,7	- 1,2	+3,9	—
1971	+53,3	-36,8	-23,7	-60,3	-5,5	+6,5	-6,0	+ 8,0	-2,0	—
1971 1. Hj.	+18,8	-19,7	- 8,3	-28,0	+0,8	+2,0	-6,5	+ 1,0	+5,5	—
1971 2. Hj.	+34,5	-16,9	-15,4	-32,3	-6,3	+4,6	+0,5	+ 7,0	-7,5	—
1972 1. Hj.	+26,4	-15,9	-13,3	-29,1	-6,5	+1,3	-7,9	+ 1,5	+6,4	—

¹⁾ Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.

²⁾ Banken, Bausparkassen, Versicherungen.

³⁾ Ersparnis und Vermögensübertragungen.

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse (1969 bis 1971 aufgrund der korrigierten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes teilweise revidiert).

⁵⁾ Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (-). Änderung des Nettogeldvermögens (Kasse + sonstige Forderungen — Verbindlichkeiten) eines Sektors.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Anhang VIII

Tabelle 69

Kassenmäßige Steuereinnahmen
 Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohn-	Veranlagte Einkom- men-	Körper- schaft-	Steuern vom Umsatz ¹⁾			Mineral- öl- steuer
					ins- gesamt	Umsatz- (Mehr- wert-)	Einfuhr- umsatz-	
		steuer			steuer			
1950	18 802	1 807	2 067	1 449	4 987	.	.	73
1951	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953	34 320	3 740	4 870	2 890	9 104	.	.	734
1954	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 644	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 318	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1971 1. Vj.	39 013	9 929	4 487	1 831	10 852	7 959	2 892	2 489
2. Vj.	39 665	8 936	4 318	1 500	10 222	7 156	3 066	3 036
3. Vj.	42 804	10 891	4 308	1 815	10 360	7 369	2 990	3 314
4. Vj.	49 328	13 046	5 226	2 022	11 464	8 385	3 079	3 578
1972 1. Vj.	44 303	11 705	5 539	2 058	11 976	8 930	3 046	2 751
2. Vj.	44 780	10 408	5 071	1 527	10 995	7 797	3 198	3 498
3. Vj.	48 601	12 473	5 221	2 192	11 387	8 239	3 148	3 684

¹⁾ Bis 1967: Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; 1969: wie 1968 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer; ab 1970: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer sowie ohne durchlaufende Posten.

²⁾ Ohne Saarland.

Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Haushalte ¹⁾

Mill. DM

Monatsende ²⁾	Insgesamt	Kürzerfristige Kredite					Längerfristige Kredite		
		Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine	Betriebsmittelkredite/ Kassenkredite		Kassenobligationen	Anleihen (Inhaberschuldverschreibungen)	Verzinsliche Schatzanweisungen	Kredite von Banken, Sparkassen, Versicherungen ³⁾ , Bauspar-kassen
				Buchkredite der Deutschen Bundesbank	Kredite von anderen Banken u. ä.				
31. 3. 1950	1 216	.	405 ⁴⁾	543	—	63	—	206	
31. 3. 1951	1 912	.	862 ⁴⁾	381	—	51	1	617	
31. 3. 1952	2 899	583	836	292	—	63	56	1 070	
31. 3. 1953	4 080	148	1 106	43	—	760	77	1 948	
31. 3. 1954	5 872	130	883	34	—	1 516	91	3 219	
31. 3. 1955	6 961	57	757	222	—	1 633	88	4 203	
31. 3. 1956	7 993	42	511	44	—	1 716	87	5 593	
31. 3. 1957	9 316	50	625	81	—	1 962	29	6 589	
31. 3. 1958	10 973	—	843	91	—	1 584	55	8 400	
31. 3. 1959	13 207	—	566	48	—	1 914	30	10 649	
31. 3. 1960	17 598	22	1 186	175	183	2 871	523	12 638	
31. 12. 1960	18 786	—	1 162	109	302	2 840	516	13 858	
31. 12. 1961	24 591	—	538	201	792	4 892	355	17 813	
31. 12. 1962	28 064	—	533	786	705	5 713	455	19 871	
31. 12. 1963	34 102	—	452	1 784	611	7 651	555	23 050	
31. 12. 1964	40 232	—	598	1 342	1 088	9 056	577	27 572	
31. 12. 1965	49 503	523	856	1 403	412	1 173	11 500	497	33 140
31. 12. 1966	59 189	1 196	2 498	1 164	655	1 383	12 202	410	39 682
31. 12. 1967	73 326	204	7 729	2 211	341	3 189	14 048	319	45 286
31. 12. 1968	83 551	150	8 650	1 361	122	4 029	15 346	312	53 580
31. 12. 1969	85 744	—	2 407	1 974	99	3 659	15 422	271	61 913
31. 12. 1970	94 026	—	1 750	2 334	175	3 210	16 922	229	69 407
31. 12. 1971	107 802	—	1 750	2 349	588	2 570	19 790	187	80 568

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

²⁾ Ab 31. 3. 1952 einschließlich Berlin (West), ab 31. 3. 1960 einschließlich Saarland.

³⁾ Ohne Sozialversicherung.

⁴⁾ Einschließlich Schatzwechsel.

Tabelle 71

**Konsolidierte Bilanz des
Veränderung gegenüber dem**

Zeitraum	I. Kreditgewährung an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland ¹⁾			
	insgesamt	durch Deutsche Bundesbank	durch Kreditinstitute ²⁾			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen	an inländische Unternehmen und Privatpersonen	an inländische öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+26,84	+0,98	+25,87	+22,32	+ 3,54	+ 3,29	+ 2,75	+0,55	+ 1,25
1964	+30,19	-1,03	+31,23	+25,16	+ 6,07	+ 1,70	+ 0,43	+1,27	+ 1,32
1965	+34,17	-0,43	+34,60	+27,54	+ 7,06	+ 0,03	- 1,30	+1,33	+ 1,14
1966	+28,20	+0,29	+27,91	+21,56	+ 6,36	+ 3,42	+ 1,89	+1,53	+ 1,14
1967	+32,89	+0,67	+32,22	+18,33	+13,89	+ 4,67	- 0,17	+4,84	+ 1,84
1968	+39,99	-2,07	+42,06	+30,90	+11,17	+10,70	+ 6,81	+3,89	+ 6,83
1969	+53,48	+0,87	+52,61	+51,22	+ 1,59	- 2,87	-10,52	+7,65	+11,97
1970	+50,76	-0,24	+51,00	+44,04	+ 6,97	+14,23	+21,60	-7,36	- 0,29
1971	+69,48	-0,63	+70,11	+59,95	+10,16	+11,52	+15,91	-4,40	- 3,28
1968 1. Vj.	+ 6,26	-2,31	+ 8,57	+ 3,45	+ 5,12	+ 4,43	+ 1,53	+2,90	+ 1,05
2. Vj.	+10,76	-0,17	+10,93	+ 9,03	+ 1,90	+ 1,53	+ 1,42	+0,12	+ 1,77
3. Vj.	+ 9,82	-0,37	+10,19	+ 7,20	+ 2,98	+ 2,78	+ 0,78	+2,00	+ 2,78
4. Vj.	+13,15	+0,77	+12,38	+11,21	+ 1,17	+ 1,96	+ 3,00	-1,12	+ 1,23
1969 1. Vj.	+ 9,32	-1,15	+10,47	+ 9,19	+ 1,28	+ 0,48	- 7,21	+7,69	+ 2,97
2. Vj.	+ 9,02	-0,63	+ 9,65	+10,18	- 0,53	+ 9,18	+ 7,57	+1,61	+ 1,97
3. Vj.	+11,04	-0,02	+11,06	+ 9,76	+ 1,31	+ 4,83	+ 7,31	-2,48	+ 1,70
4. Vj.	+24,10	+2,47	+21,63	+22,10	- 0,47	-17,36	-18,19	+0,83	+ 5,33
1970 1. Vj.	+ 6,88	-2,01	+ 8,89	+ 7,71	+ 1,18	+ 1,55	+ 0,56	+0,99	+ 1,88
2. Vj.	+14,23	+0,42	+13,81	+12,90	+ 0,91	+ 4,31	+ 5,38	-1,07	- 0,14
3. Vj.	+ 9,44	-0,76	+10,18	+ 8,47	+ 1,72	+ 5,67	+ 8,03	-2,36	- 1,16
4. Vj.	+20,22	+2,12	+18,10	+14,95	+ 3,16	+ 2,70	+ 7,62	-4,92	- 0,87
1971 1. Vj.	+ 6,08	-2,41	+ 8,49	+ 6,87	+ 1,62	+11,93	+ 7,56	+4,37	- 0,42
2. Vj.	+16,59	+0,34	+16,25	+14,03	+ 2,22	+ 6,06	+ 3,28	+2,79	- 1,39
3. Vj.	+18,96	-0,08	+19,04	+16,76	+ 2,28	- 1,23	+ 1,78	-3,01	- 1,14
4. Vj.	+27,86	+1,52	+26,34	+22,29	+ 4,05	- 5,24	+ 3,30	-8,54	- 0,33
1972 1. Vj.	+12,85	-2,41	+15,26	+12,85	+ 2,41	+ 7,96	+ 3,18	+4,79	- 1,86
2. Vj.	+23,46	+0,01	+23,46	+20,82	+ 2,64	+ 4,98	+ 9,92	-4,94	- 2,12
3. Vj.	+17,60	-0,16	+17,76	+15,11	+ 2,65	+ 3,21	+ 4,41	-1,19	- 0,44

¹⁾ Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.

²⁾ Einschließlich Wertpapiere.

³⁾ Einschließlich Wertpapiere ausländischer Emittenten im Besitz des Bankensystems sowie einschließlich Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Bankensystems (Geldvolumensrechnung) ⁴⁾
 vorangegangenen Zeitraum in Mrd. DM

insgesamt ⁴⁾	III. Geldkapitalbildung			IV. Zentralbank-einlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Positionen ⁵⁾	VI. Geldvolumen ⁷⁾ (Bargeld-umlauf und Sichteinlagen = I + II + V - III - IV)			Zeitraum
	darunter					insgesamt	Bargeld-umlauf	Sichteinlagen inländischer Nicht-banken	
	Termin-gelder	Spar-ein-lagen ⁶⁾	Inhaber-schuld-ver-schrei-bungen im Umlauf (netto)						
+24,49	+ 6,33	+11,55	+4,99	-0,61	- 1,85	+ 4,41	+1,27	+3,14	1963
+26,74	+ 5,64	+12,53	+6,60	-0,85	- 0,61	+ 5,40	+2,38	+3,02	1964
+28,67	+ 4,30	+16,26	+5,99	-1,11	- 1,06	+ 5,57	+1,77	+3,81	1965
+29,92	+ 8,63	+16,27	+3,28	-0,53	- 1,15	+ 1,09	+1,22	-0,13	1966
+29,80	+ 8,44	+17,65	+1,80	+0,29	+ 0,83	+ 8,30	+0,63	+7,67	1967
+43,57	+14,10	+22,02	+4,65	+1,19	- 0,41	+ 5,53	+0,96	+4,57	1968
+43,22	+14,11	+21,59	+4,92	+0,44	- 0,96	+ 5,96	+2,10	+3,86	1969
+43,35	+11,98	+20,74	+7,90	+4,09	- 8,77	+ 8,79	+2,20	+6,59	1970
+58,57	+18,80	+28,93	+8,15	+4,20	- 4,80	+13,42	+3,52	+9,90	1971
+10,78	+ 2,35	+ 6,13	+1,42	+2,89	- 3,82	- 6,79	-0,37	-6,43	1968 1. Vj.
+ 7,16	+ 2,19	+ 2,96	+0,83	-0,21	- 0,98	+ 4,36	+0,93	+3,43	2. Vj.
+ 6,00	+ 3,07	+ 3,76	+0,86	+1,76	- 1,36	+ 1,48	-0,14	+1,62	3. Vj.
+17,63	+ 6,49	+ 9,18	+1,54	-3,25	+ 5,75	+ 6,49	+0,55	+5,94	4. Vj.
+11,11	+ 2,98	+ 5,90	+1,44	+2,73	- 1,87	- 5,92	-0,01	-5,91	1969 1. Vj.
+ 9,39	+ 3,92	+ 3,66	+0,69	-0,60	- 4,21	+ 5,21	+1,03	+4,18	2. Vj.
+10,01	+ 4,47	+ 3,49	+1,77	+1,80	- 2,55	+ 1,52	+0,26	+1,27	3. Vj.
+12,76	+ 2,74	+ 8,54	+1,03	-3,48	+ 7,65	+ 5,15	+0,82	+4,33	4. Vj.
+ 5,03	- 1,02	+ 3,58	+1,45	+3,25	- 6,13	- 5,98	-0,63	-5,35	1970 1. Vj.
+ 9,86	+ 5,41	+ 1,88	+1,71	+0,25	- 3,33	+ 5,10	+0,93	+4,17	2. Vj.
+ 7,38	+ 2,26	+ 2,31	+2,40	+1,38	- 5,75	+ 0,59	+0,61	-0,02	3. Vj.
+21,08	+ 5,33	+12,98	+2,33	-0,79	+ 6,44	+ 9,08	+1,29	+7,79	4. Vj.
+11,56	+ 3,51	+ 6,15	+1,28	+4,62	- 8,17	- 6,34	-0,93	-5,41	1971 1. Vj.
+ 9,33	+ 2,89	+ 3,95	+1,42	+1,02	- 4,03	+ 8,27	+1,46	+6,81	2. Vj.
+ 9,48	+ 2,50	+ 3,59	+2,91	+0,92	- 5,08	+ 2,24	+1,04	+1,20	3. Vj.
+28,20	+ 9,90	+15,24	+2,55	-2,36	+12,48	+ 9,25	+1,96	+7,30	4. Vj.
+12,53	- 0,62	+ 7,48	+4,63	+4,44	- 8,19	- 4,35	+0,12	-4,47	1972 1. Vj.
+17,66	+ 5,49	+ 7,06	+3,79	-2,50	- 4,46	+ 8,82	+2,30	+6,52	2. Vj.
+15,57	+ 5,47	+ 5,36	+3,85	-0,72	- 3,70	+ 2,27	+0,61	+1,66	3. Vj.

⁴⁾ Einschließlich Kapital und Rücklagen.

⁵⁾ Einschließlich Sparbriefe.

⁶⁾ Saldo der übrigen Positionen der konsolidierten Bilanz des Bankensystems.

⁷⁾ Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 72

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd. DM

Ende des Zeitraumes	Geldvolumen			Termingelder ²⁾		Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen			
	insgesamt	Bargeld- umlauf ¹⁾	Sicht- ein- lagen ³⁾	insgesamt	darunter mit einer Befristung unter 3 Mona- ten	insgesamt	kurz- fristig ⁴⁾	mittel- und lang- fristig	Wert- papiere ⁵⁾
1955	31,48	14,04	17,44	11,20	2,01	63,27	.	.	.
1956	33,89	14,88	19,01	13,56	2,78	71,23	.	.	.
1957	37,81	16,46	21,35	17,13	3,27	78,31	.	.	.
1958	42,58	17,94	24,64	17,94	3,19	85,92	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	19,97	3,31	101,16	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	21,62	3,61	116,25	.	.	.
1961	56,71	23,20	35,52	23,47	3,94	135,76	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	25,19	4,10	154,83	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	26,75	4,57	173,92	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	27,78	5,23	231,81	60,67	163,74	7,40
1965	78,53	29,65	48,87	28,40	5,16	259,27	67,31	183,91	8,05
1966	79,62	30,88	48,74	33,77	4,58	280,74	72,32	200,35	8,08
1967	87,92	31,51	56,41	39,65	7,80	298,88	74,29	216,18	8,42
1968	93,47	32,59	60,88	48,86	9,58	334,55	81,00	242,80	10,75
1969	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1968 1. Vj.	81,13	31,14	49,99	41,90	5,33	302,36	73,50	219,77	9,10
2. Vj.	85,49	32,06	53,42	43,93	5,67	311,39	76,71	225,01	9,67
3. Vj.	86,96	31,92	55,04	46,07	6,24	318,59	78,12	230,14	10,33
4. Vj.	93,47	32,59	60,88	48,86	9,58	334,55	81,00	242,80	10,75
1969 1. Vj.	87,55	32,58	54,97	49,73	6,56	343,73	84,71	247,40	11,62
2. Vj.	92,76	33,61	59,15	52,70	7,30	353,91	86,26	254,08	11,58
3. Vj.	94,28	33,87	60,42	56,26	8,47	363,67	90,45	261,41	11,80
4. Vj.	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970 1. Vj.	93,45	34,08	59,39	55,38	14,45	393,58	103,65	277,33	12,41
2. Vj.	98,55	34,99	63,56	60,40	19,49	406,48	109,92	284,29	12,27
3. Vj.	99,14	35,60	63,54	61,15	21,24	414,96	109,65	292,93	12,18
4. Vj.	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971 1. Vj.	101,88	35,96	65,92	67,47	30,33	437,39	114,66	310,06	12,68
2. Vj.	110,15	37,41	72,73	69,34	28,70	451,45	120,41	318,40	12,64
3. Vj.	112,39	38,46	73,93	69,42	30,36	488,21	123,78	331,30	13,13
4. Vj.	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1972 1. Vj.	117,18	40,42	76,76	74,89	34,00	503,42	134,98	354,49	13,95
2. Vj.	126,00	42,72	83,28	78,67	35,43	524,33	145,17	365,68	13,49
3. Vj.	128,26	43,33	84,94	82,17	36,23	539,54	146,30	379,76	13,48

¹⁾ Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, einschließlich der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen.

²⁾ Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.

³⁾ Mit einer Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).

⁴⁾ Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.

⁵⁾ Ohne Bankschuldverschreibungen, einschließlich Anleihen der Bundesbahn und der Bundespost.

⁶⁾ Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie ¹⁾

a) Insgesamt

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitions- güter-	Ver- brauchs- güter-	insgesamt	Grundstoff- und Produktions- güter-	Investi- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-
	Wertindex 1970 = 100				vH			
1962	53,3	56,7	47,0	62,4	98,6	99,7	96,6	99,0
1963	55,9	58,6	50,4	64,7	100,7	101,8	99,6	99,8
1964	64,1	67,8	58,0	72,5	103,3	102,4	104,1	101,5
1965	68,2	69,5	62,8	78,7	101,6	99,0	103,3	100,7
1966	68,1	72,0	61,5	77,6	98,0	100,1	96,8	95,9
1967	67,7	72,1	61,1	76,5	100,9	100,5	101,1	99,5
1968	78,0	80,8	72,7	86,1	108,3	104,4	112,6	104,6
1969	95,4	94,7	95,7	96,0	112,0	105,4	120,8	103,0
1970	100	100	100	100	103,7	100,0	107,6	99,3
1971	102,5	101,2	100,0	110,4	100,2	100,0	98,9	101,2
1968 1. Vj.	70,4	74,0	65,3	76,5	109,7	107,6	117,9	97,4
2. Vj.	76,4	80,3	68,5	88,9	110,2	104,8	110,7	116,4
3. Vj.	78,0	83,3	73,3	80,4	106,7	102,4	114,6	97,5
4. Vj.	87,2	85,6	83,6	98,5	107,0	103,4	108,5	107,4
1969 1. Vj.	89,4	88,9	88,9	91,5	117,4	110,6	130,5	101,9
2. Vj.	94,3	94,8	93,1	96,6	114,4	107,6	119,0	112,2
3. Vj.	96,3	97,2	98,8	88,9	111,4	102,4	126,2	95,2
4. Vj.	101,7	97,9	102,0	107,2	106,3	101,9	109,9	103,3
1970 1. Vj.	98,0	96,4	101,7	91,7	111,1	105,8	122,4	94,5
2. Vj.	100,3	102,0	98,9	101,5	104,5	99,4	107,2	106,0
3. Vj.	97,5	100,3	97,5	92,9	100,5	95,6	107,3	92,7
4. Vj.	104,1	101,2	102,0	113,9	99,5	99,9	96,5	103,9
1971 1. Vj.	101,3	96,9	103,2	104,2	103,7	101,1	107,6	97,5
2. Vj.	104,9	104,2	101,7	113,7	102,8	100,9	100,3	109,5
3. Vj.	99,9	102,4	97,6	101,2	97,5	97,6	98,2	94,1
4. Vj.	103,9	101,6	97,6	122,6	96,9	100,5	90,6	103,9
1972 1. Vj.	105,6	103,7	102,9	115,1	102,5	105,0	102,4	97,8
2. Vj.	110,2	111,7	105,5	120,1	102,4	103,7	98,6	107,0
3. Vj. ²⁾	104,8	107,8	101,1	108,7	98,9	98,9	99,7	95,6

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 73

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie ¹⁾

b) Inland, Ausland (Wertindex 1970 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grund- stoff- und Pro- duktions- güter-	Investi- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-	Ins- gesamt	Grund- stoff- und Pro- duktions- güter-	Investi- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-
		Industrien				Industrien		
		Inland				Ausland		
1962	57,5	61,2	50,4	65,5	40,0	41,8	39,4	38,3
1963	58,9	61,6	52,4	67,2	46,8	48,5	46,2	45,6
1964	67,8	72,5	60,1	75,3	52,8	52,0	53,1	50,8
1965	72,0	73,2	65,8	81,9	56,3	57,2	58,1	54,6
1966	69,7	73,8	61,3	79,7	63,0	65,8	62,1	61,0
1967	67,2	71,5	58,4	77,7	69,4	74,4	67,5	66,9
1968	77,0	80,4	69,1	86,9	81,2	82,3	81,0	79,4
1969	94,5	95,3	93,3	95,8	98,9	92,8	101,8	97,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,1	100,6	99,0	110,2	103,4	103,4	102,0	112,1
1968 1. Vj.	69,3	73,4	61,8	77,2	74,0	76,2	73,5	70,8
2. Vj.	75,7	80,3	64,6	90,2	78,5	80,5	77,7	78,0
3. Vj.	77,6	84,3	70,3	81,3	79,3	80,0	80,0	72,9
4. Vj.	85,4	83,5	79,7	98,8	92,9	92,5	92,7	96,0
1969 1. Vj.	87,4	87,7	85,3	91,2	96,3	93,3	98,1	93,8
2. Vj.	92,5	94,5	89,4	95,7	100,6	95,8	102,4	103,2
3. Vj.	95,5	99,4	95,9	89,0	99,7	90,1	106,0	88,0
4. Vj.	102,6	99,6	102,5	107,3	99,0	92,2	100,9	106,6
1970 1. Vj.	97,5	85,6	102,1	91,5	99,9	99,3	101,2	93,5
2. Vj.	100,8	102,5	99,1	101,6	98,8	100,6	97,8	100,1
3. Vj.	97,8	101,3	97,5	93,0	97,0	97,0	97,8	92,2
4. Vj.	104,0	100,6	101,3	113,9	104,3	103,2	103,2	114,1
1971 1. Vj.	99,1	93,6	101,1	103,5	108,2	108,1	108,1	108,9
2. Vj.	104,3	103,7	100,2	113,2	106,5	105,8	105,1	117,4
3. Vj.	100,4	103,9	97,1	101,6	97,8	97,3	97,9	98,8
4. Vj.	104,5	101,3	97,5	122,5	101,1	102,5	97,0	123,1
1972 1. Vj.	104,4	100,3	101,9	115,1	109,2	115,0	105,5	115,8
2. Vj.	110,2	111,3	104,4	119,7	110,1	113,1	106,6	123,3
3. Vj. ²⁾	104,6	106,5	101,1	108,7	105,2	112,2	101,3	109,2

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien; Inland bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer, Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer.²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie ¹⁾

c) Inland, Ausland (Volumenindex 1970 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grund- stoff- und Pro- duktions- güter-	Investi- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-	Ins- gesamt	Grund- stoff- und Pro- duktions- güter-	Investi- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-
		Industrien				Industrien		
		Inland				Ausland		
1962	61,4	62,5	55,8	70,3	45,8	45,4	46,9	40,3
1963	62,6	63,2	57,8	71,0	53,6	53,9	54,5	47,7
1964	71,3	73,7	65,8	78,2	59,0	55,5	61,7	52,3
1965	73,8	72,3	70,0	83,3	61,9	60,8	63,4	55,7
1966	70,3	72,3	63,8	79,6	68,1	69,7	68,4	61,4
1967	69,0	72,2	61,6	78,3	75,4	80,5	74,2	68,2
1968	84,3	87,1	77,7	92,5	89,1	90,7	89,5	82,5
1969	100,8	100,9	101,2	100,0	103,3	95,7	107,6	98,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	97,7	98,0	92,9	106,2	99,9	105,2	96,0	109,3
1968 1. Vj.	75,4	76,9	69,0	82,4	81,2	84,0	81,2	73,5
2. Vj.	83,1	87,2	72,8	96,4	86,5	89,0	86,2	81,1
3. Vj.	85,2	91,8	79,3	86,6	87,2	88,1	88,7	75,8
4. Vj.	93,3	90,6	89,5	104,7	101,6	101,5	102,0	99,5
1969 1. Vj.	94,9	94,8	94,4	96,1	102,9	100,4	105,3	95,0
2. Vj.	99,7	101,1	98,2	100,3	105,8	99,3	109,1	104,1
3. Vj.	101,7	104,6	104,3	92,7	103,4	90,5	111,7	88,4
4. Vj.	106,8	102,9	107,8	110,9	101,2	92,7	104,1	107,9
1970 1. Vj.	98,5	95,7	103,8	92,5	100,8	98,6	102,9	94,2
2. Vj.	101,2	102,4	99,9	102,0	99,0	99,4	98,6	100,5
3. Vj.	97,7	101,4	97,5	92,7	96,9	97,0	97,6	92,0
4. Vj.	102,6	100,5	98,8	112,8	103,3	105,1	100,9	113,2
1971 1. Vj.	95,6	91,9	95,7	101,1	105,1	109,1	103,0	107,0
2. Vj.	99,9	100,7	94,1	109,6	102,8	106,5	99,2	114,7
3. Vj.	95,6	100,7	90,8	97,4	94,0	98,6	91,5	96,1
4. Vj.	99,5	98,8	90,8	116,8	97,7	106,4	90,2	119,6
1972 1. Vj.	98,3	97,8	93,4	108,2	104,8	120,0	96,9	110,9
2. Vj.	102,7	106,5	95,1	111,6	104,9	117,3	97,3	116,9
3. Vj. ²⁾	97,0	101,4	91,9	100,2	100,0	115,5	92,6	102,3

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien; Inland bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer, Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 74

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie ¹⁾
Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Verarbeitende Industrie			Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		
	insgesamt ²⁾	Inland ²⁾	Ausland	zusammen ²⁾	Inland ²⁾	Ausland
1971	93,7	91,9	100,4	71,5	68,7	82,4
1970 1. Vj.	102,4	102,5	102,1	113,4	113,6	112,8
2. Vj.	104,9	105,5	103,0	109,5	109,3	110,2
3. Vj.	96,6	96,1	98,3	96,7	96,0	97,0
4. Vj.	96,0	96,0	96,6	80,4	80,6	80,1
1971 1. Vj.	93,1	91,6	98,4	79,2	77,1	87,6
2. Vj.	98,4	96,6	104,6	74,5	70,4	90,6
3. Vj.	91,6	89,1	100,9	69,3	66,1	81,9
4. Vj.	91,8	90,2	97,7	63,0	61,4	69,4
1972 1. Vj.	89,6	87,2	98,2	70,2	66,4	85,2
2. Vj.	96,0	95,2	99,3	77,9	72,6	98,7
3. Vj. ³⁾	88,7	86,3	97,2	77,8	69,6	109,8

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien.

²⁾ Ohne Umsatzsteuer.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie ¹⁾
Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Investitionsgüterindustrien			Verbrauchsgüterindustrien		
	zusammen ²⁾	Inland ²⁾	Ausland	zusammen ²⁾	Inland ²⁾	Ausland
1971	97,9	95,6	103,9	108,2	107,3	115,6
1970 1. Vj.	100,3	100,9	98,8	95,3	94,6	101,1
2. Vj.	101,2	101,5	100,4	108,6	109,1	104,7
3. Vj.	99,7	99,5	100,4	89,4	89,6	87,6
4. Vj.	98,8	98,1	100,4	106,6	106,6	106,7
1971 1. Vj.	100,2	99,8	101,5	91,8	90,7	100,9
2. Vj.	100,6	98,3	106,5	119,0	118,6	121,6
3. Vj.	97,4	94,2	105,9	102,5	101,7	108,6
4. Vj.	93,2	90,0	101,8	119,4	118,0	131,3
1972 1. Vj.	92,9	90,9	98,5	102,8	100,3	123,3
2. Vj.	90,1	89,0	93,5	129,0	128,0	137,2
3. Vj. ³⁾	85,1	83,9	89,0	108,5	106,7	123,1

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien.

²⁾ Ohne Umsatzsteuer.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 75

Umsatz in der Industrie ¹⁾

a) Insgesamt

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter-	Investitions- güter-	Verbrauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 843	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 186
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	528 867	11 669	517 198	156 255	203 498	90 056	67 390
1971	563 033	12 105	550 928	159 284	221 074	97 877	72 593
1971 1. Vj.	134 271	3 022	131 249	38 020	52 502	23 696	17 031
2. Vj.	139 889	3 071	136 818	40 622	55 168	23 328	17 700
3. Vj.	140 614	2 930	137 684	40 751	54 331	24 174	18 428
4. Vj.	148 259	3 082	145 177	39 892	59 073	26 778	19 434
1972 1. Vj.	140 774	2 976	137 798	38 718	54 704	26 202	18 172
2. Vj.	147 408	3 077	144 331	41 962	57 908	25 442	19 019
3. Vj.	145 818	2 899	142 919	42 066	55 570	26 017	19 266

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Umsatz in der Industrie ¹⁾

b) Inland

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter-	Investitions- güter-	Verbrauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	426 794	9 278	417 516	126 194	145 105	80 741	65 477
1971	453 036	9 541	443 495	128 054	157 239	87 739	70 464
1971 1. Vj.	107 654	2 370	105 284	30 280	37 340	21 147	16 517
2. Vj.	112 152	2 419	109 732	32 709	39 036	20 806	17 181
3. Vj.	113 232	2 285	110 947	32 926	36 500	21 632	17 889
4. Vj.	119 998	2 467	117 531	32 139	42 363	24 153	18 877
1972 1. Vj.	112 703	2 369	110 334	30 861	38 400	23 496	17 576
2. Vj.	118 036	2 433	115 603	33 694	40 714	22 775	18 421
3. Vj.	117 197	2 293	114 904	33 837	39 071	23 303	18 692

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte), bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 75

Umsatz in der Industrie ¹⁾

c) Ausland

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter-	Investitions- güter-	Verbrauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	28 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	853
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1966	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 838	1 799
1970	102 073	2 391	99 682	30 060	58 393	9 315	1 913
1971	109 997	2 564	107 433	31 230	63 836	10 238	2 129
1971 1. Vj.	26 617	652	25 965	7 740	15 163	2 549	514
2. Vj.	27 737	652	27 085	7 912	16 132	2 522	519
3. Vj.	27 382	645	26 737	7 825	15 831	2 542	539
4. Vj.	28 261	615	27 646	7 753	16 710	2 626	557
1972 1. Vj.	28 070	609	27 462	7 857	16 303	2 706	596
2. Vj.	29 373	644	28 728	8 268	17 194	2 668	598
3. Vj.	28 621	606	28 015	8 229	16 498	2 714	574

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer.²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Industrielle Produktion ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Index der industriellen Nettoproduktion								Index der industriellen Brutto- produktion ²⁾	
	Industrie insgesamt		Berg- bau	Verarbeitende Industrie					Investi- tions- güter ³⁾	Ver- brauchs- güter ⁴⁾
	einschl.	ohne		xu- sammen	Grund- stoff- und Produk- tions- güter-	Investi- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-	Nah- rungs- und Genuß- mittel-		
	öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie									
1950	36,4	36,6	74,4	33,9	35,9	28,0	38,3	40,5	29,5	30,3
1951	42,7	43,1	82,1	40,4	42,5	35,4	43,5	45,4	36,8	35,0
1952	45,6	45,9	86,1	43,1	44,5	39,5	44,6	48,4	42,1	37,6
1953	49,6	49,7	87,9	47,1	47,4	41,7	52,2	54,8	44,2	44,1
1954	55,3	55,5	90,1	53,1	54,0	48,6	57,3	58,0	51,4	49,0
1955	64,1	64,4	95,0	62,2	62,9	60,3	63,9	63,8	63,3	56,2
1956	69,5	69,7	98,6	67,7	67,0	66,3	70,3	69,4	69,2	63,1
1957	73,3	73,6	99,9	71,8	70,7	68,9	75,5	77,2	71,2	68,9
1958	75,4	75,6	98,9	74,0	71,3	72,9	75,9	80,6	74,0	71,8
1959	81,0	81,0	95,6	80,0	80,0	77,8	81,6	84,0	77,9	78,2
1960	90,2	90,5	97,5	90,0	90,9	90,1	89,6	88,6	88,4	88,0
1961	95,9	96,2	99,4	95,9	95,6	97,5	94,7	94,0	96,9	94,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,4	103,1	101,6	103,2	104,3	102,5	101,9	104,9	100,2	104,7
1964	112,3	111,7	103,3	112,3	118,1	110,2	108,6	110,5	108,3	112,7
1965	118,2	117,9	100,2	119,1	124,6	117,8	115,6	115,2	112,3	120,3
1966	120,3	119,6	95,8	121,2	129,2	117,3	118,4	118,8	113,0	122,6
1967	117,4	116,6	90,0	118,5	132,7	109,1	113,2	121,4	106,0	116,9
1968	131,2	130,7	93,4	133,3	151,6	122,7	129,5	128,2	115,5	135,0
1969	148,2	147,9	96,6	151,5	170,0	146,5	144,2	134,4	135,9	153,8
1970	157,2	156,5	99,1	160,5	178,6	160,1	147,7	138,6	148,4	163,0
1971	160,1	159,0	101,6	163,0	181,9	158,8	153,7	145,6	147,5	167,4
1971 1. Vj.	156,9	156,4	108,1	159,7	175,0	161,1	150,4	134,2	147,8	188,0
2. Vj.	168,5	167,6	101,3	172,2	192,1	172,4	159,5	144,7	159,0	176,7
3. Vj.	150,9	149,5	94,1	153,3	179,9	143,2	141,1	140,3	134,5	151,1
4. Vj.	164,5	162,8	103,4	168,9	180,8	160,0	164,6	158,9	150,0	175,2
1972 1. Vj.	158,6	156,7	96,5	160,8	178,3	156,5	158,3	137,0	144,5	174,3
2. Vj.	171,6	169,7	93,8	175,0	198,3	189,4	167,0	149,5	156,8	182,1
3. Vj. ⁵⁾	154,8	152,6	66,2	157,3	188,5	142,3	149,6	141,2	134,8	155,1

¹⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

²⁾ Einschließlich Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Die Zuteilung zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungstatistik für Kraftfahrzeuge.

³⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 77

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver	
	Be- schäftigte	Arbeiter	Be- schäftigte	Arbeiter	zusammen	
					Be- schäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	6 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 603	6 471	310	259	8 293	6 211
1971	8 538	6 342	306	254	8 232	6 088
1971 1. Vj.	8 584	6 398	310	258	8 274	6 140
2. Vj.	8 535	6 347	307	255	8 228	6 092
3. Vj.	8 549	6 349	306	254	8 243	6 095
4. Vj.	8 484	6 274	303	251	8 181	6 024
1972 1. Vj.	8 362	6 157	293	243	8 069	5 914
2. Vj.	8 322	6 120	285	235	8 037	5 884
3. Vj.	8 339	6 127	279	229	8 060	5 898

1) Ohne Saarland und Berlin.

In der Industrie

1000

arbeitende Industrie								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genussmittelindustrien		
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 810	1 323	3 959	2 901	2 010	1 626	515	361	1970
1 785	1 287	3 957	2 856	1 976	1 586	514	358	1971
1 790	1 294	3 988	2 895	1 988	1 599	508	353	1971 1. Vj.
1 789	1 294	3 962	2 865	1 970	1 582	507	352	2. Vj.
1 792	1 294	3 956	2 854	1 973	1 583	521	364	3. Vj.
1 767	1 268	3 921	2 813	1 974	1 581	520	362	4. Vj.
1 736	1 238	3 870	2 762	1 960	1 568	503	347	1972 1. Vj.
1 741	1 245	3 846	2 738	1 949	1 556	501	345	2. Vj.
1 748	1 250	3 850	2 738	1 951	1 556	512	355	3. Vj.

Tabelle 78

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie ¹⁾
Mill.

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter-	Investitions- güter-	Verbrauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 246	441	11 804	2 590	5 534	2 948	733
1971	11 726	423	11 303	2 448	5 283	2 850	722
1971 1. Vj.	2 996	111	2 885	617	1 365	728	176
2. Vj.	2 941	102	2 839	613	1 340	710	175
3. Vj.	2 854	104	2 750	610	1 273	684	183
4. Vj.	2 935	106	2 829	609	1 304	729	188
1972 1. Vj.	2 848	98	2 750	583	1 278	717	173
2. Vj.	2 815	93	2 722	591	1 260	699	171
3. Vj.	2 694	90	2 604	581	1 186	662	175

¹⁾ Von Arbeitern (einschließlich gewerbliche Lehrlinge), geleistete Stunden.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie

1962 = 100

Zeitraum	Industrie insgesamt ¹⁾	Bergbau ²⁾	Verarbeitende Industrie ³⁾				
			zusammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter-	Investitions- güter-	Verbrauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1950	51,6	53,8	51,0	48,2	52,9	48,4	51,7
1951	55,1	56,9	54,7	51,7	58,1	50,6	55,0
1952	57,1	58,5	56,7	53,1	61,4	51,7	57,2
1953	59,5	59,1	59,3	55,6	62,2	56,2	62,3
1954	62,7	62,5	62,6	59,7	66,2	59,0	63,8
1955	66,8	65,8	66,9	64,4	71,7	61,7	66,9
1956	69,3	67,7	69,4	66,3	74,1	65,1	69,7
1957	74,1	70,1	74,3	71,8	77,5	70,6	76,1
1958	77,1	72,9	77,4	74,3	80,6	74,0	80,2
1959	83,2	78,0	83,6	82,3	85,4	80,7	84,6
1960	90,0	86,2	90,3	90,0	92,4	87,6	89,5
1961	94,4	92,5	94,4	93,0	96,3	93,1	94,9
1962	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,2	108,1	105,1	106,7	103,9	104,5	104,7
1964	114,0	114,8	114,0	119,2	110,8	112,9	112,8
1965	119,6	119,3	119,6	124,9	115,6	120,7	119,7
1966	123,9	126,6	123,9	133,6	116,9	124,4	124,1
1967	131,5	140,3	131,3	148,5	119,3	128,7	129,6
1968	142,7	157,6	142,3	165,9	127,2	142,7	137,4
1969	153,0	172,9	152,4	178,1	139,3	152,7	143,3
1970	157,7	185,7	156,8	183,8	144,2	157,4	146,2
1971	165,8	197,0	165,1	195,8	148,5	168,6	155,5
1971 1. Vj.	159,7	200,2	158,3	185,3	146,2	162,0	146,4
2. Vj.	166,4	196,5	165,4	199,9	150,0	166,0	149,8
3. Vj.	167,1	191,2	166,3	200,1	145,8	169,5	155,6
4. Vj.	171,1	202,8	170,1	195,6	151,7	177,9	168,9
1972 1. Vj.	168,6	203,6	167,4	199,9	151,2	174,5	153,4
2. Vj.	176,4	201,1	175,6	213,2	156,7	179,0	160,1
3. Vj. ³⁾	176,1	198,9	175,5	216,4	150,5	180,4	159,1

¹⁾ Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie.

²⁾ Hauptgruppen nach Vierteljahren: Eigene Schätzung.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 80

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten ¹⁾								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten 1970=100	
	umbauter Raum ²⁾				veranschlagte reine Baukosten ³⁾					
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude			
			von Unternehmen und Freien Berufen ⁴⁾	von Gebietskörperschaften ⁵⁾			von Unternehmen und Freien Berufen ⁴⁾	von Gebietskörperschaften ⁵⁾		
1000 cbm				Mill. DM						
1950		140 665			5 243					
1951		139 448			5 337					
1952		230 108	135 652	94 456	9 693	6 216	3 478			
1953		245 968	163 649	82 319	11 370	7 860	3 510			
1954		282 134	185 592	96 542	13 375	9 062	4 313			
1955	7)	309 971	195 519	114 452	15 488	10 063	5 425			
1956		304 198	180 298	123 900	16 129	10 061	6 069			
1957		286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	
1958		311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	
1959		343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	
1960		392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	
1961		422 657	248 582	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	
1962		427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	57,5
1963		383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	60,4
1964		429 635	246 181	138 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	63,0
1965		441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	70,7
1966		421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	65,1
1967		378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	70,4
1968		400 265	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	85,9
1969		470 178	242 236	183 995	43 947	49 521	29 541	12 992	6 988	102,3
1970		497 264	286 573	182 286	48 405	59 058	35 529	14 874	8 655	100
1971		542 783	313 124	178 844	50 815	73 588	47 011	16 620	9 957	88,0
1971 1. Vj.		111 415	61 280	36 991	11 144	14 269	8 715	3 458	2 096	78,7
2. Vj.		143 218	83 415	46 452	13 351	19 308	12 442	4 317	2 549	109,4
3. Vj.		153 728	90 745	50 533	12 450	20 942	13 815	4 623	2 504	90,7
4. Vj.		134 132	77 739	42 621	13 772	19 030	12 043	4 201	2 786	73,3
1972 1. Vj.		122 038	71 377	40 032	10 629	18 342	11 394	4 701	2 247	76,9
2. Vj.		146 078	93 287	41 041	11 750	22 275	15 364	4 390	2 521	128,1
3. Vj.		158 410	95 015	50 485	12 910	24 432	16 044	5 289	3 099	123,2

¹⁾ Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.

²⁾ Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).

³⁾ Alle Baumaßnahmen.

⁴⁾ Einschließlich privater Bauherren.

⁵⁾ Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude.

⁷⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe ¹⁾

Zeitraum	Umsatz ²⁾				Be- schäftigte ³⁾	Geleistete Arbeits- stunden ⁴⁾	Netto- produktions- index ⁵⁾
	insgesamt	Wohnungs- bau	landwirt- schaftlicher und gewerb- licher Bau	öffentlicher und Verkehrs- bau			
	Mill. DM						
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 493	.
1960	25 018 ⁶⁾	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650 ⁶⁾	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359 ⁶⁾	12 140	7 665	13 532	1 526	2 706	100
1963	36 420 ⁶⁾	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	102,8
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	117,5
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	117,7
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	122,2
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475	113,4
1968	28 417	10 391	6 317	11 709	1 487	2 472	119,1
1969	42 752	15 069	9 816	17 866	1 505	2 440	123,5
1970	55 229	18 232	13 441	23 556	1 529	2 526	133,4
1971	67 034	23 196	17 428	26 410	1 544	2 554	137,9
1971 1. Vj.	11 930	3 891	3 277	4 762	1 473	467	98,8
2. Vj.	14 716	5 184	4 001	5 531	1 573	709	162,0
3. Vj.	17 719	6 158	4 703	6 857	1 590	727	150,9
4. Vj.	22 669	7 963	5 447	9 260	1 539	651	140,6
1972 1. Vj.	13 411	5 101	3 455	4 855	1 444	502	109,3
2. Vj.	16 323	6 417	4 174	5 732	1 534	687	163,7
3. Vj.	18 745	7 298	4 522	6 924	1 549	673	151,3

¹⁾ Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerer und Dachdecker.

²⁾ Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer, bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.

³⁾ Ohne mithelfende Familienangehörige.

⁴⁾ Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Stunden; ohne mithelfende Familienangehörige.

⁵⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

⁶⁾ Ohne Saarland und Berlin.

a) Einschließlich Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West).

Tabelle 82

Großhandelsumsatz ¹⁾

1970 = 100

Zeitraum	Großhandel insgesamt	davon Großhandel mit				
		Getreide, Futter- und Düngemitteln	Rohstoffen und Halbwaren	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren, Heimtextilien und Schuhen	sonstigen Fertigwaren
1963	65,4	68,1	67,4	63,6	74,7	60,2
1964	70,6	73,6	72,3	68,9	79,8	66,2
1965	76,4	80,4	75,2	78,4	87,1	72,0
1966	78,2	84,5	75,5	81,8	87,8	73,4
1967	77,8	83,8	73,4	86,2	85,0	70,3
1968	80,1	80,6	78,4	86,2	85,9	73,6
1969	91,1	91,0	90,1	94,6	92,6	87,7
1970	100	100	100	100	100	100
1971
1967 1. Vj.	69,5	76,6	63,9	77,8	83,8	63,5
2. Vj.	77,0	76,4	72,5	90,4	78,2	67,6
3. Vj.	78,5	89,0	75,3	86,2	81,2	67,0
4. Vj.	86,2	93,2	82,2	90,3	96,8	83,3
1968 1. Vj.	69,6	64,3	69,4	76,1	76,2	62,9
2. Vj.	80,3	77,9	78,2	90,6	77,9	71,8
3. Vj.	82,2	89,2	82,5	85,1	85,8	72,0
4. Vj.	88,2	90,7	83,7	93,1	103,6	87,7
1969 1. Vj.	78,4	74,9	76,9	83,6	87,1	75,2
2. Vj.	89,6	92,4	87,9	96,3	81,1	82,7
3. Vj.	95,0	98,1	96,9	95,6	92,5	87,9
4. Vj.	99,5	97,1	97,2	101,7	107,9	102,2
1970 1. Vj.	90,5	89,8	92,4	90,7	92,4	86,1
2. Vj.	102,4	95,7	105,1	104,4	90,0	99,2
3. Vj.	101,1	105,5	102,2	99,3	99,1	98,7
4. Vj.	105,9	109,0	100,3	105,6	118,5	115,9
1971 1. Vj.	98,2	94,3	96,2	99,5	102,6	100,6
2. Vj.	106,7	100,4	107,3	110,1	100,3	108,3
3. Vj.	108,7	107,9	108,2	112,1	108,6	107,7
4. Vj.
1972 1. Vj.	102,2	104,6	95,9	105,0	112,4	104,6
2. Vj.	109,3	104,2	106,4	115,5	105,3	109,1
3. Vj.	109,7	109,8	107,9	114,6	111,5	107,0

¹⁾ Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; 1963 bis 1969 umbasiert von Originalbasis 1962 = 100.

Einzelhandelsumsatz

1962 = 100

Zeitraum	Einzelhandel insgesamt ¹⁾	darunter Einzelhandel mit								
		Waren verschiedener Art ²⁾	Nahrungs- und Genußmitteln, Gemischtwaren	Bekleidung, Wäsche, Schuhe	Hausrat und Wohnbedarf	Elektro- und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralöl-erzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
in jeweiligen Preisen										
1963	104,9	108,1	104,4	103,4	100,8	102,5	106,4	107,2	116,8	104,7
1964	113,0	121,1	111,4	110,4	110,1	112,0	114,6	115,1	109,1	115,2
1965	124,3	140,7	120,8	121,0	119,9	123,9	127,7	127,2	112,4	127,4
1966	130,9	153,3	127,1	125,3	128,6	129,6	137,9	138,9	114,1	128,6
1967	132,4	158,6	130,8	123,2	128,5	127,2	145,1	149,1	116,2	121,2
1968	138,2	173,7	136,9	125,9	131,7	132,0	151,5	160,7	126,2	118,2
1969	152,4	188,6	147,0	140,2	148,1	147,0	166,9	176,7	132,6	146,4
1970	169,7	216,3	159,0	156,4	169,6	168,0	178,0	188,9	150,6	172,6
1971	187,7	244,3	173,6	173,5	193,8	190,3	200,3	212,2	156,6	186,6
1971 1. Vj.	162,7	200,7	155,3	139,3	158,6	143,6	169,4	196,8	182,0	177,0
2. Vj.	183,4	222,5	174,3	169,4	180,7	157,2	165,9	206,0	158,3	209,6
3. Vj.	179,2	224,9	171,1	156,6	191,3	175,8	198,4	211,3	136,6	181,3
4. Vj.	225,6	329,1	193,6	228,8	244,6	284,8	267,3	234,7	149,5	178,5
1972 1. Vj.	181,8	233,0	171,2	167,8	180,2	163,9	188,3	215,8	165,2	181,5
2. Vj.	194,6	239,3	185,4	177,1	195,4	173,9	186,0	221,1	148,2	215,9
3. Vj.	196,3	254,8	188,4	175,0	207,0	198,9	213,2	225,3	146,2	181,2
in Preisen von 1962										
1963	103,3	106,7	102,6	101,2	99,1	104,2	103,5	106,2	112,0	104,3
1964	110,1	118,4	108,6	106,6	106,8	113,4	107,9	113,0	102,2	114,4
1965	118,8	135,7	114,8	114,6	113,4	124,6	114,6	123,3	102,7	125,1
1966	122,7	145,7	118,6	115,9	119,3	129,7	118,9	127,8	103,2	124,3
1967	123,5	150,6	112,7	112,8	118,9	128,6	120,1	135,3	102,4	116,8
1968	128,9	165,5	128,8	115,4	122,2	133,7	123,4	142,6	106,9	112,4
1969	140,1	178,1	135,4	127,1	136,3	147,4	132,3	154,0	110,0	137,7
1970	150,8	197,6	143,8	136,5	148,9	184,8	134,0	156,7	113,0	154,8
1971	158,9	212,9	150,8	143,1	161,2	181,0	141,2	168,3	108,6	158,3
1971 1. Vj.	140,1	178,4	137,2	117,6	134,2	138,2	121,6	159,3	126,6	151,7
2. Vj.	155,7	194,9	151,0	141,1	150,8	149,9	117,6	163,7	111,6	178,4
3. Vj.	151,2	195,2	148,0	128,8	158,4	166,9	139,1	166,7	94,9	153,4
4. Vj.	188,5	282,6	166,9	184,9	201,2	268,9	186,5	183,7	101,2	149,8
1972 1. Vj.	149,4	197,5	144,7	133,4	146,1	153,2	130,9	166,2	109,7	149,3
2. Vj.	158,4	201,2	155,3	139,3	156,8	161,3	128,5	167,7	99,5	175,8
3. Vj.	158,2	212,3	155,2	136,3	165,6	182,2	147,2	169,7	96,2	147,1

¹⁾ Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.

²⁾ Ohne Gemischtwaren; überwiegend Warenhausunternehmen und Versandhandelsunternehmen mit warenhausähnlichem Sortiment (Wirtschaftsklasse 43 00 0).

Tabelle 84

Zahlungs
Mill.

Zeitraum	Saldo der Devisenbilanz ¹⁾	Bilanz der laufenden Posten				Saldo der Übertragungen ²⁾
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			
			zusammen	Handelsbilanz ³⁾	Dienstleistungsbilanz ³⁾	
1950	- 564	- 407	- 2 472	- 3 012	+ 540	+2 065
1951	+ 2 038	+ 2 341	+ 812	- 149	+ 961	+1 529
1952	+ 2 900	+ 2 528	+ 2 368	+ 706	+1 662	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 793	+ 4 244	+ 2 516	+1 728	- 451
1954	+ 2 971	+ 3 609	+ 4 083	+ 2 698	+1 385	- 474
1955	+ 1 851	+ 2 205	+ 3 039	+ 1 245	+1 794	- 834
1956	+ 5 010	+ 4 379	+ 5 600	+ 2 897	+2 703	-1 221
1957	+ 5 122	+ 5 761	+ 7 643	+ 4 083	+3 560	-1 882
1958	+ 3 444	+ 5 798	+ 7 798	+ 4 954	+2 844	-2 000
1959	- 1 692	+ 3 962	+ 7 241	+ 5 361	+1 880	-3 279
1960	+ 8 019	+ 4 493	+ 7 981	+ 5 223	+2 758	-3 468
1961	- 2 297	+ 2 843	+ 7 273	+ 6 615	+ 658	-4 430
1962	- 877	- 1 950	+ 3 260	+ 3 477	- 217	-5 210
1963	+ 2 740	+ 661	+ 5 756	+ 6 032	- 276	-5 095
1964	+ 435	- 16	+ 5 295	+ 6 081	- 786	-5 311
1965	- 1 283	- 6 723	- 346	+ 1 203	-1 549	-6 377
1966	+ 1 952	+ 68	+ 6 363	+ 7 958	-1 595	-6 295
1967	- 140	+ 9 436	+15 858	+16 862	-1 004	-6 422
1968	+ 7 009	+10 906	+18 218	+18 372	- 154	-7 312
1969	-14 361	+ 6 226	+14 676	+15 584	- 908	-8 450
1970	+22 650	+ 2 673	+11 732	+15 670	-3 938	-9 059
1971	+10 989	+ 584	+11 127	+15 892	-4 765	-10 543
1971 1. Vj.	+ 6 503	+ 770	+ 3 283	+ 3 662	- 379	- 2 513
2. Vj.	+ 3 339	- 243	+ 2 362	+ 3 234	- 872	- 2 605
3. Vj.	+ 1 936	- 810	+ 2 196	+ 4 659	-2 463	- 3 006
4. Vj.	- 2 789	+ 867	+ 3 286	+ 4 337	-1 051	- 2 419
1972 1. Vj.	+ 3 924	+ 197	+ 3 426	+ 4 508	-1 082	- 3 229
2. Vj.	+ 9 938	- 232	+ 2 762	+ 3 908	-1 146	- 2 994
3. Vj.	+ 4 478	- 1 553	+ 1 716	+ 4 587	-2 871	- 3 269

¹⁾ Veränderung der Währungsreserven der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik, Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

³⁾ Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transit handels sowie einschließlich sonstiger, dem Warenverkehr betreffender Ergänzungen.

bilanz

DM

Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	Kapitalbilanz ⁴⁾		Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen ⁵⁾	Zuteilung von Sonderziehungsrechten und Ausgleichsbedarf der Bundesbank ⁷⁾	Zeitraum
	langfristiger	kurzfristiger				
	Kapitalverkehr					
+ 207	+ 458	- 251	- 200	- 364	-	1950
+ 87	- 149	+ 236	+ 2 428	- 390	-	1951
+ 116	- 447	+ 563	+ 2 644	+ 256	-	1952
+ 82	- 398	+ 480	+ 3 875	- 229	-	1953
- 186	- 518	+ 332	+ 3 423	- 452	-	1954
- 450	- 381	- 69	+ 1 755	+ 96	-	1955
+ 148	- 455	+ 603	+ 4 527	+ 483	-	1956
- 2 305	- 440	- 1 865	+ 3 456	+ 1 666	-	1957
- 2 049	- 1 457	- 592	+ 3 749	- 305	-	1958
- 6 108	- 3 739	- 2 369	- 2 146	+ 454	-	1959
+ 1 782	- 171	+ 1 953	+ 6 275	+ 1 744	-	1960
- 4 259	- 4 203	- 56	- 1 416	+ 594	- 1 475	1961
- 267	- 353	+ 86	- 2 217	+ 1 340	-	1962
+ 2 260	+ 1 546	+ 714	+ 2 921	- 181	-	1963
- 1 765	- 1 034	- 731	- 1 781	+ 2 216	-	1964
+ 2 362	+ 957	+ 1 405	- 4 361	+ 3 078	-	1965
+ 881	- 762	+ 1 643	+ 949	+ 1 003	-	1966
- 9 998	- 3 180	- 6 818	- 562	+ 422	-	1967
- 7 235	- 11 411	+ 4 176	+ 3 671	+ 3 338	-	1968
- 19 008	- 23 069	+ 4 061	- 12 782	+ 2 520	- 4 099	1969
+ 11 005	- 2 948	+ 13 953	+ 13 678	+ 8 234	+ 738	1970
+ 7 163	+ 6 334	+ 829	+ 7 747	+ 8 611	- 5 369	1971
- 234	+ 313	- 547	+ 536	+ 7 340	+ 627	1971 1. Vj.
+ 1 422	+ 1 989	- 567	+ 1 179	+ 2 160	-	2. Vj.
+ 1 005	+ 3 125	- 2 120	+ 195	+ 1 741	-	3. Vj.
+ 4 970	+ 907	+ 4 063	+ 5 837	- 2 630	- 5 996	4. Vj.
- 2 621	+ 4 822	- 7 443	- 2 424	+ 5 728	+ 620	1972 1. Vj.
+ 6 560	+ 5 826	+ 734	+ 6 328	+ 3 610	-	2. Vj.
+ 6 233	+ 2 412	+ 3 821	+ 4 680	- 202	-	3. Vj.

⁴⁾ Eigene Leistungen: —.

⁵⁾ Kapitalexport: —.

⁶⁾ Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischer Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

⁷⁾ Gegenposten zu Veränderungen der zentralen Währungsreserven (Devisenbilanz), die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Minderung des DM-Wertes der Gold- und Devisenpositionen der Deutschen Bundesbank durch die DM-Aufwertungen sowie Zuteilung von Sonderziehungsrechten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 85

Kapitalverkehr

Mill.

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver									
	insgesamt ¹⁾ (Kapital- export: -)	privat						ausländische Nettokapital- anlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen ²⁾ (Kapital- export: -)	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: -)			ausländische Nettokapital- anlagen im Inland (Zunahme: +)		zusammen ²⁾	Direkt- investi- tionen und privater Grund- besitz	Kredite und Dar- lehen, Portfoli- investi- tionen
			zusammen ²⁾	Direkt- investi- tionen und privater Grund- besitz	Kredite und Dar- lehen, Portfoli- investi- tionen	zusammen ²⁾	Direkt- investi- tionen und privater Grund- besitz			
1960	- 171	+ 1 140	- 1 394	- 633	- 783	+ 2 534	+ 617	+ 2 033		
1961	- 4 203	+ 885	- 1 138	- 872	- 268	+ 2 023	+ 898	+ 1 253		
1962	- 353	+ 937	- 1 540	- 1 135	- 374	+ 2 477	+ 968	+ 1 541		
1963	+ 1 546	+ 2 993	- 1 443	- 813	- 633	+ 4 436	+ 1 451	+ 3 009		
1964	- 1 034	+ 281	- 2 107	- 1 102	- 1 022	+ 2 388	+ 2 034	+ 367		
1965	+ 957	+ 2 248	- 2 009	- 1 258	- 741	+ 4 257	+ 3 187	+ 1 087		
1966	- 762	+ 1 769	- 2 615	- 1 416	- 1 187	+ 4 384	+ 3 333	+ 1 064		
1967	- 3 180	- 1 690	- 3 363	- 1 202	- 2 150	+ 1 673	+ 2 735	- 1 010		
1968	- 11 411	- 10 082	- 11 833	- 1 795	- 10 020	+ 1 751	+ 1 487	+ 323		
1969	- 23 069	- 21 232	- 22 001	- 2 472	- 19 506	+ 769	+ 1 299	- 509		
1970	- 2 948	- 492	- 7 885	- 2 890	- 4 975	+ 7 393	+ 1 439	+ 5 989		
1971	+ 6 334	+ 8 615	- 2 635	- 2 946	+ 327	+ 11 250	+ 2 896	+ 8 364		
1969 1. Vj.	- 5 778	- 5 622	- 5 846	- 515	- 5 328	+ 224	+ 155	+ 83		
2. Vj.	- 4 265	- 4 201	- 4 551	- 505	- 4 046	+ 350	+ 102	+ 249		
3. Vj.	- 3 421	- 2 714	- 4 187	- 663	- 3 522	+ 1 473	+ 932	+ 542		
4. Vj.	- 9 605	- 8 695	- 7 417	- 789	- 6 610	- 1 278	+ 110	- 1 383		
1970 1. Vj.	- 3 916	- 3 667	- 3 523	- 804	- 2 711	- 144	- 219	+ 88		
2. Vj.	- 960	- 30	- 1 006	- 515	- 482	+ 976	+ 117	+ 861		
3. Vj.	+ 595	+ 1 193	- 1 300	- 731	- 570	+ 2 493	+ 451	+ 2 043		
4. Vj.	+ 1 333	+ 2 012	- 2 056	- 840	- 1 212	+ 4 068	+ 1 090	+ 2 997		
1971 1. Vj.	+ 313	+ 671	- 1 551	- 976	- 567	+ 2 222	+ 473	+ 1 752		
2. Vj.	+ 1 989	+ 2 752	+ 143	- 545	+ 695	+ 2 609	+ 445	+ 2 168		
3. Vj.	+ 3 125	+ 3 562	- 331	- 799	+ 468	+ 3 893	+ 1 101	+ 2 793		
4. Vj.	+ 907	+ 1 630	- 896	- 626	- 269	+ 2 526	+ 877	+ 1 651		
1972 1. Vj.	+ 4 822	+ 5 094	+ 560	- 763	+ 1 328	+ 4 534	+ 1 049	+ 3 504		
2. Vj.	+ 5 826	+ 6 138	+ 542	- 663	+ 1 207	+ 5 596	+ 733	+ 4 868		
3. Vj.	+ 2 412	+ 2 484	+ 1 499	- 796	+ 2 302	+ 985	+ 532	+ 463		

¹⁾ Entsprechend der Darstellungsweise der Zahlungsbilanz haben Zahlungsmittelzuflüsse ein positives, Zahlungsmittelabflüsse ein negatives Vorzeichen.

²⁾ Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen“.

mit dem Ausland ¹⁾

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum	
	öffentlich (Kapital- export: -)	insgesamt (Kapital- export: -)	privat				öffentlich (Kapital- export: -)
			zusammen (Kapital- export: -)	Kredit- institute	Wirtschafts- unterneh- men und Private		
-1 311	+ 1 953	+ 2 959	+2 369	+ 590	-1 006	1960	
-5 088	- 56	+ 165	- 380	+ 545	- 221	1961	
-1 290	+ 86	+ 246	- 259	+ 505	- 160	1962	
-1 447	+ 714	+ 723	+ 684	+ 39	- 9	1963	
-1 315	- 731	+ 310	+ 85	+ 225	-1 041	1964	
-1 291	+ 1 405	+ 353	- 476	+ 831	+1 052	1965	
-2 531	+ 1 643	+ 1 306	- 574	+1 880	+ 337	1966	
-1 490	- 6 818	- 6 457	-4 823	-1 634	- 361	1967	
-1 329	+ 4 176	+ 2 991	+2 455	+ 536	+1 185	1968	
-1 837	+ 4 061	+ 4 090	+4 325	- 235	- 29	1969	
-2 456	+13 953	+14 381	+7 927	+6 454	- 428	1970	
-2 281	+ 829	- 209	+1 174	-1 383	+1 038	1971	
- 156	- 4 310	- 4 214	-4 717	+ 503	- 96	1969 1. Vj.	
- 64	+ 2 541	+ 2 449	+ 359	+2 090	+ 92	2. Vj.	
- 707	+ 6 991	+ 6 892	+4 177	+2 715	+ 99	3. Vj.	
- 910	- 1 161	- 1 037	+4 506	-5 543	- 124	4. Vj.	
- 249	+ 2 398	+ 2 303	+1 527	+ 776	+ 95	1970 1. Vj.	
- 930	+ 2 663	+ 3 154	+1 171	+1 983	- 491	2. Vj.	
- 598	+ 4 344	+ 4 171	+1 277	+2 894	+ 173	3. Vj.	
- 679	+ 4 548	+ 4 753	+3 952	+ 801	- 205	4. Vj.	
- 358	- 547	- 1 180	-4 484	+3 304	+ 633	1971 1. Vj.	
- 763	- 567	- 897	-4 123	+3 226	+ 330	2. Vj.	
- 437	- 2 120	- 2 491	+1 715	-4 206	+ 371	3. Vj.	
- 723	+ 4 063	+ 4 359	+8 066	-3 707	- 296	4. Vj.	
- 272	- 7 443	- 8 485	-7 011	-1 474	+1 042	1972 1. Vj.	
- 312	+ 734	+ 616	+2 242	-1 626	+ 118	2. Vj.	
- 72	+ 3 821	+ 3 559	+1 122	+2 437	+ 262	3. Vj.	

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 86

Außenhandel (Spezialhandel)
Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen ^{1) 2)}		Index der Durchschnittswerte ³⁾		Terms of Trade ⁴⁾
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mill. DM				1962 = 100		
1950	8 362	11 374
1951	14 577	14 726
1952	16 909	16 203	17 588	12 781	96,3	126,8	75,9
1953	18 526	16 010	19 643	14 077	94,3	113,7	82,9
1954	22 035	19 337	23 712	17 399	92,9	111,1	83,6
1955	25 717	24 472	27 525	21 681	93,4	112,9	82,7
1956	30 861	27 964	31 896	24 213	96,8	115,5	83,8
1957	35 968	31 697	36 258	26 970	99,2	117,5	84,4
1958	36 998	31 133	38 065	29 215	97,2	106,6	91,2
1959	41 184	35 823	42 352	34 609	97,2	103,5	93,9
1960	47 946	42 723	48 449	40 401	99,0	105,7	93,7
1961	50 978	44 363	51 351	43 421	99,3	102,2	97,2
1962	52 975	45 498	52 975	49 498	100	100	100
1963	58 310	52 277	58 285	52 719	100,0	99,2	100,8
1964	64 920	58 839	64 848	59 261	100,1	99,3	100,8
1965	71 651	70 448	70 407	69 186	101,8	101,8	100,0
1966	80 628	72 670	78 365	70 278	102,9	103,4	99,5
1967	87 045	70 183	85 379	68 657	102,0	102,2	99,8
1968	99 551	81 179	99 033	81 244	100,5	99,9	100,6
1969	113 557	97 972	111 041	95 850	102,3	102,2	100,1
1970	125 276	109 606	120 389	109 343	104,1	100,2	103,9
1971	136 011	120 119	128 503	121 221	105,8	99,1	106,8
1971 1. Vj.	33 141	29 479	31 730	29 225	104,4	100,9	103,5
2. Vj.	33 744	30 511	31 957	30 189	105,6	101,1	104,5
3. Vj.	33 842	29 183	31 566	29 782	107,2	98,0	109,4
4. Vj.	35 283	30 946	33 249	32 026	106,1	96,6	109,8
1972 1. Vj.	35 209	30 701	33 025	31 950	106,6	96,1	110,9
2. Vj.	36 622	32 715	34 483	33 839	106,2	96,7	109,8
3. Vj.	35 135	30 547	32 576	31 429	107,9	97,2	111,0

¹⁾ Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1962.

²⁾ Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954, Werte von 1958 bis 1961 von Originalbasis 1960 umbasiert.

³⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

⁴⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Bergbau-liche Erzeug-nisse	Erzeugnisse der				Erzeug-nisse der Land- und Forst-wirt-schaft, Tierhal-tung und Fischerei	Investi-tions-güter ²⁾	Ver-brauchs-güter ³⁾
			Grund-stoff- und Produk-tions-güter- ²⁾	Investi-tions-güter-	Ver-brauchs-güter- ²⁾	Nah-rungs- und Genuß-mittel- ²⁾			
			Industrien						
			Ausfuhr						
1958	} ⁴⁾	2 243	10 007	19 947	3 475	657	344	.	.
1959		2 293	11 680	21 657	3 948	766	434	.	.
1960		2 595	14 037	24 963	4 470	867	439	12 924	7 132
1961		2 561	14 528	27 304	4 630	841	448	14 505	7 074
1962		2 520	14 225	28 901	5 262	909	476	15 021	7 556
1963		2 715	15 167	32 118	5 969	981	596	16 242	8 930
1964		2 551	17 082	35 576	6 872	1 212	682	17 942	9 989
1965		2 464	19 272	38 883	7 618	1 504	779	19 863	10 185
1966		2 361	22 138	43 853	8 589	1 556	783	22 907	10 801
1967		2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874	24 714	11 039
1968		2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989	28 338	13 504
1969		2 416	31 040	61 620	12 753	2 792	1 257	32 531	14 312
1970		2 849	33 778	68 534	13 220	3 083	1 698	36 218	13 682
1971		3 019	35 016	75 448	14 715	3 895	1 535	40 893	14 252
1971	1. Vj.	781	8 857	18 113	3 535	965	398	9 818	3 363
	2. Vj.	730	8 748	18 690	3 524	1 045	395	10 130	3 401
	3. Vj.	756	8 703	18 778	3 722	993	304	10 261	3 578
	4. Vj.	752	8 708	19 868	3 933	992	438	10 683	3 910
1972	1. Vj.	735	8 671	19 696	3 975	1 117	481	10 732	3 734
	2. Vj.	732	9 114	20 649	3 957	1 121	440	11 520	3 645
	3. Vj.	720	8 889	19 492	3 980	1 007	444	10 890	3 775
			Einfuhr						
1958	} ⁴⁾	4 011	8 161	2 856	2 912	2 565	9 569	.	.
1959		3 757	9 501	3 644	3 502	3 331	10 438	.	.
1960		4 808	12 376	4 740	4 375	3 639	10 996	2 317	1 921
1961		4 900	12 046	5 883	4 926	3 840	10 884	2 808	2 330
1962		4 744	12 733	7 006	5 743	4 662	11 992	3 341	3 123
1963		5 109	13 422	7 161	6 326	4 763	11 042	3 293	3 431
1964		6 205	16 518	8 453	7 251	5 023	12 275	3 671	4 271
1965		6 602	18 905	11 089	9 118	6 245	13 932	4 820	5 892
1966		6 891	19 343	12 284	9 891	6 603	14 186	5 168	6 992
1967		7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134	5 333	6 433
1968		8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281	5 809	7 879
1969		9 424	30 346	18 526	13 293	7 968	14 788	7 614	10 250
1970		10 249	32 793	24 651	14 458	9 115	14 873	10 650	12 251
1971		11 554	32 281	28 181	17 466	10 250	15 575	12 714	15 117
1971	1. Vj.	2 777	7 843	7 128	4 092	2 451	3 812	3 273	3 574
	2. Vj.	3 024	8 315	7 278	4 102	2 350	4 252	3 399	3 526
	3. Vj.	2 891	8 185	6 450	4 424	2 542	3 550	2 828	3 827
	4. Vj.	2 862	7 938	7 326	4 848	2 907	3 962	3 215	4 191
1972	1. Vj.	2 775	7 812	7 286	5 137	2 568	4 031	3 179	4 478
	2. Vj.	2 796	8 563	7 975	5 111	2 744	4 419	3 584	4 353
	3. Vj.	2 881	8 238	6 759	5 256	2 817	3 640	2 797	4 484

¹⁾ Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

²⁾ Ab 1962 geänderte systematische Abgrenzung.

³⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

⁴⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 88

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik
Mill. DM

Zeitraum	Ins- gesamt ¹⁾	Ernäh- rungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor- erzeugnisse	End- erzeugnisse
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1971 1. Vj.	33 141	1 251	31 717	808	2 621	28 289	6 029	22 259
2. Vj.	33 744	1 329	32 220	825	2 669	28 727	5 884	22 843
3. Vj.	33 842	1 201	32 440	797	2 591	29 052	5 904	23 148
4. Vj.	35 283	1 316	33 768	829	2 599	30 339	6 057	24 283
1972 1. Vj.	35 209	1 474	33 528	782	2 498	30 247	6 029	24 218
2. Vj.	36 622	1 430	34 980	849	2 568	31 563	6 383	25 179
3. Vj.	35 135	1 331	33 588	823	2 442	30 322	6 195	24 127

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

²⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik
Mill. DM

Zeitraum	Ins-gesamt ¹⁾	Ernäh-rungs-wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor- End- erzeugnisse	
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1971 1. Vj.	29 479	5 448	23 699	3 882	4 158	15 658	4 319	11 340
2. Vj.	30 511	5 871	24 219	4 120	4 148	15 952	4 766	11 186
3. Vj.	29 183	5 407	23 352	3 919	4 078	15 355	4 712	10 643
4. Vj.	30 946	6 103	24 366	3 946	3 943	16 476	4 890	11 587
1972 1. Vj.	30 701	5 705	24 644	3 914	3 824	16 906	4 896	12 009
2. Vj.	32 715	6 376	25 924	3 925	4 084	17 915	5 339	12 576
3. Vj.	30 547	5 766	24 396	3 890	3 989	16 516	4 988	11 528

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

²⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 90

Warenausfuhr nach Ländergruppen
Verbrauchsländer
 Mill. DM

Zeitraum	Ins- gesamt ¹⁾	EWG- Länder	EFTA- Länder ²⁾	Ubrige euro- päische Länder ³⁾	Staats- handels- länder ⁴⁾	Außereuropäische Industrieländer		Ubrige Länder ⁵⁾
						zusam- men ⁶⁾	Vereinigte Staaten	
1950	8 382	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 187	1 237	5 053
1955	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958	36 996	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 899	7 937
1959	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960	47 946	14 148	13 436	2 673	2 255	6 111	3 767	8 979
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 241
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 383
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 194
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 309	10 744	7 178	11 245
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 377	12 191	7 859	11 670
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 512	15 759	10 835	12 900
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 081	16 201	10 633	14 037
1970	125 276	50 259	28 344	8 364	5 400	17 747	11 437	14 904
1971	136 011	54 530	30 428	8 988	5 825	19 578	13 140	16 347
1971 1. Vj.	33 141	13 541	7 320	2 183	1 360	4 745	3 183	3 919
2. Vj.	33 744	13 778	7 524	2 227	1 504	4 766	3 201	3 865
3. Vj.	33 842	13 153	7 440	2 125	1 420	5 410	3 825	4 208
4. Vj.	35 283	14 058	8 144	2 452	1 541	4 658	2 932	4 356
1972 1. Vj.	35 209	14 524	8 000	2 261	1 582	4 666	3 211	4 099
2. Vj.	36 622	14 789	8 333	2 563	1 779	4 968	3 426	4 103
3. Vj.	35 135	13 495	8 061	2 427	1 954	4 940	3 310	4 175

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“.

²⁾ Ab März 1970 einschließlich Island.

³⁾ Ohne Staatshandelsländer.

⁴⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.

⁵⁾ Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.

⁶⁾ Außereuropäische Entwicklungsländer.

⁷⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mill. DM

Zeitraum	Ins- gesamt ¹⁾	EWG- Länder	EFTA- Länder ²⁾	Ubrige euro- päische Länder ³⁾	Staats- handels- länder ⁴⁾	Außereuropäische Industrieländer		Ubrige Länder ⁵⁾
						zusam- men ⁶⁾	Vereinigte Staaten	
1950	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 235
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 585
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 043
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 298	9 196	13 451
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 150	12 576	9 177	14 124
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 015	12 055	8 556	13 702
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 410	12 790	8 850	15 582
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 973	15 115	10 253	16 985
1970	109 606	48 437	16 634	4 422	4 394	17 934	12 066	17 684
1971	120 119	56 017	16 987	4 707	4 767	18 363	12 420	19 151
1971 1. Vj.	29 479	13 315	4 095	1 126	1 049	4 963	3 501	4 900
2. Vj.	30 511	14 255	4 245	1 006	1 090	5 010	3 480	4 876
3. Vj.	29 183	13 631	4 199	1 110	1 202	4 336	2 894	4 670
4. Vj.	30 946	14 816	4 448	1 465	1 426	4 054	2 545	4 704
1972 1. Vj.	30 701	14 877	4 131	1 336	1 118	4 410	2 969	4 803
2. Vj.	32 715	16 557	4 399	1 321	1 289	4 260	2 546	4 865
3. Vj.	30 547	14 687	4 246	1 366	1 322	4 072	2 368	4 801

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“.

²⁾ Ab März 1970 einschließlich Island.

³⁾ Ohne Staatshandelsländer.

⁴⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.

⁵⁾ Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.

⁶⁾ Außereuropäische Entwicklungsländer.

⁷⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 92

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
1962 = 100

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Ein- fuhr ¹⁾	Letzte Ver- wen- dung	Aus- fuhr ¹⁾	Letzte inländische Verwendung					
					ins- gesamt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Bruttoanlageinvestitionen		
								zusam- men	Ausrü- stungen	Bauten
1950	66,3	109,1	71,3	72,0	71,3	78,0	57,5	61,9	71,6	55,5
1951	75,7	133,1	79,8	88,0	78,6	84,1	64,9	71,9	83,1	63,9
1952	79,3	122,1	82,8	92,0	81,5	85,5	69,8	77,5	90,5	68,5
1953	79,0	109,1	81,7	91,0	80,2	84,2	71,8	75,1	88,6	66,7
1954	79,0	105,9	81,9	89,2	80,6	84,7	72,9	74,7	86,4	66,8
1955	80,7	107,1	83,8	90,9	82,5	86,0	75,5	77,3	87,3	70,2
1956	83,1	109,0	86,3	94,8	84,6	87,9	79,9	79,1	89,5	72,1
1957	85,7	110,3	89,0	97,3	87,1	90,1	82,6	81,5	92,0	74,7
1958	88,6	102,6	90,6	95,7	89,4	92,3	85,6	84,1	93,3	77,8
1959	89,8	100,6	91,5	95,7	90,5	93,3	86,1	86,2	92,5	82,0
1960	92,0	102,1	93,7	97,7	92,7	94,2	90,7	89,8	93,7	86,9
1960	92,1	102,8	93,6	97,8	92,7	94,1	90,9	89,8	93,7	86,9
1961	96,1	100,8	96,7	98,8	96,4	97,1	96,4	94,6	96,6	92,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,1	100,1	102,6	100,7	103,0	102,7	104,1	103,1	100,7	105,1
1964	105,9	100,8	105,1	101,3	105,9	105,1	109,6	105,7	101,7	108,8
1965	109,7	103,5	108,7	103,3	109,8	108,5	117,6	108,8	105,2	111,7
1966	113,7	105,8	112,3	105,1	114,0	112,3	125,8	111,4	107,4	114,5
1967	115,0	105,4	113,4	104,6	115,6	114,3	129,4	110,2	107,7	112,1
1968	116,8	103,7	114,4	103,7	117,3	116,5	134,6	111,3	107,2	114,5
1969	120,9	106,1	118,1	105,5	121,5	119,4	144,6	116,3	110,7	121,5
1970	129,5	106,2	124,7	108,2	129,3	123,6	158,1	129,2	117,5	141,1
1971	139,4	107,0	132,3	111,0	138,5	129,9	178,8	138,6	123,1	154,4
1965 1. Hj.	108,6	103,1	107,6	102,8	108,7	107,5	115,1	108,2	104,9	111,0
2. Hj.	110,8	103,9	109,6	103,9	110,8	109,3	119,8	109,3	105,5	112,2
1966 1. Hj.	112,6	108,0	111,5	104,7	113,0	111,8	122,3	111,1	107,1	114,3
2. Hj.	114,7	105,6	113,1	105,4	114,9	112,7	129,0	111,7	107,6	114,7
1967 1. Hj.	115,1	104,9	113,3	104,3	115,6	114,4	128,1	111,1	108,1	113,5
2. Hj.	115,0	105,9	113,4	104,9	115,6	114,3	130,5	109,4	107,3	110,9
1968 1. Hj.	115,7	104,1	113,6	104,0	116,2	116,3	131,7	110,5	106,6	113,7
2. Hj.	117,8	103,3	115,1	103,5	118,3	116,7	137,1	111,9	107,8	115,2
1969 1. Hj.	118,9	106,0	116,4	104,8	119,6	118,9	140,6	113,3	108,5	117,9
2. Hj.	122,8	106,1	119,5	106,1	123,3	119,8	148,2	118,8	112,5	124,4
1970 1. Hj.	126,8	106,0	122,5	107,0	126,8	123,0	154,1	126,1	115,4	138,0
2. Hj.	132,0	106,3	126,7	109,3	131,6	124,3	161,7	131,8	119,4	143,4
1971 1. Hj.	136,4	107,6	130,1	110,0	136,0	128,8	171,7	136,3	122,2	152,1
2. Hj.	142,3	106,4	134,4	111,9	140,8	130,9	181,0	140,7	124,0	156,3
1972 1. Hj.	145,6	104,5	136,2	111,7	143,4	135,6	186,4	141,7	123,8	160,3

1) Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.

2) Ohne Saarland und Berlin.

3) Vorläufige Ergebnisse.

Hinsichtlich der Behandlung der Mehrwertsteuer bei der Berechnung der Preisentwicklung siehe „Wirtschaft und Statistik“, Heft 9/68, S. 439 ff.

Index der Grundstoffpreise ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau-liche Erzeug-nisse, Erzeug-nisse der Ener-giewirt-schaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grund-stoffe des Nah-rungs- und Genuß-mittel-gewer-bes
			zu-sammen	darunter					Texti-lien	
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und Metall-halb-zeug	chemi-sche Erzeug-nisse	bear-beitetes Holz	Holz-schliff, Zell-stoff, Papier und Pappe		
1963	100,3	100,0	99,9	102,5	99,2	97,1	100,3	100,2	103,0	104,4
1964	102,5	98,6	103,1	105,3	105,3	96,2	102,5	101,3	106,4	108,3
1965	104,9	99,4	105,7	106,5	111,3	96,5	105,1	103,3	105,5	112,8
1966	106,2	99,6	107,4	107,4	116,0	95,0	104,2	102,6	104,9	114,9
1967	103,2	101,8	103,1	106,3	108,3	94,0	98,2	101,5	101,4	108,1
1968	98,8	98,6	98,6	99,2	106,0	88,2	92,2	93,5	98,1	101,2
1969	101,2	96,8	102,0	99,7	113,3	88,1	98,5	95,0	99,0	106,0
1970	105,4	103,7	105,8	106,5	119,0	88,5	104,9	99,2	99,5	106,7
1971	106,9	113,0	105,1	116,8	112,7	89,1	106,2	100,1	99,4	106,0
1968 1. Vj.	100,2	99,7	100,2	100,2	109,9	88,8	91,2	93,3	97,9	101,4
2. Vj.	98,1	98,1	98,0	99,3	104,5	88,4	91,6	93,1	97,9	99,3
3. Vj.	98,3	98,3	98,0	98,8	104,5	87,7	92,5	93,9	98,1	100,9
4. Vj.	98,7	98,3	98,3	98,6	105,2	87,7	93,5	93,6	98,6	103,2
1969 1. Vj.	99,3	97,3	99,3	98,5	107,7	87,7	95,1	93,4	98,4	104,4
2. Vj.	100,1	95,9	101,0	99,1	111,1	87,9	97,5	94,2	99,0	103,4
3. Vj.	101,6	95,6	103,1	99,9	115,5	88,3	99,8	95,7	99,3	106,2
4. Vj.	103,7	98,4	104,7	101,2	118,8	88,5	101,8	96,4	99,4	110,1
1970 1. Vj.	105,6	99,7	107,2	103,7	123,8	88,4	103,2	98,1	99,9	109,0
2. Vj.	105,7	101,6	106,9	105,5	122,3	88,3	105,0	98,8	99,7	106,9
3. Vj.	105,3	105,6	105,2	107,7	116,9	88,3	105,7	99,7	99,5	105,9
4. Vj.	105,0	108,0	103,9	109,2	112,8	88,9	105,7	100,4	99,0	105,1
1971 1. Vj.	106,3	110,9	104,9	114,0	113,6	89,1	106,5	101,1	98,5	104,8
2. Vj.	107,6	113,8	105,8	116,6	114,8	89,2	106,7	100,7	99,0	105,3
3. Vj.	107,4	114,2	105,2	118,0	112,4	89,2	106,2	99,9	99,8	107,1
4. Vj.	106,5	113,0	104,4	118,6	110,2	88,8	105,5	98,8	100,2	108,8
1972 1. Vj.	106,9	112,9	104,9	119,8	110,8	88,4	104,8	96,0	102,2	107,0
2. Vj.	107,8	113,4	105,8	122,1	111,6	88,3	105,1	95,4	103,5	109,6
3. Vj.	108,8	114,4	106,6	122,7	112,3	88,3	105,6	95,5	105,1	111,8

¹⁾ Grundstoffe industrieller Herkunft; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Tabelle 94

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Industrieerzeugnisse insgesamt	Bergbau-liche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter ²⁾	Verbrauchsgüter ³⁾
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genussmittel		
1950	79,8	57,4	66,8	81,9	73,9	72,9	96,4	93,7	.	.
1951	94,7	64,2	70,9	97,9	93,7	85,1	117,7	101,3	.	.
1952	96,9	74,7	83,3	98,9	102,0	92,6	100,9	101,5	.	.
1953	94,4	85,9	92,7	94,7	97,3	91,1	93,7	98,0	.	.
1954	92,9	86,0	93,1	93,0	95,4	88,5	92,7	96,8	.	.
1955	94,5	86,0	92,8	94,9	100,2	89,5	93,0	97,4	85,0	92,6
1956	95,9	90,1	93,7	96,2	101,5	91,2	94,1	98,1	87,4	93,1
1957	97,6	96,4	96,2	97,6	102,5	93,0	97,1	97,8	90,2	94,8
1958	97,2	101,2	99,4	96,9	100,9	93,9	95,4	97,0	92,0	94,9
1959	96,5	100,7	100,3	96,0	99,9	93,1	93,3	97,8	91,9	94,0
1960 ⁴⁾	97,6	100,0	100,7	97,2	100,8	94,5	96,6	96,8	93,3	95,6
1961	98,9	99,2	100,9	98,8	100,6	97,2	98,1	98,3	96,2	97,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,5	101,8	99,8	100,5	99,3	100,4	101,6	101,1	101,0	101,1
1964	101,6	101,4	100,7	101,6	100,1	101,6	103,6	101,9	102,8	101,9
1965	104,0	105,7	103,5	104,0	102,2	104,6	106,0	103,2	105,9	104,4
1966	105,8	105,4	104,7	105,9	103,3	106,7	108,7	105,4	108,6	106,7
1967	104,9	105,3	105,8	104,8	100,7	105,6	108,0	106,3	108,3	107,3
1968	99,3	101,1	105,0	98,9	95,1	99,2	102,2	101,1	102,4	101,2
1969	101,5	104,0	104,3	101,3	97,2	102,7	104,6	102,1	106,9	102,4
1970	107,5	119,3	105,1	107,2	102,6	111,4	109,6	104,6	117,1	107,3
1971	112,5	130,2	109,8	112,0	105,4	119,1	114,3	107,8	126,8	112,4
1971 1. Vj.	111,5	125,2	107,5	111,1	105,4	117,9	112,7	106,6	125,3	111,6
2. Vj.	112,5	127,5	108,7	112,1	106,3	118,9	113,9	107,7	126,5	112,3
3. Vj.	113,0	133,4	110,0	112,5	105,6	119,5	114,9	106,5	127,3	112,6
4. Vj.	113,2	134,6	113,0	112,4	104,4	120,1	115,5	108,4	128,2	113,3
1972 1. Vj.	114,5	136,2	116,2	113,7	104,8	122,1	117,2	109,1	130,8	115,4
2. Vj.	115,5	134,8	118,2	114,7	106,3	122,9	118,6	109,5	131,8	116,7
3. Vj.	116,5	140,1	118,6	115,5	106,6	123,2	120,0	111,4	132,4	117,4

¹⁾ Bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.²⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).³⁾ Ohne Saarland und Berlin.⁴⁾ Ohne Berlin.

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Preisindizes für Bauwerke ²⁾						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden ³⁾	Baureifes Land
	Wohngebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche	gemischtgenutzte Gebäude	Straßenbau		
			Betriebsgebäude					
1950	54,8	
1951	63,4	
1952	67,5	
1953	65,3	
1954	65,6	
1955	69,1	
1956	71,0	
1957	73,5	
1958	75,8	77,1	79,0	78,1	77,1	80,5	.	
1959	79,8	81,2	82,1	81,1	80,8	85,2	.	
1960	85,8	86,8	87,4	86,7	86,5	89,2	.	
1961	92,3	92,7	93,0	92,7	92,5	93,7	.	
1962	100	100	100	100	100	100	100	
1963	105,2	105,0	104,5	105,1	105,1	103,8	104,4	
1964	110,0	109,5	108,6	109,5	109,7	102,9	109,2	
1965	114,6	113,6	112,8	113,5	114,3	97,5	114,6	
1966	118,5	117,4	115,9	117,2	118,2	96,3	119,0	
1967	115,9	114,5	110,3	114,7	115,2	91,8	117,6	
1968	120,8	119,0	116,1	119,3	120,2	96,2	122,7	
1969	127,2	126,3	126,1	125,8	126,9	100,5	128,0	
1970	147,4	147,7	149,2	146,9	147,4	115,6	143,3	
1971	162,7	162,4	165,2	162,3	162,8	124,8	158,1	
1971 Feb	155,8	155,7	159,5	154,9	156,2	120,3	153,0	
Mai	163,6	163,4	166,6	163,5	163,7	126,6	158,6	
Aug	165,3	164,8	167,3	164,9	165,2	126,5	159,9	
Nov	166,2	165,5	167,5	165,7	166,2	125,7	160,9	
1972 Feb	169,4	168,3	169,5	168,4	169,1	125,2	164,2	
Mai	174,6	173,2	173,9	174,0	174,1	126,9	168,1	
Aug	175,9	174,4	174,8	175,2	175,3	127,1	169,6	

¹⁾ Einschließlich Umsatzsteuer.

²⁾ Gebäude: Bauleistungen am Gebäude; Straßenbau: Bauleistungen insgesamt.

³⁾ Einschließlich Schönheitsreparaturen.

⁴⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁵⁾ Ohne Berlin.

⁶⁾ Für baureifes Land: Vierteljahre.

Tabelle 96

Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Investitionsgüter ²⁾	Verbrauchsgüter ²⁾
1954	94,9	99,7	94,8	92,2	97,7	94,7	83,4	100,4
1955	96,9	98,4	96,9	92,6	102,3	96,5	85,7	99,8
1956	99,6	101,6	99,6	96,8	106,4	98,9	89,3	99,4
1957	101,9	104,3	101,9	103,3	109,4	100,9	92,6	99,8
1958	99,5	104,8	99,4	101,7	104,2	98,7	92,0	99,5
1959	98,9	98,7	99,0	102,1	104,1	98,2	92,3	98,9
1960	100,2	97,9	100,2	101,6	105,4	99,6	94,5	98,6
1961	99,9	96,2	100,0	100,1	102,3	99,7	97,1	99,2
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,1	109,5	100,0	100,9	98,7	100,0	101,2	100,6
1964	102,5	110,3	102,3	104,9	102,6	102,1	103,3	102,3
1965	104,8	111,1	104,6	104,7	105,2	104,6	106,6	104,8
1966	107,0	113,8	106,8	104,8	106,0	106,8	109,7	108,4
1967	106,9	112,0	106,8	101,1	108,0	106,9	110,9	110,0
1968	105,8	107,9	105,8	99,9	106,8	106,0	110,4	109,4
1969	111,3	109,0	111,3	101,3	112,3	111,8	117,2	111,8
1970	116,6	113,1	116,7	108,4	120,5	116,7	124,8	113,6
1971	121,6	116,6	121,7	118,7	121,1	121,9	134,1	120,1
1970 1. Vj.	115,3	109,3	115,5	104,5	119,4	115,6	122,1	112,7
2. Vj.	116,1	111,7	116,2	105,5	121,2	116,3	123,1	113,2
3. Vj.	116,9	114,5	117,0	111,7	122,1	116,6	125,1	113,9
4. Vj.	117,9	116,9	118,0	111,8	119,4	118,1	128,9	114,6
1971 1. Vj.	120,8	117,6	120,9	115,3	121,4	121,1	132,7	117,9
2. Vj.	121,8	117,7	121,9	117,6	123,7	122,0	133,6	119,5
3. Vj.	122,1	116,3	122,2	120,0	121,5	122,4	134,6	121,2
4. Vj.	121,6	114,6	121,8	121,8	117,9	122,2	135,7	121,9
1972 1. Vj.	123,2	115,5	123,3	122,8	117,9	124,0	138,6	123,5
2. Vj.	123,9	116,8	124,1	121,7	117,0	125,0	139,6	124,9
3. Vj.	124,8	118,3	124,9	124,8	118,3	125,6	140,0	125,5

¹⁾ 1954 bis 1959 umbasiert von Originalbasis 1956.²⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Index der Einkaufspreise für Auslandsüter

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Investitionsgüter ¹⁾	Verbrauchsgüter ¹⁾
1958	109,5	109,5	109,5	116,3	106,7	107,1	101,8	114,5
1959	105,4	103,8	106,0	110,2	104,9	104,3	101,9	105,2
1960	105,0	101,9	106,3	109,3	107,1	104,3	101,9	102,9
1961	100,8	97,8	102,1	103,7	102,2	101,2	99,6	99,5
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	102,0	104,4	101,0	100,5	100,9	101,3	102,5	102,1
1964	103,7	105,9	102,8	101,4	104,5	102,8	104,0	98,7
1965	106,3	110,8	104,3	100,9	109,2	103,8	106,0	97,0
1966	108,2	110,8	107,0	102,5	113,9	106,0	109,0	99,0
1967	105,9	107,1	105,4	99,7	112,2	105,0	107,7	101,9
1968	105,4	104,2	105,9	100,2	115,2	104,3	108,1	102,6
1969	108,0	108,0	108,0	98,8	121,2	106,3	108,6	100,5
1970	107,2	107,1	107,3	97,2	121,2	105,7	105,5	101,8
1971	106,7	105,5	107,2	102,8	111,9	107,3	107,5	106,8
1970 1. Vj.	106,2	108,7	107,9	96,0	125,3	105,6	105,6	98,0
2. Vj.	107,7	107,6	107,8	96,9	123,4	105,8	105,5	98,4
3. Vj.	106,5	105,7	106,9	97,1	119,3	105,8	105,5	103,0
4. Vj.	106,5	106,3	106,5	98,8	116,8	105,6	105,4	107,7
1971 1. Vj.	108,6	110,1	108,0	101,8	116,6	107,0	107,4	110,4
2. Vj.	109,0	108,5	109,3	105,7	116,0	107,8	108,1	108,5
3. Vj.	105,4	102,1	106,7	102,9	109,9	107,2	107,6	105,1
4. Vj.	103,8	101,2	105,2	100,9	105,2	107,0	106,8	103,2
1972 1. Vj.	104,9	104,2	105,2	100,6	105,9	107,4	105,9	104,5
2. Vj.	105,3	104,8	105,4	101,0	105,7	107,7	105,5	104,7
3. Vj.	105,8	105,1	106,0	100,6	107,1	108,5	105,4	106,2

¹⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 98

Preisindex für die Lebenshaltung
Alte Systematik
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ¹⁾
 1962 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Ernäh- rung	Ge- tränke und Tabak- waren	Woh- nung ²⁾	Hei- zung und Be- leuch- tung	Haus- rat	Beklei- dung	Reini- gung und Körper- pflege	Bil- dung, Unter- haltung und Erho- lung	Ver- kehr
	einschl.	ohne									
	Ernährung										
1950	78,8	82,1	75,1	117,5	67,7	66,9	89,2	90,1	81,6	73,8	72,7
1951	84,9	87,7	82,0	115,2	68,9	72,4	98,5	99,9	88,1	79,9	81,5
1952	86,7	87,6	85,7	117,0	70,2	77,8	97,8	93,1	87,0	82,0	85,0
1953	85,1	86,0	84,3	109,6	72,4	80,4	92,8	88,2	84,7	81,0	85,8
1954	85,3	85,2	85,4	101,7	72,5	84,8	91,1	87,0	84,2	79,7	88,3
1955	86,7	86,3	87,0	100,8	74,7	86,8	91,8	87,0	86,5	81,4	86,8
1956	86,9	88,3	89,6	100,6	79,5	88,5	93,7	87,8	88,1	83,5	86,0
1957	90,7	90,3	91,1	100,5	80,6	90,7	97,2	91,1	89,5	86,2	88,7
1958	92,7	92,3	93,0	100,2	82,0	94,6	97,7	93,8	91,6	86,6	93,2
1959	93,6	92,7	94,6	99,2	83,9	95,4	96,4	93,5	92,5	90,0	94,7
1960	94,9	94,6	95,2	99,1	89,1	96,5	96,3	95,2	94,0	92,4	96,1
1961	97,1	97,6	96,2	99,1	96,8	98,1	96,3	97,4	96,5	95,7	98,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	102,8	103,3	101,0	105,6	102,6	100,4	102,3	102,4	103,7	104,1
1964	105,4	105,2	105,8	101,8	112,4	104,1	101,1	104,3	104,2	107,4	105,1
1965	109,0	108,1	110,6	101,8	118,9	105,9	102,9	107,1	107,4	111,4	106,3
1966	112,8	112,5	113,3	105,9	129,6	107,3	104,2	110,8	112,1	115,7	110,5
1967	114,4	115,4	112,7	108,9	137,6	108,4	103,5	112,1	113,9	119,7	114,0
1968	116,1	119,0	110,8	111,1	147,4	115,6	102,6	112,1	119,9	125,3	116,6
1969	119,3	122,0	114,5	111,7	160,4	117,4	103,1	113,3	121,5	128,5	116,7
1970	123,7	127,1	117,5	115,8	167,4	124,0	106,7	118,3	126,4	135,7	119,5
1971	130,4	134,5	122,9	120,0	177,9	130,5	111,7	125,5	132,8	142,4	131,6
1971 1. Vj.	127,7	131,7	120,2	118,0	173,6	129,8	109,9	122,7	130,3	139,6	127,6
2. Vj.	129,9	133,6	123,2	119,9	176,7	128,7	111,3	124,6	132,2	141,5	130,3
3. Vj.	131,3	135,4	123,9	120,9	179,6	130,2	112,2	126,1	133,6	143,5	133,4
4. Vj.	132,5	137,1	124,2	121,2	181,8	133,5	113,2	128,6	134,9	145,1	135,2
1972 1. Vj.	135,0	139,3	127,0	123,2	184,2	137,8	114,6	130,7	136,8	146,7	138,2
2. Vj.	136,6	140,6	129,3	124,0	186,3	136,8	115,7	132,2	138,4	147,8	139,9
3. Vj.	139,0	142,6	132,4	126,7	186,8	138,9	116,7	133,6	140,6	149,7	142,4

¹⁾ Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Bis 1956 Warenkorb 1950, von 1957 bis 1960 Warenkorb 1959, ab 1961 Warenkorb 1962.

²⁾ Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

³⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁴⁾ Ohne Berlin.

Preisindex für die Lebenshaltung
Neue Systematik
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ¹⁾
1962 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nahrungs- und Genuß- mittel ²⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- miete ³⁾	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Haus- halts- führung	Ver- kehr, Nach- richten- über- mitt- lung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Aus- stat- tung u. ä.
	einschl.	ohne									
1963	103,0	103,1	102,9	102,2	105,6	102,7	102,0	104,6	102,9	101,4	103,3
1964	105,4	105,7	105,0	104,3	112,1	104,2	103,4	105,7	105,6	103,4	106,7
1965	109,0	106,9	109,0	107,1	118,6	106,1	106,2	106,8	109,2	106,3	109,7
1966	112,8	113,4	112,0	110,5	129,7	107,5	108,3	111,2	115,2	109,2	113,4
1967	114,4	116,3	112,0	112,1	138,2	108,5	108,3	114,3	117,6	111,6	117,8
1968	116,1	120,0	111,1	112,0	148,4	115,9	108,5	117,0	125,3	115,1	122,4
1969	119,3	123,5	114,2	113,2	161,9	117,8	109,5	116,9	127,3	117,1	126,4
1970	123,7	128,7	117,4	118,0	168,5	124,4	114,1	119,9	133,4	123,7	130,5
1971	130,4	136,5	122,6	125,2	178,5	131,0	120,6	128,2	140,3	130,1	142,6
1968 1. Vj.	115,7	119,0	111,4	111,9	143,9	116,9	108,2	116,4	124,5	114,7	121,5
2. Vj.	115,9	119,4	111,4	111,9	147,3	113,4	108,3	116,6	124,8	115,2	121,5
3. Vj.	115,9	120,4	110,2	112,0	149,9	115,5	108,7	117,2	125,9	115,2	122,7
4. Vj.	116,9	121,2	111,2	112,3	152,6	117,9	108,8	117,7	126,1	115,4	124,0
1969 1. Vj.	118,3	122,5	113,2	112,6	158,9	118,0	108,9	116,9	126,8	116,0	124,5
2. Vj.	119,3	122,8	114,9	112,8	161,6	114,9	109,2	117,0	127,0	116,4	124,7
3. Vj.	119,5	123,6	114,5	113,1	163,0	115,9	109,5	116,8	127,2	117,6	127,4
4. Vj.	120,2	124,9	114,1	114,2	164,0	122,2	110,5	117,1	127,9	118,4	129,0
1970 1. Vj.	122,5	126,9	116,9	116,2	165,9	123,3	112,1	118,7	131,3	122,1	129,8
2. Vj.	123,6	127,9	118,2	117,3	167,5	122,3	113,4	119,2	132,6	123,4	130,4
3. Vj.	124,0	129,0	117,5	118,2	169,1	124,6	114,6	120,1	134,1	123,8	130,7
4. Vj.	124,7	130,9	116,8	120,3	171,6	127,5	116,2	121,6	135,6	125,7	131,1
1971 1. Vj.	127,7	133,7	120,0	122,5	174,5	130,1	118,1	124,6	137,8	127,8	139,0
2. Vj.	129,9	135,6	122,8	124,3	177,5	129,1	119,9	127,5	139,7	129,8	139,9
3. Vj.	131,3	137,4	123,6	125,8	180,0	130,6	121,6	129,6	141,0	130,7	144,4
4. Vj.	132,5	139,3	123,9	128,3	181,9	134,1	123,0	131,0	142,6	131,9	146,9
1972 1. Vj.	135,0	141,6	126,6	130,5	184,4	138,4	124,5	134,2	144,9	133,4	147,8
2. Vj.	136,6	142,9	128,6	132,0	186,5	137,4	125,6	136,0	147,2	134,4	148,6
3. Vj.	139,0	144,8	131,6	133,4	189,0	139,5	126,8	138,7	150,0	134,8	152,5

¹⁾ Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

³⁾ Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 100

Preisindex für die Lebenshaltung
Neue Systematik
Alle privaten Haushalte
1962 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nahrungs- und Genuß- mittel ¹⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- miete	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Haus- halts- führung	Ver- kehr, Nach- richten- über- mittlung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Aus- stat- tung u. ä.
	einschl.	ohne									
	Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾										
1963	102,9	103,0	102,8	102,1	105,4	103,2	101,9	103,3	103,1	102,7	102,0
1964	105,4	105,6	105,1	103,6	111,4	105,1	102,9	104,4	106,9	106,5	103,6
1965	108,7	108,7	108,8	105,8	117,8	107,1	104,8	105,2	112,3	110,2	106,0
1966	112,7	113,0	112,2	108,7	127,1	108,4	107,0	109,5	119,5	114,0	108,8
1967	114,6	116,2	112,1	110,0	135,7	109,9	107,1	112,9	123,6	117,8	111,4
1968	116,4	120,0	111,1	110,0	146,0	116,7	107,8	116,0	130,5	121,1	114,0
1969	119,5	123,0	114,1	111,3	156,6	118,7	109,1	115,3	133,3	123,1	116,4
1970	124,0	128,5	117,4	115,8	163,4	127,4	114,1	118,1	140,9	129,4	121,0
1971	130,4	136,1	121,8	122,8	173,1	135,5	120,7	125,4	150,1	136,4	126,8
1968 1. Vj.	116,1	119,3	111,3	109,8	142,4	118,2	108,2	115,8	129,6	120,6	113,5
2. Vj.	116,3	119,6	111,2	109,8	145,1	113,7	108,4	115,7	129,9	121,0	113,5
3. Vj.	116,2	120,1	110,3	110,1	147,1	115,9	107,1	116,3	131,1	121,3	114,2
4. Vj.	117,1	121,0	111,4	110,4	149,3	119,0	107,5	116,3	131,4	121,6	114,9
1969 1. Vj.	118,7	122,3	113,2	110,7	153,9	119,0	109,6	115,4	132,1	122,2	115,3
2. Vj.	119,3	122,4	114,6	110,9	156,3	115,3	108,8	115,4	132,7	122,6	115,6
3. Vj.	119,4	122,8	114,3	111,2	157,5	116,4	107,9	115,2	133,5	123,3	116,9
4. Vj.	120,4	124,4	114,4	112,3	158,6	124,0	110,1	115,3	134,7	124,3	117,9
1970 1. Vj.	122,9	126,8	117,0	114,1	160,6	125,5	113,3	116,8	138,5	127,6	120,2
2. Vj.	123,9	127,7	118,1	115,1	162,5	124,5	113,9	117,4	140,3	128,9	120,7
3. Vj.	124,1	128,7	117,4	116,1	164,0	127,9	113,5	118,3	141,6	129,5	121,3
4. Vj.	125,3	130,7	117,1	118,0	166,3	131,7	115,9	119,7	143,3	131,5	121,7
1971 1. Vj.	128,0	133,6	119,7	120,2	169,0	135,2	119,5	122,6	146,8	133,7	124,8
2. Vj.	129,9	135,3	121,9	122,0	172,1	133,6	120,2	125,1	149,7	135,8	125,6
3. Vj.	131,0	136,7	122,5	123,4	174,4	135,0	120,3	126,5	151,3	137,3	127,8
4. Vj.	132,6	138,8	123,2	125,8	176,9	138,3	122,7	127,6	152,7	138,9	129,1
1972 1. Vj.	135,1	141,3	125,9	127,9	179,6	142,5	125,7	130,5	155,7	140,4	129,9
2. Vj.	136,7	142,5	127,6	129,4	181,8	141,0	125,9	132,4	158,6	141,6	130,7
3. Vj.	138,7	144,1	130,5	130,8	184,1	143,2	125,7	134,9	161,5	142,7	133,1

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Preisindex für die Lebenshaltung
Alle Systematik, Zusatzdarstellung
 1962 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ¹⁾	Woh- nungs- nut- zung ²⁾	Dienst- leistun- gen ³⁾	Son- stige Wa- ren ⁴⁾	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ¹⁾	Woh- nungs- nut- zung ²⁾	Dienst- leistun- gen ³⁾	Son- stige Wa- ren ⁴⁾
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ⁵⁾				
1963	102,9	103,2	105,4	105,0	101,4	103,0	103,3	105,6	104,9	101,4
1964	105,4	105,5	111,3	109,2	102,2	105,4	105,6	112,0	108,5	102,5
1965	108,7	110,0	117,6	113,6	103,6	109,0	110,4	118,4	112,2	104,4
1966	112,7	112,9	126,9	120,8	105,5	112,8	112,9	129,5	118,4	106,8
1967	114,6	111,9	135,4	125,1	106,7	114,4	112,1	137,9	121,8	108,3
1968	116,4	109,4	145,6	131,5	107,7	116,1	109,8	148,1	128,4	109,4
1969	119,5	113,2	156,0	134,3	108,3	119,3	113,5	161,4	131,3	110,2
1970	124,0	116,1	162,8	141,3	112,5	123,7	116,3	168,0	138,3	114,4
1971	130,4	120,6	172,4	150,7	118,1	130,4	121,6	177,8	148,7	120,1
1968 1. Vj.	116,1	109,9	142,0	130,5	108,0	115,7	110,4	143,6	127,2	109,5
2. Vj.	116,3	109,7	144,7	130,9	107,5	115,9	110,5	146,9	127,6	109,1
3. Vj.	116,2	108,2	146,7	132,0	107,4	115,9	108,6	149,6	129,0	109,4
4. Vj.	117,1	109,7	148,8	132,6	107,8	116,9	109,9	152,1	129,8	109,8
1969 1. Vj.	118,7	112,1	153,4	133,1	108,3	118,3	112,3	158,4	130,2	109,8
2. Vj.	119,3	114,0	155,7	133,7	107,8	119,3	114,6	161,1	130,6	109,6
3. Vj.	119,4	113,5	156,9	134,6	107,7	119,5	113,9	162,5	131,7	110,0
4. Vj.	120,4	113,4	158,0	135,7	109,4	120,2	113,2	163,5	132,8	111,3
1970 1. Vj.	122,9	116,1	160,1	138,9	111,4	122,5	116,2	165,4	136,0	113,0
2. Vj.	123,9	117,1	161,9	140,5	111,9	123,6	117,5	166,9	137,6	113,8
3. Vj.	124,1	115,9	163,4	142,0	112,5	124,0	116,4	168,5	139,0	114,6
4. Vj.	125,3	115,1	165,7	143,6	114,3	124,7	115,3	171,0	140,4	116,7
1971 1. Vj.	128,0	118,4	168,3	146,8	116,7	127,7	119,0	173,8	144,3	118,2
2. Vj.	129,9	120,8	171,4	149,5	117,6	129,9	122,0	176,9	147,1	119,5
3. Vj.	131,0	121,2	173,7	152,2	118,1	131,3	122,6	179,4	150,5	120,5
4. Vj.	132,6	122,0	176,2	154,4	119,8	132,5	122,9	181,2	152,8	122,0
1972 1. Vj.	135,1	124,6	178,8	157,5	122,1	135,0	125,7	183,7	155,5	124,0
2. Vj.	136,7	126,8	181,1	159,3	122,7	136,6	128,0	185,8	157,2	125,0
3. Vj.	138,7	129,6	183,3	162,7	123,6	139,0	131,1	188,2	160,6	126,3

1) Ohne Gaststättenleistungen.
 2) Einschließlich Garagennutzung.
 3) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
 4) Ohne Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
 5) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 102

Löhne und Gehälter

1970 = 100

Zeitraum	Brutto- lohn- und -gehalts- summe je beschäftigten Abhängigen	Brutto-			Tarifliche						
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter		
		verdienste			Löhne						
		in der Industrie ¹⁾		in Industrie ¹⁾ und Handel ²⁾	in der						
				Indu- strie ¹⁾	gewerb- lichen Wirt- schaft und bei Ge- biets- körper- schaften	Indu- strie ¹⁾	gewerb- lichen Wirt- schaft und bei Ge- biets- körper- schaften	Indu- strie ¹⁾	gewerb- lichen Wirt- schaft und bei Ge- biets- körper- schaften		
1960	45,0	44,3	45,3	48,7	48,5	48,5	49,9	52,6	54,2	55,1	
1961	49,6	48,8	49,9	52,9	52,4	52,4	52,9	56,7	58,7	59,5	
1962	54,1	54,5	55,0	57,4	57,8	57,6	61,8	61,5	63,7	63,9	
1963	57,4	58,5	58,7	61,2	61,6	61,5	65,3	65,1	67,0	67,6	
1964	62,5	63,4	63,4	65,2	65,8	65,6	68,5	68,3	70,2	70,7	
1965	68,1	69,6	69,8	70,6	70,8	70,7	73,2	73,0	75,1	75,3	
1966	73,0	74,2	73,8	75,7	75,8	75,8	78,0	77,9	79,7	79,9	
1967	75,3	76,6	73,4	78,7	79,4	79,1	80,4	80,3	81,8	82,5	
1968	79,9	80,0	78,4	82,4	82,8	82,4	83,6	83,3	84,5	85,2	
1969-	87,2	87,1	86,9	88,9	88,2	88,0	88,9	88,7	89,9	90,4	
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1971	111,9	111,0	108,8	110,2	113,3	114,0	113,0	113,5	111,9	110,6	
1969 Jan	} 82,6 a) {	83,3	81,6	85,6	85,3	85,3	86,2	86,0	87,0	87,7	
Apr		85,7	85,6	87,7	87,1	87,1	87,9	87,8	89,2	90,2	
Jul		} 91,7 a) {	87,4	87,6	89,4	88,0	87,9	88,8	88,7	89,9	90,8
Okt			92,1	92,7	92,7	92,4	91,7	92,8	92,1	93,6	92,7
1970 Jan	} 94,6 a) {	95,4	94,4	95,8	94,6	95,0	94,8	95,3	94,8	96,5	
Apr		97,4	98,1	98,7	96,7	97,2	96,7	97,1	96,9	98,7	
Jul		} 105,3 a) {	101,9	102,9	101,7	101,9	101,6	101,8	101,5	101,2	101,0
Okt			105,1	104,4	103,6	106,8	106,2	106,6	106,0	106,9	103,8
1971 Jan	} 107,2 a) {	107,5	104,6	106,9	109,5	110,1	109,3	109,7	109,1	107,3	
Apr		109,2	106,9	109,0	110,7	111,5	110,4	110,9	110,3	109,8	
Jul		} 116,4 a) {	113,1	111,4	112,0	116,1	116,5	115,8	116,0	113,6	112,3
Okt			114,0	112,4	112,9	116,9	117,8	116,6	117,1	114,3	112,8
1972 Jan	} 117,5 a) {	117,1	111,3	116,3	120,2	121,6	119,9	120,8	118,0	116,8	
Apr		119,7	116,9	118,8	122,0	123,4	121,6	122,6	119,9	120,0	
Jul		125,9	127,3	125,5	126,4	123,6	123,3	

1) Einschließlich Hoch- und Tiefbau.

2) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

3) Für Brutto-lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.

a) Vorläufige Ergebnisse.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

- Agrarmarkt, gemeinsamer** 5, 10
- Agrarpolitik**
— der EWG 64
- Arbeitskräfte**
— ausländische 54, 159, 308
— Freizügigkeit 6
- Arbeitslosigkeit** 155 ff.
— in der EWG 90
— regionale Differenzierung 157 f.
- Arbeitsmarkt** 155 ff.
— in der EWG 90
- Arbeitsproduktivität** 154, 309
- Auftragseingang**
— aus dem Ausland 126 ff.
— bei den Investitionsgüterindustrien 139 ff.
- Auftragsvergabe der öffentlichen Hand** 137
- Ausfuhr** 205 ff., 302
- Ausfuhrpreise** 201 ff., 302
- Auslandsnachfrage** 126 ff., 291
— in der EWG 77 f.
- Auslastungsgrad**
— der industriellen Kapazitäten 140, 152 f.
— der industriellen Kapazitäten in der EWG 88
— des Produktionspotentials 151, 306
- Ausrüstungsinvestitionen** 143, 300
- Außenbeitrag** 215
- Außenhandel** 201 ff.
— der EWG 38 f., 59 ff., 110 f.
- Außenwirtschaftliche Absicherung** 353 ff., 406 ff., 429
— der EWG 35, 360, 408
- Bankenliquidität** 233, 236 ff.
— in der EWG 115
— Steuerung 401, 430 f.
- Bardepot** 223, 227, 231
- Bauwirtschaft**
— in der EWG 85
— Nachfrage 135 ff.
— Preise 189
— Produktion 150
— voraussehbare Entwicklung 301
- Belgien**
— konjunkturelle Entwicklung 40, 100, 102
— voraussehbare Entwicklung 286
- Beschäftigung** 156, 159, 308
— in der EWG 89
- Binnenhandel**
— in der EWG 38 f., 41 f., 45, 61
- Bruttoinlandsprodukt** 147
— der EWG 87
- Bundesbank** 219 ff., 394 ff., 430 ff.
- Dänemark** 80, 287
- Devisenzuflüsse** 220, 224 ff., 236
— in die EWG 113 ff.
- Diskontpolitik** 219, 223, 224 ff.
- Einfuhr** 160, 209 f., 307
— der EWG 111
- Einfuhrpreise** 207 f.
- Einkommen**
— aus unselbständiger Tätigkeit 170 f., 420 f., 451 ff., 461
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 179, 304, 421, 453 ff.
— in der EWG 91
— Sozialeinkommen 181 f., 294, 462
- Einkommenspolitik** 339, 409 ff.
— in der EWG 23
- Einkommensverteilung** 179 f., 441 ff., 490 ff.
s. auch Gewinne, Löhne
— durch den Staat 458 ff.
— funktionelle 447 ff.
— personelle 442 ff.

- und Einkommensumverteilung 440, 436 ff.
- und Geldentwertung 463 ff., 469
- und Lohn-Lag 456 f.
- und Marktmacht 438, 468 ff.
- und Stabilitätspolitik 440, 469 f.
- und Vermögensbildung 497 ff., 511 ff.
- Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit** 27
- Europäische Gemeinschaften**
 - Kompetenzen der Gemeinschaftsorgane 10 ff., 17 f., 24
 - konjunkturelle Entwicklung 37 ff., 76 ff., 313 ff.
 - voraussehbare Entwicklung 284 f., 313 ff.
 - Wirtschaftspolitik 12, 14, 24 ff., 33 f., 322 ff., 357 ff.
- Europäische Integration** 4 ff., 37 ff., 49 ff.
- Finanzierungssituation der Unternehmen** 238 ff.
- Finanzpolitik** 249 ff., 334 ff., 378 ff., 436
 - in der EWG 7, 22, 31 f., 118 ff.
 - s. auch öffentliche Finanzen
- Frankreich**
 - konjunkturelle Entwicklung 40, 45, 98, 102, 325
 - voraussehbare Entwicklung 286
- Geldmenge** 240, 395 f., 405, 435
 - Steuerung 395 f., 401, 430 f.
- Geld- und Kreditpolitik** 219 ff., 232 ff., 331 ff., 394 ff., 436
 - Autonomiespielraum, nationaler 3, 20 f., 394, 406 ff.
 - in der EWG 13, 29 f., 112 ff., 326 f., 364, 366
- Gesamtindikator** 279
- Gewinnbeteiligung** 495, 499, 501 ff.
- Gewinne** 140, 178 f.
 - s. auch Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
 - voraussehbare Entwicklung 304
- Großbritannien**
 - konjunkturelle Entwicklung 80
 - voraussehbare Entwicklung 287
- Handelspolitik**
 - der EWG 10, 63 ff., 366
- Industrieproduktion** 148 ff.
 - in der EWG 88
- Inflationsgewöhnung** 341 ff., 410, 467 f.
- Investitionen** 143, 300, 421
 - in der EWG 39, 55, 89
- Investitionsneigung** 139 ff., 300 f.
- Investitionszulagen** 262, 278
- Italien** 328
 - konjunkturelle Entwicklung 40, 45, 101 f.
 - voraussehbare Entwicklung 286
- Japan** 81, 290
- Kapitalverkehr** 216 f., 220 ff.
 - in der EWG 28 ff., 73 f., 113 ff., 324
- Kapitalverkehrskontrollen** 26, 28 ff., 114, 222 ff., 324, 331
- Konjunktturneutraler Haushalt** 266 ff., 379 ff.
 - Finanzierungssaldo 272 ff., 382
- Konjunkturzuschlag** 131, 134, 261, 330, 336 f.
- Konsolidierter Haushalt** 270 f.
- Konzertierte Aktion** 473
 - s. auch Stabilitätspakt
- Kostenniveau in der Industrie** 176 ff.
- Kreditgewährung der Banken** 237 f., 405
 - in der EWG 117
- Kreditmaximum, rechnerisches** 234 ff.
- Kreditplafondierung** 398
- Lagerdispositionen** 144 ff., 303
 - in der EWG 86
- Löhne**
 - Effektivverdienste 168, 338
 - in der EWG 58, 92 f.
 - kostenniveauneutrale 173, 413 ff., 448
 - Lohndrift 169
 - Lohn-Lag 166, 456
 - Lohnstückkosten 175 f.
 - Tarifföhne 162 ff., 167, 310
 - Verdienstentwicklung im öffentlichen Dienst 163, 338
- Lohnleitlinien** 409, 476
- Lohnpolitik** 161 ff., 308, 339 f., 409 ff., 469, 494, 516
 - kostenniveauneutrale 448 ff.
- Lohnquote** 180, 451 f.
- Lohnstopp** 351, 477 ff.

- Mindestreservpolitik** 220, 223 f., 226, 397 f.
- Niederlande**
- Einkommenspolitik 479
 - konjunkturelle Entwicklung 40, 100, 102
 - voraussehbare Entwicklung 286
- Öffentliche Finanzen** 180 ff., 334 ff.
- Ausgaben 252 ff.
 - Finanzierungssaldo 252, 272 ff., 382
 - in der EWG 47, 56 f., 118 ff.
 - Investitionen 259 f.
 - konjunkturelle Wirkungen 264
 - Personalausgaben 258, 260, 338, 418
 - Steuereinnahmen 261 ff., 378 ff., 418 f., 458 ff.
 - voraussichtliche Entwicklung 292 ff.
- Österreich** 288
- Offen-Markt-Politik** 236, 400 ff., 434
- Preisentwicklung** 184 ff., 196 ff., 311, 376, 423
- in der EWG 48, 94 ff.
- Preisindex**
- für die Lebenshaltung 191 ff.
 - für industrielle Erzeugnisse 185 f.
 - für landwirtschaftliche Erzeugnisse 190
- Preisliniien** 476
- Preisstopp** 351, 477 ff.
- Preisstruktur** 196 ff.
- Produktionspotential** 151, 306
- Realeinkommen** 172, 182, 465 f.
- Reallohnposition** 173 f., 411, 447 ff.
- Realzins** 340, 342, 465
- Schweden** 288, 478
- Schweiz** 288
- Sozialversicherung** 269 f., 294 ff.
- Sparquote** 133 f., 304, 342
- Stabilität**
- s. auch Preisentwicklung
 - und gesamtwirtschaftliche Koordination 472
 - und Marktmacht 468 ff.
- Stabilitätspakt** 380, 475
- Stabilitäts- und Wachstumsgesetz** 277 f.
- Strukturpolitik** 277 f.
- in der EWG 10
- Terms of Trade** 173, 210 f., 414
- in der EWG 109
- Verbraucherpreise** 191 ff., 376, 423
- in der EWG 48, 94 f.
 - voraussehbare Entwicklung 312, 376
- Verbrauchskonjunktur** 130 ff., 304, 330, 417 ff.
- in der EWG 82 f.
- Vereinigte Staaten**
- Einfluß auf EWG-Konjunktur 38, 43 f.
 - Einkommenspolitik 480, 488
 - konjunkturelle Entwicklung 79
 - voraussehbare Entwicklung 289
- Vermögensbildungspläne** 499
- Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung** 367 ff., 426 ff.
- Währungspolitik** 220 ff., 356, 406 ff.
- in der EWG 1 f., 16, 19, 25 ff., 34 f., 103 ff., 322 ff.
 - Realignment 1, 103, 128, 202, 220 f.
- Wechselkurspolitik**
- Verengung der Bandbreite 2, 8, 25 ff., 105, 322 ff.
s. auch Währungspolitik
- Wettbewerbspolitik**
- in der EWG 49 ff.
- Wettbewerbsposition mit dem Ausland** 126 f.
187, 200 f., 212
- Wirtschaftsstruktur**
- in der EWG 49 ff.
- Wirtschafts- und Währungsunion** 1 ff., 25, 28, 34 f.,
322 ff.
- Zahlungsbilanz** 213 ff.
- der EWG 69 ff.
- Zielprojektionen** 492 ff.
- des Deutschen Gewerkschaftsbundes 494 f.
 - des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft 493
- Zinsniveau**
- in der Bundesrepublik 222, 242 ff.
 - in der EWG 116
- Zinsstruktur** 242 ff.

Dieses Gutachten ist auch als Bundestags-Drucksache 7/1 und Bundesrats-Drucksache 612/72 erschienen. Bezug durch den Verlag Dr. Hans Hoyer, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestraße 58